

---

André Lasserre

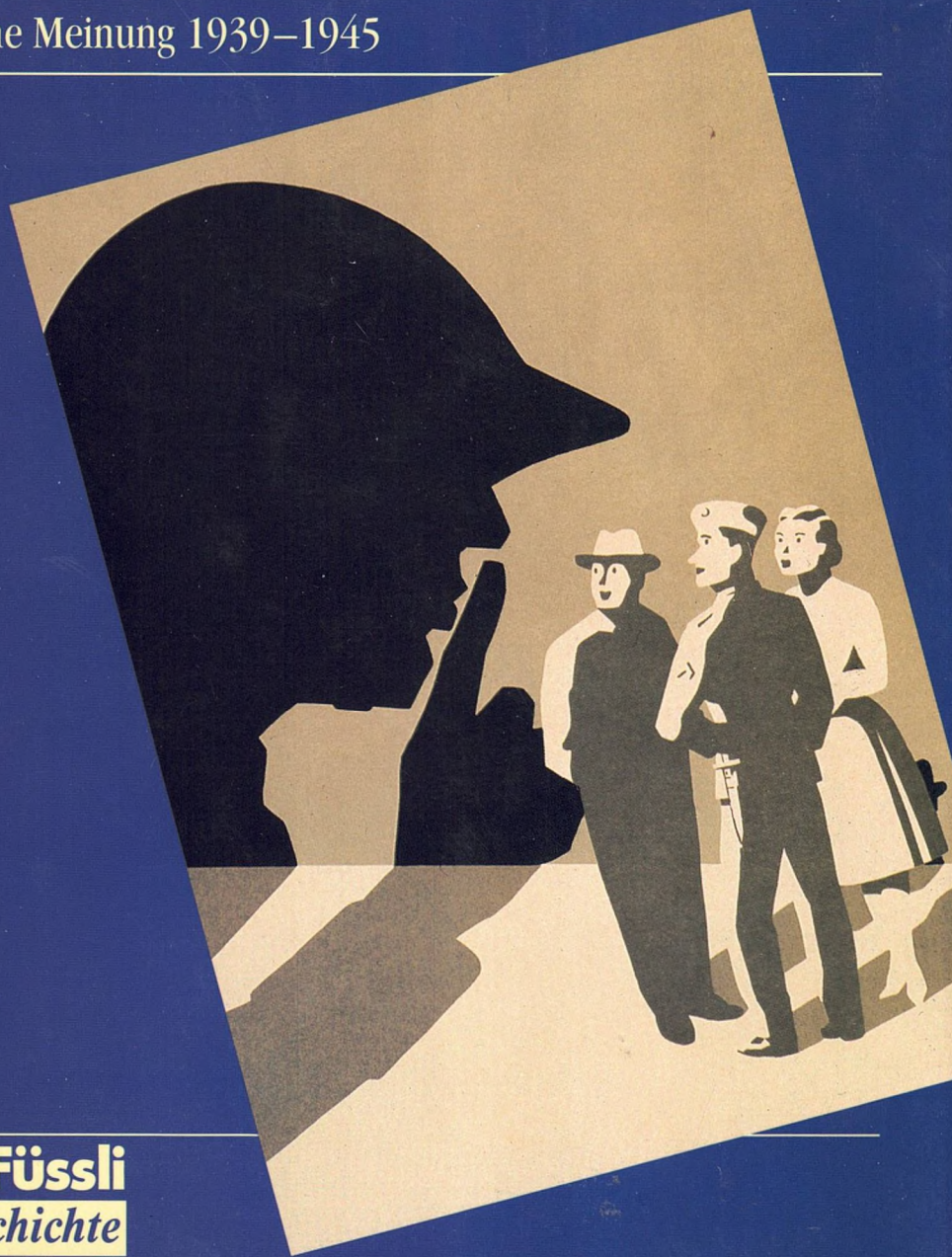
---

# **SCHWEIZ: DIE DUNKELN JAHRE**

---

Öffentliche Meinung 1939–1945

---



---

**Orell Füssli**  
*Zeitgeschichte*

---

Das Buch handelt vom Bemühen militärischer Instanzen, die verunsicherte öffentliche Meinung während des Zweiten Weltkrieges im Sinne der geistigen Landesverteidigung zu beeinflussen.

ISBN 3 280 02055 7

---

**Orell Füssli**  
**Zeitgeschichte**

---

**Professor André Lasserre** ist Dozent für neuere Geschichte an der Universität Lausanne. Sein Lehrauftrag umfasst das 19. und das 20. Jahrhundert sowie die Sozialgeschichte. Aus diesem Bereich stammen auch seine zahlreichen Publikationen. Lasserre ist Deputierter im Grossen Rat des Kantons Waadt.

Der Lausanner Historiker André Lasserre schreibt in der Einleitung zu seinem Buch: «Wäre sie nicht so anstössig, könnte man versucht sein, die paradoxe Behauptung aufzustellen, die Schweiz habe einen Krieg geführt zwischen 1939 und 1945. Wohl handelte es sich um psychologische Kriegsführung, aber vergessen wir nicht, dass diese eine beachtliche Rolle gespielt hat im Verlauf des Zweiten Weltkrieges.»

Lasserre stützt sich bei seiner Untersuchung auf ein reiches Quellenmaterial: Dokumente von Organen der Armee wie Heer und Haus, Abteilung für Presse und Rundfunk, Sicherheitspolizei. Er zeichnet damit nicht bloss die sogenannte öffentliche Meinung nach, sondern vor allem das Bemühen dieser Instanzen, eben diese Meinung zu beeinflussen und unter Kontrolle zu halten. Die ungewöhnliche Situation führte zu schweren Konflikten zwischen Regierung, Presse und Armee.

---

H. R. Fuhrer / W. Lüem / J.-J. Rapin / H. Rapold / H. Senn  
**Die Geschichte der schweizerischen Landesbefestigung**

200 Seiten, mit vielen farbigen Abbildungen, gebunden mit Schutzumschlag

Die Geschichte der schweizerischen Landesbefestigung ist ein Spiegelbild der politischen Geschichte, die von der Konfrontation des Landes mit mächtigen europäischen Nationalstaaten geprägt war. Führende Militärhistoriker haben mit diesem reich illustrierten Buch ein lange erwartetes Standardwerk geschaffen.

Walter Schaufelberger

**Das bedrohte Zürich**

Die Geschichte des Stadtkommandos 1939/40

120 Seiten mit vielen Abbildungen, gebunden mit Schutzumschlag

Die Geschichte des «Stadtkommandos Zürich» 1939/40 stellt ein weit über die militärischen Belange hinausführendes Thema der Landesverteidigung im Zweiten Weltkrieg dar. In der kritischen Phase der beiden ersten Kriegsjahre gewann eine lokale Situation nationale Bedeutung.

Übersetzung aus dem Französischen von Max Hilfiker, Zürich

Copyright © 1989 der Originalausgabe ([La Suisse des années sombres. Courants d'opinion pendant la Deuxième Guerre mondiale 1939-1945](#)): Editions Payot, Lausanne

Copyright © 1992 der deutschen Ausgabe: Orell Füssli Verlag, Zürich 1992

Schutzumschlag: Brandl & Partner, Olten

Satz: Ohmayer, Bureau für Gestaltung, Konzept und Produktion, Zürich

Druck- und Bindearbeiten: Freiburger Graphische Betriebe, Freiburg im Breisgau

Printed in Germany

ISBN 3 280 02055 7

[Eingelesen mit ABBYY Fine Reader](#)

# Inhalt

<b>Einleitung</b> .....	9
<b>I Die Geistige Landesverteidigung</b> .....	18
Die Entstehungsgeschichte eines Selbstverständnisses .....	18
• Das Wirken der Historiker .....	20
• Die Rolle der Staatsgewalt .....	23
• Eine Belagerungsmentalität .....	26
Zensur und Leitung der Medien: Die Abteilung für Presse und Funkspruch .....	28
• Die Entstehung der Zensur .....	29
• Anwendung der Zensur durch die Abteilung Presse und Funkspruch ...	31
• Offizielle Propaganda durch die Presse .....	35
• Das Wirken durch die anderen Medien .....	40
• Die Meinungsanalysen durch die APF .....	42
Das psychologische Vorgehen, Heer und Haus .....	45
• Henri Guisan und die psychologische Tätigkeit .....	46
• Heer und Haus: der psychologische Zweig .....	49
• Heer und Haus: der zivile Zweig .....	53
• Kurse und Berichte .....	57
• Heer und Haus: militärisch-politischer Zankapfel .....	59
<b>II Drôle de Guerre</b> (September 1939-April 1940) .....	64
• Niedergeschlagenheit und Informationsmangel .....	66
• Antikommunismus .....	69
• Befragung zu den schweizerischen Werten .....	70
• Die Moral der Truppe bewahren .....	75
• Der Kampf gegen die Subversion .....	78
• Die Friedenspsychose in der Armee .....	83
<b>III Die französische Niederlage und die moralische Krise</b> (April-August 1940) .....	87
Der Schock der deutschen Siege .....	87
• Zur Stunde des deutschen Angriffs .....	89

• Die Moral in der Truppe und in der Bevölkerung heben.....	92
• Die beruhigende Wirkung der Ortswehren.....	95
• Panik im Norden des Landes.....	96
• Nach der Kapitulation Belgiens .....	100
• Widerstand oder Anpassung .....	102
• Juni: Fortschritt des Defätismus.....	104
Von Pilet-Golaz zu General Guisan: zwei Ansprachen .....	109
• Defätismus von Pilet-Golaz? .....	110
• Die Anhänger des Widerstands und die Frontisten .....	120
• Vorsicht einer zensurierten Presse .....	124
• Depression in der Armee.....	127
• Die Armee wieder im Griff.....	130
• Die Rüth-Rede .....	136
Ein schwieriger Wiederaufbau .....	136
• In der Armee .....	137
• In der Bevölkerung .....	139
Die psychologische Kriegführung.....	143
• Der diplomatische Druck .....	143
• Deutsche Pressekampagnen .....	145
• Die Propaganda.....	146
• Die fünfte Kolonne .....	149
• Der Gegenangriff.....	150
Schlussfolgerung .....	154
<b>IV Ein verdrüssliches Jahr (September 1940-Juni 1941)</b> .....	164
Ein Dauerkampf zur Aufrechterhaltung der Truppenmoral .....	164
• Wirtschaftliche Sorgen.....	169
• Aufklären .....	171
Die Verlockungen der Anpassung: die Zivilbevölkerung .....	174
• Verkennung des Reduits .....	176
• Sich einfügen in Europa .....	177
• Die Zweihundert .....	179
• In Frage gestellte Einrichtungen .....	180
• Rationierung und Hamsterkäufe .....	185
• Die Inflation.....	186
• Der Wille zur nationalen Einheit.....	188
Welcher Zukunft entgegen? .....	191
• Wirken der Achse .....	192
• Die Initiativen von Heer und Haus .....	193
• Die Presse .....	196
• Die deutschfreundlichen Denker.....	199
• Das politische Denken der Unabhängigen .....	204
Schlussfolgerung .....	218

<b>V Ein Kreuzzug ohne Ende (Juni 1941-Januar 1943)</b> .....	222
Die UdSSR und die USA treten in den Krieg ein.....	222
• Zum antibolschewistischen Kreuzzug.....	222
• Rückkehr zu den inneren Problemen.....	230
Das wechselnde Glück der Waffen .....	234
Risse im gesellschaftlichen Konsens .....	241
• Die hohen Lebenskosten .....	242
• Die Rationierung .....	247
• Die Spannungen von 1942 .....	250
• Die Unruhen von Steinen .....	253
Die Flüchtlinge: Das Boot füllt sich .....	258
Murren und Propaganda .....	262
• Das Verbot der Kommunistischen Partei .....	264
• Ein wiederauflebender Demokratismus.....	267
• Verhärtung bei der Linken .....	270
• Propaganda und Gegenpropaganda .....	271
• Politische Essayisten .....	277
Schlussfolgerung .....	280
<b>VI Die Zukunft wechselt das Feld (Januar 1943-Mai 1944)</b> .....	284
Eine dienstmüde Armee .....	284
Die Bevölkerung zwischen Hoffnung und Niedergeschlagenheit 288	
• Stalingrad, Quell der Hoffnung .....	288
• Die Wirtschaftsbeziehungen zum Reich.....	290
• Und wenn die Schweiz angegriffen würde?.....	291
• Der Sturz Mussolinis.....	295
• Die angelsächsischen Mächte könnten uns angreifen.....	297
• Die Bombardierung Schaffhausens .....	301
• Ausländische Propaganda .....	303
• Lockerung der Zensur .....	306
• Psychologische Erfolge der Sowjets .....	307
Sozialprobleme: ein Fieberschub.....	310
• Nörgeleien.....	311
• Der Stadt-Land-Konflikt .....	314
• Die Arbeiterfrage .....	317
Das Ende des Burgfriedens?.....	320
• Die extreme Linke .....	320
• Die Partei der Arbeit .....	324
• Der erste Sozialist im Bundesrat .....	326
• Der Fall Pilet-Golaz .....	328
• Die UdSSR, Vorbild oder Höfle? . . .....	329
• Schweizerisch denken .....	334
• Sozial denken.....	336
• Morgen die AHV .....	339

• Das Recht auf Arbeit .....	340
• Der Interventionismus in der Landwirtschaft .....	341
• Politische Gräben .....	343
<b>Flüchtlinge und Internierte .....</b>	<b>346</b>
• Man muss Zusammenleben .....	346
• Faschisten und Kriegsverbrecher .....	349
• Die jüdischen Flüchtlinge .....	350
• Fremdenfeindliche und Befürworter der Aufnahme .....	355
<b>VII Eine ungewisse Zukunft (Juni 1944-Mai 1945) .....</b>	<b>358</b>
<b>Die letzten Mobilmachungen .....</b>	<b>358</b>
• Eine schwankende Moral .....	359
• Demoralisierung der Grenztruppen .....	362
<b>Ein ersehntes und gefürchtetes Ende .....</b>	<b>364</b>
• Die Zivilisten angesichts der Mobilmachungen .....	365
• Das Bild der Kriegführenden .....	366
• Und es kam der Waffenstillstand .....	370
• Diplomatische Überraschungen.....	371
• Der Propagandakrieg.....	373
<b>Die Sackgassen der sozialen Gerechtigkeit .....</b>	<b>376</b>
• Städte und Bauern: es geht um die Preise .....	378
• In Zukunft die Arbeitslosigkeit .....	381
• Der Schwarzmarkt, eine Westschweizer Spezialität.....	382
• Zu einem neuen Humanismus .....	385
<b>Vor einem politischen Ausbruch .....</b>	<b>388</b>
• Risse in der Linken.....	389
• Ein neues 1918 zustande bringen .....	392
• Das «niet» aus Moskau .....	398
• Der antibürokratische Interventionismus.....	401
• Sie denken sowjetisch .....	404
• Pessimismus .....	406
• Dennoch Hoffnung.....	407
<b>Jeder ist sich selbst der Nächste.....</b>	<b>410</b>
• Die Schweizer Spende.....	410
• Flüchtlinge und Internierte .....	412
• Welchen Platz im neuen Europa?.....	418
<b>Die Auflösung von Heer und Haus.....</b>	<b>420</b>
<b>Schluss .....</b>	<b>427</b>
<b>Anhang</b>	
• Abkürzungsverzeichnis .....	436
• Anmerkungen.....	436
• Chronologie/Zeittafel .....	477
• Glossar .....	481
• Bibliographie.....	483
• Personenregister .....	496



# Einleitung

Wäre sie nicht so anstössig, könnte man versucht sein, die paradoxe Behauptung aufzustellen, die Schweiz habe einen Krieg geführt zwischen 1939 und 1945. Wohl handelte es sich um psychologische Kriegführung, aber vergessen wir nicht, dass diese eine beachtliche Rolle gespielt hat im Verlauf des Zweiten Weltkrieges. Im totalen Krieg müssen der ideologische Kampf, der Propagandaangriff, die Betäubung, die Einschüchterung den Gegner moralisch entwaffnen sowie den Widerstandswillen seiner Truppen und seiner Bevölkerung lähmen. Dies ist nur eine Facette des Krieges, aber sie kann entscheidend sein, insbesondere vor einem Ultimatum und vor dem Beginn der militärischen Operationen im eigentlichen Sinne.

Es besteht kein Zweifel, dass die Schweiz Zielscheibe psychologischer Angriffe von Seiten Deutschlands und, zu einem viel kleineren Teil, von Seiten Sowjetrusslands war. Die Geschichte dieser Attacken ist noch nicht systematisch dargestellt worden. Man kann sie aber weder von den verschiedenen diplomatischen Unterhandlungen und Druckversuchen noch von der fünften Kolonne oder der Tätigkeit ferngesteuerter Gruppen in der Schweiz trennen. Diese Geschichte Hegt jedenfalls ausserhalb unserer Betrachtung, und wir begnügen uns mit dem wenigen, das für das Verständnis der von der Schweiz getroffenen Abwehrmassnahmen notwendig ist. Letztere waren erfolgreich und haben mitgeholfen, den Schritt zur entscheidenden diplomatisch-militärischen Erpressung zu verhindern. Trotzdem, und da liegt ein weiterer Widerspruch, war unser Land kaum besser auf diese neue Art der Kriegführung vorbereitet als die andern Demokratien und verfügte zu Beginn bloss über wenige Mittel, um sich gegen einen spezialisierten und wohlgerüsteten Feind zu behaupten. Ein paar Männer, Philipp Etter etwa, der Oberstkorpskommandant Henri Guisan, Oberst Oscar Frey und einige andere, haben besser als ihre Zeitgenossen die Wichtigkeit dieses neuen Faktors erfasst. Vor allem wussten sie ihre Stellung und

ihre Wirkungsmöglichkeiten zu nutzen, um rechtzeitig Kampfmittel bereitzustellen oder im richtigen Augenblick die Widerstandsschwelle zu be-J zeichnen, die nicht überschritten werden durfte. Die Gesamtheit dieser Massnahmen, oder noch besser das Bewusstsein, das man damit zu schaffen suchte, nannte man *Geistige Landesverteidigung*. Sie fand ihre gesetzliche Form im Anschluss an die Parlamentsdebatte von 1938.

Die Eröffnung der Feindseligkeiten erlaubte dann den Ausbau der vorgesehenen Institutionen und die Verbesserung der Kampfmittel umso eher, als die Schweiz bis zum Sommer 1940 von der psychologischen Kriegführung einigermaßen verschont blieb. Sie benutzte den Aufschub dazu, ihre Abwehrmittel zu vervollkommen und deren Wirksamkeit zu erproben.

Diese militärische Ausdrucksweise erstaunt vielleicht, wenn man wie hier von der öffentlichen Meinung in einem demokratischen Land spricht. Sie lässt aber den Zugriff der Armee auf ein Gebiet erahnen, wo definitionsgemäss Freiheit herrschen sollte, wo nur die Zivilgewalt allein, wenn es schlimmstenfalls nicht anders geht, eingreifen dürfte. Natürlich war man sich seinerzeit dieser Anomalie wohl bewusst, welche schwere Konflikte zwischen den drei beteiligten Gewalten, Regierung – Presse – Armee, auslösen musste.

Wenn wir diese Sprache trotzdem benutzen, so weil sie den Kriegsbedingungen angemessen erscheint. Besser als andere Ausdrucksweisen erlaubt sie uns, das Problem der öffentlichen Meinung zu erfassen und vor allem zu verstehen, auf welche Weise Organe wie Heer und Haus, die Abteilung für Presse und Funkpruch, die Sicherheitspolizei der Armee oder andere militärische Spezialeinheiten funktionierten. Diese sind es nämlich, welche die reichhaltigsten Quellen zu unserer Geschichte bereithalten.

Es wäre falsch, in ihren Berichten blosser Informationen zu sehen: Das Wissen lenkt die Macht. Die Beschlüsse, die aus den erhaltenen Auskünften hervorgingen, wurden auf weite Strecken unter militärischen Gesichtspunkten gefasst und den Interessen der Armee oder im weiteren Sinne der Landesverteidigung untergeordnet.

Kann man im Übrigen die öffentliche Meinung von der Moral der Truppe unterscheiden in einem Land der Milizen, wo der Übergang vom Zivil- ins Militärleben und umgekehrt sich zuweilen mehrmals im Jahr wiederholte? Konnte die Heerführung die Mentalität des Hinterlandes vernachlässigen in einem Krieg, wo die Front von Natur aus überall war? Diese relative Vereinnahmung der Bevölkerung durch die Armee wurde vom Bundesrat nicht widerstandslos hingenommen, wenn er auch am Ende in einem wesentlichen Punkt nachgegeben hat: jenem von

Heer und Haus. Wer immer die Verantwortlichen für die Geistige Landesverteidigung sind, es gibt immer ein Ineinandergreifen der militärischen und der zivilen Denkweise. Trotzdem sind die Verbindungen nicht selbstverständlich; denn die zivile Meinung neigt von Natur aus zur Vielfalt, während die Meinung der Soldaten zur Einheit gedrängt wird.

Diese wenigen Feststellungen erleichtern die Aufdeckung der Irrgänge in der öffentlichen Meinung. Manche gehen so weit, die Wirklichkeit hinter diesem Begriff zu bezweifeln, vor allem in vielschichtig abgekapselten Industriegesellschaften: Man kennt die kollektiven Entscheide nur durch das Individuum. Nun wurden aber zu jener Zeit bei uns keine Meinungsumfragen gemacht. Keine repräsentative Erhebung erlaubt uns daher, die Verbreitung von Meinungen zu erfassen, was unerlässlich ist, wenn man die Bedeutung der Haltung des Einzelnen abschätzen will.

Die öffentliche Meinung kann von vielfachen Strömungen durchzogen sein, welche je nach Ort, Zeit und Gruppen verschieden sind. Wo also kann man sie fassen? Merken wir uns die vorsichtige Haltung von Stoetzel, welcher der Subjektivität des Einzelnen viel Platz einräumt: «Die öffentliche Meinung ist das vorherrschende Bewusstsein innerhalb einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe, mehr oder weniger klar begleitet vom Eindruck des Einzelnen, dass dieses Bewusstsein allen gemeinsam sei.»<sup>1</sup>

Einige zufällig übereinstimmende Aussagen, welche sich darüber hinaus auf eine örtlich geläufige Meinung beziehen, könnten die Illusion eines «gemeinsamen Bewusstseins» erwecken. Dagegen würde, statistisch gesprochen, eine Auswertung wirklich repräsentativer Daten eine «normale» Verbreitung zeigen, also keinerlei allgemeine Meinung.

Briefe von Korrespondenten, Berichte, Zusammenfassungen – die Hauptquellen stammen von der Sektion Heer und Haus. Diese Dokumente sind unvollständig und belegen nicht alle Faktoren, welche die Meinungsströmungen kennzeichnen und auch nicht alle Eigentümlichkeiten, die sie färben oder verunreinigen. Die Informationen der Korrespondenten von H&H sind aber auch voreingenommen. Sie stammen zwar aus verschiedensten gesellschaftlichen Schichten, was ein Vorteil ist, aber doch von Leuten, welche von der Ideologie der Geistigen Landesverteidigung geprägt sind. Dadurch können die Milieus, welche ihnen entgangen sind, nur mittels zwischengeschalteter Gegner erfasst werden: Die Erhebungsauswahl ist also nicht zufällig, und jede Verallgemeinerung wäre somit heikel und äusserst fragwürdig. Dies ist die unüberwindbare Schwäche einer Meinungsforschung, die sich auf qualitative und nicht systematische Merkmale gründet.

Deshalb wird es im Verlauf dieser Studie ausgeschlossen sein (mit Ausnahmen), eine bestimmte öffentliche Meinung zu umschreiben, d.h. das Gewicht der verschiedenen Strömungen darin zu bestimmen. Gewöhnt an Statistiken und Prozentsätze, fühlt sich der Praktiker der Inhaltsanalyse unwohl angesichts von Auskünften, die sich begnügen mit «man», «gewisse Leute» oder «oft». Nur lokale Untersuchungen könnten mehr Gewissheit verschaffen. Wir müssen uns zufriedengeben mit der Methode der Fahndungsskizze: Das unvollständige Zusammenspiel gleicht am Ende dem Original und erlaubt, dieses zu erkennen.

Der Sozialpsychologe könnte resignieren vor einer solchen Sammlung statistisch nicht verwertbarer Mitteilungen. Der Historiker dagegen ist so daran gewöhnt, unbefriedigende Dokumente auszuwerten, dass er ausharrt, vor allem wenn die Quellen so reichlich fliessen, wie es hier der Fall ist. Er muss bloss Vorsicht anwenden und der wissenschaftlichen Versuchung widerstehen, Gesetzmässigkeiten daraus ableiten zu wollen. Auch kann ihn die Umsicht eines Stoetzel beruhigen. Wenn dieser Begriffe verwendet wie «dominierend» oder «Eindruck», so fehlt ihm die Genauigkeit ebenso wie dem Gegenstand, den er beschreiben will. Im gleichen Sinne stellt Sauvy fest, dass sich die öffentliche Meinung erst anlässlich eines Widerstandes oder einer Gegnerschaft äussert. Die Übereinstimmung braucht nicht ausdrücklich gezeigt zu werden, um vorhanden zu sein.<sup>2</sup>

Man kann unterscheiden zwischen der öffentlichen Meinung und der «kollektiven Mentalität»; diese wird als «gemeinsamer Nenner» der Wahrnehmungen und Haltungen definiert, welche einer bestimmten Kultur oder einem bestimmten Teil derselben zu einer bestimmten Zeit entspringen. «Die grossen historischen Arbeiten» von Ariès, Mandrou etc. erübrigen es, auf diesen Begriff einzugehen, sie haben ihn genügend definiert und untersucht. Viel fester, tiefer, einheitlicher, ist die kollektive Mentalität doch nicht Gegenstand unserer Untersuchung, denn ihre Erforschung verlangt andere Techniken und andere Quellen als die uns zur Verfügung stehenden. Dennoch erscheint sie mehrfach auf unserem Weg, und sei es bloss, weil die Zeitgenossen sich darauf beziehen: Demokratie, Pluralismus, Gottesglaube – das sind die Begriffe, die den Beobachtern häufig aus der Feder fliessen, um die nationale Mentalität zu charakterisieren. Die Tatsache mag eingebildet sein, doch die Meinung darüber existiert.<sup>3</sup> Eine Auskunft, selbst wenn sie ungenau ist, bleibt eine Auskunft, die eine Entscheidung oder Handlung begründen kann, und zwar mit umso grösserer Gewissheit, als sie das beruhigende Gefühl einer Lebens- und Denkgemeinschaft verstärkt und den Einzelnen an die Gruppe bindet, von der er ausgeht. Darin liegt die Nützlichkeit der politischen Mythen, dieser «bewussten oder unbe-

wussten Mittel, welche eine gesellschaftliche Erfahrung erklären oder ihr gefühlsmässige Bedeutung verleihen, um das politische Handeln (im Fall eines Einzelnen) bewusst oder unbewusst zu rechtfertigen oder rational zu erklären, oder um für eine Partei oder eine politische Bewegung (im Fall einer Gruppe) die Unterstützung der Massen zu gewinnen.»<sup>4</sup>

Die Sozialpsychologie bestätigt auch laut Stoetzel, dass das gleiche Individuum verschieden denken kann, je nachdem ob es als Einzelner oder als Mitglied einer Gruppe urteilt. Die Summe der individuellen Einstellungen entspricht nicht der gesellschaftlichen Gesinnung der Einzelnen, auch wenn die öffentliche Meinung nur durch sie existiert. So Hesse sich der fortschreitende Wandel der allgemeinen Meinung erklären, ein Prozess der anders nicht zu verstehen ist. Indem sie sich auf diesen doppelten Meinungszustand gründet, kann die Propaganda ihre Wirkung entfalten: Wenn sie eine öffentliche Meinung verändern will, gelingt ihr das nur, indem sie sich auf private Meinungen stützt, welche mit ihr übereinstimmen, und von denen sie glauben macht, dass sie bereits die allgemeine Meinung darstellen.<sup>5</sup>

Neben der Propaganda und Gegenpropaganda als grösster Sorge der Verantwortlichen für die Geistige Landesverteidigung könnte man noch die Rolle aufgreifen, welche die Führer von Gruppen, die Einzelnen, die gleichzeitig verschiedenen Gruppen angehören, oder die Minderheiten spielen, welche die Meinung der Gemeinschaften verändern können, in denen sie wirken. Ihre genaue Funktion auf einer allgemeineren Ebene lässt sich begrifflicherweise nur schwer feststellen. Ausgehend von ihrem persönlichen Einfluss, können sie Veränderungen von grossem Ausmass vorbereiten, und dies umso mehr, als die Meinung eines Nachbarn mehr Gewicht hat als jene der Fachleute. Marc Bloch hat dies in seiner Analyse der Nachrichtenkanäle zu den Soldaten des Ersten Weltkriegs glänzend dargestellt: Der Koch nahm darin eine bevorzugte Stellung ein, viel eher als die Zeitung, und unter Umständen in denen die mündliche Verständigung ihre seit dem Mittelalter verlorene Rolle wiedergefunden hatte.<sup>6</sup> Die auf Erfahrung beruhende Wahrnehmung dieses Phänomens hat die Taktik von H&H bestimmt. In Abwesenheit des Willens und der Möglichkeit zur Manipulation durch Propaganda hatten die zivilen Vertrauensleute und die Vortragsredner der Armee die Aufgabe, zu informieren und den Widerstandswillen zu stärken.

Dieses kollektive Bewusstsein kann auch von «Meinungsströmungen durchzogen sein, die sich wie Wellen oder Stürme im Meer erheben und zumeist mit den Ursachen verebben, welche sie hervorgebracht haben».<sup>7</sup> Sauvy, der sich viel

stärker als Stoetzel mit der Unbeständigkeit der öffentlichen Meinung und ihrer Irrationalität befasst, schreibt deshalb «einem plötzlichen und spektakulären Ereignis die Fähigkeit zu, einen rascheren Umschwung zu bewirken» etc.<sup>8</sup> An solchen Ereignissen fehlte es nicht während des Krieges, angefangen beim deutsch-russischen Bündnisabkommen, welches ihm unmittelbar vorausging, bis zur alliierten Landung in der Normandie; individuelle und kollektive Entscheidungen sind dadurch ins Wanken geraten. Manchmal sieht man eine Art Einstimmigkeit, die sich in den Reaktionen abzeichnet, z.B. in den Spionage-Prozessen. Bei andern Gelegenheiten erscheint eine allgemeine Einstellung, die sich in unterschiedliche Meinungen auflöst: «Es muss sich ändern!» wird man nach dem Juni 1940 sagen. «Eine Welt ist zusammengebrochen, man muss eine neue aufbauen.» Aber was für eine? Die Meinungen gehen offensichtlich auseinander, was die Richtung des Wandels angeht. Der Schock wird von allen auf gleiche Weise empfunden, aber je nach Ausrichtung sucht man verschiedene Heilmittel für das Trauma. Eine kollektive Meinung gibt es auf einer gewissen Ebene. Darunter aber splittert sie sich auf.

Und hier nun tritt die Presse dazwischen, deren Verhältnis zur öffentlichen Meinung mehrdeutig und umstritten ist. Meurant erscheint die Presse «als greifbares Band zwischen allen Mitgliedern der Gemeinschaft; sie ist beauftragt, diesen «gemeinsamen Fonds» zu speisen und gleichzeitig die einzelnen Richtungen zu spiegeln, welche den Sonderinteressen und -anlagen der Einzelnen und der Gruppen entspringen, aber auch die Meinungsverschiedenheiten und Gegensätze, die sich im Vordergrund dieser Gemeinsamkeit festsetzen.» So trägt die Presse dazu bei, die öffentliche Meinung zu formen, und wäre es auch nur durch die Informationen, mit denen sie diese versorgt; sie dient ihr aber auch als mehr oder weniger getreues Abbild. Dazu müsste sie erst frei und vielfältig sein, was durch die Kriegszensur nicht gerade begünstigt wird.<sup>9</sup> Es wäre also voreilig, die Zeitung als einzigen Massstab der öffentlichen Meinung zu betrachten; es wäre aber auch unsinnig, sie als einen der Träger dieser öffentlichen Meinung zu vernachlässigen. Meurant hat uns ein schönes Beispiel geliefert für die Einsichten, welche eine wissenschaftliche Untersuchung der Westschweizer Zeitungen gewähren kann. Der Versuch ist weder für andere Regionen wiederholt, noch für die Romandie über das Jahr 1941 hinaus vervollständigt worden. Zum Ausgleich hat die Abteilung Presse und Funkspruch die schweizerischen und ausländischen Zeitungen von Tag zu Tag verfolgt und dazu eine Fülle von Zusammenfassungen und Auszügen hergestellt.<sup>10</sup> Dies ist eine kostbare Quelle, auch wenn sie statistisch nicht auswertbar ist und auf Kriterien beruht, welche mehr oder weniger für den Rezensenten eigentümlich sind und uns entgehen. Häufig erlaubt

uns dies jedoch, Informationen zu überprüfen, die aus andern Quellen stammen. So beispielsweise für das Problem der Preise, wo die linke Presse die Beunruhigung der Lohnabhängigen wiedergibt und verstärkt, die durch die inflationären Tendenzen verängstigt sind, welche wir aus andern Quellen kennen. Andererseits entspricht die Offenheit eben dieser Presse der Aufnahme von Flüchtlingen gegenüber nicht immer und auch nicht automatisch den Bestrebungen der Arbeiterklasse. Wenn also leicht Übereinstimmung erzielt werden kann über Tatsachen wie die Preise, so ist dies viel mühsamer und unvollständiger der Fall für Werte, wie sie das Asylrecht anspricht.

Ähnliche Feststellungen liessen sich in Bezug auf die politischen Parteien machen. Auch sie verbreiten Informationen an ihre Anhänger und Sympathisanten; umgekehrt echoen sie die Ansichten und die Fraktionsbedürfnisse der Bevölkerung. Klarer als die Zeitungen vertreten sie ausgeprägte Strömungen. Doch ist ihr Handlungsspielraum stärker begrenzt. Wo sie hingegen über bedeutende Presseorgane verfügen, können sie ihren Einflussbereich ausdehnen.

Es wäre daher wünschenswert gewesen, das Wirken der Parteien zu untersuchen, doch die Grösse des Themas und die Überfülle an Quellenmaterial überstiegen unsere Möglichkeiten. Man hätte dazu die Parlamentsdebatten beider Kammern verfolgen müssen, jene der wichtigeren Kantonsparlamente und auch die Parteiblätter. Wir haben uns beschränkt auf die Presse-Auszüge und die Analysen der Abteilung Presse und Funkspruch, auf Broschüren und Manifeste. Es erscheinen daher gelegentlich nur bruchstückhafte Bilder. Das gleiche gilt für die grossen Wirtschaftsverbände wie den Gewerkschaftsbund, den Vorort, den Bauernverband.

Die Geschichte des Zweiten Weltkrieges in der Schweiz ist noch wenig bekannt. Das Asyl, die Wirtschaft, die Finanzen, die Vollmachten und viele andere Themen warten noch auf seriöse Untersuchungen, welche ohne dauernde Hinweise auf unsere heutigen Besorgnisse und Entscheidungen geführt werden.

Dieses Werk bemüht sich, diese klassischen Fallen zu vermeiden, aber es gehört sich, zu Beginn den gewählten Standpunkt zu definieren. Wir machen es, indem wir uns auf die *Neue Geschichte der Schweiz und der Schweizer* beziehen. Der Autor, Hans-Ulrich Jost, hat das grosse Verdienst, die Probleme anders zu sehen als seine Vorgänger und den Ereignissen eine provokative Deutung zu geben, welche den Historiker zwingt, seine Entscheidungen neu zu überdenken und sie klar zu definieren. H.-U. Jost ist von der These ausgegangen, dass die Schweiz, objektiv betrachtet, keinen deutschen Angriff zu befürchten hatte, denn «weder das Oberkommando der Wehrmacht, noch die politisch Verantwortlichen zogen je sehr ernsthaft

die Eroberung der Schweiz in Betracht; im Gegenteil, die militärischen und wirtschaftlichen Kreise rieten im Allgemeinen von einer solchen Operation ab.»<sup>11</sup> Unter dieser Voraussetzung können die Erfordernisse der Landesverteidigung vom Historiker vernachlässigt werden, die Rolle des Generals kann sich auf einige Akte der Nervosität im Mai 1940 beschränken und die militärische Bedrohung kann verschwiegen werden. Wir haben den gegenteiligen Gesichtspunkt gewählt. Für die Handelnden des Augenblicks zählt nicht die objektive Gefahr, so wie man sie 40 Jahre später beschreiben könnte, da sie schwer zu ermessen ist, sondern das Bild, das man sich von ihr machte. Der Nachrichtendienst hat dauernd versucht, die tatsächlichen Risiken abzuschätzen. Auf seine Informationen hin hat die Armee vielleicht die militärische Bedrohung überschätzt, darüber kann man diskutieren, aber die öffentliche Meinung machte sich von Deutschland ein furchterregendes Bild nach den ausserordentlichen Erfolgen des Blitzkrieges. Sie hätte eine Nachlässigkeit des Generalstabs als Kapitulation oder als Verrat gedeutet. Sobald die Tatsache weniger zählt als der Eindruck, den sie macht, stützt sich die Beurteilung der Verteidigungsmassnahmen und der allgemeinen Politik auf andere Wertmassstäbe; man muss so gut wie möglich die Mentalität und die subjektiven Reaktionen der Zeit nachvollziehen. Gegen eine Furcht, die vielleicht unbegründet, aber echt ist, bezieht die berühmte Geistige Landesverteidigung ihre vorrangige Stellung. Die *Neue Geschichte der Schweiz* kann sie ignorieren oder ohne sie zu nennen als «eine Art helvetischen Totalitarismus» bezeichnen.<sup>12</sup> Aus der Distanz können die Formen dieser Strategie der psychologischen Kriegführung lächerlich oder übertrieben erscheinen, der Rückzug auf die nationalen Werte kleinlich und egoistisch. Es schien uns heuristischer, in dieser von H&H verkörperten Logik zu bleiben, da sonst die Gefahr bestünde, an der Wirklichkeit vorbeizugehen und die Bedeutung des Stimmungsfaktors falsch einzuschätzen. Ziehen wir als Beispiel die praktische Einstimmigkeit heran, mit welcher den Todesurteilen für die Landesverräter Beifall gezollt wurde. Sie rechtfertigt vielleicht übertriebene Strafen, ausgesprochen, «wie um die Schuldgefühle zu sühnen, welche die oberste Führungsschicht verweigerte».<sup>13</sup> Es interessiert uns hier bloss zu sehen, bis zu welcher Masslosigkeit in Sprache und Denken der Landesverrat ein Volk führen kann, das sich belagert fühlt.

Das erforderliche Belegmaterial für eine solche Studie ist beachtlich und weit verstreut. Es war wie schon gesagt ausgeschlossen, alles zu erfassen. Es war aber notwendig, möglichst viele aussagekräftige Dokumente aufzuspüren. Ohne den unerschütterlichen guten Willen der Archivare wäre diese Arbeit niemals zustande-



gekommen. Unser Dank geht ganz besonders an die Herren Daniel Bourgeois vom Bundesarchiv, an Klaus Urner, Direktor des Instituts für Zeitgeschichte in Zürich, die uns in ihre Bestände eingeführt haben und uns ihre Mikrofilme von deutschen Dokumenten zur Verfügung stellten, an Oberst Reichel, der uns den Zugang zum Armeearchiv erleichtert hat, sowie an Herm Botschafter Lindt, ehemaliger Dienstchef von Heer und Haus, der uns seine Erfahrungen mitgeteilt hat.

## Kapitel I

# Die Geistige Landesverteidigung

## Die Entstehungsgeschichte eines Selbstverständnisses

Wenn jemals eine Epoche geeignet war, die festen Überzeugungen zu erschüttern oder zu polarisieren, so ist es jene der Zwischenkriegszeit. Der Ansturm der faschistischen und kommunistischen Ideologien, das Zurückweichen der Demokratie vor der Flut des Totalitarismus, die Volksfront in Frankreich, der Spanische Bürgerkrieg, die Weltwirtschaftskrise, das sine ebensoviele Schläge ins Gesicht der scheinbar dauerhaftesten Überlieferungen der Schweiz. Der Föderalismus, die Demokratie, der Wirtschafts-Liberalismus, der Pluralismus, die Neutralität spürten die Rückschläge jedesmal mit voller Härte. Auf welchen sicheren Grund konnte man noch bauen, wenn die stärksten Gewissheiten sich in Schall und Rauch auflösten? Sich an eine überholte Vergangenheit klammern? Sich mit dem Strom der Geschichte in den Marxismus und den Klassenkampf oder in den Rassismus stürzen? Diese Verwirrung der Geister fand den Höhepunkt im Sommer 1940, als die Krise der Zivilisation ihre Spitze zu erreichen schien mit der Niederlage Frankreichs und dem Sieg eines mit seinem ärgsten Feind, der UdSSR verbündeten Deutschen Reichs.

Vor dem Ausbruch der Feindseligkeiten bedurfte es keiner grossen Gelehrsamkeit, um den ideologischen Charakter der Konflikte zu erfassen, die sich bereits ankündigten. Dagegen brauchte es mehr Scharfsinn, um die Abwehrmittel zu finden, und noch mehr Willen, um die Instrumente der Verteidigung zu schärfen. Die Herausforderung wog umso schwerer, als Ideologien keine Neutralität dulden, und es schwächte nur die Stellung der Regierung, wenn diese sich mühte, zwischen der offiziellen Haltung des Staates und den privaten und unabhängigen Stellungnahmen der Bürger zu unterscheiden. Die Gegenwehr lässt sich im Konzept der «Geistigen

Landesverteidigung» zusammenfassen, die Instrumente dazu in der Botschaft des Bundesrates von 1938 und in der Gründung der Pro Helvetia. Auch die Landesausstellung von 1939 gehört in diesen Zusammenhang.

Die Geschichte dieser Bewusstwerdung ist schon geschrieben<sup>1</sup>; wir beschränken uns hier also darauf, einige Einzelheiten in Erinnerung zu rufen und auf einigen Gesichtspunkten zu beharren, welche die Kriegsmentalität von 1939 bis 1945 geprägt haben.

In einem Staat, der sich weigert, eine offizielle Ideologie zu propagieren, der die Spielregeln der Verfassung einhält oder zur Ordnung gerufen wird, falls er sie zu offensichtlich übertritt – in einem solchen Staat erscheint die geistige Abwehr vorzüglich als ein privates Phänomen, welches vom Bewusstsein der Bürger und ihrer staatsbürgerlichen Vereine ausgeht.<sup>2</sup> Die Kantons- oder die Bundesregierung können zwar indirekt wirken und eine gewisse Geisteshaltung pflegen. Mehr können sie kaum tun. Die Neutralität verpflichtet sie auch zu grosser Vorsicht, sobald die italienischen oder deutschen Nachbarn Anstoss an einem allzu deutlich geäusserten ideologischen Standpunkt nehmen könnten. Daher rührt die ungemütliche Lage der Behörden, welche den Widerstands- und Unabhängigkeitsgeist hochhalten müssen, gleichzeitig aber jene zur Mässigung anhalten sollten, welche in dieser Richtung zu weit gehen und den Feind zu deutlich beim Namen nennen. Die Wechselfälle der eidgenössischen Pressepolitik, eingeklemmt zwischen den deutschen Druckversuchen und den Abwehrreflexen der Journalisten, legen ein beredtes Zeugnis ab von diesem bizarren Eiertanz im Angesicht eines Feindes, der weder von verfassungsmässigen noch demokratischen Skrupeln beschwert war.<sup>3</sup>

Diese Verteidigung verdient durchaus ihr Beiwort «geistige», da sie vor allem eine Geisteshaltung meint, ein staatsbürgerliches Bewusstsein, und bloss nebenbei auch staatliche Institutionen. Sie ist ein «persönliches Nachdenken über die Konstanten unseres Landes, die Bewahrung unserer eigenen kulturellen Werte und ihre Bekanntmachung im Ausland; darüber hinaus ist sie eine vermehrte Wachsamkeit gegenüber den nationalsozialistischen Einflüssen.»<sup>4</sup> Mit Ausnahme der Verbreitung im Ausland, wo der Bund direkt eingreifen muss, streicht diese Definition die Rolle des Bürgers heraus und den umfassenden, sowohl politischen als auch kulturellen Charakter des Begriffs, aber auch den besonderen Anlass, nämlich den<sup>1</sup> Kampf gegen den Nazismus. Die Deutschschweiz erfasste die Gefahr besser, weil diese in eindringlichen, direkt zugänglichen Medien wie Presse, Radio und Film unmittelbar gegenwärtig war. Sie schmerzte umso mehr, als sie dazu zwang, sich selbst aufzuge-

ben oder alte und tiefe Bindungen kultureller oder gefühlsmässiger Art zu zertrennen. Der Westschweiz, die weiter weg und auf Frankreich ausgerichtet war, gingen die Augen später auf, und Hitler konnte eher als nützliche Bastion gegen den Bolschewismus gesehen werden.<sup>5</sup>

Dies ist der Grund – wenn man dem Verlauf dieser Bewusstwerdung folgen will –, weshalb man die verschiedenen Wege erwähnen muss, die sich vereinen, um die politischen und sozialen Gegensätze abzuschwächen (nicht aber die kulturellen, da die Vielfalt eine kostbare, oft betonte Konstante war) und die nationale Einheit zu fördern: der Arbeitsffiede von 1937; der Waffenstillstand zwischen den Parteien, der ab 1938 sichtbar wird und einen ersten Schritt zum Burgfrieden der Kriegszeit bedeutet; gewisse Aspekte in der *Richtlinienbewegung* seit 1936-1937, welche ein beachtliches Echo über die Parteigrenzen hinaus erhielt; eine grössere Offenheit der Regierungsparteien für die sozialen Probleme; die Bejahung der Landesverteidigung durch die Sozialisten, welche begleitet war vom Willen verschiedener vom Klassenkampf enttäuschter Arbeiterkreise, sich in die nationale Gemeinschaft zu integrieren<sup>6</sup>; die zahlreichen Redensarten, die in Wort und Schrift von der Anhänglichkeit an die Demokratie und an die nationale Unabhängigkeit zeugen; die Entstehung von staatsbürgerlichen Gruppen wie Forum helveticum, Res publica etc.

### Das Wirken der Historiker

Eine Erscheinungsform dieser Richtunggebung verdient eine gewisse Ausführlichkeit, weil sie die Geistige Landesverteidigung kräftig und dauerhaft zeichnen sollte und gleichzeitig deren Grenzen aufzeigte: Das Wirken der Historiker. Um sich nicht blenden zu lassen von den Vorspiegelungen oder den Gefahren des Zeitgeistes, war es notwendig, die Überzeugungen der Schweizer auf die Dauerhaftigkeit der Grundlagen des Landes abzustützen. Niemand konnte dies besser tun als die Historiker. Mit Fritschi müsste man in erster Linie den Zürcher Mediävisten Karl Meyer nennen, oder Edgar Bonjour, Hans Nabholz, etc. Auch W. Näf wäre zu erwähnen und in der Westschweiz der Katholisch-Konservative de Reynold, David Lasserre aus einer entgegengesetzten Sehweise, oder William Martin. Max Huber konnte die Historiker der ETH und der Universitäten mit den früheren Chronisten vergleichen oder mit Johannes von Müller. Wie diese spielten sie eine wichtige staatsbürgerliche Rolle. Ohne direkt ins politische Leben einzugreifen, zielten sie doch mehr und mehr darauf ab, in ihren Vorlesungen und Schriften «dem Volk die

geistigen Ursachen aller politischen Probleme verständlich zu machen».<sup>7</sup> Journalisten wie Ernst Schürch vom Bund, Albert Oeri in den Basler Nachrichten, Willi Bretscher in der Neuen Zürcher Zeitung und noch viele andere trugen kräftig zu dieser Bewusstseinsbildung bei.

Das Beständige, welches diese Männer sichtbar machten, stellte sich mehr oder weniger offen den totalitären Programmen des Augenblicks entgegen: der Kantons- oder Gemeinde-Föderalismus gegen die zentralistische Einheitsidee; das gleichberechtigte Zusammenleben der ethnischen Minderheiten in Verbindung mit dem Pluralismus gegenüber einem Rassismus, der das Monopol auf den zivilisatorischen Prozess beanspruchte; die Toleranz und die Achtung vor der Freiheit des Einzelnen, die sich der ideologischen Gleichschaltung und der Rückkehr zur Barbarei des Ursprungs entgegenstellen; die Neutralität als untrennbarer Bestandteil des Unabhängigkeitswillens und der vaterländischen Verteidigung, welche von jedem ideologischen oder militärischen Imperialismus bedroht wird. Die Ausformung dieser lebenswichtigen Grundsätze verändert sich offensichtlich mit der Zeit, und es ist die Aufgabe des Historikers, dies festzustellen, aber der Grund bleibt derselbe, und die staatlichen Einrichtungen müssen sich auf diesem Fundament erheben, um ihre Dauerhaftigkeit zu sichern.

Gegenüber der Diktatur erscheint die Demokratie auch als kostbarer Wert. Trotzdem konnten die Beurteilungen auseinandergehen. Die lebhaften und wiederholten Angriffe der Frontisten fanden durchaus Widerhall, der hier erwähnenswert ist, weil er nach dem Zusammenbruch der Demokratien von 1940 noch lauter wurde. Als Verächter der Französischen Revolution und des vergangenen 19. Jahrhunderts schrieb ein Gonzague de Reynold Folgendes: «Unsere Uhr ist am Ende des 19. Jh. stehen geblieben. Aber diese Epoche ist das Ancien Régime ... Das Europa in Bewegung... wirft die Demokratie, von der die Schweiz Wiege und Vorbild zu sein glaubt, wie ein zeretztes Kleid von sich ... Die Schweiz wird die Demokratie niemals in einem Glasschrank bewahren können, wenn die andern Völker, die sie umgeben, diese Regierungsform verlassen. Es sind schon drei von vieren, die es getan haben, und nichts garantiert uns, dass Frankreich, das vierte, nicht eines Tages den gleichen Weg einschlagen wird.»<sup>8</sup> Ein Max Huber seinerseits weigerte sich, die schweizerische Demokratie mit den unsterblichen Grundsätzen von 1789 gleichzusetzen und fand die stets lebendigen Wurzeln davon in der alten Eidgenossenschaft.

Diese zwei Historiker werden hier erwähnt, weil sie zwei Strömungen angehören, die man seit dem Juni 1940 wiederfindet; der eine bereit, den Köder der Erneuerung zu schlucken; der andere könnte sich entweder mit der Idee einer autori-

tären Demokratie befreunden, oder seine Anhänglichkeit an ein politisches System rechtfertigen, das von den mittelalterlichen Gemeinden übernommen ist, aber nichts gemein hat mit jenem der 3. Republik. Vielleicht ist es dieser entscheidende Punkt, über den die Historiker sich am heftigsten entzweien konnten und die öffentliche Meinung mit ihnen.

Obwohl der Historiker sich im Relativieren übt und im Grunde die Entwicklung auf die Zukunft hin offenlässt, ist sein Werk definitionsgemäss auf die Vergangenheit ausgerichtet und nimmt leicht deren Färbung an. Ein Nabholz kann wohl die Notwendigkeit predigen, gegen die gesellschaftlichen Ungleichheiten zu kämpfen oder für die Minderheiten beruhigende Garantien zu leisten, damit sich ja niemand als Opfer fühlt und Lösungen für seine Probleme im Ausland sucht; die Gefahr bleibt jedoch, dass man sich Zukunftslösungen in einer dumpfen Treue zum Bestehenden verschliesst. Selbst ein Gonzague de Reynold, der in besonderem Masse auf der unvermeidlichen Anpassung der politischen und gesellschaftlichen Formen an die Forderungen der Zeit beharrt, bietet ein konservatives Modell an. Wenn der Historiker seine Zeit beeinflussen will in einem Augenblick, wo seine Lehre popularisiert und vereinfacht wird, bleibt der konservative Zug natürlicherweise eher haften als der fortschrittliche, der ohnehin einen geringeren didaktischen Stellenwert in mitten der Untersuchung der nationalen Vergangenheit aufweist. Es geht hier nicht darum, die intellektuelle Redlichkeit oder die strenge Wissenschaftlichkeit der damaligen Historiker in Frage zu stellen. Man muss sie bloss in der allgemeinen Atmosphäre und in den intellektuellen Strömungen der Zeit sehen, von denen eine zweifellos Einfluss gehabt hat: Das Zurück zu den Ursprüngen, das so grundlegend war für die Historiographie und die Ideologie der Nationalsozialisten. Man braucht nicht Rassist zu sein, um zu den Quellen zurückzukehren, wenn die Gegenwart nur Verunsicherung und Enttäuschung bereithält.

Der Historiker François Furet drückt es deutlich aus, auch wenn seine Aussage eher für die Vulgarisierung als für die historische Forschung der Vorkriegszeit zutrifft: «Die Verherrlichung der Macht oder des Nationalbewusstseins bleibt eine der grossen Rechtfertigungen der erzählenden Geschichte, nachdem sie zweifellos ihr grundlegender Antrieb war: Alle Völker brauchen eine Ursprungslegende und ein Denkmal ihrer Grösse, welche gleichzeitig Garantien für die Zukunft sind.»<sup>9</sup>

Der Einfluss der Historiker hat zweifellos beigetragen zum «Helvetismus»<sup>10</sup>, der die Geistige Landesverteidigung kennzeichnet, ohne dass man nun sagen könnte, ob er im Allgemeinen zum Rückzug auf die ausschliesslich nationalen Werte ermuntert hat, oder ob er im Sinne der Öffnung für den Austausch mit dem Ausland

gewirkt hat. Die Historiker sprechen im Übrigen nicht mit einer einzigen Stimme. Dieser «Helvetismus» fordert auf jeden Fall dazu auf, aus seinem eigenen Grund zu leben und dem Beitrag von aussen zu misstrauen. Die ursprünglichen Wahrheiten in der Vergangenheit zu suchen, noch vor 1848 oder 1789, zeugt von einer charakteristischen Furcht vor der Gegenwart, welche 1914 nicht in gleichem Masse bestand.<sup>11</sup> Der Kult der Vergangenheit hat seinen Preis ... und seine Schädlichkeit.

### Die Rolle der Staatsgewalt

Die Behörden haben ebenfalls ihren Anteil geleistet zur Geistigen Landesverteidigung, verstanden als Ausfluss und Antrieb der Verteidigung schlechthin. Die vorbereitenden Massnahmen zur Kriegsbereitschaft, die Verstärkung, Modernisierung und Ausbildung der Armee, die öffentliche Demonstration ihrer Leistungsfähigkeit zielen auch darauf ab, die öffentliche Meinung zu beruhigen und zu begeistern.<sup>12</sup>

In der gleichen Richtung hin zur Sammlung der lebendigen Kräfte der Heimat muss man noch die Anerkennung des Rätoromanischen als vierte Landessprache 1937-1938 erwähnen. Dies war eine positive Bestätigung der kulturellen Vielfalt, eine der berühmten Konstanten.

Gewisse offizielle Stellungnahmen haben einen grossen Widerhall gefunden, so die Rede Bundesrat Obrechts in Basel nach dem Anschluss Böhmens ans Reich, in der er am 16. März 1939 bestätigt, dass niemals ein Schweizer Staatsmann nach Deutschland pilgern werde (wie Schuschnigg oder Hacha) und dass das Land jeglichem Angriff Widerstand leisten werde.

Man muss die Rolle Philipp Etters betonen, des katholisch-konservativen Bundesrats, offizieller Verkünder und Förderer der Geistigen Landesverteidigung, wie er sich selbst bezeichnet anlässlich einer Rede vom 29. Januar 1937. Er beharrt darin auf den Konstanten, welche das staatsbürgerliche Bewusstsein verstärken, und stellt den – rein historischen – Grundsatz auf, der ihm erlaubt, den Grundstein der Geistigen Landesverteidigung zu legen: «Die schweizerische Staatsauffassung ist nicht aus der Rasse geboren, nicht aus dem Fleisch, sie ist aus dem Geist geboren.»<sup>13</sup> Er verweilt ebenfalls bei der Begegnung der grossen abendländischen Kulturen, die Zusammentreffen in dem Land, dessen göttlicher Auftrag es eben ist, sie zu versammeln und sie gegenseitig zu befruchten.<sup>14</sup> Der Gotthard, den er mit Gonzague de Reynold zu einer Art Mythos macht, verkörpert diese Aufgabe der kulturellen Annäherung. Was den Föderalismus betrifft, sieht er darin das beste Boll-

werk gegen die geistige Gleichschaltung (der Ausdruck wird zweifellos benutzt, um an die Nazi-Bedrohung zu erinnern). Wenn Etter auf seine Weise gegen einen engstirnigen Helvetismus kämpft, so trachtet er doch auch danach, seine Zuhörer vor dem Alibi des Geistigen zu warnen: Die militärische Landesverteidigung bleibt unentbehrlich, um die Unabhängigkeit unseres Volkes, «ein kriegerisches Volk des Friedens», wie er es später bezeichnet, zu garantieren.<sup>15</sup> Schliesslich schlägt er vor, zu handeln, indem ein zu schaffendes Propaganda-Organ den kulturellen Reichtum im Ausland bekannt machen soll.

Auf diesen Weg begab er sich nicht allein: Zahlreiche Privatinitiativen, Vorschläge und Arbeiten, die vor allem aus staatsbürgerlichen Vereinen hervorgingen, hatten seine Aufgabe vorbereitet, Wirkungsfelder abgesteckt und die Notwendigkeit einer nationalen Erneuerung bewiesen. Unter den Vorschlägen, die durch ihr weites Echo hervorragten, ist das Radio zu erwähnen, das sich unter dem Schock des Anschlusses von Österreich bemüssigt sah, «auf Schweizerisch» zu machen. Im März 1938 hatte der Generaldirektor der Schweizerischen Rundspruchgesellschaft die Studios aufgefordert, die Sendungen auf die höchsten nationalen Werte auszurichten, die Geisteskräfte des Landes zu nutzen und die Gräben wie jene der Sprachgrenzen, welche die Schweiz trennen könnten, zu verkleinern.<sup>16</sup> Wie so oft zu jener Zeit wurde die Unterscheidung zwischen dem Rückzug auf sich selbst und der Bewusstwerdung der nationalen Identität nur unklar deutlich gemacht.

Der Staat konnte da nicht gut zurückstehen: Am 9. Dezember 1938 veröffentlichte der Bundesrat eine Botschaft «betreffend die Mittel, das geistige Erbe der Eidgenossenschaft zu erhalten und bekannt zu machen.» Der Autor, Etter, fügte nichts hinzu, was er nicht schon viele Male wiederholt hätte, und rechtfertigte seinen Plan mit der Notwendigkeit, «unsere intellektuellen, künstlerischen und moralischen Kräfte zum Kampf für die Unabhängigkeit unseres Staates aufzubieten».<sup>17</sup> Er ruft darin selbstverständlich die drei Konstanten in Erinnerung: die Zugehörigkeit zu den drei grossen europäischen Kulturräumen, die sich bei uns vereinen, das «eidgenössische Band und den ursprünglichen Charakter unserer Demokratie», die Achtung vor der Würde und Freiheit des Menschen. Seine Erläuterungen zum letzten Punkt erhellen manche Verlautbarungen aus der Zeit nach dem Juni 1940. In der Tat bezieht er sich weder auf 1789 noch auf den Triumph der Volksrechte im 19. Jh., sondern auf das Verantwortungsbewusstsein in der Teilnahme an den Angelegenheiten der Gemeinden und der höheren politischen Ebenen. Etter würde sich eher mit einer Erklärung der Pflichten als jener der Rechte begnügen, selbst wenn manche der letzteren in einem solchen Rahmen wieder erwähnt würden. Er bestreitet auch, die Kul-



tur kontrollieren oder die freie Verantwortung des Bürgers durch die staatliche Bevormundung ersetzen zu wollen und die Schweiz von den kulturellen Gemeinschaften zu isolieren, denen jede unserer Sprachgruppen verbunden ist. Aber für eine wirkungsvolle Verteidigung «muss man das *positive* Bewusstsein unserer nationalen Eigenart, des Sondercharakters unseres Staates aufrechterhalten, und zwar durch eine wohlüberlegte Kenntnis unserer Geschichte und unserer Institutionen. *Indem wir unsere Werte hochhalten und für sie in der Schweiz und im Ausland werben, werden wir unsere wahre geistige Verteidigung an die Hand nehmen.* Man bemerke einmal mehr den Bezug auf die Geschichte, hier in Verbindung mit der Staatskunde.

Die Botschaft stellt zwar die Tat des Einzelnen ins erste Glied der Geistigen Landesverteidigung, erachtet es aber als unerlässlich, dass der Staat seinen Teil dazu beiträgt. So mündet sie im Vorschlag einer Institution, die über einen jährlichen Kredit von 500'000 Franken verfügt und beauftragt ist, die schweizerische Kunst und Kultur zu unterstützen, im Ausland zu propagieren und den Austausch zwischen den Regionen zu fördern. Typischerweise ist es nicht der Staat, der diese Aufgabe durch ein Propagandabüro erfüllen soll, sondern eine unabhängige Stiftung des privaten Rechts, Pro Helvetia, deren Gründung durch Bundesbeschluss vom 5. April 1939 erfolgte. Später fügte der Bundesrat kraft der Vollmachten, die er für die Kriegszeit erhalten hatte, noch einen selbständigen militärischen Zweig, die Sektion Heer und Haus hinzu, der von Pro Helvetia subventioniert wurde. Die Kriegshandlungen hatten damals schon begonnen, und so war die Armee zwangsläufig mit diesem Teil der Landesverteidigung verbunden. Bis dahin hatte sie keine direkte offizielle Rolle darin gespielt. Das Netz der militärischen Gesellschaften, die Aktionen der Bürger in Uniform hatten dagegen eine Beeinflussung der öffentlichen Meinung begünstigt. Erwähnt sei bloss der bekannte Hauptmann Hausmann, der 50 Filmprojektoren kaufte, einen Armeefilm schuf und 50 Unteroffiziere damit beauftragte, den Film auf von ihm oder andern organisierten Tournée vorzuführen. Insgesamt wurden so 1'600 audiovisuelle Vortragsabende gehalten.<sup>19</sup> Man müsste auch dem Kino seinen gebührenden Platz einräumen, das von den Historikern zu oft vernachlässigt wird. Genannt sei bloss Lindbergs Film «*Füsilier Wipf*» (1938), der einen grossen Erfolg erlebte und die Berge als Hort und Symbol der nationalen Überlieferung beschwor.

Letzte staatliche Schöpfung war, wenn auch auf Zeit, die Landesausstellung 1939 in Zürich, die Landi, welche einen Sommer voller Feste und voller Patriotismus umfasste. Es ist müssig, auf die volkstümliche Begeisterung zurückzukommen, die daraus ein grosses Gemeinschaftserlebnis werden Hess. Ihre mobilisierende Funktion ist wohlbekannt und fügt sich nahtlos in die Geistige Landesverteidigung

ein.<sup>20</sup> Die Wirkung der Landi sollte kurzlebiger sein als jene der Publizisten und Historiker; die Hinweise auf diesen grossen Augenblick im öffentlichen Leben wurden bald seltener als jene, welche sich von den nationalen Überlieferungen anregen liessen. Ihr Einfluss auf die öffentliche Meinung und die aufgebotenen Truppen zu Beginn des Krieges aber war entscheidend.

Nach dem Krieg würde Max Frisch einen Besuch der Landi in Erinnerung rufen: «Ohne Utopie, immunisiert gegen alles was nicht wahrhaftig schweizerisch ist. Selbstvertrauen durch Folklore. Was mir damals nicht auffiel: der diskrete Geruch von helvetischem Blut und Boden.»<sup>21</sup> Unabhängig von der Ironie gibt er die erhaltene Prägung zu. Erst nachträglich sollte er darin eine Manipulation erahnen oder verwirliche Analogien. Eine der Ausstellungsachsen lässt sich in einen Satz von Georg Thürer fassen: «Das Schweizerhaus muss ein Heim sein, in dem es sich gut lebt.» Der Rückzug ins sichere Zuhause geht ganz natürlich Hand in Hand mit der Anhänglichkeit an die Scholle und der Verherrlichung des Bauern, der nach Ernest Laur «nicht bloss für die Nahrung sorgt, sondern auch der ruhende Pol sowie der Quell der Jugend und des Lebens der Bevölkerung ist.»<sup>22</sup> Sind wir so fern von der nationalsozialistischen Sprachregelung rund um das Landvolk, umbenannt in *Nährstand*? Dieser letzte Satz vom Bauernkönig Laur passte nicht schlecht in die sentimentale Literatur à la Giono, da sie tiefen und unbewussten Bedürfnissen der Zeit entspricht. Das ist es, was die Landi ausdrückt, wie Frisch sie empfunden hat, «ein *gemüthafter* Nationalismus, stark durch Brauchtum und Konservatismus gefärbt».<sup>23</sup> Manche gingen, vor allem in der Westschweiz, von da ganz natürlich weiter zum Pétainismus. Meistens verstärkte diese Haltung aber eher den Widerstand gegen alles, was unschweizerisch war. Absichtlich oder aus symptomatischer Unachtsamkeit vernachlässigt Frisch einen andern Aspekt der Landesausstellung: Die Modernität eines Industrielandes, dessen Errungenschaften die Besucher begeisterten. Die psychologische Ausbildung der Soldaten sollte auch die Wirtschaft berühren (Betriebsbesichtigungen etc.).

### Eine Belagerungsmentalität

Die deutschen Kommentatoren haben selbstverständlich erfasst, dass die Geistige Landesverteidigung gegen die nationalsozialistischen Grundsätze gerichtet war. Die einen behandelten sie mit der Verachtung, welche einer kleinen Nation gebührt, die sich für originell hielt – andere verwahrten sich gegen die Absichten, die man

Deutschland unterstellte. Gesamthaft gesehen fand die Presse darin das Thema für neue Angriffe gegen die Schweiz, und der Bericht eines Konsularbeamten in Zürich sieht darin das Zeichen der «Absurdität des gegenwärtigen Regimes, das verzweifelt versucht, sein Dasein zu rechtfertigen.»<sup>24</sup>

Ist die Geistige Landesverteidigung unter dem Strich die Verherrlichung eines Widerstandswillens, der mit vollem Recht auf der Wertschätzung der nationalen Eigenart gründet? Oder ist sie bloss «gotthardische» Nabelschau und Treibhauskultur einer Belagertenmentalität?

Dieser letzte Aspekt fehlt denn auch nicht, vor allem bei den patentierten Herolden der Geistigen Landesverteidigung, wenn sie sich von ihren politischen Tribünen herunter an das hebe Volk wenden. Zitieren wir unter anderem folgenden Satz von Etter in seinem pompösen Stil: «Der göttliche Schöpfer selbst hat die Einheit dieses Landes hervorgebracht, und er hat es mit starken Wällen aus Granit und hartem Kalkgestein ummauert, damit es gleichzeitig eine Festung sei, so weit und so mächtig, dass nur der Herr sie erbauen konnte, aber doch auch nicht grösser als nötig, damit ein kleines Land auf diesen Festungsmauern eine grosse geistige Mission verteidigen kann.»<sup>25</sup>

Mehr als ein Zeitgenosse hat sich zweifellos von dieser Rhetorik einnehmen lassen, und die *Neue Geschichte der Schweiz* verfehlt Etter als Zielscheibe ihres Sarkasmus nicht.<sup>26</sup> Wenn man die öffentliche Meinung zwischen 1940-1941 mit etwas mehr Gewissenhaftigkeit untersucht und die Gefahren, die das Land in diesem Augenblick bedroht hätten, mit etwas mehr Sachlichkeit, so muss man darin eine Vorahnung oder vielmehr einen unverhofften Glücksfall sehen: In seiner schwülstigen Phrasenhaftigkeit beschreibt nämlich der Bundesrat das nationale Réduit im Voraus. Es ist gewiss eine Sprache der Belagerten, auch wenn Etter in der Folge die äusseren Kultureinflüsse betont; aber nach der Niederlage Frankreichs fühlten sich die Schweizer tatsächlich eingeschlossen, und sie hatten die Reaktionen einer Gemeinschaft, die sich eingengt fühlt und die in der Geschichte eine Sicherheit und Überlebensgarantien findet, wie Furet richtig sagt. Ausserdem erschien der wunderbare göttliche Schutz darin im äussersten Fall als der sicherste Halt. Die Regierung der 3. Republik, laizistisch, aber am Sterben, sollte sich ebenfalls darauf berufen ... Die Abkapselung, welche die staatsbürgerliche Bewusstseinsbildung vor 1940 kennzeichnet, mag kleinlich und verzagt scheinen, wenn man sie in die Perspektive des alliierten Sieges stellt, den man am Vorabend des Krieges erwartete und auch noch in den ersten Monaten des Konflikts, als der Schweiz kaum Gefahr drohte. Dagegen war die Einigelung vollkommen der Situation der Belagerten der Jahre 1940-1943 oder 1944 angepasst.

Dieses Gefühl der Isolierung geht ganz natürlich mit der Mentalität von Eingeschlossenen zusammen. Man konnte es vor allem in der Deutschschweiz beobachten: Der Abbruch so vieler kultureller Verbindungen mit dem benachbarten Deutschland, die Besetzung Österreichs, dann der Tschechoslowakei, wurden hier als direkte Drohung empfunden. Die französische Schweiz war dafür weniger empfindlich. Die Ereignisse nahmen da einen abstrakteren und abgelegeneren Umriss an. Doch die Rückkehr zur integralen Neutralität 1938 war ein Signal, das niemanden täuschen konnte: Die kollektive Sicherheit war tot; das Land konnte sie offensichtlich durch keine bilateralen Bündnisse ersetzen; man war also wohl oder übel auf seine eigenen Kräfte zurückgeworfen, um die nationale Unabhängigkeit zu verteidigen. Wie es unter anderem eine Broschüre der Freisinnigen Partei von Winterthur anfangs 1939 sagte: «Wir sind also allein, wir sind auf uns selber angewiesen wie unsere Vorfahren, nur wir selbst können uns helfen.»<sup>27</sup> Auch hier wieder gründet die Antwort auf der Geschichte und bereitet eher auf die Situation von 1940 vor, als auf jene vor der französischen Niederlage.

## **Zensur und Leitung der Medien: Die Abteilung für Presse und Funkspruch**

Wie jede militärische Operation hat der Kampf um die geistige Haltung zwei Formen, die sich durchaus nicht ausschliessen: Die Verteidigung und den Angriff.

Die erste versucht antinationale Fehlinformationen zu verhindern und die Öffentlichkeit vor der Ansteckung durch den Defätismus zu bewahren, ob diese nun von aussen oder von innen stammen. Dies ist die Aufgabe der Medienzensur, welche damit auch Absichten verbindet, welche zuweilen eine wahre Information verhindern, so wenn es um militärische Geheimnisse oder um eine Beschwichtigungspolitik gegenüber einem andern Staat geht. Aus dem triftigen Grund, die Moral der Bevölkerung zu heben, darf man einem möglichen Feind doch keine Aufschlüsse über die Wirksamkeit militärischer Massnahmen wie z.B. das Réduit zuspielen.

Auch muss man sich hüten, die Mächte zu beleidigen, welche den Sprachgebrauch der Journalisten sehr genau überwachen; die Wahrheit sagen lassen über Grenzzwischenfälle oder diplomatische Druckversuche könnte zwar den Widerstandsgeist wecken und falsche Gerüchte, diese Geissel der öffentlichen Meinung, entkräften – es

könnte aber auch Vorwände liefern für äussere Eingriffe. Drohungen zuvorzukommen gehört eben zu den Zwängen der Neutralität, wenn nicht zu ihren Rechtsregeln. Die Schweiz musste ihre Neutralität glaubhaft machen und gleichzeitig ihren Verteidigungswillen bekräftigen. Dieser Widerspruch fand sich auch in Deutschland, wo die schweizerische Neutralität ideologisch unannehmbar, aber strategisch wertvoll war.<sup>28</sup>

Nebst der Zensur spielt auch die Polizei in verschiedensten Formen eine wichtige Rolle in der Aufdeckung und Ausschaltung subversiver Elemente, welche die militärische oder geistige Landesverteidigung gefährden können. Die ausschliesslich repressive Aufgabe der Spionage-Abwehr, des militärischen Sicherheitsdienstes, der zivilen Organe trägt keinen Widerspruch in sich wie jene der Zensur, bringt aber ebenso heikle Entscheidungen über Gesinnungsdelikte mit sich.

Was den Angriff angeht, so konzentriert er sich im Wesentlichen in der Propaganda, welche die Meinungen formen soll und den Medien Richtlinien für die Nachrichtenverbreitung und den redaktionellen Kommentar gibt.

Diese zwei Aufgaben enthalten offensichtliche politische Aspekte. Sie rühren an verfassungsmässige Rechte wie die Meinungs- und Versammlungsfreiheit, aber auch an die Aussenpolitik. Die dem Bundesrat für die Kriegszeit gewährten Vollmachten übertrugen der Exekutive die Verantwortung für die Anwendung oder die Ausschaltung der demokratischen Grundsätze. Andererseits erlaubten ihr die Erfordernisse der Landesverteidigung und der Auftrag der Armee angesichts der äusseren Bedrohung keine Unentschiedenheit. Mit andern Worten, es gab genug Gelegenheiten für Kompetenzkonflikte und für weise Kompromisslösungen.

### **Die Entstehung der Zensur**

Der Bundesrat weigerte sich stets, in Friedenszeiten Presseabkommen zu schliessen, d.h. eine Zensur einzuführen, um dem Reich keinen Vorwand zu liefern, sich in unsere inneren Angelegenheiten einzumischen: Das Beispiel Österreichs zeigte, wohin das führen konnte. Aber schon bald nach Hitlers Machtergreifung beunruhigten ihn die aus Deutschland orchestrierten Pressekampagnen und die Zwischenfälle, die aus allzu freimütigen oder beleidigenden Äusserungen der Schweizer Zeitungen erwachsen konnten. Von daher rührt der Beschluss vom 26. März 1934, der den Bundesrat ermächtigt, jene Organe zu warnen oder gar zeitweise zu verbieten, welche die guten

Beziehungen mit anderen Staaten gefährden konnten. Es handelte sich nicht darum – so rechtfertigte man 1947 die seit 1934 verfolgte Praxis –, die Pressefreiheit anzutasten: «Nur deren Missbrauch sollte aufhören.» Der Ausdruck ist bequem in seiner Unbestimmtheit: Wo hört die Freiheit auf und beginnt der Missbrauch? Hier lag denn auch die Quelle der Konflikte mit Deutschland oder Italien wie auch mit den Redaktionen (wir betrachten hier nur die Zensur der Zeitungen). Man musste «sich aller heftigen Ausdrücke sowie der Anwendung verletzender Wörter in Bezug auf fremde Staatsmänner und Völker enthalten», wie noch präzisiert wurde.<sup>29</sup> 1938 hatte Motta immerhin den Spielraum des Bundesrates genauer umschrieben: «Die Neutralität ist eine Richtschnur des Staates, nicht des Einzelnen, aber sie auferlegt auch dem Einzelnen die dringende Pflicht zur Mässigung und Überlegtheit.» Auch hier gilt wieder, dass die Grenze zwischen dem Tolerierbaren und dem Missbrauch sich je nach Zeitpunkt verschieben kann. Diese grundlegende Auffassung wurde von den Deutschen nie gutgeheissen, und die prinzipielle Unverträglichkeit rief zahlreiche Presse- und Kanzleikonflikte hervor: Man sprach nicht die gleiche Sprache in den zwei Ländern. Im Oktober 1941 änderte oder verdeutlichte die Regierung ihre Auslegung des Beschlusses und weigerte sich in der Folge, Staat und Bevölkerung ganz auseinanderzuhalten; um das Vertrauen des Auslandes zu erhalten, «musste die Neutralitätspolitik von jedem Einzelnen eingehalten werden, auch wenn die ‚Neutralität‘ ein Verhältnis des internationalen Staatsrechts blieb».<sup>30</sup>

Die Journalisten, welche von Anfang an den Pferdefuss erkannt hatten, verwarnten sich dagegen und erhielten am 15. Mai 1934 eine Konsultativkommission aus Fachleuten zugesprochen, welche ihr Gutachten im Falle von bundesrätlichen Eingriffen abgeben sollte. Diese Regelung dauerte bis zum Kriegsausbruch, ohne jedoch interne Spannungen und Konflikte mit dem Reich zu verhindern.

Die Armeeführung ihrerseits brachte ebenfalls ihr Geschütz in Stellung, zwar im engeren Gesichtsfeld der militärischen Sicherheit, aber sie zog schärfere Massnahmen in Betracht: die Vorzensur. Diese hätte den endlosen Auseinandersetzungen mit den Journalisten ein Ende gemacht wie auch den Folgen der Enthüllung militärischer Geheimnisse, welche keine Strafe *a posteriori* wiedergutmachen konnte. Vor allem hätte sie der Armee die volle Verantwortung für die Presse übertragen, anstatt ihr bloss die Konsequenzen fremder Missgriffe aufzubürden, falls journalistische Übergriffe militärische Massnahmen des Auslandes provozierten. Der Bundesrat sollte derart strenge Massnahmen in Friedenszeiten stets verweigern.

Noch misstrauischer gegenüber den Zeitungen als die Bundesbehörden, beauftragte die Armee die Territorial-Kommandos am 24. Januar 1939, Zensurkommissionen zu bilden, welche Überwachungs- und Unterdrückungs-Auftrag hatten. Gewisse Grundlagen waren also vorhanden, um einen ersten Kriegsbeschluss vom 8. September 1939 auszuführen, in dem der Bundesrat das Militärkommando beauftragte, die Gesamtheit der Medien und die Kommunikationsmittel (z.B. das Telefon) zu kontrollieren und zu zensurieren.<sup>31</sup> Diese Kompetenzübertragung war durchaus gerechtfertigt, da die Zensur damals in erster Linie den Schutz der militärischen Geheimhaltung bezweckte. Die Armee richtete also ihren Apparat ein, der von den Territorialzonen bis zur Abteilung Presse und Funkspruch reichte.

Die APF unterstand der General-Adjutantur und wurde nacheinander von den Obersten Hasler, Bundesrichter, bis im März 1940, Perrier, Lausanner Advokat, bis Mitte 1942, und Plancherel, Professor an der ETH, befehligt, ohne die Interims-Stellvertreter zu erwähnen. Die Presseleute nahmen es schlecht auf und gaben keine Ruhe, bis ihr Platz in den Kontrollorganen erweitert wurde und bis ein Rekursverfahren eingerichtet war. Der *modus vivendi* wurde schliesslich durch einen neuen Beschluss vom 31. Mai 1940 gefunden, der das System im Wesentlichen fest schrieb. Der Präsident des Schweizerischen Presseverbandes, Jean Rubattel, äusserte sich im September desselben Jahres zu diesem Thema folgendermassen: «Wir haben strenge Massnahmen gutgeheissen, weil wir nicht wollen, dass die patriotischen Opfer der überwältigenden Mehrheit der Schweizer Journalisten zunichte gemacht werden durch einige Disziplinlosigkeiten, durch die Unüberlegtheit einiger Journalisten oder durch Leute, denen die Geschicke unseres Landes gleichgültig sind. *Die Schweizer Presse im Dienste der Heimat*, das ist unsere Losung. Doch täusche man sich nicht: Wir wissen ebensogut, wo die Grenze zur moralischen Selbstaufgabe oder zur Neutralisierung des Denkens ist. Wir haben diese Grenze immer als feste Stellung betrachtet, die wir mit all unseren Kräften und mit unserem ganzen Herzen verteidigt haben.»<sup>32</sup> Auch hier gingen die strengen Grundsätze mit der Unsicherheit der Massstäbe einher.

### **Anwendung der Zensur durch die Abteilung Presse und Funkspruch**

Das aufgebaute System war immer pannenanfällig und missfiel dem General sowie Oberst Masson, dem Chef des Nachrichtendienstes, den eine immer noch zu freie Presse ärgerte. Im Juni 1940 z.B., als er sich ausserstande sah, die «Exzesse unserer

Presse zu *verhüten*», verlangte der General die sofortige Einführung der Vorzensur, ohne die er seine Aufgabe der Pressekontrolle nicht länger erfüllen könne.<sup>33</sup> Ausserdem fühlte er sich behindert durch die Einmischungen der Regierung, die den Generalstab nicht länger frei schalten lassen mochte. Seit dem 29. Januar 1940 stellte er die Frage nach der Zugehörigkeit der APF. Aber erst am 30. Dezember 1941 unterstellte sie ein Bundesbeschluss der Regierung. Ab 1. Februar 1942 fiel sie in die Zuständigkeit des Justiz- und Polizeidepartements, blieb aber eine militärische Einrichtung. Ihr innerer Aufbau veränderte sich nicht, was nicht gerade dazu beitrug, alle Kompetenzstreitigkeiten zu schlichten.

Grundsätzlich und in Übereinstimmung mit den demokratischen Auffassungen, die man gegenüber Deutschland betonen wollte, blieb die Schweizerpresse frei. Deshalb griff die Zensur, ausser im Fall einer Strafe, erst nach der Veröffentlichung ein: Ein Vertrauensbeweis für das Verantwortungsbewusstsein der Journalisten, würden die einen sagen – eine List der Staatsgewalt, die genau wusste, dass die Selbstzensur noch strenger sein würde als ihr vorbeugender Eingriff, werden die andern behaupten. Was die Überwachungskriterien betrifft, so blieben diese praktisch unverändert nach dem zweiten, sogenannten «Fundamental-Erlass» vom 8. September 1939 und den Erläuterungen dazu vom 6. Januar 1940.<sup>34</sup> Aber der Geist, in welchem sie angewandt wurden, veränderte sich mit den Jahren: Auf die Härte der deutschen Siegesjahre folgte eine fortschreitende Aufweichung, als sich die Armeen des Reichs zunehmend auf dem Rückzug befanden; als es galt, jeglichen Angriff auf ausländische Staatsmänner und ihr Regime zu vermeiden, waren es selbstverständlich die Haltung und der Druck der deutschen und italienischen Regierungen, der einzigen bedrohlichen, welche die Kriterien bestimmten. Ihr Wille und ihre Einschüchterungsmöglichkeiten sind sozusagen eine Art Barometer für die Schweizer Presse und auch ein Regulativ für die Häufigkeit und die Schärfe der Anweisungen. Die Presse war daher wenigstens indirekt mit dem Auf und Ab der Neutralitätspolitik des Bundesrates verknüpft.<sup>35</sup>

Wenn die Presse schon in gewöhnlichen Zeiten die öffentliche Meinung nur teilweise spiegelt und bestimmt, so verringert die Zensur diesen Anteil noch mehr. Es wäre beispielsweise leichtfertig, die Verbundenheit des Volkes mit der Demokratie aus den Zeitungen beurteilen zu wollen, da sie zwar das Recht dazu hatten, sie zu verteidigen, nicht aber das Recht dazu, sie mit der Sache der Alliierten gleichzusetzen, welche doch als Verteidiger der Demokratie galten. Sie hatten auch keine Erlaubnis, das totalitäre System anzugreifen. Die sozialistischen Presseerzeugnisse, welche diese Vorsicht nicht anerkannten, wurden natürlich häufiger bestraft als an



dere, gefügigere.<sup>36</sup> Heftiger als andere griffen die Sozialisten auch die Zensurstellen und ihre Militarisierung an.

Man musste wohl oder übel der deutschen Auffassung Rechnung tragen: Sie weigerte sich, Unterscheidungen zu machen in der einen unteilbaren Neutralität, welche die ganze Existenz des Staates umfasste, einschliesslich aller Äusserungen der öffentlichen Meinung. Jede «Masslosigkeit», ob von der Regierung beabsichtigt oder bloss geduldet, verletzt die Neutralität schon in Friedenszeiten, wie auch immer die innere Gesetzgebung ist. Der Staat ist verantwortlich für den Einzelnen und seine Meinung gegenüber den andern Staaten. Von nun an sind die Regeln der totalitären Regimes massgebend für die Entwicklung des internationalen Rechts. Die Presse sollte sich also davor hüten, die Sympathien der Bürger für eines der gegnerischen Lager zu wecken. Eine der ersten Anweisungen von 1939 behandelte diesen Punkt und verpflichtete die Redaktoren, zwischen den Zeilen zu schreiben – und die Historiker, ebenso zu lesen ...

Vor den Journalisten sprach Oberst Hasler am 2. Oktober 1939 noch von einem andern Kriterium, welches die Vorsicht in der Einschätzung der Rolle der Presse noch verstärken muss: «Im Innern wird man den Zeitungen nicht gestatten, dass sie die Bevölkerung unnötig beunruhigen oder aufregen.» Er verdeutlichte in der Folge diese Regel und verbesserte sogleich: «Es gibt eine oberflächliche Beunruhigung, eine Art Tendenz zur Panik; jedes umgehende Gerücht ist ihr gut genug, löst Angstreflexe aus und unbedachte Aufregungen. Man muss gegen solche Tendenzen ankämpfen. Aber es gibt eine andere Art Beunruhigung, welche tiefere Ursachen hat: die Furcht, welche der Ernst der Lage erzeugt. Diese Angst muss man wachhalten. Der Bundesrat und der General selbst haben die Bevölkerung darauf aufmerksam gemacht, dass sie sich keinerlei Illusionen über den Ernst der Lage machen sollte.»<sup>37</sup>

Diese letzte Bemerkung umschreibt in der Tat die künftige Informationspolitik der Armee durch H&H. Sie zeugt auch von der Schwierigkeit, klar zu unterscheiden zwischen der eigentlichen Zensur und der gelenkten Ausrichtung der Information, wie sie z.B. in den Pressekonferenzen der APF oder in ihren den Redaktionen zugestellten Weisungen und Informationen erscheint. *Führung* und *Kontrolle* ergänzen sich notwendigerweise, sobald man die Medien als Verteidiger der inneren Front betrachtet und nicht bloss als mutmassliche Verbreiter von Militärgeheimnissen.

Die Sicherheitskriterien waren nicht die allein massgebenden. Durch den Zwang der Umstände und zum Wohl gewisser Leute verhängte die Zensur auch Schweigen über innenpolitische Affären, in denen weder die Neutralität noch äussere

Gefahren eine grosse Rolle spielten. So in der Steiner Affäre (Kt. Schwyz) vom September 1942, wo Bundesbeamte belästigt wurden. Dort wo die Zensur bei Flüchtlingsproblemen einschritt, sind die internationalen Bezüge schon augenfälliger.

Man kann sich fragen, ob die Zensur nicht die Redefreiheit der Journalisten und ihre Spontaneität ausgelöscht hat. Die Bilanz ist schwer zu ziehen. Die Verteidiger des Systems führen ihre Diskretion ins Feld, die grundsätzliche Achtung der Pressefreiheit, die Rolle der Journalisten in den Kontrollstellen. Aber zuweilen geben sie zu, dass die Zügel zu straff angezogen waren. Oberst Perrier schreibt in seinem Tätigkeitsbericht für das vierte Quartal 1940: «Man darf nicht verkennen, dass man an einem äussersten Punkt angelangt ist. Es besteht in der Tat Grund zu befürchten, dass die Presse durch ihre disziplinierte und abwartende Haltung ihren Einfluss auf ihre Leser verliert. Diese Gefahr wird bestätigt. Sie ist der Bundesbehörde angezeigt worden, und die Abteilung bemüht sich mit Unterstützung der Presse, in dieser beunruhigenden Situation Abhilfe zu schaffen.<sup>38</sup> Die Gegner der Zensur übertreiben ihre Pannen und betonen den Verantwortungssinn der Redaktoren. Sie kritisieren eine Praxis, welche die Eidgenossenschaft gegenüber den Achsenmächten schwächt, da sie durch ihre Kontrolle verantwortlich wurde für das Geschriebene. Sie beklagen auch eine Tendenz der Bevorzugung Deutschlands und eine beklagenswerte Mittelmässigkeit auf der Ausführungsebene. Die Debatte ist endlos.

Die ungeteilte Verantwortlichkeit von Staat und Redaktionen verdichtet sich in der deutschen *Blutschuldthese*, wonach sich die Wehrmacht zu Strafexpeditionen gezwungen sehen könnte als Folge von journalistischen Entgleisungen, welche dann die ganze Bevölkerung büssen müsste. Armee und Regierung konnten nicht unempfindlich bleiben gegenüber derartigen Drohungen. Die Journalisten erwiderten, dass Armeen sich nicht wegen einiger Presseartikel in Bewegung setzen und dass sie selbst im Gegenteil den Widerstandsgeist erhalten und dadurch die Regierung in ihrer Aussenpolitik unterstützen könnten.<sup>39</sup> Andernfalls würde sich die Geistige Landesverteidigung die Flügel stützen. Die Zensoren mussten also ihren Weg zwischen diesen sich widersprechenden Forderungen finden.

Die APF zeichnet die Natur dieses Konflikts und seine äusseren Gründe sehr gut in ihrem Tätigkeitsbericht über den Zeitabschnitt von 1939 bis Januar 1942. Die Rücksichtslosigkeit der totalitären Staaten, viel ausgeprägter als bei den andern Mächten, verlangt, «dass man die Presse stark im Zaum hält, während diese sich natürlich umso heftiger gegen die Einschränkung der demokratischen Rechte wehrt. Daraus entsteht eine Spannung zwischen den zwei Partnern; sie haben Mühe, sich

über den Verlauf der subtilen Grenze zu einigen, welche die Zurückhaltung von der Neutralisierung, d.h. von der Uniformierung der öffentlichen Meinung trennt.»<sup>40</sup> Das Resultat dieser Spannung war ein stets erneuter Kompromiss zwischen der Politik des Bundes, den Forderungen der Redaktionen und der öffentlichen Meinung. Nicht ohne schwarzen Humor konnte die Neue Zürcher Zeitung 1940 schreiben: «Die Presse ist genauso eine freie Presse geblieben, wie der Schweizer Soldat *ein freier Schweizer*».<sup>41</sup>

Die heftigsten Ausfälle gegen die Zensur kamen aus religiösen Kreisen. Man kann die Stärke dieser Strömung schwer einschätzen, aber man darf sie nicht ignorieren, wenn man das Problem der Presse, der Geistigen Landesverteidigung und der Zensur eingrenzen will. So verwarf ein Leonhard Ragaz 1939 die Neutralität und verlangte eine friedliche und nicht militärische Koalition gegen Faschismus und Nazismus, deren Antriebskraft die beiden zwingen würde, ihre gewohnten Stellungen zu überdenken. Wenn nicht, was nützte es, ein Land zu verteidigen, das die Freiheit und Gerechtigkeit nicht achtete, welche doch seine Existenzgrundlage waren? In diesem Geist sind die Scherereien von Ragaz mit der APF nicht verwunderlich.<sup>42</sup> Weniger radikal, verteidigten Karl Barth, Arthur Frey, Chef des evangelischen Pressedienstes, und noch andere den Auftrag der Kirche gegen die Zensur und behaupteten ihr Recht, die Wahrheit zu sagen.

In mehr oder weniger differenzierter Form und in Übereinstimmung mit ihrer Ethik reihten sich diese Apostel der Redefreiheit ein in das Lager der Widerstandskämpfer gegen den Faschismus, im Gegensatz zu dessen Mitläufern. Man weiss heute, wie künstlich und vereinfacht diese Trennung ist, aber man kann von den Frontkämpfern nicht Objektivität und den Relativismus verlangen, welche den Historiker kennzeichnen sollten. Es ist unleugbar, dass der Mut und die Unnachgiebigkeit dieser Kämpfer zur Geistigen Landesverteidigung beitrug und dass die Zensur ihre Ausstrahlung begrenzte und sie zu heimlichen Publikationen von stillerer Wirkung zwang.<sup>43</sup>

### **Offizielle Propaganda durch die Presse**

Es war für die Presseleitstelle verlockend, mehr zu tun als bloss einige Anweisungen oder Informationen zu verteilen, damit die öffentliche Meinung nicht gänzlich den zermürbenden Angriffen oder den Lügen der ausländischen Presse ausgesetzt war. Die Zensur hatte nur eine begrenzte Reichweite. Um einen unerlässlichen Gegenangriff zu führen, bedurfte es einer Propaganda, welche nahe bei der Truppe und bei der Bevölkerung wirkte.

Die Stärkung der Moral und des Widerstandswillens rief nach einer aufbauenden Aktion, wie viele sie verlangten. Das Bedürfnis danach bestand schon vor dem Krieg, als die Verunsicherung mehr und mehr um sich griff. Es ist interessant, dass zum Beispiel 1938 sogar in der *Roten Revue* die Eröffnung einer Werbekampagne für die Demokratie als unverzichtbares Element der Geistigen Landesverteidigung verlangt wurde. Diese Forderung von Seiten eines sozialistischen Organs enthüllt die tiefe Verwirrung, die zweifellos durch das Schicksal Österreichs und der Tschechoslowakei zu erklären sind, deren Untergang der Redaktor ihrer geistigen Auflösung zuschreibt.<sup>44</sup>

Da die Armee nicht daran dachte, einen Propagandafeldzug zu unternehmen, füllten seit den ersten Kriegsmonaten verschiedene Initiativen diese wichtige Lücke im Aufbau der Geistigen Landesverteidigung. Schon seit September 1939 plante der Chef der APF die Einrichtung eines Büros für die Erhaltung und Verstärkung der nationalen Einheit; der Generalstab gab sein Einverständnis und umschrieb auch genau die erforderlichen Mittel: das Radio und vor allem eine Gratiszeitung zuhänden der Truppe. Das Blatt sollte – bezeichnend für die Propaganda, deren Logik man wohl oder übel folgen musste – auch für den einfachsten Soldaten verständlich sein. Der Plan wurde nicht ausgeführt, jedenfalls nicht in der vorgesehenen Form. Im Übrigen war er nur ein armseliger Entwurf im Vergleich zu den Projekten, die Ende Jahr auftauchten. Hauptmann Hausmann z.B. lieferte anscheinend im Dezember den Plan zu einer mächtigen «Schweizerischen Zentrale für Forschung und Aufklärung», welche siebzehn Büros umfasste mit den Gruppen Nachrichtendienst, Verteidigung, Angriff und Verwaltungsfragen. Als Feind sowohl der Untätigkeit wie des geistigen Terrorismus, der die eigentlichen Staatsgrundsätze in Frage stellte, wollte Hausmann die Bevölkerung durch Überzeugungsarbeit und den Aufruf an den guten Willen beeinflussen.<sup>45</sup> Eines der vorgesehenen Mittel des Handelns beruhte auf einem beeindruckenden «rückwärtigen Dienst», der sich auf gründlich und objektiv informierte Zivilisten stützte, die den Auftrag hatten, die verteidigungswürdigen schweizerischen Werte in ihrem Kreis bekanntzumachen und die ausländische Propaganda zu bekämpfen. Diese Ideen sollten bewusst oder unbewusst von H&H übernommen werden und bildeten ein originelles Merkmal des Systems der Geistigen Landesverteidigung, wo sogar die (Gegen-) Propaganda durch die Bürger selber besorgt werden musste, indem man ihnen auf fast demokratische Weise Vertrauen schenkte.

Noch andere Projekte wurden entwickelt, z.B. von L. Belmont, dem Propagandachef der Pro Telefon – der seinerseits eine auf Unsachlichkeit begründete

Propaganda empfahl – aber auch von Haas, Direktor der mittelständischen Schweizerpresse, oder von Forum helveticum.<sup>46</sup>

Im Februar-März 1940 konnte die APF zur Planung übergehen – bloss um auf halbem Weg stehen zu bleiben. Gut, der von Oberst Fueter als Stellvertreter des Chefs der APF damit beauftragt war, ein Projekt zu verfassen, sprach mit dem Bundespräsidenten darüber. Dieser beschied ihm, dass im Kriegsfall der Bundesrat, also eines seiner Departemente, die Gesamtheit der Propaganda in die Hand nehmen würde und dass die Abteilung sich nur um militärische Angelegenheiten kümmern sollte. Gut vollendete dennoch seinen Plan, im Bewusstsein der Zwecklosigkeit, weil Fueter es verlangte und weil er trotzdem hoffte, dass die Abteilung mit ihren geschulten Mitarbeitern und ihrer Erfahrung in den Befehlsbereich des zuständigen Departements übergehen werde. Man verzichtete also darauf, den geforderten Dienst zu schaffen, aber nicht auf den Plan, die APF in ein Propaganda-Instrument für den Kriegsfall umzuwandeln: Jede ihrer Einheiten erhielt den Befehl, sich darauf vorzubereiten, in diesem Sinne zu wirken und einen geheimen Plan für die Umwandlung zu erstellen.<sup>47</sup> Es war in der APF tatsächlich abgemacht, dass die Armee selbst diesen Auftrag übernehmen sollte, da nur sie ohne Zeitverlust handeln konnte. Für diese Aufgabe sollte sie dagegen Anweisungen sowohl von der Regierung wie vom General erhalten. Nach einem Brief, den dieser vom Generalstabschef der Armee am 15. April empfing, hatte der Bundesrat die Schaffung einer Sektion in der APF gutgeheissen, welche die Propaganda zugunsten der Armee im Kriegsfall vorbereiten sollte, und dies in enger Zusammenarbeit mit dem Departement des Innern, während der Bundesrat sich die politische Propaganda im gesamten Land sowie jegliche Aktion im Ausland vorbehielt und H&H innerhalb der Armee wirken sollte. Trotz verschiedenen Erläuterungen gewann die Verteilung der Zuständigkeiten nicht an Klarheit. Am 10. Mai konnte der Chef der APF eine Verlangsamung der Arbeiten seiner Einheit feststellen wegen «der Aussicht, dass die Propaganda durch das Departement des Innern organisiert würde ... Von jetzt an steht der Grundsatz endgültig fest in dem Sinne, dass die Propaganda in all ihren Äusserungen zum Departement des Innern gehört, und es gilt jetzt, einen Kompetenzstreit zu vermeiden.» Im Einvernehmen mit Etter sollte die APF «ausserhalb jeglicher Innen- wie Aussenpolitik vollkommen zur Verfügung des zukünftigen Amtes stehen ...»<sup>48</sup>

Die Frucht schien reif, oder beinahe, aber das Ende ungewiss! Zu viele rivalisierende oder widersprüchliche Interessen stritten gegeneinander. Eine Gegenwehr in diesem Nervenkrieg erwies sich als immer dringlicher im Frühjahr 1940 mit seiner wachsenden Bedrohung, doch ihre Vorbereitung vollzog sich nur schleppend.

Die Verflochtenheit der Vorschläge, der Mangel an Koordination begünstigten dies nicht. In diesem Hin und Her kann die Zaghaftigkeit der APF erstaunen. Natürlich gibt es da das Zögern oder die Gegnerschaft des Bundesrates und die Bremsmanöver des Innendepartements. Aber es gibt auch innere Vorbehalte, welche ein Bericht des ersten Büros der APF vom Anfang Juli erklären kann. Dieses Schriftstück ruft voller Sympathie die häufige Forderung nach einer Informations- und Propagandazentrale in Erinnerung, welche die ausländische Propaganda viel wirksamer und kompetenter abwehren könnte als wohlmeinende Bürger, und seien sie auch jeder einzeln von den Spezialisten des Generalstabs instruiert. Der Rapport stellte auch bei gewissen Presseleuten das Bedürfnis nach strafferer Führung in der Information fest sogar von Seiten des Nachrichtendienstes, wo man über die Projekte diskutierte. Gleichwohl sprach sich das Büro gegen eine solche Art Gestapo aus. Es befürchtete eine Einebnung der öffentlichen Meinung, weil die lokalen, konfessionellen und politischen Sonderbestrebungen vor den Erfordernissen der offiziellen Politik zurückweichen müssten: «Man scheint die Möglichkeiten autoritären Handelns in diesem Land zu überschätzen.»<sup>49</sup> Die Journalisten in Uniform hatten sich ihre berufseigenen oder einfach staatsbürgerlichen Reflexe bewahrt.

In diesen Auseinandersetzungen taucht der Name des Hauptmann Gut, einflussreicher Nationalrat, wiederholt auf als zukünftiger Leiter dieser Propaganda. Er ist es, der z.B. am 21. Mai 1940 die Konferenz über die Organisation des ersten Büros der APF leitete, an der die Ausführungsbeschlüsse gefasst wurden, welche sich aus den vorangehenden Berichten und Verhandlungen ergaben. Als Verbindungsoffizier zu Etter sollte er von nun an täglich dem Bundesrat die Informationen unterbreiten, welche durch die nationale und internationale Presse geliefert und in seinem Büro aufbereitet wurden, um dann von Etter die auszuführenden Aufträge und Tagesbefehle zu erhalten. Man beschloss gleichfalls, einem aufgebotenen Journalisten der ergänzenden Dienststelle, Pierre Béguin, die Aufgabe anzuvertrauen, die schweizerische Propaganda im Ausland mit verschiedenen öffentlichen oder privaten Stellen (Radio, Auslandschweizervereine, der Neuen helvetischen Gesellschaft etc.) vorzubereiten. Aber nichts dergleichen war im Augenblick für das Land selbst vorgesehen. Bloss eine wöchentliche Analyse des Seelenzustandes der Bevölkerung wurde beschlossen und Professor Weber überlassen.<sup>50</sup> Wie so oft in diesem besonderen Sektor der militärischen Tätigkeit bestimmte die Fähigkeit und nicht der militärische Grad die Wahl der Mitarbeiter.

Für den Augenblick und in Erwartung des Kriegsausbruchs war es schwierig, weiter zu gehen, oder aber man wagte es nicht. Man begnügte sich damit, die Abteilung Information zu reorganisieren, welche die Nachrichten «über die inne-

re und äussere Lage der Schweiz sammeln und dazu verwenden sollte, das Nationalgefühl der Bevölkerung zu verstärken und aufrechtzuerhalten.»<sup>51</sup> Diese Tätigkeit wurde praktisch eingestellt, als die APF dem Befehl des Bundesrates unterstellt wurde. Inzwischen wurde sie als ungenügend erachtet: Die Druckversuche vervielfachten sich in diesem Sommer 1940, wo der französische Zusammenbruch Verwirrung schuf. Von Seiten der Armee forderte man überall eine aktive und koordinierte Propaganda gegen den psychologischen Angriff Deutschlands, um den Widerstandswillen in einer vom Schock gelähmten Bevölkerung neu zu beleben. Dies war unerlässlich, wenn man nicht zuschauen wollte, wie auch die Moral der Truppe zusammenbrach. Am 3. August schlug das Büro Gut Etter daher geeignete Massnahmen zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung vor; aber mit welcher Vorsicht! Tatsächlich begann es damit, die föderalistischen Spielregeln in Erinnerung zu rufen: Die Kantone sollten in gegenseitigem Austausch ihre Aktionen mit den nationalen Erfordernissen in Einklang bringen und aus den eidgenössischen Anstössen Nutzen ziehen. «So könnten die 22 kantonalen Staatsgewalten mächtige moralische und materielle *Bastionen* werden, welche unersetzlich sind, um sich gegen unerwünschte äussere und innere Einflüsse zu schützen.»<sup>52</sup> Wie um sich die Aufgabe noch zu erschweren, bestätigte der Bericht auch, dass die Verbindung zwischen Bern und den Kantonen leichter herzustellen wäre mit einer Presse, welche die öffentliche Meinung frei wiedergebe. In Berücksichtigung der Umstände, welche diese Freiheit behindern könnten, sah er immerhin Neuerungen vor: Ein besserer Gebrauch der schweizerischen Telegrafenanstalt und des Radios (die Autoren zogen sogar eine Art Sprachcode in Betracht, der es erlauben würde, die Redaktoren vertrauenswürdiger Zeitungen im Notfall zu benachrichtigen, ohne dass die gewöhnlichen Hörer den Sinn der Sendung verstünden), ein Fortschritt in der Zusammenarbeit und dem Vertrauen zwischen Presse und öffentlicher Gewalt, die Einrichtung regelmässiger Konferenzen zwischen dem Bundesrat und den kantonalen Regierungspräsidenten, sowie mit den Führern der grossen Parteien, eine Sonderaktion bei den kulturellen, kirchlichen, wirtschaftlichen etc. Institutionen. Zum Schluss empfahlen die Verfasser die Schaffung einer Propagandazentrale zur Verfügung des Bundesrates, um die Verbindung zu den Medien, den Verbänden und den Privaten zu sichern.

Dieser ehrgeizige Plan wurde trotz seiner Zurückhaltung nur bruchstückhaft und viel weniger schematisch verwirklicht. Weniger zögerlich oder unabhängiger als die APF wollte der Bundesrat vor dem offenen Kriegsausbruch zur Tat schreiten mit der Gründung eines Bundesamtes der Presse. In den ersten Stunden des psychologischen Krieges vom Sommer 1940 war er noch dazu ermuntert worden

durch die Vollmachten-Kommission des Nationalrats, wo Abt die Schaffung einer Art Propagandaministerium vorgeschlagen hatte. Sogar die Sozialisten hatten auf der Dringlichkeit einer Regierungskaktion zugunsten der bedrohten nationalen Einheit beharrt. Wer auch immer den Anstoss gab, Etter sollte am 6. Januar 1941 der gemischten pressepolitischen Kommission erklären: «Das negative Wirken (der Zensur) ruft einer Ergänzung in *bejahendem und aufbauendem* Sinn.»<sup>53</sup> Kaum war das Projekt im Oktober 1940 bekannt geworden, protestierten die auf ihre Unabhängigkeit erpichten Journalisten schon. Trotzdem war die Regierung festgeblieben. Die Journalisten verlangten sowohl eine bessere offizielle Information wie eine Verminderung der Kontrollen, unter denen sie litten. Auch blieb der Widerstand fest am 6. Januar, besonders von Seiten Markus Feldmanns. Zum Abschluss begnügte sich ein Beschluss vom 31. Januar damit, eine Verbindungsstelle zum Departement des Innern zu schaffen und betraute damit den Journalisten Max Naef, welcher in der APF das Büro für Information leitete. Aber selbst unter dieser vorsichtigen Form gewann die Einrichtung nicht das Vertrauen der Berufsleute, welche ihre Aufhebung innerhalb eines Jahres erwirkten. Von da an sahen sich gewisse Verantwortliche der Bundesverwaltung einfach damit beauftragt, die Journalisten zu informieren, was bereits ein grosser Fortschritt war gegenüber der traditionellen Zurückhaltung der Berner Dienststellen!<sup>54</sup>

Im Juni 1941 griff die gemischte Kommission die Idee wieder auf: Der Staat war ausserstande, seine Politik im Ausland, ja nicht einmal im Inland bekannt zu machen, während die deutsche Propaganda bei uns freies Spiel hatte. Das Volk schloss daraus, dass man nicht mehr zu reagieren wagte. Angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Spannungen, die das Land bedrohten, musste man um jeden Preis unsere Errungenschaften zur Geltung bringen, anstatt nur jene des deutschen Reichs rühmen und unsere eigenen herabsetzen zu lassen. Der Vorschlag wurde erst nach Ablauf eines Jahres geprüft und führte zu nichts.<sup>55</sup> Er ist interessant wegen der Gründe, die er ins Feld führte, und welche die Schwachstellen der moralischen Widerstandskraft enthüllten sowie deren Ausbeutung durch die deutsche Propaganda.

### **Das Wirken durch die andern Medien**

Die Presse war vielfältig – das Radio war konzentriert. Eine Konzession von 1936 definierte das Statut und die Organisation der «Schweizerischen Rundspruch-Gesellschaft». Ein Beschluss vom 29. August 1939 hob diese Konzession auf und unter-



stellte die Gesellschaft dem eidgenössischen Post- und Eisenbahndepartement. Dies konnte die Zentralisierung nur noch betonen und erleichterte die Kontrolle und Lenkung dieses Informationsmittels. So ging man z.B. von zwei auf vier tägliche Nachrichtensendungen über, um die Hörer den deutschen Sendern abspenstig zu machen.

Es war also nicht die Armee, welcher das Radio zugefallen war, was ihren Einfluss begrenzte. Schon vor dem Kriegsausbruch hatte sie sich bemüht, dieses Medium zu beeinflussen, weil gemäss dessen Verantwortlichem Schenker, Direktor des Studios Bern, das Radio nicht mehr ein Kulturträger war, sondern zu einem wichtigen Kriegsfaktor wurde. Gegen gewisse Widerstände, z.B. jenen von Pilet-Golaz, musste man den Ehrgeiz der APF einschränken, und der *modus vivendi*, der am 2. September 1939 ausgehandelt wurde, sollte so vage sein, dass er die Spannungen zwischen dem Militärischen und dem Zivilen nicht verminderte. Die Schweizerische Rundspruch-Gesellschaft sollte sich sogar die Sendungen «Für unsere Soldaten» vorbehalten, während die APF nur jene aus der Truppe, «Bei unsern Soldaten», behalten würde. Diese Doppelspurigkeit, die ab November 1939 eingerichtet wurde, sollte die Verbindung zwischen Volk und Armee aufrechterhalten, indem beide die Möglichkeit erhielten, den andern zu informieren und seine Moral zu beeinflussen. Die APF behielt noch ein Recht auf Nachzensur (tatsächlich aber oft vorbeugend), aber nur aus strikt militärischen Gründen. In Wirklichkeit musste der Chef der Sektion Radio diskret, aber wirksam den Inhalt der Radioprogramme lenken. Er fand bei den Studioleitern ein offenes Ohr für die erzieherische Aufgabe des Radios in Kriegszeiten. Nach der Niederlage Frankreichs gab er z.B. den Auftrag durch, den Widerstandsgeist zu wecken. Als er 1942 mit der gesamten APF in den Befehlsbereich des Justiz- und Polizeidepartements übergegangen war, bekannte er offen in seinem zweiten Vierteljahresbericht, dass er eine Radiopropaganda betreibe, die sehr viel energischer sei, als man das in der Presse tun könnte, und dies auch ohne Regierungsrichtlinien.<sup>56</sup>

Als Propagandamittel blieb noch der Film, dessen Suggestivkraft nicht verfehlte, die Spezialisten der Geistigen Landesverteidigung zu beeindrucken. Wir haben das bei Hausamann gesehen. Man könnte das mit H&H wiederholen, das mit wenig finanziellen Mitteln und mit grossen Anstrengungen Militärfilme drehte und sie in der Truppe und in der Bevölkerung verbreitete. H&H musste einerseits die Armee und ihre Ausbildung beliebt und bekannt machen und andererseits Vertrauen erwecken, indem es der aggressiven deutschen Filmpropaganda entgegentrat, welche besonders für die Schweiz gedacht war: Den Streifen, die den guten Leuten Angst machen sollten, indem sie die Schlagkraft der Wehrmacht in Bereichen zeigte, wo

unsere Armee schwach war, wurde mit Kurzfilmen begegnet, in denen H&H die entsprechenden Waffen vorstellte. Den alle Hindernisse hinwegfegenden Tanks liess man unverzüglich das Schauspiel unserer Pan4 zerabwehr folgen. Dies ging nicht ohne Mühe vor sich, da man alles erst schaffen musste. Es gab wohl Filmmaterial, das aber zur Unterhaltung der Truppe gedacht war, während diese doch über die Verteidigungsmittel informiert und vergewissert werden wollte. Ausserdem wollte sich auch die APF in die verschiedenen Phasen der Produktion, Verteilung und Zensur einmischen. Dies vereinfachte nicht gerade die ohnehin schon schwierige Aufgabe.

Neben den Militärfdmen versuchte die Schweizerische Film-J kammer auch gegen die ausländische Propaganda zu kämpfen, aber in einem ganz andern Geist. Feste und Brauchtum füllten den Grossteil der *Schweizerischen Filmwochen-schau*, welche seit August 1940 obligatorisch in allen Kinos gezeigt wurde. Dies schien nicht allen Leuten das beste Mittel der Geistigen Landesverteidigung zu sein. Auch beklagte sich Lindt, Leiter des Vortragsdienstes von Heer und Haus, am 9. September 1942 über das Unvermögen und die Unangemessenheit der Reportagen beim ersten Sekretär der Schweizer Filmkammer, der privaten Stiftung, die mit diesen Aktualitäten beauftragt war. Er erhielt zur Antwort, dass es in der Tat unglücklich sei und dass eine Intervention an höchster Stelle stattfinden werde.<sup>58</sup> Dies war bei Weitem nicht das einzige Problem, welches die Filmkammer anzupacken hatte...

### **Die Meinungsanalysen durch die APF**

Von den drei Medien, die wir erwähnt haben, bleibt die Presse von Natur aus das wichtigste. *Scripta manent*, stellten schon die Römer fest, und die Militärzensoren würden dem nicht widersprechen. Die APF blieb also mit ihren verschiedenen Büros der Angelpunkt der eidgenössischen Politik in diesem Feld, zusammen mit der gemischten Kommission, welche ihr zur Lösung der bedeutendsten Probleme zur Seite gestellt war. Unter ihren vielfältigen Tätigkeiten müssen die Dienste erwähnt werden, welche sie den Behörden leistete: Von der Woche des 21-28. Mai 1940 an bis zu jener vom 3.-9. September 1940 verfasste das erste Büro der APF jeweils einen Wochenbericht über die Entwicklung der öffentlichen Meinung.<sup>59</sup> Auf Anregung seines Leiters, E. von Schenk, stützte sich dieses Büro der Psychologen für diese Arbeit auf Mitteilungen der Presse, aber auch von Zivilisten, die mit verschiedenen Ämtern be-

traut waren: Advokaten, Kirchenleute, Gewerkschaftssekretäre, etc. Gemäss einer Aufstellung vom 11. August waren dies etwa 40 Personen in der Westschweiz und an die 50 in der Deutschschweiz, ohne Zürich und Schaffhausen, sowie zwei in der italienischen Schweiz. Heute sind bloss die zusammenfassenden Berichte erhalten, die im Allgemeinen durch von Schenk redigiert wurden, seltener von E. Fueter oder Willy Keller. Diese Akten liefern interessante Aufschlüsse, auch wenn die Grundlagen dafür schmal und auf hoher Verantwortungsstufe angesiedelt waren; auf direkte Weise erreichte man den Durchschnittsbürger so nicht. Mit einem anderen Vorgehen sollte es H&H später gelingen, auf breiterer Basis und in niedrigeren sozialen Schichten zu rekrutieren. Es wurden nicht einmal alle Korrespondenten jedes Mal angefragt. Dennoch sind diese Auskünfte für jenen besonders gespannten Zeitabschnitt unersetzlich. Sie enthalten auch Vorschläge zur Verstärkung des Widerstandswillens, Losungen, zu behandelnde Themen, etc. Im Verständnis ihrer Verfasser sollten diese Berichte wirklich dazu dienen, die Leute gegen die faschistischen und kommunistischen Diktaturen zu mobilisieren, da die schweizerische Demokratie von den andern Regimes nichts zu befürchten hatte. Die Mitarbeiter, welche das Material lieferten, sollten im Gegenzug diese Zusammenfassungen erhalten für ihre eigene mündliche Propaganda, welche angesichts des erzwungenen Schweigens der Presse immer dringender wurde.

In Abwesenheit eines spezialisierten Propagandabüros Hess die gemischte Kommission den Redaktionen ab September 1940 ein wöchentliches Nachrichtenbulletin zukommen, welches einen schweizerischen und ausländischen Presse- und Radiospiegel enthielt, sowie Auskünfte über die Zensurtätigkeit und die Einstellung der Bevölkerung.<sup>60</sup> Dieser letzte Punkt wurde bald eingeschränkt, dann aufgegeben; der Spiegel der Schweizer Presse entfiel, dafür wurden Themen entwickelt, welche die Journalisten und ihre Leser interessieren mochten. Seit November 1940 erschien eine Rubrik Kriegswirtschaft mit allerlei von den Zeitungslesern hochgeschätzten Informationen. Das Ganze war zum Zweck der Aufwertung des Schweizer Standpunktes gedacht, doch brauchten die Zeitungen diese Quelle nicht zu erwähnen, was ihnen für den Kommentar viel Freiheit liess.

Eine zweite interessante Quelle für die Historiker stellt der tägliche Pressespiegel dar, den die APF unter dem Titel *Presse von gestern* vom 20. Mai 1940 bis zum 15. Juli 1942 sowie als *Tagesrapport* vom 25. Juli 1941 bis Kriegsende herausgab.<sup>61</sup> Einmal mehr lässt sich feststellen, dass es die moralische Krise im Anschluss an die französische Niederlage ist, welche diese Initiativen auslöste. Die zwei Serien sind teilweise nach ähnlichem Muster gemacht; während die erste viel knappere Zu-

sammenfassungen und Auszüge lieferte, enthielt die zweite auch Abschriften von Telefon Überwachungen, z.T. pikante. Als einfache Schreibmaschinenkopien sind diese Berichte erstens für Bundesrat Etter bestimmt und zweitens für seinen Kollegen vom Justiz- und Polizeidepartement, von Steiger. Sie sind unterschiedlich nach Gewicht und Wert, da die Redaktoren nicht immer dieselben sind. Diese Berichterstattung über Nachrichten und Kommentare der nationalen und internationalen Presse zum schweizerischen oder auswärtigen Geschehen räumen der west- und deutschschweizerischen Presse einen gewichtigen Platz ein, vor allem aber den sozialistischen und Gewerkschafts-Publikationen. Dieser Ausschnitt der öffentlichen Meinung interessiert und/oder beunruhigt zweifellos die Behörden, die Wert darauf legen, gut informiert zu sein. Allein schon die Abtrennung dieser Rubrik von den andern unterstreicht ihr verhältnismässig grösseres Gewicht.

Will man den Zustand der öffentlichen Meinung feststellen, muss diese Quelle mit Vorsicht benützt werden, umsomehr als wie gesagt die Auswahlkriterien persönlicher Art sind. Aber sie informiert mindestens über die grossen Themen, die am meisten interessieren, sowie über die dauernden oder zeitweiligen Anliegen der Bürger: Versorgung, Hortung, Verdunkelung, Lohn und Preis kehren regelmässig wieder, mehr oder weniger betont, je nach Ausrichtung der Zeitung und ihrer Leser.

Als Resultat dieser Beobachtungen erstaunt es weiter nicht, dass keine offizielle Propaganda-Einrichtung je das Licht der Welt erblickte: Die Ämter, welche sich dazu verwenden Hessen, wollten dies nicht oder sahen bloss Nachteile. Und wenn andere, z.B. in der Armee, ein energischeres Vorgehen verlangten, gelang es ihnen nicht, sich durchzusetzen. Das Presse-Amt, das Etter vorschlug, hätte sich in diese Richtung entwickeln können. Aber sogar Etter, mit all seiner persönlichen Autorität und seiner offiziellen Macht, musste angesichts zu grosser Widerstände zurückstecken. Verbundenheit mit dem Föderalismus und die Meinungsfreiheit, Abscheu vor dem deutschen Modell trugen dazu bei, die Bestrebungen zur Manipulation der öffentlichen Meinung zu blockieren. Die Zensur wirkte nicht in dieser Richtung, sie konnte akzeptiert werden, wenn auch nicht ohne Beanstandungen. Doch durfte man über dieses Korrektur-Stadium nicht hinausgehen.

Ohne vom mehr oder weniger offiziellen Kino zu sprechen, noch vom Radio, dessen Kontrolle durch die Konzentration erleichtert wurde, will all dies nicht heissen, dass die Presse nie gelenkt wurde. Die Grenzlinie zwischen Zensur und Einflüsterung ist nicht immer leicht zu ziehen. Die allgemeinen Richtlinien zuhanden der Redaktionen, die vertraulichen Nachrichtenbulletins, die zahllosen Kanäle per-

sönlicher Beeinflussung wurden zuletzt als politisch unbedenklicher erachtet als eine offen zugegebene Propaganda. General, Bundesrat, APF, nicht zu sprechen von H&H, verfolgten alle ihre eigene Informations- und Beeinflussungs-Politik, mehr oder weniger zielstrebig oder geschickt. War dieses System wirkungsvoller als eine offizielle Propaganda? Die Antwort ist ja, wenn man den litaneiartigen Behauptungen der Journalisten und Politiker über den angeborenen Widerstand der Schweizer Bürger gegen jeglichen kulturellen Zwang Glauben schenkt. Nein, wenn man mit der Elle der nationalsozialistischen Methoden misst. Als vorläufige Annäherung könnte man zugeben, dass die verwendeten Mittel genügten, solange die nationale Einheit angesichts der Dringlichkeit einer einmaligen Bedrohung gegeben war, die leicht und für fast jedermann feststellbar war. Dagegen verloren sie schrittweise ihre Wirkung in dem Masse, wie die deutschen Rückzüge, die Fortschritte der Alliierten, das wachsende Gewicht der inneren Schwierigkeiten und eine Zukunft von unsicherem Frieden die Einmütigkeit aufweichten und die Empfänglichkeit des Publikums verminderten. Immerhin hatten sich die Methoden verfeinert, und die Mittel hatten zugenommen.

## **Das psychologische Vorgehen, Heer und Haus**

Die Geistige Landesverteidigung ging neue Wege, weil ihre geistigen Urheber sowohl die Soldaten als auch die Zivilbevölkerung beeinflussen wollten. Da die Front des Nervenkrieges überall war, hatte auch jeder einen Kampfauftrag. Dies verminderte in keiner Weise die eigentliche militärische Aufgabe der Armee, verpflichtete diese aber dazu, sie um eine psychologische Dimension zu erweitern. Um so mehr, als es sich um eine Milizarmee in einem kleinflächigen Land handelte, wo die Beziehungen des Soldaten mit seiner Familie viel enger blieben als in einem Grossstaat und wo selbst kurze Urlaube den Aufenthalt zuhause ohne Weiteres gestatteten. Die Neutralität begünstigte ebenfalls eine psychologische Vorbereitung, indem sie den mobilisierten Einheiten in Erwartung feindlicher Handlungen Musse einräumte, aber gleichzeitig diese Vorbereitung notwendiger machte durch die lange Eintönigkeit des Wachdienstes oder der Ausbildung.

Die Propaganda, die moralische Aufrüstung Lessen sich viel leichter bei der Truppe als bei der Bevölkerung durchführen, dank der Hierarchie, der militäri-

schen Disziplin und der Absonderung einer Armee, welche von den Kontrollen der Politik und den Einmischungen der Presse abgeschirmt war. Doch liefen sie auch Gefahr, vom Eigengewicht eines starren Systems gebremst zu werden, das traditionsfremde Neuerungen schlecht eingliedern konnte. Die Kampfbereitschaft zu verbessern, neue Waffensysteme einzuführen war leichter vorstellbar, als die Truppenmoral zu beeinflussen, um so mehr als die Erfahrungen des Ersten Weltkriegs für die Lage um 1940 nicht mehr anwendbar waren. Diese zwei widersprüchlichen Gegebenheiten bestimmten weitgehend das Bestreben des Unternehmens und seine tatsächlichen Erfolge, aber auch seine Grenzen und die – zumindest passiven – Widerstände, denen es begegnete.

### **Henri Guisan und die psychologische Tätigkeit**

Der grösste Auftrieb für die Geistige Landesverteidigung in der Armee kam vom persönlichen Einfluss des Generals. Schon vor dem Krieg hatte er sich noch als Korpskommandant für die Truppenpsychologie interessiert. Er mass der Moral der Truppe wie der Zivilisten eine grosse Bedeutung zu. Einmal an der Spitze der Armee, vernachlässigte er diesen Gesichtspunkt seiner Aufgabe keineswegs, vor allem nicht im Schauspiel der *drôle de guerre* und der Ereignisse von 1940. Er schätzte, der Konflikt würde ebenso lange dauern wie der vorhergegangene, nur dass er sich durch seinen ideologischen Charakter davon unterscheidet. Man musste also die Truppe gegen die nationalsozialistische Propaganda wappnen und eine aufbauende psychologische Tätigkeit entfalten.

Die Rolle von General Guisan als moralische Stütze der Nation verdient Beachtung, denn sie war entscheidend. In seiner Tätigkeit widmete er stets einen ansehnlichen Teil seiner Zeit dem Austausch mit der Bevölkerung, ob es sich um persönliche oder briefliche Kontakte mit den verschiedenartigsten Leuten handelte, um die Verbindung zu den Parlamentariern und den vielfältigsten Behörden oder um seine Aufmerksamkeit, die er auf das gute Einvernehmen zwischen Armee und Bevölkerung richtete. In diesem umfassenden Zusammenhang fand die psychologische Wirkung auf die Truppe ihren angestammten Platz. Es handelte sich nicht bloss um Propagandatricks zur Anfeuerung der Kämpfer, sondern um ein erzieherisches Bemühen, das den Soldaten als besseren Staatsbürger entlassen sollte, als er es beim Aufgebot gewesen war. In der Schweiz ist die Armee vom Volk nicht zu trennen und muss dazu beitragen, dessen Sinn fürs Geistige zu entwickeln. Diese Aufgabe

der *Volksbildung* schien dem General wesentlich, und sie sprengte den Rahmen der blossen Geistigen Landesverteidigung. Die Mobilmachung bot eine einmalige Gelegenheit zur Heranbildung des Bürger-Soldaten als Modell des Schweizers, der einerseits der Demokratie verbunden war, andererseits aber die Autorität als notwendiges Unterpfand ihrer Wirksamkeit anerkannte.<sup>63</sup> Die Einsicht, dass es eine gegenseitige Beeinflussung zwischen dem Militärischen und dem Zivilen gab, erklärt manches Unternehmen des Generals, das die politische Gewalt misstrauisch als Einbruch in ihren Bereich betrachtete. Wenn im Dritten Reich die Propaganda von Goebbels jene der Wehrmacht übertraf oder beherrschte, musste in der Schweiz der Bundesrat im Gegenteil befürchten, dass die Armee den Einfluss auf die öffentliche Meinung an sich riss, übrigens teilweise aus eigener Schuld.<sup>64</sup>

1934 ebenso wie 1953 drückte sich der General in ähnlicher Weise aus und bekräftigte die gleichen einfachen, vielleicht vereinfachten, Wahrheiten, die aber eben deshalb geeignet waren, die Überzeugungen zu gewinnen. Als Antwort an jene, welche die Armee verächtlich machten, sagte er 1934: «Sie hassen sie vor allem, weil sie das Hindernis, die Mauer ist, an der sich die Welle des Bolschewismus von 1918 brach. Weil die Armee den utopischen Träumen den Wirklichkeitssinn entgegensetzt; dem Klassenkampf stellt sie ihre Treue, Solidarität, ihren Geist der Brüderlichkeit und wenn nötig ihre Stärke gegenüber. Weil sie von allen Erzeugnissen unseres Bodens jenes mit den tiefsten Wurzeln ist. Sie ausreissen hiesse, die Hälfte unseres Erdreichs ausreissen, so stark haftet die Scholle an den Wurzeln.»<sup>65</sup> Zurückkommend auf sein Wirken an der Spitze der Armee, sollte er in einem Interview von 1953 dasselbe in abstrakterer Form ausdrücken: «Als Oberkommandant bin ich vom Prinzip ausgegangen, dass ein Militärführer die sozialen Probleme des Landes weder übersehen kann noch darf. Und dies bringt ihn ganz natürlich zu den nötigen Kontakten mit unserm Volk, denn bei uns ist die Armee das Volk, und das Volk ist die Armee.» Und weiter unten: «weil die Moral der Truppe von der Moral des Volkes abhängt.»<sup>66</sup>

Es scheint, dass die Wirkung dieser Ideen auf die Soldaten nicht zu vernachlässigen ist, auch wenn die Zeugnisse davon eher nachträglich oder auf gewisse Botschaften wie jene vom Rütli im Juli 1940 beschränkt sind. Dazu hier die Aussage von Major de Vallière: «Alle Armeebefehle des Generals sind Aufrufe an die Gemütskräfte, seine Ansprachen an die Soldaten wecken Gefühle, die im Unterbewusstsein schlummern, lösen Herzensregungen aus, bekämpfen die trüben Gedanken, die den Menschen erniedrigen, und führen jene zu den göttlichen Gesetzen zurück, welche die Gebete ihrer Kindheit vergessen haben.»<sup>67</sup> Dieses Zitat lässt ungewollt die

irrationale, unbewusste Seite der Reaktion der Soldaten hervortreten, das heisst, genau einen jener Reflexe, welche von missbräuchlichen Propagandatechniken ausgebeutet werden. Eben dies verurteilt man bei Hitler, bei aller Anerkennung der Wirksamkeit des Verfahrens. Eine systematische Untersuchung des Inhalts der Ansprachen und Tagesbefehle des Generals wäre in dieser Hinsicht aufschlussreich. Auf jeden Fall kann man feststellen, dass Henri Guisan ausserhalb dieser Reden, welche begeistern statt analysieren, eher das Gemüt als den Geist ansprechen sollten, immer auf der Notwendigkeit des Informierens und Erklärens beharrte.

Das Postulat, dass die Moral vor allem eine Sache der Vernunft und des Willens ist, durchzieht das ganze Wirken von H&H, welche in dieser Sache eigentliches Sprachrohr des Generals ist. Ihr Tätigkeitsbericht vom vierten Quartal 1941 unterscheidet z.B. zwischen der Verbesserung und der Vertiefung der Moral. Letztere ist genau die Frucht des Verständnisses für die Mittel und Ziele des Armeeauftrags.<sup>68</sup> Noch genauer trennt ein anderes undatiertes Dokument die *Stimmung* vom Geist: «Wenn ein entlassener Soldat erklärt: «Der Dienst war hart, aber schön; obwohl dieser ganze Militärdienst sinnlos ist und unsere Mittel zu schwach sind, um uns zu verteidigen; man kann uns wirtschaftlich ab würgen und jedenfalls ist der Krieg bald aus.», dann war die Moral gut, aber der Geist ungenügend. Wenn eine Truppe nicht von der Notwendigkeit, der Gerechtigkeit und dem Nutzen ihres Tuns überzeugt ist, kann sie nicht ihr Bestes geben, besonders in einer Art Kampf, wo die Initiative und Widerstandskraft des Unteroffiziers und des Einzelkämpfers zählt.»<sup>69</sup>

Zur Förderung der tieferen Beweggründe und zur Überzeugung vom Sinn des Widerstandes war die Offenheit des Dialogs eine grundlegende Anforderung für den General und H&H. Es war ihnen wichtig aufzuklären, das Denken anzuregen und anzuleiten, dann die Verhaltensweisen. Alles was die Soldaten und die Bevölkerung beschäftigte, sollte angesprochen werden, die militärischen Probleme so gut wie die Volkswirtschaft, die Rationierung, die Arbeitslosigkeit oder die Flüchtlinge. Eine Propaganda, die auf Täuschung aufbaute, auf Hirnwäsche, auf primitiven Regungen, auf dem Irrationalen, hätte nach ihrer Ansicht nicht die geringste Glaubwürdigkeit erhalten, ja dies hätte die Beziehungen zwischen militärischer Führung und dem Bürger in Uniform verfälscht und vor allem die Grundsätze zerstört, welche man in einem demokratischen Staat verteidigen sollte. Man findet übrigens diese Sorge um die Vernunft und Wahrhaftigkeit bei den Korrespondenten der *Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift* wieder. Sie äusserten sich später darüber, als die Methoden der psychologischen Kriegsführung besser bekannt waren,



ohne sich im Übrigen von den Methoden der einfachen Überredung zu entfernen.<sup>70</sup>

Aus einem Abstand von 30 oder 40 Jahren und in einem anderen Umfeld können die Reden des Generals und die Gefühle, die sie ausdrücken, leicht als Kniffe oder Gemeinplätze missverstanden werden, wie sie der MiHägargon erforderte. Jene, welche ihnen Beifall zollten wie de Vallière, wäre man versucht, Hagiographen oder Manipulierte zu schimpfen. Man würde dadurch aber die tatsächliche Volkstümlichkeit eines Führers verkennen, der in der Erinnerung seiner Veteranen als ein Mann fortlebt, der Vertrauen einflösste und die Nöte der Truppe verstand, eher als ein genialer Strategie.<sup>71</sup>

Es hiesse auch die ganzen Bemühungen um die Bewusstseinsbildung zu vergessen, in die so viele Energien zusammenflossen: Neue Helvetische Gesellschaft, Forum helveticum, Gotthardbund, Landi, Wartenweiler, Etter oder de Reynold.

### **Heer und Haus: der psychologische Zweig**

Einmal an der Spitze der Armee, erhielt der General die Mittel für seine Politik. Das wesentliche Instrument war die Sektion Heer und Haus. Ohne ihre Geschichte neu schreiben zu wollen,<sup>72</sup> müssen doch gewisse Elemente in Erinnerung gerufen werden; ursprünglich war sie eine «bewaffnete» Abteilung von Pro Helvetia unter der Patenschaft der APF, welche eine geistige Verbindung zwischen der Front und dem Hinterland einrichten wollte, um die nationale Einheit zu stärken. Diese Sektion erhielt ihre endgültige Form am 26. September 1939 durch eine Weisung des Oberstdivisionärs Dollfus, Generaladjutant der Armee. Diese fünfte Abteilung der Adjutantur hatte zur Aufgabe, «das patriotische Ideal zu verstärken, den Verteidigungswillen zu fördern, die Bande zwischen Soldat und Heimat enger zu gestalten, den Mobilisierten geistig anzuregen und zu unterhalten.»<sup>73</sup> Ein Armeebefehl vom 3. November stellte diese Neuschöpfung der Truppe vor und erklärte sie als wesentliches Mittel der militärischen Verteidigung: «Unser Verteidigungskonzept wäre unvollständig, wenn es nicht auch den Geist aufbieten würde.»<sup>74</sup>

Man betraute mit der Abteilung nacheinander: Oberst im Generalstab Tenger, bis zum 20. Mai 1940; Oberstdivisionär Pfyffer von Altshofen bis zum 15. Juni 1940, als er ersetzt wurde durch Oberst Schüpbach, dem vom 10. September 1940 bis zum 24. April 1941 Oberstleutnant Müllener folgte. Nach kurzem Zwi-

schenspiel von Major Ziegler war es Oberst Oscar Frey, welcher den Posten vom 5. Mai 1941 bis zum 31. März 1943 versah und aus Gesundheitsgründen abgeben musste. Major Ziegler, der ihn verschiedentlich vertreten hatte, übernahm nun das Kommando bis zum Juli 1945, als die Abteilung aufgelöst wurde.

Um ihren Auftrag zu erfüllen, verfügte H&H über einen Stab und über Verbindungsoffiziere in den Einheiten. Doch fehlten stets Geld und wirklich fähige Führungskräfte, auch litt sie unter dem zu häufigen Wechsel in der Leitung.<sup>75</sup> Zum Ausgleich wurde ihre Einheit im Denken und Handeln begünstigt durch die Zugehörigkeit ihrer Leiter zur Bewegung Nationaler Widerstand: Frey, R. Frick, Lindt, z.B. Die Beziehungen zu den Einheitskommandanten waren nie befriedigend, aus dem einfachen Grunde, dass weder die Sektion H&H noch die Verbindungsoffiziere Befehle erteilen konnten: Die Verantwortung für die Moral der Truppe blieb stets beim Hauptmann, und es kam nicht in Frage, ihm jemanden zur Seite zu stellen oder ihn seiner traditionellen Rolle zu berauben. Beratung, Unterstützung, Vermittlung von Vortragsrednern oder Theatergruppen – darin erschöpfte sich die Zuständigkeit dieser Mittelsleute. Vieles hing deshalb vom guten Willen der Einheitskommandanten ab, vom Divisionär bis zum Kompaniekommandanten, viel auch vom Geschick der H&H-Beauftragten. Dies erklärt die Langsamkeit der Verwirklichungen oder zuweilen deren erstaunliche Schnelligkeit, das anfängliche Vortasten und die wiederholten Befehle des Generals, um diesem Wirken mehr Gehalt zu verleihen. Im Grossen und Ganzen hatten während der *drôle de guerre* die mehr oder weniger glücklich gewählte Unterhaltung sowie die berufliche Fortbildung, die vor allem den jungen Arbeitslosen nützlich war, das Übergewicht über andere Anliegen.<sup>76</sup> Vom Frühling oder Sommer 1940 an traten als Folge des Schocks über die französische Niederlage und die allgemeine Ratlosigkeit der Staatskunde-Unterricht, die Information, die Vorträge und Diskussionen über alle möglichen Themen, die für die Soldaten von Interesse waren, in den Vordergrund. Diese Berichte und Diskussionen sollten wohlverstanden auch aufinuntern. In einer Konferenz der Verbindungsoffiziere vom 18. Dezember 1940 sagten es die Animatoren der Sektion deutlich und im Hinblick auf die damals aktuelle nationale Erneuerung; so der Feldweibel Mottu, Verantwortlicher für den Vortragsdienst zuhanden der Westschweizer Truppen: «Wir müssen einen Glauben an die Verteidigung des Bodens schaffen, welcher verknüpft ist mit der Idee von der sittlichen und geistigen Erneuerung unseres Vaterlandes.»<sup>77</sup> Diese Worte führen weg von der auf Nachdenken und Vernunft gegründeten Information! Wie sonst sollte man die Kampfbereitschaft anstacheln? Mitreissen zur Tat und Opferbereitschaft verlangte immerhin den Appell an die Notwendigkeiten des kollekti-

ven Unbewussten. Andere wie Wartenweiler oder Müllener legten mehr Wert auf die Überlegung und die Staatskunde als auf die psychologische Vorbereitung zum Kampf. Das Ziel blieb dasselbe: die Vertiefung der Wehrbereitschaft.

Die Ausbildung der Vortragsredner wurde ebenfalls vervollkommen. Seit 1943 liess man sich mit Gewinn von den Erfahrungen bei den Zivilisten leiten, indem man in der Truppe unter den Soldaten Vertrauensleute wählte, die man in denselben Kursen wie ihre zivilen Kollegen unterrichtete. Zur Verfügung der Einheiten gestellt, sollten sie nachher Bericht erstatten über den Eindruck, den ihre Vorträge und die anschliessenden Diskussionen gemacht hatten.<sup>78</sup>

Der Grossmeister des Konferenzdienstes, Hauptmann Vinassa, bewies Unvoreingenommenheit, wie übrigens auch die andern Verantwortlichen von H&H. Dies war ein grundlegendes Erfordernis, da alles erst im Aufbau begriffen war, da die Armee nicht an diese Art Unterricht gewöhnt war, da man die Methoden des psychologischen Vorgehens schlecht beherrschte und da man die Reaktionen auf diese Anstösse kaum kannte. Es war angezeigt, die erhaltenen Resultate zu überprüfen sowie die Mittel und den Stoff dauernd anzupassen. Zu diesem Zweck benützte man die Berichte und Aussagen der Verbindungsoffiziere und der Truppenoffiziere, jene der Vortragenden und selbst jene der Feldprediger. Auf diese Weise erfuhr man, dass die nationale Gemeinschaft für viele der aufgebotenen Arbeiter nichts mehr bedeutete; sie hatten oft die Stelle gewechselt, waren entwurzelt und hatten zu sehr auf die Verkünder von als gefährlich eingestuften Ideen gehört. Eine beunruhigende Feststellung für jene, die sich in den Höhen der Geistigen Landesverteidigung bewegten! Diese Leute, die überdies von ihren Familien getrennt waren, musste man den ihnen vertrauten Offizieren überlassen, musste günstige Gelegenheiten und einfache, passende Worte finden.<sup>79</sup> Dazu musste man erst die Offiziere aufklären. Aus diesem Grunde liess man ihnen ab Mai 1940 auf Anstoss von Denis de Rougemont, der damals bei H&H war, Gesprächsmuster (*Wehrbriefe*) zukommen, welche sie mit Unterlagen und Gedankengerüsten versorgten. Anfangs handelte es sich eher um geschichtliche Themen, später, nachdem man die Bedürfnisse der Soldaten festgestellt hatte, um das Urlaubssystem, militärische Fragen wie der griechische Feldzug, die Wirtschaftslage des Landes, das Judentum etc.<sup>80</sup> Diese Schemata wurden sehr geschätzt, natürlich soweit sie den Bedürfnissen entsprachen und insofern diese Methoden und diese Anliegen die Kader nicht misstrauisch machten. Der Bezug zur Geistigen Landesverteidigung, war darin durch lehrhafte Anmerkungen angedeutet. So schloss der zwölfte Wehrbrief, welcher der unterworfenen helvetischen Republik ge-

weiht war, folgendermassen: «Es ist verrückt und unsinnig, von der Vermittlung durch ein fremdes Volk etwas Gutes für sein Land zu erhoffen.» Wenig später stellte der Brief zum Thema Familie fest, dass ihre Auflösung jene des Staates nach sich ziehe, dass die nationale Eigenart sich in einer bestimmten Lebensart in ihren verschiedenen Gemeinschaften ausdrückt und dass man davon überzeugt sein muss. «Dann ist der Soldat sich seiner Sendung bewusst!»<sup>81</sup>

Die Erinnerungsbücher, welche nach dem Krieg herausgegeben wurden, erwähnen diese Aktion kaum, da sie weniger erzählenswert scheint als die gemeinsamen Streiche und nächtlichen Manöver. Die «Theoriestunden» sind eben nie beheb gewesen. Man kann deshalb die Ergebnisse dieser Bemühungen nur schlecht beurteilen. Erwähnt werden müssten noch die Verteilung von Radioapparaten an die Truppe auf Anregung von H&H, welche zu diesem Zweck an die Spendefreudigkeit der Bevölkerung appellierte, die Militärfilme und alles mögliche Unwägbar, das diese Information und Propagandarbeit unterstützte oder unterhöhlte. Es steht fest, dass die wiederholten Anweisungen des Generals nicht immer befolgt wurden und dass die messbaren Ergebnisse nicht unbedingt dem Einsatz entsprachen. Es ist deshalb kaum erstaunlich, dass hie und da der Vorschlag eines wirklichen Propagandadienstes auftauchte, um die Einheitskommandanten zu ersetzen, deren Initiative oder guter Wille nicht mehr genügten, aber auch um ein systematisches Vorgehen allgemein durchzusetzen.

Um das Werkzeug der militärischen Propaganda zu vervollkommen, schlug der Zürcher Psychologe Farner dem General im Juni 1940 die Schaffung eines *Wehrpsychologischen Dienstes* vor. H&H begrüsst diese neue Einrichtung, die ihr die wissenschaftlichen Grundlagen liefern konnte und besonders die moralische Verfassung der Soldaten anhand ihrer Lieder, persönlichen Zeitschriften, Reaktionen auf das Leben im Militär, die Prozesse etc. einschätzen und deuten konnte. Dieser Dienst, erst am 1. September 1941 geschaffen, wurde dem Obersten Carrard anvertraut und der Adjutantur zugeteilt, anfangs noch ohne organische Verbindung mit H&H, bevor er dieser unterstellt wurde. Es gelang ihm aber nie, sich durchzusetzen; er gab einige Schriften heraus, z.B. über das Phänomen der Panik, oder über die Bekämpfung falscher Gerüchte, begnügte sich aber schliesslich, umstritten und gefährdet wie er war, mit der Auswahl des Personals.<sup>83</sup>

Unter den Dokumenten, welche über die Moral der Truppe und das Wirken von Heer und Haus Aufschluss geben müssten, sollte man die Rapporte der verschiedenen Militäreinheiten benutzen können. Sie enttäuschen<sup>84</sup> im Allgemeinen durch ihre Masse und den geringen Gehalt an interessanten Mitteilungen. Man könn-

te dies dem Widerstreben der Offiziere zuschreiben, wenn sie eingestehen sollten, dass ihre Soldaten eine schlechte Moral hatten; lieber sich in einem gezwungenen Befehlsoptimismus oder hinter der Kürze und den Gemeinplätzen verschanzten. Die erwähnten Berichte der Feldprediger, verschiedene Dokumente des persönlichen Stabs des Generals und von H&H geben zielgerichteter Aufschluss. Was die oben berührten Aktivdienst-Erinnerungen betrifft, enttäuschen sie meistens durch ihren anekdotischen Charakter oder die geheimnistuerischen Anspielungen, die den Eingeweihten vorbehalten sind. Stichproben in der Geschichte der Armeeeinheiten haben uns ebenfalls davon überzeugt, dass die magere Ausbeute keine systematische Durchforschung rechtfertigt.

### **Heer und Haus: Der zivile Zweig**

Obwohl ursprünglich als militärische Abteilung der Pro Helvetia gedacht, brachte H&H paradoxerweise eine Öffnung gegen die Zivilbevölkerung mit sich, wenn man ihrem Titel glaubt, auch wenn die Abteilung «Volk» im Einflussbereich der Stiftung blieb. Die Enthaltensamkeit der Behörden in Bezug auf die Propaganda sollte dieser Aufgabe einen Inhalt geben: Auf das Begehren des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes vom November 1940 betraute der General zwei Offiziere, den Oberst Oscar Frey und den Major Robert Frick, damit, die Gewerkschaftssektionen über die politische und miliärische Lage aufzuklären.<sup>85</sup> Hinter dieser Aufforderung findet man wieder Hausamann<sup>86</sup>, der immer noch aufgewühlt war durch die verbreitete Mutlosigkeit und die Schwierigkeiten, die Einwohner in einem nun völlig eingekreisten Land zu informieren, das dem Belieben der Achse ausgeliefert und der Zensur unterworfen war. In der Tat war die Moral der Zivilbevölkerung schlecht und erregte Besorgnis bei der Armee, um so mehr als die Verkürzung der Aktivdienstzeiten die Soldaten häufiger nach Hause entliess, wo sie sich von der Umgebung anstecken Hessen und die Zuversicht verloren, welche man ihnen im Dienst eingeflösst hatte. Einmal mehr brachte die Eigenart einer Milizarmee in einer Zeit des bewaffneten Friedens besondere Probleme für die Stäbe mit sich und zwang sie dazu, sich mit dem Hinterland zu beschäftigen, falls dieser Ausdruck überhaupt einen Sinn hat im totalen Krieg. Wie es der General in seiner direkten Art später ausdrücken sollte: «Der Soldat muss in seinem Urlaub zuhause das gleiche hören wie von seinem Kompaniekommandanten im Feld und nicht gegenteilige Meinungen.»<sup>87</sup>

Die Réduit-Strategie berührte ganz direkt auch die Bevölkerung, und man musste sie darauf vorbereiten, ohne das Konzept öffentlich zu verraten. Gewiss, sie kannte es in groben Zügen und wusste, dass das Mittelland mit seiner hohen Bevölkerungsdichte nicht darin inbegriffen war: Dies war nicht sehr beruhigend für die Bewohner! Wie konnte man informieren und diese Entscheidung rechtfertigen, ohne Militärgeheimnisse zu enthüllen? Wie darauf verzichten, wenn man eine Vertrauenskrise vermeiden wollte, welche die dem Feind ausgelieferten Familien tief erfassen würde, aber ebenso die im Réduit eingeschlossenen Soldaten? Wenn man die in ihrem Siegesrausch entfesselte Nazi-propaganda dazu nimmt, dann begreift man die Ratlosigkeit eines Hausmann und die Ängste aller, welche die Kriegsentwicklung und jene der Moral aus der Nähe verfolgten.

Schon nach der französischen Niederlage hatte H&H seine Tätigkeit auf die Zivilbevölkerung ausdehnen wollen, aus der Überlegung heraus, dass nunmehr die Armee die nationalen Ideale verkörperte und aufrechterhielt. Die erste bekannte Formulierung dieses Programms stammt vom 29. Juni 1940 aus einer Umfrage des Chefs von H&H, Oberst Schüpbach. Sie wurde wiederholt am 7. Juli in einer Konferenz von an die zwanzig Militärs, die in Olten unter dem Vorsitz Hauptmann Wartenweilers versammelt waren, eines Mitarbeiters von H&H wie viele der Anwesenden, wenn nicht alle. Dieser stellte sogleich die Möglichkeiten einer Tätigkeit bei den Wehrentlassenen, also den Zivilisten, zur Diskussion. Der Vorschlag wurde kaum diskutiert, aber ein einziger Einspruch wurde im Protokoll festgehalten, jener eines Oberleutnant Schwarz, der sich erschreckt zeigte über die Anmassung, den Patriotismus in der Armee verkörpert zu sehen. Der Plan war vermutlich noch zu neu. Der Bundesrat wollte jedenfalls nichts wissen von dieser Einmischung der Soldaten in die Politik. Aber die Idee war geboren; sie sollte sich im Bulletin von H&H vom Ende des Monats ausdrücken: «Es ergibt sich immer dringlicher die Pflicht, *aus dem Offizier in diesem Augenblick den Erzieher unseres Volkes zu machend* Noch handelte es sich um ein Wirken durch die Soldaten, aber die Stossrichtung war klar.

Obwohl noch nicht reif, wurde die Idee nicht aufgegeben und im Herbst diskutierte eine Gruppe Woche für Woche über die Mittel, die Frontisten zu bekämpfen, die Moral zu verbessern etc. Es wird nicht erstaunen, darin Leute wie Hausmann oder Waibel wiederzufinden, welche an der berühmten Verschwörung der Offiziere teilgenommen hatten, oder Dr. Lindt oder auch den Zürcher Polizeichef Häberli. In Verbindung mit diesen oder allein operierend, beharrte Hauptmann Wartenweiler in einem Rapport vom 10. Oktober auf der Notwendigkeit, die Bevölkerung zu infor-

mieren mittels Vorträgen, Presse-Communiqués, Zeitungsartikeln etc., um ihren Widerstandsgeist zu wecken, ihr das Réduit verständlich zu machen und die Lage der Schweiz: Der Defätismus des Hinterlandes durfte nicht weiter die mobilisierten Soldaten anstecken.<sup>89</sup> In einem andern und autoritären Geist verlangte der Instruktions-Oberstleutnant D. Perret eine Unterredung mit dem General, um ihm ähnliche Besorgnisse zu eröffnen, die er mit noch zwei weiteren Kollegen teilte. Das Interessante an seinem Aide-mémoire, das vom General reichlich mit Anmerkungen versehen ist, liegt in seiner Herkunft aus der Romandie, genauer aus Genf, in seiner Aufdeckung der kommunistischen Propaganda, während er nichts von der deutschen sagt, und in seiner Unkenntnis von den gleichzeitigen Bemühungen: «Am dringendsten ist es zu verhindern, dass die *defätistische Einstellung* der Franzosen bei uns Fuss fasst; sie richtet gegenwärtig enormen Schaden an vor allem bei den Jungen. In zweiter Linie muss man um jeden Preis die Fortsetzung der *kommunistischen Propaganda* unterbinden, die von diesem Defätismus ausgeht und von ihm profitiert. Unsere Zivilbehörden in Kanton und Bund sind unfähig, aus sich selbst zu handeln ... Ich bin überzeugt, dass nur Sie, mein General, im Augenblick über jene unangefochtene Autorität und die notwendige Volkstümlichkeit verfügen, um zu handeln. Was sie auch beschliessen, wird akzeptiert und verstanden werden.»<sup>90</sup>

Andere mehr versuchten Wege zu finden, um den Defätismus zu bekämpfen<sup>91</sup> und wandten sich gerne an den Kommandanten der Armee, um ihn zur Tat zu drängen. Das Bedürfnis, etwas zu tun, wurde allgemein empfunden, besonders in der Armee, die stärker dazu gewillt war als die politische Gewalt. In seinen Erinnerungen beschwört Oberst Privat eine Sitzung herauf, die der General am 21. Oktober 1940 einberufen hatte, in welcher er die Weigerung des Bundesrates, die Bevölkerung zu informieren, festhielt und beifügte: «Da die Regierung sich weigert, habe ich entschieden, dass die Armee diese Arbeit übernehmen wird im Rahmen von H&H, deren Aufgabenbereich ich erweitere. Ich gebe ihnen sechs Wochen Zeit, um die öffentliche Meinung zu verändern. So werden Sie, Oberst Frey, ihr Regiment verlassen und die Verantwortung für die Deutschschweiz übernehmen, zusammen mit Ernst, Waibel und Hausmann. Der Oberstleutnant Pessina wird mit dem Tessin betraut. Frick, Daniel und Privat... werden für die Westschweiz verantwortlich sein.»<sup>92</sup> Wir möchten glauben, dass der Inhalt des Auftrags, den der General erteilte, hier stark verkürzt ist. Auf jeden Fall sollte von hier der Vortragsdienst des Obersten Frey ausgehen, der damals direkt dem General unterstellt war, und erst am 5. Mai 1941 H&H einverleibt wurde. Nach anderen Quellen hätte der General Robert Frick mit diesem Dienst beauftragt, nachdem Ernst ihm ein Projekt dazu vorbereitet hatte.<sup>93</sup>

Die erwähnte Tätigkeit bei den Gewerkschaften erscheint in diesem Licht wie der Teil eines grösseren zusammenfliessenden Ganzen, von dem heute schwierig zu sagen wäre, ob sie am Ursprung stand oder die Konsequenz war, so sehr überschneiden sich die einzelnen Einflüsse.<sup>94</sup>

Blieb noch der Bundesrat, den seine Untätigkeit aus dem Spiel verbannt hatte, den sein Misstrauen aber jederzeit aufstören konnte: Am 6. Januar 1941 verlangte der General von Etter die Einrichtung einer Propagandastelle, welche besser ausgestattet wäre als ein einfacher Stabsdienst mit vermindertem Bestand und welche «in der Lage wäre, bewegt und angeregt durch die zivile Regierung und das Militär, die Stimmung zu erzeugen, die wir wünschen.» Aus einem Stückwerk wollte er ein landesweites Werk machen und auf die Presse, das Radio, die Schule etc. einwirken, «in vollkommener Übereinstimmung mit den Zivilbehörden», deren Schweigen und Untätigkeit er nebenbei beklagte: «Niemand kennt die Gedanken unserer Regierenden zur politischen Lage und zu unseren Wirtschaftsbeziehungen.» Etter rührte sich nicht, und unter dem Druck von Frick schrieb ihm der General erneut am 13. Februar. Offensichtlich ohne besseren Erfolg.<sup>95</sup> Man wird dieses Schweigen besser verstehen, wenn man an das gescheiterte Projekt eines Bundespressebüros denkt, das viel bescheidener war in seiner ursprünglichen offiziellen Form, wenn auch vielleicht nicht in seinen Zielen. Jedenfalls sollte Pilet-Golaz im Mai erklären, dass solche Vorträge nichts nützten, da der Defätismus nicht existierte. Das Problem war also bei Weitem noch nicht gelöst.

Unterdessen führte Dr. Lindt mit Schwung den Dienst von H&H zur Information der Zivilbevölkerung, umschrieb seine Ziele und fand seine den Rhythmus für seine Tournee. In einem Kurzbericht fasste H&H seine doppelte Aufgabe bei der Armee und bei der Bevölkerung zusammen: «Vertrauen schaffen setzt für jeden Schweizer voraus, dass man ihn durch eine sachliche und überprüfbare Information überzeugt. Die Wahrheit sagen heisst nicht, die Wirklichkeit rosarot zu färben.»<sup>96</sup> In diesem Sinn musste man notwendigerweise drei Kraftlinien folgen:

- 1) Jene, die sich in Friedensillusionen wiegen, aufrütteln: Gefahr droht immer.
- 2) Aufzeigen, dass die Schweiz überlebensfähig ist und sich wirtschaftlich, geistig und militärisch verteidigen kann.
- 3) Erklären, dass dies Opfer erheischt.

Eben dadurch wären die Leute besser gewappnet gegen Gerüchte und ausländische Propaganda, welche nicht müde wurde zu wiederholen, dass unser Land sich nicht verteidigen könne, und im Übrigen auch nicht müsse. Mit andern



Worten und nach einem andern Dokument: Die Bürger müssen wissen, was sie zu verteidigen haben und dass sie es verteidigen können.<sup>97</sup>

### **Kurse und Berichte**

Im Mittelpunkt der Tätigkeit steht also die Aufklärung. Aber die Zensur wachte. Man musste einen mündlichen und diskreten Kontakt zu einem möglichst breiten und verschiedenartigen Publikum finden. Deshalb der Konferenzdienst, dieses «uneheliche Kind der Zensur», wie man ihn gerne in Kreisen von H&H nannte. Man stellte sich zu diesem Zweck vor, etwa 150-200 Personen gleichzeitig zu Kursen aufzubieten, Männer und Frauen aus allen Gesellschaftsschichten, deren Namen anfänglich von staatsbürgerlichen, kulturellen, militärischen, beruflichen, wirtschaftlichen oder Turn – Vereinen angegeben würden. Die Teilnehmer erhielten dort Informationen zu aktuellen Themen von den entsprechenden Fachleuten aus der Verwaltung, von Offizieren in Zivil, von freiwilligen Vortragsrednern, etc. «Tatsachen berichten, Probleme untersuchen, Gründe für die getroffenen Massnahmen nennen, aber nie, weder direkt noch indirekt, (politische) Hypothesen aufstellen», das war die Verhaltensregel der Redner.<sup>98</sup> Danach diskutierte man sehr frei über die vorgestellten Themen, die manchmal brennend waren wie das Asylrecht, der Schwarzmarkt, die Handelsabkommen mit Deutschland, bei denen die Presse sich zu sehr grosser Diskretion verpflichten musste. Die Animatoren liessen dabei die gegenseitige Abhängigkeit von militärischer, wirtschaftlicher und Geistiger Landesverteidigung herausarbeiten.<sup>99</sup> Marschbefehl und Sold verliehen der Operation den nötigen Ernst, liessen den Zeitaufwand verschmerzen und verpflichteten die Arbeitgeber zur Freistellung. Solcherart vorbereitet, hatten diese Vertrauensleute die Aufgabe, ihre Umgebung zu informieren, falsche Gerüchte zu bekämpfen, Vertrauen zu verbreiten. Die Kurse und die Herkunft der Unterlagen sollten geheim bleiben, die Verbreitung unauffällig geschehen, der Inhalt jedoch weitervermittelt werden. Laut einem Bericht vom Dezember 1941 «ist es das Ziel der Kurse, ein Netz von überzeugten Leuten zu schaffen, welche nicht bloss für die Sache gewonnen sind, sondern auch weiteste Kreise nach einem System der Zellen erreichen. Mit der Zeit möchten wir überall über Leute verfügen, welche Auskünfte erteilen und kritische Fragen mit zutreffenden Argumenten beantworten können, wenn existentielle Probleme unseres Landes diskutiert werden».<sup>100</sup>

H&H erweiterte den Teilnehmerkreis auf nationaler wie lokaler Ebene sehr stark, genügend jedenfalls, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen: Von Juli 1941 bis 1945 wurden 628 Kurse organisiert, welche 100 334 Personen versammelten, zusätzlich zu den 2523 Einzelvorträgen, welche sich an 348 337 Zuhörer richteten.<sup>101</sup> Sehr rasch bewiesen zahlreiche Rückmeldungen den Veranstaltern, dass sie richtig gezielt hatten: «Endlich geschieht etwas ... Dies ist die letzte Gelegenheit, das ungeheure Informationsbedürfnis wahrzunehmen ... Glücklicherweise erklärt man uns endlich die Lage umfassend und in ihren Einzelheiten...» So lauten einige der Aussagen, welche H&H sammelte, immer bedacht darauf, den Wirkungsgrad ihrer Anstrengungen zu messen und sich den Erfordernissen des Augenblicks und den Bedürfnissen der Öffentlichkeit anzupassen.<sup>102</sup>

Die Wirkung der Kurse wurde auch mittels mehr oder weniger regelmässiger Fragebogen verlängert. Darin wurden die Teilnehmer eingeladen, sich über die Stimmung, die falschen Gerüchte oder gewisse schwerwiegende Probleme zu äussern, wie die Todesstrafe für die Landesverräter im Dezember 1942. Viele antworteten nicht (nur 5-8% Rücklauf) oder nur knapp, andere drückten sich freimütiger aus oder stellten Fragen, welche man aus ihrer Umgebung an sie herangetragen hatte, und die sie nicht beantworten konnten. Diese Berichte, die im Bundesarchiv aufbewahrt werden, sind eine Fundgrube für Aufschlüsse über die Schwankungen der öffentlichen Meinung.<sup>103</sup> Ideal wäre es, sie quantitativ nach den Regeln der Meinungsforschung auszuwerten. Dies ist leider nicht möglich: Gewisse Schichten sind untervertreten wie die Arbeiter (zahlreich in Basel) und die Bauern (nicht aber die Bäuerinnen, die eher abkömmlich waren): gewisse Regionen konnten nicht erreicht werden, und das Koordinatennetz ist in den ländlichen oder vor allem alpinen Gebieten schwach oder gar nicht ausgebildet. Die Westschweiz ist gleichermassen schlecht erfasst, zu oft gar über niedergelassene Deutschschweizer! Der Verantwortliche, Lalive d'Épinay, war nicht auf der Höhe seiner Aufgabe und verfügte z.B. erst 1945 über eine Genfer Mannschaft, um ihn abzulösen. Jedoch prägte sein Interesse für gesellschaftliche Probleme seine Tätigkeit auf originelle Weise.

Diese Berichte bleiben also eine unschätzbare und unersetzliche Quelle, mit all ihren unvermeidlichen Lücken. Man muss sie mit Vorsicht benützen, nach den klassischen Regeln der historischen Gelehrsamkeit. In ihrer Eigenschaften als Privatakten, oft naiv, ungeschickt oder vereinfachend, erlauben sie doch, den Zerrspiegel der Presse oder der Parlamentsdebatten zu brechen, welche sich anmassen,

Träger der öffentlichen Meinung zu sein. Oft widersprechen sie sich übrigens, was nicht erstaunlich ist, zuweilen zeugen sie von einer breiten Übereinstimmung, was dann den Schluss erlaubt, dass sich eine öffentliche Meinung relativ allgemein abzeichnet.

### **Heer und Haus: militärisch-politischer Zankapfel**

Zu Beginn der Tätigkeit in der Zivilbevölkerung äusserte Major Ziegler, damals Chef von H&H, Bedenken gegenüber Oberstdivisionär Dollfus: Er fürchtete für die Armee und das Ansehen ihres Kommandanten die Einmischung in die Meinungsbildung und «die Verwicklung in politische Diskussionen». <sup>104</sup> Oberst Frey dagegen hätte es vorgezogen, durch die Zivilbehörden zu wirken, die dann die Verantwortung für diese Aufklärungsarbeit übernommen hätten. Er änderte seine Ansicht aber bald: Die Schweizer, fand er schliesslich, sind überzeugt, dass die Armee der Gesamtheit des Landes und seiner Bevölkerung dient, und nicht Einzelinteressen (wie man später, seit Mitte 1940 erfahren musste, herrschte Misstrauen gegenüber den Behörden, den politischen Kreisen, den Parteien, wenn nicht gar der Demokratie in ihrer augenblicklichen Form). Die Armee aber drückte sich offen und geradlinig aus; sie vereinte in einer von freier Diskussion geprägten Atmosphäre Leute verschiedenster Herkunft auf neutralem Boden; sie appellierte an das Verantwortungsgefühl der Bürger. Sie konnte endlich als Vertreterin der Schweizer Nation auftreten, während eine politische Aktion durch die Kantone oder gar die Gemeinde hätte gehen müssen und dadurch ihren eidgenössischen Charakter verloren hätte. Was die Arbeiter und die Sozialisten betrifft, so hätten diese eine Organisation sogleich verlassen, welche in ihren Augen ein Propaganda-Nest gewesen wäre unter dem Patronat eines Bundesrates, in dem sie nicht vertreten waren. Gerade ihre Mitarbeit wurde aber als besonders wichtig beurteilt. <sup>105</sup> In andern Worten, und vielleicht liegt hier der Schlüssel ihres Erfolgs, H&H schenkte dort Vertrauen, wo die zivilen Behörden misstrauten. Es war die Armee, welche informierte, während die Zivilgewalt zensurierte (übrigens durch ein Militärorgan!). Sie konnte es ohne Aufsehen tun, im Unterschied zu Organen, welche der Kontrolle des Parlaments unterstellt waren.

Dies ist der absurde Widerspruch zwischen Armee und Staat: Zu Beginn verweigert dieser eine Aufgabe, welche jene anzunehmen zögert; was weiter oben von ihren Händeln mit der Presse gesagt wurde, erklärt teilweise die Zurückhaltung

der Regierung. Am Ende des Jahres 1941 aber wird sie versuchen, das zurückzugewinnen, was die Armee nun sich weigert, ihr zu überlassen.

Mehrere Zwischenfälle hatten in der Tat gezeigt, dass die Armee im Laufe des Jahres ihre natürliche Rolle überzogen hatte: Im März hatte die deutsche Botschaft gegen öffentliche Vorträge protestiert, in denen Oberst Frey das Reich angegriffen und dadurch die Neutralität verlassen habe. Im Mai hatte es der bekannte Däniker-Bericht erneut auf Frey abgesehen und eine ganze, mehr oder weniger vertrauliche Polemik ausgelöst. Im November war Hausamann an der Reihe, angegriffen zu werden, weil er in Uniform an einer privaten Versammlung gesprochen hatte, welche von der sozialistischen Partei Schaffhausen einberufen worden war.<sup>106</sup> Andere Interventionen fanden zweifellos beim Bundesrat statt, der dadurch zum Einschreiten gegen H&H veranlasst wurde: Kreditbeschränkungen, Begrenzung des Wirkungsfeldes, Unterstellung unter die Zivilbehörden mit der APF, all dies wurde Zug um Zug versucht. Der General verteidigte aber ohne zu wanken Frey und seine Einheit gegenüber Kobelt, der H&H gerne auf die Armee und auf militärische Themen beschränkt hätte<sup>107</sup>, aber auch gegen Etter, seinen hauptsächlichsten Widerpart: Für den General konnte kein Unterschied bestehen zwischen der Moral der Armee und jener der Zivilisten; die Stärkung des Bürgersinns in der Bevölkerung war ein Hauptfaktor in der Verteidigung, und zu diesem Zweck war Aufklärung unumgänglich. Bestärkt durch Frey und Hausamann, welche ihm die Argumente lieferten, unterstützt von Nationalrat Feldmann, dessen Verwendung besonders Bundesrat Wetter überzeugte<sup>108</sup>, vielleicht auch durch Wahlen – weigerte sich der General nachzugeben.

Die Krise, die ihren Höhepunkt im Winter 1941-1942 erreichte, endete im Februar mit einer Übereinkunft zwischen Guisan und Etter. Letzterer erreichte bloss die Mitteilung der Rednerliste und der Kursprogramme, dazu eine monatliche Unterredung mit dem Generaladjutanten zur Festlegung der Richtlinien. Trotz ihrer Niederlage stand die Regierung von jetzt an treu zum General, so z.B. als er H&H im Juni 1942 im Nationalrat verteidigen musste, wo Anliker die Gefahr aufzeigte, dass die Abteilung einer Partei hörig werden könnte und wo er die gleichen Gründe wieder aufgriff, die schon 1941 von den Gegnern vorgebracht worden waren. In seiner Stellungnahme zum Rechenschaftsbericht des Generals von 1947 spielte der Bundesrat die Auseinandersetzung herunter, indem er das Problem der Unterordnung von H&H als zweitrangig bezeichnete: Wesentlich sei gewesen, eine Bewegung bei der Zivilbevölkerung in Gang zu bringen, und die 1942 gefundene Lösung sei befriedigend gewesen.<sup>109</sup> Mit dem zeitlichen Abstand relativieren sich die Konflikte ...

H&H spielte eine wichtige und allgemein geschätzte Rolle für die Aufrechterhaltung der Moral bei Truppe und Bevölkerung. In einem Aide-mémoire vom 22. Mai 1945 lieferte die Sektion Romandie von H&H eine ausgezeichnete Zusammenfassung über den Nutzen der zivilen Kurse zur Staatskunde, zu sozialen, pädagogischen und nebenbei auch militärischen Themen:

«Beauftragt durch den Oberbefehlshaber der Armee, die Soldaten und Zivilisten über die militärischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu informieren, welche der Krieg verursacht, auch gegen die ausländische Propaganda zu kämpfen und einen gesunden Wehrwillen zu erhalten, hat die Sektion H&H

1. Durch mündliche Aufklärung in geschlossenem Kreis den Ausfall der normalen Informationsmittel infolge Zensur wettgemacht.
2. Den Graben überbrückt, der zwischen den militärischen und zivilen Behörden einerseits und dem Schweizervolk andererseits bestand.
3. Die Möglichkeit gehabt, nicht nur von oben nach unten zu informieren, sondern gleichfalls von unten nach oben, den Militär- und Zivilbehörden genaue und überprüfbare Informationen über die Reaktionen und Sorgen des Schweizervolks zu vermitteln.
4. Einen Begegnungsort geschaffen, der es den Männern und Frauen unseres Landes erlaubte, in einem gesunden Klima über alle Probleme unseres Staatslebens frei zu diskutieren, ihre Ansichten einander gegenüberzustellen, in Gesamtzusammenhängen zu denken und ihre persönlichen und beruflichen Interessen zurückzustellen. – Die gemeinsamen Sitzungen zwischen Stadt- und Landbewohnern, Arbeitnehmern und Arbeitgebern, Journalisten und Gewerkschaftssekretären – die persönlichen Begegnungen zwischen Industriellen und Gewerkschaftern haben in breitem Masse zur Aufrechterhaltung des inneren Friedens, zur Festigung des sozialen Friedens beigetragen.
5. Noch mehr – die Sektion H&H ist das ideale Instrument der *nationalen Erziehung und der Ausbildung des Bürgers* geworden. Sie setzte sich nicht zum Ziel, den Bürger zu beeinflussen, aber indem sie ihm sichere und überprüfbare Auskünfte gab, ihm ermöglichte, darüber zu diskutieren, versuchte sie, Männer und Frauen mit persönlichem Urteil aus ihnen zu machen, die von nun an gegen fremde Propaganda und den totalitären Geist gefeit waren.»<sup>110</sup>

Diese Bilanz ist sachlich zutreffend. Sie enthält auch die Entwicklung, welche die Ereignisse ausgelöst hatten und welche die Autoren anerkennen: Die Geistige Landesverteidigung, der Ansporn zu Widerstand und Unabhängigkeitskampf war

nun durch einen Auftrag zum Gespräch, zu Begegnung und Annäherung ersetzt oder zumindest ergänzt worden.

In seinem Schlussbericht drückte Dollfus den Wunsch aus, das Instrument, das man improvisieren musste, möge bestehen bleiben für die Zukunft. Er bejahte damit die Frage der Einmischung der Armee in die psychologische Beeinflussung der Nation. Wir untersuchen hier nicht, ob diese Entscheidung im Einklang mit den militärischen und politischen Überlieferungen der Schweiz stand, noch ob die Verfassung und die Gesetze dies zuhessen.<sup>111</sup>

Wenn man sich in die Logik des Augenblicks versetzt und besonders in jene der bedingungslosen Verfechter des Widerstands, dann blieb keine Wahl: Einerseits hatte der General den Auftrag erhalten, die Unabhängigkeit zu bewahren – und im Zeitalter des totalen Krieges durfte er das Psychologische nicht mehr vom Militärischen trennen, noch den ideologischen Ansturm übersehen, der vielleicht zeitlich vorausging, aber dennoch untrennbar mit dem bewaffneten Angriff verbunden war. Da dieser Ansturm ein Element des Angriffs war, musste man sich ihm entgegenstellen. Wenn H&H in der Wortwahl auch versuchte, eine formale Neutralität zu wahren, so fühlte man sich eigentlich schon im Krieg, oder beinahe.<sup>112</sup> Andererseits hatte der Bundesrat es abgelehnt, auf dieser Ebene tätig zu werden, und aus diesem einfachen Grunde musste sich die Armee wohl oder übel damit befassen.

Bei der Erfüllung dieser Aufgabe versagte es sich Heer und Haus, Politik zu machen. Dies stimmte in dem Sinne, dass ihre Philosophie sich auf die Hypothese stützte, dass das Volk den Totalitarismus gänzlich verwarf und patriotische Einigkeit ihm gegenüber verlangte. Auch wenn man Politik und parteiisches Handeln gleichsetzt, wie es einer gängigen Begriffsvermischung entspricht, ist die Behauptung von H&H zutreffend: Die Vortragsredner mussten über den Parteien stehen und Diskussionen vermeiden, die davon abwichen. Es wäre vorzuziehen, einen nicht so mehrdeutigen Begriff zu verwenden, jenen der staatsbürgerlichen Gesinnung. Die Armee wollte nicht Propaganda betreiben, ein Ausdruck, der nach Manipulation und Parteipolitik tönt. Sie wollte informieren und aufklären und vor allem die dauerhaften schweizerischen Werte pflegen, um die Widerstandsbereitschaft in ihrem eigentlichen Grunde zu verstärken – in geradliniger Fortsetzung der Geistigen Landesverteidigung und auf die Gefahr hin, in der Richtung fortzuschreiten, die wir gesehen haben.

Immer vorausgesetzt, dass die Annahme von der man ausging, richtig war! Solange die Gefahr vor allem von Deutschland ausging, traf dies zu. Man stiess nur in der Frontenbewegung oder bei den «Jungbauern» auf ausgesprochenen Wider-

stand in der öffentlichen Meinung.<sup>113</sup> Der deutsch-sowjetische Pakt begünstigte noch diese Einmütigkeit, indem sie gegensätzliche politische Richtungen einander annäherte, die das Heil in einem patriotischen Selbstverständnis fanden gegen den einen oder den andern der beteiligten Staaten, die sich so widersinnig miteinander eingelassen hatten. Als die Sowjetmacht sich gegen das Reich behauptete, bröckelte die hehre Übereinstimmung ab, das staatsbürgerliche Bewusstsein selbst erschien gewissen Leuten parteiisch und die Aufgabe von H&H wurde schwieriger und umstrittener. Lalive d'Epinay und die Westschweizer Mitarbeiter von H&H waren sich dessen vielleicht besser bewusst als ihre Kollegen. Jedenfalls ist es bezeichnend, dass ein Bericht vom Dezember 1943 meldete, wie Westschweizer Arbeiterkreise vor allem in Genf sich weigerten, H&H anzuhören, da diese Institution die Arbeiterklasse zugunsten der Bourgeoisie von ihren Zielen ablenke. Umgekehrt zeigten sich im Sommer 1942 in Basel versammelte Industrielle erfreut über die Tätigkeit von H&H bei den Arbeitern: «Es genügt nicht, die Kommunistische Partei zu verbieten oder gar eine gewisse Zahl von Arbeitern Nicoles zu verurteilen. Es muss gelingen, den Arbeiter anzusprechen.»<sup>114</sup>

Das Ende des Krieges, wir werden es sehen, brachte das Ende von H&H, deren Anpassung an die Friedensperiode heikle Probleme mit sich gebracht hätte. Die Einrichtung hatte in den Kriegszeiten unschätzbare Dienste geleistet. Sie hatte nicht versucht, die nationale Einheit künstlich herzustellen, indem sie ihre Gegner zum Schweigen brachte ... oder zu Schlimmerem, oder indem sie die Bevölkerung zwang, sich hinter eine aufgezwungene Ideologie zu scharen. Im Gegenteil, sie ging vom Prinzip aus, dass die Einheit existierte und dass eine breite Übereinstimmung die Bürger um grundlegende Auffassungen vereine. Dadurch hatte sie diese zur Geltung gebracht und verlieh den Verzweifelten Mut oder rüttelte jene wach, die sich in trügerischer Sicherheit wiegten. Darin bestand ihre Stärke. Das verlangte aber auch ihr Verschwinden oder ihre Umwandlung, als das Tausendjährige Reich erschöpft war und verschwand und die Gegensätze des Landes ihre Autonomie wiederfanden.

## Kapitel II

# Drôle de Guerre

(September 1939-April 1940)

Am 29. August 1939 wurde der Grenzschutz aufgeboten. Am nächsten Tag wählte das Parlament den General. Am 3. September, einige Minuten vor der britischen Kriegserklärung, wurde die allgemeine Mobilmachung ohne nennenswerte Zwischenfälle oder Beschwerden vollendet: Ihre Notwendigkeit drängte sich jedermann auf. Mit Ausnahme der extremen Frontisten und Kommunisten herrschte Vertrauen in die zivilen und militärischen Behörden sowie in die französische Armee, diesem unbesiegbaren Garanten der guten Sache.<sup>1</sup> Sogar die sozialistische Partei selbst veröffentlichte am 1. September einen Aufruf zum Kampf gegen die Kriegshetzer, die Diktaturen sowie die Feinde der Freiheit und des Friedens; die Armee musste die Unabhängigkeit des Landes verteidigen.

Man hat oft den Gemeinsinn vom Vorabend der zwei Weltkriege verglichen, um die Unterschiede hervorzuheben: 1914 herrschte Zwietracht zwischen französischenfreundlichen Romands und prokaiserlichen Deutschschweizern. 1939 war dieser Riss verschwunden, Einheit im Denken herrschte. Es ist unnötig, ausführlich darauf zurückzukommen. Zitieren wir bloss die Gleichläufigkeit zweier Leitartikel von prominenten Redaktoren, Rigassi in der *Gazette de Lausanne* vom 1. September und Bretscher in der *Neuen Zürcher Zeitung* vom Tag darauf. Beide unterstreichen den Verteidigungswillen, die Entschlossenheit des Volkes, das Vertrauen in die Armee etc. Für die Redaktoren, wie für viele andere waren diese Gefühle ein natürlicher Ausfluss der geistigen Mobilisierung, die sich so grossartig an der Landesausstellung offenbart hatte.<sup>2</sup>

Was Hans Zbinden als guten Beobachter überraschte, war das Fehlen des Hurratriotismus, an dessen Stelle glücklicherweise ein «festes Einheits- und Pflichtbewusstsein» getreten war. Die wissenschaftliche Arbeit der Historiker trug nun ihre Früchte in einer Bevölkerung, die besser verwurzelt und besser informiert war über die zu verteidigenden Werte: den Föderalismus gegen die auf Rassismus



beruhende Volksgemeinschaft; die Kleinstaatlichkeit, welche ihre Grösse in der kulturellen und sittlichen Ausdehnung und nicht in Eroberungen suchen muss; den Lebensraum; die aktive und humanitäre Neutralität schliesslich.<sup>3</sup> Wie zufällig waren die zwei ersten Grundsätze jenen, die Hitlerdeutschland verkündete, entgegengesetzt; ja, Zbinden übernahm sogar nationalsozialistische Formeln wie *Lebensraum* oder *Volksgemeinschaft*.

Man wird die Abwesenheit der Demokratie in dieser Aufzählung der schweizerischen Kardinaltugenden feststellen, auch wenn man sie aus dem Willen zur Gemeinschaft, der den Föderalismus beseelt, ableiten könnte. Blosses Übersehen eines Gemeinplatzes oder wirkliche Auslassung? Einige Monate später, mitten in einer nationalen Krise, schrieb E. Schürch den Verlust des Vertrauens in die Institutionen der Erschütterung der demokratischen und liberalen Überzeugungen zu, welche bereits von den verschiedenen Krisen der Vorkriegszeit angeschlagen waren: Man wusste nicht mehr, was mit der Schweiz wesensgleich war und bewahrt werden musste und was man aufgeben konnte.<sup>4</sup> Gemäss dieser Behauptung erschiene das Fehlen der Demokratie als Schwachstelle der Geistigen Landesverteidigung oder als Ungewissheit, welche schwer über dem Jahr 1940 lasten sollte. Auf jeden Fall war die Erörterung in dieser Phase des Abwartens noch nicht lebenswichtig.

Die deutschen Agenten täuschten sich nicht über die Lebendigkeit der nationalen Einheit. Sie versuchten vielmehr sich zu beruhigen. Davon zeugt dieser Rapport vom 12. September: Er zeigt das Schweigen der Menge am Lausanner Bahnhof an, als etwelche Demonstranten mit Fahnen in Hurra-Rufe für Frankreich ausbrachen. Der Bericht sieht darin eine glückliche Entwicklung in Richtung einer schweizerischeren Denkart! Die Westschweizer, so schloss er offenbar aus dieser einzigen Beobachtung, wünschten immer noch den französischen Sieg, hielten es aber nicht für nötig, das herauszuposaunen, weil sie wussten, dass die Deutschschweizer dasselbe hofften. Am 18. September stellte er noch fest, dass es Zeit brauche, bis das Schweizer Volk aufhöre, sich mit den Engländern zu identifizieren und sein «eigentliches Wesen wiederfinde.»<sup>5</sup>

Die ersten Kriegsoperationen Lessen für die Zukunft der alliierten Sache Böses erahnen, je nachdem man sie objektiv zu erfassen und zu deuten verstand: Der Blitzkrieg in Polen war so schnell beendet, dass Warschau am 27. September kapituliert und gleichzeitig an der Westfront die Unsicherheit des französischen Generalstabs sich in Operationen zeigte, die man kaum als Angriff bezeichnen kann. Diese zwei Tatsachen wurden scheinbar nicht verstanden. Die Presse der Romandie jeden-

falls erfasste nichts vom deutschen Kriegsstil in Polen und fuhr fort zu behaupten, dass die Sache des Guten triumphieren werde kraft seiner Stärke sowie der wirtschaftlichen und militärischen Mittel der Alliierten zu Land und zu Wasser. Das Vertrauen in die Zukunft bestand fort.<sup>6</sup>

### Niedergeschlagenheit und Informationsmangel

Nachdem das Fieber der ersten Wochen vorbei war, begann das lange Warten, das bis 1945 dauern sollte und in jeder Kriegsphase immer neue Anpassungsprobleme stellte. Für den Augenblick galt es, gegen die Zeit zu kämpfen, die Kriegswirtschaft zu organisieren, das militärische Rüstzeug zu schmieden und eine Strategie festzulegen, bevor der Feind allenfalls angreifen würde. Auf der Stimmungsebene hiess der Feind Langeweile, in der trübseligen Stimmung dieser *drôle de guerre*. Würde man genügend überzeugende Rechtfertigungsgründe finden für die Mobilmachung und für die ersten Opfer der Zivilbevölkerung, während die Front einschlief? Das Beispiel der Alliierten, von denen man alles erwartete, war verführerisch: Überzeugt, dass die Zeit für sie arbeite, nutzten sie diese kaum und Hessen Hitler den Aufschub ausnützen, den er ihnen gewährte, wo er doch von der Blockade hätte erstickt werden müssen. Auf der psychologischen Ebene war die Aufgabe für die Behörden leichter: Da sie die Untätigkeit nicht zu erklären hatten, die nicht von ihnen abhing, und da sie nicht im Kampf gebunden waren, konnten sie den Truppenbestand verkleinern und damit die Last des Krieges.

Die Untätigkeit der Alliierten aber hatte nichts Erhebendes und musste den Gemütern gemischte Gefühle einflössen: Schon Ende September zeigte ein Militärbericht eine Art Ergebenheit ins Unvermeidliche an, jedenfalls in der Deutschschweiz, wo die Nachrichten von der andern Rheinseite mehr Wirkung hatten als anderswo; schliesslich würde ja Polen nie mehr seine frühere Stellung erhalten. Und angesichts der alliierten Strategie mit ihrer verblüffenden Passivität könnt man beobachten, wie sich in der Bevölkerung die Idee vom unbesiegbaren Reich verbreitete. Diese Auffassung, die der anonyme Berichterstatter für gefährlich hielt, wurde von Goebbels Medien wohlgefällig unterstützt. Ein Feldprediger sollte dies als «polnische Depression» bezeichnen.<sup>7</sup> Man wird verstehen, dass der Botschafter des Reichs in Bern, Köcher, sich zur gleichen Zeit beglückwünschte zu diesem Stimmungsumschwung, den er seinem Druck auf den Bundesrat zuschrieb, der die Presse veranlasste, mehr deutsche Informationen zu verwenden. Letzteren war es zu verdanken, dass der durchschnittliche Schweizer daran zu zweifeln begann, dass die Alliierten

wirklich siegten am Tag, an dem sie sich zum Angriff entschliessen würden. Furcht vor dem Reich und Abneigung riefen nicht mehr Überheblichkeit hervor, sondern Respekt.<sup>8</sup>

Die Information ist der Kernpunkt des Problems mit der Moral: Unser Militärbericht schloss daraus, dass die Behörden den Deutschen entgegenarbeiten sollten, anstatt ihnen das Feld zu überlassen. «Es ist die reinste neutralistische und lähmende Betäubung, die uns daran hindert, rechtzeitig eine diskrete Abwehrpropaganda durchzuführen.»

Die Lage mochte sich leicht verändern im Verlauf des Winters 1939 oder gleichzeitig auf verschiedene Weise empfunden werden, was nicht erstaunlich wäre. Im November beklagte sich nämlich ein Bericht der Abwehr seinerseits über die geringe Zahl von Zeitungsmeldungen deutscher Herkunft, im Vergleich zu jenen westlicher Agenturen. General und Regierung gelang es nur mit Mühe, die Parteilichkeit der Presse im Zaum zu halten. Dagegen freute sich im März 1940 ein Bericht des Oberkommandos der Wehrmacht über eine objektivere Einstellung, und vor allem über den grossen Erfolg, den die Filme über die Wehrmacht in Zürich hatten.<sup>9</sup> Die Zensur beeilte sich übrigens, die Einfuhr neuer Streifen zu verbieten.

Im Januar räumte ein Referat über die Neutralität von Werner Ganzoni bei der Neuen Helvetischen Gesellschaft von Winterthur zwar ein, dass jeder seine persönlichen Sympathien ausdrücken könne, empörte sich aber über die Verfolgung und Einschüchterung all jener durch Volk und Regierung, die vorteilhaft über Deutschland sprachen oder die Alliierten kritisierten. Es sei unerheblich, dass vorläufig nur eine Minderheit in diesem Sinn sich ausdrücken wolle. Ohne die Intoleranz und die seit mehreren Jahren geschürte Aufregung würde sie heute vielleicht die Hälfte der Bevölkerung ausmachen. Man müsse also aufklären<sup>10</sup>, wie es das eben erwähnte Dokument verlangte, aber in umgekehrtem Sinn; und die Behörden erschienen ihm Komplizen der öffentlichen Meinung, anstatt zu versuchen, sie im Sinne der deutschen Berichte zu korrigieren.

Auf der internen Ebene Hess die Politik des Schweigens, diesmal militärischen Ursprungs, die Bevölkerung in Unwissenheit über alles, was die Armee betraf. Einerseits verlangte man Opfer, andererseits gab man keine Auskunft über deren Zweck. Diese Unterinformation erzeugte in Verbindung mit der Untätigkeit der Front und den alltäglichen materiellen Schwierigkeiten Missmut gegen eine endlose Mobilisierung, auch wenn der aktive Truppenbestand rasch zurückging nach dem ersten allgemeinen Aufgebot und von 430'000 Mann auf ein Minimum von 170'000 von September bis Februar sank. Man empfand einen gewissen Bruch zwischen der Truppe und den Zivilisten und eine unangenehme Ausbreitung falscher Gerüchte.

Information, Stimmung der Bevölkerung, Beziehungen zwischen dieser und der Armee – kurz nach der Mobilmachung zeichneten sich schon die Dauerprobleme des Krieges in einem neutralen Land ab. Mit einer Milizarmee, die in einem demokratischen Volk ausgehoben wurde, das man als verantwortungsbewusst bezeichnen möchte, war es für die politischen Behörden nicht einfach, Schweigen zu bewahren ... noch sich zu offen auszudrücken, um nicht beschuldigt zu werden, Propaganda zu machen oder – schUmmer – die Neutralität zu verletzen. Wie konnte man die öffentliche Meinung beeinflussen, ohne Partei zu ergreifen? Auch hier könnte man wieder Parallelen suchen in den Fehlern der französischen Propaganda, welche unfähig war, die Menschen zu begeistern, weil sie sich zu Nuancen und Feinheiten bei der Anprangerung des Reichs zwang. Auf den höheren Ebenen der Schweizer Armee war man ebenso misstrauisch gegenüber der Presse wie das Bundeshaus, aber man anerkannte ihre Macht: Heber sie zähmen oder mindestens beeinflussen, damit diese Gewalt den nationalen Interessen dienstbar werde. Weniger gebunden durch verfassungsmässige Bedenken, weniger gehemmt von parlamentarischen Kontrollen, fühlte sich die Armee freier als die politischen Behörden im Umgang mit der Presse. Sie war sich dank ihrem Informationsnetz vielleicht auch der Bedürfnisse der Bevölkerung klarer bewusst.

Das offizielle Schweigen sollte von Oberst Masson, dem Chef des Nachrichtendienstes, schon sehr bald beklagt werden, wegen «dem Mangel an Haltung und Neutralität unseres Volkes», der seiner Ansicht nach der von ihm wenig geliebten Presse zuzuschreiben war. Es bestand in der Tat eine Neigung, die Deutschen schlecht zu behandeln, die sich in der Schweiz aufhielten, und er hatte zahlreiche Beschwerden erhalten. Er sah den AugenbHck kommen, wo eine Schlägerei einen Verletzten oder Toten fordern würde und wo «wir mit Sicherheit den Konflikt haben werden, der uns bedroht, weil das Reich ein solches Verhalten nicht dulden könnte». Die Abhilfe? «Ich bin mir bewusst geworden, dass zur Zeit nur der General über die erforderliche Autorität verfügt, um Druck auf unsere Politik auszuüben und gewisse Nationalräte aus ihrer krankhaften Gleichgültigkeit zu reissen. Der General ist unseren Argumenten zugänglich und wird nicht ermangeln, seinen Einfluss geltend zu machen. Die Armee hat den Auftrag, das Land zu bewahren. Aber das erste Ziel liegt auf der inneren Ebene.»<sup>11</sup>

Die Neutralität erschien Masson nicht lähmend, im Gegenteil. Er war ausgezeichnet in der Lage, die deutsche Macht zu beurteilen – in seinem Brief beharrte er auf beunruhigenden Truppenkonzentrationen – und hielt sich an ihr wie an einer letzten Zuflucht fest, um der Schweiz das schlimmste zu ersparen. Paradoxerweise übernahm er die deutsche Vorgabe, wonach man nicht eigentlich unterschei-

den könne zwischen der Einstellung der Presse oder der Bevölkerung und jener der Regierung: Es existiere nur eine einzige Neutralität, und diese verpflichte die Behörden, bei der Presse und beim Volk wirksam durchzugreifen. Das Schweigen, das Masson dem Bundesrat vorwirft, sollte noch häufig angeprangert werden: Die Regierung versuche nicht, das Vertrauen der Bevölkerung zu erhalten, das zu Beginn durch eine Politik des Kontakts vorhanden war. Sie beschränke sich zu sehr darauf, bloss tüchtig zu verwalten. Der General fasste seine Rolle anders auf.

### Antikommunismus

Unter den internationalen Problemen, welche die öffentliche Meinung beschäftigten, nahm die UdSSR einen bevorzugten Platz ein. Die Westschweizer Presse zum Beispiel ist besorgt über das Zusammengehen mit Deutschland, das in der Teilung Polens gipfeln sollte. Sie urteilt sogar strenger über den kommunistischen Staat. Mehrere Zeitungen wiesen ihm eine grössere Verantwortlichkeit für den Kriegsausbruch zu: «Moskau hat die Friedensfront zu Gunsten Hitlers verraten», schrieb z.B. die sozialistische *La Sentinelle* vom 25. August.<sup>12</sup> Diese Einstellung der demokratischen Linken, welche sich offensichtlich von jener des kommunistischen *Le Travail* abhob, charakterisierte einen wichtigen Bestandteil der öffentlichen Meinung und ihren Zusammenhalt zwischen der Linken und der Rechten. Ohne in den Fehler so mancher Franzosen, sogar hoher Verantwortlicher zu fallen, welche sich lieber mit Stalin als mit Hitler schlagen wollten, verstärkte der schweizerische Antikommunismus sogar den Antinazismus, dem er ein gutes Gewissen verleihen konnte. Auf der Linken war es vielleicht umgekehrt der Antinazismus, der den Antikommunismus entschuldigte. Bringolf zum Beispiel sollte im Februar öffentlich auf einer tieferen Übereinstimmung der zwei Mächte beharren, als man glaubte; der deutsche Imperialismus, vom Ozean und von den Kolonien angezogen, vernachlässigte Osteuropa, und die zwei Komplizen konnten sich über die Unterwerfung Europas und über eine neue Aufteilung der Welt verständigen.<sup>13</sup> Diese Art Einschätzung sollte in der Partei nicht gerade die Anpassung an die Umkehrung der Lage erleichtern, welche sich 1941 ergab.

Die Gleichgültigkeit der Zensur gegenüber den Angriffen auf die UdSSR begünstigte auch die Ausbrüche der Presse gegen den sowjetischen Feind, während man die Neutralität beachten musste, sobald es um Deutschland ging. Der russische

Angriff auf Finnland am 30. November 1939 verstärkte diesen Eifer im ganzen Land.<sup>14</sup> Zur Linken wie zur Rechten identifizierte man sich natürlich mit der Sache des so kleinen, schwachen Landes, das mit solchem Heldentum Widerstand leistete und die Verteidigung der Freiheit gegen die Herrschsucht verkörperte. Darüber hinaus hielt auf der Linken die sozialistische Partei darauf, in Erinnerung zu rufen, dass Finnland eine sozialdemokratische Regierung hatte und seine Soldaten daraus einen guten Teil ihrer Entschlossenheit zogen.<sup>15</sup> Der Bruch mit Nicole, der im September aus der Partei ausgestossen worden war, verlieh den Sozialisten auch grössere Einstimmigkeit, da sie nun auf keine prosovjjetischen Linksausen mehr Rücksicht zu nehmen brauchten. Die finnische Tapferkeit konnte auch den Opfern der polnischen Depression durch die errungenen Erfolge neuen Mut verleihen. Dies hinderte gewisse Zeitungen nicht daran, einige Besorgnis auszudrücken über die Einsamkeit, in welcher die Grossmächte den kleinen Vorkämpfer für die gute Sache Hessen.

Grundsätzlich gewann die deutsche Sache nicht an Behebtheit im Verlauf des Winters, weder vor noch nach dem Angriff in Finnland: Im November zählte ein Bericht der Abwehr 90% der Bevölkerung zugunsten der Alliierten, höchstens 5% für die Deutschen und den Rest zu den Gleichgültigen.<sup>16</sup> Im Februar darauf musste der deutsche Botschafter in Bern feststellen, dass die Behörden vom Sieg der Alliierten überzeugt waren. Was die öffentliche Meinung betraf, so zeigte sie ihre Sympathien für die Westmächte viel offener als vor dem Krieg: «Angeheizt durch die Linkskreise, ist die ganze Bevölkerung von einer antideutschen Bewegung mitgerissen, in deren Schatten der Nationaldemokrat, der liberale Bürger und der Katholik Hand in Hand vorgehen. Der Prozess ist so weit fortgeschritten, dass persönliche Kontakte mit Deutschen, Reisen nach Deutschland etc. weitherum als Beweise einer antischweizerischen Einstellung betrachtet werden, die politisch keinerlei Vertrauen verdienen.» Sogar die Armee war laut Köcher angesteckt, nachdem Mottas brave Bemühungen, diese Tendenzen zu durchkreuzen, gescheitert waren und der Winter 1938-1939 dieses Scheitern besiegelt hatte.<sup>17</sup>

### **Befragung zu den schweizerischen Werten**

Die Nachrichten über den Zustand der öffentlichen Meinung sind alles andere als reichlich ausserhalb einiger fiebrhafter Augenblicke, wie die Kriegserklärung oder der Finnische Krieg. Sie sind ebenso bruchstückhaft wie der Zwischenfall am Lausanner Bahnhof, dessen Bedeutung der deutsche Agent voreilig für die ganze

Schweiz verallgemeinert hatte. Wie das diplomatische oder konsularische Personal – und zweifellos mehr als die schweizerischen Beobachter – hatte diese Art Zeuge nur eine lückenhafte Sicht der Wirklichkeit. Es scheint immerhin, das Grundgefühl, dass die gute Sache der Alliierten dennoch triumphieren werde, habe sich nicht verändert. Dasselbe trifft im Inneren zu, wo der Staat, und vor allem die Armee immer noch in guten Händen geglaubt wurden. Die Abstufungen und Schwankungen dieser Einstellung entgehen uns. Die Zeit vom Winter bis zum Vorabend der grossen deutschen Offensiven bleibt in ihren Einzelheiten besonders undurchsichtig.

Man möchte zumindest einige Strudel feststellen, welche die öffentliche Meinung beleben können, und vor allem Auseinandersetzungen oder Zustimmung. Die eidgenössische Regierung zog kein Einsatzprogramm auf und griff nicht aktiv in die Formierung der öffentlichen Meinung ein; manche bedauerten dies, wie wir sahen. Dafür äusserten die Tagespresse oder die Zeitschriften, die staatsbürgerlichen Gesellschaften und Private gelegentlich Ansichten und Urteile über die Gegenwart oder Zukunft des Landes. Die Frage der Demokratie ist eines dieser Themen, das der ideologische Krieg aufwarf. Man ist noch weit von der Entfesselung der Publizisten in der zweiten Jahreshälfte 1940, aber das Thema zieht bereits die Aufmerksamkeit auf sich. Mit Ausnahme der Westschweizer Zeitungen, die bereits untersucht wurden, wenn auch nicht direkt unter diesem Gesichtspunkt und nur während der Krise vom September 1939, kommt es hier nicht in Frage, die Deutschschweizer Presse zu analysieren noch die Arbeiten der staatsbürgerlichen und politischen Gruppen. Gezwungen zu wählen, haben wir die Titel notiert, welche im *Schweizer Buch* publiziert sind, das die in der Landesbibliothek aufbewahrten Druckschriften verzeichnet. Dieser Katalog ist nicht erschöpfend, bietet aber den Vorteil der leichten Zugänglichkeit und stellt bedeutende Werkverzeichnisse vor, von bescheidenen Broschüren bis zu ausführlicheren Arbeiten.

Für die Westschweizer Presse vom September 1939 waren die Auffassungen über die Demokratie und ihren Inhalt natürlich verschieden, aber das System wurde noch nicht in Frage gestellt. Gewiss, vor allem bei den Sozialisten und bei den Katholiken fehlte es nicht an Kritik gegenüber *den* Demokratien, die es nicht verstanden hatten, rechtzeitig zu handeln: Sie trugen ihren Teil Verantwortung am Krieg und waren im Übrigen ziemlich heruntergekommen seit 1919. «Dieses Grundsatzthema wird kaum angedeutet, sollte aber die Westschweizer Presse weitgehend beherrschen bis zur französischen Niederlage von 1940.»<sup>18</sup> Solche Kritiken bedeuteten nicht unbedingt die Aufgabe des demokratischen Systems wegen seiner angeborenen Unfähigkeit zu jeglicher aufbauenden oder nützlichen Tat, auch wenn manche im na-

tionalsozialistischen Kielwasser dies zu verstehen gaben. Wenn die Sozialisten fanden, dass der Kapitalismus die Demokratie verderbe, so galt es natürlich nicht, sie zu verleugnen, sondern sie auszubauen durch die Erneuerung der Wirtschaft.<sup>19</sup> Man fürchtete allgemein die schreckliche Bedrohung, welche infolge der unheiligen Allianz zwischen ihren Totengräbern, Stalin und Hitler über ihr schwebte. Was die Beweihräucherer oder Sympathisanten dieser zwei Diktatoren angeht, wurden sie ausgegrenzt und von der Zensur überwacht. Die Kommunisten machten sich nur vorübergehend bemerkbar, und die frontistischen Gruppen verschiedener Richtungen waren in vollem Niedergang.

Zu den Stimmen, die gehört wurden, ohne die Verteidigung des Landes mit jener seines politischen Regimes gleichzusetzen, muss Gonzague de Reynold gezählt werden: Er interessiert wegen seiner fanatischen Anhänglichkeit an das Land und seine Traditionen, wodurch man ihn von den ideologischen Extremisten unterscheiden kann; interessant ist aber auch seine Forderung der Öffnung gegenüber einer Welt in Bewegung, welche ihn verdächtig nahe an die faschistischen Erneuerer Europas rückt. Man könnte ihn in die verschiedenen Strömungen einreihen, die einige Jahre früher so rührig waren und die Schweiz in einem autoritären Sinne erneuern wollten, ohne deswegen gleich die nationale Ebene zu verlassen, weil sie sich am italienischen oder deutschen Beispiel orientierten. Der Freiburger Publizist wurde angehört, war in mancher Hinsicht vielleicht sogar populär; nach seinem Urteil steckte das politische System in einer Krise, wurde mehr verwaltet als gelenkt von einer Regierung, die nicht fähig war, das Volk zu beeinflussen.<sup>20</sup> Für ihn war in der Tat die Zeit der Demokratie abgelaufen, sie war verbraucht wie irgendein anderes System, war zum Staatssozialismus und zur Tyrannei verkommen. Ausgegangen vom Individualismus und Liberalismus, endete sie heute in der Herrschaft der Massen und im Sozialismus. Es galt jetzt die *Person* zu rehabilitieren, «das geistige Wesen» im Gegensatz zum Individuum, «dem fleischlichen Wesen», dessen Ziel die «Gesellschaft» ist und nicht Gott.»<sup>21</sup> Man musste auch dazu stehen, in einer revolutionären Zeit zu leben, die ein neues Europa ankündigte, gegen welches keinerlei Mauer Schutz versprechen konnte. In diesem Sinne also war es angebracht, eine «nationale Erneuerung» zu wagen, denn ohne eine gute Innenpolitik gibt es keine nationale Verteidigung, und ohne freiwillige Umgestaltung hätte die Schweiz jene zu erleiden, die ihr von aussen aufgezwungen würde. Man sollte sich auf jeden Fall nicht an Prinzipien klammern, die 1789 oder 1848 entstanden waren. Aber – und das ist eine wichtige Nuance angesichts zahlreicher Deutschschweizer Kritiker von 1940, die den Parlamentarismus des 19. Jh. durchstreichen möchten, um zur autori-



tären Demokratie der alten Schweiz zurückzukehren, – de Reynold glaubt nicht an diese Form, sein Heimweh gilt viel eher der alten patrizischen Schweiz. Damit das Land überlebe, musste man den Strömungen folgen, die das neue Europa vorbereiteten<sup>22</sup>, aber indem man den nationalen Konstanten treu blieb: Die Schweiz bildet einen integrierenden Bestandteil des Kontinents und gehört seinen grossen Kulturregionen an; sie kann und muss aber ihre Besonderheit entwickeln. Man wird sich nicht wundern, bei ihm wie bei Etter den Föderalismus und den christlichen Geist unter jenen berühmten Konstanten zu finden, auf welchen sie die Schweiz von morgen gründen wollten. Indem er jedoch über die trügerische Geistige Landesverteidigung, die er als ungenügend und vergangenheitsbezogen beurteilte, hinausging, wollte er eine Gegenrevolution gegen den jakobinischen, egalitären, aber in vollem Aufschwung befindlichen Nazismus auslösen.<sup>23</sup>

In den seit April 1939 in der *Gazette de Lausanne* erschienenen Artikeln, wo de Reynold diese Ideen äussert, ist seine Ablehnung des gleichmacherischen Nazismus eindeutig; aber er verkündigt im zukünftigen Europa an der Seite eines Frankreich von ungewissem Erwachen «ein Italien, wo der immer noch dauerhafte Faschismus seinem Duce folgen wird, und ein grosses Deutschland, das sich als stärkste Macht des Kontinents durchsetzen wird».<sup>24</sup> Ist er nicht trotz allem verführt von diesen zwei aufsteigenden Nationen und ihren Methoden? Denn die konkreten Massnahmen, die er jenseits des Nebels der grossen Prinzipien vorschlägt, sind ein *Landammann* und die Genossenschaft, die Autorität für das politische, der Verband für das soziale, aber in einem föderalistischen System. Handelt es sich hier um genügend festen Grund und einen hinreichend gegliederten Aufbau, damit de Reynold und seine Jünger dem Strahlen der triumphierenden und angekündigten Revolution nicht nachgeben im Europa von 1941? Bot die Geistige Landesverteidigung mit ihrer helvetischen Kleinkariertheit nach allem nicht doch überzeugendere Gewissheiten als dieser Glaube an eine Zukunft, die von Fremden als Zerstörer der nationalen Konstanten getragen wurde? Nach diesem 1939 erschienenen *Bewusstsein der Schweiz* ist es *Die ewige Schweiz* und die *Ereignisse von heute* vom Sommer 1940, welche die Antwort geben.

Das Fieber der Kritik gegen die Institutionen hatte sich ziemlich gelegt seit dem aufsehenerregenden Scheitern der revisionistischen Initiative von 1935 und mit dem Aufstieg der nationalen Einheit und des *Schweizergeists*.<sup>25</sup> Es erstaunt daher nicht, dass neben de Reynold so wenige Publizisten es für nützlich erachteten, sich ausserhalb ihrer gewohnten Presse vernehmen zu lassen, um ihre Ideen in einem grös-

seren Publikum zu verbreiten. Umgekehrt äusserten sich die Verteidiger des Systems kaum, um ihren Glauben an eine Demokratie zu bekennen, die nicht zu stark bekämpft wurde und die man durch die westlichen Kriegführenden gut geschützt glaubte. Diese Zurückhaltung könnte auch von den «Richtlinien» und den «persönlichen Kontakten» der APF herrühren, die befürchtete, dass die Medien zu heisse Themen behandeln könnten. Dies tritt sehr deutlich zutage in einem Bericht des Hauptmann Nef vom 21. Dezember 1939: «Die ideologische Entscheidung, die angeblich das Ziel des europäischen Konflikts sein soll, ist ein gefährliches Argument. Seine Anerkennung bedeutet, dass wir zur Erhaltung der Demokratie beitragen und in den Konflikt eingreifen müssten. Dieser Konflikt gehört jedoch viel eher zur Gewaltpolitik. Die ideellen Ziele müssen als Propaganda der Mächte verstanden werden ... Gewiss, die Neutralität verpflichtet nur die Regierung und nicht den Einzelnen. Aber das Ausland ermisst am Betragen des Volkes, ob die Regierung in der Lage ist, die Neutralitätspolitik durchzusetzen, wenn der Zeitpunkt gekommen ist.»<sup>26</sup>

Erwähnen wir hier bloss den Namen von Walther Hünerwadel, der anfang 1940 eine massvolle Apologie der Demokratie vortrug und eine viel energischere der direkten Demokratie, welche die Herrschaftsrechte der ursprünglichen *Landsgemeinde* modernisierte.<sup>27</sup> Seine traditionalistische Verteidigungsrede verdient heute bloss Aufmerksamkeit als Kontrast zum Abschwören jener, die sich einige Monate später von der liberalen Demokratie von 1848/1874 abwenden sollten.

Es scheint auch nicht, dass die Rolle der Schweiz in dieser Auseinandersetzung viel Aufmerksamkeit auf sich gezogen hätte. Ist das erstaunlich, wenn doch die Kampfhandlungen stagnierten und sich keinerlei strategische Achse abzeichnete? Denken wir bloss an die Meinung von Karl Barth, der die Lage genau und von höherer Warte als seine Zeitgenossen beobachtete, und der anfang 1940 behauptete, die Schweiz sei ein integrierender Bestandteil der freien Welt, die sie ebenfalls verteidigen müsse, gleichzeitig mit ihrer Neutralität. Indem er mit Bedauern den Krieg gegen das Reich des Teufels verlangte, wollte er keine Schweiz als blosser Zuschauerin. Die Mobilmachung war schon unser bescheidener Beitrag zu diesem Kampf.<sup>28</sup> Diese Zeilen sind aussagekräftig und finden ihren Platz in diesem geschlossenen Widerstand aus religiösen Kreisen gegen eine Zensur, welche die Sendung der Schweiz zunichte machte: Wie kann man die Freiheit verteidigen, wenn nicht nur die Neutralität den Gebrauch der Waffen untersagt, sondern die Kontrolle der privaten Meinungen auch noch das Recht, sich zu äussern, unterdrückt? Unsere angebliche Freiheit hätte dann keinen Sinn mehr, ausser man verneine mit Nef den ideolo-

gischen Charakter des Konflikts, um darin nichts als den Zusammenprall territorialer Herrschaftsansprüche zu sehen.

Diese verteidigungswürdigen schweizerischen Werte forderten im Januar 1940 auch die Fragen von Denis de Rougemont heraus. Er stellte fest, dass die Propaganda die Köpfe eroberte mit der Behauptung, dass *die Nationen nicht alle das gleiche Recht auf Existenz haben* und fühlte sich deshalb verpflichtet zu fragen, welche Schweiz man also verteidigen müsse und warum. Dieser Suche nach der nationalen Identität, die so viele Leute erst in der Stunde der Prüfung unternehmen sollten, unterzog sich de Rougemont in Vorwegnahme der Vertrauenskrise Ende 1940 mitten in der «*drôle de guerre*» und kam zum Schluss, dass die Freiheit und die Neutralität kostbare Privilegien seien, die aber Pflichten gegenüber Europa nach sich zögen, und dass der Föderalismus unsere grosse Berufung sei.<sup>29</sup>

### Die Moral der Truppe bewahren

Während weder der Staat noch die Armee sich um eine Informationspolitik für die Allgemeinheit gekümmert hatten, so war die Atempause der «*drôle de guerre*» im homogenen und unabhängigeren Kreis der aufgebotenen Truppe besser ausgenützt worden. In diesem engeren und zentralisierteren Rahmen, der noch weniger untersucht wurde als der zivile, ist es auch bequemer, die Methoden der Gegner und der Verteidiger der Schweiz zu erkennen. Deshalb werden wir uns länger dabei aufhalten.

Die Armeeingehörigen drohten noch stärker als die Zivilisten ihre anfänglich gute Stimmung nach den ersten Monaten in Uniform zu verlieren, als das lange Warten begann. Auch wenn die Mobilmachung sich ohne Zwischenfälle abgespielt hatte, wieviele Wochen oder Monate würde der gute Willen vorhalten? Dieser war nun gefährdet durch die Untätigkeit, die Langeweile, die Routine, die materiellen Sorgen, verursacht durch das Los der Familien, die defätistische Propaganda, die äusseren Ereignisse. Man müsste noch die Qualität des Kommandos erwähnen, beherrschende Variable, von der zum grossen Teil die Wirkung der andern Faktoren abhing. Da sie definitionsgemäss individuell ist, kann sie hier unmöglich berücksichtigt werden. Es ist in diesem Rahmen nicht einmal möglich, die Beförderungspolitik beim Kader noch die Abhalfterung der Unfähigen zu untersuchen, wobei letztere umso heikler durchzuführen ist, je höher man in einer immer schmälere Hierarchie steigt.

Die ersten Gefahren konnten durch motivierende Tätigkeiten gebannt werden: Bau von Befestigungen, Instruktion in neuen Techniken wie Nahkampf,

oder Handhabung neuer Waffen. Aber nicht allen Offizieren gelang es ohne Mühe, vom Unterricht, wie er in den Wiederholungskursen praktiziert wurde, zu einem dem Aktivdienst angemesseneren zu wechseln, und der Übergang war oft schwierig.<sup>30</sup> Dieses Kommandoproblem ist eines der am häufigsten erwähnten.

Gegen die Langeweile zu kämpfen war der Auftrag von H&H, sei es durch Freizeitveranstaltungen oder durch staatsbürgerlichen Unterricht. Die erste Aufgabe war die leichteste, die zweite die dringlichste, auch wenn ihre tatsächliche Notwendigkeit auf allen Stufen nur schlecht erfasst wurde.<sup>31</sup> Es ist charakteristisch, dass der Quartalsbericht von H&H für Januar bis März 1940 zwar die erfreuliche Entwicklung des Freizeitdienstes bei den Soldaten der Romandie feststellte, aber auch die Unfähigkeit des Vortragsdienstes, sich durchzusetzen. Allgemeiner gesagt, «unsere Tätigkeit (des Konferenzdienstes) ist ein dauernder Kampf gegen das Nachlassen des Eifers bei gewissen Verbindungsoffizieren und gegen die Gleichgültigkeit verschiedener Einheitskommandanten auf geistigem Gebiet».<sup>32</sup> Indem sie den Weg des geringsten Widerstandes gingen, kümmerten sich die Offiziere, welche für die Moral zuständig waren, also in erster Linie die hauptsächlich dafür verantwortlichen Kompaniekommandanten, mehr um die Zerstreung als um die Bildung. Die Unterhaltungsprogramme hatten also den Vorrang gegenüber den Vorträgen, völlig im Widerspruch zu den Prioritäten, die Oberst Dollfus stillschweigend festgelegt hatte.

Eine Umfrage vom April in der ganzen 3. Division über die Freizeitbeschäftigung ergibt zweifellos wertvolle Aufschlüsse für die gesamte Armee: Überall wurde die Zerstreung der Fortbildung vorgezogen, sei es Gruppensport, das Radio, die Presse (womöglich des Heimatortes), Unterhaltungs- oder Abenteuerfilme, Betriebsbesichtigungen und selbst kurze Dialektlesungen oder die Bücherausleihe. Ausführliche Referate, Vorträge von Aussenstehenden waren umso weniger erwünscht, als vielerlei praktische Hindernisse deren Organisation erschwerten.<sup>33</sup> Man kann es sich nicht versagen, diese Feststellung mit einem Briefwechsel zwischen zwei jungen Deutschschweizern aus der Pfadfinderbewegung zu vergleichen: Einer der beiden, damals Rekrut, erklärte sich Ende März 1940 zugleich begeistert und enttäuscht von der Armee, auch geängstigt durch die kommende Feuertaufe, wo er zweifellos fliehen würde mitsamt seinen Kameraden. Was nützte also die Armee? Eine Sache des Alters und der Qualität des Kommandos, antwortete ihm ein anderer, der dieselbe Verstörung erlebt hatte. Dieses aus dem Leben gegriffene Zeugnis verrät auf seine Weise das Bedürfnis nach einer psychologischen Schulung... wie auch de-

ren Ablehnung, denn der junge Soldat verweigerte jegliche politische Überlegung und jegliche Diskussion: Dies war Aufgabe des Hinterlandes. Offensichtlich hatten weder H&H noch die Mehrzahl der für die Ausbildung Verantwortlichen bis jetzt eine gültige Formel gefunden.<sup>34</sup>

Im materiellen Bereich hatten die Ausgleichskassen die dauerhaftesten und tiefsten Wirkungen. Die Erinnerung an die Krise und die Arbeitslosigkeit, das Grauen vor Unruhen, die jene von 1918 noch übertreffen könnten, die Angst vor dem damit verbundenen Bolschewismus, eine geschärfte Wahrnehmung der nationalen Solidarität und der sozialen Ungleichheiten veranlassten die Staatsorgane, den Familien der Soldaten eine Zulage auszurichten als Ersatz für das entgangene Salär. Diese Ausgleichskassen waren durch Beschluss vom 20. Dezember 1939 auf die Solidarität der Sozialpartner, der Steuerzahler und der Nichtaufgebotenen gegründet worden und finanzierten sich aus drei Quellen: je 2 Lohnprozente von Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie 4% durch die Behörden.<sup>35</sup> Ein wichtiges Element der sozialen Sicherheit war auf diese Weise zustande gekommen und ersetzte die private Wohltätigkeit oder die staatliche Fürsorge. Die Selbständigerwerbenden hatten keinen Anspruch vor dem Juli 1940, was unweigerlich Beschwerden hervorrief. Dennoch kann diese Neuerung ohne Weiteres und für die ganze Kriegsdauer als Hauptgrund betrachtet werden für den sozialen Frieden allgemein und im engeren Sinne für die Moral der aufgebotenen Truppen und ihrer Familien.

Was hingegen die Angst der Mobilisierten vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes betrifft, konnte die Armee nicht viel anderes tun, als die Arbeitslosen als Freiwillige wieder aufzubieten oder von Fall zu Fall mit den Arbeitgebern zu verhandeln. Wenn der Feldprediger des Grenzregiments 48 dieses schmerzliche Problem aufwirft, erinnert er bezeichnenderweise an die sozialen Unruhen von 1918 und zitiert den verbreiteten Witz: «*Wissen Sie, von wem Herr General Guisan abgelöst wird? – Vom General Streik.*»<sup>36</sup> Wenn die einen um ihren Arbeitsplatz bangen mussten, so übten andere Aufgaben aus, die für die Wirtschaft des Landes unerlässlich waren; ihre Abwesenheit gefährdete bedeutende Unternehmen oder Sektoren, die für die Schaffung von Arbeitsplätzen entscheidend waren. Zehntausend Dienstbefreiungen hätten genügt, um die Wirtschaft im Gleichgewicht zu halten. Man hatte kaum 3'000 vorgesehen.<sup>37</sup> Von Beginn weg sollten die Gesuche anschwellen, zu Recht oder zu Unrecht, sei es für Dispense oder für einfache Urlaube. Je länger die Untätigkeit sich hinzog, je stärker vervielfachten sich die Forderungen, begleitet von offenem oder verstecktem Druck auf die Behörden. In erster Linie wussten die Bauern ihre Hauptrolle geltend zu machen, um sich Urlaube zu verschaffen. Man konnte

nicht alle zufriedenstellen, umso mehr, als jeder fand, er habe dieselben Rechte wie die andern. Zur Verbitterung der Hintangestellten gesellte sich die Verärgerung der Einheitskommandanten, welche ihre Bestände schwinden sahen.

Hatte die Mobilisierung noch einen Sinn? Am 20. September bereits stellte Minger fest, dass die Armee ernsthaft geschwächt würde, wenn man allen Forderungen nachgäbe, und dass man um jeden Preis Härte anwenden müsse.<sup>38</sup> Konnte er in einem schlecht durchdachten System überhaupt Gehör finden? Die Dienstbefreiungen hingen vom Militärdepartement ab, die Urlaube hingegen von der Generaladjutantur, welche darüber hinaus auch solche Gesuche bewilligen konnte, die vom Einheitskommandanten abgelehnt worden waren, ohne diesem davon Mitteilung zu machen. Erst im Mai 1940 wurde sie für den ganzen Bereich zuständig, aber die Verbesserung konnte sich nicht unmittelbar auswirken, und bis zum Ende des Kriegs dauerten die Beschwerden von allen Seiten fort.

Obwohl unvermeidlich, verursachten die Urlaube dennoch verschiedene Schwierigkeiten, schon für die Nutzniesser, die sich beim Verlassen der mehr oder weniger geschlossenen Welt der Armee plötzlich in eine andere Wirklichkeit zurückversetzt sahen. Der Feldprediger der 3. Division musste auch finanzielle Vorkommnisse feststellen, die vielleicht kleinlich, aber schwer zu akzeptieren waren – der Sold wurde nicht vollständig ausbezahlt – ohne von der Verbitterung jener zu sprechen, die sich sagen lassen mussten, sie hätten ein Herrenleben im Dienst oder sie seien ja blöd, wenn sie sich nicht ebenso lange Urlaube verschafften wie andere.<sup>39</sup> Die Wiederanpassung an die Armee verlief auch nicht ganz mühelos bei der Rückkehr. All das war zweifellos nicht gerade schwerwiegend, nahm aber an Bedeutung zu, als die Moral ein wichtiger Gegenstand der Beunruhigung für die militärische Führung wurde.

Was die Stimmung anbelangt, so waren die Urlaube günstig für die Nutzniesser, bedrückten aber die Enttäuschten und die Offiziere. Wenn zum Beispiel mehr als die Hälfte des Bestandes abwesend war oder wenn sie darüber hinaus ihre Soldaten zur Landesausstellung führen mussten, waren sie versucht zu glauben, dass dem Lande keinerlei Gefahr mehr drohte und dass ihr Verbleiben unter den Waffen keinerlei Bedeutung mehr hatte.

### **Der Kampf gegen die Subversion**

Alle Bedingungen der Entmutigung konnten durch feindliche Machenschaften und Propaganda ausgenützt und verstärkt werden. Zwei Beschlüsse des Bundesrats er-

laubten es dem Generalstab, die erforderlichen Massnahmen zu ergreifen. Der erste vom 5. Dezember 1938 zielte auf «Handlungen gegen die öffentliche Ordnung» und verankerte «Massnahmen zum Schutz der Demokratie». Einzelpersonen und Gruppen konnten von jetzt an mit Bussen oder Gefängnis bestraft, Zeitungen eingestellt oder verboten werden; mehrere Fälle von Subversion wurden dabei erwähnt. Der zweite Beschluss, vom 4. Dezember 1939, betraf ausschliesslich die Armee und präziserte in seinem ersten Artikel: «Die kommunistische Propaganda unter jeglicher Form sowie jede Propaganda, die geeignet ist, die Unabhängigkeit des Landes zu gefährden oder welche die Veränderung der verfassungsmässigen Ordnung auf ungesetzlichem Wege bezweckt, ist in der Armee und gegenüber den Armeeangehörigen verboten.» Wie schon im ersten Beschluss waren die Kommunisten die einzigen namentlich erwähnten. In einem Befehl vom 8. Dezember verstärkte der General noch diesen Vorrang, wobei er allerdings einräumte, dass die Gefahr kommunistischen Wirkens in der Armee «im Augenblick nicht sehr gross scheint.»<sup>40</sup> Auf diesen Grundlagen wurde ein ganzer Apparat bereitgestellt, der auf dem Nachrichtendienst, der Armee- und Zivilpolizei, qualifizierten Offizieren auf Divisions- und Brigade-Ebene sowie auf Informanten in der Truppe beruhte. Beauftragt, die militanten Gegner der Landesverteidigung aufzuspüren und zu vernichten, beobachteten sie hauptsächlich die Zeugen Jehovas und andere religiöse Sekten als Gegner des Militärdienstes, die man aufgrund ihrer Harmlosigkeit hier vernachlässigen kann, sowie die deutschen Agenten und die Kommunisten.

Die Betonung der Kommunisten erklärt sich wahrscheinlich mehr aus ideologischen denn aussenpolitischen Gründen. «Es handelt sich darum zu wissen, ob wir jetzt der immer grösseren Gefahr des Kommunismus und allenfalls Nazismus begegnen wollen.»<sup>41</sup> Für den Überwachungsoffizier der 1. Division, der diese Worte schrieb, war das Gespenst des Bolschewismus zweifellos nicht weit. Aber in den Truppen der Romandie musste der deutsche und Nazi-Einfluss eine sehr viel fernere Gefahr darstellen als die extreme Linke, die einen ihrer Stützpunkte in Genf besass, von wo die Ansteckung die Armee erreichen konnte, beispielsweise durch die Männer auf Urlaub. Dies bedeutet nicht, dass anderwärts das nationalsozialistische Wirken unterschätzt worden wäre: Es herrschte keine Einstimmigkeit. Die Sozialisten jedenfalls zögerten nicht. Als Beweis möge eine Sitzung der Vollmachtenkommission des Ständerats dienen, wo die meisten energische Massnahmen gegen die Kommunisten verlangten bis zum Verbot der Partei, während es sich doch nur um die Armee handelte. Als Kontrast zu dieser Raserei, vor allem seitens der zwei Romands,

beharrte der Zürcher Sozialist Klöti auf den Frontisten, die unendlich gefährlicher seien und bis ins höhere Armeekader reichten.<sup>42</sup> Diese Meinung wurde auch von Generalstabsoffizieren wie Oberst Zumbrunn geteilt, dem Chef der Polizeiabteilung: «Nicht nur Kommunisten sind am Werk, es gibt auch die Rechtsextremisten. Die Gefahr, die von dieser Seite droht, ist nicht geringer. Auch von dieser Seite wird unsere Demokratie bedroht und lächerlich gemacht.»<sup>43</sup>

Der Kampf gegen die Kommunisten wurde allenfalls erleichtert durch den Geldmangel und die geringe Zahl der linksextremen Zentren. Der deutsche Einfluss gebrauchte eine Vielzahl von Kanälen, welche die Aufmerksamkeit eher auf sich zogen als die Wühlarbeit in der Armee: diplomatische Druckversuche und Zwischenfälle, wiederholte Pressekampagnen seit Ende 1939, Organisation der Deutschen in der Schweiz etc.

Während des Winters zielte die Überwachung hauptsächlich auf die nazifreundlichen Offiziere und Soldaten sowie auf den Ursprung der kommunistischen Propaganda in der Armee. In diesem Rahmen machte die Polizei eine Razzia in der Genossenschaftsdruckerei von Basel, wo sie achtzehn subversive Broschüren entdeckte, worunter eine einzige von Julius Humbert-Droz, auf französisch. Sie hatten es nicht unbedingt auf die Armee abgesehen. Ein besonders für die Soldaten bestimmtes Dokument, das übrigens nur in wenigen Exemplaren verteilt worden war, stammte angeblich aus der IV. Internationalen, was vermutlich zutrifft; aber seine Argumente und seine klassische Technik gleichen bis auf wenige Abstufungen jenen der Kommunistischen Partei und sind nicht ohne Interesse: Am Ausgangspunkt der Überlegungen wird «unsere» Armee als Instrument der herrschenden Klasse dargestellt, wo die Masse der Soldaten ihr Leben opfern muss, um die Ausbeutung zu sichern. Dies bedeutet für die gewöhnlichen Soldaten, die aus dem Proletariat hervorgehen, Drill, Demütigungen, Rechtlosigkeit, das Verbot jeglicher Gemeinschaftsaktion, die Aufmunterung zum Denunzieren, den kostspieligen Schwindel der Ausgleichskassen. Umgekehrt werden die Offiziere als Unfähige, Säufer, Rohlinge, Lebewänner, Frontisten (mit zum Teil namentlich erwähnten Beispielen als Untermauerung) etc. hingestellt. Nach der Anprangerung folgt der Aufruf zur Tat, in der Armee als solidarischer Kampf gegen die Offiziere, im Land zur Gründung einer neuen revolutionären Partei (was ein kommunistisches Traktat nicht verlangt hätte). Durch diese Aufzählung erfasst man sogleich die Schwachstellen des militärischen Systems, welche ausgenützt werden sollten, um es zu erschüttern.<sup>44</sup>

Beschlagnahme und Vernichtung dieser Schriften, ihre Autoren und Verteiler herausfinden, sie verfolgen, Postüberwachung, auffordern zur Korrektur miss-



bräuchlicher Befehle und Verhaltensweisen der Offiziere – das waren die Aufgaben der Polizeikräfte. Schwierige Aufgaben: Seit dem deutsch-russischen Bündnis und im Anschluss an den Finnischen Krieg hatten Propaganda und Unterwanderung sich noch gesteigert, und zwar in der Bevölkerung wie in der Armee, aber hier gingen die Kommunisten mit der grössten Behutsamkeit vor, spielten die Mustersoldaten, während sie gleichzeitig ihr Wirken als Militante weiterführten. Sie sollten ihre Maske erst im Augenblick der revolutionären Krise fallen lassen.<sup>45</sup>

Beim jetzigen Stand der Forschung lassen sich solche Behauptungen schwer kontrollieren und die Zeugnisse dafür fehlen, doch die zitierten Dokumente und die ausführliche Zusammenfassung eines Vortrags des Kommunistenführers Hofmaier, der besonders zum Handeln innerhalb der Armee aufrief<sup>46</sup>, sind genaue und wertvolle Hinweise. Es scheint dagegen, dass diese ganze Aktion geringe Ausmasse erlangte, wenig Widerhall fand und abgebrochen wurde.

Diesen Eindruck hinterlässt der Fall einer Genfer Batterie, wo die Soldaten gegen ihren Willen «systematisch und wiederholt» die Zeitung *Le Travail* zugestellt erhielten. Der Kommandant machte seine Vorgesetzten am 8. März 1940 darauf aufmerksam: «Genf ist in diesem Fall das Zentrum einer zersetzenden und antimilitaristischen Propaganda bei den Truppen, die seit dem 2. September aufgeboden sind. Müde einer solch langen Dienstzeit, sind die Soldaten eine leichte Beute dieser sehr gefährlichen Propaganda.» Das Dossier landete auf dem Tisch des Generals mit einer Aufforderung an den Oberstkorpskommandanten Lardelli, unverzüglich und energisch zu handeln. Die APF ihrerseits hatte es bis jetzt nicht für nötig gehalten, die beanstandete Zeitung zu verbieten.<sup>47</sup>

Das Wirken der Nationalsozialisten wurde deswegen keineswegs vernachlässigt, auch wenn es in den Berichten der Militärpolizei weniger Platz beansprucht. Die Sicherheitsdienste verfehlten nicht, jene Kader in verantwortungsvollen Posten zu überwachen und anzuzeigen, die sie für gefährlich hielten und die sie aus der Armee entfernt haben wollten. Der Generalstabschef teilte ihre Besorgnis. Im April zum Beispiel äusserte er seine Furcht, Offiziere als Landesverräter zu sehen. Auf der einen Seite empörte sich die öffentliche Meinung, vor allem auf der Linken, über krasse Fälle, auf der andern erleichterte die Anwesenheit nicht assimilierbarer Elemente (Eingebürgerte, Söhne deutscher Frauen, in Deutschland aufgewachsene Schweizer) die frontistische Unterwanderung und die Verbreitung der Ideen der Nazis.<sup>48</sup>

Auch hier ist die tatsächliche Wirksamkeit dieses Eindringens schwierig zu ermassen; aber Affären wie jene des Obersten Däniker oder die Verurteilung von

Spionen und Verrätern rechtfertigten die Befürchtungen der Sicherheitsdienste, ohne auch nur von jenen zu sprechen, die zur Disposition gestellt oder noch diskreter, versetzt wurden, noch den Verrat militärischer Geheimnisse zu erwähnen, der erst nach dem Krieg bekannt wurde und deren Urheber nie entdeckt wurden. Um bei den ins Auge springenden Fällen zu bleiben, welche die Unterwanderung, nicht den Verrat aufdecken, der unsere Absicht nicht berührt, aber damit verbunden sein kann, so findet man solche in einem Protokoll einer Polizeikonferenz vom 6. April 1940, wo Oberst Zumbrunn eine Affäre aufdeckt von Propaganda, Eingliederung von Soldaten, und von heimlichen Zusammenkünften in einer von den Urhebern gekauften Skihütte. Im vorliegenden Fall war der ranghöchste der drei Militärs, von denen man die Namen kennt, ein Korporal. Aber gesamthaft fürchtete man die national-sozialistische Infiltration vor allem auf Offiziersebene. Köcher und die Abwehr bestätigen diesen Vorrang und stellen fest, dass man auf die deutschen Siege verschieden reagiere und dass die Schweizer Offiziere die Wirklichkeit und die tatsächlichen Kräfteverhältnisse besser verstünden. Der Generalstab solle nicht antideutsch sein, laut den Zusammenfassungen des Oberkommandos der Wehrmacht, während doch in der Armee die schmutzigsten Beleidigungen gegen den Führer umgingen.<sup>49</sup>

Ein Schriftstück von Oberst Zumbrunn verdient zitiert zu werden, weil es aus einem konkreten Fall klar die für die Nazi-Infiltration verwendeten Argumente sowie die polizeiliche Einschätzung der Gefahr zusammenfasst: Dies ist «was im Kopf gewisser Offiziere vorgeht. Ich überlasse es Ihnen zu beurteilen, ob man darin nicht eine Auffassung erkennt, die jener der Kommunisten entspricht: «Unter uns gesagt, die Deutschschweiz gehört wahrhaftig zum Deutschen Reich. Ich habe bei Gelegenheit Kontakte mit einem deutschen Offizier i.Gst. Das Schweizer Volk ist verweichlicht; auch wenn es im Ausland noch eine gewisse Wertschätzung genießt, verdankt es dies einzig seiner Geschichte. In zwei oder drei Jahren wird Europa faschistisch oder nationalsozialistisch sein. Es handelt sich nicht darum zu wissen, ob die Demokratien ein Existenzrecht haben oder nicht, sondern einfach darum, dass sie keine Bedeutung mehr haben werden neben dem Deutsch-Russischen Block. Was ist übrigens die Schweiz? Sie haben einen Begriff von der Nation! Aber die Schweizer bilden keine Nation! Eine bewaffnete Verteidigung der Schweiz kommt überhaupt nicht in Frage! Technisch ist das schlicht unmöglich. Wir können die Besetzung der Schweiz nicht verhindern. Wir können höchstens den Heldentod sterben innert acht Tagen. Sie werden bald ein ebenso überzeugter National-Sozialist sein wie ich.»<sup>50</sup> Die Drohung, die Zurschaustellung der Kraft, das ist eine Sprache, die

vollkommen verschieden ist von jener der Kommunisten, welche übrigens später die Tonart wechseln sollten anlässlich der grossen sowjetischen Siege im Osten. Das Übergewicht, wenn nicht die Ausschliesslichkeit, mit der sie ihren Einfluss auf die Deutschschweizer ausübten, haben ebenfalls nichts gemein mit dem Wirken der Kommunisten. Die Tatsache bleibt, dass die zwei Verbündeten – daher vielleicht die Randbemerkung von Zumbrunn – jeder von seiner Seite aus die Armee zu destabilisieren suchten. Aber ihre Ziele in dieser *politischen Auflösung* waren ebenfalls verschieden.<sup>51</sup>

Darum waren, vielleicht in unterschiedlicher Masse, die «Extremisten» aller Art, Frontisten, Kommunisten, antimilitaristische Sektierer – Gegenstand der Fürsorge der zuständigen Dienststellen in- und ausserhalb der Armee. Einmal erkannt, wurden sie fichiert, überwacht sogar nachdem sie die Uniform abgelegt hatten, ihre Korrespondenz durfte kontrolliert werden etc.

### Die Friedenspsychose in der Armee

Durch die Ausgleichskassen, durch interessante oder nützliche militärische Tätigkeiten, durch die Errichtung von H&H auf der einen, den Kampf gegen die Subversion auf der andern Seite, hatten Armee und politische Behörden gezeigt, dass sie die psychologischen und sozialen Gefahren erfasst hatten, welche die Mobilmachung mit sich brachte.

Um in der Sprache der Zeit zu bleiben, könnte man in der Psychologie der Truppe eine aktive und eine passive Moral unterscheiden. Die erste ist unbeständig, den Umständen des Alltags unterworfen, der Qualität der Küche oder des Kommandos. Die zweite ist beständig, uneingeschränkt, weil sie in die Persönlichkeit der Menschen integriert ist.<sup>52</sup> Mit der Organisation der Freizeit konnte H&H hoffen, die Oberflächen-Spannung zu erhöhen; durch ihre Vorträge und die «nationale Erneuerung» mittels der Mobilmachung, welche «eine grossartige Gelegenheit, unser Volk umzuwandeln, werden kann» – das Wesen des Menschen selbst war in seiner Tiefe angepeilt.<sup>53</sup> Von diesem Blickwinkel her können die Feuerprobe und die Gefahr die «Strohmorel» anregen.<sup>54</sup> Das Warten wird sie bestimmt untergraben. Deshalb sollten zwischen den Hochdruckmomenten vom September 1939 und April-Mai 1940 die Zeiten gedrückter Stimmung nicht fehlen.

So verspürte man im Oktober eine gewisse Friedenspsychose, die zweifellos mit dem Stagnieren der Operationen in Europa sowie mit der Reaktion zu tun

hatte, welche auf die Mobilmachung folgte. Die Gefahr schien vorüber, sogar für Offiziere. Das Material für die Befestigungen fehlte, die Bestände waren manchmal bis um 50% verkleinert infolge der Urlaube, die Einheiten wurden an die Landesausstellung geschickt – all dies waren Anzeichen des Friedens, welche das Ende der Spannungen und Drohungen erwarten liessen. Man kann deshalb die Beobachtung eines deutschen Agenten vollkommen gelten lassen, wonach der einfache Soldat je länger je weniger den Sinn eines andauernden Waffendienstes verstand, der für ihn überdies mit einer schwierigen wirtschaftlichen Lage verknüpft war. Um dieser Geistesverfassung abzuhelfen und die Wachsamkeit wieder zu erhöhen, erliess der General am 26. Oktober einen Armeebefehl, der die Energien anregen sollte.<sup>55</sup>

Der russisch-finnische Krieg erweckte ab Ende November den Mut, und noch im Februar 1940 beglückwünschte man sich in den Einheitsrapporten zum guten Allgemeinzustand der Moral.<sup>56</sup> Im März dagegen lauteten die Berichte rundum pessimistisch. *Dienstmüdigkeit* herrschte. In der 4. Division, welche darüber Buch führte, nahmen die Strafen zu. Gründe dafür mochten die finnische Niederlage sein, die offensichtliche Nutzlosigkeit des Drills und eines Dienstes, in dem der Formalismus noch zuviel Platz beanspruchte, oder noch einfacher die Frühjahrs müdigkeit. Alle Kommandanten der Armeeeinheiten gaben bequemerweise den Zivilisten die Schuld daran, welche die äusseren Gefahren vor allem in Industriellenkreisen nicht sehen wollten: Wozu, fand man dort, so grosse Truppenbestände aufrechterhalten? Die extreme Linke würde die Lage dazu benutzen, die Bevölkerung zu bearbeiten.<sup>57</sup> Im April änderte sich die Lage erneut, aber die «*drôle de guerre*» endete mit den Operationen in Skandinavien, und damit begann die nachfolgende Phase.

Bis zum Frühjahr 1940 fand sich die Schweiz in der strategischen Lage von 1914-1918 wieder, wo die blossen «Zufälligkeiten des deutschfranzösischen Zweikampfes» den Frieden bedrohen konnten<sup>58</sup>, wobei vorausgesetzt wurde, dass im Falle eines Angriffs durch den einen Kriegführenden der andere uns zu Hilfe eilen würde. Die berühmten Geheimabsprachen mit der französischen Armee gehen auf diese Hypothese zurück. Auf der psychologischen Ebene konnte diese beruhigende Aussicht umso eher von jeder Tätigkeit entbinden, als der alliierte Sieg weniger zweifelhaft war, und man nach dem französischen Vorbild vermeiden musste, den empfindlichen deutschen Nachbarn durch ungestümes Betragen zu ärgern.

Die Pläne zur Steuerung der öffentlichen Meinung, zur Lenkung der Presse, die wir im letzten Kapitel erwähnt haben, gleichen intellektuellen Spielen. Die Stimmung war ungünstig für solche Unternehmungen, die Hindernisse waren zu

zahlreich und zu mächtig, der Halbfriede, wie man die «drôle de guerre» optimistisch bezeichnete, rechtfertigte weder kühne noch neuartige Unternehmungen in einem Westen, wo die Gewohnheiten der Zwischenkriegszeit fortlebten. Abgesehen von der Zensur wurde die Formung der öffentlichen Einstellung von der Staatsgewalt dem Zufall der Privatinitiativen überlassen. Zu Unrecht? Zweifellos nein nach Zbinden, für den diese Kriegsphase eben durch ein kräftiges nationales Selbstbewusstsein in der Bevölkerung charakterisiert wird. Um dagegen die Unterscheidungen von de Reynold wieder aufzunehmen: Das Land war gut verwaltet, aber schlecht regiert.<sup>59</sup> Dem Fundament fehlte die Festigkeit, und so konnten die gute allgemeine Disziplin und das Vertrauen in die Behörden Illusionen wecken über die Verinnerlichung der Geistigen Landesverteidigung und der Überzeugung vom Wert der Institutionen. Diese waren zwar noch nicht bedroht, und man konnte sich der beruhigenden Annahme eines langen und materiell vorteilhaften Friedens hingeben, zum Preis einiger Nachteile und im Schutz der französischen Bajonette.

Die Reaktionen der Bevölkerung auf die Heimsuchungen von Mai 1940 bis Winter 1940-1941 könnten dazu verleiten, eine zuversichtliche Antwort auf diese Fragen zu geben, wie es Zbinden getan hat, aber ohne übertriebene Illusionen. Der von der «drôle de guerre» gewährte Aufschub hatte keine grössere Richtungsänderung in der Stimmung des Landes gebracht, ausser durch die Zensur oder durch den Kampf gegen angeblich gefährliche Propaganda. Mehr zu wollen hätte vielleicht nachteilige Wirkungen gezeitigt. Man sollte sich auch nicht fixieren auf die Unterscheidungen von de Reynold oder auf die Spaltung, welche die zwei Arten der Moral trennt: Die Ausgleichskassen sind zweifellos die materielle Verwirklichung einer vernünftigen, um das Wohl der Soldatenfamilien besorgten Verwaltung. Sie sind aber auch ein politischer Akt der Solidarität, den man zu benützen wusste, um die nationale Einheit und den Glauben an die Institutionen zu verstärken.

Die in der Armee gemachten Erfahrungen zeigen, wie schwierig es war, die Beeinflussung der öffentlichen Meinung sehr weit zu treiben. Die Einrichtung von H&H war wichtig, vielleicht entscheidend, aber für später. Dieser Dienst der Adjutantur konnte nur die leichtere Hälfte seines Auftrages erfüllen, nämlich zerstreuen; aber er wusste auch Lehren zu ziehen aus seinem Scheitern und zu verstehen, dass ein wirkliches Bedürfnis für ein Wirken in die Tiefe existierte: Es galt nur den richtigen Weg zu finden. Die vielleicht banale, aber wirksame Lektion bestand in der Einsicht, dass der Mobilisierte nur auf einen anderen Mobilisierten hört, womöglich einen ihm nahestehenden<sup>60</sup>, und dass die ganze psychologische Tätigkeit

auf Militärs beruhen musste, mit oder ohne Grad, aber sorgfältig ausgebildet. Mit dem gleichen gesunden Menschenverstand und demselben Pragmatismus folgerte General Guisan, dass die Moral der Truppen von der Arbeit abhängig war, die sie zu verrichten hatten und vom Interesse, das sie daran finden konnten.<sup>61</sup>

Im Kampf gegen das stumpfsinnige Warten konnte man zum Schluss kommen, dass in einer sozusagen normalen Situation die Zeit nicht gegen die Moral der Bevölkerung arbeitet. Jede direkte Massnahme hätte sehr diskret sein müssen, um nicht das Gegenteil zu bewirken. Die Armee ihrerseits auferlegte ihrem Personal durchaus abnormale Bedingungen, wenn man sie mit jenen der Wiederholungskurse vergleicht. Die Rückstände hatten sich auf manchem Gebiet angehäuft, und auf dem psychologischen Feld insbesondere drängte sich eine Tat auf: Die Zeit arbeitet für jene, die arbeiten. Dieser mittelmässige Gemeinplatz ist kein Merkmal einer überwältigenden Strategie, aber hatten es alle Generalstäbe Europas begriffen?

## Kapitel III

# Die französische Niederlage und die moralische Krise

(April-August 1940)

## Der Schock der deutschen Siege

Der Monat April 1940 eröffnete eine Zeit psychologischer Spannung, die dem Westen einen ganz andern Sinn verlieh als bisher: Die Gefahr näherte sich genügend, um die Energien herauszufordern, aber doch nicht genug, um schon vor dem Angriff im Westen Schrecken zu verbreiten, was erlaubte, eine Art Vertrauenskapital zu äufnen.

Am 9. April griffen die deutschen Truppen in Dänemark und Norwegen an. Die Verletzung der Neutralität zweier Staaten, welche gegen den Eindringling militärisch machtlos waren, berührte das Schweizer Volk viel unmittelbarer als der polnische Krieg. Auch zwangen die verwendeten Methoden zum Nachdenken: entmutigende Propaganda, fünfte Kolonne, Verrat auf allen Ebenen enthüllten die neue Kriegstechnik, die geeignet war, Schrecken oder Empörung zu verbreiten.

In der Armee künden die wenigen verfügbaren Informationen eine Verbesserung der Moral seit der Invasion Norwegens an und einen Fortschritt im Verteidigungswillen.<sup>1</sup> Ohne verallgemeinern zu wollen, scheint das aus dem Leben gegriffene Zeugnis eines jungen Soldaten interessant als direktes oder indirektes Ergebnis der Propaganda und der Fehlinformation, der Antwort der Behörden und der Presse darauf oder ganz einfach als Ausdruck eines allgemeinen Klimas der Verunsicherung, hervorgerufen durch die Natur der militärischen Operationen: Unempfänglich für das deutsche Motiv – das ihm bekannt ist – der «Hilfsaktion zugunsten bedrohter Völker», erklärt sich der junge Soldat bereit, das Land zu verteidigen, widmet aber den grösseren Teil seiner Epistel der Gefahr von Verrätern, Spionen Doppelbürgern, Frontisten oder *Papierschweizern*, welche Schlüsselpositionen in der Armee oder in der zivilen Verwaltung innehaben. Sollte man ihnen gehorchen im ent-

scheidenden Augenblick? Waren Verrätereien wie in Norwegen unmöglich in der Schweiz? «Wir hören und staunen, und wir glauben gerne: Das würde bei uns nie vorkommen; unser Volk ist alles andere als deutschfreundlich, und wer immer so etwas unternehmen wollte, würde umgebracht. Ich bin nicht so zuversichtlich ... – Wo beginnt die Befehlsverweigerung und wo fängt der Kampf gegen den Verrat an? ... Wir müssen wachsam sein, ohne dem Misstrauen nachzugeben ... Auch wir haben unsere Quislinge und Seiss-Inquarts, denen man den Gehorsam verweigern muss.»<sup>2</sup>

Gefährliche Fragen für eine Armee, die sich zum Kampf rüstet, und für eine Bevölkerung, welche im Voraus weiss, welche Kriegsmethoden ihrer warten! Insofern sie viele Menschen bedrücken, begreift man das Misstrauen, das sich rasch verbreitet, wenn die militärischen oder zivilen Behörden schweigen oder die von ihnen erwartete Entschlossenheit nicht klar genug bestätigen. Deutschland verstand es ausgezeichnet, solche Situationen auszunützen.

Wie als Antwort auf die Fragen unseres Soldaten musste der Chef des Generalstabs einen Bericht vom 9. April ernst nehmen, welcher die entmutigende Atmosphäre anprangert, die unter Offizieren des Generalstabs herrschte und die man in der 7. Division wiederfand: Deutschland könnte unversehens angreifen, die Grenztruppen in weniger als 24 Stunden über den Haufen werfen und ins Innere des schweizerischen Territoriums vordringen. Wie der Generalstabschef kann man diese Meinung der deutschen Propaganda anlasten, welche damals im vornherein die Nutzlosigkeit jeglichen Widerstandes zu beweisen suchte, indem sie ihre Filme und ihre Artikel über die Schrecken des polnischen Krieges und über die unwiderstehliche Stärke der Wehrmacht verbreitete.<sup>3</sup> Die nüchterne Einschätzung der Machtverhältnisse und der Methoden des Blitzkriegs hatte zweifellos die Anfälligkeit für die Propaganda erhöht. Es war für den unwissenden Soldaten leichter zu hoffen als für den wohlinformierten Techniker.

In einem der weiter oben erwähnten Berichte, welche die allgemeine Verbesserung der Moral anzeigen, fragte sich Allgöwer in der APF, ob der Pegel nicht noch weiter fallen würde als im März, wenn einmal wieder Ruhe in Norwegen einkehren würde ... Die Offensive im Westen, welche am 10. Mai mit dem Angriff auf drei neutrale Länder begann, lieferte ihm einen Beweis des Gegenteils: Der zusammenfassende Monatsbericht zum Zustand der Armee stellte tatsächlich fest, dass die Moral standgehalten hatte, auch wenn die Reaktionen je nach Einheit unterschiedlich ausgefallen waren. Das Pflichtgefühl war unversehrt, obwohl der Erfolg der neuen technischen Mittel der Deutschen einige Zweifel über unsere Widerstandsmöglichkeiten geweckt hatte.<sup>4</sup>



## Zur Stunde des deutschen Angriffs

Die ganze Armee wurde am 10. und 11. Mai aufgeboten. Mit 450'000 Mann erreichte sie den absoluten Höchststand des ganzen Krieges. Die allgemeine Mobilmachung hatte sich ohne Zwischenfall abgespielt, so sehr drängte sich deren Notwendigkeit jedermann auf. Die Friedensmentalität war verschwunden, und die Gesuche um Urlaub hatten aufgehört, da man ohnehin alle Bewilligungen aufgehoben hatte. Gleichzeitig verschwand bei den zurückgebliebenen. Uniformierten das Gefühl der Benachteiligung. Auch nahm die Arbeit Körper und Geist ganz in Anspruch: Festungsbau, Verschiebungen, alsbald die Aufnahme von Internierten liessen kaum Zeit zur Musse, ja nicht einmal zur Ausbildung. «Der betäubende Rhythmus der Ereignisse» verhinderte «jegliche trübselige Grübeleien.»<sup>5</sup>

Auf allen Stufen herrschte dagegen Beunruhigung und zuweilen Nervosität: Bei der Truppe liess das Grauen vor den Fallschirmjägern und der fünften Kolonne die Soldaten während der nächtlichen Verschiebungen überall verdächtige Lichter sehen oder gefährliche Individuen vermuten. Die Ereignisse in Holland oder Belgien hatten eine niederschmetternde Wirkung, auch wenn sie im Übrigen die Bedeutung der Grenzbesetzung klarer erkennbar machten. Insgesamt überwog die aufputschende Wirkung, aber die Beunruhigung, wenn nicht gar die Unsicherheit, war weiterhin berechtigt, wie Korpskommandant Wille in einem Rapport vom 31. Mai festhielt, der das Niveau der Moral ohne Umschweife zu den deutschen Erfolgen in Verbindung setzt. In seinem fachmännischen Urteil stellen die Ortswehren und andere schweizerische Improvisationen Massnahmen dar, die geeignet sind, eine nüchterne Bevölkerung zu beunruhigen, die sich nicht vom Schein trügen lässt.<sup>6</sup>

Auf der Ebene der Generalstäbe Hess die Anwesenheit der Armee von Leeb im Norden der Schweiz das Schlimmste befürchten. Man weiss heute, dass sie ein reines Täuschungsmanöver durchführte, das hauptsächlich gegen Frankreich gerichtet war, aber auch die Schweizer Armee in die Falle lockte: Scheinbar damit beauftragt, die Maginot-Linie durch unser Land und den Jura zu umgehen, sollten die Truppen, welche geschickt zwischen dem Bodensee und Basel aufgestellt waren, um gesehen und in Zahl und Stärke überschätzt zu werden, die Franzosen davon abhalten, ihre Front an diesem Punkt abzubauen, um ihre Armeen im Norden zu verstärken. Die bemerkenswert ausgeführte Täuschung war ein voller Erfolg und führte Franzosen wie Schweizer seit Ende Oktober 1939 zu wiederholten Malen an der Nase herum. Vor den Grenzeinheiten defilierten zum Beispiel mehrmals motorisierte

und andere Truppen, die sich gut sichtbar aufstellten, um sich zählen zu lassen. Die Forste des Schwarzwaldes begünstigten die Vorbereitung und Wiederholung solcher Bewegungen, deren Geheimnis den Nachrichtendiensten entging.<sup>7</sup>

Seit dem Monat April hatte die von Deutschland geschürte Spannung nicht aufgehört; die 5. Division, welche den bedrohten Sektor halten sollte, war dauernd unter Druck. Die Scheinoperation erreichte ihren Höhepunkt zwischen dem 10. und dem 15. Mai, zu Beginn der Offensive, um dann in den folgenden Tagen rasch abzunehmen, als ihre Aufgabe hinfällig geworden war. Der 14. und 15. Mai schienen die kritischsten Tage zu sein. Die Spannung erreichte die Spitze. Im Kanton Schaffhausen, wo sich Zivilisten und Militärs eingekreist fühlten, glaubte man gar an den Ausbruch des Krieges, da Schüsse krachten und ein Zug ohne anzuhalten in die Schweiz gebrast war.<sup>8</sup> Diese Zwischenfälle wurden auf ihren wirklichen Stellenwert zurückgeführt, bevor die von keiner wirklichen Gefahr bedrohten Ortskommandanten unwiderrufbare Entscheide treffen konnten.

Während dieser Zeit verloren gewisse Offiziere die Nerven. Manche sollen gar ihre Flucht vorbereitet haben, aber im Gesamten bewahrten die Einheiten in der von der Täuschung am direktesten betroffenen Zone ihre Ruhe.

Laut einem Gefreiten, der an den Rheinfall aufgeboten war, wankte die Moral nicht, trotz oder vielleicht dank dem während mehrerer Wochen verlängerten Alarmzustand auf höchster Stufe. Die paar Defätisten wurden durch die eigenen Kameraden wieder in den Senkel gestellt. Die Nervosität war da, aber nicht schwerwiegend. Die Befestigungsarbeiten beschäftigten die Männer und erhöhten das Vertrauen in dem Masse, wie sie die Verteidigungsmittel vervollkommneten. Ihre Entschlossenheit wurde auch von der Gewissheit genährt, dass die Alliierten standhalten würden. Das Gros der französischen Armee war intakt und würde einen Schirm vor Paris bilden, das britische Weltreich wäre immer noch da mit seinen Reserven etc.<sup>9</sup> Diese Illusion erklärt auch die grosse psychologische Krise, welche einige Wochen später das Land prägte.

Die Zivilbevölkerung ihrerseits gab häufig einer Nervosität nach, welche durch die Wogen falscher Gerüchte noch verstärkt wurde. In Schaffhausen, in Basel und in andern Orten, die in Reichweite der deutschen Kanonen lagen, trieb eine wahre Panik Mitte Mai zahlreiche Leute zur Flucht. Mehr als ein höherer Offizier ging mit dem Beispiel voran, indem er seinen Informationsvorsprung nutzte, um seine Familie zu bewegen, möglichst rasch einen Zufluchtsort im Innern der Schweiz aufzusuchen. Diese Bewegung nahm einen solchen Umfang an, dass der General am 21. Mai ein Rundschreiben an die direkt unterstellten Kommandanten erliess, in dem

er sie an ihre Pflichten erinnerte.<sup>10</sup> Mobilisierte jeden Grades hatten ebenfalls ihren Nächsten telefoniert, dass der Krieg am gleichen Tag beginne und dass man fliehen müsse.<sup>11</sup>

Die Wirkung der Flucht auf die Truppen war verschieden. Nie während des ganzen Krieges war die Kluft zwischen Mobilisierten und Zivilbevölkerung grösser. «Sind das die Leute, die wir verteidigen», sollten sich die einen fragen.<sup>12</sup> Andere, die in Basel standen, begannen zu staunen, dann zu lachen über den bunt zusammengewürfelten Zug der Fliehenden, aber nicht für lange ... Die Soldaten, die von ihren Familien am Telefon gefragt wurden, was zu tun sei, konnten deren Sorgen verstehen, waren aber nicht in der Lage, die panikartige Atmosphäre, in der sie lebten, zu erfassen: Schulschiessungen, abreisende Nachbarn, Auszug von Unternehmen, schreckenerregende Falschmeldungen wühlten jeden auf. Die Aufgebotenen fragten sich unter anderem, ob die Bevölkerung sie nicht hätte moralisch besser unterstützen sollen, anstatt sie zu verlassen, die sich nicht einfach entziehen konnten. Vor allem aber gab es unter den Zivilisten welche, die abreisen konnten, während die andern dableiben *mussten*. Also hatte es zwei Sorten Bürger. Die Schlussfolgerung eines Feldweibels endet mit folgenden Worten: «Ehrlich gesagt, hat das Verhalten der Zivilisten mehr als einen Soldaten, sagen wir, enttäuscht. Viele von uns fühlten sich innerlich eigenartig berührt, um dieses Gefühl nicht genauer zu umschreiben. Wir haben das Wanken der inneren Front deutlich wahrgenommen. Das hat uns nicht wenig beeindruckt. Es hat uns tüchtig überrascht. – Damit wir uns nicht missverstehen: Dies Zeilen enthalten keinen Vorwurf.»<sup>13</sup>

Dieser Schluss ist nicht ohne Interesse: Im Schutz der Disziplin und der Gehorsamspflicht verstehen diese Männer die Mentalität jener nicht, die in ihrer Verlassenheit eine Welt und ihre Stützen zusammenbrechen fühlen. Sie wissen nicht, wie sie jene beurteilen sollen, die sich in einer fremden und geschlossenen Welt bewegen, wo die Massstäbe, die man noch vor Kurzem gekannt hat, nicht mehr gelten.

Eine der Aufgaben, welche die Militäreinheiten in Beschlag nahm, war der Empfang der französischen Truppen, die sich in die Schweiz flüchteten, um der deutschen Einkreisung in den Tagen seit dem 19. Juni unmittelbar vor dem Waffenstillstand zu entgehen. Auch hier waren die Reaktionen gemischt: Mitleid, Schrecken, Furcht, aber auch der Stolz, eine materielle Ausrüstung von besserer Qualität zu besitzen und eine unvergleichlich höhere Disziplin und Haltung an den Tag zu legen. Was die Bevölkerung betrifft, so empfing sie diese Internierten wie Helden, unter Hasstiraden gegen die Deutschen, wenn auch bald angesteckt durch die Mutlosigkeit der Besiegten. Diese Seuche bedrohte auch die Truppe.<sup>14</sup>

## Die Moral in der Truppe und in der Bevölkerung heben

All diese Umstände machten die Moral zur Hauptsorge des Militärkaders und von H&H. Dies verkörperte sich in einem Armeebefehl vom 3. Juni, dem ein Kommentar zuhanden der Kommandanten der Armee-Einheiten beigelegt war. Im letzteren geht der General vom Grundsatz aus, dass «die Truppe den Wunsch und das Recht hat, auf dem laufenden gehalten zu werden über das, was vor sich geht». Es war an den Offizieren, der Truppe Auskunft über die Operationen und die politische Lage zu geben. Indem er die zwei grossen Fragen, die sich die Soldaten stellen mussten, miteinbezog, machte er es den Kommandanten zur Pflicht, in kurzen Unterhaltungen die *Notwendigkeit* und die *Möglichkeit* der Verteidigung zu unterstreichen: Die *Notwendigkeit*, weil eine fremde Besetzung die Lebensbedingungen tiefgreifend verändert und die Vorteile der Freiheit zerstört; die *Möglichkeit*, weil die Landesverteidigung auf Vorbereitungen, der Gestalt des Landes und einer beispielreichen Geschichte beruht. Der Armeebefehl liess sich von den gleichen Ideen leiten, mit etwas mehr Rhetorik, und widmete drei von fünf Weisungen der Zerstörung des Mythos der Flugzeuge, vor allem aber der Panzer und der Fallschirmjäger: Es handelte sich darum, möglichst rasch die Lehren aus den ausländischen Erfahrungen zu ziehen, und die Kämpfenden zu beruhigen, ohne die geringste Selbstgefälligkeit übrigens. Die belgische Armee hatte soeben kapituliert, das Ende der Operationen von Dünkirchen war in Sicht – die Schweizer Soldaten hatten Grund zu einem niederschmetternden Eindruck, und man musste ihnen wieder Mut einflössen. Der Befehl schliesst mit einer letzten Anweisung: «Wenn euch eure Lage einmal verzweifelt scheint und ihr keinen Ausweg mehr seht, dann denkt an die 1'500 Helden von Sankt Jakob an der Birs, deren Heldentod unser Vaterland gerettet und dem Schweizernamen unsterblichen Ruhm verliehen hat.»<sup>15</sup>

Zur gleichen Zeit empfahl ein Rundschreiben von H&H an die Einheitskommandanten, ihre Soldaten eine Radiosendung des Obersten i. Gst. Frick über diese Schlacht anhören zu lassen, um ihren Kampfgeist zu stärken.<sup>16</sup> Ein sonderbares Mittel, die Soldaten zum Kampf zu ermutigen, indem man eine Niederlage verherrlichte! Mit dem Armeebefehl an den Opfergeist als grossen Beweggrund zum Handeln zu appellieren, die Chancen eines Verteidigungs- oder Verzögerungskampfes zu rehabilitieren, entsprach da schon eher der herrschenden Denkweise und dem Sinn für militärische Tatsachen. Zweifellos machten sich nur wenige Illusionen. So etwa jene Männer der Grenzschutztruppen in La Chaux-de-Fonds, wo die Nachricht vom 1. Juni, dass ein Schweizer Jäger einen deutschen Bomber abgeschossen habe,

Begeisterung auslöste aber beinahe auf Unglauben stiess, so stark war das Ansehen der deutschen Luftwaffe geworden.<sup>17</sup> Wieviele gestanden sich diese innersten Überzeugungen ein? Wieviele wagten es, sich buchstäblich entwaffnenden Fragen zu stellen? Das ist wohl der Sinn dieser Bemerkungen von Max Frisch: «Das wusste man, dass die deutsche Wehrmacht nicht an unserer Grenze zu stoppen sein wird, das behauptete niemand, kein Leutnant und kein Hauptmann; insofern kamen wir uns illusionslos vor. Aber es würde gekämpft. Das bedurfte keiner Verlautbarungen; eine Selbstverständlichkeit, die sich aus der Schweizergeschichte ergab; Verlautbarungen solcher Art richteten sich nicht an uns, sondern an Hitler, falls er sich Illusionen machte. Wozu sonst unsere Übungen bei Tag und Nacht. Frankreich besetzt, plötzlich standen die Deutschen auch bei Genf. Aber es würde gekämpft. Von Rückschlag zu Rückschlag, bis die Berge uns schützen.»<sup>18</sup>

Auf Seiten der Bevölkerung war das einzige nachweisbare Gefühl im April 1940 eine Steigerung des Hasses auf die Deutschen. Ihr Einmarsch in friedliche Länder konnte kaum eine andere Wirkung zeitigen. So konnte die Wehrmacht Ende Monat feststellen, dass Informationen oder andere Schriften, die dem Reich freundlich gesinnt waren, in der Schweiz nicht mehr abgesetzt werden konnten. Quisling war der Prototyp des Verräters geworden; man witterte überall seine Nacheiferer, und man verdächtigte Spione in der deutschen Kolonie und sogar unter der Schweizer Uniform.<sup>19</sup>

Köcher wies am 12. April zwei aufeinanderfolgende Reaktionen nach, der Schreck zuerst, die Empörung darauf. Die antideutsche Verbissenheit, welche die Korrespondenzen ganz allgemein enthüllen, wird sowohl durch die Briefkontrolle von Frankfurt am 16. April wie durch Köcher der alliierten Propaganda zugeschrieben; so offensichtlich ist es, dass einem deutschen Funktionär eine kollektive Meinung nicht anders als organisiert und ferngesteuert erscheinen kann. Die «Instruktionen für nicht diensttuende Militärpersonen, betreffend ihr Verhalten im Falle eines Überraschungsangriffs», welche der General und der Bundesrat am 18. April erliesen, trugen zweifellos zu dieser Strömung bei: Sie riefen gewiss nicht dazu auf, das Reich anzuschuldigen oder die Gemüter zu erregen, aber sie bekräftigten den Widerstandswillen gegen jeglichen bewaffneten Angriff und kamen Täuschungsmanövern zuvor, indem sie im vornherein jeden Zweifel an der Entschlossenheit der Regierung und der Armee den Machenschaften der Propaganda zuschrieben.<sup>20</sup> Dies verhinderte nicht, dass die Bevölkerung einer gewissen Nervosität erlag, und ermutigte vielleicht dazu, denn diese Art Erklärung fordert sowohl die Beunruhigung wie die Entschlos-

senheit. In der Tat erlebte man eine Welle von Dollarkäufen, was die Nationalbank beinahe zur Einrichtung der Devisenkontrolle veranlasste.<sup>21</sup>

Die Presse hatte die Erlaubnis erhalten, ihre Trauer und ihre Verblüffung über die Verletzung der Grundsätze des internationalen Rechts auszudrücken. Im Sinne der eidgenössischen Richtlinien rühmte sie auch den Widerstandswillen. Es ist wahrscheinlich, dass manche Zeitungen nach dem Beispiel der *Neuen Zürcher Zeitung* damit eher Mut machen und Vertrauen einflössen als einen tatsächlichen Zustand feststellen wollten. Die Lehre aus der skandinavischen Tragödie war auch, dass man zur rechten Zeit bereit sein müsse. Wie J. von Sprecher in den *Schweizer Monatsheften* am 29. April schrieb, indem er an die drei Garantien unserer Verteidigung erinnerte, musste man die materielle Vorbereitung aufs Äusserste vorantreiben, gleichzeitig mit der geistigen, sowie die absolute Neutralität vertiefen.<sup>22</sup> In diesem Geist versteht man die volkstümliche Begeisterung, die den Armeetagen vom 4. und 5. Mai entgegengebracht wurde, und hinter den Kulissen die Vorschläge – vielleicht etwas zu spät – zur Aberkennung der schweizerischen Staatsbürgerschaft für jene, welche gegen die nationale Solidarität und die antideutschen Demonstrationen handelten. Die Nervosität forderte die Verbreitung falscher Gerüchte, dieser Alptraum der Generalstäbe, die ihre zerstörerischen Auswirkungen auf die Moral und die Kaltblütigkeit des Hinterlandes befürchteten.

Der Kampf gegen unwahre Äusserungen hatte noch nicht den späteren Organisationsgrad erreicht, auch hat sie die Armee weder aufgelistet noch untersucht. Sie waren aber sicher zahlreich, denn die Armee hielt es für notwendig, Mitte Mai die wirksame Pressekampagne vom Dezember 1939 neu aufzulegen: Acht Journalisten belieferten die Deutschschweizer und Westschweizer Blätter mit Artikeln, um jedes zum Kampf gegen Falschmeldungen anzustacheln, welche aus Prahlerei oder in schädigender Absicht aufgeblasen und weiterverbreitet wurden.<sup>23</sup> Ausserdem wurden gegen Ende Monat zwei Plakate ausgehängt, das eine illustrierte die Idee, dass Mauern Ohren haben, das zweite zeigte einen Soldaten mit einem Vorhängeschloss am Mund. Das erste zeitigte Wirkung, das zweite schlug fehl und wurde aufgegeben, indem es den Verlust der Redefreiheit gutzuheissen schien.<sup>24</sup> Zwei Massnahmen wurden getroffen, um die Befürchtungen abzuschwächen: Die Instruktionen vom 18. April schrieben vor, wie die einzelnen Offiziere und Soldaten sich vor der Rückkehr zu ihrer Einheit verhalten sollten, besonders im Hinblick auf die fünfte Kolonne. Gegen die falschen Gerüchte hielt das Papier fest: «Die vom Radio, durch Flugblätter oder jegliche andere Mittel verbreiteten Nachrichten, welche den Wider-

Standswillen des Bundesrates und des Armeekommandos in Zweifel ziehen, müssen als Lügen der gegnerischen Propaganda betrachtet werden.»<sup>25</sup> Diese Bestätigungen und Anweisungen gelangten zur Ehre einer Zusammenfassung im kurzen zweiwöchentlichen Überblick der Wehrmacht – zur Freude der Autoren, falls sie es erfahren hätten.

### Die beruhigende Wirkung der Ortswehren

Auf der anderen Seite erhielt der General am 7. Mai die Ermächtigung des Bundesrates zur Bildung von Ortswehren. Diese Initiative war seit dem Ende des vorigen Jahres vorbereitet und sollte die Armee von Aufgaben entlasten, die sie selber nicht erfüllen konnte, gleichzeitig aber den zivilen Widerstandsgruppen einen Militärstatus verleihen, der ihnen die Vorteile des Kriegsrechts gewährte.

Sie kanalisierte auch die Äusserungen des guten Willens, welche die Gefahr hervorrief. Dienstuntaugliche, ältere Soldaten, junge Leute strömten herbei bis zum Höchststand von 127 563 Mann im Januar 1941. Sie hatten keine klare Vorstellung von ihrer Aufgabe: Gefecht, Polizei, Wächter von Fabriken oder öffentlichen Gebäuden, Kampf gegen die fünfte Kolonne oder die Fallschirmjäger? Man wusste es nicht zu sehr, aber der Eifer machte das wett. Nur allmählich wurden die Aufträge genauer umschrieben, gleichzeitig mit dem Abklingen der ersten Begeisterung und mit der Entfernung der Gefahr. Die Aufstellung dieser zusammengewürfelten und mittelmässig bewaffneten Truppen hatte eine psychologische Wirkung ausserhalb der von der Armee gehaltenen Verteidigungslinien, sodass sich die Einwohner nicht mehr sich selbst überlassen fühlten, ausgeliefert den Fallschirmjägern, Saboteuren und andern unsichtbaren und deshalb beunruhigenden Feinden. Ihre Gefahr wurde von der Presse ohne Unterlass beschworen. Der Bundesrat hatte selber zur Anzeige verdächtiger Individuen verpflichtet.<sup>26</sup> Man hoffte, diese leichter überwältigen zu können als die regulären deutschen Truppen mit ihrer erdrückenden Überlegenheit. Besser also die Wachsamkeit auf sie lenken, indem man beruhigende Abwehrmittel organisierte und nutzte, welche die Bevölkerung selber vorschlug.

Auch auf die Mobilisierten hatten die Ortswehren eine ermutigende Wirkung: Ihre Familien wurden an Ort und Stelle geschützt. Später, mit dem Réduit, blieben die Ortswehren eines der wenigen Instrumente, welches den Kommandanten der Territorialzonen für diesen Schutz zwischen den Grenzwehren und dem Hauptstabs der Armee zur Verfügung stand.<sup>27</sup>

Diese Institution lief indes die gleiche Gefahr wie andere Notmassnahmen, nämlich stärker zu verunsichern, indem sie glauben machte, man müsse bereits Zuflucht zu Notlösungen nehmen. Das gleiche galt für den Tagesbefehl des Generals vom 11. Mai, der vor dem Gerücht einer Demission des Bundesrates warnte, oder von Zeitungsartikeln, welche zum Heldentum aufriefen.<sup>28</sup> Diese gegenläufigen Wirkungen rechtfertigten jedoch keineswegs das Schweigen der Monitoren der öffentlichen Meinung.

Die Presse entrüstete sich auch über die Verletzung der Menschenrechte und unterstrich den Widerspruch zwischen Hitlers besänftigenden Worten und seinen Taten. Selbst wenn sie über die Instruktionen der Zensur hinausging, hatte die Presse bald gelernt, sie mittels Kommentaren, Fragen oder Anspielungen zu umgehen, deren wahre Bedeutung die Leser mühelos verstanden.<sup>29</sup> Die mutigsten Redaktoren wiesen trotz Zensur die deutsche These vom Präventivschlag zurück und bemühten sich, den Widerstandsgeist aufzufrischen.

Die Vorsicht der dänischen Presse hatte die Invasion nicht verhindert, was die *Blutschuldthese* nicht eben bestätigte, und die Weigerung, zu kämpfen hatte ebenso wenig wie die Neutralität den Angriff abwenden können. Es ist daher charakteristisch, dass die *Neue Zürcher Zeitung* vom 19. April den Behörden zu den Anweisungen vom Vortag gratulierte, weil sie sich endlich vernehmen liessen.<sup>30</sup> Diese Weisungen sowie die Aufrufe von Guisan und von Pilet-Golaz vom 10. und 11. Mai verhinderten jedoch die Panik der folgenden Tage nicht.

### **Panik im Norden des Landes**

Die Kriegshandlungen in Frankreich und das deutsche Täuschungsmanöver bewirkten in der Tat den überstürzten Auszug einer Menge von Leuten, die in der Nähe der Rheingrenze wohnten. Allein in Basel zählte man 20'000-30'000 Fliehende zwischen dem 14. und dem 15. Mai.<sup>31</sup> Die wohlhabendsten türmten ihr Gepäck auf ihren Autos auf, die andern belagerten die Züge, um sich nach Süden abzusetzen. Dieser Auszug wurde von all jenen sehr schlecht aufgenommen, die der Bewegung nicht folgen konnten oder wollten und die in allen Bevölkerungsschichten zu finden waren. Die Ärmsten verziehen den Reicheren nicht so bald, dass sie viel leichter ausziehen konnten und sich oft schon einen Zufluchtsort im Wallis oder in den Voralpen der Waadt gesichert hatten. In den Zielregionen war die Herzlichkeit auch nicht eben überbordend. Man weiss das vom Berner Oberland, wo die Flüchtlinge mit grösstem



Misstrauen bedacht wurden, jenem des Bauern für den Städter, aber auch jenem des Armen für den Reichen und des Tugendhaften für den Sünder.<sup>32</sup>

Die Ereignisse erklären wohl diese Fluchtbewegungen, aber die militärischen und zivilen Behörden tragen ihren Teil Verantwortung dafür, umso mehr als sie nicht immer gleicher Auffassung waren. Es fehlte an Informationen, und es herrschte keine Klarheit über die Grenzen zwischen dem spontanen Aufbruch und dem einengenden Rahmen der Verwaltungs- oder Militärorgane.

Die Bevölkerung konnte sich auf die bundesrätliche Erlaubnis vom 30. Oktober berufen, ihren Wohnort aufzugeben und sich in einer andern Region niederzulassen. Die Abreise war ins freie Beheben des Einzelnen gestellt. Gewisse Kantone liessen das offiziell wissen, was einer Art Aufmunterung zur Abreise gleichkam. Die Anweisungen des Bundes sahen sogar vor, dass die Kantone den freiwilligen Auszug organisieren konnten, dass aber die Armee sich die Massenevakuierung vorbehielt, was allenfalls Verwirrung stiften konnte. In Basel und in einigen Städten von Basel-land, die bis zum Äussersten verteidigt werden sollten, taten sich Zivil- und Militärbehörden zusammen, um individuelle Abreisen zu unterstützen und jenen, welche die Mittel dazu besaßen, zu empfehlen, Notunterkünfte vorzusehen etc.: Je weniger Einwohner zur Stelle waren, desto weniger zusätzliche Sorgen hätten sich die Verteidiger zu machen. Im Falle einer Zwangsevakuierung wären es ebensoviele Leute, um die man sich nicht mehr zu kümmern brauchte.<sup>33</sup>

Anderwärts hatte die Armee Pläne, die nicht notwendigerweise mit jenen der Kantone übereinstimmten, welche vor allem an die Sicherheit ihrer Angehörigen dachten. Sie musste die Verschiebungen kanalisieren, auf ihre eigenen Bedürfnisse abstimmen und den Empfang durch die Territorialkommandanten organisieren. Am 21. Juli 1939 hatte die Armee die Zwangsevakuierung von etwa 33'000 Grenzbewohnern vorgesehen, welche allenfalls dem Artilleriefeuer der Festungen Sargans, Vallorbe, Brig etc. ausgesetzt gewesen wären. Die betroffenen Menschen sollten nach Möglichkeit zu Fuss ihre Sammelplätze mit 30 kg Gepäck erreichen. Das polnische Beispiel zwang zur Überholung der Pläne: Die Verteidigung war durch die Evakuierten behindert worden, und mangels Vorbereitung und Organisation waren viele Zivilisten getötet worden. Wenn man von einem deutschen Angriff ausging, war daher äusserste Genauigkeit in dieser heiklen Planung angezeigt. Nach dem Grundsatz, der dann vom Generalstab festgelegt wurde, sollten nur noch jene evakuiert werden, welche die Operation in der eigentlichen Feuerzone hemmten. Die andern sollten an Ort bleiben.<sup>34</sup>

Was konnte unter diesen Bedingungen im Kriegsfall noch übrig bleiben von der Bewegungsfreiheit, die der Bundesrat einmal jenen versprochen hatte, die spontan abreisen würden? Zudem hatten die Kantons- und Gemeindebehörden anscheinend bloss noch ausführende Funktion. Da sie für die Sicherheit ihrer Angehörigen verantwortlich waren, hatten sie nicht dieselben Prioritäten wie die Armee. Man sah dies gut in Zürich, wo Kanton und Hauptstadt die vollständige Evakuierung verlangten, während die Armee nur die Abreise Einzelner früh genug vor einem Ausbruch von Feindseligkeiten vorsah, um die Transporte rechtzeitig beendet zu haben. Am 1. März war noch keinerlei Übereinstimmung erzielt worden. Diese Uneinigkeit behinderte sämtliche militärischen oder zivilen Vorkehren zur Versorgung, Sicherheit, ärztlichen Behandlung etc.<sup>35</sup>

Wie auch immer, die Evakuationsdienste der Armee arbeiteten an ihrer Planung. Sie setzten die Abreise von 455'000 Personen voraus, 173'000 aus Zürich (Limmat-Stellung), 40'000 aus der Stadt Basel etc., aber an die 300'000 zusätzliche Evakuierte konnten noch vorgesehen werden, da der Kanton Zürich 200'000 zusätzliche verlangte, Basel Stadt 27'000 etc.

Transporte, Etappendienste, Empfang, medizinische Versorgung, Schicksal der Geisteskranken, der Zivilgefangenen, Bestandesaufnahme der Fahrzeuge, Notausbildung der Fahrer – all dies und noch viele andere Einzelheiten sollten von den Kommandanten der Territorialzonen vorgesehen werden. Ob das im Fall eines deutschen Angriffs funktioniert hätte? Manche zweifelten daran, wenigstens nachträglich, wie der Kommandant der Region Basel, der später zugeben musste, dass man sich über «die Schwierigkeit oder besser Unmöglichkeit der Operation» kaum im klaren gewesen war.<sup>36</sup> Man hatte zu sehr mit der Zeit gerechnet, ohne einzusehen, dass der Blitzkrieg, wie er in Polen geprobt wurde, weder vor noch nach einem Ultimatum einen Aufschub gewährte, um die Evakuierten gemächlich in angeblich sichere Zonen zu verbringen.

Der Auszug im Mai 1940 spielte sich jedenfalls am Rande der Vorkehrungen ab, da es sich nur um freiwillige Abreisen handelte, von denen viele zweifellos von den Flüchtlingen ursprünglich nicht vorgesehen waren. Der für den Kriegsfall vorbereitete Apparat musste nicht in Gang gesetzt werden. Dadurch wurde der anarchische Ablauf dieser spontanen Auswanderung noch besser sichtbar.

Rasche Massnahmen drängten sich auf. Seit dem 6. Juni stellte der Evakuationsdienst mit Blick auf die Erfahrungen in Holland und Belgien fest, dass das vorgesehene System nicht funktionieren könnte: Es würde die Armee stören, das Land in Auflösung versetzen und wäre schon durch den Blitzkrieg blockiert. Die Zivilisten wären sicherer zuhause. Dieser neue Grundsatz lief der bisher gültigen

Lehre zuwider und berücksichtigte auch die empfindliche Verkleinerung der Zufluchtzonen, wie sie der Kriegseintritt Italiens und die Besetzung der französischen Grenze mit sich brachten.<sup>37</sup> Die Aufgabe des Mittellandes – Basel wurde im Juli zur offenen Stadt erklärt – und die Konzentration des Widerstandes im Réduit stellten die Frage auf völlig neue Grundlagen. Der General und der Chef des Armeestabs veröffentlichten am Ende des Monats neue Weisungen: Einzig die Armee, aber nur im Kriegsfall, würde bestimmen, wer zu evakuieren sei, und sie würde sich auf die Kampfzonen beschränken. Die Armee würde vollständig für die Evakuierten sorgen. Der verantwortliche Dienst erhielt einen neuen Auftrag und hatte sich nur mehr darum zu kümmern, materielle Güter in Sicherheit zu bringen. In Friedenszeiten blieb die Bewegungsfreiheit garantiert, aber der Auszug erforderte nun eine Bewilligung des Empfangkantons, und die Automobilisten mussten sich zur Verfügung der Behörden halten, was sie ihrerseits am Entwischen hinderte.<sup>38</sup> Auf diese Weise hoffte man, die Wiederholung des Durcheinanders vom Mai zu vermeiden. Von jetzt an waren die natürlichen Zufluchtgebiete praktisch geschlossen. Nun, sie waren mehr oder weniger gleichbedeutend mit dem nationalen Réduit. Noch mehr als im Mai mussten sich die Einwohner der Grenzregionen verlassen vorkommen und jene des Mittellandes sahen im Allgemeinen ihr Schicksal sich verschlimmern. Ein neues Problem der Massenpsychologie tauchte somit auf, das nicht so bald auf befriedigende Weise gelöst wurde.

Die Faktoren, welche im Mai zur Panik führten, scheinen nach allem vielfältig zu sein: Der Blitzkrieg ist der offensichtlichste Grund mit seinen Begleiterscheinungen wie die Überfliegung von Schweizer Boden bei Basel oder Bombenabwürfe in Délémont. Aber auch der «Nervenkrieg», das deutsche Täuschungsmanöver, reichlich garniert mit der Verbreitung falscher Nachrichten und defätistischer Propaganda, die Warnungen politischer oder militärischer Behörden oder die Mahnungen in den Zeitungen, welche man ebenso gut als Enthüllungen dringlicher Gefahren auffassen konnte, die Unsicherheit der Evakuationsdienste – all dies schürte eine Furcht und eine Nervosität, die nur zu verständlich sind. Das Übermass an Spannung, das am 14. und 15. Mai erreicht wurde, erfasste sogar den Nachrichtendienst, der von der unmittelbar bevorstehenden Invasion überzeugt war.<sup>39</sup>

Die Abwesenheit der Geflüchteten dauerte nicht lange. Seit dem 20. Mai begannen sie zurückzukehren, aber ihr Ausreissen sorgte noch einige Wochen für Unruhe: Es erzeugte Verbitterung in den Schichten, die zurückgeblieben waren. Die äusserste Linke wie die Deutschfreundlichen verfehlten nicht, diese Abneigung ge-

gen die «Brieftaschenpatrioten» und die Offiziere, die sich vergessen hatten, auszu-beuten. Die Ende Monat verbreiteten offiziellen Erklärungen und die Aufforderungen, zuhause zu bleiben, wurden anscheinend verstanden.<sup>40</sup>

Nach dem Schock kehrte die Kaltblütigkeit wieder: Nichts geschah, und eine Art Niedergeschlagenheit folgte der übertriebenen Anspannung. In der Westschweiz erhielt sich die Hoffnung auf ein französisches Wunder umso eher, als man sich weniger bedroht fühlte als im Norden des Landes, wo eine oberflächliche Sorglosigkeit zurückgekommen schien.

Doch bereits lag die Frage «Was nützt es?» in der Luft, neben dem Willen zum Widerstand, und bis in die Vollmachtenkommission des Nationalrats erhoben sich Stimmen, welche die unverzügliche Entlassung der aufgebotenen Bauern verlangten.<sup>41</sup>

### Nach der Kapitulation Belgiens

Ein neuer Schock wurde durch die belgische Kapitulation vom 28. Mai erzeugt. Er wurde übrigens rasch gemildert durch die Entschlossenheit der Regierung Pierlot gegen ihren König und durch jene der Briten, deren Ansehen beträchtlich stieg: Die Verlangsamung der Kriegshandlungen wurde nun einer heldenhaften Versteifung des alliierten Widerstands zugeschrieben. Gewisse Historiker haben die französische Regierung kritisiert wegen ihrer ungerechten Beschimpfung Leopolds II. Jedenfalls war es gute Propaganda, indem die Schmach der Niederlage der Schwäche eines einzigen Mannes zugeschrieben werden konnte: Der Kampf ging weiter, und die Zuschauer beruhigten sich. Aber die Unruhe über die Kapitulationslösung und ihre entsprechende Anwendung auf die Schweiz blieb bestehen. Welche echten Chancen konnte sich der Durchhaltewille bei uns für die Zukunft ausrechnen? Die Psychologen der APF spürten in dieser Frage den Keim von Defätismus, den sie eine Woche früher in den «Wozu?» verneint hatten. Eine feine Abstufung, welche auf ihre Weise die Verschlechterung der Stimmungslage wiedergab, die von der scheinbaren Gemütsruhe verdeckt war. Nach APF-Auffassung hielt sich jedoch der Widerstandswille im grössten Teil der Bevölkerung mit ihrer gesunden Anhänglichkeit an die wahren nationalen Werte. Wenn man die überzeugten Faschisten beiseitelässt, waren bloss die Depressiven vom Defätismus angesteckt, die von der Demokratie Enttäuschten sowie die Opportunisten, welche aus wirtschaftlichen oder psychologischen Gründen bereits auf Deutschland setzten: Arbeiter, Unternehmer, Kleinbürger, Schuldenbauern. Zuhanden der erstem, welche in der Arbeiterpresse Seite an Seite

mit der entgegengesetzten Richtung zu Wort kamen, konnte die deutsche Propaganda den Begriff der Plutokratie ausbeuten.<sup>42</sup> Ehemalige Arbeitslose, entwurzelte oder enttäuschte Arbeiter konnten auf eine neue Gesellschaft hoffen, nach dem von Goebbels verkündeten Zusammenbruch der Geldmächte, wie auch Ingenieure, Architekten oder andere, die von den grossen technischen Errungenschaften fasziniert waren, welche das neue Europa ihnen verhies.

Indem er die Schweizer Bevölkerung von Zürich mit jener eines mittleren Zentrums wie Wädenswil verglich, gab E. Fueter von der APF interessante, offenbar hieb- und stichfeste Quoten bekannt: 6% in der ersten Stadt und 10% in der zweiten bildeten den soliden Grundstock an Leuten, die zu tatkräftiger Verteidigung entschlossen waren. 50% in beiden Orten teilten diesen Willen, wenn auch etwas passiver. 30% (20%) leichter zu beeindruckten oder wendiger, waren schon weniger sicher. Auf den Rest konnte man kaum zählen, selbst wenn er Gegner des Anschlusses ans Reich umfasste, den nur 1% der beiden Einwohnerschaften glühend herbeiwünschte.<sup>43</sup> Diese Statistik bezieht sich nur auf den Monat Mai. Sie beunruhigte nur durch den hohen Anteil an beeinflussbaren Leuten (oder schon beeinflussten), deren Verhalten im Kriegsfall eine Unbekannte blieb.

Nicht alle Schweizer stellten sich im Übrigen so viele Fragen: Ein Bericht über die Berner Oberländer zeigt Leute, die von den Arbeiten der Jahreszeit überlastet waren. Die Armee hatte ihnen Urlaub gewährt, verdiente also ihr Vertrauen, während die führenden politischen Kreise des Verrats verdächtigt wurden. Indem sie diese Haltung äusserst weit trieb, konnte eine landwirtschaftliche Linke, obwohl im Abnehmen begriffen, die Jungbauern beunruhigen, welche das Land nur um den Preis einer wirtschaftlichen und politischen Umgestaltung verteidigen würden. Ihr zweideutiger Wahlspruch war verräterisch: «*Nichts haben kann man nämlich auch in der Diktatur*». Im Gegensatz dazu erschienen die Kirchen als Säulen der Geschlossenheit, sie, die schon immer den «nazi-kommunistischen Nihilismus» angeprangert hatten. Ihr Einfluss war im Steigen begriffen zu einer Zeit, wo die Gotteshäuser sich füllten.

Der Augenblick war noch nicht gekommen, über den Wert der Demokratie zu diskutieren, obwohl man überall einen starken Erneuerungswind spürte. Ein dringlicheres Thema beanspruchte die Aufmerksamkeit, jenes der Neutralität, deren Auslegung einen unmittelbaren Einfluss auf die Ereignisse haben konnte. Im Monat Mai erreichte die *Blutschuldthese* ihren Höhepunkt und folglich auch die Spannung zwischen Presse und Armee. Oberst Masson verlangte die Vorzensur in der Überzeugung, dass man den Journalisten um jeden Preis einen Maulkorb anlegen sollte,

damit die Soldaten nicht mit ihrem Leben bezahlen müssten für die sprachlichen Masslosigkeiten der Schreiberlinge, welche die deutsche Vergeltung herausgefordert hätten. Die Redaktoren, die daran nicht glauben mochten, hielten dafür, genügend Verantwortungssinn zu haben, um Mass zu halten. Da die Regierung stärker als je an der Neutralität festhielt, verschärfen sich die Auflagen der Zensur ab Mitte Monat nach einer zeitweisen Milderung, denn man durfte die Deutschen auf keinen Fall verärgern: «Weil der Krieg in eine neue, unerwartete Phase getreten ist, wurde die öffentliche Meinung tiefbewegt und hat sich heftig geäußert. – Um gewissen Zwischenfällen zuvorzukommen, deren Auswirkungen eine gewisse Bedrohlichkeit hätten annehmen können, musste die Abteilung (APF) entgegen ihrer zuvor eingenommenen Haltung zum ersten Mal genaue Befehle erteilen und sich nicht länger mit einfachen Richtlinien begnügen, »natürlich auf Kosten der Pressefreiheit.<sup>44</sup> Für die Öffentlichkeit war dies umso schmerzlicher, als die Gefühle viel heftiger verletzt wurden und nach einem Ausdruck suchten.

### Widerstand oder Anpassung

Das Ende des Monats sah in der Presse vermehrt Überlegungen über die Stellung der Schweiz im Krieg und über die Neutralität. Man findet schon am 23. Mai einen Artikel in der *Neuen Zürcher Zeitung*, welcher den Rückzug auf sich selbst verlangt und das Heraushalten aus der internationalen Politik, weil die Forderungen der Realpolitik Vorrang gegenüber den weltanschaulichen Sympathien haben sollten; wie früher würde die Neutralität das Land retten. Diese Tendenz fand sich auch anderswo, ja sogar in der *National-Zeitung*, im Sinne einer vermehrten journalistischen, nationalen und volkstümlichen Disziplin<sup>45</sup>, welche im Einklang stand mit der Psychologie des künftigen Réduits, mit den Wünschen des Bundesrates und mit den Forderungen der deutschen Botschaft. Man kann darin also gleichzeitig den Keim zur Anpassung wie zum Widerstand finden, indem nämlich die beiden Haltungen nicht so harte Gegensätze darstellen wie man geglaubt hat und insofern die Regierung ihren Weg genau auf einer Mittellinie zwischen den beiden suchte. Ein Beobachter der APF fand dafür einen idealen Vertreter, nämlich die Landbevölkerung, die über die grosse Politik nicht so auf dem laufenden war, und meinte, «solange die Regierung und der General glauben, wir könnten neutral bleiben, besteht für uns keine wirkliche Gefahr.» Der Bezug auf die bäuerliche Welt hat sein Gewicht in der Psychologie des Augenblicks.

Die offizielle Haltung, welche die von der Presse geforderte Gesinnungsneutralität bis zum Äussersten trieb, war anderseits abtossend für die grössten Patrioten, in deren Augen sie den Kampfwillen zerstörte und allzusehr der von Hitler geübten Praxis entsprach, die Bürger moralisch im Voraus zu entwaffnen durch eine kaltschnäuzige allmähliche Einschnürung. Der Einmarsch in Dänemark, dem Musterknaben der Neutralität, bewies diesen Unnachgiebigen, wie sehr der Schutz illusorisch war, den diese Politik bot. Auch stellte sie moralisch den Angreifer auf dieselbe Ebene wie den Angegriffenen, den Schuldigen wie den Unschuldigen. Besonders bei den Jungen fand sie wenig Verständnis, während die Älteren die Notwendigkeit grosser Opfer, um den Frieden zu retten, eher einsahen ... wenigstens bis zum Fall Dänemark. Die späteren Ereignisse hatten ihre Überzeugung dennoch verstärkt; sie beruhte nun aber auf blossen Hoffnungen<sup>46</sup>, da die Tatsachen jene Gewissheiten zerstört hatten, die letztlich im Glauben an die Kraft des Völkerrechts wurzelten. Es galt um jeden Preis die Neutralität zu wahren, auch wenn man wusste, dass es nutzlos war. So zeichnet sich der Umriss jener Opposition ab zwischen den Befürwortern der Anpassung und den Anhängern des Widerstands, die sich in der Folge verschärfen und radikalisieren sollte. Es wäre besser, von einem Streit zwischen Realisten und Idealisten zu sprechen: Es gibt tatsächlich entschiedene Anhänger des Widerstandes, die sich verpflichtet fühlen abzuwarten, weil sie wissen, wie schwach das Land in jeder Hinsicht ist. Sie verneinen nicht unbedingt die berühmten «nationalen Werte», anerkennen aber die Realität der Machtverhältnisse. Die Vorsicht oder die Nachlässigkeit mögen sie bis zum politischen oder wirtschaftlichen Opportunismus führen und zur Nachgiebigkeit gegenüber den deutschen Forderungen, oder sie dazu treiben, einfach die Mässigung der Presse zu verlangen. Der Fächer der Verhaltensweisen ist weit geöffnet, viel mehr als es der harte Ausdruck Anpassung vermuten lässt. Was die Idealisten betrifft, so anerkennen sie keine Existenz, keine Wirklichkeit ausserhalb des Bildes, das sie sich von der Schweiz und von der Demokratie machen, die nicht den mindesten Kratzer vertragen. Offen zeigen sie ihre Unnachgiebigkeit vor den Forderungen des Augenblicks. Auf einer extremen Seite finden wir die unerschrockenen Widerstandskämpfer, auf der andern die Faschisten des Gewissens, die sich an eine antimaterialistische Weltanschauung klammern. Diese zwei Minderheiten bekämpfen sich radikal; die erste ist zweifellos wichtiger als die zweite und aus angeseheneren Leuten zusammengesetzt. Zwischen den beiden steht, glaubt man den Zahlen aus Wädenswil, eine starke Mehrheit von Passiven, Mitläufern und Zögernden.

Der Historiker kann jedoch die einfache Alternative zwischen Anpassung und Widerstand nicht ignorieren, denn genau in diese Begriffe wurde sie von den Zeitgenossen gefasst und so auch erlebt. Um die öffentliche Meinung seit dem Sommer 1940 zu erfassen, muss man so viel wie möglich nach denselben Wertmassstäben urteilen, auch wenn man sie dann nach angemesseneren Regeln auslegt; diese erlauben es eher, den Entscheidungsspielraum abzustufen und den abwertenden Beigeschmack von Ausrichtungen in Frage zu stellen, die vielleicht nur äusserlich waren.

Die Verwirrung wurde aus mehreren Quellen gespeisen: die Presse und ihre oft widersprüchlichen Informationen<sup>47</sup>, das Schweigen der Bundesbehörden, die Propaganda und die falschen Gerüchte, die Zensur, die Wasser predigte und Wein trank. Man ist jedoch überrascht von der Schnelligkeit, mit welcher die Bevölkerung nach den schlimmsten Nachrichten wenigstens oberflächlich ihre Ruhe wieder fand.

Unter diesen Umständen richtete der General am 3. Juni einen Tagesbefehl an das Schweizer Volk, worin er dieselben Themen ausführte wie im Armeebefehl, der gleichzeitig an die Truppe erging. Er mahnte darin, sich materiell, moralisch und geistig vorzubereiten. Unter all seinen vergleichbaren Aufrufen war dies «sicher jener, der am meisten Echo fand», urteilte er später. Eine Lawine von Zusendungen Einzelner oder von Gruppen sollten in der Tat die Wirkung seiner Worte bezeugen.<sup>48</sup>

### **Juni: Fortschritt des Defätismus**

Die Schlacht von Dünkirchen endete am 3. Juni und die Deutschen liessen darauf ihre Truppen nach Süden schwenken, durchbrachen die improvisierte Front an der Somme am 6., besetzten Paris am 14. und überzogen das ganze Land. Am 10. Juni trat Italien an ihrer Seite in den Krieg ein, wodurch die Schweiz noch mehr geschwächt wurde, da sie immer sehr bedacht war, das Vertrauen der Regierung Mussolinis zu wahren und sich dieses Tor zur Welt offen zu halten. Von der dritten Juniwoche an wurde die Stimmung von der Überzeugung dominiert, dass Frankreich nun verloren war: militärisch war die Partie zu Ende.

Würde der Kleinmut in der Schweiz obsiegen? Würde die Moral standhalten? Dies waren die grossen Fragen, welche die Beobachter der Lage umtrieben und die sogleich eine weitere aufwarfen: War das soziopolitische Gleichgewicht des Landes noch gesichert oder würde man Umwälzungen erleben?



Auf jeden Fall waren Illusionen nicht mehr am Platz, und man musste den grauerregendsten Ereignissen ins Auge sehen, denen man allein gegenüberstehen würde. Für die Ausdauernden gab Oberst Hans Frick am 8. Juni den Ton an, in einer Sendung über die Schlacht von Sankt Jakob an der Birs, wo er die heutige, rein moralische Prüfung unterscheidet von denen von morgen vielleicht, wo keinerlei ausdauernde Verteidigung möglich sein wird: Der Kampf drängt sich dennoch auf. Der Feind kann nicht triumphieren, bevor der letzte Kämpfer aufgegeben hat. Keine Nation kann überleben, wenn sie nicht kraftvoll Widerstand leistet.<sup>49</sup> Idealismus und Realismus verbanden sich also, um zum Kampf aufzufordern. Diese Ansprache hatte einen derartigen Erfolg in der Armee, dass man sie teilweise abdrucken musste, um so den Text zu verbreiten. Man könnte diese Rede mit dem Tagesbefehl vom 3. Juni vergleichen, um darin den Übergang zu einem offen ausgedrückten Pessimismus zu unterstreichen: Anstatt dem Einfluss der militärischen Operationen könnte man diesen Unterschied im Tonfall jenem der Persönlichkeiten, der Aufgaben oder der verfolgten Ziele zuschreiben. Die Notwendigkeit des Kampfes wurde jedenfalls mit gleicher Überzeugungskraft von beiden militärischen Notabein bestätigt. Es ist die offizielle Losung, welche die bereits Gewonnenen überzeugt, aber die ändern? Diese Frage wurde in der APF aufgeworfen.

Das Büro der Psychologen war auch überrascht vom Verschwinden der falschen Gerüchte, die aufgehört hatten, die empfindsamen, hin- und hergerissenen Gemüter zu bedrängen. Ihre Herkunft blieb verborgen, aber man kann nicht umhin, dieses Verstummen mit dem Ende des deutschen Täuschungsmanövers in Verbindung zu bringen. Die APF schrieb es eher einer Art Flüsterpropaganda des Widerstands zu, wonach jene, die man verdächtigte, zur fünften Kolonne zu gehören, alle fichiert seien<sup>50</sup> und es im Wissen darum nun vorzögen zu schweigen.

Die APF untersuchte nun den Begriff Defätismus etwas gründlicher; sie hatte ihm bisher keine übertriebene Bedeutung beigemessen, befand aber Mitte Juni, man sei jetzt aufrichtig pessimistisch; man bewunderte sogar offen die Stärke der Achse, aber die Bevölkerung stütze ihre Beurteilung nun ausschliesslich auf die nationalen Interessen, weil sie von der englischen und französischen Propaganda enttäuscht war, welche die Parteinahme für die Alliierten genährt hatte: Der illusionslose Wille zum Widerstand hatte somit den Hang zur Kleinmütigkeit abgelöst.<sup>51</sup>

Gegen diesen Pessimismus wollte Bundesrat Etter etwas unternehmen: Man durfte den Defätismus nicht als eine Tatsache hinnehmen, sondern musste den Geist der Landesausstellung und ihres Symbols, den Weg der Schweiz wiederher-

stellen, indem man ebenso stark auf der Verankerung in der Geschichte wie auf der Hoffnung für die Zukunft beharrte.<sup>52</sup> Die Mittel zur Verwirklichung dieser Absichten erschienen noch nicht so klar, aber diese Ausführungen vom 13. Juni lüften den Schleier ein wenig, der das Verhalten der Regierung in diesen kritischen Tagen verhüllt.

Am Vorabend des Waffenstillstandes hätte sich also die Philosophie des Obersten Frick mit ihrer gedanklichen Entwicklung zum Rückzug auf sich selbst durchgesetzt. In dieser Sicht war die verstärkte Neutralität nicht einmal mehr anstössig, zweifellos nicht, weil man darin noch eine Unabhängigkeitsgarantie sah, sondern weil die Selbstaufgabe zugunsten der Alliierten erst recht nicht mehr vertretbar war. Zudem rechnete man noch mit Italien, das ein lebenswichtiges Interesse an der Erhaltung des *status quo* hatte. Das Vertrauen und die Illusionen gegenüber unserem südlichen Nachbarn hatten ein zähes Leben. Diese Analyse mag ein wenig künstlich oder zu vernunftbetont erscheinen. Sie ist deshalb nicht unbedingt falsch und offenbart jedenfalls den Eindruck der Beobachter der APF, dass die Meinungen rasch wechselten. Von der Propaganda der Alliierten getäuscht – der man weiss Gott eine grosse Wirkung zuschreibt! – wandten sich die Leute nun gegen sie. Im Kanton Waadt beispielsweise drohte diese neue Einstellung die Abneigung gegen die Diktaturen zu verdrängen.

Wenn der Defätismus auch bei Weitem nicht die hauptsächliche oder entscheidende Erscheinung ist, so unterscheidet die APF seit ihrem Bericht vom 4. bis 6. Juni doch eine neue Kategorie, oder besser gesagt, sie präzisiert eine bisher noch verschwommene Haltung: «Eine Behauptung ist weit verbreitet, dass nämlich ein Krieg nur aus dem wirtschaftlichen Zusammenbruch der imperialistischen kapitalistischen Mächte entsteht. Sie geht oft Hand in Hand mit dem Geschwätz über die Weigerung, sein Leben für die Verteidigung der plutokratischen Interessen aufs Spiel zu setzen.»<sup>55</sup> Man spürt, wie sich hinter diesen Worten das Heraufbeschwören innerer Sozialkonflikte abzeichnet. Die Verwendung von Ausdrücken, welche den Marxisten und den Faschisten gemeinsam waren (Plutokratie z.B.), lässt auch den Weg erkennen, auf welchem Männer der Linken sich einer Weltanschauung zuwenden konnten, die sie zwar verurteilten, welche aber offensichtlich siegreich war. Frontisten, Kommunisten und Jungbauern erscheinen so in verschiedenem Masse als die drei Herde eines Defätismus, der für Deutschland von Nutzen war.<sup>54</sup> Der Nazismus wird so als revolutionäre Kraft aufgefasst, sogar in sozio-ökonomischer Hinsicht.

In diesem Klima begünstigte die Fluchtbewegung vom Mai die gesellschaftlichen Ressentiments. Ihre Wirkungen wurden auf unerwartete und beunruhigende Weise verlängert. Sogar in der Armee beschuldigten gewisse Einheiten ihre höheren Offiziere, für die Flucht verantwortlich gewesen zu sein. So entwickelte sich

seit dem zweiten Drittel des Monats Juni eine rebellische Einstellung, welche das grosse Infragestellen der folgenden Monate vorwegnahm. Sie fand ihre Wurzeln teilweise in der Plötzlichkeit der französischen Niederlage, welche «ein Weltbild zusammenbrechen lässt»: Man musste also alles verändern am traditionellen Wirtschafts- und Politsystem, welches nunmehr jedermann kritisierte. Die APF ging sogar so weit, von der «Gefahr einer Staatskrise» und von einem «vorrevolutionären Zustand» zu sprechen.<sup>55</sup> Die soziale Verbitterung, angeheizt von der deutschen Propaganda, machte sich Luft: «Der Schutz der Schweiz und ihrer Souveränität werden (folglich) nur bedingt gutgeheissen, und nur wenn sie sich die neuen sozialen und wirtschaftlichen Strukturen gibt, die man von ihr fordert.» Sogar die überzeugten Demokraten erachteten es gleichermaßen als unerlässlich, sich dem Wirtschaftsraum der Achse oder einem bundesstaatlichen System Europas anzuschliessen. Einer Generation, welche den wirtschaftlichen Problemen Vorrang einräumte und die umgetrieben war von der Aussicht auf eine neue Krise, schienen einige politische Konzessionen unvermeidlich und vielleicht nicht so schlimm. Diese Einstellung war in allen Gesellschaftsschichten verbreitet: «Vom Wirtschaftsverantwortlichen bis zum besonnenen Bauern, und vor allem zum Arbeiter, ist es in dieser Woche (11.-17. Juni) allen klar geworden, dass der Kriegseintritt Italiens und die Entwicklung in Frankreich einen Anschluss an den von der Achse beherrschten Wirtschaftsraum notwendig und unerlässlich gemacht haben.»<sup>56</sup>

Abgesehen vom zusätzlichen Kampfwillen, machte sich eine Vor-Vichy-Mentalität breit. Die Anzeichen von Pétainismus, welche Meurant für die Zeit vom 11. Juni bis zum 10. Juli in der Westschweizer Presse nachweist, beschränken sich nicht auf den Kreis der Journalisten. Man sprach zwar nicht von der nationalen Revolution, die bald in den offiziellen französischen Reden erblühen sollte, aber eine Bewegung in dieser Richtung zeichnete sich bereits ab. Es fehlte nicht viel, so hätte man den Mann der Vorsehung gesucht: Die APF stellte tatsächlich in einem ihrer Berichte ein Bedürfnis nach Führung fest und mass dieser Haltung vorrangige Bedeutung zu: «Alles wird von der Eigenart dieser Führung abhängen: Sie sollte schweizerisch konservativ sein und gleichzeitig den in den Massen schlummernden Feuereifer enthalten, damit dieser nicht den Feinden unserer Unabhängigkeit und unserer demokratischen Grundsätze zugute kommt.»<sup>57</sup> Die ganze Zweideutigkeit des politischen Reformismus der nationalen Führung sticht aus diesen Worten hervor: Man muss dem Zeitgeist Opfer bringen, der auf die Seite des absoluten Herrschaftsanspruches neigt. Am 18. Juli veröffentlichte die *Neue Zürcher Zeitung* einen Artikel gleicher Stimmung von H.R. Schmid, der ausgezeichnet den Geisteszustand und die Überlegungen

zusammenfasst, welche man so häufig wiederfindet, einen Artikel über die Notwendigkeit einer Wandlung zu gemeinsamem Handeln nach militärischem Vorbild und auf staatliche Eingebung: Dies wird hart sein, aber man muss sich an eine neue Lage anpassen, ohne auf unser nationales Erbe zu verzichten, und bevor unsere Umwandlung uns von aussen aufgezwungen wird.

In der Woche vom Dienstag, 18. Juni bis Montag, 24. veränderten sich die Reaktionen der wachsam und patriotischen Schweizer, wie die Psychologen der APF feststellten: In einer ersten Phase fühlten sie sich gelähmt, «ins Nichts geschleudert». Ein Korrespondent der *Stampa* drückte dies mit dem ironischen Bild eines Volkes aus, das ohne schwimmen zu können in einen seiner malerischen Alpenseen getaucht wurde. Manche suchten allerdings bereits den festeren Grund des Ufers auf...<sup>58</sup> Die Härte der deutschen Waffenstillstandsbedingungen, wie sie von der Presse bekannt gemacht wurden, bewirkte einen fieberhaften Aufschrei, sozusagen «ekstatisch und vollkommen irrational»: Man musste um jeden Preis Widerstand leisten! Gegen das Ende dieses Zeitabschnitts gewann eine wirklichkeitsnähere Einstellung die Oberhand: Die Sorgen für die wirtschaftliche Zukunft des Landes drangen erneut durch; jene, die für diese Art Anliegen empfänglich waren, konnten sich in Zukunft leichter mit der Idee einer Anpassung befreunden. Man verabscheute die Deutschen ebenso stark, und die Botschaft stellte das am 21. fest, aber die Presse versagte sich nun jegliche Angriffslust: Vorsicht herrschte.<sup>59</sup> Jene, die ohnehin nicht zum Widerstand neigten, bekannten sich offen zum Defätismus. Die Mehrheit drohte zu folgen und schwankte auf die eine oder andere Seite. Der 22. war ein besonders niederschmetternder Tag. Bernard Barbey, Offizier des persönlichen Stabs des Generals, fasste die Flut der Zuschriften und Telefonanrufe, mit denen der Kommandoposten überschwemmt wurde, wie folgt zusammen: «Leitmotiv: Die Moral verduftet... Man weiss nicht mehr, woran man sich halten kann ... was machen wir nun? Zum Glück haben wir den General ... Man zählt auf ihn ... Sag es ihm von unserer Seite mit allem schuldigen Respekt.»<sup>60</sup>

Man weiss nicht, was der Bundesrat oder ein bestimmtes seiner Mitglieder an diesem gleichen Tag erhalten haben könnte, aber die Suche nach dem Retter und das Vertrauen sovieler Leute in den Führer der Armee vor allem sind bezeichnend. Die Beobachtungen der APF in Bezug auf die Regierung stimmen überein mit dem Eindruck Barbey's: «*Richtlinien fehlen voll] ständig*», auch wenn jeder fühlt, dass «sie nicht viel klarer sein könnten als seine eigenen tastenden Überlegungen. Aber man müsste unbedingt etwas zu tun versuchen, umso mehr als die Journalisten, selber unsicher, in verschiedene Richtungen arbeiten und die *ausländische Propaganda* zweifellos darauf lauert, bald die Führung der öffentlichen Meinung mit Gewalt an sich zu reissen.»<sup>61</sup>

In der Tat, diesmal sollte der Berichterstatter der APF dem Defätismus den ersten Platz einräumen: Jeglicher Widerstand schien in Zukunft vergeblich, seit Armeen, die soviel stärker waren als unsere, einen so raschen Zusammenbruch erlebt hatten. Offen ausgesprochen oder verhüllt, der Defätismus breitete sich aus und war schwierig zu bekämpfen. Und im Anschluss daran war der rasche Aufschwung von revolutionären Strömungen festzustellen. Der Antikapitalismus bildete den Grundstock davon und mündete leicht, wenn auch nicht bei allen, in den Staatssozialismus, besonders in der Arbeiterklasse, welche in der französischen Niederlage das Versagen der freien Wirtschaft erblickte oder gar einen Verrat des Kapitals.

Trotz der Allgegenwart der nationalsozialistischen Propaganda, welche sie überall nachwies, stellten die Psychologen fest, dass die Staatsgläubigkeit dafür noch wenig anfällig war und vielmehr mit Patriotismus und einer konservativen Geisteshaltung verbunden war. Im Allgemeinen widerstand «die demokratische Einstellung» immer noch und versperrte der Diktatur den Weg, auch wenn sie sich nicht in den bestehenden Institutionen wiedererkannte. Das alles war nicht sehr klar, weder in der Gesinnung der Leute noch in den Berichten der APF, und es fehlt nicht an Widersprüchen, was unter diesen Umständen gar nicht überrascht. Der revolutionäre, kommunistische oder Nazi-Geist scheint eine eher mythische als tatsächliche und beweisbare Gefahr gewesen zu sein. Die Abneigung gegen die Parteien und deren Mangel an Zuverlässigkeit sowie der Traum einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erneuerung waren offenbar alles, was diese Furcht vor einer inneren Umwälzung rechtfertigten.

Viel unmittelbarer konnte man örtliche Abweichungen feststellen: In Genf begünstigte die Arbeitslosigkeit die aktive Nazi-Propaganda; in den Grenzgebieten entwickelte sich bereits spontan eine «instinktive Untertanenmentalität», welche von den Fronten ausgebeutet wurde. Vor allem in Schaffhausen begannen Beamte und Intellektuelle sich zu neuen Ideen zu bekehren. Doch waren dies bloss Minderheiten.

## **Von Pilet-Golaz zu General Guisan: Zwei Ansprachen**

In dieser traumatisierenden Lage der Dinge konnte man endlich eine Regierungsstimme vernehmen: Am 25. Juni 1940, drei Tage nach dem Waffenstillstand, aber nicht weniger als sieben Wochen nach seiner letzten Ansprache, äusserte sich der

Bundespräsident am Radio. Seine Kollegen Etter und Celio lasen ihrerseits die deutsche und italienische Übersetzung seines Textes. Der Bundesrat als ganzes hatte das Dokument nicht studiert, kannte aber den Inhalt.

Die Rede hält mit Erleichterung fest, dass «unsere drei Nachbarn auf dem Weg zum Frieden sind», sieht aber eine schwere Zeit voraus angesichts der «Wiederherstellung der auseinandergebrochenen Welt». Die Schweizer müssten sich daran beteiligen um den Preis materieller Opfer und einer wahrhaftigen «inneren Wiedergeburt». Ein grosser Teil des Dokuments ist diesen sehr allgemein gehaltenen Ermahnungen gewidmet, die im Wesentlichen moralischer Natur sind. Die darin enthaltenen konkreten Massnahmen waren nicht eben zahlreich: eine «teilweise, allmähliche De4 mobilmachung», «Arbeit (welche) der Bundesrat ... dem Schweizer Volk beschaffen wird, koste es was es wolle», und eher unbestimmt, dringliche Beschlüsse, welche die Regierung in «eigener Vollmacht» ausserhalb des üblichen Verfahrens fassen wird.

### **Defätismus von Pilet-Golaz?**

Die Ausführungen von Pilet-Golaz haben ihm in der Folge bittere Vorwürfe eingetragen, vor allem nachdem sein Empfang einiger Frontenführer am 10. September vermuten liess, der Chef unserer Diplomatie sei bereit, sich folgsam dem neuen Europa anzuschliessen. Insbesondere die Linke verzieh es ihm nicht, auch wenn sie im Juni für den Augenblick eine ziemlich unentschiedene Haltung einnahm. Es kommt hier nicht in Frage, bei den Absichten und den Beschränkungen Pilet-Golaz' zu verweilen. Der Historiker Erwin Bucher hat dies ausgezeichnet getan in einer gewissenhaften Textanalyse.<sup>62</sup> Dafür gehört die Wirkung auf die Bevölkerung schon eher zu unseren Anhegen.

Am Tag der Rede selbst hatte Oberst Perrier auf Befehl der Regierung, wie er betonte, den Zeitungen eine Weisung zugestellt, die mit diesen Worten beginnt: «Der Krieg geht weiter.» Diese Einleitung sticht ab von der Ansprache Pilet-Golaz', welcher ein Friedensthema vorstellt, das der Waffenstillstand ankündigt: Er wird es am 26. der Nationalratskommission sagen: Die wirtschaftliche Abschnürung ist die drängendste Gefahr. Er legt die Betonung also auf die Arbeit und die innere Wiederaufrichtung. Das Papier der APF ihrerseits beharrt auf dem Geist der Entschlossenheit, den die Presse der Bevölkerung einhauchen sollte. Pilet-Golaz lässt an Anpassung denken, die APF mahnt zu Vertrauen, Mut, Opfersinn und geistiger Mo-

bilmachung. Solche Ausdrücke erscheinen fast nur im Redeschluss der Präsidialan-  
sprache, wo sie eine andere Betonung erhalten, nämlich auf «innerer Wiedergeburt».  
Wenn die Ansprache ein neues, vom alten «sehr verschiedenes», europäisches  
Gleichgewicht ankündigt, so erinnert das Rundschreiben an das Wesen der Eidge-  
nossenschaft, wo unterschiedliche Völkerschaften friedlich Zusammenleben. «Selbst  
in einem Europa mit neuem Gesicht wird sie einen wichtigen und ernststen Auftrag zu  
erfüllen haben.»<sup>63</sup> Als geheimes Dokument gelangte es nicht an die Öffentlichkeit,  
wie eine wenn auch halbamtliche Erläuterung zur reinen Lehre der Regierung: Einzig  
die Radioansprache war massgebend, auch wenn die Redaktoren zweifellos willent-  
lich oder nicht die Weisungen mitberücksichtigt hatten, um den Worten des Bundes-  
präsidenten einen festeren Sinn zu verleihen. Im Übrigen konnten sie zögern ange-  
sichts des Rundschreibens der APF, denn die einzigen Verkörperungen des Schwei-  
zer Geistes, die es ziemlich unbestimmt und pompös erwähnte, waren der Föderalis-  
mus und das Christentum, während die Demokratie nur erwähnt wurde, um die Par-  
teistreitigkeiten anzuklagen. Was soll man also halten von einer allfälligen Anpas-  
sung an bloss «äussere» Formen der neuen Welt? Aufmunternder als die Rede des  
Präsidenten, geben diese Kommentare doch auch die schwankende Haltung wieder,  
welche den Umständen entspringt, und können jene Redaktoren beunruhigen, die ihr  
Wirken auf die Souveränität des Volkes gründen.<sup>64</sup>

Im sechsten Wochenbericht der Psychologen untersucht von Schenk die  
unmittelbaren Reaktionen, welche ebenso interessant sind wie die kühlen Überlegun-  
gen, die man im Nachhinein machte, als die Umstände sich geändert hatten. Im  
Grundtenor wurde die Rede allgemein gut aufgenommen, ausser in Basel, wo ge-  
wöhnlich Zweifel herrschten gegenüber den Stellungnahmen des Bundesrates. Eine  
so rasch nach der Katastrophe erfolgte Reaktion war begrüssenswert. Was den Inhalt  
betrifft, so wechseln die Beurteilungen von einem Kanton zum andern stärker als  
nach Gesellschaftsklassen, auch wenn die beiden sich in mehreren Fällen decken. Es  
ist unmöglich, genau zu sagen, wo die Mehrheit der Meinungen sich befand. Der  
Hauptanteil der Zustimmenden rekrutierte sich aus den Kritikern des parlamentari-  
schen Systems, übrigens mit ziemlichen Abstufungen innerhalb jeder Gruppe: Man-  
cher Konservative, Unabhängige oder andere hatte sich gefreut über das Aufkommen  
einer starken Gewalt.<sup>65</sup> Die Jugend hatte sie begrüsst, wie auch zahlreiche Soldaten,  
welche die Disziplin und die einfachen Situationen schätzten. Die wohlgesinnten  
Echos kamen vor allem aus den konservativen Kantonen, welche sowohl Heimstätten  
des Föderalismus wie jene der Innerschweiz sein konnten, als auch Zentralisten wie

Solothurn, Zürich, Thurgau, Schaffhausen und der grössere Teil von Bern. Überraschenderweise scheinen diese Anhänger des Bundesrates die Rede nicht aus dem Blickwinkel des Widerstandswillens beurteilt zu haben. Jedenfalls sagt von Schenk nichts darüber, ausser dass die meisten befanden, der absolute Autoritätsanspruch neuen Stils und die Anpassung an die neue internationale Lage könne von der Regierung in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung nicht vollzogen werden (dieses Argument, erinnern wir uns, war jenes der Fronten). Vielmehr dachten nicht wenige befriedigt, dass der neue politische Kurs den Anhängern des Reichs und den Nazi-Propagandisten das Wasser abgraben würde; ein Fröntier hatte es sogar zugegeben. Man könnte diese Meinung zweideutig finden. Sie stimmt mit der Idee überein, dass es in dieser neuen Welt, die jeder entstehen sah, besser sei, selber die revolutionären Initiativen zu ergreifen, als sie sich von aussen aufzwingen zu lassen.

In der Arbeiterklasse hatte man nach dem Rapport einen andern Gesichtspunkt. Man merkte sich das Versprechen für ein Recht auf Arbeit, und diese Garantie machte alles Übrige annehmbar. Gewiss blieben einige Zweifel, was die Anwendung, die Einstellung der Unternehmer und die Festsetzung der Löhne betraf. In einer offensichtlichen Vorahnung fügt der Bericht an: «Die hier erwähnten Probleme der Sozialstrukturen in den Unternehmungen werden in Zukunft an Bedeutung gewinnen, neben den politischen Problemen, und sogar vor diesen.»

Für jene, welche nicht nur in gewerkschaftlichen Kategorien dachten, war die Zustimmung zurückhaltender und vorläufiger, da man die Vollmachten fürchtete, welche die Opposition zum Schweigen verurteilten, und weil man an den Endsieg des Sozialismus glaubte, der auf den Faschismus folgen würde. Die sozialistische Presse begrüsst übrigens mit wenigen Ausnahmen das Recht auf Arbeit, bedauerte aber Unschärfe wie Mehrdeutigkeit der Rede und misstraute einem gesteigerten Autoritätsanspruch.

In diesem Abschnitt der öffentlichen Meinung suchte man keine Schuld im angeblichen Willen zur Anpassung des Bundesrates. Entweder hatte man davon nichts gemerkt, oder man war auf der Linken damit einverstanden, oder das Recht auf Arbeit stellte auch hier alles andere in den Schatten.

Linke wie rechte Kritiker hakten bei den Beziehungen mit der neuen Welt ein. Sie erkannten «ein Programm *vollständiger Anpassung an die totalitären Mächte*, nicht nur auf der wirtschaftlichen Ebene, sondern sogar im Bereich der Politik.» Mit dieser Unterscheidung gibt der Bericht zu verstehen, dass die Anhänger des Widerstandes die erste Bedingung mit Pilet zulassen, die zweite aber ablehnten,



zu der Pilet nichts ausdrücklich sagt, weil er nicht an eine Diktatur dachte, wohl aber an eine autoritäre Demokratie. Die Grenzlinie zwischen zulässiger und unzulässiger Anpassung war eindeutig auf die Seite der Herren des Augenblicks verschoben worden.

Einige Gegner schrieben sogar die Idee, wenn nicht den Text der Rede der Wilhelmstrasse zu; Oprecht legte dies übrigens der nationalrätlichen Vollmachtenkommission nahe. Vom 26. Juni an würde man im gleichen Sinne auch die Demobilmachung interpretieren und anprangern. Dies ist die Hauptanklage von Alfred Emst, der im Nachrichtendienst wohl in der Lage war, die Schwere der militärischen Bedrohung zu beurteilen. Er sollte darin einen seiner entscheidenden Beweggründe finden zur Schaffung einer Widerstandsgruppe von Offizieren.<sup>66</sup>

Auch die Westschweizer Presse war Pilet wohlgesinnt bis zum Ende des Monats: erleichtert, dass die Regierung sich endlich vernehmen lässt, befriedigt, dass sie zu einem gewissen Autoritarismus zurückkehrt (mit einigen Einschränkungen), glücklich über einen Erneuerungswillen, den sie schon beim Marschall Pétain begrüsst hatte: All diese Zeichen Hessen von der Zukunft Gutes erwarten.<sup>67</sup>

In Abweichung von ihrer Presse warf die öffentliche Meinung der Westschweiz der Ansprache ihren «Pétain-Ton» vor: Man brauchte nicht zu erröten wegen den Leistungen der Regierung, noch Reue zu zeigen über eine nicht vorhandene Fäulnis. Die revolutionäre Gefahr der Diktaturen wurde weniger ernst genommen als jenseits der Saane. Was die Tessiner anbelangt, so war es ihnen nicht wohl bei den Worten, deren Absicht sie nicht verstanden. Klar antifaschistisch, sahen sie nicht ein, warum man sich den neuen Umständen anpassen sollte. In Basel schliesslich verleitet der allgemeine Antitotalitarismus die grosse Mehrheit dazu, die Rede zurückzuweisen: weder Anpassung noch Regimngs-Konformismus!

Die Untersuchung des Berichts der Psychologen, welche ihre Informationen ausserhalb der Presse suchten, enthüllt unerwartete Reaktionen. Da, wo man gewohnt ist, das mehr oder weniger an Widerstandsgeist bei Pilet-Golaz abzuwägen, vernehmen die Zuhörer das, was ihre materiellen Sorgen, ihre unmittelbaren Anliegen anspricht; sie stehen treu zu ihren weltanschaulichen Überlieferungen oder zu ihrem politischen Verhalten, das die Ansprache soeben zu erschüttern versuchte. Die Presse-Lektüre führt zu einer ähnlichen Schlussfolgerung: Die Kritiker finden die Rede zu wenig klar. Sie rügen daran nicht die Tendenz zur Anpassung oder zur Kapitulation<sup>68</sup> und gehen anscheinend weniger weit als gewisse nachträgliche Gegner der eidgenössischen Poetik. Die Dienststellen der Wehrmacht gelangten zu einem

sinnverwandten Schluss in ihrem Lagebericht vom 16. bis 30. Juni, wo sie feststellen, dass die Presse, ohne Deutschland schon freundlich gesinnt zu sein, doch mehr und mehr anerkenne, dass der Sieg des Reichs das alte Europa vernichtet habe. Der Bundesrat ruft sie daher zu einer vollständigen Sinnesänderung des Volkes auf, nachdem die Zeit für eine Neugeburt gekommen sei.<sup>69</sup> So vollendete für die Wehrmacht die politische Gewalt die Überlegungen der Presse: Eine Welt war abgestorben, es galt der neuen den Boden zu bereiten. Man kann diese Idee von der historischen Wende auch in den Weisungen für die Presse vom 25. Juni finden, aber ohne daraus den Schluss zu ziehen, man müsse zu einer grundlegenden Erneuerung schreiten: Die Richtung der Reformen bleibt unbestimmt, und jeder kann sie nach seiner Weltanschauung deuten.

Die wirtschaftliche Anpassung stösst auf weniger Widerstand, Regierung und öffentliche Meinung verstehen sich in diesem Punkt. Die politische Angleichung wird nicht von allen zugegeben und enthält vor allem gewaltige Unterschiede: In der Öffentlichkeit rühmt der Bundesrat den Autoritarismus, in seinen Weisungen macht er die Parteien schlecht, beharrt aber auf dem Föderalismus, der genau seine Macht beschränkt und tiefgreifende Veränderungen ablehnt. Unsicherheit oder Doppelzüngigkeit? Was die zeitgenössischen Beobachter betrifft, so kann man sich die gleiche Frage stellen, und man kann jene noch nicht des Totalitarismus oder Defätismus zeihen, welche irgendeine Verstärkung der Exekutive zugestehen oder welche Schweigen bewahren über unbestimmte politische Reformen. Selbst bei einem so gefestigten Mann wie Albert Picot findet man zwar klare und genauere Behauptungen als bei Pilet-Golaz, aber sie lassen doch weite Gebiete leer oder offen für den Ausgleich: «Man darf nicht reden wie ein Maulheld», sondern muss gelassen bleiben und sich weigern, Kompromisse einzugehen «über die Freiheit zu denken, zu glauben, sich selbst zu regieren.»<sup>70</sup>

Indem er den Mangel an Echo für die Frontistenpropaganda feststellt, schliesst der Bericht der Psychologen, auch er ohne Anspielung auf den Widerstandsggeist, den er weiter oben erwähnt hatte: Diese Gleichgültigkeit «ist ein Zeichen dafür, dass trotz aller Dunkelheit, trotz aller Unbeliebtheit der historischen Parteien und ihrer politischen Methoden die Mehrheit der Bevölkerung die echt schweizerischen Überlieferungen, und in erster Linie die *Demokratie*, nicht aufgeben will, selbst wenn man sie umgestalten muss.»

Wenn der Wille zum Kampf nun nicht als vorrangiges Merkmal erscheint, so könnte das an der Zweckbestimmung der Rede liegen. E. Bucher unterstreicht zu Recht, dass sie weder den geistigen noch den militärischen Widerstand zu

fördern versucht: Pilet-Golaz hatte zur Aufgabe, das wirtschaftliche Überleben des Landes zu sichern und einen Krieg mit dem Reich in einer Zeit grösserer Schwierigkeiten zu verhüten. Die Blockierung der Ausfuhr deutscher Kohle, die starke Spannung infolge der schweizerischen Siege über die deutsche Luftwaffe mussten das Schlimmste befürchten lassen, vor allem wirtschaftliche Vergeltungsmassnahmen. Es wäre in dieser augenblicklichen Atmosphäre unverantwortlich gewesen, dem nicht Rechnung zu tragen. Der Bundespräsident allein konnte keine Projekte vorstellen, die notwendigerweise widersprüchlich, aber alle gleichermassen wichtig waren. War er zuerst nicht so verstanden worden, vor allem ausserhalb der politischen Kreise? Er beschwichtigte Deutschland, und das genügte ihm, seine Rede später nicht zu bedauern.<sup>71</sup> Er tröstete die Schweizer, indem er klar eine Teildemobilmachung und Arbeit versprach, ohne sie stark zu beunruhigen mit aktuellen Äusserungen zur moralischen Aufrüstung; ihre Unverbindlichkeit verpflichtete zu nichts, aber sie befriedigte das verbreitete masochistische Bedürfnis nach verbaler Selbstgeisselung. Der umstrittenste Punkt blieb die Demokratie, ein Wort, das man auszusprechen vermied; die Erwähnung eines autoritäreren Regimes verpflichtete nicht unbedingt zu einer totalitären Anpassung, während seine Ablehnung ein offensichtliches Zeichen des Widerstandes war.

Man hörte zunächst hin, was die Rede brachte. Das Nachdenken über ihre Verwicklungen und Auslassungen würde später kommen, wenn man den britischen Widerstand festgestellt und die Rede des Generals vernommen hatte. Er selbst hätte Zeit, über die Ereignisse nachzudenken, ein Projekt vorzustellen und den Willen anzustacheln, in gewissem Sinne die leergelassenen Felder zu besetzen. Pilet war vom brutalen Schlag der französischen Niederlage überrumpelt worden und hatte nicht den notwendigen Abstand: Nicht alle Staatsmänner improvisieren eben richtig ... Wie dem auch sei, es war die Unterhaltung mit den Frontenführern vom September, welche rückblickend und endgültig die Auslegung der Ansprache festnagelte: War sie im Augenblick schon ziemlich schlecht aufgenommen worden, wie es P. Béguin in Erinnerung ruft, so fiel sie nach diesem Missgriff vollends durch.<sup>72</sup>

Die allgemeine Stimmung an diesem Monatsende war offensichtlich depressiv. Den Berichten der APF mangelt die Deutlichkeit zu sehr, als dass man eine unbeständige Lage einschätzen könnte, selbst wenn sie eher zur Zuversicht neigen. Man wird sich also gerne der Idee anschliessen, dass die Abwartehaltung sich durchsetzte, zusammen mit der Ungewissheit gegenüber der Zukunft. Von beiden Seiten her versuchten die zwei Minderheiten, die entweder zum totalen Widerstand oder zur

völligen Anpassung bereit waren, diese Unschlüssigen an sich zu ziehen. Das Ergebnis sollte vom Lauf der Ereignisse und von der Einstellung der Behörden abhängen. Die präsidentiale Ansprache bot keine klare Antwort an, die militärische Lage veränderte sich nicht, abgesehen von der Zerstörung der französischen Kriegsschiffe durch die Engländer am 1. Juli bei Mers el-Kébir: Man begreift, dass der Beginn dieses Monats die Moral auf ihren tiefsten Punkt sinken liess. Die Erschlaffung nach der äussersten Anspannung der vorangegangenen Wochen trug ebenfalls dazu bei.

Die leitenden Stellen Deutschlands hatten den Eindruck, dass die Bevölkerung und ihre Führung durch den französischen Defätismus-Virus in einem Masse angesteckt worden waren, die all ihre Hoffnungen übertraf. Die Rede von Pilet-Golaz entzückte sie mit ihrem Beharren auf der Erneuerung, «was der Mann von der Strasse nicht anders deuten kann denn als Einladung, sich allmählich anzupassen». Mit dem Widerstandswillen in Scherben und dem Ausdruck Pétainist in der Westschweiz in Mode, war die Nation bereit, in ihre drei Völkerschaften zu zerfallen. Zwei typische Beweise schienen ausschlaggebend: Die Demobilisation, welche die Hüter der schweizerischen Tradition nicht hatten verhindern können; bald drohten diese letzteren jeglichen Einfluss zu verlieren. Sodann die materialistische Betonung der Wirtschafts- und Versorgungs-Probleme, welche den Boden für alle Arrangements nach österreichischer Art vorbereitete, weil die moralische Kraft dahingeschmolzen war.<sup>73</sup> Man gewinnt den Eindruck, dass diese Beurteilungen die Ansprache von Pilet-Golaz und die Presse mit der öffentlichen Meinung insgesamt gleichsetzen, und zwar aus dem Blickwinkel von Leuten, die gewohnt sind, die Gesinnungen zu manipulieren; jedenfalls entsprach das Schauspiel, das den auswärtigen Beobachtern geboten wurde, sichtbar nicht den Erfordernissen der geistigen Landesverteidigung.

In der APF mochte von Schenk über Perplexität, Stagnation, Negativismus sprechen; seit Ende Juni war die Ungewissheit unverändert. Man fühlte sich weiterhin Objekt einer unbestimmten, umso beängstigenderen Bedrohung. Das Volk erwartete noch einen Wahlspruch von einer Regierung, die es genau so unsicher fühlte. Man verlangte, ein Zeichen der Zeit, von überall her eine Propaganda-Organisation. Sogar unter den Journalisten wünschten manche sich Anweisungen von oben. Am 17. Juli hatte die APF immerhin jeglichen Ausdruck von Defätismus untersagt: «Sagen oder zu verstehen geben, die Schweiz könnte auf ihre Landesverteidigung als normalen Ausdruck ihrer Souveränität verzichten, oder eine mit ihrer Unabhängigkeit unvereinbare ausländische Vormundschaft gutheissen, bedeutet die nationalen Interessen verraten.»<sup>74</sup> Zweifellos verstanden die Journalisten die Lage schlecht und hätten Erklärungen Befehlen vorgezogen.

Es herrschte auch die fixe Idee, der so gefürchteten, sprungbereiten deutschen Propaganda die allein ihren Trugbildern überlassenen Gemüter nicht ohne Gegenwehr auszuliefern. Darüber hinaus ermunterten die nationale Revolution in Frankreich und das Gefühl der wirtschaftlichen Abhängigkeit eher zur Anpassung. Heute könnte man daraus schliessen, dass die neue Weltordnung als einziger sicherer Zukunftswert erschien. Es ist zum Beispiel kennzeichnend, dass der siebte Wochenbericht der Psychologen erwähnte, die «vorrevolutionären» und antikapitalistischen Tendenzen gewisser wirtschaftlich bedrohter und politisch bewegter Regionen, wie etwa des Rheintals, könnten in den Nazismus münden.

Bis zur Versammlung der höheren Offiziere auf dem Rütli am 25. Juli entwickelte sich die Lage in unerfreulicher Weise für diejenigen, welche die Willensbemühungen stärken wollten: Die deutsche Gefahr verblasste, da das Unwetter über den englischen Städten niederging und die Invasion Grossbritanniens bevorstand. Begünstigt durch die Sommerszeit, überwog eine friedliche und entspannte Stimmung. Überdies verbreitete sich das Gefühl, wie Oberst Dollfus feststellen sollte, dass die Schweiz nicht nur auf militärischer Ebene im Voraus verloren war, sondern dass das Reich auch ohne Waffengewalt genügend Mittel zur Verfügung hatte, um uns zu Verhandlungen zu zwingen. Wozu also die Mobilisierung verlängern? Die Rede von Pilet-Golaz, der Bezug neuer Verteidigungspositionen, die Truppenentlassungen liessen glauben, dass man höheren Orts gleicher Ansicht sei.<sup>75</sup> Der militärische Aufwand schien aberwitzig, besonders in «kleinbürgerlichen», bäuerlichen und industriellen Kreisen, aber auch für jene, welche sich noch nicht von der Niederlage einer Armee erholt hatten, auf welche sie mehr vertrauten als auf die eigene schweizerische Anstrengung.

Unter den förmlichen Versprechen des Bundesrates nahm die Beschäftigung einen wichtigen Platz ein. Die Enttäuschung folgte auf dem Fuss, denn die Erfüllung bedeutete einen staatlichen Eingriff in die Wirtschaft oder eine längerfristige Planung, die man zwar wünschen, aber nicht unmittelbar verwirklichen konnte. So hatte die Basler Regierung «Arbeit um jeden Preis» in «Arbeit nach Möglichkeit» abgeändert. Das bewirkte eine Reaktion, welche indirekt die Verbindung zwischen rebellischem Geist und der Anfälligkeit für den Nazismus bestätigt: «Hitler hält wenigstens seine Versprechen.» Ein solches Schlagwort zeugte zwar vom glücklichen und raschen Abfall der Arbeiter von der marxistischen Ideologie, aber nur um sie die Beute der «primitivsten nationalsozialistischen Ideen» werden zu lassen.<sup>76</sup> Die Gewerkschaftsführer, welche grösstenteils zum Nachgeben gegenüber den deutschen Forderungen bereit waren, sollten nicht reagieren, und die Parteien waren ausserstande, kräftig einzugreifen. Diese Entpolitisierung verrät eine tiefe Unruhe unter den

Arbeitern, welche nicht mehr wie früher als Säule des Widerstandes erscheinen: Der deutsche Wirtschaftsraum hatte eine verheissungsvollere Zukunft als die isolierte und belagerte Schweiz. Schon drückte die massive Einstellung des Baus von Luftschutzkellern auf das Angebot. Man darf auch die Wirkung nicht vernachlässigen, welche die deutschen Informationen über die Beschäftigungspolitik in den besetzten Ländern haben konnte: Ob Beschäftigung an Ort und Stelle oder im Reich, die europäischen Arbeiter fanden zu Hunderttausenden Anstellung zu vorteilhaften Bedingungen.<sup>77</sup> Wie für die um die Zukunft ihrer Unternehmen bangenden Industriellen, hatte auch für die Lohnabhängigen die Angst um den Arbeitsplatz Vorrang über manch andere Überlegungen. In Wirklichkeit waren diese Befürchtungen umsonst. Der Wirtschaft gelang es auf überraschende Weise, Arbeit zu beschaffen, sogar als der Armeebestand rasch von 450'000 auf weniger als 200'000 im August und weniger als 150'000 im Oktober sank. Eine beruhigende Atempause. Doch was würde geschehen bei der vollständigen Demobilmachung? Wenn man noch so viele Soldaten unter den Waffen zurückhielt, war es nicht, um eine Unterbeschäftigung zu vermeiden? Man «militarisierte die Arbeitslosigkeit». Dieser Vorwurf entbehrt vielleicht nicht ganz der Wahrheit, doch behielt die Verteidigung ihre Notwendigkeit. Das ist es, was man je länger je weniger begreifen wollte.

Es konnte auch den Anschein machen, dass die Versprechen des Bundesrates schlecht eingehalten wurden. Während mindestens einem Monat sollte man sich in Zweideutigkeiten und Widersprüche verwickeln wegen eines Mangels an Informationen, der durch das Militärgeheimnis, den Wechsel der Strategie und die auseinanderlaufenden Interessen bedingt war. Für die einen bestätigte das Versprechen des Bundesrates, dass der Friede in Reichweite war. Für die andern war es im Gegenteil erforderlich, die Zahl der Berufssoldaten zu erhöhen, um den deutschen Spezialisten des modernen Kriegs die Stirn zu bieten. Noch andere fragten sich, was denn nun die Aufgabe der Armee sei, ob man wirklich auf jeglichen Widerstand verzichte und ob man sich noch auf die Regierung verlassen könne. Da endlich auch Truppen im Dienst blieben, beklagten sich sowohl Bauern wie Städter, dass die andern mehr Urlaub erhielten: Im Augenblick wo die Unmittelbarkeit der Gefahr sich den Gemütern nicht mehr aufdrängte, tauchten die bekannten bösen Geister der Demobilmachung ohne Krieg von Neuem auf. Daran ist nichts Erstaunliches. Aber Vorurteile und Forderungen steigerten sich, da man nicht wusste, in welche Richtung es ging. Mittelfristig wurde die Ansprache von Pilet-Golaz nicht in Wirklichkeit umgesetzt; die Absichten der Armee blieben verborgen und jene der Regierung unbestimmt.

Am 25. Juni war noch eine andere explosive Idee mit Zeitzündler abgeworfen worden, jene der Erneuerung. Eine erste Enttäuschung liess nicht auf sich warten: jene des Ersatzmannes für Bundesrat Obrecht. Man hätte auf eine Erweiterung der Regierung zugunsten eines Sozialisten oder einer Persönlichkeit, die über den Parteien stand, hoffen können. Die herkömmlichen, allgemein missbilligten Machenschaften wiederholten sich einmal mehr, um in die Wahl des Solothurner Freisinnigen Stampfli zu münden, dessen persönliches Ansehen im Übrigen ausser Zweifel stand.

Nachdem das Recht auf Versammlungsfreiheit mit Einschränkungen belegt worden war, sah man darin nicht einen Faktor der nationalen Einheit, sondern einen unerträglichen Angriff auf die Freiheit, und die Sozialisten fassten es als reaktionäre Massnahme auf. Die Entfernung der Gefahr schläferete auch den Reformeifer ein: Schliesslich hatten die alten Gewohnheiten auch ihr Gutes, und das Land hatte mit ihnen durchgehalten! Der Wille zur Veijüngung wurde überall bekundet, sogar in den traditionellen Parteien, und das war schon viel ...

Der Bundesrat hatte nicht versprochen, das Volk zu neuen und bestimmten ethisch-politischen Auffassungen zu bekehren. Er hatte es dazu aufgefordert, wieder zu sich zu kommen. Logischerweise konnte man ihm nun nicht vorwerfen, dass es seine Sitten nicht mit einem Zauberschlag veränderte. Im Übrigen gehen aus den Berichten der APF keine bestimmten Anklagen gegen die Regierung hervor, sondern vielmehr ein schleichendes Misstrauen, welches die Rede vom 25. Juni verstärkt hatte, weil die greifbaren Auswirkungen auf sich warten liessen. Keine klare Richtung hatte sich daraus ergeben. Die Verbindung zwischen der Bevölkerung und der Obrigkeit war unterbrochen, befand Albert Oeri, der in einem Brief an den Bundesrat vom 24. Juli nicht verhehlte, dass man kein Vertrauen mehr habe in eine Regierung, welche gegenüber Deutschland und seinen Druckversuchen zu stark resigniert habe.<sup>78</sup> Den gleichen Eindruck hatte man in der APF Mitte Juli, nämlich dass Widerstandsbefürworter und Defätisten gleichermaßen an den Führern des Landes zweifelten. Mehr und mehr diente Pilet-Golaz auch den Anhängern der Verteidigung bis zum letzten als Sündenbock. Er vereinigte die Gefühle der Verbitterung auf sich und verstärkte eben dadurch den Gruppenzusammenhalt in den Bewegungen, welche in der nationalen Wiederaufrichtung ihre Aufgabe suchten.

Nach einigen Wochen hinterliess die Ansprache des Bundespräsidenten einen zweifelhaften Nachgeschmack. Ihr Verfasser sollte in den Augen der Zeitgenossen seine Stellung zweieinhalb Monate später unfreiwillig klären: Am 10. September empfing er drei Frontistenführer, und der Audienz folgte ein tendenziöses Communiqué, welches die drei ohne die Genehmigung des Bundesrates aufgesetzt

hatten. Kurz gesagt, sie liessen durchblicken, dass Pilet-Golaz begonnen hatte, dem Erneuerungsprogramm der Schweizerischen Nationalen Bewegung zu folgen. Diese Ungeschicklichkeit wurde unverzüglich in der Verlängerung der Ansprache gesehen, deren Bedeutung sie zu erläutern und deren Zweideutigkeit sie aufzuheben schien. Sie lieferte den Beweis für den Defätismus des Verantwortlichen, der von nun an als erwiesener Miesmacher abgestempelt war.<sup>79</sup> Im Gegenzug bestätigten Guisan und die Armee ihr Ansehen als Widerstandskämpfer. Mehrere Zeitungen verlangten die Demission von Pilet, und die Linke entzog ihm endgültig ihr Vertrauen.

### **Die Anhänger des Widerstands und die Frontisten**

Unter den Bewegungen, die sich im Sommer entwickelten, war die Aktion Nationaler Widerstand die radikalste, entstanden auf Anstoss des Hauptmann Hans Hausmann. Unter der Losung: «den Defätismus überall bekämpfen wo er ist», unterstützte sie alle Formen von Widerstand und suchte alle gegenläufigen Machenschaften zu zerschlagen. Sie entwickelte also kein politisches Programm, noch trachtete sie danach, die Institutionen zu erneuern. Ihr unauffälliges Wirken geschah durch verschiedene Vermittler, darunter H&H, wo sie Anhänger hatte. Infolge ihrer geheimen Organisation kann man ihre wirkliche Tätigkeit schlecht ermessen.<sup>80</sup> Auf jeden Fall ist es typisch, dass ihr Entstehen mit dieser dunklen Zeit zusammenfällt und mit der herrschenden Unsicherheit über die wahren Absichten des Bundesrates.

Der Gotthardbund war nicht ohne Verbindung zu dieser Organisation, verfolgte aber eine offenere Tätigkeit. Er entstand aus den Zusammenkünften von Leuten, die sich bemühten, Kontakte über die Sprach- und Parteigrenzen hinweg zu knüpfen, und nahm unter dem Druck der Ereignisse mit einem guten Dutzend Teilnehmern am 30. Juni Gestalt an. Einen Monat später erliess er in der Presse Aufrufe zum Widerstand und zum Burgfrieden. Seine erste Generalversammlung sollte am 4. November stattfinden, gerade als er seine Aufgabe erfüllt hatte nach dem Ausspruch eines seiner Gründer, Denis de Rougemont, der im Übrigen die Schweiz inzwischen verlassen hatte. In der Tat hatte der Gotthardbund zur Wiederaufrichtung der öffentlichen Meinung beigetragen und versucht, mit Druck, wenn nicht gar mit Erpressung den Bundesrat daran zu hindern, Deutschland entgegenzukommen, wozu er ihn bereit glaubte. Er verlängerte sein Wirken, indem er öffentlich die Frontisten



angriff, jene «politischen Termiten», und konstruktiver, indem er seit September ein Reformprogramm herausgab zur Beurlaubung, zur Parlamentstätigkeit, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sowie zu einer AHV, welche durch die Umwandlung der Ausgleichskassen entstehen sollte.<sup>81</sup>

Der Gotthardbund wollte vor allem eine «*geistige und sittliche Erneuerung*» des Landes in einem neuen Europa und bekräftigte über die Parteien hinaus, welche von allen Seiten gezeißelt wurden, einen Willen zum Zusammenschluss in einem Zeitpunkt, wo die Reaktionen auf die Ereignisse auseinanderliefen. Der Gotthardbund wurde zwar gut aufgenommen, übte aber keinen tiefen und dauerhaften Einfluss aus: Selber zu verschiedenartig zusammengesetzt, vereinigte er auseinanderstrebende Richtungen in sich, und seine Handlungsrichtschnur war nicht klar ersichtlich.<sup>82</sup> Auch schätzten die Parteien seine Kritik nicht, noch seinen Anspruch, über ihre Köpfe hinweg zu handeln. Man konnte dem Bund die gleiche Zweideutigkeit wie Pilet-Golaz vorwerfen, denn er anerkannte die Existenz des neuen Europa, auch wenn er seinen Willen zur nationalen Unabhängigkeit und zum eigenständigen Wiedererstarken bekräftigte. Er zeigte energischer als der Bundesrat seinen Willen zum Widerstand, was ihm zweifellos viele Sympathien brachte, die der Regierung abhanden gekommen waren; aber über die moralische Krise vom Sommer 1940 hinaus erweckt er den Eindruck der Unfähigkeit, eigene politische Lösungen entwerfen zu können, welche der Entwicklung der Ereignisse und der Einstellungen angemessen waren. Seine Nationalcharta von 1942 war ausgerichtet auf die Berufs- und Wirtschaftsorganisation, auf die Planung, die Berufsgemeinschaft und die AHV.<sup>83</sup> Diese an sich interessanten Ideen waren jedoch weit verbreitet, und der Bund zeichnete sich nicht durch ein besonders begeisterndes Programm aus.

Auf der Gegenseite fassten die Fronten wieder Mut dank den deutschen Siegen und fanden einiges Gehör bei orientierungslosen Volksschichten. Der Anblick eines Reichs, welches über die Arbeitslosigkeit triumphiert hatte und einen tatkräftigen europäischen Raum ins Leben rief, beeindruckte wie gesagt jene, welche von der Krise und der Einschnürung bedroht waren. Beweis für dieses Erwachen war das Wiedererscheinen der Zeitung *Die Front* und die Gründung der Nationalen Bewegung der Schweiz vom Juni, wo man die grossen Namen der Fronten wiederfindet, Max Leo Keller, Ernst Hofmann, Jakob Schaffner. Noch andere Gruppen von Schwärmern fanden ihren Schwung wieder unter neuen Namen: Nationale Opposition, Eidgenössische Sammlung etc. Allzu viele persönliche oder programmatische Färbungen erschwerten den Zusammenschluss der verschiedenen Richtungen zu einer starken Strömung, aber gewisse Leute arbeiteten nicht ganz erfolglos daran.

Wenn man die Unterschiede vereinfachen und wegwischen will, so zielte ihre Propaganda auf die Ausrichtung auf oder die Eingliederung ins neue Europa, faschistisch, oder noch besser nationalsozialistisch, manchmal offen gleichgesetzt mit dem Reich. Bei den Radikalsten konnte die kontinentale Ausrichtung in die Annexion münden. Ein Pressedienst der Eidgenössischen Erneuerung fasst den Geisteszustand der Anhänger der neuen Ordnung zusammen: Der Krieg geht zu Ende, die liberale Wirtschaft auch, aber vor allem auf politischem Gebiet kündigt sich das neue Europa an, ohne Partekämpfe, ohne liberale Demokratie. Nur neue Männer werden die Wende herbeiführen können, jene der Eidgenössischen Erneuerung, welche sich ohne falsche Bescheidenheit anbieteten, mit eisernem Besen auszukehren, um nachher ihre Mission ausführen zu können.<sup>84</sup>

Die Argumente der Frontisten hatten offensichtlich die Geistige Landesverteidigung im Visier. Da wo diese z.B. St.Jakob an der Birs verherrlichte, machten sie sich lustig über die Rückkehr zum heldenmütigen und gestrigen Volk der Hirten. Anstelle der eidgenössischen Tugenden, des Rückzugs auf die umzingelte Festung, forderten sie die Öffnung auf die grosse Weite und die Zukunft: Der belagerte Raum, das war der Kontinent, den die angelsächsischen Mächte zerstören wollten. Gegenüber dem Schlagwort «ausharren» oder Neutralität sprachen sie vom Verrat an Europa. Auf der inneren Ebene konnten sie die Leistungen des einzigen Führers und der Befehlshierarchie aufwerten, die unvergleichlich wirksamer waren als jene des gleichmacherischen und parlamentarischen Chaos.

Diese Beweisführung konnte im Juli-August 1940 Eindruck machen. Man begreift nur all zu gut die Befürchtungen, die sie auslöste und die Zwangsvorstellung einer Revolution, die im Büro der Psychologen umging. Diese fürchteten die kämpferische Haltung der Frontisten umso mehr, als sie überall die deutsche Propaganda und ihre verderblichen Folgen am Werk sahen. Der Sieg der Waffen, die Belohnung, welche die Mitarbeiter am europäischen Werk erwarteten, der vermeintliche Untergang der Plutokraten, der Samthandschuh oder die eiserne Faust, alles trug dazu bei, der Bevölkerung überzeugende Beweise zu liefern, dass es besser sei, sich beizeiten anzupassen.

Ein tiefer Pessimismus drückt sich im Bericht an einen Bundesrat aus (Minger?; die Unterschrift selbst ist leider unlesbar, aber der Verfasser hält sich für gut informiert): Die Demobilmachung, findet er, ist der Wahlspruch des Tages, die Kapitulation Frankreichs hat die Führer des ganzen Landes dermassen beeindruckt, dass sie an nichts anderes mehr denken als an politische Anpassung, um wenigstens für einen Augenblick die bevorzugte wirtschaftliche und finanzielle Lage des Landes zu verlängern.

Die Widerstandsvertreter wagen schon nicht mehr, sich zu zeigen, und die britische Hartnäckigkeit löst immer heftigere Kritik aus. Die Presse selber unterscheidet sich kaum von den französischen Zeitungen neuen Stils in ihrer Verachtung für die politischen Grundsätze, die mit dem Freiheitswillen verbunden sind. Die nationale Einheit löst sich auf wie seinerzeit in Österreich, und der Zerfall des Landes in seine drei Sprachgemeinschaften scheint nahe zu sein; die Parteien und die Regierung tragen stark dazu bei durch ihre militärische und politisch-wirtschaftliche Abdankung vor der Achse. Das Reich wird diese Ergebnisse rasch zu nutzen wissen, die nichts retten kann, sondern wie in der Tschechoslowakei zur Annexion des deutschsprachigen Landesteils führen wird.<sup>85</sup> Verzicht der politischen Führung, Vorrang des Wirtschaftlichen über das Sittliche, Auflösung der Nation entlang der rassischen Trennlinien, das sind ebensoviele Anzeichen der inneren Auflösung, welche von der nationalsozialistische Propaganda gesucht werden, deren Erfolge bis jetzt nur zu häufig und offenkundig gewesen sind.

Die Realisten hatten zwei Vorteile über die patriotischen Idealisten. Mit den Schweizer Nazis waren sie geistig bereit, der neuen politischen Konstellation die Stirn zu bieten, und sie konnten daraus einen Vorteil ziehen. Die andern mussten sich wieder fassen und ihren Weg inmitten einer neuen Welt finden, und sie hatten nichts zu bieten als Blut und Tränen, vor ... und nach der Niederlage. Zum Ausgleich stammten sie nicht aus verrufenen und Aussenseiter-Kreisen, sondern verfügten über Kredit, moralisches Ansehen, oft auch über Macht und Verbindungen: Man denke bloss an gewisse Offiziere oder Redaktoren grosser Meinungsblätter. Schliesslich waren die zwei Gegner in diesem entscheidenden Sommer gleichgestellt in ihrer Unfähigkeit, die öffentliche Meinung zu fixieren oder entscheidende Unternehmungen aufzuziehen; die Zensur wachte. Sie begünstigte die Patrioten, aber andererseits strahlte das deutsche Radio ungehemmt seine Programme aus, und die Schweiz, sagten manche<sup>86</sup>, verbreitete Entmutigung, indem sie sich in übertriebenem Masse an die von der Achse verbreiteten Informationen hielt. Bevor man eine vertiefende Tätigkeit oder bedeutungsvolle Schritte unternehmen konnte, brauchte man ein Mindestmass an innerer Organisation, an Vorbereitung, Finanzen und Informationen. Erst im September würden die Frontenführer von Pilet-Golaz empfangen und würde der Gotthardbund seine erste Tagung abhalten. Die Idealisten des Widerstands genossen einen gewissen Vorsprung durch ihre Einflussmöglichkeiten auf die führenden Kreise. Was die Wirkung auf das breite Publikum betrifft, verringerte sich dieser Vorteil.

Vor der mitreissenden Kundgebung auf dem Rütli, vor den neuen Ausichten, welche der verblüffende Widerstand der Engländer eröffnete, wurde die öf-

fentliche Meinung also weder vom Staat mit Beschlag belegt, dessen Abwesenheit nur zu sehr empfunden wurde, noch von Massenaktionen, welche sie auf die eine oder andere Seite hätten schwenken lassen.

### Vorsicht einer zensurierten Presse

Blieben noch die Zeitungen und ihr allgegenwärtiger Lehrer, die Zensur. In ihrem langen Rundschreiben vom 25. Juni empfiehlt sie Vorsicht und Kaltblütigkeit zugleich: Das Zweitrangige der Neuordnung zu opfern wissen, um das Wesentliche zu bewahren, sowohl Mut als Selbstverleugnung aufrechterhalten, eine starke Gewalt und die nationale Einheit, ohne sie zu untergraben durch die Diskussionen über die Umgestaltung des Staates. JA zur Erneuerung der Seelen, NEIN zu jener der Institutionen, könnte man zusammenfassend sagen. Oder auch in Begriffen der Wirksamkeit ausgedrückt: «Man kann eine öffentliche Meinung nicht überzeugen, indem man gleichzeitig seinen Willen das Land zu verteidigen verkündet und die Notwendigkeit, sich dem neuen Europa anzupassen.»<sup>87</sup>

Ein anderer Rundbrief, vom 10. Juli, warnte die Journalisten noch davor, ihren Lesern mitzuteilen, sie würden anders schreiben, wenn sie frei wären. Andernfalls wären alle diplomatischen Erfolge zunichte gemacht. Der Schatten der *Blutschuldthese* zeichnete sich hier ab, um die Deutschen glauben zu lassen, dass die Redaktoren aus freien Stücken ihre persönlichen Ansichten auf die Neutralitätspolitik des Staates ausrichteten. Die Behörden opferten so den Zwängen ihrer Aussenpolitik die Erfordernisse der Innenpolitik. In Wirklichkeit konnte die Zensur den sonst schon unsicheren Journalisten keine sehr klare Linie vorzeichnen, weil es unmöglich war, diese Regierungsstrategie gewissenhaft zu verfolgen. Dazu ein Beispiel: Die Presse durfte zwar die Hinrichtung von Geiseln zurückhaltend erwähnen, aber nicht die Rechtsgrundlage untersuchen.<sup>88</sup> Dies waren Tatsachen, welche die Deutschen an Ort und Stelle durchaus nicht geheim hielten. Sie zeigten die Wirklichkeit der Besatzung, doch durfte man es nicht sagen.

In der Westschweiz, wo sich die neue Ordnung in Pétain verkörperte, machte der Zweifel rasch der Bewunderung Platz für den Retter eines Landes, das die Volksfront, die Sorglosigkeit etc. zersetzt hatten: 39% der Presse-Texte zwischen dem 11. Juni und dem 10. Juli schrieben die Niederlage politischen Gründen zu, knapp gefolgt von den militärischen (35%) und weit hinten von den psychologischen Gründen (26%).<sup>89</sup> In den Einzelheiten übernahmen die Zeitungen die Themen des

Marschalls und übertrugen sie gerne auf die Schweiz im Hinblick auf ihren Wiederaufbau, jedenfalls stellten sie das Unausweichliche fest: «Es ist kindisch zu leugnen, dass das Reich auf der ganzen Linie gesiegt hat... Das europäische Gleichgewicht, einer der Grundsteine der schweizerischen Sicherheit, existiert nicht mehr.» Oder auch: «Wir werden zur neuen Ordnung, auch wenn sie nicht ganz unserer Vorliebe entspricht, einen aufrichtigen Beitrag leisten.»<sup>90</sup> Die sozialistische *La Sentinelle* blieb im Hintergrund, aber auch auf der Linken fand man sich Anfang Juli mit der Idee ab, dass der Krieg zu Ende und ein Europa verschwunden war.

Ohne gross zu prophezeien, was denn das Europa der Achse sein würde, räumte die Presse ein, dass die liberale Demokratie, die Parteien etc. tot seien. Sie besänftigte also die Unruhe in den Gemütern nicht: Die Schweiz hatte sich eben anzupassen. Die Rede von Pilet-Golaz konnte im gleichen Sinn gedeutet werden.<sup>91</sup> Die Ereignisse vom Juli leiteten dann einen Umschwung ein, doch bis zum September glaubten nur die freisinnigen und sozialistischen Blätter an die Möglichkeit einer endgültigen Niederlage für Deutschland. Man weiss nicht, wie die Bevölkerung diese Botschaft auslegte, doch war sie nicht dazu angetan, sie zu beruhigen und über die Zukunft aufzuklären. Ebenso wenig wie die Ansprache vom 25. Juni antwortete sie auf die entscheidende Frage: Wie weit konnte man die Anpassung treiben, ohne sich selbst zu verleugnen?

Man könnte der Zensur vorwerfen, die Ratlosigkeit gefördert zu haben. Aber in der Deutschschweiz, wo die Neuordnung mit dem Hitlerreich gleichgesetzt wurde, fehlten die Stimmen nicht, die festere Standpunkte bekanntgaben. Die drei grossen meinungsbildenden Tageszeitungen waren ein Beispiel an Entschlossenheit, und am 1. Juli legte Bretscher dem Verwaltungsrat der *Neuen Zürcher Zeitung* dar, dass ein «freiwilliges Anpassen» nicht in Betracht komme, bevor Deutschland gezeigt habe, was es mit dem eroberten Europa anfangen wolle. Die Schweiz würde sich dabei nur den Verlust ihrer Identität einhandeln und die Verachtung des Auslandes, wo man sie reif für den Einmarsch halten würde.<sup>92</sup> Das war auch eine abwartende Haltung, die von der britischen Niederlage ausging. Selbst in dieser Zeitung drangen manchmal nachgiebige Töne durch. Die Behauptung, dass man in jedem Fall die Grundlagen unserer Eigenart bewahren muss, indem man eine Art Anpassung prüft, oder die Unterscheidung zwischen dem «Blick nach vorn» und der «Flucht nach vorn»<sup>93</sup>, das sind bequeme intellektuelle Alibis, welche man auch bei Journalisten mit weniger Rückgrat findet.

Um die Gegensätze zwischen Idealisten und Realisten zu veranschaulichen, könnte man behaupten, dass die Bereitwilligkeit zur Anpassung im Verhältnis

steht zum Platz, den man den wirtschaftlichen Notwendigkeiten einräumt. Die Zeitungen und die Bürger, welche die materiellen Opfer und Einschränkungen bejahten, konnten die höchsten Ansprüche im Bereich der politischen Ethik stellen. So jedenfalls verstanden es die von Hausamann zitierten Nazigrößen (siehe oben). Der Vorrang, den man den materiellen Erfordernissen einräumte, erklärt vielleicht auch die Kehrtwendungen und die Unschlüssigkeit von Zeitungen und von sozialistischen Abgeordneten im Parlament.<sup>94</sup> Die Gefahr der Einschnürung des Landes und einer allgemeinen Arbeitslosigkeit, verbunden mit den Lockungen eines Staates, der das Kapital gebändigt hatte, lag auf der Hand in dieser Zeit moralischer Niedergeschlagenheit.

Diese Feststellungen bezeugen bloss, wie allgemein verbreitet die Verwirrung war. Im Allgemeinen schöpften die Zeitungen im Juli, nachdem der Schock der französischen Niederlage überwunden war, wieder Hoffnung. Allmählich erschien der Ausgang des Krieges, der zu Beginn des Monats so offensichtlich war, etwas weniger gewiss und die Zähigkeit der Briten weniger sinnlos. Das Schicksal gewährte England noch einen Aufschub, und sein Widerstand konnte uns als Beispiel dienen. Eine Art Schicksalsgemeinschaft verband die zwei Völker. Über die Katastrophe hinaus tauchte die alte Gewissheit wieder auf, dass die Schweiz immer noch auf diese demokratische Nation zählen durfte.

Dieser Hauch von Zuversicht war nicht frei von Anwandlungen der Reue, von wiederholten Betrachtungen über die Anpassung. Das oben erwähnte Beispiel der *NZZ* ist charakteristisch; es stammt vom 25. Juli. Deshalb notiert die Wehrmacht noch für die zweite Hälfte dieses Monats den häufigen Gesinnungswandel der Zeitungen, die an einem Tag die neue Ordnung bejahten, um am nächsten ihren Schwächeanfall zu bedauern. Was die Gesandtschaft betrifft, kostet sie am 29. Juni die schmerzliche Bekehrung der Presse zum Realismus und zum gesunden Menschenverstand aus, stellt sich aber Fragen über ihre Tiefenwirkung.

In einer Gesamtbeurteilung der Schweizer Presse in der ersten Julihälfte macht sich die Wehrmacht keine Illusionen über die wahren Gefühle der Journalisten: Verschiedene Tatsachen «zeigen, wie wenig man von einem Wandel in der tieferen Einstellung der Schweizer Presse oder in ihrer Anerkennung der politischen Wirklichkeit sprechen kann.»<sup>95</sup> Diese fortdauernde Feindseligkeit, die hier von den deutschen Spezialisten zugegeben wird, sollte am Ende als Kraftfeld für die Aufrufe zum Widerstand im Land dienen.

Es ist schwierig, das Zeitungswesen der Westschweiz, der Deutschschweiz und des Tessins miteinander zu vergleichen, weil die Kenntnisse, die man

davon hat, von sehr unterschiedlichem Wertend. Das Urteil von Bonjour ist zu wenig nuanciert und chronologisch zu ungenau, wenn er die Presse als «einen der Pfeiler des Widerstands» bezeichnet.<sup>96</sup> Die Westschweizer Zeitungen neigten wahrscheinlich eher dazu, Kompromisse mit dem neuen Europa einzugehen, jenem von Pétain, als die Deutschschweizer, aber man darf nicht meinen, dass die *NZZ* oder *der Bund* die ganze Presse jenseits der Saane vertreten. Diese hat vielmehr die gleichen Qualen, die gleichen Ungewissheiten und ähnliche Versuchungen gekannt. Die Regeln der Zensur waren dieselben, die Fluten der deutschen Propaganda aber mächtiger.

Einmal mehr unterstützten Geschichte und überlieferte Werte den Kampf gegen die Nazis: Die Schweizer hatten schon Umwälzungen und Erschütterungen in den Machtverhältnissen erlebt. Der Lebenswille hatte sie schon andere Feuerproben überstehen lassen. Auf dem entfesselten Meer zeigt der *Nebelspalter* vom 21. Juni den gebrechlichen Schweizer Nauen mit Willhelm Tell am Ruder: «Wir haben einen guten Steueremann an Bord!» Diese Aufrufe waren gerne von Ermahnungen begleitet, die helvetische Unverfälschtheit wiederzufinden: Der Stil von Pétain war nicht so weit entfernt von der Geistigen Landesverteidigung! Er bewerkstelligte den Übergang zwischen der Versuchung zur Anpassung und dem Widerstand, der sich im September klar abzeichnete. Die Beobachter der Wehrmacht, welche gespannt auf Anzeichen der Anpassung lauerten, vermerkten anfangs August: «Man bemüht sich immer, sich auf die überkommenen geistigen Überlieferungen zu beziehen, und man schiebt alle Neuerungen zur Seite, die von Deutschland oder Italien kommen.»<sup>97</sup> Die Richtung der Bemühungen war jenseits des Rheins vollkommen begriffen worden.

### Depression in der Armee

Im Juni und Juli teilen die Redaktionen das Zaudern ihres Publikums und suchen ihren Weg inmitten eines Europas, dessen Zukunft noch weit von einem klaren Umriss entfernt ist. Auf deutscher und deutschfreundlicher Seite hat man ziemlich feste Vorstellungen von der Anpassung des Landes und seiner Institutionen. Presse und öffentliche Meinung insgesamt erfassen nur schlecht deren Bedingungen und Preis. Eine Verstärkung der Autorität und der Befugnisse der Regierung sind zwar erwünscht, nicht aber die Aufgabe der persönlichen Freiheiten und der Volksrechte. Zwischen diesen zweien schlängelt sich die Linie durch. Militärisch erkennt man klar den Angriff feindlicher Armeen, die einmarschieren; zwischen der Kapitulation

und dem Kampf ist die Wahl offensichtlich, auch wenn die Entscheidung schwierig ist. Im Nervenkrieg dagegen sind die Wahlmöglichkeiten zahlreich und ihre Folgen ungewiss.

In seinem Tagebuch unterscheidet Barbey nicht zwischen Zivilisten und Militärs, als er am 28. Juni eine allgemeine Aufregung anzeigt. Sie war zweifellos überall gleich, aus ähnlichen, aber nicht in allen Punkten übereinstimmenden Gründen. Gleiches gilt für die Gegenmittel: Die Armee verfügte über kräftigere Mittel als die Verwaltungsbehörden.

Die Berichte, die im Generalstab zusammenströmten, lassen sich in folgender Bemerkung zusammenfassen: Vom Waffenstillstand bis zum 25. Juli, das ist «auf moralischer Ebene die schwierigste Zeit des Aktivdienstes». Es handelt sich nicht um Panik, noch um Auflehnung, sondern eher um Unsicherheit und Mangel an Vertrauen in die Führung.<sup>98</sup> Die gewöhnlichste und offensichtlichste Ursache lag darin, dass die Zuverlässigkeit der Widerstandsmittel abhanden gekommen war: Je mehr man auf die französische Armee und ihre sturmsichere Maginot-Linie gesetzt hatte, desto brutaler musste der Schock sein. Auch bei uns herrschte der Glaube an die statische Verteidigung und an all die zahlreichen Festungen, welche seit September 1939 oder Mai 1940 teilweise durch die Truppen mit Feuereifer erstellt worden waren. Woran konnte man sich klammern gegen den Blitzkrieg? Der Mangel an Fahrzeugen, Panzern, Flugzeugen schien jeglichen Widerstand vergeblich zu machen. Die Militärs aller Grade waren sich dessen ebenso sehr, wenn nicht stärker bewusst als die Zivilisten. Zitieren wir zum Beispiel einen Bericht des ersten Armeekorps, wo die französische Niederlage «den Eindruck der Nutzlosigkeit unserer Anstrengungen gegenüber einer erdrückenden Waffenausrüstung erzeugt hat»; oder einen Berner Landsturmsoldaten, dem es meist nicht gelang, seine Kameraden davon zu überzeugen, dass die Verteidigung noch möglich war; er schloss aus seiner Umfrage, dass in den andern Territorialkompanien 50% der Bestände diese Entmutigung teilten.<sup>99</sup> Viele Offiziere fragten an, was sie den Soldaten sagen sollten, deren Demoralisierung sie wohl erkannten.

Trotzdem war der schlimmste Augenblick wahrscheinlich nicht der Waffenstillstand<sup>100</sup>, sondern die Wirkung der präsidentialen Ansprache, die man in der Armee nicht unbedingt nach denselben Massstäben beurteilte wie die übrige Bevölkerung und welche offenbar den Widerstandswillen in Frage stellte. Die versprochene Teildemobilmachung begann am 6. Juli und verschlimmerte die Krise: Sie empörte gewisse stark motivierte Einheiten, die angesichts dieses Aufgebens «nahe an der Meuterei» waren oder tief deprimiert, als sie erfuhren, dass sie auf die Weiterführung der laufenden Befestigungsarbeiten verzichten sollten.<sup>101</sup> Noch häufiger



verstärkten sich Gleichgültigkeit und Gehässigkeit bei jenen, die nicht entlassen wurden: Was nützt es zu arbeiten, wenn es doch zwecklos ist? Im Übrigen ist der Krieg vorbei ...

«Hier in der Armee», schreibt ein junger Soldat, den die Sprüche noch nicht aufgebotener Kameraden ärgern, «ist die Stimmung ganz verschieden von jener im Zivilleben. Sind wir so taub, dass wir es nicht hören?» Der Soldat sagt es gewiss nicht offen, aber er denkt es: «Wozu kämpfen?» und «warum sollen alle krepieren gegen eine solche Übermacht?» «Das lähmt unsere Widerstandskraft.» In der gleichen Logik dachten noch viele andere, laut einem weiteren Beobachter: «Der Krieg um uns herum ist zu Ende. Der Bundespräsident hat es selbst gesagt.»<sup>102</sup> Diese letzte Aussage, nachträglich zu den Ereignissen, könnte von der Weltanschauung des Autors oder von der Zeit beeinflusst sein.

Das spontane Zeugnis eines Aufgebotenen lässt einen anderen Ton hören, der politischer, aber fast ebenso entmutigt ist: «Viele erklären dir rundheraus, dass man dem gegenwärtigen Bundesrat keinerlei Vertrauen entgegenbringen kann. Zahlreiche seiner Erklärungen, und vor allem die letzte des Bundespräsidenten Pilet-Golaz, beweisen, wie sehr er bereit ist, sich den deutschen Forderungen zu beugen. Hoffen wir, dass der General fest bleibt und sich von der Regierung im entscheidenden Augenblick nicht dazu überreden lässt, die Schweiz zu verkaufen.»<sup>103</sup> Dieses Misstrauen konnte leicht zu einer Infragestellung der geltenden Ordnung oder der Behörden allgemein führen, was die Diagnose der Psychologen der APF über eine vorrevolutionäre Stimmung zu bestätigen schien.

Das Ende der Operationen an den Grenzen und der Internierungsarbeiten Hess auf die Spannung die Untätigkeit folgen, was die Atmosphäre besonders in den auf dem Jura stationierten Einheiten noch drückender machte. Und natürlich tauchte erneut die ewige Frage der Männer auf, welche sahen, wie ihre Kameraden in den Urlaub zogen oder gar entlassen wurden (die ältesten, z.B.): Warum diese? In der 3. Division konnten nur die Landwirte der meist bäuerlichen Einheiten die Uniform ablegen. Aber die Kleinbauern ihrerseits beklagten sich, dass die Grossbauern weniger Dienst zu leisten hätten, weil sie sich ein Pferd kaufen konnten und so in die weniger häufig aufgebotene Kavallerie eingeteilt wurden.<sup>104</sup> Die Verringerung der Bestände Hess die Aufgebotenen glauben, dass sie nur noch pro forma da seien, um dem Prinzip der bewaffneten Neutralität Genüge zu tun oder aus innenpolitischen Gründen.

«Die Truppe ist an einem Punkt angelangt, wo der moralische Widerstand viel wichtiger ist als die Möglichkeiten des Widerstandes.» Die Einheitsrapporte schreiben diese Einstellung gerne dem Mangel an *soldatischer* Haltung von

Männern zu, die nur zu leicht entmutigt und zu sehr mit sich selbst beschäftigt seien, anstatt für die Allgemeinheit zu leben: «Was Marschall Pétain von der Verweichlichung der Franzosen sagt, ist in gleichem Masse für uns alle gültig.»<sup>105</sup> Die Umstände, verbunden mit der Ausdrucksweise der Geistigen Landesverteidigung und dem Stil der militärischen Ansprachen, begünstigten diese pathetisch-ethischen Urteile.

Die Haltung der Zivilisten trug zu dieser Bitterkeit bei: Die Unternehmen verlangten Urlaube für ihr Personal, jetzt wo die Gefahr abgewendet war und die gewöhnlichen Aufgaben ihre Vorrangstellung wiedererlangten. Jene, die in der Armee verblieben, wurden allmählich als Faulenzer angesehen. Einmal mehr stellte sich das ewige Problem der Männer, die aus dem Urlaub verbittert zurückkehrten, nachdem sie Spässe und Kritik ertragen hatten.<sup>106</sup>

Es gehörte zum guten Ton in der Armee, das Hinterland zu kritisieren, aber auch im Offizierskorps herrschte keine einheitliche Sicht der Dinge. Gewisse Offiziere, und nicht die geringsten, wie der Korpskommandant Wille, verlangten am Ende des Monats die völlige Demobilmachung, da der Krieg sich vom Kontinent entfernt hatte und weil die Neutralität in Gegenwart einer einzigen Grossmacht auf andere Weise gehandhabt werden musste.

Das Truppenaufgebot beizubehalten konnte nunmehr nicht anders als gegen Deutschland gerichtet erklärt werden.<sup>107</sup> Die Druckversuche in dieser Richtung erfolgten auf der höchsten Ebene des Staates und der Armee. Sie fanden in der einen oder andern Form unweigerlich ihren Widerhall bis in die unteren Ränge.

### **Die Armee wieder im Griff**

Angesichts so vieler Unsicherheiten hatte der General den Bundesrat angefragt, ob sein Auftrag, das Land zu verteidigen, bestätigt werde trotz der neuen Lage. In Erwartung einer Antwort legte er, beinahe am Tag nach Pilets Rede, ein Dokument vor, in dem er versicherte, dass die Armee ungeachtet der Teildemobilisation ihre Aufgabe weiterführen werde und dass die Arbeitslosen in Einheiten von Freiwilligen Dienst leisten könnten. Dieses letztere Angebot passte schlecht zu den Versprechen der Regierung (wurde aber vom Bundesrat am 5. Juli übernommen, zweifellos der Not gehorchend). Am 2. Juli erhielt der General von der Regierung eine zustimmende Antwort und wiederholte seine Botschaft in einem Armeebefehl, der den Truppen ihren Auftrag nochmals erklären und ihnen Mut machen sollte: Der Krieg ging wei-

ter und konnte uns aufs Neue bedrohen. Gegenüber mächtigeren Armeen sollte man wieder Vertrauen fassen, denn das geschickt ausgenützte günstige Gelände behielt seine Abschreckungskraft. Am Ende schrieb der General nicht ohne Gewandtheit: «Selbst, wenn wir nicht einen unmittelbaren Sieg davontragen sollten, werden wir doch kämpfen.»<sup>108</sup>

Dieser Aufruf genügte nicht, die Lage wiederherzustellen, konnte aber eine Grundlage bilden für die längerfristigen Bemühungen des Kaders. «Von verschiedenen Seiten», schrieb der Feldprediger der 7. Division, «beharrt man auf der Pflicht, jede Woche den immer noch Aufgebotenen kurze Ansprachen zu halten, um ihre Moral zu unterstützen, ihnen die Notwendigkeit der Fortsetzung des bewaffneten Dienstes zu erklären, das Vertrauen in ihre Handlungsfähigkeit und in die Verteidigungsmöglichkeiten zu vergrössern und zu erhalten.»<sup>109</sup>

Solche Ansprachen wurden anscheinend sehr geschätzt, denn die Soldaten hatten Verlangen nach Informationen und Erklärungen. Dieses Bedürfnis zu stillen, hatte H&H seit dem dritten Quartal *Gesprächspläne* verbreitet, die Vortragsmuster zu den verschiedensten Themen bereitstellten, welche die Männer interessieren konnten: «Gottfried Keller, ein Schutzgeist unseres Vaterlandes», die Panzerabwehr, der Opfersinn etc. Einer der Spezialisten dieses Fachs, Oberst O. Frey, erklärte zum Beispiel seinem Regiment, dass sogar ein aussichtsloser Kampf nie nutzlos ist und dass man nur verloren ist, wenn man kapituliert. Er ging so weit, General de Gaulle als Fortsetzer der militärischen Tradition zu erwähnen. Gewiss hatte er die Regeln der Disziplin verletzt, aber ein Soldat gibt den Kampf nicht auf. In einem Aufsatz vom 27. Juli rief er auch in Erinnerung, dass sogar Deutschland es sich zweimal überlegen würde, eine festentschlossene Nation anzugreifen, und dass ein Land, das aufgibt, zu einer Provinz wird, die nie mehr ihre Selbständigkeit wiederfindet: ihre Zukunft heisst, den Meister wechseln.<sup>110</sup>

Die ersten Anstrengungen zur moralischen Aufrüstung, welche durch die knappe Botschaft vom 2. Juli eröffnet worden waren, hatten unterschiedlichen und mehr oder weniger raschen Erfolg. Die Güte der Kader spielte eine entscheidende Rolle für den Ausgang des Versuchs. Gegen den 20. Juli befanden die Psychologen der APF, dass das Wesentliche gewonnen war, selbst wenn die Müdigkeit nicht völlig überwunden und die Krise nicht überall besiegt war. In der letzten Juliwoche hingegen scheint die Moral in Ermangelung einer sichtbaren Gefahr und einer klaren politischen Linie einen Rückfall erlitten zu haben.

Auch die neue Strategie begann ab Mitte Monat etwelche Unruhe zu stiften: In der Tat wurden vom 13. an Befehle erteilt, um heimlich den Übergang ins Ré-

duit vorzubereiten. Die Aufgabe der Grenzstellungen durch den Grossteil der Armee, welche sich auf die Verteidigung des Alpenmassivs zurückzog, konnte den Truppen nicht völlig erklärt werden. Die 3. Division beispielsweise bekundete Mühe, die unvollendeten Werke zu verlassen sowie die Arbeitsgebiete und -orte aufzugeben, die auf der Dislozierung durchquert werden mussten. Doch ein Sechstagemarsch vom Fricktal ins Berner Oberland, gefolgt von einer Zeit der Gebirgsausbildung, heiterte die Männer wieder auf und erleichterte das erneute Anziehen der Zügel.<sup>111</sup>

Wenn die Krise lange nicht gemeistert wurde und sich noch bis in den August hinein zog, so weil sie über das blosse Problem der Urlaube und der Widerstandsfähigkeit hinausging. Indem man sich an einen berühmten Roman von Lartéguy anlehnt, *Les Centurions*, könnte man bei mehreren Offizieren ein Zenturionsyndrom diagnostizieren. Man kennt das Thema dieser Gelegenheitsdichtung, in der die Soldaten sich aufopfern, um ein französisches Algerien zu retten, das die öffentliche Meinung im Mutterland schon aufgegeben hat. Wie früher die Wachposten entlang der Grenze eines dekadenten römischen Reichs.

Man könnte das Übel bequem und fälschlich Pilet-Golaz anlasten, denn seine Rede symbolisierte mehr und mehr das Ungenügen der Staatsgewalt, Befehle zu erteilen, die Willenskräfte und den Widerstandsgeist zu wecken. Das Reich würde nämlich die Schweiz nur respektieren, wenn diese sich weigerte, im Geringsten nachzugeben und wenn sie ihre militärische Stärke behauptete. Die Behörden wollten dies nicht begreifen und machten Konzessionen, die Armee drängte sich daher als einzige Hüterin des Widerstandsgeistes auf.

Nach Abschluss einer Vortragstournee in der 1. Division, wo er sich mit zahlreichen Offizieren unterhalten hatte, definierte Major de Traz dieses Syndrom gut, welches er in einem Bericht so beschrieb: «... 3) Die Zivilbehörden entmutigen zu oft den Militärg Geist. Indem sie auf Entlassungen und Urlaube drängen, nehmen sie den Männern das Gefühl für die Notwendigkeit des Dienstes. Sie «verstehen nichts davon». «Die Beamten sind gegen uns». 4) Ich verzeichne die allgemeine Abneigung, die der Politiker bei meinen Gesprächspartnern erweckt. «Sie wollen nur dem Wähler schmeicheln ... zum Ausgeben verleiten». 5) Nicht wenige Offiziere verwundern sich über die falsche Sicherheit, in der die meisten Zivilisten leben. Denn aufs Ganze genommen sind wir von Gefahren umgeben, nicht nur militärisch, sondern auch politisch und wirtschaftlich. «Man versucht die Öffentlichkeit zu sehr zu beruhigen, wo man sie doch beunruhigen müsste, um sie in Atem zu halten und

dazu zu bringen, die Rationierungs- und Mobilisierungsmassnahmen anzunehmen.» «Die öffentliche Meinung geht von der vollkommensten Ruhe zur plötzlichen Panik über.» Die Behörden irren sich, wenn sie glauben diese Illusionen seien nützlich. Sie sind gefährlich. Wir sollten moralisch im Belagerungszustand leben.»<sup>112</sup>

Aus der gleichen Haltung heraus stellt der Hauptmann im Generalstab Ernst am 22. Juli fest, dass die Offiziere, und unter ihnen die besten, den Verrat fürchten und der politischen Gewalt misstrauen. Sogar das Armeekommando hat der Idee einer allgemeinen Demobilmachung nicht widersprochen, noch daran erinnert, dass die Stunde des Kampfes vielleicht bald kommen werde.<sup>113</sup> Diese verschiedenen Formen des Misstrauens werden zu einem Symptom von Zenturionen-Geist, wenn sie in die Rechtfertigung der Militarisierung der Bevölkerung münden: Das Heil der Schweiz liegt darin, «die ertümliche Kraft unserer Armee in Bezug auf Reinheit des Denkens, Disziplin und Kaltblütigkeit, Mut, Tatkraft, Ehrgefühl ...» auf das Zivilleben zu übertragen. «Die Truppe hat gezeigt, wozu sie fähig ist unter einer gerechten Führung». Es liegt am Volk, seine Führer im Kampf ums Dasein zu wählen!<sup>114</sup>

In dieser Dramatik der Beziehungen zwischen Bevölkerung, Staat und Armee ist erstere das passive, aber wesentliche Streitobjekt. Nur die Armee ist fähig, eine richtungslose, völlig verfallene öffentliche Meinung wieder in die Hand zu nehmen: «Man muss Schluss machen mit diesem Geisteszustand der Zivilbevölkerung, egal wie», sagt noch ein Gesprächspartner von de Traz. Eine der Tugenden, deren Bedeutung das Volk erst wieder lernen muss, ist die Ehre, deren einziger Hort die Armee geblieben ist. «Ein junger Offizier ruft plötzlich aus: «Warum spricht man uns nicht von der Ehre? Man muss jedem Einzelnen zeigen, welche Ehre es ist, Schweizer zu sein.» Der Ausdruck erscheint mehrmals in den Berichten und Referaten von Offizieren. Man würde ihn zweifellos viel seltener bei den Politikern finden. Er bedeutet also, dass sogar ein verzweifelter Kampf bis zum Ende geführt werden muss und dass man erhobenen Hauptes sterben soll. Weil es sich gehört, dafür eine Nützlichkeits-Begründung zu geben – die Schweiz ist keine aristokratische Gesellschaft –, wird noch beigelegt, dass ein Opfer nie verloren ist und die Zukunft des Vaterlandes bewahrt. Die gleichen Gefühle liegen der Verschwörung der Offiziere zugrunde und, weniger gewaltsam, der Tätigkeit von H&H. «Der Geist ist wichtiger als das Brot», sollte Hauptmann Ernst ausrufen, um eine antimaterialistische moralische Erneuerung zu fordern. Dies ist die Sprache der patriotischen Idealisten, die in ihrer Rhetorik ihren faschistischen Gegnern so nahekommen. Das Psychologienbüro

der APF hat diese militaristische Ideologie erfasst, wenn es die *Landsknechtmentalität* und die *Heldentodstimmung* erwähnt, welche den Defätismus der Umgebung bekämpft.<sup>115</sup>

Der Zenturion schenkt sein Vertrauen nur seinen Leuten und seinen Vorgesetzten, wie jene jungen Offiziere von de Traz: «Sie haben Vertrauen zu ihrer Truppe. Sobald man von unseren Leuten etwas verlangt, zeigen sie Schneid ... Sie glauben nicht mehr an die Zeitungen, noch ans Radio, ja manche glauben nicht mehr an die Behörden, aber sie schenken ihr ganzes Vertrauen ihren Obern.» Sie nennen auch gerne das Beispiel der deutschen Armee, welche über eine geschickte Radio Werbung verfügt und über eine begeisternde Propaganda, dank ihrer «kurzen aber wirksamen Losungsworte». Unbehaglich angesichts des Abstandes, den die Offiziere zu ihren Untergebenen fühlen, sind sie auch beeindruckt von der «Intimität», die in der Wehrmacht herrscht. Sie sind nicht die einzigen, welche diese Distanziertheit bedauern: Die Psychologen der APF klagen sie auch an als Quelle von Ressentiments für die Soldaten. Sie erwähnen auch die Versuchung, die Zahl der Berufsmilitärs in der Armee zu erhöhen aus Sorge um die technische Verbesserung. Hier handelt es sich offensichtlich nicht um Anpassung, sondern um die Anwendung der Verfahren, welche die Deutschen zum Sieg führten.

Für die Offiziere von de Traz mündet dies folgerichtig in die Verteidigung des Militärkorps gegenüber den Zivilen. Unter den in Betracht gezogenen Massnahmen ist ein Verband der Mobilisierten: «Die grosse Zahl der Verbandsmitglieder, alles Wähler, würde die Zivilbehörden dazu bringen, sich zu ihren Gunsten zu verwenden ... Kurz, man müsste im Namen der Armee die *Rechte des Demobilisierten* formulieren und verteidigen. «Wir haben den Eid geschworen», sagt ein Korporal, «die Zivilisten nicht. Das verleiht uns eine andere Stellung.» «Die Militärs sind durch einen Eid gebunden, die Zivilen sind nicht *verpflichtet*.» Gegen die Ungerechtigkeiten in der Beschäftigung, zum Beispiel, sollte man «Zwang anwenden». Und endlich: «Wenn man die Wirklichkeit der praktischen Solidarität, der aktiven Kameradschaft, auf die Zivilisten ausdehnt, wird es gelingen, eine feste gesellschaftliche Grundlage zu errichten, organische Zellen, welche «sich der Unzahl von Individualismen und dem Durcheinander des zivilen Milieus entgegenstemmen.»

De Traz sah diese Symptome keineswegs als geeignet an, einen Kastengeist herauszubilden, eine Elite von Helden, was seinen Beobachtungen mehr Gewicht verleiht; er verfiel keine These, sondern stellt eine gewisse Zahl von gemeinsamen Reaktionen fest. Man könnte das auch in den deutschschweizerischen und

Tessiner Einheiten wiederfinden. Die Anspielungen von Ernst und jene der Psychologen würden es wohl vermuten lassen, ausgehend von jenem allgemeinen Gefühl der Bitterkeit und des Misstrauens gegenüber den ausweichenden Behörden und der gedankenlosen Bevölkerung.

Als Hinweis auf dieses Syndrom könnte man ausserhalb der 1. Division Wartenweiler erwähnen und sein Projekt einer nationalen Ausrichtung durch die Armee oder die berühmte militärische Verschwörung, welche die Absichten der Gesprächspartner von de Traz in die Tat umsetzte. Man kennt die Geschichte dieser siebenunddreissig Offiziere, die sich um die Hauptleute Ernst, Waibel, Hausamann etc. scharten, um eine Art Putsch vorzubereiten, falls der Bundesrat Deutschland nachgeben sollte. Entstanden Ende Juni, entdeckt infolge eines falschen Manövers, endete die Verschwörung am 3. Oktober mit der Verhaftung ihrer Mitglieder. Nachdem sie auf diskrete Weise zu leichten Strafen verurteilt worden waren, nahmen sie ihre Tätigkeiten und ihre Karriere ungestört wieder auf. Zur Unterstützung unserer Behauptung könnte man diesen Satz aus einer Eingabe von Ernst zitieren: Das Misstrauen gegen die Regierung und die Ungewissheit über die Haltung des Generals «zwingen uns dazu, eine Art Selbstschutz im Interesse unserer Ehre zu errichten.» Man findet hier die Einstellung wieder, welche das Verhalten der Offiziere von de Traz begründete. Ebenso führte der Ehrgeiz der Verschworenen, «eine neue Schweiz zu schaffen, gestützt auf die Grundsätze der militärischen Kameradschaft und der Disziplin, des Föderalismus, der völligen Achtung der Person und der Familie sowie auf die Ablehnung des totalitären Staates»<sup>116</sup>, die Überlegung unserer Westschweizer Zenturionen weiter.

Man braucht die Stärke dieses Kastengeistes nicht übertreiben: Die Verschwörer hatten nicht ein ungeteiltes Vertrauen in die Armee und fragten sich sogar, ob Guisan nicht zur Standfestigkeit gezwungen werden müsste, was zur Notwendigkeit führte, wenige Leute einzuweihen und die Gruppe zu beschränken. Die Verschwörung hatte die Spitze im Visier, wie eine Art Prätorianer-Kamarilla, wobei die Truppe keine oder nur eine zweitrangige Rolle spielte. Der Geist ist wohl jener von Offizieren, die sich nunmehr als einzige Träger der Nationalidee fühlen, die aber von den technischen Vorbereitungen ihrer Aktion zu sehr mit Beschlag belegt sind, um ein umfassendes Programm zu erwägen, das über die paar oben erwähnten, undeutlichen Grundsätze hinausgeht. Mehr als einen Cäsarismus mit der Absicht, die Gesellschaft zu militarisieren, wollten sie den Willen zum Widerstand *innerhalb* der Armee verbreiten, die Kapitulation verhindern und eine Militärreform vorbereiten.<sup>117</sup>

## Die Rütli-Rede

Der General beruhigte die Verschworenen mindestens teilweise anlässlich seiner Kundgebung vom 25. Juli auf dem Rütli, wo er die grössten Doppeldeutigkeiten ausräumte und die Atmosphäre reinigte. Den höheren Offizieren, die er auf der historischen Wiese versammelt hatte, bestätigte er, dass das nun auf sich allein gestellte Land sich verteidigen würde, aber nach einer neuen Strategie, nämlich jener des nationalen Réduits. Diese Enthüllung war vom ausdrücklichen Befehl begleitet, die Moral zu heben, und von einem Aufruf zu einer echt schweizerischen «nationalen Erneuerung».<sup>118</sup> An die Soldaten richtete er darauf einen Armeebefehl, der an das Vertrauen appellieren sollte, weil das Geheimnis der neuen Verteidigungslinie nach allen Richtungen nicht preisgegeben werden sollte. Aber diese Neuaufstellung erklärte das Aufgeben der alten Stellungen, was die Soldaten, wie der General wusste, so tief verwirrt hatte. Er wiederholte auch, dass man sich stets bereit halten sollte und an die Wirksamkeit unsere Verteidigung glauben müsse, «wenn jeder es will».

Man kann diese Dokumente wie eine Antwort an den Bundesrat betrachten. So wurden sie damals verstanden. In dieser Sicht sind sie eines der wichtigen Elemente zur Bildung jener öffentlichen Meinung, wonach der General und die Armee widerstehen, während die Regierung zurückweicht. Diese verkürzte Sicht drängte sich in der Stunde der Krise natürlich auf, wo die Unterscheidungen nicht am Platz sind. Nachträglich erscheinen diese Botschaften eher als Ergänzung zur Ansprache vom 25. Juni. Ihr Ziel ist vorrangig das Volk und die Armee, deren Kräfte sie bündeln wollen. Die Rede von Pilet-Golaz war auch aufs Ausland gerichtet. Die Wirkung war daher umgekehrt: Im Juni wurde das Volk in seinen Erwartungen letztlich enttäuscht, und Deutschland war beruhigt; im Juli fasste es wieder Mut, aber die Achse empörte sich, und der Bundesrat blieb zurückhaltend oder peinlich berührt, um nicht mehr zu sagen: Seine Aussenpolitik konnte nur Schaden nehmen bei diesem Säbelrasseln.

## Ein schwieriger Wiederaufbau

Am 31. Juli 1940 erinnerte der General in einer an jeden Soldaten gerichteten Botschaft zum 1. August einmal mehr daran, dass die militärische Bedrohung ernster als je weiterbestehe und dass die Armee auch in neuer strategischer Aufstellung ihren



Auftrag beibehalten werde.<sup>119</sup> Schliesslich veröffentlichte er am Nationalfeiertag einen an die Bevölkerung gerichteten Tagesbefehl, in dem er die heldenhafte Vergangenheit beschwor, dann die Gegenwart der Prüflingen, um dann geschickt zwei Modethemen wieder aufzugreifen; zunächst die Teildemobilmachung, «um wenn irgend möglich der nationalen Wirtschaft die verlangten Arbeitskräfte zurückzugeben»; sodann auf die Zukunft bezogen, die nicht «durch ein Wunder» entstehen werde, stellte er seine Auslegung der «nationalen Erneuerung» vor: «Denkt über diese neue Welt nach, eine bessere, die ihr mit euren Wünschen herbeiruft.» Der General gab hier die Antworten auf die bohrenden Fragen, welche in allen Berichten über die Aufgabe und die Mittel der Armee auftauchten. Er lüftete den Schleier über dem Réduit nicht. Wenn die Soldaten darüber mehr oder weniger Bescheid wussten durch ihre Vorgesetzten, so konnte das nicht für die Gesamtheit der Bevölkerung gelten, was die Überzeugungskraft dieser Botschaften bei den Zivilisten erheblich abschwächte.

### In der Armee

Es gibt keine Wunder: In der Armee wechselte die Stimmung nicht durch das Zauberwort vom Rütli, dessen Sinn nicht mit einem Schlag auf allen Ebenen erfasst werden konnte. Noch am 13. August vermehrte Hausamann die Beispiele von Defätismus, die er festgestellt hatte und die er vor allem dem Mangel an Vertrauen in die Militärführer und die politischen Verantwortlichen zuschrieb. Drei Viertel der Soldaten glaubten nicht, dass der Kampfbefehl im gegebenen Augenblick wirklich erteilt werde, und 15% blieben gleichgültig. Die 10% Überzeugten konnten sich nicht mehr Gehör verschaffen. Überall hatte Hausamann wiederholen gehört: «Wenn man die Gewissheit hätte, dass man wirklich kämpfen würde, so würde man weiter seine Pflicht tun. Aber alles verweist aufs Gegenteil.»<sup>120</sup> Die Entschlossenheit fehlte in den oberen Rängen, nicht bei der Truppe. Diese Meinung ist anfechtbar, aber es ist sicher, dass das Verhalten der Führung in der Verwirrung ein wesentlicher Faktor ist. Im Nachhinein erklärt sie jedenfalls die gewaltsame Handlung, welche durch die Verschwörung der Offiziere vorbereitet wurde. Ein solches Dokument relativiert die Reichweite der Botschaften des Generals: Sie konnten nur dauerhaft zum Tragen kommen, wenn sie durch die Anstrengungen zum Erklären und durch die Überzeugung der Offiziere auf allen Ebenen fortgesetzt wurden. Daran fehlte es laut Hausamann empfindlich, welcher im Übrigen das Versagen der Kader eher dem verbreite-

ten Mangel an Überzeugungskraft zuschrieb. Dieser Gesichtspunkt relativiert auch die Meinung allzu vieler Offiziere, dass das Zivile die Ursache allen Übels sei. Um die Wirkung der Losungsworte des Generals fortzusetzen, erteilte Divisionär Dollfus H&H drei Aufträge, welche die Schwachstellen der Moral enthüllen. Man muss zu verstehen geben, dass: 1) Wir können uns erfolgreich verteidigen; 2) die Gefahr ist nicht vorbei, man muss fortfahren, sich zum Kampf zu rüsten und Truppen unter den Waffen zu halten; 3) man muss den Opfersinn wiederfinden.<sup>121</sup>

Immerhin verbesserte sich im Ganzen die Stimmung in der Truppe im Verlauf des Monats August; die Erinnerung an die Krise vom Juni-Juli verblasste, und die Einrichtung neuer Kampfstellungen machte die Arbeit wieder anziehender. Allmählich erfassten die Soldaten den Sinn des Armeeauftrags besser, der gleichzeitig traditionell war, da man weiterhin das Land verteidigte, aber auch neu, indem man das zu schützende Territorium ohne Rückzugsmentalität verkleinerte. Der Rest wurde allerdings nicht kampfflos preisgegeben. Auch dies wurde anscheinend verstanden ..., zumindest vorläufig.<sup>122</sup> Der Schweizerische Unteroffiziersverein veröffentlichte im August ein Dokument, das die Strategie des Réduits und seine Erfolgsaussichten erklärte. Es fand laut dem Büro der Psychologen genügend Verbreitung, um zur Aufklärung der Soldaten beizutragen und ihnen den Sinn ihrer Verschiebungen und ihrer neuen Aufgaben verständlich zu machen.<sup>123</sup> «Erst in dem Augenblick, als die Truppe verstand, dass man fest entschlossen war, sich zu verteidigen, wurde der Gemütszustand wieder normal.» Das ist wahr, aber dieser Augenblick kam nicht überall gleichzeitig, und oft blieb die Stimmung gedrückt und entmutigend.<sup>124</sup>

Mehr als je kam den Beziehungen zwischen der Armee und der Zivilbevölkerung eine entscheidende Bedeutung zu: Solange das Hinterland über das neue Dispositiv nicht genau im Bild war, verstand man nicht, was vorging und kritisierte die Mobilmachung. Die Berichte über «das bei klagenswerte Verhalten der Zivilbevölkerung», wie es jener der Gruppe Glämisch ausdrückt, sind einstimmig. Man musste also informieren und eine zivile Moral verbessern, die verheerende Auswirkungen auf jene der Soldaten hatte.<sup>125</sup>

Die Truppenoffiziere trugen eine gemässigte Zuversicht zur Schau. Nicht so die Berichte von H&H. Die Verbindungsoffiziere, welche am 9. August mit einer Umfrage beauftragt wurden, neigten zu einem übertriebenen Pessimismus, um ihre oft bezweifelte Nützlichkeit bestätigt zu sehen, während die Truppenoffiziere nicht den Anschein erwecken wollten] die Form ihrer Einheit lasse zu wünschen übrig. Die Untersuchungsergebnisse der Offiziere von H&H sind im Allgemeinen be-

trüblich: Der Defätismus vom Juni bestand weiter. Verantwortlich im Innern waren dafür in absteigender Rangfolge zuerst der Bundesrat, der «eine zu grosse Neigung, Konzessionen zu machen», habe, sodann die ungenügenden militärischen Vorbereitungen, der Mangel an Informationen über die Verteidigungsmöglichkeiten, die Zivilbevölkerung, die Beziehungen zwischen Offizieren und Soldaten und zuletzt die Zuteilung von Urlauben, «welche nicht aufhört, Unzufriedenheit zu schaffen».<sup>126</sup> Die psychologischen Gründe überwiegen eindeutig in dieser Beurteilung, denn die Mängel militärischer und technischer Natur tauchen nur einmal auf. Dieser Vorrang liegt im Auftrag von H&H begründet, während die Sorgen der Truppenoffiziere vielfältiger sind, die Moral also nur eine unter andern ist, und das Hinterland immer einen breiten Rücken hat ...

Aus diesem Grund ist man gezwungen, die Begeisterung eines Wüst zu dämpfen, der behauptete, alles werde anders, sobald der Major seiner Einheit vom Rütli zurückkehre und endlich die so sehnlich erwarteten Weisungen erteilen werde. Der Brief des Soldaten, den er wiedergibt, bestätigt zweifellos die moralische Wiederaufrichtung, aber war die Wirkung von Dauer, und kann man diesen Eindruck verallgemeinern?<sup>127</sup>

Man darf ohne Weiteres zugeben, dass die Vertrauenskrise nach dem Rütlibericht vorüber war, auch wenn die Regierung noch nicht so gefestigt schien in ihrem Widerstandsgeist, aber die Steigung kann nicht mit einem Anlauf bezwungen werden. Die Beliebtheit des Generals jedenfalls war dauerhaft gesichert, aber das neue Ablösungssystem vom September trug vielleicht noch mehr zu seiner Popularität und zur Verbesserung der Moral bei.

### In der Bevölkerung

Die Zivilbevölkerung folgte trotz grösserer Trägheit nicht einem wesentlich anderen Weg. Ende Juli und anfangs August kann man ein Erstarken feststellen, welches die zwei Botschaften des Generals begünstigt und gleichzeitig von ihnen ermuntert wird. Da sie in diesem günstigen Zeitpunkt erschienen, übten sie die grösstmögliche Wirkung aus. Die Zivilbehörden ihrerseits zogen keinen Gewinn aus der Gelegenheit. Besonders auf Bundesebene enttäuschte die kühle Botschaft des Präsidenten zum Nationalfeiertag, obwohl sie besser aufgenommen wurde als seine berühmte Rede, wo man sich Sorgen machte. Einmal mehr fand man darin nicht die erwarteten Richtungsangaben, und die *Schweizerische Handelszeitung* gab zweifellos einem verbreit-

teten Bedürfnis Ausdruck, wenn sie beklagte, dass der Staat anstelle tatkräftiger Persönlichkeiten bloss Verwaltungsmassnahmen anzubieten habe.<sup>128</sup> Die Stunde verlangte nach charismatischen Führern. Der 1. August hätte zeigen sollen, dass Regierung und Militärkommando übereinstimmen. In Ermangelung dessen übertrug sich das ganze Vertrauen, das man der ersten nicht mehr gewähren mochte, vervielfacht auf das zweite, dessen Popularität von nun an auch bei den Zivilisten garantiert war. Man schloss offenbar daraus, dass der Bundesrat bereit sei, alles aufzugeben, während der General Widerstand leisten wollte. Man hörte den nationalen Ungehorsam gegenüber jeglicher Kapitulation beschwören oder gar eine Militärdiktatur. Ein fernes Echo der Aktion Nationaler Widerstand oder der Offiziersverschwörung?

Auch Duttweiler versammelte die Massen zum Thema «unser Kampf», wobei man besonders seine Aufrufe zum Widerstand beklatschte. Und als in Basel ausserdem ein Offizier das Wort ergriff und in der kräftigen Sprache des Frontsoldaten gegen die Politikaster vom Leder zog und für die Solidarität, da war sein Erfolg noch grösser. Dieser wurde frenetisch «im Augenblick, wo der zähe Wille sich zu schlagen seinen urtümlichen Ausdruck fand». Wenn der Führer des Landesrings die Greise der Politik und der Verwaltung angriff, den Profit, die Zensur, die Militarisierung der Arbeitslosigkeit, dann erhielt er ein lebhaftes Echo; er verstand es, die brennenden Themen und die Gemeinplätze des Augenblicks auszunützen, die in der Stunde der neuen Ordnung und des Erwachens des Bürgersinns eben Mode waren. Er wusste die Tatkräftigen zu preisen, während die Parteien Punkte verloren und man dem Kampf des Gotthardbundes aufmerksame Hoffnungen zuzuwenden schien, vor allem in Zürich.

Die Arbeitsgemeinschaft, welche von nun an die verschiedenen politischen Gruppierungen Berns zusammenfasste, machte gleichfalls Eindruck, vor allem wenn sie sich anderwärts zu bilden schien. Dies war eine interessante und beispielhafte Reform, wenn sie auch nicht den Heissunger nach Erneuerung stillte: Die Parteien blieben die Pfeiler des Systems, und manche befürchteten, diese Gruppe werde zu einer Holding der bürgerlichen Parteien. Die Parteien, das waren die Unpersonen und die schwarzen Schafe. J.-E. Chable wandte sich am 15. Juli an die Jungen, für die «etwas ändern muss», und kritisierte die Politiker und ihre herkömmlichen Gruppierungen, rief aber dazu auf, sie von innen her zu erneuern. Er lenkte vor allem den jugendlichen Tatendrang hin zu einer mannhaften Aufbauarbeit.<sup>129</sup> Pétainismus? Die Arbeit als erneuernde Kraft erinnert an den berühmten Wahlspruch von Vichy, doch Chable leugnete keineswegs ein mit vaterländischen Werten verbundenes demokratisches Erbe.

Die Erneuerung begeisterte nicht jedermann. Mitte August sah das Büro der Psychologen in der Arbeiterklasse, der Bauernsamen und in der Jugend eine Neigung, alles an den Institutionen zu verwerfen, bis hin zum Verzicht auf die Grundsätze der nationalen Politik. Andere wiederum, vielleicht die Mehrzahl, waren den Behörden für ihre Tätigkeit dankbar, wünschten aber gründliche Reformen. Eine dritte Gruppe endlich zeigte sich zufrieden und blieb misstrauisch gegenüber zuviel Erneuerung.<sup>130</sup>

Das Etikett der Erneuerung klebte auch auf viel zu unterschiedlichen Artikeln, als dass eine allgemeine Übereinstimmung möglich gewesen wäre ... Es war leicht, jenen Beifall zu spenden, die Reformen versprachen oder eine neue Gesellschaft, viele blieben aber zweifellos skeptisch oder gegenüber Vorschlägen gegenüber gleichgültig. Man suchte noch immer den grossen, reformerischen und einigenden Aufschwung, der das Licht bringen sollte, so wie man in den schwersten Stunden den charismatischen Führer erwartet hatte.

Man kann nicht von einem ganzen Volk verlangen, seine Kräfte dauernd anzuspannen wie im Mai oder ergriffen zu sein wie um den 1. August.

Die Nationalfeier lässt die Psychologen zum Schluss kommen, dass ein unterschwelliger Patriotismus bereit sei aufzuschliessen, ohne aber allgemein verbreitet zu sein: In Délémont beispielsweise *«versteht das Volk die Situation nicht mehr»*, da es niedergeschmettert sei vom Verschwinden jenes wesentlichen Faktors des Widerstandes, der Frankreich war. In dieser den Deutschen besonders nahe gelegenen Region, die für französische Einflüsse empfänglich war, schien die Aufrechterhaltung bewaffneter Truppen nutzlos. Die Abwehr sah in den Grenzregionen allgemein die Umrisse einer langsamen Bewegung zugunsten des Reichs. Man suchte dort ein besseres Einvernehmen.<sup>131</sup>

Im Verlauf des Monats August gewinnen die Alltagsorgen wieder die Oberhand. Auch die Demobilmachung und die offizielle Haltung der Regierung laden zur Entspannung ein, ebenso wie die Sommerferien. Die äussere Gefahr schwächt sich ab, der Defätismus verwandelt sich in Pessimismus oder in einen «allfälligen Defätismus», welcher die nationale Verteidigung an den britischen Widerstand knüpft: Falls dieser zusammenbricht, wäre es zwecklos, den Kampf zu wagen. Dies ist im Übrigen ein indirekter Hinweis auf das wiedergewonnene Vertrauen in Grossbritannien, das eine Zeitlang so verschrien war. Die einen, wie Hausmann, beklagen die Rückkehr zu den alten Gewohnheiten und Egoismen der Friedenszeit: Man verliert das Interesse an der bewaffneten Verteidigung, ohne zu begreifen, dass

man dadurch den Deutschen den Weg freigibt. Während man die Stunde der Entscheidung nicht länger hinausschieben kann, entweder «sich unermüdlich zum Kampf vorzubereiten oder darauf, die Rolle eines Hilfsvolkes zu spielen», versuchen die Presse, die Regierung, die Mehrheit der Parteiführer eine Entscheidung zu vermeiden oder untergraben die Moral.<sup>132</sup> Im gleichen Geist beklagen die Offiziere im Dienst noch immer die traurige Mentalität der Bevölkerung und ihr Unverständnis für die Mobilisierung. Andere, gemässigtere, wie die Psychologen der APF, argumentieren nicht nur in den Begriffen bewaffnete Verteidigung oder geistige Mobilmachung, sondern geben vielmehr zu, dass im allgemeinen Pessimismus einige Hoffnungen in die Aussichten Grossbritanniens aufkeimen: Die Überflüge englischer Bomber seit der zweiten Augustwoche werden von der Presse nicht einstimmig genug verurteilt, als dass sich die Deutschen nicht beklagten; sie haben vielleicht zunächst bedrückende Wirkungen, aber nicht lange, weil sie die englische Stärke beweisen.<sup>133</sup>

Unter den dringlichsten inneren Problemen schwingt die Arbeitslosigkeit immer noch obenaus: Nicht, dass sie verbreitet gewesen wäre, aber die panische Angst vor ihrer Ausdehnung verschärfte sich mit der Demobilmachung, den Schwierigkeiten der Exportindustrie und mit) der Saumseligkeit der Behörden, die grossen Entscheidungen zu treffen, welche Pilet-Golaz versprochen hatte. Die Arbeiterklasse war natürlich am meisten sensibilisiert und erwartete gewaltige Bauarbeiten wie die Schiffbarmachung des Oberrheins. Die Rentabilitätsberechnungen, welche das Unternehmen verzögern oder verhindern konnten, wurden einfach als plutokratisches Geschwätz abgetan. Die freiwillige Dienstverpflichtung der Arbeitslosen war eine Karrikatur der bindenden Zusage und setzte sie herab in den Stand von Bürgern und Soldaten zweiten Ranges. Wie um die Verbitterung oder den Defätismus zu vergrössern, begann man um den 10. August herum von einem Überangebot an Arbeitsplätzen in Deutschland und im besetzten Europa zu sprechen. Das Ganze vermischte sich leicht mit mehr oder weniger klaren Hoffnungen auf eine Umgestaltung der nationalen Wirtschaftsstrukturen und der Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital in der Fortsetzung der Diskussionen der Dreissigerjahre. Auch auf diesem Gebiet trug der Mythos der Erneuerung seine Früchte. Schliesslich stellte die Unterzeichnung des Handelsabkommens mit Deutschland am 9. August in verschiedenen Kreisen wieder ein grösseres Vertrauen in den Bundesrat her und sogar eine gewisse Zuversicht, obwohl man im Allgemeinen keinen grossen Erfolg von den Verhandlungen erwartet hatte.<sup>134</sup>

Ausser in Genf<sup>135</sup> verloren die Kommunisten an Terrain, und das Verbot ihrer Partei sollte zu Beginn des Monats allgemeiner Gleichgültigkeit begegnen. Fast mit Bedauern stellten die Psychologen den Rückgang des Marxismus fest, der dem Nationalsozialismus freie Bahn Hess. Allerdings kannte dieser ausserhalb von Schaffhausen keinen wirklichen Zuwachs. Viele Leute fragten sich vielmehr, wann man Massnahmen gegen die Fronten ergreifen würde, einige wünschten eher, dass man sie durch eine psychologische Gegenbewegung zurückgewinne.

Mit den Frontisten betritt man einen Bereich, wo sich Dichtung und Wahrheit des deutschen Angriffs eng vermischen. Sie waren mehr oder weniger von Deutschland manipuliert, doch die Dienststellen des Reichs hatten nur mässiges Vertrauen in ihre Führer, und höheren Orts unterstützte man ihre extremen Vorstösse nicht. Es gab andere Kräfte, die wirksamer zu kontrollieren oder zu steuern waren.

## Die psychologische Kriegführung

Man könnte vier Methoden unterscheiden, um die Politik und die öffentliche Meinung der Schweiz von aussen zurechtzubiegen: die diplomatischen Druckversuche, die Pressefeldzüge, die Propaganda und die fünfte Kolonne. Gegen jede dieser Angriffswaffen des Nervenkrieges musste die Schweiz geeignete Abwehrmassnahmen bereitstellen.

### Der diplomatische Druck

Auf dem Gebiet der Diplomatie erfolgten die Interventionen in Bern hauptsächlich durch den Gesandten Köcher und seinen Legationsrat Bibra. In Berlin richteten sie sich an den schweizerischen Gesandten Frölicher. Sie zielten vor allem auf die Presse und ihre als beleidigend und neutralitätswidrig beurteilten Äusserungen. Im Ganzen waren es nicht weniger als 23 diplomatische Noten und 146 offizielle Vorstösse ... ohne die andern zu zählen, welche das deutsche Interesse für unsere Presse verrieten.<sup>136</sup> Diese Einschüchterungstechnik versuchte, die Journalisten auf die Propagandalinie von Goebbels auszurichten, die Uneinsichtigen zum Schweigen zu bringen und die öffentliche Meinung zu beeinflussen, um ihre Widerstandsreflexe zu lähmen; sie war ein Teil der allgemeinen Strategie der Abschnürung der Schweiz, welche es

erlauben würde, militärische Massnahmen zu vermeiden oder deren Risiko und Preis zu vermindern. Der Streit dauerte den ganzen Krieg hindurch, kannte aber einen seiner Höhepunkte im Sommer 1940, wo die Aussichten auf einen *geistigen Anschluss* am günstigsten waren für den Sieger des Augenblicks.

Die Zensur machte die Regierung mitverantwortlich für die Masslosigkeiten der Presse, weil sie diese stillschweigend duldete. Andererseits war für Berlin eine unabhängige Presse, welche keine Auflagen und Richtlinien von offiziellen Stellen erhielt, unvorstellbar. Die *Blutschuldthese* erfuhr ihre kräftigsten Formulierungen im Augenblick, als die Wehrmacht den Gipfel ihrer Macht erklommen hatte. Zwei Beispiele dazu: Am 2. Mai zitierte Ribbentrop Frölicher, um ihm energisch die journalistischen Beleidigungen gegen das Reich und seine Führung vorzuhalten und ihm mit Vergeltungsmassnahmen in der Presse – aber noch nicht anderwärts – zu drohen, falls sich das wiederholen sollte. Der zweite Zwischenfall ereignete sich in Bern, als Bibra dem politischen Departement in Erinnerung rief, dass einer der Gründe für den Angriff auf Belgien und Holland die Verletzung der Neutralität durch ihre Zeitungen gewesen sei. Und er fügte aus persönlichen und freundschaftlichen Motiven hinzu, «dass es vielleicht noch Zeit sei, auf die Schweizer Presse einzuwirken, um unwiderrufliche Folgen zu verhüten».<sup>137</sup>

Die Armee, auf jeden Fall der Nachrichtendienst, nahm die deutliche These ernst, wäre es auch nur deswegen, weil sie wenig Sympathien für die Journalisten empfand. Da sie damals die Schlüssel zur Zensur in Händen hielt, begreift man, dass sie besonders strikte Auflagen machte. Beeindruckt von der Drohung, kamen auch die Verantwortlichen der APF dazu, Neu-Neutralität des Staates mit Neutralität der Gedanken gleichzusetzen.<sup>138</sup> Auf der öffentlichen Ebene drückte sich das durch Mehrdeutigkeiten und den Mangel einer klaren Linie aus, wie wir schon feststellten. Über den Mechanismus der Selbstzensur konnte so die übertriebene Vorsicht der APF die Zaghafte bereits eingeschüchterter Journalisten noch verstärken.

Die Druckversuche wurden deutlich: Am 9. Juni sprach Trump, Presseattaché der deutschen Gesandtschaft, beim Herausgeber des *Bund* vor, damit er seinen Chefredaktor Ernst Schürch ersetze. Bald verband man damit die Namen von Bretscher und Oeri sowie von Lüdi, Direktor der Depeschagentur, der bereits von anderer Seite bedroht war. Die Presseleute taten sich zusammen, Politiker mischten sich ein. Man intervenierte bei Pilet-Golaz, der seinerseits bei der Gesandtschaft gegen diese direkte Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten protestierte. In den ersten Tagen des Augusts wurde dieser sehr wahrscheinlich von Ribbentrop an-



geregte Versuch eingestellt. Der Auftritt des Staates war nicht das ausschlaggebende Element in dieser Affäre. Die Verwaltung unterstützte nur halbherzig eine Presse, welche sie störte. Wenn daher von Widerstandswille oder politischer Ethik die Rede ist, so waren es vor allem Gruppen oder Einzelpersönlichkeiten wie Feldmann, die eine entscheidende Rolle spielten. Eine Art zwanglose Koalition bildete sich und vereitelte den Vorstoss. Ihre Mitglieder weigerten sich, in einem Hauptpunkt nachzugeben. Andernfalls hätte das neue Eingriffe nach sich gezogen und die vollständige Gleichschaltung der Presse.<sup>139</sup>

Die Trump-Affäre wurde sehr diskret abgewickelt. Dennoch drangen Gerüchte nach aussen; die Psychologen der APF vermerkten eine angebliche Gutheissung der Vertreibung Schürchs durch den Bundesrat sowie ein bevorstehendes Presseabkommen mit dem Reich, dessen Inhalt leicht zu erraten war; sie zeigten «Empörung oder Niedergeschlagenheit» an, überall wo das Gerücht sich verbreitet hatte.

### Deutsche Pressekampagnen

Diese Druckversuche sind von Kampagnen der deutschen Medien begleitet. Nach dem Sieg vom Juni bis ans Ende der Affäre Trump entladen sie sich über der Schweiz in einem Wechselbad oder einer Anhäufung von Ironie, Drohung, Polemik und von einfacher Abwägung der Tatsachen. Die Schweizer Presse ist oft Gegenstand heftiger Kritik wegen ihres Mangels an Neutralität, wegen ihrer Lügen oder Dummheiten. Andere dauernde oder häufig wiederkehrende Themen verraten die vom Propagandaministerium erteilten Aufträge: die Kritik an der Demokratie, der Verrat der Urschweizer gegenüber der deutschen Nation, deren momentane Schwäche sie gemein ausgenützt hatten, der Aufruf an die Vernunft, welche die Heimkehr ins Reich und nach Europa<sup>140</sup> diktiert anstelle des Selbstmords, die Friedfertigkeit des Siegers, welcher der Schweiz kein Leid antun will oder die einfache und brutale Drohung gegen ein kleines Volk, das unfähig ist, dem Orkan der Wehrmacht zu trotzen.

Am Ende des Jahres entdeckte die APF, welche diese Presseangriffe aus der Nähe verfolgte, darin drei Leitlinien: die Anprangerung der schweizerischen Feindseligkeit gegen das Reich, die Ausnützung von Zwischenfällen oder Zeitungsartikeln, die Vorwände zum Aufbauschen lieferten, die ununterbrochene Kritik an allem, was schweizerisch ist (vor allem in Süddeutschland). Die Wiederholung derselben Argumente verlieh diesen Angriffen eine Wirkung, welche die Beobachter in

der viel weiter gestreuten britischen Propaganda nicht wiederfanden. Die Taktik war nicht überall dieselbe: Das Deutschlandbüro des Nachrichtendienstes unterschied in der Tat eine beschwichtigende Offensive, die den führenden Kreisen zgedacht war, welche die vernünftigen Schweizer dazu bringen sollte, den Eintritt in den deutschen Wirtschaftsraum für wünschbar oder annehmbar zu halten; in den einfacheren Schichten der Regionen nahe der Schweizergrenze herrschte dagegen die Drohung vor, um unter ihren Nachbarn südlich des Rheins Schrecken zu verbreiten ...<sup>141</sup>

Die sprachlichen Entgleisungen der deutschen Medien veranlassten auch die Schweiz zu verschiedenen Malen in Berlin vorstellig zu werden. Manchmal nicht ohne Widerhall, da gewisse Staatsmänner einsahen, dass die journalistischen Angriffe das Gegenteil erreichten, wenn sie die nationale Unabhängigkeit der Schweiz in Frage stellten, oder wenn sie selber sich um eine Entspannung der Lage bemühten. In der Folge konnten so günstige Ergebnisse erzielt werden.

In der Schweiz selbst musste man den deutschen Angriffen entgegentreten. Das war die Aufgabe der *Bulletins der gemischten pressepolitischen Kommission*, welche die Zeitungen über die deutsche Propaganda informieren sollte. Diese Schriften hatten keinerlei verpflichtenden Charakter, was sie von den Richtlinien eines 1940 so ersehnten Büros unterscheidet. Sie forderten auch nicht dazu auf, Kampagnen einzuleiten, wohl aber zur Beantwortung von Anschuldigungen oder zu ihrer Entschärfung.

## Die Propaganda

Die dritte Waffe im Nervenkrieg war die Propaganda, welche die Deutschen im Unterschied zu den Engländern nicht von der Information trennten. Sie erstrebte die gleichen Ziele der Desinformation und Verunsicherung, versuchte aber direkt oder indirekt über schweizerische Medien zu wirken, indem sie ins Land selber eindrang. Es gelang den bemerkenswert gut aufgemachten und dokumentierten Schriften eine Wirkung zu erreichen, die man bis in die Westschweiz anerkannte. Eine Illustrierte wie *Signal* erhielt eine beneidenswerte Verbreitung, welche auf dem Höchststand des ersten Quartals 1941 durchschnittlich 89'000 Exemplare je Nummer erreichte. Die Kampagnen der Fronten, Informationen und Unterlagen, welche sich auf den Redaktionstischen stapelten, auf höherer Ebene die Empfänge in der Gesandtschaft, alle Mittel waren recht. Man müsste einen Sonderplatz den Filmen der Achse einräumen, deren Einfuhr 1940 merklich anstieg:

### *Einfuhr von Filmstreifen in Metern*

	4. Quartal 1939	4. Quartal 1940
Deutsche Filme	69 365	276 340
Italienische Filme	60 328	111 026
Deutsche Wochenschau	30 837	116 187

Der Leiter der APF konnte im April 1941 von einer «planmässigen Invasion des ausländischen Films» sprechen, welche «sehr eindeutige Massnahmen» erforderte.<sup>142</sup> Man verfügt über keine Einzelheiten zum Sommer 1940, doch steht er im Strom der allgemeinen Marktüberschwemmung.

Die Wochenschauen konnten ab weichen von der in Deutschland gezeigten Fassung: Wenn in diesem Land beispielsweise die Wirksamkeit der Infanterie ins Bild gerückt wurde, so war es bei uns die erschreckende Wucht der Tanks und der Bombardierungen, welche Eindruck machen sollten. Das Schauspiel wechselte gerne ab mit Bildern schweizerischer Folklore: auf der einen Seite die Spiele, auf der andern die unwiderstehliche Kraft der modernen Waffen.<sup>143</sup>

Der Angriff war gefährlich, umso mehr als die Schweiz über ein besonders dichtes Netz von Kinosälen verfügte (354 Kinos und 123'000 Plätze für etwas mehr als 4 Millionen Einwohner), deren Auslastung beachtlich war. Die Armee und die Zivilbehörden trafen Gegenmassnahmen, die sich nach und nach vervollkommneten, doch ging man praktisch von nichts aus.

Wohl gab es eine Zensur, welche die Filme visionierte, bevor sie in den Kinos vorgeführt wurden. Doch weiss man, wie schwierig dieses Kontrollinstrument zu handhaben ist. Ein Beispiel davon wird vom Journalisten Pierre Béguin zitiert, der zu dieser Arbeit verpflichtet war: Mit seinen Kollegen neigte er dazu, die Szenen von Gewalt und Krieg in den deutschen Streifen zu unterdrücken. Aber Gewerkschafter machten die Kommissionsmitglieder darauf aufmerksam, dass die Brutalität die Gemüter nicht beeindruckte, sie allenfalls empörte. Dagegen sollten die Sequenzen herausgeschnitten werden, welche zeigten, wie das zivile Leben in Deutschland weiterging oder dass das gesellschaftliche Leben weiter fortgeschritten war als bei uns; das würde die Arbeiter weit mehr beeinflussen.<sup>144</sup>

Für die Tätigkeit bei der Zivilbevölkerung gab es neben der Zensur bloss eine 1938 gegründete Schweizerische Filmkammer, die aber keinen grossen Einfluss

hatte. Der Bundesbeschluss vom 16. April 1940 ermöglichte einen Schritt vorwärts, indem die Vorführung der *Schweizer Filmwochenschau* obligatorisch erklärt und vom Staat subventioniert wurde. Die erste Ausgabe erschien zum Nationalfeiertag von 1940. Es ist typisch, dass die Behörde sich beinahe ausschliesslich mit Dokumentar- und Nachrichtenfilmen befassen sollte, getreu der «weitverbreiteten Meinung, zumindest in den europäischen Demokratien, dass dies die wesentlichen Filmzeugnisse für die Information und die Bildung der öffentlichen Meinung seien.»<sup>145</sup>

Die Armee hatte vielleicht ein wenig mehr Erfahrung. Auf jeden Fall konnte H&H seit Anfang Juni verkünden, dass nächstens Militärfilme Übungen und Demonstrationen vorführen würden, welche geeignet wären, «das Vertrauen in unsere Verteidigungskraft zu verstärken».<sup>146</sup> Soll man eine Art Aufgabenteilung erkennen? Dem Zivilen die Verteidigung der «nationalen» Werte – übrigens nie genau definiert –, dem Militär die Förderung der bewaffneten Verteidigung?

Man kann die Wirkung dieser Propaganda nicht abschätzen, da sie sich mit zuvielen andern Faktoren der Moral vermischte. Für den Augenblick schrieben ihr die Psychologen der APF eine grosse Bedeutung zu. Das herrschende Klima war dafür günstig. Mit etwas mehr Abstand schätzte A. Lindt in seinem internen Schlussbericht über den Informationsdienst von H&H, dass alle Schichten den Wirkungen der deutschen Offensive ausgesetzt waren, auch wenn nur eine kleine Minderheit mehr oder weniger bekehrt worden war. Die Jugend schien ihm besonders empfänglich gewesen zu sein, nicht zu sprechen von den Opportunisten. Könnte man nicht zu guter Letzt die Feststellung, welche für Frankreich gemacht worden war, auch auf unser Land beziehen, nämlich dass der grösste Erfolg von Goebbels darin bestand, dass er glauben machte, seine Propaganda sei unwiderstehlich?<sup>147</sup>

Unter diesen drei Formen des Drucks, der Diplomatie, der Kampagne mit Presse und Propaganda, zielte Deutschland auf die Schweiz, wie es auf andere Staaten zielte. Es wandte Methoden an, die besonders auf unser Land abgestimmt waren, und verstand es, die günstigen Umstände zu nutzen. Wenn der Historiker Bourgeois neben dem wirtschaftlichen von *geistigem Anschluss* spricht, dann umschreibt er genau die Art Angriff, der gegen die Schweiz gerichtet war: Wie damals bei Österreich oder der Tschechoslovakei galt es, den Gegner moralisch zu zermürben, die Abwehrreflexe seiner Einwohner zu lähmen, die Überzeugung zu zerstören, dass sie für eine gerechte Sache kämpften sowie den Eindruck zu erzeugen, dass es ihnen besser ginge, wenn sie sich in das neue, vom Reich belebte Europa einreihen.

Unter Berücksichtigung dieser Art Krieg, den sie rechtzeitig erkannten, sollten die APF und H&H ihre Waffen schleifen sowie Abwehrmittel und Gegenangriffe entwickeln.

### Die fünfte Kolonne

Mit der fünften Kolonne steht man mit einem Bein bei der physischen Aktion, mit dem andern bei der Propaganda; bei der Realität einer Bedrohung und beim Bild, das man davon zeichnet oder empfängt. Diese fünfte Kolonne wird in den Organisationen der in der Schweiz niedergelassenen Deutschen geortet: In Zirkeln gruppiert, mit kulturellem, politischem, paramilitärischem oder sportlichem Charakter, sollten sie geschlossene Gemeinschaften bilden, die von ihren eigenen geistigen und patriotischen Reserven zehrten, nur den notwendigsten Kontakt zu ihrer schweizerischen Umgebung unterhalten, ein «Keil» im Gastland, wie es der Regierungsrat von Basel in einer interessanten Studie über die Tätigkeit der Deutschen sagen sollte, die sich während des Krieges in dieser Stadt aufhielten.<sup>148</sup> Diese Betreuung Hess die Zahl der Mitglieder der verschiedenen Bewegungen von einigen Hundert bis auf 4'000 in den Jahren 1940-1941 klettern. Die Tätigkeiten dieser Gruppen mussten überwacht und eingeschränkt werden, um keine Zwischenfälle zu verursachen oder dem Land und seinen Bewohnern Schaden zuzufügen. Die Verbindungen der sehr rührigen Schweizer Frontisten erschwerten noch die Arbeit der Polizeiorgane.

Man zögert jedoch, dabei von fünfter Kolonne zu sprechen: Weder Massenkundgebungen, Feste und Umzüge noch die Abkapselung kennzeichnen das verschwiegene Wirken, das umso gefährlicher ist, als die Handelnden mit der Bevölkerung vermischt sind, deren Leben sie teilen ... Die Deutschen waren bekannt, die aktivsten waren registriert und überwacht. Der Propagandist hat eine für ihn angenehmere und für die andern ungefährlichere Rolle als der anonyme und unsichtbare Terrorist, der eine Telefonzentrale in die Luft sprengt! Diese fachmännische Arbeit wurde eher Sonderkommandos anvertraut. Solche Agenten, die zu Handstreichern bereit waren oder aktiv in der Unterwanderung und Infiltration, existierten zweifellos, doch übertraf die Einbildungskraft die Wirklichkeit. Ein wirklich geplantes Eindringen gab es kaum, weil die Koordination unter den deutschen Diensten praktisch nicht spielte und in Partei und Staat Improvisation herrschte.<sup>149</sup>

Man sieht sie dennoch überall an der Arbeit, diese fünfte Kolonne: Mit ihren Lichtsignalen kündigt sie die Einheiten an, die sich nachts verschieben, sie ver-

breitet falsche Gerüchte und Panik, wie sie das Durcheinander in den angegriffenen Ländern beschleunigt. Sie zeigt sich ganz besonders in den trostlosen Tagen von Mitte Mai 1940. Wenn man die Hand auf einen ihrer Agenten legt, dann entpuppt er sich als harmloser Bürger, über dessen Tätigkeit man zwecklos phantasiert hatte. Was tut's, sie ist immer gegenwärtig ...

Nach de Jong, der die Formen der Angst studierte, die aus dem Krieg und dem dadurch eröffneten Unbekannten erwachsen, stammt die Übertreibung des Phänomens aus der Agressivität gegen den Feind, der alles Böse verursacht, und aus einem Gefühl der Ohnmacht gegenüber einer kampflustigen und versteckten Maschinerie, die uns unaufhaltsam und auf unerklärliche Weise zermalmen kann. Radio und Gerüchte liefern brauchbare Beweise, den Glauben zu untermauern.<sup>150</sup> Angesichts der von der französischen Niederlage verursachten Spannung und der Furcht vor einer unmittelbar bevorstehenden Invasion war diese unvernünftige und allgegenwärtige Zwangsvorstellung von der fünften Kolonne unvermeidlich und verbreitet, sogar ausserhalb der Grenzregionen.

Die falschen Gerüchte weisen auch gemeinsame Züge mit der fünften Kolonne auf. Sie fehlten nicht weniger während des ganzen Sommers, jedoch kann ihre Untersuchung für eine spätere Zeit vervollständigt werden, dank der Arbeiten von H&H sowie des psychologischen Dienstes der Armee. Zu den falschen Gerüchten kann man das Täuschungsmanöver zählen, dessen Erfolg wir im April-Mai gesehen haben, insofern man annimmt, dass sie völlig aus der Luft gegriffen sind, oder das Ergebnis des Informationsmangels, wie man damals glaubte.

Unter allen Gesichtspunkten der psychologischen Offensive Deutschlands sieht man also Wahres und Falsches, Wirkliches und Eingebildetes sich vermischen. Die Fiktion kann vom Angreifer unterhalten werden, sie nährt sich aber auch aus eigenem Grund und vergrössert sich selbst, indem sie die Verwirrung vermehrt und Entmutigung erzeugt.

### **Der Gegenangriff**

Man musste etwas dagegen unternehmen. Einige Armeeangehörige machten sich daran, wir haben es im ersten Kapitel gesehen. In wenigen Monaten gelang es ihnen, ihre Ideen durchzusetzen, weil sie einem Bedürfnis nach Information und Orientierung entgegenkamen. Die Geistige Landesverteidigung, die Erfahrungen des Auslandes, die zwingende Notwendigkeit, den Sinn des Réduits begreifbar zu machen, all

dies spornte sie an. Mit H&H zusammen handelte die APF in den engen Grenzen, welche die Institutionen ihr auferlegt hatten.

Von sich aus arbeiteten Offiziere, Politiker und noch andere unauffällig im gleichen Sinn. Man könnte den Publizisten Hans Schwarz als Beispiel erwähnen (s. Bibliographie), der Kettenbriefe benutzte: Anfang Juli 1940 sandte er ein Rundschreiben an 1'266 Personen, welches die Erneuerung als unvereinbar mit der wahren Schweiz anprangerte, eine Wiedergeburt Frankreichs und der freien Völker verkündete sowie sein Vertrauen in England bekräftigte. Abgeschrieben und weiter versandt, konnten diese Schreiben eine weite Öffentlichkeit unbehelligt von der Zensur erreichen. Er wiederholte dies mehrere Male, um die Moral zu unterstützen, die Sache der Flüchtlinge zu verteidigen etc.

Besser bekannt sind die paar schon erwähnten Journalisten, die es als ihre Aufgabe betrachteten, gegen den Strom des Defätismus zu schwimmen und die sich als entscheidende Elemente des Widerstandes fühlten. Vermutlich überzeugt davon, dass die Achse bluffte und dass die *Blutschuldthese* nur ein Bestandteil des Nervenkrieges sei, zögerten sie nicht, Farbe zu bekennen und Töne anzustimmen, welche die auf gute Beziehungen zum Reich erpichten Vorsichtigen erschauern Hessen.<sup>151</sup>

Beim Radio, wo das persönliche oder offizielle Einschreiten der Macht viel einfacher war als in der Presse, seien bloss die «Richtlinien zur Programmgestaltung» erwähnt, welche am 19. Juli vom Departement des Innern an die Studioleiter gesandt wurden. Indem er sich gleichzeitig auf die Geistige Landesverteidigung und auf den Waffenstillstand bezog, hielt Etter darin fest: «Eine gewisse poetische Anpassung an die neuen Tatsachen im Sinne einer stärkeren Betonung der Autorität scheint uns unvermeidlich. Vereinheitlichen auf geistigem Gebiet aber wäre das Ende unserer europäischen Mission.» Solche Ideen in die Sprache des Radios zu übertragen, war nicht immer leicht. Einerseits verlangten die Rundschreiben des Generaldirektors 1940, dass man dem Volk «den Stolz auf seine Vergangenheit und seinen gegenwärtigen Stand» einflösse, andererseits wollten die Männer vor Ort einen frischen Wind ins Repertoire der Geistigen Landesverteidigung bringen, das sich in zwei Jahren voller ernster Diskurse erschöpft hatte. Der Direktor von Radio Sottens, Bezençon, drückte dieses Bedürfnis nach Wandel lebhaft aus: «Man hat in unseren drei Sprachen schwerfällig wiederholt, was wir sind ... Man hätte jedesmal ein grosses, neues Werk einbringen sollen, das zeigt, wessen wir fähig sind. Sagen, was man kann, ist bloss Eitelkeit. Zeigen, was man kann, heisst seine Kraft beweisen und seine Daseinsberechtigung. Ein junges, begeistertes, aufbauendes, schöpferisches Radio ist

das Ziel, das ich mir vornehme.»<sup>152</sup> Dieses Zitat ist interessant, weil es einen Überdruß verrät, den der Autor gewiss bei seinen Hörern verspürte und den man vermutlich nicht laut auszudrücken wagte.

Um nur von H&H zu sprechen, ihre treibenden Kräfte gründeten sich auf eine Gewissheit, die gar nicht schweizerisch, sondern eher vom Geist der Zenturionen abgeleitet war, dass nämlich die Armee von nun an die Moral der gesamten Nation, nicht mehr bloss die eigene, unterstützen müsse. Ausgehend vom bequemen Gegensatz zwischen Anpassung und Widerstand (verkörpert im General), verfügten sie über die notwendige Begründung für ihr Unternehmen. Zuhanden der Mobilisierten verfasste H&H ihre Gesprächspläne, beharrte durch ihre Verbindungsoffiziere auf der psychologischen und moralischen Schulung, erläuterte auf jede Weise die Entscheide des Generals, deren Vermittlung sie vorbereiten und weiterführen musste.

Das nationale Réduit war für H&H ein Schulbeispiel: Es verkörperte den Willen zum Widerstand um jeden Preis und erlaubte, diesen bei der Zivilbevölkerung und bei den Soldaten zu verstärken; gleichzeitig aber konnte es die dem Feind ausgelieferten Einwohner des Mittellandes verzweifeln lassen. Eine Erklärungskampagne drängte sich auf, aber das Militäргеheimnis und die gewohnte Verschwiegenheit verboten dies. Mindestens bis zum Herbst liess sich die Stummheit bequem rechtfertigen: Der Strategiewechsel sollte sich über mehrere lange Wochen hinziehen, wobei in dieser Zeit das ganze Verteidigungssystem sehr verletzlich war. Am 7. Juli wurde das Projekt Réduit vom General und einer Konferenz der höheren Offiziere diskutiert. Unter den Reaktionen war jene des Generaladjutanten, auf der Information der Soldaten über unsere Verteidigungsmöglichkeiten zu beharren. Oberstkorpskommandant Miescher entgegnete, dass die Information die Sache seiner Kollegen und seine eigene sei und das Beste wäre, den Soldaten neue Kampfmethoden beizubringen.<sup>153</sup> Es war natürlich der Techniker, der seinen Standpunkt durchsetzte, wenigstens in der grossen Einheit, die er kommandierte. Da die Aufklärung der Zivilbevölkerung noch nicht in die Zuständigkeit von H&H fiel, blieb das Thema ziemlich tabu, abgesehen von einigen Indiskretionen wie jener des Schweizerischen Unteroffiziersverbandes. Man mache sich auch nichts vor: H.R. Kurz mag schreiben, nach der Erklärung des Generals habe «Das Volk (das Réduit) begriffen und die Betrachtungen, die er anstellte, zu den seinen gemacht; dank seiner Bemühungen und seiner Überredungskunst hat sich die Bevölkerung hinter den neuen Plan gestellt und nicht gezögert, darin das Symbol des eidgenössischen Widerstandes zu erblicken ... Der Réduitplan war nicht das Werk volksfremder Militärs, es war *das*



*nationale Réduit* des ganzen Volkes.» Man muss sich hüten vor der Mythologie des Réduits, worin beispielsweise ein Delay das Symbol der Verteidigung der geistigen Werte sieht, jenseits der materiellen Güter und Reichtümer, die im Mittelland preisgegeben wurden.<sup>154</sup> Diese Sichtweise entsprach nicht der Wirklichkeit. Die Bevölkerung verstand während mehrerer Monate nicht, was vor sich ging, wenn nicht gar bis 1943 für einige, als eine kleine Schrift von Oberst Couchepin erschien (s. Bibliographie), die sehr gefragt war. Gewiss waren bis zu diesem Zeitpunkt viele Dinge schon durchgesickert, aber mit welchen Ungenauigkeiten? Das Büro der Psychologen stellte in der zweiten Augustwoche seinerseits fest, man habe das Réduit in Städten wie Basel oder Zürich verstanden, – wenn auch nicht all seine Folgen angenommen – man fühle sich aber verraten, und die Mobilisierbaren fürchteten, im Kriegsfall nicht rechtzeitig ihre Einheiten erreichen zu können. Anderorts kehrten mangelhaft unterrichtete Soldaten heim und waren empört, dass man praktisch ganze Festungen aufgab. Von daher rührt auch der Eindruck, die Deutschen hätten diese Strategie durchgesetzt. In seinem Bericht über die Offiziere der 1. Division machte de Traz ähnliche Beobachtungen: Seine Gesprächspartner fragten sich, auf welche Weise man das Réduit der Öffentlichkeit erklären könnte, um ihr Vertrauen einzuflössen.<sup>155</sup>

Dieser Fall hat Beispielcharakter, weil er die Schwäche von H&H entblösst. Ihre Mitglieder gingen vom Grundsatz aus, dass die Information viel Unverständnis beheben und viel Verbitterung lösen könne, aber sie hatten keinerlei Macht über die Armee, ihre Verbindungsoffiziere befehligten niemanden, sondern konnten nur beraten. Der Generaladjutant selber befürchtete Widerstand von den Truppenoffizieren, falls er seine Wirkungsmöglichkeiten ausweitete.<sup>156</sup> Die breite Öffentlichkeit vermochte H&H noch weniger zu beeinflussen, oder dann nur durch die Vermittlung der Dienstentlassenen, aber was konnten diese Zwischenträger bewirken! Das Bedürfnis nach einer Gegenpropaganda und nach Verteidigungsmitteln gegen den Nervenkrieg war vorhanden und machte sich bemerkbar. Doch die Mittel, diesem Verlangen zu entsprechen, waren beschränkt, lächerlich sogar. Man begreift deshalb, dass die Verwirrung, die von der Niederlage ausging, sich in die Länge zog. Es gab Anstösse, Aufbäumen, wie die Tagesbefehle des Generals. Die Wirkung schien kurz, vor allem ausserhalb der Armee, wenn nicht das Vertrauen in den Oberkommandierenden nach und nach eine feste Grösse geworden wäre. Manche akzeptierten das Réduit schliesslich, weil er es war, von dem die Idee ausging.<sup>157</sup>

## Schlussfolgerung

Von April bis Juni herrscht Spannung ob dem Wetterleuchten der Ereignisse. Im Juli folgen Trauer und Ungewissheit, die leicht in Defätismus und sich Schicken ins Unvermeidliche abgleiten, das heisst in Anpassung.<sup>158</sup> Im August klärt sich die Lage, man stellt fest, dass der Krieg trotzdem weitergeht, dass die alte Welt, die man zusammenbrechen sah, zumindest in der Schweiz überlebt; begünstigt durch die schöne Jahreszeit und die Ferien, stellt sich Entspannung ein: Schliesslich entfernt sich die Gefahr, Grossbritannien hält stand. «Die Moral der Truppe scheint sich auf einer Art *mittleren Linie* gefestigt zu haben.» Andere beruhigen sich, vor allem in Baselland, weil man im Allgemeinen begriffen hat, dass das Réduit nicht die Aufgabe der Front schlechthin bedeutete doch sollte man die Tiefe dieser Überzeugung nicht überschätzen. Anders gesagt, die Krise wird allmählich überwunden, auch wenn die Beschwichtigung der Gemüter trügerisch ist. Es ist unmöglich zu erraten, was im Fall eines militärischen und nicht bloss psychologischen Angriffes geschehen wäre. Die Gegenwart einer wirklichen Gefahr hätte die Bedingungen des Wartens auf eine unbestimmte Gefahr unzweifelhaft verändert.

Die Einschnitte, die man im Ablauf eines Geschehens macht, haben immer etwas Künstliches. Man könnte drei Phasen in diesem Zeitabschnitt unterscheiden, doch ihre Grenzen sind unscharf. Von Beginn bis Ende des Feldzuges im Westen befürchtete man zunehmend einen Angriff, gegen den unsere Armee jeden Tag ohnmächtiger schien. Als die französische Niederlage sich als unabwendbar erwies, schienen der Liberalismus und die Demokratie selbst dem Untergang geweiht zu sein. Eine politische Krise kam so zur militärischen hinzu und löste sie ab – ohne sie zu beseitigen – seit dem Ende der Kriegshandlungen ... Sie war gefährlicher, da sie jegliche Rechtfertigung zur Verteidigung der Unabhängigkeit zunichte machen konnte... Sie war auch viel kürzer: Die demokratischen Reflexe und vielleicht in erster Linie der englische Widerstand stellten das Vertrauen in die Institutionen wieder her. Im September hatte sich die Lage gefestigt, aber das wiedergefundene Gleichgewicht blieb ebenso gefährdet wie die tatsächliche Stellung des Landes.

Ein Unfall sollte die öffentliche Meinung noch stören, dann festlegen: der Empfang der Frontenführer durch Pilet-Golaz am 10. September. Die Auseinandersetzungen um den Bundesrat und seinen Präsidenten, die Gegenüberstellung von Regierung und Armeekommando, erhielten ihren Sinn aus dem Gegensatz zwischen Anpassung und Widerstand. Man war für das eine oder das andere, und die politi-

schen oder militärischen Akteure sollten ihr Spiel offenlegen, um sie der guten oder bösen Seite zuordnen zu können. Diese seit Sommer 1940 andauernde Konfrontation zwischen klaren Bewertungen lebte 1965-1966 wieder auf mit dem Erscheinen des berühmten Werkes von Alice Meyer, der Replik von Rosenberg in den Spalten des *Vaterland*, ohne vom Bonjour-Bericht (s. Bibliographie) zu sprechen. Es ist hier nicht der Ort, diese vereinfachende Auffassung zu untersuchen, bei der ethische Entscheidungen und Rechtfertigungen leicht den Sieg über die politische Beurteilung und die Gutgläubigkeit davortragen; es geht auch nicht darum, bei Guisan oder Pilet-Golaz Verhaltensweisen aufdecken zu wollen, die dem überlieferten Bild zuwiderlaufen. Halten wir bloss das Gewicht fest, das dieser Alternative in der öffentlichen Meinung des Augenblicks zukommt. Sie liegt zum Beispiel den Berichten des Büros der Psychologen zugrunde. Auf unterschiedlichen Wegen und mit Schwerpunkten, die eher im Ton als im Charakter voneinander abweichen, konnten Behörden und General dieselben Ziele verfolgen. Man nimmt im Augenblick selber nur die offiziellen Erklärungen und Handlungen wahr. Man ist beispielsweise in Unkenntnis über die geheimen Anweisungen des Bundesrates an die Zeitungen, welche eine ganz andere Spannkraft aufweisen als die Radio-Erklärung vom selben Tag. Da man klare Gewissheiten braucht, die auf beruhigenden moralischen Gesetzen gründen, sind kritische Urteile über die Ansprache rasch zur Hand und an Bestätigungen wie dem Frontistenempfang fehlt es nicht. Die Regierung konnte oder wollte die Worte nicht aussprechen, die man von ihr erwartete, während der General die einfachen Anweisungen gab, die man sich erhoffte. Der Zeitgeist und das Bedürfnis verlangten nach einer charismatischen Leitfigur, einem Führer, könnte man mit nur geringfügiger Übertreibung sagen, obwohl das der nationalen Überlieferung zuwiderlief. Der Bundesrat konnte damit nicht dienen. Der General bot vorjuni-juli noch kein Modell an.<sup>160</sup> Von da an war die Entscheidung zwingend geboten und endgültig, ungeachtet ihrer Stichhaltigkeit. Die Aufgabenteilung plus der Zufall der Charaktere bewirkten, dass der Schleier der Geheimhaltung beim General die Schritte zugunsten einer Öffnung gegen Deutschland überdeckte und bei Pilet die Akte des Ausharrens und des Widerstandes. Demgegenüber kannte die Öffentlichkeit die Unerschütterlichkeit des einen und die Versöhnungsbemühungen des andern.

Eine vereinfachende Antwort auf eine schlecht gestellte Frage befriedigt die Gemüter viel mehr und besser als eine abgestufte Lösung für ein vielschichtiges Problem, vor allem wenn die Mehrzahl der gegebenen und der veränderlichen Grössen im Dunkeln bleibt und man in der Angst vor dem Krieg lebt.

Die zweiteilige Sehweise Widerstand-Anpassung gab die Grundlage ab für jede landesweite psychologische Wirksamkeit. Nach dem Phänomen der *selektiven Wahrnehmung* «haben die Individuen die Tendenz, sich den Informationen zu öffnen, die mit ihren bisherigen Einstellungen übereinstimmen, und jene zu vermeiden, die damit nicht übereinstimmen.»<sup>161</sup> H&H konnte sich Gehör verschaffen auf Grund einer unterschweligen, aber tiefen Strömung: Das Volk mochte die Deutschen nicht. Man konnte einen Augenblick lang daran zweifeln, als es sich zum Voraus in eine militärische Besetzung zu schicken und sich aus Opportunismus gar darauf vorzubereiten schien. Das Büro der Psychologen versteckte seine Befürchtungen nicht, auch Leute wie Grimm nicht, die sich am 25. Juli darauf gefasst machten, dass die Arbeitslosen in Ermangelung einer Stelle den Faschisten und Nazis Gehör schenken würden. Das Bedürfnis nach Erneuerung mit seinen Missverständnissen konnte auch zum Glauben verleiten, man richte sich auf Institutionen totalitären Zuschnitts aus. Heute kann man schreiben: «Die Angst, nichts als die Angst, schafft Mitläufer, nicht Wegbereiter.»<sup>162</sup> Im Augenblick selbst erkannten die beunruhigten Vertreter des Widerstandes nicht die Unbeständigkeit dieser Strömungen. Das Hingezogensein zu einem autoritären Staat war salonfähig, und zwar nicht nur für einen Pilet-Golaz; das hat nichts Erstaunliches an sich: Die liberale und individualistische Welt von 1789 oder 1948, die seit 20 Jahren so sehr erschüttert wurde, brach zusammen. Jede Zeitung wiederholte dies bis zum Überduss. Man stand vor dem Nichts.

Ausserhalb der Parteien entstanden, weckte der Gotthard-Bund Hoffnungen. Er verband einen aufrichtigen Patriotismus mit einem offensichtlichen Willen zu Reformen. Er stellte diesen Ort des Nachdenkens und Handelns dar, dem eine einheitstiftende, aufbauende Tat entspringen konnte. Sehr bald aber tauchten Zweifel auf. Die Psychologen stellten Mitte August fest, dass sein Einfluss sich nicht bestätigte und dass selbst die bedingungslosen Anhänger der Erneuerung nicht sagen konnten, welche Richtung er einschlagen würde.<sup>163</sup>

Wenn man eine neue Gesellschaft aufbauen wollte, war das Beispiel des Siegers, der in all seinen Unternehmungen so viel Erfolg gehabt hatte, war die auffällige Wirksamkeit des deutschen Modells unübersehbar. Das will nicht heissen, dass man all seine Bestandteile übernehmen wollte. Man wollte wirkliche Führungskräfte, um die Schwätzer und die unproduktiven Systemveränderer in den Parlamenten zum Schweigen zu bringen. Sogar in den herkömmlichen Parteien gaben dies manche zu. Von hier bis zum Punkt, wo man die Gleichschaltung der Presse und die Brauhemden akzeptierte, war eine Linie, die schwierig zu überschreiten war.

Die Qualität der Führung des Reichs und seiner Armeen anerkennen hiess nicht automatisch, sklavisch nachahmen zu wollen, oder schweizerische Werte zu verraten, von denen man auch überall Zeichen gab.

Schon 1933 hatte man viel von einem neuen Frühling gesprochen. Nichts war daraus geworden. Der Drang zur Erneuerung war weniger tief und weniger einstimmig, als es 1940 erschien. Schwankungen, Wiedererwägungen, Reueanwandlungen fehlten nicht. Der halbmonatliche Kurzbericht der Wehrmacht hält es Ende August fest: «Der Aufruf zur Neuordnung erschallt bei jeder Gelegenheit in der Presse, was den Eindruck erweckt, dass es kein klares Ziel für eine Neuausrichtung gibt.» Der gleiche Eindruck wird von H&H so wiedergegeben: «Der Geist des Volkes ist in seinem Gehalt nicht getroffen worden.»<sup>164</sup>

Auf einer unteren Ebene hatten die Verunsicherung und das Schlagwort von der Erneuerung immerhin Verbitterung freigesetzt, Abreagieren gefördert und Groll zum Vorschein gebracht. Nach Auffassung der Psychologen der APF konnten die Nazis diesen Teil der Bevölkerung besser ansprechen als die im Niedergang befindlichen Kommunisten. Aber um daraus eine meinungsbildende Bewegung oder revolutionäre Gruppen zu schmieden, hätte es anderer sozio-ökonomischer Bedingungen und anderer Leitfiguren bedurft.

Es wäre daher eher angebracht, von Entmutigung, von Vertrauensmangel zu sprechen als von Erneuerungswillen. Dieses Sichabfinden mit dem deutschen Europa spürt man überall durchdringen, oft aus verständlichen materiellen Gründen. Man hat die Unternehmensführer die Gewinnaussichten abschätzen sehen, welche in der Gesamtheit des Kontinents lagen; man sieht die Sozialisten sich beglückwünschen, dass Deutschland den Profit abgeschafft und «der ganzen Welt ein Geschenk gemacht hat, indem es nicht nur der Zinsknechtschaft, sondern jener des Kapitals schlechthin ein Ende bereitet hat».<sup>165</sup> Für die Wirtschaft und die Arbeitsplätze war man zu vielen Opfern bereit, und zwar nicht nur Pilet-Golaz. Die panische Angst vor der Arbeitslosigkeit und der Krise erklärt weitgehend die Tendenzen, welche sich die politischen Gegenspieler später vorwerfen sollten.

Vorsicht ist daher geboten angesichts dieses spontanen Ausbruchs guter Vorsätze ... oder schlichter Büßfertigkeit. Anfang September jedenfalls schien es zu nichts geführt zu haben. «Alles bleibt wie zuvor», ruft das Büro der Psychologen am zweiten dieses Monats aus, um die öffentliche Stimmung beidseits der Saane wiederzugeben. Die einen kommen dabei auf ihre Rechnung, die andern sehen sich in ihrer gegnerischen Einstellung bestätigt, und die Linke schöpft daraus einen Zuwachs an Kampfbereitschaft.<sup>166</sup> Das Reformerede ging unvermindert weiter und sollte sich

insbesondere in einer ganzen Literatur niederschlagen, in welcher die Autoren sich anstrebten, aus dem Abstand der Überlegungen heraus die Wege zur Erneuerung, die im Sommer 1940 verkündet worden war, aufzuzeigen.

An diese Beständigkeit des Volkswillens haben die APF, H&H sowie die Verkünder des Widerstandes um jeden Preis nie aufgehört zu glauben. Sie haben nie in aller Öffentlichkeit Demokratie und Totalitarismus einander gegenübergestellt; übrigens hätten die Zensur, die Blutschuldthese und die Erfordernisse der Neutralität diesen Versuch doch sehr erschwert. Sie konnten sich berufen auf einen gemeinsamen Glauben an die berühmten schweizerischen Werte, die in der Unabhängigkeit und Souveränität des Volkes verankert waren sowie «in der Geschichte, die uns lehrt, dass ein Staat sich nur halten kann, wenn er die Grundsätze befolgt, die bei seiner Gründung führend waren.»<sup>167</sup> Mochten viele Leute die Versuche als unnütz erachten, diese Werte zu verteidigen und auch die militärischen Opfer, sie zu retten: ebensogut konnte man sie trotzdem beibehalten, man wünschte sich nichts sehnlicher; stolz über die Originalität des Landes, hätte man es bedauert, diese in der gemeinen Gussform des Nazi-Europa untergehen zu lassen. Zum Beweis diene, dass die Öffentlichkeit nach dem ersten Schock bereit war, den geforderten Anstrengungen zuzustimmen, und sei es auch nur aus Disziplin und ungebrochenem Konformismus.

Zur Stützung der Identität leistete die Geschichte im Sommer 1940 wertvolle Dienste. Sie hält auch eine Quelle der Inspiration bereit für eine echt schweizerische Erneuerung; die Zeitungen, die daraus schöpfen, sprechen im Übrigen lieber von Entwicklung, Reformen und unverfänglicheren Begriffen als Erneuerung. In der Tat gibt es eine Verquickung dieses Ausdrucks mit jenem der Anpassung, was zum Beispiel der tendenziösen Auslegung von Pilet-Golaz ' Ansprache Vorschub leistet. Die Erneuerung ist in der deutschen Propaganda und im Denken der Pétainisten im Überfluss verbreitet und nimmt unvermeidbar eine defätistische Färbung an.<sup>168</sup> Die Berufung auf die Geschichte erlaubt, Abstand zu halten zum Geschehen und sich von bedrückenden, aber vielleicht vorübergehenden Umständen abzugrenzen. Indem er hinter das 19. Jh. und die Französische Revolution zurückging, konnte der Widerstandskämpfer seinen demokratischen Glauben und sein Vertrauen in die Institutionen auf ein festeres Fundament stützen als auf den geschmähten Liberalismus und so den nationalen Mythos aktualisieren, um den militärischen Bedrohungen des Augenblicks die Stirn zu bieten. Das Erinnern an die Vergangenheit sollte helfen, die Gegenwart zu bewältigen, die Kontinuität war die einzig mögliche Waffe gegen die

politischen und wirtschaftlichen Verlockungen der neuen Ordnung. In seinen Anweisungen an Gut vom 13. Juni verfolgte Etter die gleiche Linie, um das patriotische Gefühl der Landesausstellung wiederzubeleben: «Man muss auf unserem originellen und echt schweizerischen Charakter beharren, auf unserer Verankerung im Gemeinschaftlichen und Volkstümlichen unten sowie in unserer Treue zu Gott oben. Lebensbilder grosser Schweizer,..»<sup>169</sup>

Vergangenheitskult und Rückkehr zu den Quellen verbanden sich auf eigenartige Weise mit dem Reformhunger und mit der Umbruchshysterie: Man sollte sich verändern und gleichzeitig sich selber bleiben ... Man kann die Annahme wagen, dass es für die Deutschschweizer leichter war als für die Westschweizer. Letztere waren in die Trümmer des Regimes verstrickt, das mit der vielkritisierten 3. Republik zusammengebrochen war, und setzten Demokratie mit Liberalismus gleich. Indem sie das zweite verwarfen, verzichteten sie auf das erste. Von daher rührt die Beliebtheit eines Pétain und seiner nationalen Revolution. Jenseits der Saane konnte man ohne vollständigen Bruch, wenn auch nicht ohne Zufälle, bis zu den gemeinschaftlichen Anfängen zurückgehen, den Markgenossenschaften der Urschweiz, dort seine grundlegende Identität wiederfinden, jenseits des Unfalles Liberalismus, der sorgfältig heruntergespielt wurde, wie wenn er dem Land nichts Positives gebracht hätte.

Ein letzter Vorteil der Berufung auf die Geschichte war die Möglichkeit, die sie bot, der Zensur ein Schnippchen zu schlagen: Hinter Napoleon und Gessler konnte der Zeitungsleser so viele andere Namen sehen ...

Nichts war natürlicher, als dass man sich nach der französischen Niederlage fragte, ob diese Anstrengungen noch gerechtfertigt waren. Defätisten und unverbesserliche Optimisten trafen sich in einem Punkt: Die ersten aus Realismus, die letzteren aus dem Glauben an ein Wunder heraus, das jenes von 1914-1918 wiederholen würde: Keinerlei Gefahr drohte wirklich.<sup>170</sup> Die Militärs nahmen dieses Zögern übel auf und auch den Graben zwischen ihnen und der Bevölkerung, den sie einem Mangel an Solidarität zuschrieben: «*Die Truppe verlangt, dass man der Zivilbevölkerung erklärt, wozu sie im Feld ist, und dass die Bevölkerung sich ihr gegenüber dementsprechend verhält.* Aus allen Rapporten der Truppenkommandanten geht in erster Linie hervor, dass die Einstellung des Hinterlandes verbessern eines der wichtigsten Elemente in der Aufrechterhaltung der Truppenmoral darstellt.» Eines der Argumente, das manche gerne von der Propaganda ausgeführt sähen, ist das französische Beispiel: Der Zusammenbruch ging zunächst auf die bejammernswerte Mentalität der Bevölkerung zurück und erst in zweiter Linie auf die bemerkenswerten

Vorzüge der deutschen Armee. Also musste man die Bürger dazu bringen, an die Möglichkeiten unserer Armee zu glauben, selbst gegen einen mächtigeren Feind.<sup>171</sup>

Dieses letzte Thema der psychologischen Verteidigung fließt mehr als einmal aus der Feder der Militärs. Es hatte den Vorteil, die Front und das Hinterland enger mit derselben hehren Sache des Widerstandes zu verbinden. Das Problem bestand darin, es zuzugeben: Die inständigen Bitten um eine offizielle Propaganda wurden nicht erhört, doch die Medien kamen ohne diese aus und erfüllten ihre Aufgabe, gut unterstützt durch die englische Zähigkeit ...

Diese Bemerkungen vereinfachen vielfältigste Reaktionen und bringen Richtungen und Meinungen auf einen gemeinsamen Nenner – ein bequemes «man» – welche sich je nach Regionen und gesellschaftlichen Gruppen unterschieden. Wir haben unterwegs die Jungbauern und ihren Groll erwähnt. Es gab andere, wie die bereits erwähnten entwurzelten Arbeiter, für welche die nationale Gemeinschaft keinerlei Bedeutung hatte, nicht mehr als jegliche Gruppierung aufgrund geistiger Werte. Diese Verschiedenheiten erklären auch zum Teil die unsinnigen Strömungen, die man andauernd zu korrigieren versuchen musste. Die Unzahl von ständischen oder andern Lokalzeitungen hat vielleicht dazu beigetragen, den vaterländischen Diskurs abzustufen und den so verschiedenartigen Milieus des Landes anzupassen. Umgekehrt lässt sich sagen, je einfacher und einigender die Botschaft war, desto breiter waren die Schichten, die sich überzeugen liessen. Der Vergleich zwischen Guisan und Pilet-Golaz ist in dieser Hinsicht vielsagend.

Die Arbeiter, die sozialistische Partei und ihre Presse genossen bevorzugt die Aufmerksamkeit der Psychologen und von H&H. Der Landesstreik von 1918 war ins Gedächtnis eingegraben als Schulbeispiel für den Pass im Sozialgewebe und in der nationalen Einheit, dessen Wiederholung es um jeden Preis zu vermeiden galt. Wem würden die an den Rand gedrängten Arbeiter zur Beute fallen: den Kommunisten oder den Nationalsozialisten?

Bericht erstatten über die Vielfalt an Reaktionen ist ein Ding der Unmöglichkeit. Punktuelle Beobachtungen enthüllen unerwartete Abweichungen. Hier ist zum Beispiel ein Bericht über die Reaktionen der Bevölkerung im Territorialkreis 2 auf die französische Niederlage: «Die Ajoie reagierte wie Frankreich, während im Seeland die Wut die vorherrschende Stimmung war, mit einem grenzenlosen Hass auf das siegreiche Deutschland. Biel, La Chaux-de-Fonds, Le Locle, alle industrialisiert, reagierten anders: Jeder wollte Schweizer bleiben, aber die Industrie sah nichts dabei, ihre Kunden dort zu suchen, wo sie sich eben finden liessen. Wichtige



Fabriken, die mit französischem und englischem Kapital geschaffen worden waren und bis jetzt Munition und Feinmechanik an die Alliierten geliefert hatten, mussten nur eine kleine Änderung an der Einstellung ihrer Maschinen vornehmen, um mit voller Leistung für die Achse zu arbeiten. Jedermann wusste es, und unsere Arbeiterschaft, die nicht gänzlich ohne Intelligenz ist, war sich wohl bewusst, was vor sich ging. Der Generaladjutant der Armee, welcher die Dienstbefreiung bewilligte, machte den Anschein, als ob er sie der Reihe nach eher denen gewährte, welche Munition für die Deutschen herstellten, als all jenen, die ihrer gewohnten Arbeit nachgingen. Im Kanton Neuenburg, im Tal von St.-Imier, in den Gegenden von Tavannes und Délémont liess ein grosser Teil der Bevölkerung das geschehen. Im Weinberg wartete man, und dieses Warten mit versiegeltem Mund, eine Presse lesend, die man unfrei wusste, war peinvoll; es verschärfte noch das Tief in der Moral unserer Bevölkerung.»<sup>172</sup>

Jede Untersuchung der öffentlichen Meinung wird also zur Sisyphusarbeit, sobald man darin allgemeine Formen und Linien erkennen will. Der nationale Wille existiert, aber so verschwommen, dass er nicht greifbar ist. Dies ist auch der Grund, weshalb der Gegensatz, den man gern zwischen dem General und Pilet-Golaz zeichnet, leicht zu einem substanzlosen Spiel wird: Dadurch wird die solcherart personalisierte Politik zwar dramatischer, gibt aber keinen Aufschluss über die wirklichen Kreisläufe der Macht. Herbert Lüthy hat an der von Georg Kreis untersuchten Affäre Trump den Widerstand zahlreicher, sich überschneidender Gruppen aufgezeigt, die sich gegenseitig Hilfe leisten, sobald eine ernsthafte äussere Gefahr droht. Trotz dem Wirrwarr von Cliques-Rivalitäten und -Egoismen werden Gewaltstrieche unterdrückt. Der Sieg über Trump hat diese wirksame Art von Reaktion, wo die Armee und die Verwaltung nicht unbedingt eine nützliche Rolle spielen, für die ganze Dauer des Krieges gestärkt. Keinerlei Bedarf für Propagandabüros oder Verwaltungskasse, damit die träfen Antworten auf unannehmbare Drohungen zur Stelle sind. Auch aus dem vielschichtigen und formlosen Einflussnetz von Gemeinden, Gewerkschaften, dezentralisierten Vereinigungen aller Art quillt ein Widerstandswille, zwar mit vielen Brennpunkten, aber greifbar.<sup>173</sup>

Die ansatzweise Erholung vom August ist schwer zu erklären, weil die genauen Angaben fehlen. Die von Lüthy gegebene Erklärung ist mehr errahnt als beweisbar. Auf jeden Fall ist sie einleuchtend. Man kann daraus auch den Konservatismus der Organe ableiten, die nichts ändern wollen, weil sie dabei vielleicht ihre Daseinsberechtigung einbüssen würden, oder eine Unabhängigkeit, die auf ihrer Verschiedenheit gründet.

Unter den allgemein beobachteten gemeinsamen Zügen kann man die Macht des Alltags trotts erwähnen, die rasch wieder die Oberhand gewinnt. Ist die Krise einmal überwunden, die Gefahr abgeschwächt, so fällt die Spannung rasch ab, und auch die Niedergeschlagenheit kann ebenso schnell verschwinden. Es gibt eine Erholungsfähigkeit, welche die Anhänger der nie erlahmenden Anstrengung und der dauernden Wachsamkeit bedauern. Der Soldat, der heute ein Held ist, wird morgen schon zum Müssiggänger oder zur kostspieligen Belastung. Man kann sich an einem Tag ärgern über die zu langsame und unvollständige Demobilmachung, um sich am andern von allen verlassen zu fühlen, weil die Soldaten die Zone verlassen, die sie bis jetzt verteidigt haben. Diese widersprüchlichen Gefühle fehlen nicht beim Übergang zum Réduit.

Die Wankelmütigkeit kann in beiden Richtungen wirken, man spürt das nach dem Eingreifen des Generals, das die Energien neu geweckt hat, jedenfalls für eine Weile ... Sie unterstützt oder bekämpft das tiefe Gefühl, das wir festgestellt haben, und dessen ausgewiesene Wortführer und unerschütterlich Überzeugten abwechslungsweise von den Unschlüssigen verspottet oder angehört werden.

Die Tonart der Psychologen der APF, welche die Moral der Bevölkerung aus grösserer Nähe als alle anderen Beobachter verfolgten, wechselt ebenfalls von Woche zu Woche. Dies kommt nicht nur von der Ungleichmässigkeit ihrer Informationen her, sondern auch von einer wirklich schwer zu fassenden Lage und von Abweichungen, denen sie nicht ganz entgehen. Sie bemühen sich ebenfalls, den Gegensätzen zwischen dem Anschein und den tiefen Gefühlen, zwischen äusserer Gleichgültigkeit und heimlicher Beklemmung beispielsweise Rechnung zu tragen, indem sie die Information und die Tendenz daran anpassen.

In ihrem tiefen Empfinden blieb die Bevölkerung der Unabhängigkeit mehr verbunden als der Demokratie. Je nach Zeitpunkt sollte sie eher zum Widerstand gegen jegliche Drohung oder eher zu Kompromissen neigen. Die Rütliansprache hat kräftig dazu beigetragen, den nationalen Stolz zu wecken. Grosse Zeitungen haben gewissermassen sein Eindringen in die öffentliche Meinung vorbereitet und seine Wirkung verlängert, ohne dass man wie gewisse Historiker behaupten könnte, das militärische Wort sei entscheidender gewesen als das Schreiben der Journalisten.<sup>174</sup> Es ist unmöglich, irgend einen Vorrang zu bestimmen in einem Bündel von gleichwertigen Wahlmöglichkeiten.

Der Stimmungsgehalt wechselt je nach Umständen. Im Sommer 1940 liegt er zwischen der Annahme einer ausländischen Schirmherrschaft oder dem Willen, diese unbedingt zu bekämpfen. Die Forderungen der Geistigen Landesverteidi-

gung zwingen, das zweite zu wählen ohne zu zögern. Die APF machte es in einer Weisung an die Presse vom 17. Juli klar: «Es empfiehlt sich im Gegenteil mehr denn je, unsere Rechte als selbständiger Staat und unseren festen Willen zur Unabhängigkeit zu bekräftigen.» Diese Richtlinie fusst gleichzeitig auf den fundamentalen Grundsätzen der nationalen Existenz und auf der Ablehnung des Kompromisses, welchen die von den Waffen beherrschten Umstände verlangten. Die Anpassung an eine neue Ordnung zeichnete sich vorläufig nur unklar ab, da niemand bereits voraussagen konnte, was aus Europa werden sollte: Man soll den Tag nicht vor dem Abend loben, schrieb E. Schürch am 7. August.<sup>175</sup> Wer die Zukunft befragte, wie es ein Pilet-Golaz tun sollte, verwirrte die Gemüter, wenn er die Gegebenheiten komplizierte, welche die Widerstandsparen zu vereinfachen suchten: «Selbst wenn die Waffen stumm blieben, würden wir uns trotzdem im Krieg befinden».<sup>176</sup>

Diese Worte eines bedingungslosen Widerstandskämpfers hätten manche unbesehen aus der NZZ oder von der APF übernommen. Aber nur eine Minderheit. Man betrachtete den Krieg im Allgemeinen unter seiner militärischen Form, wie er im Westen gewütet hatte; seine Technik hatte sich zum *Blitzkrieg* gewandelt, was Angst machte. Man wusste in der Öffentlichkeit, dass der psychologische Angriff eine wichtige Rolle spielte, doch konnte man ihn nur unvollständig wahrnehmen, weil die Zensur ihn teilweise unterdrückte, wie sie dies auch mit dem Gegenangriff tat, wenn sie zum Beispiel Rauschnings überaus freimütiges Werk «Gespräche mit Hitler» verbot. Jede zu klare Bezeichnung des Feindes war ebenfalls untersagt. Man könnte glauben, die Schweiz habe sich ins Unvermeidbare geschickt. Doch das Echo auf die Stellungnahmen von Guisan und von Pilet-Golaz zeigt blitzartig, dass dies nicht der Fall war. Sobald das Unvermeidliche von Ende Juni zum Vermeidbaren von Ende August werden sollte, konnten die Propheten aufatmen.

## Kapitel IV

# Ein verdriessliches Jahr

(September 1940 – Juni 1941)

## Ein Dauerkampf zur Aufrechterhaltung der Truppenmoral

Die Erfahrungen der Schweiz und des Auslandes im verheerenden Sommer 1940 bestärkten die Verfechter der psychologischen Arbeit bei der Truppe in ihrer Überzeugung, dass die Einstellung der Soldaten einer der vorrangigen Faktoren ihrer Kampftüchtigkeit war. Mit der französischen Niederlage öffnete sich ein langer Zeitraum, dessen bedrückenden Charakter der General treffend zusammenfasste: «Während dieser Jahre der Einkreisung, wo die Gefahr weder der öffentlichen Meinung noch selbst der Truppe dauernd vor Augen stand, wurden die Dienstpflichten, die Notwendigkeit der Ablösungen drückender, schwerer zu begreifen und zu ertragen.»<sup>1</sup>

Insbesondere stellt er aufgrund eines Berichtes des Generaladjutanten vom 22. August den Niedergang der Truppenmoral fest und untersucht dessen Gründe sowie die Mittel dagegen in einem Rundschreiben an die grossen Einheiten vom 9. September. Er fügt nicht viel bei, was wir noch nicht wüssten, und erteilt Befehle, um die Entmutigung zu bekämpfen. Er unterbreitet den höheren Offizieren ebenfalls drei Themen zum Nachdenken, welche den Hauptsorgen des Augenblicks entsprechen: die Beeinflussung der Bevölkerung, welche natürlich auf die wiederholten Beschwerden über den verderblichen Einfluss der Zivilisten auf die Beurlaubten zurückgeht; eine neue Urlaubsordnung, welche die Männer länger zuhause lässt; der Dienst der Grenztruppen, welcher für die Männer besonders undankbar und langweilig ist.<sup>2</sup> Das erste Anliegen war nicht neu, wir sind ihm schon bei H&H und anderswo begegnet. Diese Tätigkeit nahm im Verlauf des Winters allmählich Form an. Das letzte sollte nie eine befriedigende Antwort finden und bis zum Kriegsende wei-

terhin die Armee belasten, da es aus dem System der Grenztruppen hervorging; diese wurden aus Bewohnern der Region gebildet, umfassten alle Altersstufen (also zu ungleicher Dienstdauer verpflichtet und mit uneinheitlicher Ausbildung) und hatten eintönige Bewachungsaufgaben. Was die Ablösungen betrifft, sollten diese in der Tat auf neue Weise organisiert werden.

Da keinerlei unmittelbare Gefahr mehr drohte, konnte man im vornherein einen Plan für Ablösungen von kurzer Dauer und für bestimmte Aufgaben vorsehen. Die Männer wussten so vor dem Einrücken, was sie erwartete, und konnten sich entsprechend einrichten, umso mehr als der Plan nach Möglichkeit die Erfordernisse der Wirtschaft berücksichtigte, besonders jene der Landwirtschaft. Eine administrative Neuordnung des Systems der Dienstbefreiung wurde seit Mai unternommen und erleichterte gleichermassen die Handhabung dieses heiklen Problems, verbesserte zudem die Koordination innerhalb der Armee. Die Moral wurde davon so gleich auf positive Weise beeinflusst.<sup>3</sup> Die Beschwerden Hessen trotzdem nicht auf sich warten, denn die Urlaubsgesuche vervielfachten sich rasch wieder und Hessen einen bitteren Nachgeschmack zurück bei denen, die den Urlaub nicht erhielten und deshalb die Begünstigten anklagten, ihre guten Beziehungen auszunützen. Besonders übel nahm man dies den ohnehin vom Schicksal begünstigten Studenten, denen Studienurlaube zugestanden wurden zu Lasten von Familienvätern. Gewisse Offiziere finden harte Worte für diese zukünftigen Ehten, die nur darauf bedacht sind, eine Dienstpflicht zu umgehen, an die sie nicht mehr glauben; sie rügen auch die Unternehmen für ihre Forderungen, die man nicht zu übergehen wagt, weil die Bedürfnisse der Industrie heilig sind und jenen der Verteidigung vorgehen. In der 5. Division zum Beispiel sah man darin nicht nur eine Behinderung der Ausbildung, sondern auch «die Keime zur Vergiftung der gesellschaftlichen Beziehungen.» Mit ährdichen Worten drückt sich dieses Gefühl in zahlreichen Einheiten aus. Die Generaladjutantur selbst muss sich ihre Schwäche vorhalten lassen, wenn sie trotz der negativen Empfehlung des verantwortlichen Truppenoffiziers Dispense gewährt. Da lag Zündstoff zur Unterhöhlung der Fundamente des Widerstandes.<sup>4</sup> Man begreift, dass der General dieses Problem, das er in seinem Schlussbericht als für die Einheitskommandanten quälend beurteilte, ihnen zum Überdenken unterbreitete.

Unter den anderen Dauerursachen, denen man gerne den schlechten Truppengeist zuschrieb, nahm die Zivilbevölkerung immer noch einen Vorzugsplatz ein. Die Beweisführung wiederholte sich. Sie wechselte allerdings häufig die Richtung: Es war nicht mehr die Nutzlosigkeit einer Verteidigungsbemühung, die man der Armee vorwarf, sondern die Sinnlosigkeit der Mobilisierung, da es keine Gefahren mehr gab.

Ohne zu verschwinden, war der Defätismus zurückgegangen oder hatte das Gesicht gewechselt. Ein Deutscher, der von einer Rundreise durch die Schweiz zurückkehrte, hatte gehört, wie man die Armee als «schweizerisches Konzentrationslager» und «Unterstützungsanstalt für Offiziere» bezeichnete. Man musste in der 3. Division feststellen, dass es nunmehr die Zivilisten waren, welche die Urlaubssoldaten beeinflussten, und nicht mehr umgekehrt wie früher.<sup>5</sup> Diese Lage nährte bei den Offizieren die unter der Oberfläche stets vorhandene Absicht, die Zivilbevölkerung aufzuklären, um sie zu einer besseren Unterstützung der Verteidiger der Heimat zu veranlassen.

Im Herbst 1940 schürte das Referendum gegen das Gesetz zur Einführung eines obligatorischen militärischen Vorunterrichts die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Armee und der Zivilbevölkerung und verschaffte so dem Kader einen zusätzlichen Grund, den schlechten Geist der Bürger zu beklagen. Sollte man die Jugend militarisieren? Bedeutete eine Ablehnung die Schlawheit eines Volkes, das zu jeder Preisgabe bereit war? Die Frage, die zu Beginn gestellt wurde, war einfach. Die Polemik wand sich rasch daran vorbei. In der Abstimmung vom 1. Dezember wurde das Gesetz von 54% der Stimmenden abgelehnt, was man als Niederlage der Armee deuten konnte oder ganz einfach als Ablehnung eines zusätzlichen Zwangs in einer Zeit, wo sich die Angriffe auf die Freiheit schon häuften.<sup>6</sup>

Man darf aus diesen pessimistischen Betrachtungen nicht schliessen, dass die Armee und die Bevölkerung auseinanderbrachen. Sogar wenn man absieht von den Berichten der Vorgesetzten über die Moral ihrer Truppen, die ausserhalb ihrer Beschwerdepunkte stets einen professionellen Optimismus zur Schau trugen, war das Bild nicht so düster, und man muss die Klagen relativieren. In Sachen Urlaub versah der General selbst zum Beispiel einen Brief mit folgender Anmerkung: das «System wird definitionsgemäss immer kritisiert werden. Nicht zuviel Bedeutung beimessen.»<sup>7</sup>

Im Wesentlichen kann man sich auf die Bilanz der Generaladjutantur für die Monate Oktober bis Dezember verlassen: «Der Widerstandswille hat sich glücklicherweise verstärkt und gefestigt, da man die Notwendigkeit begriffen hat, mit der Verteidigung des Landes fortzufahren.» Der protestantische Feldprediger der Gebirgsbrigade 10 präziserte noch, «der Defätismus wurde eingedämmt und der Glaube an den Auftrag der Armee bestärkt durch die Befestigungsarbeit im nationalen Réduit und durch die Ankündigung der Ablösungen».<sup>8</sup>

Mit andern Worten, die allgemeine Stimmung hatte sich, abgesehen von unvermeidlichen Ausnahmen und Zwischenfällen, wieder aufgefangen seit der Som-

merkrise, weil man wieder einen Sinn im Auftrag der Armee fand oder weil, wenn man will, die Bedeutung des Réduits anerkannt worden war. Noch waren nicht alle Gewissensbisse wegen der aufgegebenen Bewohner des Mittellandes überwunden, doch die Aufmerksamkeit der Soldaten wurde systematisch auf die Übungen, die Ausbildung, die Manöver, die Bauarbeiten im Gebirgsraum gelenkt, welche zum grössten Teil neu waren. Als schöpferische Anstrengung befriedigten die Befestigungswerke mehr als die Ausbildung, wenn auch die Erlernung neuer Waffensysteme und Kampftechniken grosses Interesse weckte. «Gewisse Einzelheiten unserer technischen Ausrüstung geben uns die Überzeugung, dass der Kampf letztlich eine Frage der Männer ist.»<sup>9</sup> Im Rahmen des Réduits, wo die Sicherheit bietende Natur zu einem unfehlbaren Verbündeten wurde, konnte man die Panzer und den *Blitzkrieg* vergessen, welche durch ihre unmenschliche Masslosigkeit im Voraus Schrecken verbreiteten. Im Innern der alpinen Landschaften verlor die zermalmende Mechanik ihre Berechtigung und der Fusssoldat eroberte all seine Möglichkeiten zurück. Die neuerdings betriebene Nahkampfausbildung wurde von den Soldaten sehr geschätzt und konnte dieses wiedergefundene Vertrauen nur verstärken sowie die Routine bekämpfen, die von einem System der statischen Verteidigung allzu leicht erzeugt wird.

Der Bericht einer deutschen militärischen Handelsdelegation kommt in Bezug auf die Aussichten eines bewaffneten Widerstandes nicht zu den gleichen Schlüssen, sieht aber eine hartnäckige Verteidigung von Seiten einer Armee voraus, deren Kampfgeist keinem Zweifel unterliegt. Dieser Eindruck wurde zweifellos von mehr als einem Soldaten geteilt und könnte die von einem Feldprediger getroffene Unterscheidung erklären zwischen der *Dienstwilligkeit*, die er bei der Truppe erkannte, und der *Dienstfreudigkeit*, von der er keine Spur mehr fand.<sup>10</sup>

Die äusseren Ereignisse scheinen keine so entscheidende Rolle gespielt zu haben wie im Sommer 1940. Der griechische Widerstand gegen die italienische Invasion, die Ende September 1940 begann, wird ausnahmsweise als positiver Faktor für die Moral erwähnt, da er sich an jenen der Finnen anschliessen sollte. Nicht vor Mitte Mai 1941 sollte H&H seinen sechzehnten *Wehrbrief* diesem Krieg widmen, als schon das deutsche Eingreifen in Jugoslawien, am 8. April dann in Griechenland selbst, die Lage vollständig verändert hatte. Dieser neue Feldzug wirkte wie ein «Hammerschlag» auf die Truppe und die Bevölkerung; England würde rasch seine letzten Stellungen in der Region zu verlieren. Wozu also kämpfen? Nur eine Minderheit fand darin einen Grund zu noch grösserer Entschlossenheit.<sup>11</sup>

Als weiteres Zeichen der Zeit war dies für Oberst Däniker der Augenblick, unter der Hand seinen berühmten Bericht zu verbreiten, in welchem er die Starrheit des Generals kritisiert und Resignation predigt. Die Ereignisse auf dem Balkan haben jedoch eine weniger tiefe und weniger dauerhafte Wirkung als die französische Niederlage von 1940. Sie nehmen bei Weitem nicht soviel Platz in den Rapporten ein, was ein Zeichen ist für die Gewöhnung an schlechte Nachrichten und vor allem für die Entfernung eines Operationsfeldes, das den Alltagsorgen entrückt war. Immerhin stützte sich der General am 9. Mai 1941 auf die schädlichen Auswirkungen des Balkankrieges, um einmal mehr beim Bundesrat darauf zu bestehen, sich endlich «aller Propagandamittel zu bedienen, über die ein moderner Staat verfügt». Das Wiederauftauchen der verhängnisvollen Frage «Was nützt es?» drohte im Unterlassungsfälle beklagenswerte Folgen zu zeitigen.<sup>12</sup>

Für eine Armee, deren Lage nach wie vor heikel war, muss man im Großen und Ganzen zugeben, dass die Stimmung im Frühling befriedigend und noch annehmbar geblieben war. Anlässe zur Entmutigung fehlten allerdings nicht, und die Beobachter richteten natürlich ihr Augenmerk darauf, um Abhilfe zu suchen.

Auf militärischer Ebene erscheinen in regelmässigen Abständen dieselben Klagen in den Rapporten: ausser den Nörgeleien über die Urlaube sind dies die Behauptung, die Mobilisierung daure an, weil dies den Offizieren nütze oder die Arbeitslosigkeit verschleierte; das Gefühl, unnütze und eintönige Aufgaben zu erfüllen; der Mangel an Zuversicht in die Möglichkeiten, dem Feind zu widerstehen; der schlechte Einfluss der Zivilbevölkerung. Dies waren ebensoviele angeborene Schwächen eines langen Dienstes in Friedenszeiten, vor allem in den schlecht geführten Einheiten, wo die Offiziere nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe oder schlicht einfalllos waren.

Die Konflikte an der Armeespitze zeigten einige Auswirkungen in den unteren Rängen. Eine Gruppe von Offizieren um den Obersten Däniker verurteilte in der Tat die militärischen Auffassungen des Generals und seine antideutsche Einstellung. Schon im Herbst 1940 hält der oben erwähnte deutsche Rapport ihre offene Kritik fest. Offensichtlich informiert von diesen Oppositionskreisen, sieht er diese immer stärker und aktiver werden. Der vorläufig proenglischen Mehrheit bleibt nur der britische Sieg als Argument, und im entscheidenden Augenblick des Kampfes hätte eine «Intervention» dieser Deutschfreundlichen günstige Wirkungen.<sup>13</sup>

Einer der Gesichtspunkte des Konflikts berührt die Moral der Truppe unmittelbar: Däniker konnte nicht nur die Parteilichkeit eines Obersten Frey nicht



zulassen, er verurteilte darüber hinaus die fundamentalen Grundsätze von H&H: In einem Brief an Oberstdivisionär Dollfus vom 2. Mai 1941 griff er den Wehrbrief über den Feldzug in Jugoslawien an, welcher den Sieg nicht der Tüchtigkeit der deutschen Soldaten zuschrieb, sondern verschiedenen andern Faktoren wie der fünften Kolonne: Die ausschlaggebende Bedingung der militärischen Moral sei ein hartes Exerzieren, und genau das sollte H&H begreifbar machen. Der Generaladjutant antwortete trocken, dass auch gut trainierte Truppen unter einer schlechten Moral leiden konnten, da noch andere Faktoren mitspielten.<sup>14</sup> Man findet hier die Argumente des Korpskommandanten Miescher anlässlich der Vorbereitung auf das Réduit wieder. Sie entspringen einer sehr klassischen Auffassung von der militärischen Ausbildung und nicht dem Willen, die Widerstandskraft zu schwächen für den Fall eines deutschen Angriffs. Auf der Ebene der Wirkungen, wenn nicht der Absichten, durchkreuzten sie die Bemühungen um Information und Meinungsbildung, welche für H&H einem wirklichen Bedürfnis der Truppen entgegenkamen, und sie beeinträchtigten ernsthaft den Kampfwillen, für den H&H grösstenteils verantwortlich war. Umgekehrt war für diese hochqualifizierten Berufsoffiziere die Bewunderung für die deutsche Armee und ihre Leistungen das, was der Unterricht und die allgemeine Ausbildung erwecken sollten. Man begreift den Erfolg derartiger Ideen beim Kader, vor allem vielleicht unter den jüngeren, und auch die Erschütterung, welche die Schrift von Däniker und die in der Folge verhängten Sanktionen unter ihnen bewirkten. Diese Strömung war doch so beunruhigend, dass schon im November 1940, wenn man Hausmann glaubt, der General wegen seiner Schwäche in der Bevölkerung und bei gewissen Militärführern kritisiert wurde: Wenn er schon kommandiere, sollte er durchgreifen; wenn er machtlos war gegenüber einer wachsenden Opposition, sollte er die Armee entlassen.<sup>15</sup> Diese Affäre wirkte wie ein Entwicklerbad und ihr Abschluss reinigte eine mühsame Atmosphäre, mindestens auf der Offiziersebene, denn es ist unmöglich zu sagen, ob der gemeine Soldat von den strategischen und politischen Konflikten wusste, welche die Welt der Offiziere spalteten, auch wenn die beanstandete Broschüre ziemlich weit verbreitet war.

### **Wirtschaftliche Sorgen**

Auch die wirtschaftlichen Sorgen schürten Spannungen und Unzufriedenheiten. Zwar funktionierten die Ausgleichskassen zur Zufriedenheit; jetzt wo die Selbständigerwerbenden gleichen Nutzen daraus zogen, war ein grosser Fortschritt erreicht

worden. Aber den entlassenen Soldaten drohte Arbeitslosigkeit, vor allem wenn sie Handlanger oder Angestellte waren: Die Besetzung von Arbeitsplätzen durch Ausländer oder Dienstbefreite wurde natürlich schlecht aufgenommen. «Die Männer von Singen haben Arbeit.» Dieser Ausspruch eines Soldaten der Nordschweiz wurde im Frühjahr 1941 vernommen und konnte eine moralische Krise befürchten lassen, falls die Arbeitslosigkeit sich ausdehnen würde. Die Gewerkschaftssekretäre verbargen ihre Sorge nicht, dass eine übertrieben starke Verschlechterung der materiellen Bedingungen die Arbeiter zu den ersten machen würde, welche das hitlerische Spiel mitmachten. Goebbels wüsste diesen Glücksfall trefflich auszunutzen: «Die deutsche Propaganda ist zu diesem Zweck wunderbar ausgerüstet: Es gibt sozusagen keinen Streifen der «Wochenschau», der nicht jede Woche Arbeitslose aus Norwegen, Dänemark, Belgien oder Holland zeigt, welche nach Deutschland auswandern, wo man ihnen angeblich Arbeit verschaffen kann.» Andern wiederum entging eine berufliche Beförderung während des Aktivdienstes. In all diesen Fällen erwies sich die Armee als ziemlich machtlos, selbst wenn das Gesetz einen gewissen Schutz gegen Entlassungen gewährte, und konnte häufig nur über persönliches Einschreiten von Feldpredigern oder Offizieren Hilfe leisten.<sup>16</sup> Die Fälligkeit von Schulden, Mietzinsen, die nationale Wehrsteuer, welche man zuweilen mit dem Militärpflichtersatz der Dispensierten verwechselte, sogar die Militärsteuer lastete ebenso schwer auf den Mobilisierten.

Der Plan Wahlen weckte gleichfalls verräterische Befürchtungen und liess die kommenden Spannungen zwischen Städtern und Bauern erahnen. Bei seiner öffentlichen Ankündigung im November 1940 war er beifällig aufgenommen worden, brachte aber ausgedehnte Urlaube für die Landwirte mit sich, um die «Anbau-Schlacht» zu schlagen: «Die Städter fürchten, dass die Bauern im Krieg eine Gewinnmöglichkeit sehen, während sie selber gezwungen sind, ihre Geschäfte zu vernachlässigen, manchmal Schulden zu machen, und für zwei Franken Sold im Tag unter den Waffen zu bleiben. Man hört zunehmend die Ansicht äussern, dass man die Bauern der Pflicht unterwerfen müsste, ihre Produkte den Leuten in der Stadt zu vernünftigen und garantierten Preisen zu verkaufen.»<sup>17</sup>

Diese Sorgen hatten bis jetzt keine so wichtige Rolle gespielt. Die Last der Zeit jedoch, die Aufzehrung des guten Willens und der Reserven, die Preiserhöhungen, die Kosten der Mobilmachung, machten aus ihnen dauerhafte Faktoren der Stimmung in der Armee. Umgekehrt interessierte die Soldaten die Innenpolitik nicht mehr, da sie durch die materiellen Sorgen überschattet wurde.

Die deutsche, und sehr nebenbei auch die kommunistische Propaganda trugen ebenfalls zu diesem drückenden Klima bei. Doch sollte man weder deren Bedeutung noch deren Wirkung übertreiben. Die Polizei-Offiziere waren wachsam, und ihre Rapporte verraten keine übertriebenen Befürchtungen. Hier und dort tauchten genauere Hinweise auf, wie diese *Kettenbriefe*, welche zur Auflehnung in der 4. Division aufforderten, oder der Erfolg des berühmten *Signal*.

### Aufklären

Wie eine Litanei kehrt die Forderung nach Information für die Soldaten in zahlreichen Berichten dieser Zeit wieder. Die neue politische und militärische Lage Europas brachte solche Konsequenzen für die Schweiz und ihre Verteidigung mit sich, dass Erklärungen zuhanden der Truppe immer unerlässlicher wurden.<sup>19</sup> Wenn man aus der Vertrauenskrise des Sommers herauskommen und die Soldaten neu motivieren wollte, musste man dafür eine besondere Anstrengung unternehmen: Der Aufruf zur Disziplin genügte nicht mehr, der faule Spruch «Befehl ist Befehl» blieb zweifellos unverzichtbar für das Alltagsleben, «aber der Wehrwille kann nicht bloss durch solche Worte verstärkt werden. Eine systematische und scharfsinnige Aufklärung bereichert die Einsicht des Soldaten und erlaubt es sozusagen, ihn mit einer Verteidigungsenergie zu laden.» Von H&H tönte es gleich: «Das blinde Vertrauen, das schliesslich notwendig ist, kann nur durch ein klarsichtiges Vertrauen gewonnen werden.»<sup>20</sup>

Die negativen Schlagworte gingen um und verbreiteten die Idee, dass nur das an der Rüstung interessierte Kapital für den Krieg verantwortlich sei, oder dass die Urlaube selten wären, weil die Offiziere gerne im Dienst blieben etc. Um sich der zerstörerischen Macht solcher Behauptungen entgegenzustellen, drängten sich Erklärungen und selbst eine Gegenpropaganda auf und entsprachen auch einem Bedürfnis. Bundesrat Kobelt, der im Übrigen nicht für eine Ausdehnung der Tätigkeit von H&H auf die Zivilbevölkerung war, beharrte im Mai 1941 sogar selbst auf der zwingenden Notwendigkeit, über die Moral der Truppe zu wachen.<sup>21</sup> Soviel Eindringlichkeit lässt die Widerstände beim Kader erraten.

Propaganda oder Information? Man kann schwanken zwischen diesen zwei Begriffen. Diejenigen, welche eine Tiefenwirkung forderten, wünschten eine ideologische Ausrichtung der Geister; indem man unleugbare Erklärungen zu den militärischen, politischen etc. Ereignissen lieferte, glaubten sie Vertrauen in die Zu-

kunft der Schweiz und in ihre Aussichten auf Unabhängigkeit einflößen zu können. Dass man die Klippen der Indoktrinierung oder der einseitigen Politik nicht immer vermeiden konnte, gehörte zum Handlungs-Risiko, und die Regierung wollte davon, wie wir sahen, nichts wissen. Es ist deshalb nicht sicher, dass Kobelt die gleiche Art Information und Beeinflussung meinte wie H&H, um die Stimmungsabstürze zu beheben. Die Regierung war sich ihrer Glaubwürdigkeit bei der Truppe vielleicht nicht so sicher. Sie war jedenfalls auf dem Laufenden: Pilet-Golaz zum Beispiel hatte nach seinem Empfang der Frontenführer den Brief eines Freundes erhalten, der ihm mitteilte, dass in seiner Einheit von Zürcher Territorialtruppen die Männer nur Opfer auf sich nehmen wollten in «der völligen Gewissheit, was den unerschütterlichen Willen des Bundesrates betrifft, den Druckversuchen von aussen bis zum Letzten zu widerstehen und die Gefahr eines Krieges jeglichem politischen oder andern Nachgeben vorzuziehen.» Und gerade daran zweifelten sie. Bei derselben Gelegenheit berichtete Oberstdivisionär Dollfus, dass man nicht weit von einer Vertrauenskrise entfernt sei, dass aber das Armeekommando nicht davon betroffen sei und vielmehr als Gegenpol zur Regierung erscheine.<sup>22</sup> All diese Feststellungen lagen zu sehr auf der Linie der Besorgnisse des Generals und der Adjutantur, als dass sie kein Echo gefunden hätten. So schuf Guisan im November eine besondere, verkleinerte Dienststelle von Vortragsrednern zur Information der Truppe über militärische Probleme, um die Soldaten während der Arbeitszeit über die militärischen Probleme zu orientieren. Dies machte er unabhängig von H&H. Vielleicht wollte er dadurch vermeiden, die Verbindungsoffiziere einzusetzen, welche den Einheitskommandanten nichts vorschreiben konnten. Nachdem diese Vortragsredner dennoch H&H angegliedert worden waren, verlangte der General am 17. Juni 1941, dass nach Möglichkeit jede Woche ein bis zwei Stunden für Heimatkunde zur Verfügung gestellt wurden.

Man kann in diesem Kurzschluss von H&H auch ein gewisses Misstrauen gegen einen Dienst sehen, der erst seinen Weg suchen musste zwischen dem Widerstand der Einheitskommandanten, dem Ruf, eine blosse Unterhaltungsagentur zu sein und den neuen Forderungen des Tages. In den Einheiten, die den psychologischen Faktoren Wert beimassen, wurden nützliche Experimente versucht oder erneuert. In der 5. Division zum Beispiel wurden einwöchige Ausbildungskurse für einen Vertreter je Einheit in einer sehr freien Atmosphäre durchgeführt, wo Soldaten und Offiziere auf gleichem Fuss gehalten waren. Dies erteilte unersetzliche Aufschlüsse über die Stimmungslage und enthüllte die Unkenntnis über nationale Probleme sowie über die Ziele der Armee und der Regierung. In der 1. Division erhielten nur die Offiziere eine Ausbildung über die Bedeutung der Moral in der Armee.

In der 6. Division liess man Professoren, Verantwortliche aus Wirtschaft und sonstwo kommen, um je nach ihren Kenntnissen geschichtliche oder zeitgenössische Probleme abzuhandeln.<sup>23</sup> Im Allgemeinen wurden diese Versuche geschätzt und fanden Zustimmung, weil sie einem Bedürfnis entsprachen.

«Gott sei Dank verlangen unsere Männer nicht nach Anstachelung sondern nach Orientierung.»<sup>24</sup> Diese Worte eines Truppenoffiziers fassen die allgemeine Stimmung nach der Krise vom Sommer 1940 zusammen. Vor der drängenden Gefahr mochte man sich fragen, ob die Armee standhielte. Moral war damals gleichzusetzen mit Verteidigungswillen. Jetzt war die Gefahr nicht mehr so unmittelbar, sie hatte sich in entferntere Gegenden verzogen, den englischen Luftraum, den Balkan, Nordafrika. Man musste nicht mehr Hochdruck unterhalten in Erwartung eines bevorstehenden Kampfes, sondern die Köpfe an eine neue Lage gewöhnen, wo die grossen militärischen und politischen Entscheidungen neu überdacht werden mussten. Die neue europäische Ordnung, die wirtschaftliche und strategische Abkapselung waren nunmehr die Gegebenheiten, die man nicht länger umgehen konnte, und die Überlegungen weckten, welche die Aufgebotenen mit in den Dienst brachten. Man brauchte sie nicht mehr zum Kampf anzufeuern, sondern musste alle Fragen beantworten, welche sie sich in ihrer Freizeit und in den zahlreichen leeren Augenblicken, die der Militärberuf mit sich bringt, stellen mochten. Die psychologische Ausbildung bedeutete ein Wirken in die Tiefe, denn Moral, das hiess von nun an verstehen, dass die Schweiz immer noch eine selbständige Daseinsberechtigung hatte mitten auf einem zunehmend faschistischen Kontinent: Der Krieg ging hier weiter, und es waren noch nicht alle Trümpfe ausgespielt, wie man im Sommer 1940 geglaubt hatte.

Mehr noch, die Unabhängigkeit konnte nicht länger als Selbstzweck betrachtet werden, wie Wartenweiler betont; man musste in einem neuen Europa für das Handeln des Staates inskünftig eine *Zweckbestimmtheit* festlegen, ein Ideal, welches die Opfer annehmbar machen würde.<sup>25</sup> Dieser glühende Prediger der Volkserziehung fühlte bereits, dass der Bezug auf die Geschichte nicht mehr genügte, um die Seelen zu stützen, und er ahnte die kommenden moralischen Krisen der Armee und der Bevölkerung als ganzes voraus.

Die Aussicht auf einen möglichen, wenn nicht nahen Angriff jedoch bedeutete auch, die Gedanken auf die Notwendigkeit und die Möglichkeiten eines militärischen Widerstandes zu richten, wie man dies schon unmittelbar nach der französischen Niederlage getan hatte, vielleicht mit einer etwas festeren Überzeugung als nach dem Waffenstillstand.

## Die Verlockungen der Anpassung: die Zivilbevölkerung

«Wir sind mitten in der Vollendung einer Reihe von Ereignissen von Jahrhundert-Bedeutung ... Die Grundlagen unseres Daseins sind bis in ihren Kern erschüttert ,...»<sup>26</sup> Diese Einleitung einer Schulabschluss-Rede übermittelt mit vielen andern gleicher Art das Gefühl der Weltuntergangskatastrophe, welches Frankreich und indirekt auch die Schweiz befiel. Nun stammen diese Worte aber von 1941, um einiges nach dem verhängnisvollen Sommer 1940. Es wäre verfehlt, daraus zu schliessen, dass man sich noch mitten im Drama wähnte, am Rande von Ereignissen mit kosmischer Tragweite: Man lebt nicht monatelang mit angehaltenem Atem. Das Alltagsleben stellte andere Forderungen, und die Vorbereitung der Zukunft verpflichtete zu andern Geistesübungen. Sprechen wir lieber von einem Hintergrund, einer unterschwelligten Katastrophenseligkeit, jederzeit bereit, wieder aufzutauchen, sobald die äusseren Ereignisse, der ausländische Druck, die inneren Erschütterungen die harten Tatsachen des Augenblicks in Erinnerung riefen. Ohne sich in die Einzelheiten zu verlieren, kann man sagen, dass die öffentliche Meinung durch «eine Folge von Wellen des Widerstandes und des Defätismus» hindurchging.<sup>27</sup> In einem Klima der Unsicherheit veränderten die äusseren Ereignisse rasch die allgemeine Stimmung. Die Fortdauer des britischen Widerstandes im Herbst schenkte der Mehrheit der Bevölkerung neue Hoffnung, wie auch die griechischen Erfolge gegen eine italienische Armee, die sich lächerlich machte, während im Frühling die deutsche Inbesitznahme des Balkans die gegenteilige Wirkung zeitigte. Man weiss nicht recht, wie die öffentliche Meinung reagierte, weil das Büro der Psychologen seine Berichte mit dem Monat September 1940 einstellte, während H&H seine Umfragen noch nicht aufgenommen hatte; aber Denkrichtungen Hessen sich unterscheiden und Entscheidungen festigten sich angesichts der Probleme des Augenblicks: die Anpassung, die Reform der Institutionen, die Rolle der Behörden und der Armee, um nur einige zu erwähnen. Dies sind ebensoviele Facetten einer grossenteils verdeckten und bohrenden Befragung über die Geistige Landesverteidigung, die wir schon mit Bezug auf die Armee erwähnt haben: Wollen wir Schweizer bleiben, und wenn ja, warum?

Auch wenn der Wille zum militärischen Widerstand von Zeit zu Zeit in der Armee eingeschätzt und in Frage gestellt wurde, ist es doch schwierig, eine befriedigende Antwort zu geben: Nur im Augenblick einer Krise oder einer Gefahr stellt sich das Problem in seiner ganzen Schärfe wie im Sommer 1940. In der übrigen

Zeit interessierte es weniger allgemein und verschwand weitgehend im Unausgesprochenen, was gegenüber den kriegsbedingten Anforderungen und Unannehmlichkeiten widersprüchliche Haltungen zulies und den Eindruck einer andauernden Verwirrung hinterliess, wie gewisse deutsche Berichte feststellten.<sup>28</sup> Die Vorkämpfer für die Geistige Landesverteidigung neigten in der Folge dazu, alles in schwarz zu sehen und jegliche Entspannung als Zeichen moralischer Auflösung zu deuten, jedes Streben nach einem normalen Leben als schuldhaftes Gehenlassen. Der schon erwähnte Bericht von Oberst Moulin zeugt von dieser Einstellung, wie auch die Rapporte von Hausamann. Mit einer umgekehrten, sehr befriedigten Auslegung folgten die deutschen Beobachter dem gleichen Weg. Statt eine umfassende Antwort zu versuchen, muss man sich also mit Teil-Untersuchungen begnügen, welche sich auf ganz besondere Themen oder Zeitpunkte beziehen ...

Die Aussichten Grossbritanniens nahmen unter den Sorgen der Schweizer natürlich einen bestimmenden Platz ein. Wie immer sie sich gestalteten, das Schicksal des Landes hing zu weiten Teilen davon ab. Nach Moulin, der im Grossen zweifellos recht hat, waren 70-90% der Schweizer Grossbritannien günstig gesinnt, jedoch, fügt er hinzu, «weniger aus Überzeugung, als weil man gegen Deutschland ist», so dass diejenigen selten sind, schliesst er seltsamerweise, welche sich auf «den (englischen) Sieg als Bedingung der schweizerischen Unabhängigkeit berufen».<sup>29</sup> Wenn auch nur aus Antigermanismus, bedurfte man also der Hoffnung auf den Erfolg der britischen Waffen, obwohl es an herben Enttäuschungen nicht fehlte. Die Realisten, Militärs, Politiker, Industrielle, durften sich nicht auf Träume beschränken, die zu oft widerlegt wurden. Pilet-Golaz schloss sich Moulin an. Ernüchtert beurteilte er es im September 1940 als nutzlos, die Kontakte mit den Deutschen wieder anzuknüpfen, die im Übrigen nichts davon wissen wollten, denn «in den Augen unserer öffentlichen Meinung macht sich jeder unverzüglich verdächtig, der eine freundschaftliche Geste gegenüber unserem nördlichen Nachbarn macht.» Umgekehrt, oder als Ergänzung, schätzte der Liedermacher Jean Villard Gilles am Ende des Jahres, als er versuchte, die gemischten Gefühle seiner Zeitgenossen zu ergründen, dass man im Lande trotz allem eine gewisse Bewunderung für die Deutschen empfand, «für diese Kraft: die Ordnung». Jene Divisionen, die Europa überfluteten, «das beeindruckte die Schweizer unweigerlich sehr.» Um «gegen diese Art Psychose zu kämpfen», bediente er sich seiner eigenen Waffen, indem er sein berühmtes Kabarett in Lausanne eröffnete, le Coup de Soleil.<sup>30</sup> Diese Erklärung stammt aus der Nachkriegszeit, verbindet sich aber mit anderen Zeugnissen über die Vorliebe, die man jedenfalls in der

Westschweiz für die Ordnung und die Autorität empfand, nach den Wirren der III. Republik. Diese Bewunderung bedeutete nicht Sympathie oder Wille zur Anpassung, fand aber kein entsprechendes Gegenstück auf der britischen Seite, und pflegte eine ganze Stimmung, aus der die deutsche Propaganda Nutzen ziehen konnte. Wie dem auch sei, das Kabarett von Gilles erfüllte den Auftrag, den es sich gegeben hatte, vollkommen und wurde wie das Cornichon in Zürich einer jener wichtigen, wenn auch nicht messbaren Faktoren des moralischen Widerstandes und des Antinazismus. Ironie und Karrikatur sind die Waffen der Schwachen, aber die Schwachen brauchen diese gerade, um ihr Selbstvertrauen wiederzufinden.

### Verkennung des Réduits

Man glaubte an den englischen Sieg, indem man damit rechnete, dass dieser die Dinge wieder in den vorherigen Stand zurückversetzen würde. Die zeitweilige Verstimmung wegen Dünkirchen oder Mers el-Kébir schwächte sich ab, und die Verletzungen des nationalen Luftraumes lösten keineswegs Empörung aus; sie entzückten sogar die Tessiner, welche den Faschismus verabscheuten und der Bombardierung italienischer Städte Beifall zollten. Aus diesem Grunde wurde der Balkanfeldzug mit soviel Interesse, ja Leidenschaft verfolgt, vielleicht noch mehr als in Militärkreisen, wurden aber auch die Kapitulation Jugoslawiens und die Besetzung Griechenlands so schwer empfunden: Wieder waren militärisch schwache, darüber hinaus gebirgige Länder Opfer geworden, und die britischen Armeen hatte es nicht verhindern können.<sup>31</sup> Die Moral wurde davon ganz klar beeinträchtigt. Der Mythos vom unbesiegbaren Deutschland, der in den vorangehenden Monaten erschüttert worden war, konnte sich nur verstärken. Griechenland als zeitweise ermutigendes Beispiel hatte sich bloss gegen Italiener halten können!

Wenn man den aufgebotenen Offizieren glaubt, hätte die Bevölkerung eine demoralisierende Wirkung auf die Armee ausgeübt, sei es aus Defätismus, sei es aus Verachtung für eine bereits zu entfernte Gefahr. Gemäss Moulin, der eine grössere Sachlichkeit beweist als seine Kollegen, akzeptierte man die Aufrechterhaltung eines den Umständen angepassten Militärapparates; doch blieb dieses Einverständnis auf einer sehr allgemeinen Ebene und bedeutete keineswegs, dass man die Réduit-Strategie wirklich verstanden hatte, mit welcher nun doch jeglicher Widerstand und jede Hoffnung auf Rettung mindestens der Ehre und auf zukünftige Wie-



derherstellung der Unabhängigkeit verbunden war. Am Ende des Sommers 1940 verstanden in den Augen eines de Traz die Zivilisten die militärische Rechtfertigung des Réduits nicht. Drei Monate später herrschte noch immer die gleiche entmutigende Ungewissheit. Im Frühling 1941 hatte sich noch immer nichts geändert, und die Bevölkerung des Mittellandes, zweifellos aufgeklärt durch das, was sie von den besetzten Ländern wusste, fürchtete dem Gegner und seinem Terrorismus ausgeliefert zu sein, während die Armee weiss Gott was in den Alpen verteidigte. Einige Anstrengungen zur Aufklärung waren unternommen worden, die H&H als fruchtbar eingeschätzt hatte. Offensichtlich waren sie jedoch ungenügend gewesen, und das Réduit, diese Hauptwaffe der nationalen Unabhängigkeit, blieb verdächtig.<sup>32</sup> Diese Verkennerung der neuen strategischen Faktoren zog andere bedrückende Ungewissheiten nach sich: Die Behörden kannten ihre Rolle auf den Vorposten des Réduits schlecht. In Bern zum Beispiel wussten sie nicht, ob die Hauptstadt zur offenen Stadt erklärt würde. Niedergeschlagenheit befahl die Ortswehren da, wo sie nicht militärischen Einheiten unterstellt waren: Ihre zukünftige Aufgabe zeichnete sich nicht mehr deutlich ab. Die Einwohner waren auch nicht genügend gewarnt worden, dass Evakuierungen verhindert würden. Man fürchtete noch immer die Unbesiegbarkeit der Luftwaffe, weniger allgemein jene der Panzer, aber weiterhin die in die Armee eingeschlichene fünfte Kolonne.<sup>33</sup> Dieses beunruhigende Bild, welches H&H aufzeigte, wurde vermutlich zweckdienlich übertrieben – nämlich um die Notwendigkeit zu betonen, dass die Armee die Zivilisten informiere. Es gibt uns eine Ahnung von der geistigen Verfassung in der Folge des Balkankrieges, während die Fragen des vorigen Sommers ruhten.

### Sich einfügen in Europa

Diese Ängste können als Zeichen der Gesundheit gewertet werden: Sie hätten keine Daseinsberechtigung mehr gehabt, wenn man den Verlockungen der neuen Ordnung laufend nachgegeben hätte. Ausserhalb unbedeutender Kreise wurde die Eingliederung ins neue Europa weiterhin abgelehnt. Eine der Begründungen dafür war die Furcht, die Schweiz in ihre drei Sprachgruppen auseinanderfallen zu sehen, indem jede sich einem der drei Nachbarstaaten anschliessen würde. Im Grunde hatten die Leute eine der fundamentalen Botschaften des Nationalsozialismus sehr wohl erfasst, welche die Rasse zur Grundlage der Nation und des Staates machte. Aus dieser Sicht versteht man die Beharrlichkeit besser, mit welcher die Geistige Landesvertei-

digung die sprachlich-kulturelle Vielfalt des Landes betonte. Deutsche Beobachter waren sich dessen wohl bewusst, wenn sie zugaben, dass, die ser Einheitswille ein entscheidender Faktor in der Einstellung zu ihrem Land war: Selbst in den Gruppen, die dem Reich wohlgesinnt waren, kam es nicht in Frage, die deutschschweizerische Bevölkerung anzuschliessen. Dagegen wurde die Eingliederung in den neuen europäischen Wirtschaftsraum überall nur für eine vereinigte Schweiz in Betracht gezogen. Dieser Vorbehalt ist umso interessanter, als nach den Autoren das Volk durchaus bereit war, sich Europa anzuschliessen. Auch wenn dieses als reif für die Neuordnung beurteilt wurde. Man muss diese Forderung in Rechnung stellen, «welche sich als entscheidend erweisen könnte für das ganze zukünftige Verhalten der Schweiz zum Reich in einem bejahenden Sinne.»<sup>34</sup>

Wie dem auch sei, der Integrationswille, den dieser Bericht auszumachen glaubt, bleibt eine Ausnahme und wird nicht von allen deutschen Kreisen wahrgenommen: Seit Anfang 1941 hatten der *Sicherheitsdienst* und die nationalsozialistische Partei trotz entsprechender Druckversuche aufgehört zu glauben, dass die Schweiz auf ihre Neutralität verzichten könnte, um sich mit dem deutschen Wirtschaftsraum zu verbinden.<sup>35</sup> Zum Ausgleich versuchte die hiesige Geschäftswelt, vom neuen Europa zu profitieren und vorteilhafte Handelsbeziehungen anzuknüpfen. Dieses Verhalten bedeutete nicht zum vornherein einen Willen zur Anpassung, doch die Gefahr des Abgleitens war gross... Wirtschaft und Politik darf man nicht verwechseln, auch wenn die Grenze zwischen den beiden nicht immer leicht zu ziehen ist und gewisse Eilfertigkeiten verdächtig erscheinen. Gibt es da nicht Ähnlichkeiten zwischen den Absichten der Unternehmen und jenen der eidgenössischen Diplomatie vom Zeitpunkt der deutschen Siege an; überleben zu den geringsten Kosten und mit geringster Gefahr, jedenfalls kurzfristig?<sup>36</sup> Die Beobachtungen aus der Arbeiterwelt erlauben nicht zu sagen, ob jene ebenfalls auf dieser Linie fortfährt, und gleichzeitig ihren Willen bekräftigt, das Land zu verteidigen.

In Landwirtschaftskreisen verbargen die Jungbauern ihre Neigung zum Nazismus nicht. Ohne übermässig verallgemeinern zu wollen, könnte man noch den Leiter der Bauernpartei, Roman Abt zitieren, dessen Rede vom November 1940 ein interessantes Verhalten voller Vorsicht und Wendigkeit an den Tag legt. Er lehnt das abschätziges Wort «Anpassung» ab und wandelt es in «vernünftige Einstellung und Anerkennung der Tatsachen». Ohne die Unabhängigkeit zu verraten, bevorzugt er die nationale Freiheit vor der Pressefreiheit und eine gesunde Wirtschaft vor einer Armee, die zweifellos notwendig, aber viel zu gefräßig ist. Also drängen sich Reformen auf: die Rückkehr zur Demokratie von 1874, die Revision der Verfassung,

eine private Wirtschaft, die aber vom Staat kontrolliert ist etc. ... Angepasst an die neue politische Umgebung, verlieren gewisse Hauptthemen nichts bei der Wiederholung ... Sechs Monate später sollte er vorschlagen, dass eine Delegation die Reichsregierung unserer guten Absichten versichern sollte und unseres Willens, «mit dem neuen Europa zusammenzuarbeiten». Man sollte auch vermitteln in Hinsicht auf einen Kompromissfrieden, da der Friede unsere einzige Chance sei. Überflüssig zu erwähnen, dass diese Einstellung einherging mit einer scharfen Kritik an Provokateuren von der Art des Obersten Frey und anderer Verantwortlicher für einen allfälligen deutschen Angriff.<sup>37</sup> Diese Idee von einer Gesandtschaft nach Berlin stammte nicht von Abt. Dieser interessiert uns hier nur, weil er eine Strömung der öffentlichen Meinung verkörperte, die realistisch sein wollte, aber glaubte, die eidgenössische Taktik der Kompromisse zwischen inneren Parteien auf die Beziehungen mit dem siegreichen Deutschland übertragen zu können, ohne im Geringsten an einen Anschluss zu denken oder an die Aufgabe unserer Souveränität.

Das Kräfteverhältnis Hess der Schweiz nur einen engen Handlungsspielraum. Wie konnte man den Anschein vermeiden, sich mit Deutschland und dem neuen Europa zu verbinden, wenn man Wirtschaftsvereinbarungen unterzeichnete? Auf der andern Seite bedeutete aber die Forderung nach totaler Neutralität, der Bürger wie des Staates, ebenfalls der Neuordnung Treue schwören, weil das Reich dies mangels anderer Zugeständnisse verlangte. Diesem Druck nachgeben hiesse die nationalsozialistische These von einer neutralisierten Schweiz annehmen, welche nicht mehr über die volle Souveränität verfügen würde und ihre Politik nach den Weisungen richten müsste, die man ihr von aussen aufzwingen könnte.

## Die Zweihundert

Dies ist der springende Punkt im Konflikt zwischen dem Bundesrat und den berühmten Zweihundert, welche der Regierung im November ein Gesuch zur Verstärkung der Neutralität unterbreiteten (in Wirklichkeit betrug die Zahl der Unterschriften 173, die im November und Dezember 1940 sowie im April 1941 eingereicht wurden). Sie hatten vor allem die Medien im Visier, deren Säuberung sie verlangten. Umfassender als Trump griffen sie ohne Unterscheidung die «Presseorgane an, welche sich als Verteidiger ausländischer politischer Auffassungen aufspielten», und forderten darüber hinaus die Rehabilitierung der politischen Straftäter sowie den Bruch mit dem Völkerbund.

Der Bundesrat ging nicht darauf ein, liess aber nichts verlauten über diesen Schritt, den wir hier bloss festhalten als Ausdruck einer Meinungsströmung unter anderen. Nach dem Krieg wurde die Affäre aufgedeckt und ein Skandal um die Unterzeichner entfesselt. Man bezeichnete sie als Verräter. Immerhin beharrte das Dokument zu wiederholten Malen auf der nationalen Unabhängigkeit... Dies ist kein Beweis an sich, schliesst aber den Willen, das Land gegebenenfalls zu verteidigen nicht aus, vor allem von Seiten der paar unterzeichnenden Offiziere. Für den Historiker der Zweihundert, G. Waeger, handelte es sich um ergebene Freunde Deutschlands, aber um Patrioten. Wenn man ihre Meinung aufs Äusserste vereinfacht, bestände sie darin, sich anzupassen und zu widerstehen, um zu überleben. H. Lüthy ist von der Beweisführung Waegers nicht überzeugt und sieht in den Unterzeichnern eher eine verschiedenartig zusammengesetzte Gruppe von verbitterten Konservativen, welche sich weigerten, mit der Zeit zu gehen und den Burgfrieden sowie den damit verbundenen Widerstandsgeist anzuerkennen, die endlich auch in den Ereignissen die Gelegenheit erblickten, alte Rechnungen zu begleichen.<sup>38</sup>

Was immer die Beweggründe der Zweihundert waren, und sie waren verschieden, man sieht sogleich, zu welcher gefährlicher Anpassung ihre Auffassung von der absoluten Neutralität geführt hätte. Was uns hier mehr interessiert, sind die Abweichungen, welche geläufige Meinungen erfahren können: Übergehen wir die grundlegende und banale Feststellung der militärischen Schwäche des Landes, welche zur Vorsicht zwingt, und erwähnen wir die *Blutschuldthese*, welche im Schreiben zwar nicht offen bestätigt wird, aber als Hintergrund zur ganzen Beweisführung dient. Wie wir gesehen haben, wurde sie weitgehend geteilt, sogar an der Spitze der Armee, aber nicht alle zogen so übertriebene Konsequenzen daraus. Die Kontrolle über die Presse wurde allgemein als Schutzmassnahme gebilligt. Die Ausschaltung der widerspenstigen Journalisten jedoch hätte die vom Reich erstrebte Gleichschaltung bedeutet. Hier lag eine der Grenzen zwischen der Vorsicht und der Schwäche, zwischen der Selbständigkeit und der Neutralisierung.

### **In Frage gestellte Einrichtungen**

Die Zweihundert denken in Begriffen der Neutralität, auch wenn ihre Vorschläge auf tiefe innere Umstellungen hinauslaufen können. Man kann auch den umgekehrten Weg gehen: Auf der inneren Ebene können politische oder wirtschaftliche Entscheidungen ebenfalls ungewollt eine Annäherung an die neue Ordnung vorbereiten

oder verhindern. Diese Entscheidungen finden sich seit dem Sommer 1940 im Mittelpunkt der Überlegungen. Im Oktober fasst die *Schweizerische Handelszeitung* die Lage sehr gut zusammen, indem sie ihre Vorliebe ausdrückt: Es ist jetzt unsere «Aufgabe, andere politische, soziale, wirtschaftliche Pläne zu schmieden im Hinblick auf unsere anerkannte und aktive Teilnahme am europäischen Gesamtkontinent als unabhängiger Staat und gemäss unserer schweizerischen Eigenart». Der General hätte diese Aussage unterschreiben können, da sie damals seiner Sicht von einer inneren Erneuerung entsprachen.<sup>39</sup>

Es war nicht selbstverständlich, nationale Identität und Mitarbeit am neuen Europa in der Erneuerung zu versöhnen, und das war in dieser Zeit der Kernpunkt des Problems. Die Gegenüberstellung dieser beiden Hoffnungen findet sich häufig, sie sind eine Art Gemeinplatz, obwohl sie schwer in Einklang zu bringen sind. Als der Widerspruch augenfällig werden sollte, ging dies auf Kosten des europäischen Bestandteils, und man beschränkte sich auf die nationale Erneuerung. Es fiel wie Schuppen von den Augen im Verlauf des Winters und des nächsten Frühjahrs, so scheint es, ohne dass dieses Bewusstwerden mit einer strengen Genauigkeit der zeitlichen Abfolge wiedergegeben werden könnte.

Anfang September 1940 befand das *Luzerner Tagblatt*, dass die Erneuerungsbewegungen am Ende seien, dass das Vertrauen in die Parteien wiedergekehrt sei und dass man gemeinsam die grossen nationalen Aufgaben erfüllen werde.<sup>40</sup> Es trifft zu, dass eine Zeitspanne fiebriger und anarchischer Herausforderungen zu Ende ging, doch war der Glaube in die Institutionen keineswegs zurückgekommen. Ohne bereits hier die Einflüsse suchen zu wollen, die auf die öffentliche Meinung einwirkten, ist es doch offensichtlich, dass diese nicht mehr an die Festigkeit der Institutionen glauben konnte und eine Regierungskrise je nach Umständen für möglich hielt. Gleichzeitig zog die Bevölkerung es vor, an andere Probleme zu denken: «Man erwartet sichtbar etwas, weiss aber nicht, welche Form dieses Etwas annehmen kann.» Diese Leere beunruhigte Moulin, den Urheber der Bemerkung, weil sie in wer weiss was für eine gefährliche Ideologie münden konnte. Die Erschütterung der Institutionen, die Kritik an der eidgenössischen Politik, die Diskussionen über die Erneuerung, ermutigten die Freunde des Reichs, sich offen und gefahrlos zu äussern, tönt es wie ein Echo auf Moulin aus einem Rapport.<sup>41</sup>

Unter den Grundlagen der Regierung am meisten gefährdet, schon seit der französischen Niederlage, schien die Demokratie mit ihren Grundsätzen, die sie vom Liberalismus des 19. Jahrhunderts geerbt hatte. Zweifellos ist sie es, die von ge-

wissen spitzen Formulierungen der Zweihundert ins Auge gefasst wird. Ihre Verfechter mussten, wie wir sehen werden, tiefere und fernere Wurzeln in der Urschweiz suchen. Es ist beispielsweise typisch, dass der zukünftige Bundesrat Feldmann am 21. September 1940 vor dem Verband der Schweizer Presse, als er die Pflichten der Journalisten in der Verstärkung der inneren Front aufzeigte, sich gegen ausländische Anschuldigungen erhob, dass unser Staat ausschliesslich auf «den Ideologien der demokratischen Mächte des Westens beruhe»: Man musste im Gegenteil die geschichtliche Verwurzelung und die Eigenständigkeit unserer politischen Strukturen nachweisen. Wenn er nachher die Offensiven aufzählt, welche die Presse führen müsste, schliesst er darin ebenfalls nicht die Demokratie ein, sondern die Errungenschaften des Staates und der Wirtschaft, den Willen zur Unabhängigkeit oder zur nationalen Verteidigung.<sup>42</sup>

Die zwei meistgeschmähten Institutionen, welche die Laster der liberalen Demokratie in sich verkörperten, waren nunmehr das Parlament und die politischen Parteien. «Der Zusammenbruch eines grossen Volkes und die äusserste Gefahr, in der sich sein alter Verbündeter befindet, brechen ein langes Schweigen. Jeder giesst seinen Sarkasmus über dem Gesellschaftssystem aus, das uns regiert. Einige Parlamentarier versuchen noch es zu verteidigen, aber ihre armseligen Antworten beschwören das Schauspiel, das uns La Fontaine gezeichnet hat, herauf: «der unglückliche Löwe ... zum Krüppel gemacht». Andere spotten zum Ausgleich über diese «blitzartigen Bekehrungen» zum politischen Nonkonformismus<sup>43</sup>, von dem man überall Beispiele findet. Im Herbst und Winter würde bei den Jugendlichen eine Umfrage über ihren Mangel an Begeisterung für die Demokratie durchgeführt werden, so sehr hatte dieses Phänomen an Umfang zugenommen. Auf diesem kritischen Hintergrund sollte sich eine ganze umfassende Literatur entwickeln.

Die Kritik an den Parteien zeichnete sich mehr durch ihre Häufigkeit als durch ihre Originalität aus und bezog sich vor allem auf die Bundesebene, wo die Neuheit der aufrührerischen Gruppen in der zentralisierenden Strömung, die von den Ereignissen erzwungen wurde, viel sichtbarer aufschien: geschwätzig, egoistisch, ränkesüchtig, wirkungslos in ihrer Arbeitsweise oder einfach zu zahlreich infolge des Proporz – die Parteien schienen sogar unfähig sich zu reformieren. Umso weniger konnten sie ein Parlament wiederbeleben, dessen Ansehen, vor allem beim Nationalrat als Folge seiner Zusammensetzung und seines Wahlmodus, tief war.<sup>44</sup> Die Weigerung, den Sozialisten einen Sitz im Bundesrat einzuräumen, erhöhte die Glaubwürdigkeit der Einrichtung nicht, wo doch die nationale Einheit auf der Tagesordnung stand. Die sozialistische Presse sollte im Dezember die Wahlen von Steigers

und Kobelts auszuschlachten verstehen, bei denen einmal mehr der Linkskandidat gescheitert war. Der Abfall von den Parteien bedeutete keineswegs, dass die Frontenbewegung oder die Kommunisten sich einer grösseren Beliebtheit erfreut hätten. Das Verbot der Kommunistischen Partei einerseits und der Nationalen Bewegung der Schweiz andererseits wurde im November 1940 wie ein langerwarteter und später Beweis bundesrätlicher Festigkeit begrüsst.<sup>45</sup>

Auf diesem Hintergrund von Parlamentsfeindlichkeit lancierte Nationalrat Pfändler am Kongress des Landesrings vom 28. September eine Verfassungsinitiative, welche vorschlug, die Volkskammer auf hundert Vertreter zu verkleinern, die Amtszeit auf zwölf Jahre zu beschränken und die Kandidaten zu verpflichten, ihre Verwaltungsratsmandate offenzulegen. Dies ist der einzige Test, der heute erlaubt, die wirkliche Beliebtheit der antiparlamentarischen Äusserungen zu messen. Die Initiative brachte bloss 76'000 Unterschriften zusammen, das sind 6% der Wählerschaft, was damals eine schwache Zahl war, und scheiterte kläglich in der Volksabstimmung vom Mai 1942, als die Umstände immerhin verändert waren.

Zumindest lässt sich sagen, wenn Pfändler einer allgemeinen und tiefen Strömung Ausdruck verliehen hätte, wäre seine Partei nicht gezwungen gewesen, eine so rührige Propaganda zu machen und dabei so wenig Unterstützung zu erhalten. Die andern Parteien widersetzten sich dem Ansinnen heftig, und der Erfolg ihrer Argumente scheint zu beweisen, dass sie nicht so verschrien waren, wie man behauptete. Wie Nationalrat Gut den Delegierten der Freisinnigen Partei der Schweiz am 20. Oktober 1940 zweifellos mit Recht sagte, stellte das Volk damals die Verfassungsänderungen nicht in die vorderste Reihe seiner Anliegen. Es war also zweckmässig, abzuwarten und ruhig über notwendige Neuerungen nachzudenken, die aber die fundamentalen Grundsätze des Landes nicht verraten sollten.<sup>46</sup>

Oft vorgeschlagen unter den Reformen wurde auch die Verstärkung des Bundesrates; die Umstände, die autoritäre Mode, der Verruf des Parlamentes und der Parteien erforderten eine Erweiterung der Kompetenzen für den Bundesrat und eine grössere Konzentration der Gewalten. Erst sollte man aber Vertrauen in die Regierung haben! Seit dem Empfang der Fronten im September hatte noch kein prägendes Ereignis Bewegung in die öffentliche Meinung gebracht. Es fehlen also Anhaltspunkte, welche erlaubten, eine Entwicklung der öffentlichen Einstellung abzuschätzen. Aber die Auslieferung der in der Schweiz abgeschossenen Flugzeuge und Piloten ans

Reich, die Ausfuhrkredite in unbekannter Höhe, die neuen Rationierungen wurden rasch als von Deutschland erzwungene Leisetreteri gedeutet. Zwei Beobachter der öffentlichen Meinung machen scheinbar voneinander abweichende Aussagen. Für Hausamann stellte sich dem Vertrauen, das der General genoss, das Misstrauen in den Bundesrat entgegen, besonders in Pilet-Golaz. Der gleichzeitige Rücktritt von Minger und Baumann hätte bei manchen ebenfalls das Bild der Regierung getrübt durch den Verdacht, den er erweckte, obwohl zur selben Zeit das Verbot der Nationalen Bewegung eine gegenteilige Wirkung hatte. Laut Moulin jedoch genoss die Regierung das Vertrauen des Volkes, eher in der Westschweiz übrigens als jenseits der Saane. Doch fügt er bei, dass der Bundesrat mehr für die Qualität seiner technischen Dienste geschätzt werde, zum Beispiel in der Versorgung, als für seine politische Rolle: Er verwaltet, aber regiert nicht.<sup>47</sup> Das nähert sich wieder den Bemerkungen von Hausamann. Seit dem Sommer wartete die Bevölkerung immer noch auf eine politisch feste und beruhigende Führung. Von allen Bundesbehörden hatte Pilet damals den Geschäftsbereich inne, der am schwersten mit politisch ausschlaggebenden Entscheidungen befrachtet war. Seine Haltung im Sommer 1940 machte ihn zum Sündenbock, was bei seinen welschen Mitbürgern weniger ausgeprägt war. Die schärfsten Gegner des für die Aussenpolitik Verantwortlichen fanden sich auf der Linken: Die sozialistische Presse liess sich hart über ihn aus und warf ihm seine Schwäche, seine autoritären, antidemokratischen Züge vor.

Abgesehen von den Intellektuellen, den Politikern, den Journalisten und den staatsbürgerlichen Vereinigungen kann man sich mit Recht fragen, ob die Regierungsreform und, allgemeiner, Strukturveränderungen überhaupt ein wirklich empfundenes Bedürfnis waren. Wirtschafts- und Sozialreformen hatten sicherlich Vorrang. Durch sie sollten nämlich wichtige Veränderungen des politischen Aufbaus vor sich gehen. Nach der Verteidigung, der Unabhängigkeit, der wirtschaftlichen Zukunft richtet sich das Interesse der öffentlichen Meinung «auf eine Gruppe praktischer Sozialreformen, welche auf greifbare Weise die Solidarität unseres Volkes offenbaren».<sup>48</sup> Dieses Zitat vom Mai 1941 zeugt von der Rangfolge der Bedeutung und vom Geist, der die laufenden Veränderungen beseelt. Der Autor sollte in der Folge die Ausgleichskassen als Beispiel hinstellen, welche trotz ihrer hohen Kosten aus einem Geist der Solidarität heraus problemlos angenommen worden waren, und deren Bürde abzuwerfen auch nach dem Krieg niemandem in den Sinn gekommen wäre: Die Arbeitslosen- und die Altersversicherung würden die Nachfolge antreten.



## Rationierung und Hamsterkäufe

Im Verlauf dieses verdrüsslichen Jahres sollten sich Konjunktursorgen auf die Dauersorgen häufen. Im September fürchtete man noch immer die Folgen des Handelsabkommens mit Deutschland, das bei Weitem nicht überzeugt hatte und Kritik an den Bundesbehörden begünstigte. Die Arroganz einer deutschen Einkaufskommission, welche, wie man sagte, den Churer Viehmarkt plündern kam, nährte die Vorstellung, dass unsere Landwirtschafts- und Industrieprodukte nunmehr in unversiegbaren Strömen zum Reich hin abfließen würden. Von da stammt der Scherz: «Die Schweizer arbeiten sechs Tage für Hitlerdeutschland und beten am siebten für den Sieg der Engländer.» Gleichzeitig liess der nahe Winter Versorgungsschwierigkeiten bei Nahrungsmitteln und Brennstoffen befürchten. Schon kündigten sich Versuche zum missbräuchlichen Aufkauf von rationierten Waren an, wie etwa beim Benzin.<sup>49</sup>

Erst im Oktober und November brachen die ersten Wellen von Hamsterkäufen herein. Sie sollten die Gemüter prägen. Die erste ging der Butterrationsierung voraus, die am 18. Oktober beschlossen wurde und den gutinformierten Leuten erlaubte, rechtzeitig Grosskäufe zu tätigen. Dies löste Vorwürfe sowohl gegen die Behörden als gegen die Schuldigen aus. Die zweite brandete viel umfangreicher am 1. November heran, als die Käufer sich auf Schuhe und Wollsachen stürzten. Noch am selben Abend verhängte man eine Handelssperre vorgängig der Rationierung. Auch hier bekamen die verantwortlichen Verwaltungen ihren Teil an Kritik ab, weil sie zur Unzeit gehandelt hatten, ohne Voraussicht und ohne die unerlässliche Verschwiegenheit zu wahren. Man ging so weit, die Schuld einmal mehr dem berühmten Handelsabkommen zuzuschreiben. Selbstverständlich wurde auch der Eigennutz der Profiteure angeprangert, aber beinahe weniger stark. Die Linkspresse schonte die Behörden keineswegs mehr als die der Rechten. Die allgemeine Entrüstung richtete sich gegen die Profiteure sowie gegen die *Säuliprofessoren* und andere *Kontingentskrautierer*. Die APF versuchte das Ereignis auf seinen wahren Stellenwert zurückzuführen, indem sie die Zahl der überführten Hamsterer herunterspielte und daran erinnerte, dass man während Monaten den Familien als Pflicht auferlegt hatte, Vorräte anzulegen, die dann auch die ersten Rationierungsmassnahmen erleichterten. Sie machte auch auf die Kritiken als Nebenwirkung aufmerksam, welche die Bauern gegen die Städter erhoben: Sie selbst hatten nichts Derartiges erlebt, und dies hatte bei ihnen die Bitterkeit wiederbelebt, welche die planlosen Fluchtbewegungen vom Mai

1940 ausgelöst hatten. In ihrem Fall wurden die Handelssperre und dann die Rationierung als Schutzmassnahmen aufgefasst. Insoweit die Bevölkerung die Gründe für die auferlegten Konsumbeschränkungen einsah, nahm sie diese ohne Murren an.<sup>50</sup>

Nach diesen Erfahrungen scheint die Versorgung nicht mehr solche Nervosität verursacht zu haben, und im April 1941 schätzte die Bevölkerung laut APF die Entbehrungen als erträglich ein und erwartete viel schlimmeres für den folgenden Winter. Aber die Gerüchte fehlten nie, und die vorbereitenden Informationen liessen stets im Voraus die neuen Rationierungen erraten, was dann zu Grosskäufen anregte, welche geeignet waren, die Einschränkungen zu beschleunigen oder sie überhaupt zu veranlassen. So geschah es anfangs Juni für den Kaffee, den Tee und den Kakao.<sup>51</sup>

Der Plan Wahlen, der Ende 1940 der Allgemeinheit vorgestellt und durch eine intensive Propaganda unterstützt wurde, hatte dazu beigetragen, die Gemüter zu beruhigen: Sein Autarkie-Ziel, die zweckmässige Verwendung der nationalen Ressourcen, die Wirklichkeitsnähe der Aussagen und Informationen, der direkte Aufruf zur Mitwirkung jedes Einzelnen, der Mythos vom rettenden Erdreich, alles trug seinen Teil dazu bei, das Vertrauen in die Zukunft wiederherzustellen und die psychologischen Spannungen abzubauen, welche die Angst vor dem Mangel am Notwendigsten erzeugt hatte. Über seinen Ernährungscharakter hinaus ersetzte der Plan auch die passive Schicksalsergebenheit durch einen zupackenden Schwung. Auch hier fand jedoch das Misstrauen zwischen Stadt und Land seinen Platz. In der Linken erhoben sich Stimmen, um die Vorrechte der Bauern anzuschwärzen, welche diesen in Form von Militärrurlaub gewährt wurden, damit sie ihre Anbaufläche ausdehnen und grössere Gewinne erzielen konnten.<sup>52</sup>

## Die Inflation

Neben diesen zeitweisen Spannungen lasteten zwei Dauersorgen in ungleichem Mass auf der Bevölkerung: die Arbeitslosigkeit und die Preissteigerungen. Die erste spielte nur eine untergeordnete Rolle, denn sie betraf lediglich einzelne Sektoren wie Automobilindustrie, Hotellerie und das Bauwesen. Die Unterbeschäftigung war nicht verbreitet genug, um allgemeine Besorgnis zu erregen.

Mit den Preisen berühren wir ein Thema von ganz anderer Sprengkraft; sie können die sozialen Spannungen stärker als die Hamsterkäufe anheizen, da ihre Erhöhung ein andauerndes Übel ist. Seit dem Herbst steigen Klagen über ihren Aufschwung von allen Seiten auf, sogar in der bürgerlichen Presse. Die gewerkschaftli-

che und sozialistische Presse macht sich natürlich zum Anwalt der Arbeiterforderungen und verlangt unermüdlich die Anpassung der Löhne an die Lebenskosten. Die Notwendigkeit dafür wird immer härter empfunden, als die Preissteigerung sogar für lebensnotwendige Artikel nicht aufgefangen werden konnte. Im November sind es die Milchprodukte, im Frühjahr dann das Brot, die betroffen sind. Ein neues Kriterium taucht in den Forderungen auf: Die Lohnabhängigen sollten kaufen können, was ihre Rationierungskarte erlaubt, da diese eben ein Instrument der sozialen Gerechtigkeit in Notzeiten darstellt. Nun ist das laut *Berner Tagwacht* für Textilien nicht mehr möglich.<sup>53</sup>

Die Anprangerung der Inflation wird in der Presse begleitet von Betrachtungen und Klagen, und man darf zugeben, dass die Zeitungen die allgemeine Meinung über ein Problem wiederspiegeln, das jedem sehr nahe geht: Man kann sie also hier als aufschlussreich für die öffentliche Einstellung ansehen. Auf der Linken bezichtigt man als Verantwortliche der Reihe nach die Kapitalisten, welche sich die Profite als fette Dividenden zuschanzen, in geringerem Masse auch die Bauern, welche ihre unersetzliche Stellung ausnützen, bei Gelegenheit auch die Hamsterer. Im Frühling fehlt es nicht an Warnungen: Die soziale Spannung wächst und bedroht die nationale Einheit, an der während der Kriegszeit jeder hängt; die *Berner Tagwacht* kämpft gegen die *Gazette de Lausanne*, welche die gesellschaftliche Solidarität predigt und an das Verschwinden des Klassenkampfes glaubt. Die Extremisten könnten wohl an Einfluss gewinnen. Dies ist jedenfalls die Befürchtung, die sich bei H&H bemerkbar macht im Anschluss an die Arbeitsniederlegungen im Tessin vom Juni und an die wachsende Unzufriedenheit in der Munitionsfabrik Altdorf.<sup>54</sup>

Im Allgemeinen verdächtigten sich die Landwirte und die Städter, vor allem die Arbeiter, sehr rasch. Jeder glaubte, die ganze Bürde des Krieges allein tragen zu müssen; die einen wegen der hohen Preise und der den Bauern grosszügig gewährten Urlaube, die andern wegen der sozusagen übermenschlichen Anstrengung, welche die Ausdehnung der Anbaufläche erheischte sowie des schwachen Verdienstes, den sie daraus zogen. Immerhin geschah es, dass die beiden sich fanden, wenn sie die Kapitalisten und die höheren Beamten mit ihrem gemeinsamen Interesse anklagten, die Löhne tief- und die Preise hochzuhalten zum Schaden der Fabrik- und Feldarbeiter. Die Verwaltung hatte einen breiten Rücken, denn Landwirte, Arbeiter und gelegentlich sogar Bürgerliche konnten sich gegen sie wenden. Die Kriegswirtschaft brachte staatliche Eingriffe mit sich, und jedermann war dafür, was eine Neuheit war, aber sie schloss auch die Verantwortlichkeit des Staates mit ein,

der von nun an Beteiligter in den wirtschaftlichen und sozialen Geschäften war. Hier liegt der Ursprung des Problems, das mit den Jahren zunehmende Bedeutung erhalten sollte: Tun die Behörden zu viel oder zu wenig? Das liberale *Journal de Genève* stellt mit Umsicht die neue Lage und ihre Auswirkungen dar: «Das Amt für Kriegswirtschaft hat diktatorische Vollmachten; man verlangt von ihm, dass es sie nutze, denn wenn wir schon die Nachteile der gelenkten Wirtschaft erleiden, so möchten wir wenigstens auch ihre Vorteile geniessen, und es wäre ärgerlich, wenn die Unzufriedenheit der Bevölkerung sich gegen eine Institution richtete, die uns grosse Dienste erweist. Schon die Milchpreiserhöhung, welche jene von Käse und Butter nach sich zieht, löst Kritik aus und lässt vermuten, der Bundesrat sei nicht mehr völlig Herr über seine Entscheidungen, er müsse seine Politik unter äusserem Druck abändern. Denn zur Stunde hätte jedes Nachgeben der Behörden unerfreuliche Auswirkungen. Die Bevölkerung hat nicht die Disziplin und Ruhe gezeigt, die man von ihr erwartete, doch ist das Volkswirtschaftsdepartement nicht über jeglichen Vorwurf erhaben.» Was den *Bund* betrifft, der eine ähnliche Richtung vertritt, drückt er sich noch ungeschminkter aus: «Wenn jetzt nicht eine kräftige Hand die Zügel ergreift werden die sozialen Kämpfe beginnen und das ganze Land in Gefahr bringen können.»<sup>55</sup>

Von rechts kommend, mündet der mehr oder weniger deutliche Wunsch nach einer Bundesbehörde, die sich in Wirtschaftsangelegenheiten durchsetzt, bei anderen ganz natürlich in Forderungen, die langfristig revolutionärer sind: «Heute verlangt das Volk ein Wirtschaftsprogramm.»<sup>56</sup> Diese Worte eröffnen einen politischen Aufsatz, könnten aber auch jenen als Vorwort dienen, die eine wirkliche Planung verlangen, ein Anspruch, den man hie und da auch ausserhalb sozialistischer Zeitungen auftauchen sieht. Das Ungleichgewicht, das aus punktuellen Eingreifen entstanden war, wurde überall gleich empfunden; ähnliche Abhilfe-Mittel wurden verlangt, in einer Haltung, die allgemein kritisch gegen den liberalen Kapitalismus war, die man aber mit politisch unterschiedlichem Empfinden in Worte fasste.

### **Der Wille zur nationalen Einheit**

Den Bundesstaat beschuldigen, politische Reformen wünschen, von einer Erneuerung der Menschen und der Institutionen träumen, umfasste nicht den Wunsch, die Schweiz an das neue Europa anzupassen, noch sich in die neue Ordnung einzufügen, selbst wenn die Gefahr dazu bestand, wie es die nationale Revolution von Vichy gezeigt hat. Es ist wahr, dass das Land im Unterschied zu Frankreich selbständig

blieb, und jedermann bekräftigte, dass man in diesem Punkt unerbittlich bleiben müsse. Aber ist das nicht eine Beschwörungsformel, eine unerlässliche Etikette zur Vorführung zweifelhafter Waren? Anders gesagt, um in der Logik vom Sommer 1940 zu bleiben, war das Volk noch bereit, sich gegen einen bewaffneten Angriff oder übermässige Druckversuche zu verteidigen?

Eine vorläufige, sehr allgemeine Antwort könnte im Hinblick auf die Reaktionen gegeben werden, welche die Regierungspolitik auslöste: Man wirft dem Bundesrat nicht ein Übermass an Festigkeit vor, sondern seine Nachgiebigkeit gegenüber Deutschland, während der General für seine Entschlossenheit gerühmt wird. Wenn auch mit Beanstandungen, wurden die Massnahmen zur militärischen Verteidigung doch gutgeheissen. Diese Beurteilung muss verfeinert werden: Aus den wenigen Zeugnissen, denen man einigermaßen Vertrauen schenken darf, geht hervor, dass in der Arbeiterschaft der Verteidigungswille unversehrt ist und sich gelegentlich mit einer «ideologisch bedingten Kampfeslust» zugunsten der Sache der Demokratie färbt. Im Anschluss an Versammlungen und Diskussionen mit Deutschschweizer Arbeitern und Westschweizer Gewerkschaftssekretären gelangten die Hauptleute R. Frick und Hausmann zur selben allgemeinen Schlussfolgerung.<sup>57</sup> Es handelt sich selbstverständlich um organisierte Arbeiter ausserhalb der kommunistischen Bewegung, welche zweifellos dem herkömmlichen Antifaschismus Folge leisten und dem Geist ihrer Zeitungen treu bleiben.<sup>58</sup>

Wenn man im «gleichzeitig kultivierten und patriotischen Bürgertum» laut Moulin zum «äussersten Opfer» bereit war, so hätten sich zum Ausgleich das «mittlere Bürgertum» und vor allem die Beamten leichter damit abgefunden, das Land in fremden Händen zu sehen. Man erwähnte unter jenen, die von Deutschland angezogen wurden, auch die Geschäftsleute, die der Versuchung der europäischen Märkte ausgesetzt waren. Alle, die in wirtschaftlichen Begriffen dachten, waren natürlich empfänglich für die Aussichten, die ein vereinigtes Europa eröffnete.

Eine mehr oder weniger wissenschaftliche Umfrage unter den Jugendlichen zwischen 18 und 35 Jahren zeigte einen allgemeinen Willen, das Land zu verteidigen, insbesondere bei den Sozialisten: Der antimilitaristische Pazifismus der Zwanzigerjahre war völlig tot und die Dienstverweigerung aus Gewissensgründen unverstänlich. Für den Auswertenden hatten das finnische Beispiel, die Beschwörung der Nationalhelden und ihrer ruhmreichen Kämpfe die Idee des Unabhängigkeitskampfes aufgewertet. Diese Verbundenheit mit dem Land konnte verschiedene Inhalte haben: die Landschaft, der Lebensstandard für die organisierten jungen Ar-

beiter, die Freiheit für die politisch motivierten, jedoch in keinem Fall erscheint der Glaube an eine europäische Sendung der Schweiz. Die französische Niederlage hatte gewiss das Vertrauen erschüttert in die Möglichkeiten einer kleinen Armee und einer Wirtschaft, deren Schwäche eine militärische Operation sogar überflüssig machen könnte, doch war dies keine allgemeine Einstellung.<sup>59</sup>

Den Verteidigungs willen als Massstab wählen erscheint unzureichend: Die militärische Gefahr war nicht mehr unmittelbar und wurde auch nicht mehr so empfunden, selbst wenn die Freunde der andauernden geistigen Anspannung darob betrübt waren. Man könnte als Beispiel die Abstimmung vom 1. Dezember 1940 erwähnen, wo 55% der Stimmenden die Initiative für militärischen Vorunterricht ablehnten. Nach Ansicht der Kümmerer war dieses Ergebnis ein Zeichen für den Niedergang des Widerstandsgeistes, für die Weigerung, die Lasten der nationalen Verteidigung auf sich zu nehmen. Man kann darin auch die Reaktion einer Bevölkerung sehen, die einer Demokratie anhing, wo das überhandnehmende Militär und die Zenturionen nicht das Sagen haben sollten. Man errichtet die Eidgenossenschaft nicht auf dem Soldatengeist, und der Bürger in Uniform ist zuerst Bürger.<sup>60</sup> Wenn die Gefahr nicht mehr unmittelbar bevorsteht, tritt die Moral nicht mehr in militärischen Begriffen auf: Es ist viel wichtiger, die Druckversuche der Diplomatie und der Propaganda zurückzuweisen, um die Unabhängigkeit zu wahren; man muss der neuen Ordnung widerstehen, nicht der Wehrmacht.

In eher aufbauender Weise bedeutete die Moral bewahren, genügend Vertrauen in die Zukunft haben, um diese durch Reformen vorzubereiten (aber die Erneuerung war zweideutig); es bedeutete vor allem Solidarität entwickeln und die nationale Einheit leben: Die anti-individualistische Strömung, welche das Land und die Epoche überschwemmte, nahm inmitten der Gefahren diese positive Gestalt an. Von allen Seiten wiederhallte der Ruf zum sozialen Zusammenhalt, zum Burgfrieden der Parteikämpfe. Die Ausgleichskassen lieferten den besten Beweis für die staatsbürgerliche Zusammenarbeit, die Armee bot das Modell des «schönen Geistes der Kameradschaft und der Solidarität, welche unsere Soldaten von den Aufgeboten heimbrachten» und den es im Hinterland zu entwickeln galt. Dass der Klassenkampf auf der Rechten geleugnet wurde, war nicht überraschend. Dass der 1.-Mai-Aufruf des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes ins gleiche Horn stiess, zeugte von der Wende, welche seit der Unterstützung der nationalen Verteidigung durch die Sozialdemokraten eingetreten war: «Die Schicksalsgemeinschaft, welche das ganze Volk während des Krieges vereint, muss im Frieden die soziale Gemeinschaft und die so

ziale Gerechtigkeit gründen.» Die sozialistische Partei stand nicht zurück, wenn das *Volksrecht* zum Beispiel schrieb: «All unsere Kräfte müssen auf die Verstärkung des Solidaritätsgefühls gerichtet werden, ohne das kein Staat heutzutage seine Unabhängigkeit und seine Freiheit aufrechterhalten kann.»<sup>61</sup> Das zunehmende Gewicht der sozio-ökonomischen Sorgen führte dazu, dass der Zusammenarbeit zwischen Kapital und Arbeit oder unter den Arbeitgebern eine grosse Bedeutung beigemessen wurde, gleich wie den Sozialversicherungen, beispielsweise der AHV, die von der Linken allmählich zu einer ihrer Hauptforderungen gemacht wurde.

Bei der Analyse der Umfrage unter den Jugendlichen verwendete ein Mitarbeiter der *Roten Revue* eine Sprache und Bewertungsmaßstäbe, die einer konformistischen Revue der Rechten wohlgestanden hätten. Er stellte insbesondere eine starke Verbundenheit mit der Demokratie fest und den Willen zur Verteidigung der Unabhängigkeit bei den älteren (25-35 Jahre), etwas weniger ausgeprägt bei den jüngeren, entschiedener in der Deutschschweiz und auf den höchsten Bildungsstufen.<sup>62</sup>

Die Gegensätzlichkeiten waren deswegen nicht weggewischt, keinerlei Wunder stellte die gesellschaftlichen Beziehungen auf den Kopf, doch die Bemühungen vereinigten sich zur Schaffung eines anderen Geistes, einer echt eidgenössischen Erneuerung. «Es ist also doch auf sozialem Gebiet, wo sich der tiefe Wandel am besten ausdrückt, welchem unser Land unter der scheinbaren Ruhe seines politischen Lebens unterliegt.»<sup>63</sup>

## Welcher Zukunft entgegen?

Im allgemeinen Gefühl eines Bruchs mit der Vergangenheit, einer Revolution von europäischen Ausmassen, einer Zeitenwende, zeichneten sich in der Kritik an den Institutionen sowie an den politischen und wirtschaftlichen Gepflogenheiten Zusammenhänge ab. Dies bedeutet nicht, dass ein mächtiger, mehrheitsfähiger Schwung die öffentliche Meinung antrieb und die Zauderer zu genauen und wohldefinierten politischen Reformen mitriss. Trotz der Bedenkzeit hatte sich die Lage seit dem Sommer nicht verändert. Ende Herbst 1940 stellten deutsche Beobachter einmal mehr fest, dass die Schweizer sich nicht dazu entschliessen konnten, ihrer Politik eine neue Richtung zu geben; sie waren sich der Erschütterung des Systems bewusst, aber unfähig, sich eine neue Auffassung von der Welt anzueignen. Die Parteien machten weiter wie zuvor, auch wenn sie versuchten, die Erneuerung für ihre Zwe-

cke einzuspannen, und weder den schwachen und ungeschickten Fronten noch dem Gotthard-Bund gelang es, neue Visionen durchzusetzen. Es herrscht ein «grenzenloses Durcheinander».<sup>64</sup> Auch ohne Verwirrung und demokratische Auseinandersetzung zu verwechseln, kann man in diesem Urteil eine gewisse Stichhaltigkeit erkennen. Die öffentliche Meinung ist verfügbar, brachte Moulin seinerseits vor. Propaganda- und Presseleuten fanden daher einen günstigen Humus vor, um ihre Ideen zu säen.

In diesem Rivalisieren um die Ausrichtung der Schweiz auf ihre Zukunft hin kann man vier Arten von Protagonisten unterscheiden, ohne Überschneidungen auszuschliessen: die ausländischen Einwirkungen, die Eidgenossenschaft, die Presse, die isolierten politischen Gruppen oder Denker.

### Wirken der Achse

Die Deutschen interessierten sich weiterhin aus der Nähe für die Schweiz, nach den im vorangehenden Kapitel beschriebenen Methoden, mit einer vermehrten Aufmerksamkeit für unsere Neutralitätspolitik am Ende des Jahres und mit einer erhöhten Brutalität während des Balkanfeldzuges, wo ihre Erfolge die grössere Lautstärke rechtfertigten. Drohungen und Schmeicheleien, europäischer Raum und Neutralität (je nachdem zu bewahren oder aufzugeben zugunsten des deutschen Kontinents), Werbung für das Reich und die neue Ordnung ergossen sich durch die gewohnten Kanäle weiterhin über die Schweiz oder die deutschsprachige Bevölkerung. Ziemlich sachlich, solange es sich um Wirtschaftsfragen handelte, nutzte die deutsche Tätigkeit unsere Innenpolitik, um die Demokratie schlechtzumachen, suchte die Schuld aber vor allem bei der Aussenpolitik. Indem sie geschickt Presse und Schweizervolk verwechselte und das Volk mit den zivilen und militärischen Behörden, benutzte sie den geringsten Vorwand, um die Stimme zu heben und zu drohen, zu protestieren, die Nerven der Redaktoren und Zensoren auf die Probe zu stellen. Im Januar 1941 schätzte die APF, dass während der militärisch ruhigen Zeiten der psychologische Krieg sich so sehr steigerte, dass paradoxerweise «die Lage der neutralen Länder wie jene der nicht kriegführenden viel gefährlicher ist als während der eigentlichen Kriegshandlungen.» Man kann diese Beobachtung in die Nähe des Vorstosses stellen, den der General im November 1940 bei Kobelt unternahm, damit der Bundesanwalt energischer gegen eine Propaganda einschreite, die reichlicher als je in das Land eindrang.<sup>65</sup>

Die Italiener boten ihrerseits kaum Anlass zur Beunruhigung und die Engländer auf der Gegenseite schienen ziemlich kleinlaut. Radiosendungen, die sich



seit April 1941 an die Schweiz richteten, wurden nach drei Wochen eingestellt, um der Neutralitätspolitik nicht zu schaden. Die privaten Nachrichtenbulletins der Gesandtschaft blieben allein in ihrer direkten Unterstützung für die antideutsche Sache.<sup>66</sup>

### Die Initiativen von Heer und Haus

Wie immer, lässt sich die Wirkung der Propaganda schlecht messen. Die schon erwähnte Umfrage bei den Jugendlichen enthüllt eine gewisse Unempfänglichkeit, vor allem bei jenen, die organisierten Bewegungen anhängen, und bei den Bauern, deckt aber eine gewisse Anfälligkeit auf bei den am meisten Benachteiligten und bei jenen mit Geschäftsbeziehungen zu den Deutschen, Viehzüchtern unter dem Einfluss der Jungbauern, Hoteliers etc. Die Verführung wirkte am besten bei den Technikern und Ingenieuren, welche von der Tüchtigkeit geblendet und von einer Wirtschaftsplanung angezogen waren, die in der Schweiz fehlten. Ohne den offensichtlichen Erfolg von *Signal* und das Eindringen der Propaganda zu vermischen, musste man zugeben, dass die Jugend keineswegs immun war.<sup>67</sup>

Eine Gegenaktion drängte sich auf. Dabei sollten einerseits die Widersprüche vermieden werden zwischen den Meldungen, die man an die Armeeangehörigen richtete und den Aussagen, die man in ihrer Umgebung von den Demobilisierten hören konnte<sup>68</sup>; andererseits wollte man die moralische Unterstützung zwischen Truppe und Hinterland verstärken. Der General sah sich deshalb veranlasst, den Auftrag von H&H zu erweitern und im Herbst 1940 einen Vortragsdienst für die Zivilbevölkerung zu schaffen, parallel zu jenem von H&H, der er schließlich einverleibt wurde. Dieses Unternehmen entsprach auch einer Forderung der Gewerkschaften, Informationen über die Lage des Landes zu erhalten. Überflüssig zu sagen, dass es genau mit den Erwartungen der Adjutantur und der Offiziere von H&H übereinstimmte, mit Ausnahme des eingeschlagenen Weges. Immerhin gab es bei Major Ziegler zum Beispiel gewisse Vorbehalte, weil die Steuerung der öffentlichen Meinung nicht zu den Aufgaben der Armee gehörte.<sup>69</sup> Beim Erfolg der Vorträge von Frick und Hausamann in Arbeiterkreisen und angesichts der Weigerung der Bundesbehörden, sich mit dieser Aufgabe zu befassen, blieb der Armee nichts anderes übrig, als den Versuch fortzusetzen und auszubauen: Die Verwirrung und das Bedürfnis nach beruhigenden Gewissheiten waren offenbar. Im Frühjahr 1941 fiel die Arbeit der Abteilung H&H zu, welche nun die Ziele, den Rahmen und die Mittel ihres Wir-

kens festlegte und ihren ersten Kurs anfangs Juli organisierte für ein Publikum, das Forum helveticum aufgeboden hatte.<sup>70</sup>

Die treibende Kraft dieser neuen Tätigkeit blieb aber Oberst Frey, ein für seine Lageberichte vielgesuchter Redner. Seine Gespräche zeigten den folgenden Aufbau: Nach der Krise vom Sommer 1940 hat das Volk seine Ruhe wiedergefunden, weil der Schauplatz des Krieges sich entfernt hat, doch die Gefahr kann plötzlich wiederkehren. Trotzdem muss man nicht verzweifeln, denn die Schweiz hat noch Trümpfe und im Kriegsfall Chancen aufzuweisen, selbst gegen die Tanks und andere Waffen des Blitzkriegs. Sie kann sich auf das Réduit und auf einen gestärkten Widerstandswillen verlassen. Sogar wenn man verlieren sollte, muss unsere Generation den Kampf aufnehmen, denn sie ist ihren Nachkommen Rechenschaft schuldig.

Diese Art Bericht wurde von Oberst Däniker und der deutschen Gesandtschaft sehr übel vermerkt. Der erste räumte ihm einen grossen Platz ein in seinem berühmten Rapport vom 15. Mai 1941, wo er Frey vorwarf, Deutschland herauszufordern. Ein so starkes Lob des Widerstandsgeistes konnte in der Tat nur auf Deutschland gemünzt sein, welches unter den augenblicklichen Umständen der einzig mögliche Angreifer war. Frey trug also einen grossen Teil an Verantwortung für die Spannung, die zwischen den beiden Staaten herrschte. Frey bestritt natürlich, gegen das Reich gehetzt zu haben. Aus der Polemik geht hervor, dass eine der grundlegenden Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Männern Europa betraf: Für den einen galt es, sich an seinem Aufbau zu beteiligen ohne abzu warten, bis Gewissheit herrschte über das Aussehen des neuen Kontinents, denn dann wäre es für jegliche Änderungen zu spät. Für den andern sollte man im Gegenteil nicht aufs Geratewohl in diesen Zug steigen, wo so viele wesentliche Probleme noch ihrer Lösung harren.<sup>71</sup> Auf diese einfache Formel gebracht, deckte sich die erbitterte Auseinandersetzung genau mit jener, welche damals Anhänger und Gegner der neuen Ordnung entzweite. In diesem Sinne ist sie beispielhaft.

Frey wurde auch sein Konservatismus vorgeworfen, seine Ablehnung jeglicher Neuerung – dies war ein schwerwiegender Vorwurf in einer Zeit der allgemeinen Infragestellungen. In Wirklichkeit wollte er nur die Ansteckung zwischen Innen- und Aussenpolitik vermeiden: Man durfte nicht Peter Ochs oder Laharpe spielen auf Kosten der nationalen Unabhängigkeit! Dies war das Kernproblem der Erneuerung: Konnte man eine Revolution oder grundlegende Reformen durchführen unter fremdem Druck? Darum ging es ausdrücklich oder stillschweigend in manch anderer Auseinandersetzung des Augenblicks.

Die deutsche Gesandtschaft ihrerseits protestierte bei Pilet-Golaz am 5. März 1941, also noch vor der Eingabe Dänikers, in ähnlichem Sinn. In der Rechtfertigung, die er dem General vorlegte, erklärte Frey die psychologischen Bedürfnisse, die seine Kampagne angeregt hatten und die eine Folge der militärischen Ereignisse von 1940 waren, der Verwirrung von Einwohnern und Soldaten, hervorgerufen durch das Réduit, der Aufrechterhaltung einer so zahlreichen Armee, der Ansprache von Pilet-Golaz und seines Empfangs der Frontenführer. Ausserdem musste man daran erinnern, dass die Gefahr weiterbestand, weil der Krieg plötzlich wieder näher rücken konnte und weil die Nazi-Ideologie grundsätzlich feindselig war gegenüber den Demokraten und den Verrätern, welche gemäss den Nazis einst die deutsche Heimat in schweren Zeiten im Stich gelassen hatten, um die Schweiz zu gründen und auszubauen. Schon jetzt führte das Reich einen Nervenkrieg, um unsern Widerstandswillen zu unterhöheln. Ohne die Gemüter aufzuhetzen, musste man daher eine offene Sprache benützen, um die Entschlossenheit zu verstärken.<sup>72</sup> Mit andern Worten, man musste gleichzeitig informieren, um zu beruhigen, und beunruhigen, um anzuspornen. Genau so fasste Frey seine Gespräche ab.

Trotz der Unterstützung durch Guisan und Kobelt musste Frey auf seine öffentlichen Vorträge verzichten ... während der Gauleiter Sauckel die Erlaubnis erhielt, am 1. Mai zu den Deutschen von Basel zu sprechen.

Dieser doppelte Konflikt zeigt sehr schön die Spannungen, welche die Beeinflussung der öffentlichen Meinung hervorrufen konnte, und die Bedeutung dessen, was in diesem Stadium des Krieges auf dem Spiel stand. Es ging um die Souveränität und die Neutralität. Bei strenger Auslegung der Neutralität hatte Däniker recht, wenn er die Aufreizung zum Widerstand anklagte, der nur die Deutschen betreffen konnte. Frey hatte nicht unrecht, eine voreilige Ausrichtung auf die neue europäische Ordnung wie auch unter ausländischem Druck beschlossene Reformen zu rügen. Objekt der internationalen Politik für den einen, Subjekt für den andern, so fand sich die Schweiz in der ungemütlichen Lage, den psychologischen Krieg unter Aufrechterhaltung der gesetzlichen Neutralität führen zu müssen, und ihre grossen inneren Entscheidungen nicht treffen zu können ohne Rücksicht auf den sperrigen Nachbarn. Die Bundestage der Restaurationszeit hatten schon Situationen gekannt, die einige Ähnlichkeit aufwiesen.

Die offizielle militärische Gegenpropaganda war also überwacht. Die privaten Organisationen verfügten über einen grösseren Spielraum, und sie waren zahlreich. Unter diesen hatte der Gotthard-Bund, der sich in mehrere Kantone verzweigte, eine klarere Auffassung als andere von der psychologischen Kriegsführung

und ihren Methoden. Er erläuterte diese in einer Broschüre, die übrigens von der Armee übernommen werden sollte. Er hatte auch seine Wanderprediger, welche im Winter 1940-1941 überall den Defätismus bekämpften, selbst in Davos, dem Herd des Nazi turns in der Schweiz. In der Westschweiz gingen Charles Ducommun und Philippe Muller das Evangelium verkünden, in der Deutschschweiz Ernst Jucker, Adolf Brunner, Christian Gasser und viele andere.<sup>73</sup>

## Die Presse

Die Presse im Ganzen hatte keinen besseren Ruf bei den Deutschen als Frey. Das zweimal im Monat erscheinende Bulletin der Wehrmacht über die europäische Lage widmete der Schweiz stets ein paar Zeilen, deren Inhalt sichtbar von der Lektüre unserer Zeitungen beeinflusst war. Die Feststellungen glichen sich bis auf wenige Abwandlungen: Anglophilie, Warnung, dass der Krieg nicht zu Ende sei, Feindseligkeit gegenüber dem Reich, Sympathie für die Griechen oder Jugoslawen, vertrauensvolles Interesse für die amerikanische Rüstung und Wirtschaft, Festigung der Moral erscheinen nacheinander in diesen kurzen Rechenschaftsberichten. Nur die Presse der Romandie bot ein weniger betrübliches Bild, dank einem grösseren Verständnis für autoritäre Regimes und für das neue Europa. Anderswo aber wurde dieses abgelehnt. Kurz, ein Bericht der Abwehr hielt fest: «Die Schweizer Presse macht einen katastrophalen Eindruck. Sie scheint noch stark unter jüdischem oder mindestens antideutschem Einfluss zu stehen».<sup>74</sup> Die Blutschuldthese hingegen erhielt einen Stoss, der die APF entzückte, da sie nie daran geglaubt hatte, und der von der Presse gut aufgenommen wurde: Am 8. März 1941 erklärte Goebbels vor Journalisten, die Presse spiele in den strategischen Entscheidungen eine völlig nebensächliche Rolle. So fand sich also die berüchtigte Drohung, die beinahe «gewisse schwächere Köpfe verstört hätte», wie die APF schrieb, auf ihre wahre Bedeutung zurückgeführt, nämlich ein Nichts ... wenn es sich nicht um ein Täuschungsmanöver handelte, das zu sprachlichen Unvorsichtigkeiten verführen sollte, wie gewisse Redaktoren privat sagten.<sup>75</sup>

Ohne grosse Abstufungen entsprachen die Einschätzungen der Wehrmacht der Wirklichkeit in den grössten Tageszeitungen, auf welche sie sich vermutlich beschränkten. Die Deutschschweizer Presse mochte das Scheitern des Europas von Versailles eingestehen, sie akzeptierte deswegen noch nicht das Europa der Achse, wo die kleineren Staaten ihre Souveränität, die Schweiz ihre Neutralität und

ihren politischen Aufbau verlieren würden. Die Autarkie, welche der kontinentale Raum anstrebte, vermochte ein Volk, das an Weltmärkte gewöhnt war, ebenfalls nicht zu überzeugen. Bestenfalls konnten sich Meinungsverschiedenheiten zeigen über die Notwendigkeit, sich bis zum Frieden an die Erfordernisse eines allmächtigen, das Land bereits einschliessenden Systems anzupassen.<sup>76</sup> Was hingegen das Interesse für die innere Erneuerung und die Reformen der staatlichen Einrichtungen betrifft, so nahm dieses rasch ab im Verlauf des Herbstes.

Die Sammlungen von Zeitungsartikeln, welche einige renommierte Journalisten nach dem Krieg herausgaben, bestätigen und präzisieren diese Feststellungen. Sie decken die Beweisführung auf, welche dazu diente, die Leser zu bestärken und ihnen Gründe zum Vertrauen aufzuzeigen. Sie sind jedoch nicht ganz befriedigend, weil sie bloss Entscheidungsmöglichkeiten anbieten.

In unterschiedlicher Form stellen unsere Redaktoren den guten Ruf der Demokratie wieder her. Seit Anfang August rechnet Adolf Gasser in der *National-Zeitung* mit den Verleumdern unserer Regierungsweise ab: Gewiss, diese ist nicht in Mode, ist es jedoch nie gewesen und trotzdem tief in unseren Sitten verankert. So ist es auch in Grossbritannien, wird er im Dezember beifügen, um zu zeigen, dass eine Demokratie fähig ist, erfolgreich Widerstand zu leisten, und um zwischen den Zeilen zu verstehen zu geben, dass er die Schweiz meint. Im *Bund* stellt Schürch im Oktober fest, dass ein für den Frieden gedachtes System sich bewährt hat: Wozu die Verfassung in einem autoritären Sinne abändern, wenn das Volk doch die Herausforderung zu meistern wusste? Das zählt mehr als ein politisches System, wird er im März 1941 schreiben, denn Frankreich ist geschlagen worden, aber auch Diktaturen wie Polen oder Griechenland. Aus einem etwas anderen Gesichtswinkel sollte Bretscher den Lesern der *NZZ* im Oktober in Erinnerung rufen, dass die Schweiz ihre Institutionen den Kriegserfordernissen anpassen konnte, indem sie dem Bundesrat die Vollmachten anvertraute. Es ist deshalb unnötig und vor allem voreilig, die Verfassung zu ändern. Diese sehr kurzen Beispiele stehen nicht allein da. Die Presseauszüge der APF erwähnen viele andere, welche auch daran erinnern, dass die Demokratie mit der Schweiz wesensgleich ist, der Revolution und dem Liberalismus also vorangeht, dass die Parteien nicht versagt haben, dass die Bundesbehörden zuviel von absolutem Autoritätsanspruch und zuwenig von den Volksrechten sprechen etc.<sup>77</sup>

Diese Richtung entsprach den Wünschen der gemischten pressepolitischen Kommission, welche sich ebenfalls weigerte, dem verbreiteten Pessimismus und dem sich Gehenlassen nachzugeben: Ihr Bulletin zuhanden der Redaktionen vom

6. September hebt hervor, dass der Aufruf zur Bekämpfung des Defätismus gegenteilige Wirkungen zeitigt, weil er dessen Existenz bestätigt. Nun verfielen einige Zeitungen eben in diesen Fehler und lösten dadurch im Ausland ärgerliche Überlegungen zur Standfestigkeit unserer Moral aus. Und als Katechismus für den braven Redaktor schliesst das Bulletin: «Man stellt sich dem Defätismus wirkungsvoll entgegen, indem man alles unterstreicht, was die Schweiz ausmacht, alles was die Stärke der föderativen Demokratie und der ureigenen Institutionen der Schweiz bildet. Indem wir daran erinnern, was die Behörden besonders auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet getan haben, stärken wir das Vertrauen, richten wir die Bevölkerung auf.»<sup>78</sup> Die Demokratie und die sozialen Errungenschaften, das sind die Kräftigungsmittel der nationalen Gesundheit. Diese zwei Themen sind tatsächlich von grosser Wichtigkeit in einem Zeitpunkt, wo die erste gerne in Frage gestellt wird, und wo die zweiten allzu leicht vergessen werden von all jenen, welche die Deutschen um die ihrigen, grosszügig zur Schau gestellten, beneiden: Um das Ansehen des siegreichen politischen Systems und die wirkungsvolle Grosszügigkeit seines Sozialwesens zu bekämpfen, welche zwei Pfeiler der Nazipropaganda darstellen, kommt hier immer noch nichts an die Erwähnung der einheimischen Erfolge heran. Mit der Zeit, dem Verlauf des Krieges, dem Auftrieb der Linken, sollte das zweite Thema eine wachsende Bedeutung erhalten und das erste verschwinden, weil seine Notwendigkeit sich nicht mehr aufdrängte und es nicht mehr von Nutzen schien, das 19. Jh. aus der nationalen Überlieferung zu streichen.

Man begreift, dass die Wortführer dieser Strömung angesichts der Projekte zur inneren Erneuerung keine grosse Begeisterung zeigten. Für die *Neue Zürcher Zeitung* beispielsweise galt es, die Bemühungen auf die moralische Ebene zu richten und nicht auf jene der Institutionen. Ohne auf einen Liberalismus zu verzichten, der in einer Ausnahmesituation ganz einfach unzeitgemäss war, und indem er sich auf die echt schweizerischen Überlieferungen berief, sollte der Einzelne ein neues Verhalten gegenüber der nationalen Gemeinschaft annehmen. «Einen eidgenössischen Mythos in die allgemeine Einstellung integrieren», diese Formel von Luchsinger könnte die Aufgabe dieser von den Grundsätzen der Geistigen Landesverteidigung tief durchdrungenen Zeitung zusammenfassen. Ein solcher Mythos widersetzt sich ganz natürlich demjenigen einer Erneuerung, deren einzige Kraft aus der Energie einer siegreichen Macht strömt, die für unsere Unabhängigkeit bedrohlich ist. Eine Überlegung des *Luzerner Tagblatt* drückt diese Verankerung des Widerstandes gegen das Erneuerungsfieber anders aus: Wir brauchen diese paar Unru-

hegeister aus zwei oder drei grossen Städten und ihre Projekte nicht, die uns ins Unbekannte führen. Das ist die volkstümliche und ländliche Version der Gedanken anderer städtischer Intellektueller wie Bretscher. Man kann von eingefleischtem Traditionalismus sprechen, für die helllichtigeren aber auch von historischer Distanz. So von Gasser, der im April 1941 an die Zerbrechlichkeit von allzu rasch zusammengebauten Reichen erinnert und an die Leidenschaft für die Freiheit, welche die Europäer beseelte und eines Tages wieder triumphieren würde ...<sup>79</sup>

Zurückgeführt auf einige wesentliche und knappe Konstanten, wird diese moralische Widerstands-Strömung von mehreren Zeitungen getragen, von denen einige besonders einflussreich in der Deutschschweiz waren. Diese Presse verkörpert nicht die ganze Meinung, noch fasst sie diese zusammen, versucht sie aber zu formen und auszurichten. Sie unterhält einen genügend festen und aktiven Widerstandsherd gegen die neue Ordnung, um die deutsche Gesandtschaft zu einer gespannten und gehässigen Überwachung zu veranlassen.

Die Erneuerung und die Zukunft des Landes werden auch in Zeitschriften und Aufsätzen erörtert, die zum Teil ein verschiedenes Publikum ansprechen, das bereit ist, vollständiger über Themen nachzudenken, welche die ständige ideologische Beeinflussung der Tagespresse nicht erschöpfend behandelt.

### **Die deutschfreundlichen Denker**

Den Ausgangspunkt für die meisten politischen Überlegungen bildet die Niederlage Frankreichs, die als Anzeichen für das Ende eines historischen Zeitalters gilt. Das Jahr 1940 weckt die Gedanken und die Pläne auf, welche die Krisen der Zwischenkriegszeit angeregt hatten<sup>80</sup> und die als rundum faschistisch zu bezeichnen man sich hüten sollte. Ob es sich nun darum handelt oder nicht, den totalitären Zug rechtzeitig zu besteigen, den man als Voraussetzung für das neue Zeitalter betrachtet, man darf auf keinen Fall die Gelegenheit verpassen. Jetzt oder nie gilt es, die vor dem Krieg gescheiterten Pläne zur allgemeinen Überholung der Institutionen der Zeit anzupassen, unbesehen ihrer Ausrichtung; man muss das verbreitete und unklare, also noch offene Bedürfnis nach nationaler Erneuerung ausnützen.

Es ist zweifellos Gonzague de Reynold, der die Zivilisationskrise am systematischsten untersucht, welche alle empfinden und viele mehr oder weniger vollständig zum Ausdruck bringen. In den Abhandlungen dieser Zeit wiederholt er

seine Lieblingsthemen, die genau darin bestehen, dass jeder geschichtlichen Epoche ein weltanschauliches und politisch-soziales System entspricht: Ist die Zeit abgelaufen, so muss ein neues gewählt werden, das auf neuen Grundlagen aufbaut. Der gegenwärtige Krieg ist nicht ein Konflikt, der aus den Umständen hervorgegangen ist, sondern «eine Revolution, die Krieg führt».<sup>81</sup> Aber aufgepasst! Die Schweiz lebt nur nach gewissen Konstanten, die durch alle Wechselfälle der Geschichte hindurch beachtet werden müssen, wenn man nicht ihre Identität und ihr Wesen verraten will. Die gegenwärtige Demokratie gehört nicht dazu, sie ist eine Tochter der Französischen Revolution, des Individualismus, des Liberalismus. «Dieses Regime (des 19. Jh.) war unfähig eine geregelte Gesellschaft hervorzubringen, weil es individualistisch und politisch, aber nicht mehr sozial war. Denn man gründet eine Gesellschaft auf Werte, nicht auf Ziffern oder Zahlen.»

Indem er die Heimsuchungen der Demokratie benützt, begleitet er sein Plädoyer mit der Anklage eines politischen Systems, das sich von Theorien nährt und von der gelebten Wirklichkeit entfernt ist. Froh, es zu beerdigen, gibt er dem Trauerzug gleich noch den Wirtschaftsliberalismus mit, das egoistische Gewinnstreben, die Plutokratie, das Vertrauen in die menschliche Vernunft und in den Fortschritt und die Sympathie für die angelsächsische Welt, der es nicht gelungen ist, Europa neu zu ordnen: Eine Hauptsünde, denn der Kontinent bildet ein Ganzes, dem die Schweiz angehört und dessen Bestimmung und grosse Entscheide sie teilt, gegenwärtig also den Marsch in die Vereinigung. «Heute befürchte ich für die Schweiz vielmehr die Abkapselung als die Einkreisung».<sup>82</sup>

Die Umwandlungen, die der Schweiz das Überleben sichern sollten, will de Reynold allerdings nicht blindlings von Hitler-Europa übernehmen, auch wenn wir uns den grossen kontinentalen Strömungen nicht ganz entziehen können: Er verabscheut das Nazitum und setzt Revolution auch nicht mit Faschismus gleich. Sein Weg trennt sich hier von jenem der Anhänger der neuen Ordnung, um ihn zu grundlegend schweizerischen Veränderungen zu führen, das heisst zu stark von der Vergangenheit geprägten: der Föderalismus (das wirksamste Gegenmittel zum Totalitarismus und der einzigartige Zug, der uns von den andern Völkern unterscheidet), der Vorrang der Familie, des Berufs wie auch der nationalen Souveränität. Auf Verfassungsebene verlangt er eine starke, aber nicht zentralisierte Regierung, die teilweise von einem Nationalrat befreit wäre, dessen Vollmachten beschränkt würden. Auch die Parteien müssten der nationalen Einheit einen schweren Tribut zahlen, indem sie nicht mehr ungestraft die Bürger entzweien dürften.



Um den Widersinn einer rückwärtsgewandten Revolution zu begründen, vergleicht de Reynold die Auflösung einer Gesellschaft mit dem Zerfall der Gesteine durch atmosphärische Einflüsse. Wenn erst die festen und unauflöselichen Bestandteile herausgelöst sind, errichten die Menschen auf diesen festen Kernen, diesen überlieferten Konstanten eine neue Gesellschaft. Jedenfalls zu Beginn projiziert die von Natur aus konservative Masse der Bevölkerung ihre Vergangenheit auf den Bau ihrer Zukunft. In der Folge nimmt natürlich eine neue Gesellschaft Form an, denn man kehrt niemals zur Vergangenheit zurück.<sup>83</sup>

Vom Sommer 1940 bis zum Frühling des folgenden Jahres könnte man einige Veränderungen im Tonfall ausmachen, mehr Abstufungen in seiner Beurteilung der angelsächsischen Welt, eine gewisse Distanz im Vertrauen, das er den grossen europäischen Strömungen entgegenbringt, denen man sich vorher anschliessen oder untergehen musste. Hiess es vorher «wir müssen uns in den Dienst der Neuordnung Europas zu stellen wissen», so wird daraus jetzt: «Wie wird das Europa von morgen aussehen? Wir haben nur eine Gewissheit: Wenn es zustande kommt, droht es ohne uns zu entstehen; wenn es sich auflöst, lösen wir uns mit ihm auf ... Über Europa haben wir keinerlei Gewalt, aber es wird Gewalt haben über uns. Wir sollten es annehmen, so wie es sein wird und darin zu leben versuchen. – Von nun an ist es keine leichte Situation mehr, es ist sogar eine tragische. Ein Grund mehr, zu sehen, wie wir zurechtkommen.»<sup>84</sup> Ein seltsamer Sturz für den Apostel eines neuen Europa! Der Prophet ist Historiker geblieben!

Diese allzu kurze Zusammenfassung bezweckt bloss, die Diagnose auf ihre wesentlichen Linien zurückzuführen, jene, die man zu diesem Zeitpunkt ausgesprochen findet, und die Schwierigkeit hervorzuheben, die jene empfinden, welche gleichzeitig an die nationale Souveränität und an den Strom der Geschichte glauben. Wie konnte man diese zwei Forderungen vereinen in Gegenwart eines Deutschland, das wenig Verständnis für politisch-intellektuelle Übungen zeigt?

Die entschiedenen Anhänger des Reichs oder der Neuordnung entgehen diesem Widerspruch teilweise dank ihrer idealistischen Auffassung vom werdenden Europa. Sie bringen nichts Neues seit der Vorkriegszeit, aber wie wir für den Sommer 1940 gesehen haben, gibt ihnen der Sieg ihre Stimme zurück und erlaubt ihnen, ihre triumphalistischen Untertöne zu den Hymnen jenseits des Rheins viel reicher zu modulieren.

Ausgehend von einer Kritik am schweizerischen System, in der man viel Ähnlichkeit mit de Reynold findet, entwickeln sich die Überlegungen jener, die wir einfachheitshalber *deutschfreundlich* nennen wollen, entlang zweier Hauptachsen:

Europa und die soziale Gerechtigkeit. Die Schweiz gehört zu Europa und muss sich vorbehaltlos nach seiner Entwicklung richten. Die Schweizer Jugend fordert ihren Lebensraum, und dieser Raum wird Europa heissen. Der Kontinent ist vom III. Reich schon in die Hand genommen worden; es übt dort seine Vorherrschaft aus und führt den Kampf gegen ein liberales, insulares, auf die Welt ausgerichtetes England. Diese neue Lage hat nichts mehr mit dem Gleichgewicht der Mächte zu tun, das bis jetzt die Neutralität und die Stellung unseres Landes bestimmt hat.<sup>85</sup> Die Eidgenossenschaft muss sich von nun an an die Spielregeln der Solidarität in der Festung des belagerten Europa halten, umso mehr als Deutschland kaum länger eine Abweichung oder auch nur eine Neutralität dulden könnte. Aber wir haben dabei alles zu gewinnen.

An diesem Punkt angelangt, gehen die Meinungen über die Unabhängigkeit der Schweiz auseinander. Die radikalsten verlangen die Heimkehr in die deutsche Gemeinschaft oder setzen das neue Europa mit dem germanischen Lehen gleich.<sup>86</sup> Andere wollen nicht so weit gehen und idealisieren die neue Vorherrschaft, ohne auch nur auf die Neutralität zu verzichten. «Das Reich wird den Besiegten mit Zuvorkommenheit und Zurückhaltung begegnen; es wird die Besonderheit jedes angeschlossenen Volkes schützen. So wird es das Vertrauen der europäischen Völker gewinnen.» Schon künden übrigens die Versöhnung und Zusammenarbeit dreier grosser Soldaten das Heil an: Hitler, Mussolini, Pétain. In diesem Sternzeichen wird die Schweiz das Vorbild des Föderalismus abgeben.<sup>87</sup>

Noch mehr verwässert, erscheint Europa Leuten wie Musy oder Gentizon als eine Art Konglomerat von Staaten, die unter deutschem Schutz vereinigt sind: «Man hält in Berlin dafür, dass eine Vorherrschaft, wie man sie früher kannte, unmöglich wäre in einem Europa, das im Interesse aller organisiert ist ... Das neue Europa wird nicht auf Gewalt, sondern auf Überzeugung gegründet sein.» Unter diesem Gesichtspunkt würden die Staaten ein Gegengewicht zur deutschen Übermacht bilden. Mit einer leicht verminderten Souveränität würden die Staaten dank ähnlicher Regierungssysteme, die auf absolutem Autoritätsanspruch und auf Verbandsherrschaft beruhen, in einer «allgemeinen, überwältigend schöpferischen Harmonie» zusammenarbeiten.<sup>88</sup>

Dieses ganze Programm stützt sich auf einen einzigen Grundstein: den Glauben an ein Deutschland, das sich soeben «korrekt und fast grosszügig erwiesen hat». Seit den Siegen von 1940 war dies nicht länger eine Annahme, sondern eine durch Taten bewiesene Gewissheit. Es ist sehr gut möglich, dass die Bürgerschaft Pétains diese Überzeugung verstärkt hat, die sich im Fieber der grossen Siege so un-

erschütterlich ausdrückt. Faszination durch die Macht der Waffen und Vertrauensseligkeit nähren die Illusionen! Dies erleichterte auch die Antwort an jene, die behaupteten, man müsse mit der Anpassung zuwarten, bis man sehe, was aus dem noch im Entstehen begriffenen Europa werde.

Was in einem «revolutionären Krieg»<sup>89</sup> mehr zählt als Grenzbereinigungen, ist der «Durchbruch eines neuen Geistes», das Aufkommen «neuer politischer, wirtschaftlicher und sittlicher Werte», von sozialer Gerechtigkeit, die «zu einer wahren nationalen und Volksgemeinschaft führt».<sup>90</sup> Auch hier darf die Schweiz nicht abseits stehen. Mit dem Auge fest auf ihr Vorbild gerichtet, wollen die radikalsten nicht eine blosse Anpassung, sondern eine schöpferische Revolution. Andere, etwas gemässigtere, begnügen sich damit, unauffällig die faschistischen oder nationalsozialistischen Erfolge und Verwirklichungen anzuerkennen, um bei uns die revolutionären Errungenschaften derart heimisch werden zu lassen, dass «die Erfordernisse der persönlichen Freiheit mit der zwingenden Notwendigkeit kollektiver Disziplin versöhnt werden». Unter diesem Gesichtspunkt musste man die schweizerische Identität unversehrt erhalten. Konkret bedeutete dies für jene, die wie Musy ihrer Weltanschauung einen Inhalt jenseits der rednerischen Abreaktion zu geben suchten, das Recht auf Arbeit, die Aufwertung der manuellen Arbeit, die Entwicklung des Konsums, die berufliche und wirtschaftliche Organisation, den Schutz der Familie.<sup>91</sup>

Politisch wünschen sich die Deutschfreundlichen natürlich einen starken Staat. Auf wirtschaftlicher Ebene muss man sich der liberalen, individualistischen oder gleichmacherischen Schlacken entledigen, der aufrührerischen Gruppen, der Geheimorganisationen wie Freimaurer, um den wahren Eliten den gebührenden Platz einzuräumen. Weder ein Musy noch selbst ein Bircher rufen nach einer Diktatur; sie versuchen, die demokratischen Traditionen, die sie nicht ablehnen, mit den Forderungen nach Effizienz einer wirklich verantwortlichen Regierung zu versöhnen. Wie für so viele Erneuerer sind es die Parteien, der Nationalrat und die Proporzwahl, welche angesichts ihrer anerkannten Mängel für die Operation aufkommen müssen. Schluss mit dem Palaver und der Demagogie!<sup>92</sup>

Die Deutschfreundlichen haben viele Berührungspunkte mit den Anhängern einer taktischen Anpassung oder einfacher Reformen. Die Unterscheidung ist nicht immer leicht zu treffen und kann an verschiedener Betonung liegen; die Begeisterung lässt sich nicht mit Opportunismus oder Vorsichtigkeit verwechseln. Sie auseinanderzuhalten, kann man auch typische Verhaltensweisen berücksichtigen, die in den hier versammelten Dokumenten nicht vorkommen. Dies ist der Fall bei Bir-

cher zum Beispiel, dessen erfolgreiche politische und militärische Laufbahn bekannt ist. Auch der Rassismus kann als trennendes Merkmal dienen, auch wenn er sich nicht bei allen Sympathisanten Deutschlands bemerkbar macht. Im Übrigen versteigt er sich nicht zum deutschen Wahn und konzentriert sich auf den Antisemitismus. Es war in der Schweiz eben schwierig, eine ganze politische Theorie auf rassistische Rangordnungen zu bauen. Was den Antimarxismus, die Ablehnung des Konzepts vom Klassenkampf betrifft, sind sie unterschwellig oder ausgesprochen bei allen vorhanden, welche von der Anpassung oder den Verfassungsänderungen verlockt werden, sogar über die traditionellen Grenzen zwischen der Rechten und der Linken hinaus. Überall schlägt die Stunde der nationalen Einheit.

Angesichts dieser Vielfalt von Typen ist man versucht, von Faschismus zu sprechen anstatt von Deutschfreundlichkeit. Der Ausdruck hat den Vorzug der Ungenauigkeit und der Vermischung unterschiedlichster Richtungen, so schwierig ist er einzugrenzen. Das heisst, dass er von Natur aus zur Polemik führt. Unter den zahlreichen Definitionen, die man von dieser vielgestaltigen Erscheinung gegeben hat, könnte man jene von Sternhell nennen: Sie ist nicht gerade befriedigend, charakterisiert aber gut den Faschismus, wie man ihn in der hier verwendeten Literatur erkennt: «In dem was an ihr wesentlich ist, stellt die faschistische Ideologie eine Ablehnung des «Materialismus» dar – der Liberalismus, die Demokratie und der Marxismus vertreten nur verschiedene Aspekte desselben «materialistischen» Übels – und sie will die Erzeugerin einer vollständigen geistigen Revolution sein.» Ihre kollektivistischen und antikapitalistischen Ansprüche bringen sie auf verschiedenen Gebieten in die Nähe der Thematik der Linken. Es ist dieser damals öffentlich gepredigte Faschismus, der infolgedessen unsere Aussagen berührt. Dies schliesst keineswegs aus, dass er zu andern Zeitpunkten, zu andern Zwecken oder durch andere Anhänger unterschiedliche Formen oder Inhalte annehmen kann.<sup>93</sup>

### **Das politische Denken der Unabhängigen**

Auf dieser Seite des Zauns ist der Entscheid klar und vorteilhaft. Es handelt sich darum, die deutsche Sache mit einer mehr oder weniger grossen Überzeugung zu vertreten, um bestenfalls den Anschluss ans Reich durch die Ideologie zu erlangen, mindestens aber die Aufrechterhaltung einer parteilichen Neutralität. Der äusserste entgegengesetzte Entscheid bestände darin, sich eindeutig auf die britische Seite zu schlagen. Niemand verlangt so viel, aber jene, denen nur die geistige Wirklichkeit

als die wahre gilt – was eine der Definitionen des Idealismus ist – lehnen eine Neutralität ab, die zur Feigheit vor dem Zerstörer der Zivilisation führt. Der am meisten gehörte und unerschrockenste Verteidiger dieser politischen Linie ist Karl Barth, der sich insbesondere in einem öffentlichen Vortrag in Basel vom Juni 1941 äussert. Er wendet sich darin an jeden Bürger, denn für ihn stellt sich die Wahl jedem Einzelnen und nicht nur den Behörden zwischen der Schweiz und ihrem unbeugsamen Gegner, den unsere blosse Existenz stört: Entweder verrät man den Schweizergeist und nimmt die neue Ordnung an, um seinen Lebensstandard und sein Einkommen als Uhrmacher oder Muster-Portier zu wahren, oder man weist die Druckversuche Hitlers zurück, bestätigt unsere Interessengemeinschaft mit Grossbritannien und akzeptiert die Entbehungen. Entweder das Linsengericht und nächstens die Knechtschaft, oder die Kargheit, die Gefahr eines militärischen Angriffs, aber die Würde des freien Menschen, des verantwortlichen Christen. Es mangelt nicht an Zeichen der Feigheit: die Zensur, die Ungastlichkeit für die Feinde unserer Feinde, der ausschliessliche Handel mit der Achse, unterstützt von unserem Kapital. Hat die Schweiz nach einer ruhmvollen Vergangenheit noch eine Zukunft?<sup>94</sup>

Einer wie Karl Barth begründet seinen Widerstandswillen und sein Annehmen der Heimsuchung mit seinem Glauben. Er ist nicht der einzige. Noch andere, wie de Reynold, können sich keine Schweiz vorstellen, die nicht christlich wäre; das ist nicht dasselbe, aber es ist gerade Mode in diesen Zeiten, wo die göttliche Hilfe leicht die einzig wirksame scheint. Leider ist es schwierig, die Klischees, die der Augenblick erfordert, von der persönlichen Überzeugung zu scheiden.

Zwischen Karl Barth und dem deutschfreundlichen Sonderegger breitet sich eine ganze Palette von Theoretikern und Essayisten aus, die versuchen, eine nationale Politik zu bestimmen, um die Herausforderungen der Zeit zu beantworten. Es ist ihnen wichtig, gleichzeitig einem bestimmten Bild, das sie sich vom Land und seiner Identität machen, treu zu bleiben und die Institutionen der sich abzeichnenden neuen Welt anzupassen. Die einen unterscheiden sich kaum von den gemässigten Freunden Deutschlands, die andern sind näher bei Karl Barth, wir haben solche unter den Journalisten gefunden. Zwei Themen nehmen hauptsächlich ihre Aufmerksamkeit in Anspruch: die Demokratie sowie der wirtschaftliche und soziale Fortschritt.

Für die Anhänger der Demokratie ist es in erster Linie wichtig, sich von Frankreich abzugrenzen, ansonsten man ebensogut ein politisches System aufgeben könnte, dessen Disqualifizierung der Zusammenbruch von 1940 besiegelt hatte. Mit

Arnold Jaggis Feststellung vom Mai 1941 könnte man die Niederlage nicht der Regierung zuschreiben, sondern dem sozialen und politischen Niedergang; meistens hielt man wie Jaggi die Regierungsformen der zwei Länder sorgfältig auseinander: «Hier Hegt die grosse Auseinandersetzung, die stets unklar war: die Prinzipien der französischen Revolution und die Grundlagen der schweizerischen Demokratie ... Das schwerwiegendste, das unser politisches Leben bis anhin vergiftet hat, ist die Verwirrung, welche die Französische Revolution in unseren Köpfen gestiftet hat mit dem Wort Demokratie.» Wilhelm Teil, die Selbstverteidigung, die Landsgemeinden, die Gemeindefreiheiten haben nichts gemein mit Gleichmacherei, den unsterblichen und intellektuellen Grundsätzen von 1789 oder der kollektiven Sicherheit des Völkerbundes. Die schweizerische Demokratie zählt ebensoviele Jahrhunderte, wie die französische Jahrzehnte aufweist, mahnt Georg Thüerer, sie ist nicht von einer grossen zentralisierenden Stadt ausgegangen, sondern senkt ihre Wurzeln in den Grund der Berge.<sup>95</sup> Der Alpenmythos und der Föderalismus waren damals, vergessen wir das nicht, unbestreitbare Güte- und Echtheitszeichen.

Diese Sicht der Dinge ist beruhigend. Wenn man zugibt, dass das französische System gescheitert ist, reisst es in keiner Weise das unsrige mit in den Zerfall, da dieses nicht versagt hat. Noch besser, für die Ultrakonservativen haben die fremden Beiträge des Liberalismus und des Individualismus bedauerliche Folgen mit sich gebracht: Mit der Handels- und Gewerbefreiheit beispielsweise wurde der Grund für den Klassenkampf gelegt; mit der Gewissensfreiheit sind die Seelen verkümmert.<sup>96</sup>

Die heutige Welt verlangt Reformen. Sie sind nicht unbedingt auch Verrat. Im Gegenteil, durch die Abwendung vom Liberalismus, durch die Wiederanknüpfung an die nationale Ursprünglichkeit bleibt man in der Webrichtung des schweizerischen Erbes. De Reynold zeigte es schon auf in seiner Lehre vom zyklischen Charakter des geschichtlichen Wandels. Die Genossenschaft oder der *Bundeslandammann* lassen uns gleichzeitig am neuen Europa und an der Schweiz von gestern teilhaben.

Der Vorteil der Lehren aus der Vergangenheit besteht darin, dass man sie allen Zwecken dienstbar machen und seine Konstanten wählen kann, ohne dass die Akteure aufbegehren. Wenn die Geschichte auch Kompromisse rechtfertigt und Beispiele für gelungene Zusammenschlüsse liefert, so stachelt sie ebenso dazu an, sie zurückzuweisen: Die Schweiz ist nie in den gleichen Bahnen gewandelt wie die andern und hat immer ein verschiedenes und eigenwilliges Regime gehabt. Während de Reynold das Schicksal der Eidgenossenschaft um jeden Preis an das Europas bindet und unsere Entfaltung mit den grossen Strömungen verknüpft, die den Kontinent

durchziehen, betonen die Alt-Schweizer Demokraten den Inselcharakter eines Volkes, das inmitten einer Welt überlebt hat, die es nicht verstand. Deshalb darf es auch heute nicht seine Ängste übertreiben. Die Schweiz hat sich nach Jaggi früher nicht angepasst und soll es auch im jetzigen Augenblick nicht tun. Die Volksherrschaft muss um jeden Preis konzessionslos aufrechterhalten werden. Politische Korrekturen drängen sich zwar auf, dürfen aber auf jeden Fall nicht an die wesentlichen Grundlagen rühren. Indem er die Notwendigkeit sozialer Reformen anerkennt, fasst Pierre Bertrand diese Strömung folgendermassen zusammen: «Alle Echos der Welt verwirren uns, aber die Vergangenheit bietet uns Gewissheiten. Mehr und mehr versteht man, dass eine Nation, die sich aus den Quellen ihres Lebens nährt, eine lebendige Nation bleibt; und die schlimmsten Katastrophen wären unfähig, ihre Seele zu zerstören.» «Widerstand und Erneuerung, das sind unsere Aufgaben.»<sup>97</sup> Diese Worte von Walther Allgöwer, der sehr nahe bei Bertrand steht, richten die Erneuerung auf eine Vertiefung aus und nicht auf eine Nachahmung.

Die sozialistische Partei schöpft gleichfalls aus der Vergangenheit, um eine politische Anpassung zu verwerfen, die sie nur einen Augenblick im Jahre 1940 in Betracht gezogen hatte. Aber ihre Auslegung der Geschichte unterscheidet sich von den vorherigen: Sie findet, das Aufkommen des Kapitalismus habe die traditionelle Demokratie gefährdet und verfälscht: das Wirtschaftssystem stellt sich zunehmend der Demokratie entgegen, und der Krieg verschärft diesen Widerspruch noch. Der Kapitalismus soll endlich der Demokratie Platz machen.

Die Berufungen auf die Geschichte sind nicht einstimmig. Man könnte behaupten, dass die *Insularen* weniger als die *Kontinentalen* zu politischen Struktur-reformen neigen und mehr auf Unnachgiebigkeit gegenüber den Druckversuchen und den Verlockungen der neuen Ordnung halten; aber nicht alle beziehen sich ausdrücklich auf die nationale Geschichte, wenn sie ihre Neuerungen vorschlagen.

Die Vorschläge zu institutionellen Reformen gehen ganz allgemein in dieselbe Richtung: die Wirksamkeit und die Autorität der Regierung verstärken. Diese werden von den Parteien bedroht (noch so eine Schöpfung des 19. Jh.), welche in der Politik die schädliche Rolle des egoistischen Einzelnen in der Wirtschaft spielen: Sie teilen und zersplittern die nationale Einheit und lähmen eine Exekutive, die stark sein muss: «Anstatt gegeneinander zu marschieren, müssen die Parteien Zusammenarbeiten, eine mit der andern, und sich hinter die Regierung stellen, um eine Brücke des Vertrauens zu schlagen zwischen dieser und der Bevölkerung.» Dieser Satz beschliesst den berühmten Etter-Plan, der am 12. September 1940 der Vollmachten-Kommission des Nationalrates vorgelegt wurde, welche von der Regierung ein innen-

politisches Programm verlangt hatte.<sup>98</sup> Er hätte zweifellos die Zustimmung vieler Analytiker des Augenblicks gefunden. Die meisten unter ihnen verlangten ebenfalls eine Beschränkung des Einflusses der politischen Gruppierungen, allenfalls ihrer Zahl, ohne gleich in die übelbeumdete Einparteiherrschaft zu verfallen.

Eine Reform drängte sich jedenfalls auf, jene des Wahlverfahrens: Die proportionale Vertretung erhöht die Zahl der Parteien und entpersönlicht das Wählen. Inretwegen herrscht die Mittelmässigkeit, ohne dass die starken Persönlichkeiten sich durchsetzen können.

Die Reformen sollten aber auch das Parlament erfassen, das sich fortan auf seine verfassungsmässigen und «natürlichen Funktionen» zu beschränken hätte, wie es nicht nur der Etter-Plan sagen würde: Budget, Rechenschaftsberichte, statutarische Wahlen. Der Nationalrat, der als Frucht des Proporz und der Parteien am meisten in der Schusslinie lag, sollte weniger Mitglieder zählen, wie es schon die Initiative Pfändler vorschlug. Er könnte ständige Vertreter von gesellschaftlichen Körperschaften wie Universitäten enthalten oder ersetzt, allenfalls unterstützt werden durch eine Wirtschaftskammer, wo keine Parteigoismen mehr herrschten; es fehlt nicht an Projekten, den Bundesrat freier und unabhängig von den Gewählten des Volkes zu machen. Für die am meisten von der Demokratie begeisterten war es Zeit, soviel wie möglich die Mittelsmänner zwischen dem Volk und der Regierung auszuschalten, getreu den Überlieferungen der direkten Demokratie. Der Föderalismus und die Gemeindeautonomie könnten dabei nur gewinnen.<sup>99</sup> Vermissen und Idealisieren der grossen Politiker der Vergangenheit? Heimweh nach einer angesehenen Regierung, die sich nicht mit getreuer Verwaltung begnügte? Ansteckung durch diktatorische Vorbilder? Sorge um die Institutionalisierung der Wirksamkeit, wie sie die Vollmachten bewiesen? All diese Beweggründe können mitspielen. Sie schliessen Abweichungen von der Demokratie nicht aus, bewirken aber nicht notwendigerweise die Abkehr davon. Meurant sagt dies in einer Bemerkung über die Westschweizer Presse vom Sommer 1940, die Allgemeingültigkeit hat: «Sich anpassen hiess nicht, systematisch die Regimes der Faschisten und der Nazis nachahmen, sondern grösstenteils die Schweizer Demokratie erneuern durch den Verzicht auf überholte Grundsätze und Gewohnheiten, aber auch durch die Übernahme verfassungsmässiger und politischer Muster, die im Einklang mit den neuen Tendenzen in Europa standen.»<sup>100</sup> Dies ist der Grund, weshalb sogar so wenig anpassungsverdächtige Organisationen wie die Neue Helvetische Gesellschaft die Institutionen ihrerseits abklopfen, um die Verbesserungen daran anzubringen, welche vielleicht noch mehr



von der Entwicklung als vom Krieg gefordert wurden. Doch die Richtung dieser Entwicklung unterlag keinem Zweifel. Der amerikanische Historiker Paxton erinnert zur rechten Zeit an den «bestechenden Glanz», der seit den Dreissigerjahren von den Regimes mit Einheitsparteien erworben wurde, von denen noch keines gescheitert war, und die anstelle des «kakophonischen Gewährenlassens der Parlamente die Jugend, die Kraft, den Wohlstand, die überbordende Energie und sogar die soziale Gerechtigkeit gegen eine engstirnige Bourgeoisie durchsetzten.» Die uneingestandene Verführung durch ein faschistisches Modell kann sich mehr oder weniger wirt mit der Hoffnung auf eine gerechtere und schönere Gesellschaft vermischen, dank «einem Vitalismus, einem erneuerten Sinn für gesellschaftliche Solidarität und für das Gemeinschaftsleben sowie einer konkreteren Auffassung von der Freiheit.»<sup>101</sup>

Der reformerische Schwung mündet daher ganz natürlich in Neubestimmungen der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Beziehungen. Die Umsetzung der Solidarität drängt sich mit grösserer Notwendigkeit, aber auch Leichtigkeit auf als in der Politik, wo die Parlamentarier nicht so leicht Gesetze zur Verminderung ihrer Vollmachten oder der Vorrechte der Parteien beschliessen würden. Sie hatten dies schon mit den Ausgleichskassen bewiesen, von denen man allgemein annahm, sie würden nach dem Krieg weiterexistieren, zum Beispiel in Form einer Altersversicherung, im Unterschied zu den rein provisorischen Vollmachten.

Die Strömungen gehen rasch auseinander, wenn es um die grundlegenden politischen Probleme geht. Der Zusammenhalt ist allgemeiner auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet. Die Meinung, die am stärksten zum Ausdruck kommt, besagt, dass der Liberalismus und das egoistische Gesetz des Profits sich überlebt haben, wie auch immer der Krieg ausgehen mag. Zu viele Unfälle, soziale Ungerechtigkeiten, Revolutionen, Kriege, starrköpfige Gegner hatten sie erschüttert, als dass sie überleben könnten. Man musste einer unvermeidlichen Strukturkrise ins Auge sehen.

Der gesellschaftliche Umbau konnte den revolutionären Weg einschlagen, kommunistisch, allenfalls faschistisch, oder den demokratisch-reformerischen Weg. Der Zeitgeist, das gelebte Beispiel der militärischen Kameradschaft neigten zur nationalen Solidarität; auch genoss der Anbruch einer aus dem Klassenkampf hervorgegangenen egalitären Gesellschaft nicht die Gunst der Stunde. Die kommunistische Strömung im Bund der Schweizer Sozialisten äusserte sich noch etwa, zum Beispiel unter der Feder von Leuten wie Nicole. Sie konnte aber in ihrer Stärke und ihrem Echo vernachlässigt werden. Was jene betrifft, welche von der neuen Ordnung und der Sublimierung des Klassenkampfes im Faschismus versucht wurden, so blieb ihr Programm im Allgemeinen sehr unbestimmt.<sup>102</sup> Nach ihnen musste sich das Wirt-

schaftliche dem Politischen unterstellen. Wir werden uns hier also auf die Anhänger des demokratischen Wegs beschränken, die man zwei Richtungen zuweisen kann, je nach dem Platz, den sie dem Staat einräumen. Es handelte sich in Wirklichkeit bloss um unterschiedliche Grade der Gutheissung staatlicher Eingriffe, da der Liberalismus grundsätzlich verworfen wurde.

Konservativ, was die politischen Grundsätze anbelangt, zeigen sich die Sozialisten in der Wirtschaft als entschiedene Neuerer. Neben zeitbedingten Forderungen, wie die Indexierung der Gehälter oder die Beschlagnahme der Kriegsgewinne, verlangt das Programm vom Mai 1941 die staatliche Planung, das Recht auf Arbeit und die AHV. Die Hauptforderung, welche die andern mitbedingt, ist die Planung, die übrigens schon im Programm von 1935 enthalten ist, aber in einem nicht so vielversprechenden und für tiefe Brüche weniger günstigen Klima. Eine zentrale Leitung, unterstützt von einem Rat, der aus Vertretern der verschiedenen Wirtschaftszweige und der Konsumenten gebildet ist, würde die grossen Linien eines Richtplans der Bundesbehörden bestimmen, um die «Wohlfahrt des Schweizer Volkes» zu fördern, ein Dauerziel der Wirtschaftstätigkeit. Empfindlich gegenüber dem Vorwurf, dadurch die persönliche Freiheit zu zerstören, will die Partei mit zwingendem Anstoss von oben eine demokratische Organisation und Selbstbestimmung auf allen Ebenen in Einklang bringen. Der Staat von morgen ist übrigens nicht der Staat von heute: «Der Staatskapitalismus bringt keinerlei wirtschaftliche Knechtschaft mit sich, keine Weiterführung der politischen Versklavung nach dem Muster der Diktaturen, unter der Bedingung, dass freie und bewusste Menschen diese Entwicklung formen und beherrschen in einer von ihnen gewollten und beherrschten staatlichen Ordnung.»<sup>103</sup> Die Verstaatlichung oder eine enge Kontrolle der Schlüsselindustrien sollen die Möglichkeiten zum Handeln bereitstellen. Die politische Demokratie und die Beteiligung werden die Diktatur ausschalten. Vor der französischen Niederlage verband ein Bringolf diese Hoffnung mit der Vernichtung der faschistischen und sowjetischen Regimes. Nach dem Juni sollte sich ein Kramer damit begnügen vorherzusagen, dass eine Planung sich ohnehin in den europäischen Ländern einbürgern würde ..., dass jedoch die demokratische die beste sei.<sup>104</sup> Bald sollte der deutsch-sowjetische Krieg den Glauben an die Planung bestätigen, zur grossen Verlegenheit der Sowjetgegner.

Dieses Programm überrascht nicht bei den Sozialdemokraten. Selbst abgeschwächt löst es aber in andern Kreisen Erstaunen aus. In der Tat fasst Nationalrat Gut vor dem Parteitag der Freisinnigen – mit welcher Vorsicht! – die allgemeine Neigung zum Interventionismus folgendermassen zusammen: «Dass Leute von so

verschiedener Herkunft wie die Herren Laur, Düby, Böhler und andere führende Wirtschaftswissenschaftler die Planwirtschaft, welche zur Verstaatlichung führt, einstimmig ablehnen, aber ebenso einstimmig die Notwendigkeit eines Plans, einer Organisation und Koordination der Wirtschaft durch den Staat anerkennen, das scheint die Marschrichtung der wirtschaftlichen Organisation anzuzeigen.»<sup>105</sup> Die Tendenz ist eindeutig, die Beweggründe können verschieden sein, wir haben einige davon weiter oben hervorgehoben. Sie weichen nicht immer von jenen der Sozialisten ab. Besorgter als diese um die Selbständigkeit der Wirtschaftssubjekte, müssen die Gemässigten Strukturen erfinden, welche die Disziplin und die Verbindung zur politischen Gewalt sichern, ohne die Privatinitiative zu drangsaliieren, deren Vorzüge sie hochschätzen. Ihre Lösung besteht in der Berufsorganisation.

Die interessanteste und ausführlichste Formel dafür ist die Berufsgemeinschaft, deren unermüdlicher Propagandist der Gewerkschafter Ch.-F. Ducommun geworden ist. Misstrauisch gegenüber einem staatlichen Autoritätsanspruch, aber Anhänger eines Stabes, der die Verhütung von Krisen organisiert, feindlich gegen die Allmacht der Arbeitgeber und des Kapitals, ist er überzeugt davon, dass die Zusammenarbeit der Klassen unerlässlich ist für die nationale wie die berufliche Gemeinschaft; deshalb will er einen paritätischen wirtschaftlichen Interventionsapparat einrichten, wo die Idee der Mitbestimmung im vordersten Range stehen soll. Versehen mit ausgedehnten sozialen und wirtschaftlichen Kompetenzen in den Unternehmungen und Produktionszweigen, würden diese paritätischen Körperschaften die Kollektivverträge verlängern, welche auf der Übereinkunft der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände beruhen, aber ihre dauerhafte Zusammenarbeit auf ein gemeinsames Ziel hin nicht sicherstellen. «Alles was man ohne die paritätischen Organisationen unternehmen wird, geschieht gleichzeitig gegen die Unternehmerverbände und gegen die Arbeitergewerkschaften, noch mehr aber gegen unser Regierungssystem von Mitwirkenden, ja gegen unsere nationalen Konstanten.»<sup>106</sup>

Dank den gemeinsamen Organen, welche die berufliche Disziplin gewährleisten und die sozialen Probleme lösen, kann die Einmischung des Staates auf ein Minimum reduziert werden und die Planung sich mit allgemeinen Richtlinien begnügen.

Die Verbände der Sozialpartner bilden also die Säulen des Systems, welches sie in einer Übereinkunft gründen. Sie verschmelzen nicht, indem sie sich in einer Korporation auflösen. Im Unterschied zu diesem altertümlichen System besitzen beide Seiten einen gleichmässigen Anteil an Rechten und Einfluss. Als rein pa-

ritätische Einrichtung entschiede die «Berufskommission» jeder Branche über die Preispolitik, kontrollierte den Markt und die im Kollektivertrag festgelegten Arbeitsbedingungen, organisierte die technische Forschung etc. Dank dieser Gemeinschaftsorgane könnte sich die staatliche Einmischung auf ein Mindestmass beschränken, und die Planung sich mit sehr allgemeinen Richtlinien begnügen.

Es hiesse die Denkweise Ducommuns missdeuten, wenn man in diesen Berufsorganisationen nur den materiellen Gesichtspunkt sehen wollte. Nach seiner Ansicht war der proletarische Erlöserglaube im gleichen Zeitpunkt zusammengebrochen wie die Hoffnung auf den grossen Abend, sodass der Arbeiter ein neues Projekt benötigte, um in einem kollektiven Vorgehen über sich selbst hinauszuwachsen. «Es ist notwendig, dass der Arbeiter sich als Mitbestimmenden erlebt, nicht im Unternehmen (aus Ordnungsgründen), aber im Beruf wie in der Branche und dadurch in der gesamten nationalen Wirtschaft. In der Grösse der Aufgaben, die man den Berufsorganisationen und den paritätischen Industrieorganisationen überträgt, liegt das Geheimnis der Mitbestimmungsidee.»<sup>107</sup> Man gelangt auf diese Weise zu einem neuen Humanismus, einer neuen Würde für den Arbeiter, der sich wieder in die Wirtschaftsentscheidung eingliedert und in die nationale Gemeinschaft. Dadurch entgeht er den marxistischen oder faschistischen Versuchungen. Die Organisation ist ein Mittel, den sozialen Frieden wiederherzustellen, der nur aus einer Geistesgemeinschaft erwachsen kann. Hier findet man das im Sommer 1940 so oft geäusserte Bedürfnis nach einer «Leitidee» wieder.<sup>108</sup> Ducommun erwartete sie nicht von einem staatlichen Entschluss.

Unmittelbarer bezweckte dieses Vorhaben, *sich zu erneuern*, ohne sich anzupassen: Man musste sich wohl an das neue wirtschaftliche Umfeld angleichen, dies war sogar schon geschehen. Doch die Handelsvereinbarungen bedingten den Interventionismus. Man musste verhüten, dass dieser zu einem «politischen Totalitarismus» verkam. Um ihre neue Gesellschaftsordnung aufzubauen, brauchte die Schweiz nicht bei andern Anleihen zu machen. Sie folge ihrem eigenen Genius, der Zusammenarbeit, dem verantwortlichen Mitwirken!<sup>109</sup>

Das Programm Ducommun, das am 11-12. Oktober durch eine Westschweizer Gewerkschaftsversammlung angenommen wurde, hatte grosse Mühe, die Saane zu überschreiten, wo es nie Wurzeln fassen konnte, obwohl die schweizerische Gewerkschaftskommission seine Grundsätze am 16. Mai 1941 unterzeichnet und deren Annahme den Fachverbänden der Gewerkschaftsunion empfohlen hatte.

Man begreift auch die Hindernisse, die es von den Sozialisten trennten. Trotz offensichtlicher Übereinstimmungen schloss es die Verstaatlichungen und die

Staatsgläubigkeit aus und war von einem entschieden föderalistischen und spiritua-  
listischen Geist erfüllt. Das Programm glich auch zu sehr dem Korporatismus, ob-  
wohl sein Urheber sich dagegen verwahrte.<sup>110</sup>

Es war umso notwendiger, sich von den Korporatisten zu distanzieren,  
als die Ereignisse ihrer Stimme wieder mehr Kraft verliehen und da sie sehr oft ganz  
unterschiedlichen Überzeugungen huldigten. Neben einem Bertrand oder 1939 Guye  
kann man den katholischen Journalisten René Leyvraz erwähnen, der sich ausdrück-  
lich auf die Vergangenheit beruft, auf «die Erfahrung von Jahrhunderten». Er wider-  
setzt sich der Idee vom «unbegrenzten Fortschritt»<sup>111</sup>, um zur christlichen Gesell-  
schaftsordnung zurückzukehren, die auf der Familie und dem Handwerk beruht und  
nicht auf dem Individuum, selbstverständlich auch nicht auf dem Gewinnstreben.  
Gemeinwohl, ein Mindestmass an Sicherheit, Zusammenarbeit der Klassen, Wirt-  
schaftsorganisation, staatliche Eingriffe durch die Korporationen, welche eine öffent-  
lich-rechtliche Stellung hätten – diese Grundsätze stützen sich auf eine bekannte  
Lehre, welche seit Langem über ihre Jünger verfügte und anscheinend im faschisti-  
schen System verwirklicht war. Wenn Ducommun Einrichtungen gleicher Art vor-  
schlag, so berief er sich doch auf völlig unterschiedliche Auffassungen, die stärker  
von Pragmatismus gezeichnet sind.

Die korporativen Theorien wie jene von Ducommun verbreiteten sich  
eher in der Westschweiz. Man findet sie anderswo, aber im Allgemeinen viel unbestimmter und nur beiläufig. Was auch immer der Inhalt und die Bezeichnungen sind,  
sie wollen den Klassenkampf beseitigen und die Lohnabhängigkeit: «Unsere Losung  
soll sein: Zusammenarbeit ... zwischen Arbeitgeber und Arbeiter ... zwischen den  
Arbeitgebern derselben Branche ... zwischen den verschiedenen Wirtschaftszweigen  
... zwischen Wirtschaft und Staat.»<sup>112</sup> Die Publizisten, welche diese Ideen teilen, ver-  
suchen alle, die Vorzüge der Privatinitiative, wenn auch umgruppiert und organisiert,  
und die Vorteile der Planung oder des Interventionismus zu vereinen. Sie weigern  
sich, den toten Liberalismus durch Staatsgläubigkeit und Verstaatlichungen zu erset-  
zen. Auch für die Sozialisten ist es wesentlich, die Freiheit, die Verantwortung und  
die wirtschaftliche Demokratie zu bewahren und auszubauen. Dies ist schwer zu ver-  
einbaren mit ihren neuen staatlichen Strukturen. Nicht alle täuschen sich darüber hin-  
weg.

Diese Programme suchen nicht bloss eine Anpassung an den gegenwärtigen  
Zeitpunkt. Sie haben die Zukunft und die Nachkriegszeit im Auge, ohne dem  
Ausgang des Kampfes vorzugreifen. Aber sie tragen doch häufig das Zeichen der Er-

eignisse, die sie auf die Zukunft zu projizieren pflegen. Der Mangel, die ausschliesslich bilateralen Handelsbeziehungen, die definitiv geworden sind, mögen diesen Interventionismus rechtfertigen, der die Kriegswirtschaft fortschreibt.

Die nationale Erneuerungsbewegung erstreckt sich von der Bindung an die neue Ordnung oder sogar ans III. Reich bis zur Ankunft eines geistig umgewandelten Bürgers. Der Fächer ist breit und eignet sich schlecht, Klarheit in den Köpfen zu erwecken, auch wenn manche Themen sich überall wiederfinden. Politisch vermehren die Projekte kaum die aufsehenerregenden Neuerungen, welche übrigens bedeutende Verfassungsrevisionen nach sich gezogen hätten, wenn nicht gar die Totalrevision, vor denen viele zurückschreckten. Die Last der Vergangenheit, auf die zu beziehen man sich bemüssigt fühlt, reisst die Einbildungskraft auch nicht gerade hin. Ausser man wende sich offen faschistischen Lösungen zu, erlaubt die Rückkehr zum Geist von 1291 keine eigenwilligen Einfälle, sobald man sich die Weiterführung von 1789 versagt oder die Modernisierung der Institutionen in der Nachfolge des 19. Jh.

Auf sozialem Gebiet fühlen sich die Geister sichtbar freier, vielleicht weil die durchlebten Krisen der Zwischenkriegszeit ganz anders aufgewühlt hatten als das Aufkommen des Kommunismus und Faschismus oder die Liquidierung der französischen Parlamentsherrschaft in Ländern, die uns eigentlich nichts angehen.

Warum sich verteidigen, und was verteidigen? Welches ist die schweizerische Identität, die Einmaligkeit der nationalen Zusammensetzung, welche die Weigerung rechtfertigt, sich mit den andern ins neue Europa einzufügen? Dies sind die grundlegenden Fragen, die viele sich mehr oder weniger bewusst stellen! Journalisten, Politiker, Publizisten können ihnen nicht ausweichen, wenn sie das revolutionäre Umfeld untersuchen und die Zukunft erforschen, um darin wahrscheinliche Kraftlinien auszumachen.

Eine einfache Antwort drängt sich zunächst auf: «sein eigener Herr und Meister bleiben ... *Wenig wollen, um bis zum Äussersten zu wollen.*»<sup>113</sup> Diese starken Worte von ganz militärischer Kürze sind einer kleinen Schrift entnommen, die den typischen Titel *Ausharren* trägt und von sechs Soldaten verfasst ist. Das scheint ein wenig knapp, aber ist es nicht genug für jene, die auf eine unmittelbare Bedrohung nur den Widerstand ins Auge fassen? Die Geistige Landesverteidigung, wie sie H&H popularisiert, verweilt gerne bei diesem Thema. In dem Masse wie die Armee es sich versagt, in den politischen und sozialen Fragen Stellung zu beziehen und Zukunftsprogramme zu entwerfen, kann sie nicht viel mehr dazu sagen, als die sicheren historischen Werte zu pflegen und die Zuhörer ihren eigenen Weg finden lassen. Das

ist übrigens schon viel und heisst, dass sie diese als Erwachsene behandelt und sich auf sehr liberale Weise weigert, abgesteckte Wege vorzuschreiben oder auch nur vorzuschlagen.

Alle geben sich aber nicht zufrieden mit diesem Mangel an Offenheit gegenüber der Zukunft und erwarten andere Losungen, mitreissendere oder ausführlichere Vorschläge. Übernehmen wir noch einmal von einem jungen Soldaten den Ausdruck der Enttäuschung, den man häufig in den Dokumenten der Zeit findet: «... die Schweiz hat natürlich ein Ziel. Und ihr werdet aufzählen: die Verteidigung der Demokratie gegen die Diktatur. Und die Idee der Schweiz? Demokratie, Versöhnung der Völker, Freiheit und alles, was man noch anfügen will. Aber habt ihr schon einmal darüber nachgedacht, was sich dahinter versteckt? ... Sind es nicht allzu oft leere Worte?»<sup>114</sup>

Es ist ein Gemeinplatz seit je, die Mittelmässigkeit des politischen Denkens oder des öffentlichen Lebens in der Schweiz verächtlich zu machen. Die Bundesgenossen von 1941 bilden davon keine Ausnahme. Hinter dieser Schüchternheit der Einbildungskraft kann sich im gegebenen Fall das Gefühl für die Zerbrechlichkeit des Landes verbergen, das nicht zu kühnen Entwürfen ermutigt. Wir haben schon die Worte von Ernst zitiert, dem der Widerstand in aller Härte als erstes Anliegen gilt; jede Neuerung, welche von unserer, wenn auch unvollkommenen Demokratie wegführt oder die geringste Anpassung an Deutschland verrät, sollte vermieden werden, wie auch jede Massnahme, welche eine Bevölkerung, die auf die nationale Verteidigung gestimmt ist, trennt anstatt zu einigen. In der einen oder der andern Richtung, um sich der neuen Ordnung anzunähern oder sich von ihr zu entfernen, scheint das Land entweder dem Mächtigen des Tages nachzugeben oder sich unweigerlich aufzuspalten. Nach Schürch besteht der unbedingte Reflex bei einer Bedrohung darin, sich zu verteidigen. Wer zu überlegen beginnt, ist schon nicht mehr ganz lebendig.

Dieser Konservatismus konnte eine andere Schwäche verdecken; E. Spühler umschrieb sie folgendermassen für die Illustrierte *Traits*, welche das intellektuelle Klima der Deutschschweiz als das eines Friedhofs bezeichnet hatte: Um den Preis einer erheblichen Anstrengung hatte man sich dort vom kulturellen Bann des Deutschen losgekauft. «Die konservative Haltung drängt sich einem Volk auf, das fest entschlossen ist, die geistigen Werte, deren Hüter es ist, gegen eine feindselige Welt zu verteidigen. Es ist gewiss, dass diese Atmosphäre einer belagerten Festung für die freie Entfaltung des schöpferischen Geistes nicht günstig ist. Doch ist es die gesunde Reaktion eines Landes, das über eine lange politische Erfahrung verfügt

und weiss, dass in so gefährlichen Zeiten die Bewahrung der politischen Selbständigkeit die Voraussetzung für die geistige Unabhängigkeit ist.»<sup>115</sup>

Die Vorsicht, welche die äussere Gefahr auferlegt, verdeckt also eine grosse innere Emeuerungskraft. Der Friedhof ist von Lebenden bevölkert. Die Schwäche verbirgt die Energie, lenkt sie aber auf eine in sich gekehrte Abwehrhaltung. Das augenfälligste Anzeichen dafür ist die Aufwertung der Mundart; sie geht so weit, dass einige daraus am liebsten eine offiziell anerkannte Schriftsprache gemacht hätten. Als sprechender Zeuge der Geistigen Landesverteidigung isoliert das Schweizerdeutsche gegen Deutschland (und gegen die französische und italienische Schweiz!), ermutigt aber die spontane und echte nationale Ausdrucksweise.

Für andere ist diese Schwäche im Gegenteil eine innere, die Eigenschaft eines politischen Gebildes, das keine natürlichen, ethnischen oder kulturellen Grundlagen besitzt und sich das Fundament seiner Einheit anderswo suchen musste: Der Bundesstaat ist die Frucht einer Übereinstimmung des Willens. Sie ist gleichzeitig unerlässlich für das Überleben der Nation und dauernd gefährlichen Spannungen unterworfen. Die Aufrechterhaltung und der Ausbau seiner Institutionen ist daher untrennbar mit dem Bürgersinn seiner politischen Führungsschicht verbunden, deren Tatkraft man um jeden Preis zu fördern versuchen muss, anstatt ein System zu hätscheln, das Mittelmässigkeit verströmt.<sup>116</sup>

Mit unterschiedlichen Formulierungen könnte die schweizerische Identität zu diesem Zeitpunkt als verletzlich charakterisiert werden. Äussere Gefahr und innere Schwäche vereinigen sich zum blossen Zwang, das Erworbene zu bewahren.

Diese Lage bringt auch eine Verherrlichung der Einheit und des Gemeinschaftssinnes mit sich. Die Krisen des Liberalismus hatten die Neigung begünstigt, das Individuum herabzusetzen und die Gemeinschaft aufzuwerten. Der Krieg und die von ihm geforderte Disziplin, das deutsche Beispiel und seine Wirksamkeit verstärken noch diese Strömung. Es erscheint immer mehr als normal, dass die Privilegierten mit ihren Mitbürgern besser teilen. Die soziale Gerechtigkeit setzt sich mehr und mehr durch als einer der Bausteine der nationalen Erweckung und der schweizerischen Identität, auch wenn sie je nach politischer Entscheidung unter verschiedenen Gesichtspunkten begriffen wird. Der Einbau von sozialistischen Elementen in das Leben der Nation bewirkte keine tiefgreifende Veränderung der Institutionen. Bestenfalls drängte sich die Beteiligung eines Sozialisten am Bundesrat als Unterpfand des guten Willens auf. Man könnte sogar die Vermutung riskieren, dass die sozialen Neuerungen, weit entfernt davon, aus politischen Reformen hervorzu-



gehen, vielmehr diese erzeugen könnten; das beste Beispiel für diesen Verlauf wäre die so oft verlangte Einrichtung eines Wirtschafts- oder Sozialrats, der zu den bestehenden Kammern hinzukommen oder eine der beiden ersetzen würde.

Im Unterschied zur politischen Erneuerung, in welcher Richtung auch immer sie gehen mochte, drohte der soziale Fortschritt kaum den so mächtigen und misstrauischen Nachbarstaat zu verstimmen. Er konnte sich auch leichter einordnen lassen in die nationale Kontinuität und ihre Forderungen nach Solidarität und staatsbürgerlicher Verantwortung. Die Geschichte blieb eine der dauerhaftesten Grundlagen der schweizerischen Identität: «Seit 1291 ist die Schweiz ihre eigenen Wege gegangen neben jenen, welche die europäischen Staaten nach anderen politischen Grundsätzen eingeschlagen haben. Noch heute muss sie immer IHREN Weg finden, einen Ausgang aus dem jetzigen Chaos; nicht indem sie sich an die gegenwärtigen und äusserlichen Formen ihrer Institutionen klammert, sondern indem sie den Grundsätzen treu bleibt, die unser Verhalten seit 650 Jahren geregelt haben.»<sup>117</sup>

Diese letzte Zahl erinnert an die Gedenkfeiern, welche überall den 1. August 1941 begleiten. Dieser Geburtstag ist der Höhepunkt des geschichtlichen Erinnerns, wie in Lindtbergs Film *Landammann Stauffacher* der Augenblick, in dem die Vergangenheit und ihre treibenden Kräfte am wärmsten vergegenwärtigt sind. Die Unabhängigkeit, die Demokratie, der Föderalismus, das Christentum, die Solidarität werden der Reihe nach als heiliges Erbe der drei Eidgenossen gerühmt. Die Bezüge auf die Vergangenheit vermindern die Wahlmöglichkeiten und die Zukunftsentscheide, indem sie die Hoffnung nach rückwärts wenden und nicht nach vom. Dennoch sollte man nicht die Hinwendung zur Geschichte mit nostalgischem Festhalten an der Vergangenheit gleichsetzen. Zunächst ist die Verankerung in der Schweiz von damals nicht die selbe für jedermann. Der Glaube an die Demokratie von 1848 oder an jene von 1291 eröffnet nicht die gleichen Zukunftsaussichten. Es handelt sich auch nicht darum, überholte Einrichtungen sklavisch nachzuahmen: Die Geschichte begreifen bedeutet zuerst, die Vergänglichkeit zugeben und die Gesetze der Veränderung und des Unumkehrbaren. Das bedeutet auch Misstrauen gegenüber revolutionärer Begeisterung und vorübergehenden politischen Leidenschaften.

In einem Vortrag vom Frühjahr 1941 bedauerte Hans Zbinden genau dies, dass der Aufstieg der Massen kein geistiger Aufschwung sei, die Offenbarung einer kräftigen Sozialethik. Er pflichtete den Schlussfolgerungen eines Alfred Borel bei, der gleichzeitig «die für das politische Leben der Schweiz so charakteristische Macht der traditionellen Kräfte» und die ebenso stark verbreitete «materialistische

Unbeweglichkeit» festhielt.<sup>118</sup> Diese zwei Autoren liefern uns endlich den Schlüssel für einen Zusammenhang aller Strömungen, die wir bis jetzt entwirrt haben. In all ihrem Auseinanderlaufen weisen sie doch gemeinsame Züge auf, welche die Durchschnittseinstellung in diesem Zeitpunkt aufdecken: Der gesunde Menschenverstand, die Einschätzung der internationalen Kräfteverhältnisse, die Anhänglichkeit an materiell erfolgreiche Einrichtungen ermuntern nicht zu politischen Strukturreformen (ausser einer Verstärkung der Exekutive). Zum Ausgleich laden dieselben Überlegungen dazu ein, neue gesellschaftliche Gleichgewichte durch praktische Reformen herzustellen, denn darin hegt die wahre innere Schwäche des Landes. Man ist weit entfernt von der Sendung, «eine grosse geistige Macht» zu sein.<sup>119</sup> Näher als es scheint, ist man der Geistigen Landesverteidigung, weil man die von der Vergangenheit geerbten Werte erkennt und sie besser auf die Gegenwart anwenden will.

## Schlussfolgerung

Soviele Überlegungen und Anstrengungen umsonst! Das Wuchern des Reformgeistes im Sommer 1940, seine Vertiefung in den folgenden Monaten mündeten in keinerlei Erneuerung, wenigstens nicht unmittelbar. Dieses Stocken kann erklärt werden durch die Verzettelung der Kräfte, die Ermüdung angesichts von Problemen, die längst bis zum Überdruß durchgekaut sind, durch das Gewicht der Alltagsorgen und der Wirtschafts- oder Ernährungsschwierigkeiten, welche von den Zukunftsplänen ablenkten. All das lässt sich vielleicht in der Überschrift eines Artikels vom Oktober 1940 zusammenfassen: «Genug der Taten, lasst uns ein Wort vernehmen!» Unter diesem Schlagwort erinnert der Autor Edmond Gilliard an die schöpferische Kraft des Wortes, das die Tat formt und benennt. Weniger brillant, aber unverblümter bemerkte Köcher seinerseits im November, dass bis zur Stunde noch kein einziger Politiker, keine Partei und keine Zeitung eine gemeinsame Idee oder Zielsetzung vorgestellt hatte.<sup>120</sup> Nun, man kann die Einrichtungen eines Landes nicht umgestalten ohne einen Gesellschaftsentwurf, ohne klare Leitidee, ausser das Ausland schreibe seine eigenen vor. 1798 oder 1815 waren keine verlockenden Vorbilder. Von aussen aufgezwungen, hatten die damals geschaffenen Regierungssysteme eine zu schmale innere Gundlage. Pétains nationale Revolution, die aus einer tieferen Strömung hervorging, erweckte eine Weile Illusionen, vor allem in der Westschweiz, führte aber zu nichts, und die Anwesenheit der Deutschen beraubte sie bald ihres Inhalts.

Mangels eines Leitgedankens lief die Maschine der politischen Erneuerung rasch leer. Zu viele verdächtige oder hemmende Elemente kamen hinzu, um die Bewegung zu stören. Die Verstärkung der traditionellen direkten Demokratie war unvereinbar mit den vom Krieg geforderten Vollmachten. Die sozialistische Partei wollte ein neues Demokratiesystem errichten, aber ihr Programm beharrte vielmehr auf den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Reformen, welche den politischen Neuerungen vorangehen sollten. Aus diesem Grunde versteifte sich die Widerstandslinie nicht so sehr auf die Demokratie selbst, als auf die Art oder den Anteil der Anpassung, zu der man sich bequemen mochte: «Das Dilemma besteht in der Schweiz nicht mehr zwischen den Anhängern der neuen Ordnung und den Vertretern eines demokratischen Systems, wie es gegenwärtig herrscht, sondern zwischen jenen, die eine Neuordnung mit richtig schweizerischen Elementen errichten wollen und jenen, die uns diese Ordnung von aussen aufzwingen wollen.»<sup>121</sup> Diese Zeilen datieren vom 20. September, einem Zeitpunkt in dem die Demokratie in den letzten Zügen zu Hegen scheint: Insofern man zugibt, dass der Krieg vor allem ideologisch ist, springt es ins Auge, dass der Totalitarismus siegreich ist und die andern politischen Systeme keine Zukunft mehr haben.

Der nationalsozialistische Sieg bestätigte die wiederholten Verurteilungen der Demokratie, ausgesprochen durch manch andere als die Faschisten, die sich aber oft auf sehr verwandte Grundsätze stützten. Dies ist beispielsweise der Fall des Emmanuel Mounier, dessen Einfluss über die Grenzen Frankreichs und sogar seiner Sprache weit hinausreichte: Er hört nicht auf, den Tod der liberalen, individualistischen und vulgär materialistischen Demokratie zu fordern, die bis in ihre Grundsätze verderbt ist und nicht nur in ihrer Anwendung. Die Revolution, die er herbeiruft, wird eine neue, gemeinschaftliche Gesellschaft mit sich bringen, von männlichen Führungskräften geleitet. Sie wird offensichtlich nicht vom Marxismus beeinflusst werden. Mounier verabscheut den Totalitarismus, doch findet er sich auf dem gleichen Tummelplatz mit dessen Jüngern. «Darin liegt die wahre Bedeutung der faschistischen Weltanschauung. Seine Verbreitung ist nur dank den Transmissionsriemen möglich, welche die protestierenden Schichten bilden. In diesen Kreisen mag man die Methoden des totalitären Staates verabscheuen, man kann aber nicht umhin, sich der faschistischen Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft, am Liberalismus und an der Demokratie anzuschliessen.»<sup>122</sup> Dieses Zitat von Sternhell erfasst gut die Zweideutigkeit der Bewegungen zur nationalen Erneuerung, welche die grundlegende Analyse des Regimes guthießen, ihre faschistischen Schlussfolgerungen aber

ablehnen. Wie sollte man sie aber vermeiden unter den Bedingungen von 1940-1941, welche die Anzahl der andern Möglichkeiten so dramatisch begrenzen?

In welcher Richtung man auch immer bedeutende politische Reformen ins Auge fasst, niemand konnte jedenfalls von der deutschen Nachbarschaft absehen, ohne verantwortungslos zu sein. Jegliche verfassungsmässige Einschränkung der Volksrechte oder Parlamentskompetenzen wäre vom Reich als Eingeständnis der Schwäche oder als vielversprechende Anpassung gedeutet worden. Die umgekehrte Gefahr, die Diktaturen durch eine vermehrte Demokratie zu verärgern, blieb eher theoretisch, wenn man den Verruf der liberalen Herrschaft oder die Vollmachten bedenkt. Das sicherste war es nach allem, überhaupt nichts zu verändern! Die zahlreichen konservativen Kräfte – zum Beispiel die besonders geschmähten Parteien – würden gewiss nicht die Bewegung antreiben. Man müsste «den internen und selbständigen Prozess erklären, den die Schweiz von 1940 bis 1942 durchgemacht hat, um ihre Identität zu finden und zu stärken, als die Nazis ihre verblüffenden militärischen Erfolge errangen und die Demokratie keinerlei Zukunft mehr zu haben schienen.»<sup>123</sup> Wir bilden uns nicht ein, diese Erklärung geliefert zu haben: Die Schweizer scheinen nicht gerade intensiv danach gesucht zu haben, eine neue Identität zu definieren, weil die Institutionen noch leidlich funktionierten. Überleben zählte mehr als erschaffen, durchhalten mehr als sich behaupten. Diese Umsichtigkeit zwang aber dazu, sich mit dem Unbefriedigenden abzufinden, welches in der Armee wie in der Zivilbevölkerung angesichts der intellektuellen und staatsbürgerlichen Verkalkung festzustellen war: In einer aufgewühlten Welt blieb die Schweiz erstarrt und verteidigte eine Unabhängigkeit, welche keinerlei Zukunft eröffnete. Von daher also die allgemeine Trübseligkeit.

Mit der Fortdauer des Krieges veränderte sich die Stimmung. Eines der Leitwörter der deutschen Propaganda war das neue Europa. Es konnte eine Zeitlang täuschen. Die Wirklichkeit wurde nach und nach sichtbar und ermutigte immer weniger zur Anpassung. Wer die Augen offenhielt, erkannte bald das Elend, das sich hinter dem Schwulst verbarg. Als nach dem Juni 1941 der Krieg in Russland zum Kreuzzug Europas überhöht wurde, konnte man nicht mehr daran glauben: Es sollte die erste Ohrfeige für die Beweihräucherer der neuen Ordnung sein.

Manche<sup>124</sup> rühmten eine andere Erneuerung, jene der Individuen, welche durch die Härte der Zeit und durch Nachdenken die grossen Schweizertugenden wiederfinden sollten, welche die Kraft unserer Ahnen ausgemacht hatten. Man weiss, was im Allgemeinen von diesen Aufrufen zur Busse und zur moralischen Aufrüstung

zu erwarten ist: Sie lassen sich nur schwer oder wenig dauerhaft in die Kreise der Gemeinschaft und der Politik übertragen.

Die Reformenergie richtet sich vielmehr auf das soziale Gebiet. Hier ist die Übereinstimmung offensichtlicher. Der Widerstand, das ist die Solidarität; die Moral ist der Wille zum sozialen Fortschritt. Die Zeit für grosse Taten ist noch nicht gekommen, doch die Zeichen vermehren sich. In der Theorie zieht niemand die Notwendigkeit gründlicher Reformen in Zweifel. In der Praxis sind es die Ausgleichskassen und die daran vorgenommenen Verbesserungen, die Rationierung, der Planwahlen, an dem die professionellen Landwirte ebenso beteiligt sind wie die Hobbygärtner, die oft als Beispiel hingestellte militärische Kameradschaft, der soziale Friede und der Burgfriede, die alle beweisen, dass jenseits der Spannungen und Konflikte die Zusammenarbeit in der Wirklichkeit des gesellschaftlichen Lebens zunimmt.

## Kapitel V

# Ein Kreuzzug ohne Ende

(Juni 1941 – Januar 1943)

## Die UdSSR und die USA treten in den Krieg ein

Am 22. Juni 1941 wird die Sowjetunion durch die Offensive «Barbarossa» in den Krieg verwickelt, der die deutschen Truppen im September bis an die Tore Leningrads und im Dezember bis vor Moskau führen sollte. Selbst wenn die Tragweite dieser neuen Ausweitung des Krieges nicht unmittelbar begriffen und die Wirkung auf die öffentliche Meinung nicht mit einem Schlag sichtbar wird, tritt auch die Schweiz in eine neue Phase ihrer psychologischen und politisch-sozialen Entwicklung ein.

Der japanische Angriff auf Pearl Harbour, der die USA dazu zwingt, am 8. Dezember ihrerseits in den Krieg einzugreifen, hat wenigstens vorläufig keine vergleichbaren Auswirkungen gezeitigt. Diese Ereignisse auf der gegenüberliegenden Seite der Weltkugel machten weniger Eindruck und brachten die Weltanschauungen nicht so unmittelbar ins Spiel. Kurzfristig wurde die Stellung der Schweiz dadurch kaum verändert, umso mehr als die Reihe aufsehenerregender Niederlagen der Alliierten im Pazifik vor allem den Mythos der unbesiegbaren Achse bestätigte. Wenn man auch sachlich und nachträglich gesehen den Einfluss dieser zwei Ereignisse auf den Ausgang des Krieges nebeneinanderstellen kann, so hat doch die öffentliche Meinung ihnen im Augenblick sicher keine vergleichbare Bedeutung beigemessen.

### Zum antibolschewistischen Kreuzzug

Durch den Zufall der Quellen und der bereits veröffentlichten Arbeiten bedingt, sind die Reaktionen in der Westschweiz deutlicher fassbar als in der Deutschschweiz, doch lassen Hinweise vermuten, dass sie nicht grundlegend verschieden waren.

Einen Monat lang waren die meisten Leitartikel der Westschweizer Presse dem deutsch-sowjetischen Konflikt gewidmet, sei es, dass dieser wesentlich für die Zukunft des Kontinents erschien, sei es, dass er jenen Redaktoren schwierige Probleme zu lösen aufgab, deren politische Leidenschaften die Beurteilung nicht unbedingt erleichterten. Zu Beginn sah die Mehrheit im hitlerischen Krieg den Präventivangriff eines Machtanspruchs gegen einen andern, der ihm die Aussichten auf territoriale Ausdehnung rauben wollte. Auch für die andern galt es, dem sowjetischen Diktator zuvorzukommen, aber gegen den Vormarsch des Kommunismus, den dieser auf dem ganzen Kontinent verbreiten wollte.<sup>1</sup> Eroberungskrieg oder ideologischer Krieg? Diese beiden Hypothesen stehen sich gegenüber. Sie sind zum grossen Teil offensichtlich, aber nicht ausschliesslich, mit den Auffassungen verbunden, die sich jeder von Europa macht, von der neuen Ordnung, von der Sowjetgesellschaft. Deutschland richtet seine Propaganda auf den antibolschewistischen «Kreuzzug» aus und rückt die Weltanschauung in den Vordergrund, die allein in der Lage ist, die Völker des Kontinents zusammenzufassen, welche die Machtpolitik des Reichs bestenfalls kalt lässt. Die Westschweizer Presse schliesst sich dem nicht an, glaubt nicht blindlings den deutschen Behauptungen; auf der Rechten jedoch, und besonders auf Seite der Katholiken, macht die hitlerische Beweisführung Eindruck, da sie dem Antikommunismus des Umfeldes entgegenkommt. Als aber England sich der UdSSR annähert und sich schliesslich, natürlich unter Verurteilung der Kreuzzugs-idee, mit ihr verbündet, bleiben die Journalisten davon nicht unberührt. Je nach dem Verlauf der Ereignisse verändern sie ihre Einschätzung.

Im Versuch, die Kriegsziele der beiden Mächte zu ergründen, zeigt die Presse im Ganzen ersten Monat die Neigung, dem Reich eher wirtschaftliche und politische Absichten (25% und 41% der Leitartikel-Aussagen), als ideologische (34%) zuzubilligen. Die UdSSR ihrerseits muss sich deutlicher ideologische Bestrebungen zuschreiben lassen (59% der Äusserungen, 41% für die politischen Ziele). Ausgehend von ihrem Angriffspotential, scheint sie also für Europa gefährlicher als Deutschland, obwohl die Presse einige Vorbehalte dazu anbringt! Auch wenn seine statistische Untersuchung nicht völlig befriedigt, könnte man Meurant in seiner vorsichtigen Schlussfolgerung zustimmen: «So sind wir versucht zu behaupten, dass ... die Presse entschieden stärker antibolschewistisch als antinazistisch ist und dass sich diese Einstellung in den tiefen Überzeugungen der öffentlichen Meinung in der Westschweiz spiegelt.» Deutschland gehört immerhin zu Europa, trotz all seiner Untugenden, sein östlicher Gegner jedoch, das ist eine andere Welt, das ist Asien ... In

der Deutschschweizer Presse, die zurückhaltender ist, zweifellos weil man dort die Wirklichkeit jenseits des Rheins besser kennt, kommt das sozialistische *Volksrecht* anfangs Juli zum Schluss, dass der bürgerlich-reaktionäre Antibolschewismus in der Westschweiz weiter verbreitet sei und vor allem dazu diene, einen scharfen Antisozialismus zu rechtfertigen. Immerhin räumte es ein, dass dies nicht mit Eifer für den vom Reich geführten Kreuzzug gleichzusetzen sei.<sup>2</sup>

In der Tat tritt seit Beginn des Konflikts eine Zweideutigkeit zutage, die der vorangehenden Phase unbekannt war: Zwei totalitäre Staaten stehen sich gegenüber, und jeder bedroht auf seine Weise die Schweiz und ihr Regime. Welchem sollte man seine Sympathie gewähren? Im Abstand von einer Woche gibt der *Nebelspalter* im November zwei Antworten, die für die Verwirrung der Geister bezeichnend sind, indem er zunächst die plötzliche Bekehrung von Nicole zu Patriotismus und Demokratie karikiert, und danach den Baumeister der neuen Ordnung, der sich sehr beunruhigt zeigt angesichts der Unbeständigkeit eines bunt zusammengewürfelten Gebäudes. Die satirische Zeitschrift illustrierte bloss ohne zu wissen eine Beobachtung, welche schon am 22. Juni von einem scharfsichtigen Zürcher Pastor gemacht worden war: «In unserem Volk wird sich eine schreckliche Verwirrung der Sympathien und Antipathien ausbreiten, denn kein vernünftiger Europäer kann wünschen, dass Deutschland unter den Schlägen der Asiaten zusammenbricht, und kein vernünftiger Mensch kann hoffen, dass Hitler auch nur einen halben Sieg davonträgt.»<sup>3</sup>

Die APF veranschaulichte auf ihre Weise ebenfalls die Verwirrung der Geister, indem sie auf das dritte Glied in der politischen Gleichung verwies, nämlich das Gewicht, das England in der politischen Meinung hatte. In ihren Weisungen vom 25. Juni verdeutlichte sie: «Indem er gewisse alltägliche Dinge vergisst, insbesondere dass die Schweiz in Kontinentaleuropa liegt, mit dem sie teilweise solidarisch ist, wünscht ein bedeutender Teil der öffentlichen Meinung aus verschiedenen gefühlsmässigen, moralischen und politischen Gründen noch immer den Sieg Grossbritanniens. Von nun an beginnen viele gute Bürger, welche bis jetzt keinerlei Sympathien irgendwelcher Art für den Sowjetbolschewismus gezeigt haben, sich den militärischen Erfolg der UdSSR zu wünschen, da sie in ihr einen Verfechter der englischen Sache sehen ... Ein Umschwung der schweizerischen öffentlichen Meinung zugunsten Russlands könnte nur aus dem Hass gegen Deutschland erklärt werden.» Dieser Eindruck wird durch Oberst Moulin bestätigt, der auch in der Westschweiz feststellt, dass oft «gut bürgerliche» und entschieden antikommunistische Freunde Englands «nicht sehr weit davon entfernt sind, Wünsche zugunsten der Sowjets zu hegen, so gross ist ihre leidenschaftliche Verbitterung in Bezug auf das III. Reich.



Man hört sagen, es sei nicht schlecht, dass die zwei Diktaturen Gelegenheit erhalten hätten, sich einander entgegenzustellen und gegenseitig aufzureiben.» Diese letzte, etwas machiavellistische Meinung sollte mehrmals wiedererscheinen als eine Art Auflösung des Widerspruchs der zwei Abneigungen. Sie nahm bald den Charakter eines Scherzes an, der die zwei obigen Beurteilungen zur Deckung brachte: «Wenn jedesmal zwei Deutsche auf drei Russen fallen, so bleibt den Engländern immer noch ein fünf zu null Sieg!»<sup>4</sup>

Eine Umfrage der APF bei einigen Persönlichkeiten, besonders aus Pressekreisen, erlaubt tatsächlich, die Auffassungen in der Westschweiz (und im Tessin, das für einmal in einer solchen Untersuchung eingeschlossen ist) besser abzumessen als die Auswertung zensurierter Zeitungen. Die meisten der erteilten Antworten stammen vom September 1941 und widerspiegeln nicht unbedingt die Einstellungen vom Juni-Juli. Wie ein Zensor des Territorialkreises 10 sagte, wurde der Angriff zu Beginn gutgeheissen, dann «schwankte die Meinung je nach den Bewegungen der militärischen Operationen,» ohne dass die ideologische Festlegung sich tiefgreifend verändert hätte.<sup>5</sup>

Einstimmigkeit zeigt sich in der Ablehnung des antibolschewistischen Kreuzzugs, an den niemand glauben will und der keinen Widerhall mehr findet. Diese Skepsis ist logischerweise von der Ablehnung des neuen Europa begleitet, welches den Kreuzzug rechtfertigt. Die Tessiner sind besonders entschieden in diesem Punkt, andere einfach zurückhaltend. Dies ist begreiflich: Ausser dem Walliser Staatsrat Chastonay erkennt kein Beobachter in seiner Umgebung die Gewissheit der schliesslichen Niederlage Deutschlands. Unser Zensor stellt fest, dass man dank dem Aufschub infolge des Abnützungskrieges in Russland schon an den Erfolg der «angelsächsischen Mächte» glaubt, der zu einem Kompromissfrieden führen würde (die bedingungslose Kapitulation war von den Alliierten noch nicht gefordert worden, und der ideologische und totale Charakter des Krieges war noch nicht allgemein anerkannt). Sogar dann würde Deutschland sein politisches und wirtschaftliches Übergewicht auf dem Kontinent beibehalten.

Da der Antibolschewismus weiterhin angezeigt war, wünschte man durchaus keinen sowjetischen Sieg: In Genf «fürchten zahlreiche Bürger den Kommunismus, was sie eine beliebige Ordnung annehmen liesse, selbst eine vom Ausland aufgezwungene».

In andern Kreisen nahm man die Dinge etwas ruhiger, indem man zum Beispiel in Neuenburg die erfreuliche gegenseitige Erschöpfung der Feinde beschwor. Diese Einstellung erlaubte es, einem Pyrrhussieg viel gelassener entgegenzusehen, den die einen weniger verabscheuten, wenn es ein deutscher, und die an-

dern, wenn er sowjetisch wäre. Was den angelsächsischen Sieg betraf, war er zwar vielleicht vorzuziehen, begeisterte aber nicht jedermann, so zäh waren die vorgefassten Meinungen trotz allem noch.

Eine noch unerwartetere und weniger nüchterne Feststellung lautet: «Der russische Widerstand würde sogar in der Bourgeoisie eher Bewunderung hervorrufen und einige Sympathie für das russische Volk (was nicht heissen will für dessen Regime).» In diesen Worten des Genfer Professors Marcel Raymond könnte man den Riss im Antibolschewismus entdecken und den Auftakt zum tiefen Umschwung der Zukunft: Kann man sachlich gesehen das Regime von einem Volk trennen, das sich so kräftig dafür schlägt? Die kommunistische Propaganda würde diese Ader geschickt weiterverfolgen, aber schon jetzt anerkannten manche, sogar auf der Rechten, die Qualitäten eines Staates, der sich zu organisieren wusste und dessen Armee zum Widerstand fähig war. Es galt, allzu entschiedene Urteile über ein Regime zu berichtigen, das nur zu lange verleumdet worden war. Man sieht sogar eine Idee auftreten, die wahrscheinlich noch wenig verbreitet, aber doch zukunftssträchtig bestimmt war, weil sie erlaubte, den Abscheu vor dem Bolschewismus mit der Bewunderung für die Kämpfenden zu versöhnen: *Russland im Wandel*. Dieser Titel eines Werks von Fritz Lieb aus Basel, der seine Stunde der Berühmtheit nach dem Krieg erleben sollte, findet eine Vorwegnahme bei den Leserinnen der *Gazette de Lausanne* im August, die aus dem stalinistischen Wiederaufleben des russischen Patriotismus schliessen: «Man hat sich also auf einen Kreuzzug begeben, um eine Idee zu töten, die im Begriffe ist, von alleine zu sterben.»<sup>6</sup>

In der Deutschschweiz war die Kreuzzugspropaganda wahrscheinlich noch weniger ein Erfolg als anderswo, selbst wenn sie einige ins Wanken gebracht hatte, die schon vom durchschlagenden Erfolg des Blitzkriegs verstört waren. Deshalb regte sich der deutsche Konsul von Basel am 30. Juli über den Mangel an Verständnis für die neue Ordnung auf. Die Russen genossen deswegen übrigens keine grössere Sympathie bei den Schweizern: Stets beunruhigt und mutlos angesichts der Neuerungen, zogen die Schweizer es vor, «in ihrer Ecke zu schmollen» und ihre Sicherheit von der Erschöpfung der beiden Völker zu erwarten. Was für den Konsul schuldhaft oder absurde Entscheidungsunfähigkeit war, galt in den schweizerischen Dokumenten eher als Tugend, als einzig möglicher Weg zwischen zwei gleichermassen verderblichen Imperialismen. Der Antibolschewismus rechtfertigte keine Abkehr von der Neutralität.<sup>7</sup> Die Basler waren bekannt für die Heftigkeit ihres Antinazismus, doch die Umfrage der APF enthüllt die Ablehnung des neuen Europa

auch in der übrigen Deutschschweiz. Der Gesandte Köcher entdeckte seinerseits Sympathien für die deutsche Sache in der Presse, allerdings in der Westschweiz einen Monat früher und deutlicher.<sup>8</sup>

Eine interessante Haltung wiesen die Sozialisten auf: Feindselig gegenüber dem Kommunismus und empört vom sowjetischen Angriff auf Finnland von 1939, konnten sie nicht länger Deutsche und Russen bequem in den gleichen Sack werfen. Die Verlegenheit zeichnete sich Ende Juni deutlich in der St.Galler *Volksstimme* ab: Wenn die UdSSR in den Krieg verwickelt worden wäre, um den Menschenrechten zu dienen, «hätte sie die Sympathien aller unabhängiger Denkenden auf ihrer Seite; aber unter diesen Umständen?»<sup>9</sup>

Die Beurteilung konnte verschieden ausfallend nach dem Gewicht, das man dem Kampf gegen den Kapitalismus, die Arbeitslosigkeit und die bürgerliche Gesellschaft, oder dem Andenken an die alten Kämpfe zwischen Sozialisten und Kommunisten, der Demokratie oder den Ereignissen von 1939 beimass. Die Sozialisten waren nicht die einzigen, die der Entscheidung auswichen, aber ihre Doktrin und ihre Erfahrungen veranlassten sie mehr als andere zu zögern. Dagegen konnte sie der Kreuzzug in keiner Weise betören. Was blieb ihnen anderes übrig als die Neutralität?

Mit der Versteifung des russischen Widerstandes zeichneten sich die Sympathien der Sozialisten deutlicher ab: Ihre Zeitungen waren schneller als andere bereit, auf den sowjetischen Erfolgen zu bestehen und ihnen Beifall zu spenden. Aus der von der APF zusammengetragenen Sammlung kurzer Auszüge kann man einige Beweggründe herauschälen, welche die Entscheidungen der Sozialisten geleitet haben: Auf der Ebene der Lehre bestätigte der Widerstand zunächst, dass die sozialen Bedingungen das Bewusstsein bestimmen. Auf der zweifellos überzeugenderen praktischen Ebene vereinigen sich Populismus, Patriotismus und sozialer Fortschritt, um bei den Schweizer Arbeitern Bewunderung für die Heldentaten des Sowjetsoldaten zu erwecken. Eine Septemhernummer der *Freien Innerschweiz* fasst all dies in der Legende zusammen, welche das Bild eines bewaffneten Arbeiters aus Leningrad unterstreicht: «Der namenlose Held Sowjetrusslands: Die Arbeiter von Petersburg bewaffnen sich, um ihre nie eroberte Stadt, ihr Vaterland und die Errungenschaften ihrer grossen Revolution zu verteidigen.» Am bezeichnendsten ist zweifellos, dass man die Gründe zu dieser Verherrlichung auch ausserhalb der Linken wiederfindet. In den *Schweizer Monatsheften* zum Beispiel, die gar nichts Sozialistisches an sich haben, beharrte der Redaktor J. von Sprecher ebenfalls auf der Macht der kommunistischen Ideologie in der russischen Jugend, welche die stalinistische Propaganda erfolgreich mit dem Patriotismus verknüpfen konnte.<sup>10</sup> Ein neues Bild des Sowjetbürgers zeich-

nete sich ab, welches die hartnäckigsten Überzeugungen von den Auswirkungen der sowjetischen Diktatur in Frage stellte, aber eine zu frische Vergangenheit noch nicht vergessen Hess. Ohne Presse und öffentliche Meinung gleichzusetzen, muss man diese bedenkenswerten Themen doch festhalten, da sie interessante Aussichten auf die Entwicklung der Einstellungen eröffnen.

Die Bemühungen, die Ereignisse zu verstehen, können nicht vom Rivalisieren der Propaganda-Apparate getrennt werden, das sich mit der Auslösung der Feindseligkeiten vervielfacht. Wenn manche im neuen Krieg den Kampf zweier territorialer Imperialismen sehen, so lassen die Propagandafeldzüge keinen Zweifel aufkommen. Für die Deutschen und ihre Schweizer Gefolgsleute steht Europa auf dem Spiel gegen die sowjetische oder asiatische Barbarei: nicht einmal jenes der neuen Ordnung, das man Heber nicht in den Vordergrund rückt, sondern einfach jenes der Zivilisation, bei Gelegenheit das Europa des Christentums. Sie klagen gerne unsere Presse an, welche sich weigert, den wahren Einsatz zu begreifen und es vorzieht, die UdSSR zu verherrlichen. Sie verfehlen auch nicht, den Schrecken vor dem Bolschewismus auszubeuten und gleichzeitig die Unbesiegbarkeit der deutschen Heere sowie die Zukunftsgewissheit. Mühelos konnten ab Dezember die Vereinigten Staaten den Feinden Europas zugerechnet werden, die nur zum bereits anti-kontinentalen Grossbritannien aufschliessen. Die Neutralität hat offensichtlich keinen Sinn mehr in diesem Zusammenhang, und die Schweizer Nazis verfehlen nicht, sie zu verurteilen; sie rufen sogar dazu auf, zu den Fahnen zu eilen oder verlangen vom Bundesrat, dass die Hälfte unserer Armee unter der Leitung von Oberstkorpskommandant Wille am Kreuzzug teilnehme.

Auf der anderen Seite ist dieser allzu religiöse Ausdruck fehl am Platz, doch läuft die Propaganda in der gleichen Richtung und weist ebenfalls über die nationalen Interessen hinaus: Die UdSSR kämpft für Freiheit und Fortschritt in allen Ländern. Da wo ihre Gegner die kontinentale Einheit aufwerten, verkündet die extreme Linke aktiv die Einheit der Arbeiterklasse, die Verteidigung des Sozialismus etc. Gleichzeitig kann sie eine strikte Neutralität verlangen, welche das Ende der Lieferungen an die Deutschen und eine aktive Solidarität der Arbeiter mit dem Vaterland des Sozialismus bedeutet, dessen Stärke eben dieser Sozialismus ausmacht. Auf der inneren Ebene bringt dies Feindseligkeit gegenüber der Regierung mit sich, was gar nicht überrascht, aber auch gegenüber den Sozialdemokraten, die sich mit den Kapitalisten und den Faschisten eingelassen haben.

In ihrer Bilanz der Tätigkeit der extremen Linken für 1941-1942 schloss H&H auf ihre Neuheit, da der Untergrund sie der Zensur enthob und es ihr gelungen

war, die Diktatur des Proletariats allmählich als Demokratie auszugeben und gleichzeitig ihre ganze Vergangenheit vergessen zu machen. Wir haben gesehen, dass dieses letzte Unterfangen Ende 1941 noch nicht abgeschlossen war.<sup>11</sup> Mit den Jahren sollten diese Themen, die zu Beginn bloss Kriegspropaganda waren, Alltäglichkeiten werden. Die Bestätigung der sowjetischen Militärmacht hat dazu ebenso beigetragen wie früher jene der Wehrmacht das Ideal der neuen europäischen Ordnung verbreitet hatte. Der letzte Sieger hat recht ...

Für die Kommunisten und die Deutschfreundlichen musste «Barbarossa» die Erleichterung bringen: Endlich ging ein widernatürliches Bündnis zu Ende, das jede Propaganda belastet hatte, vor allem für erstere, welche nicht einmal den Glanz der Siege vorweisen konnten, um ihr Publikum zu beeindrucken. Umgekehrt zerstörte der neue Krieg für den Grossteil der Bevölkerung die einfachen Gewissheiten, den in Zeiten der Krise so notwendigen, bequemen Manichäismus. Die Beunruhigung über das Schicksal des Landes nahm mit der Entfernung der militärischen Operationen ab, doch die Unsicherheit der Hoffnungen stieg ebenso sehr an. Daher rührt die Betretenheit, welche ein Korrespondent von H&H im Februar 1942 ausdrückte: Nachdem er die Wiederherstellung des Vertrauens im Volk bei einer gegenseitigen Abnützung der Gegner angezeigt hatte, fügte er bei: «In ihrer grossen Mehrheit mögen die Schweizer keine der beiden Weltanschauungen. Mit dem Stillstand des deutschen Vormarsches und dem russischen Vormarsch hat ihr Vertrauen nunmehr der Überlegung Platz gemacht, dass der Bolschewismus wahrscheinlich der gefährlichere ist. Man erkennt in unserem Land auch ein offensichtliches Erwachen der kommunistischen Propaganda.»<sup>12</sup> Die Demonstration der sowjetischen Militärmacht löste auch bewundernde Reaktionen aus, vergleichbar mit jenen, die manche im Juni 1940 für das Reich empfunden hatten. Wie damals herrschte keine Übereinstimmung. Doch diese Meinungsverschiedenheiten sollten viel länger dauern und tiefer gehen, wie der Verlauf der Operationen ...

Die beunruhigende Alternative hätte durch ein drittes Glied vervollständigt werden können, die angelsächsischen Mächte. Es scheint nach dem gegenwärtigen Stand der Quellenkenntnis nicht, dass ihnen grosses Gewicht zugekommen wäre in diesem Winter von 1941-1942, nach einer Übergangszeit bei Eröffnung der Feindseligkeiten, als ob man nur noch in Begriffen von Europa dachte, von dem sich Grossbritannien selbst ausgeschlossen hatte (wie die deutsche Propaganda wiederholte) und dem die USA nicht angehörten. Die Niederlagen der Westmächte im Pazifik konnten diese Gefühle nur verstärken. Die Streitschriften der extremen Linken

legten den Kampf übrigens gerne auf das einzige tödliche Duell fest, das sie interessierte, wie wenn Dritte die Reinheit des ideologischen Kampfes bloss besudeln könnten.

### **Rückkehr zu den inneren Problemen**

Was immer eine ungewisse Zukunft bereithalten mochte, die Gegenwart gewährte etwas Ruhe, und man konnte sich mit grösserer Anteilnahme den inneren Problemen oder den Alltagsorgen widmen: «In diesem Augenblick», schreibt man von Sion am 3. September, «ist die Ruhe wieder eingekehrt aufgrund des Krieges, der die Armeen in Russland beschäftigt. Seither kümmert man sich nur noch um die Versorgung.»<sup>13</sup> Diese prosaische Entscheidung gibt auf ihre Weise eine Antwort auf die Umfrage der APF, welche sich unter andern Punkten auf die 1. August-Feier bezog. Der 650. Geburtstag der Eidgenossenschaft hatte dieses Jahr in der Tat einen besonders feierlichen Charakter angenommen. Die zivilen und militärischen Behörden hatten der Nationalfeier einen aussergewöhnlichen Glanz verleihen wollen, um den Patriotismus und den Widerstandsgeist zu wecken und zu steigern. Das Ergebnis entsprach nicht den Erwartungen, ausser in Schwyz, vielleicht noch in Genf und vorübergehend in der Armee. Nicht zu vergleichen mit dem tiefen Eindruck, den die Landesausstellung hinterlassen hatte. Die Wirkung der Feier «war ziemlich flüchtig, scheint mir», schrieb G. Rigassi, der Chefredaktor der *Gazette de Lausanne*, «und es ist unbestreitbar, dass gegenwärtig ein gewisses Unbehagen in der Volksmeinung herrscht. Das Vertrauen in die Behörden ist nicht mehr, wie es sein sollte.» Hatten die Behörden nicht eben eine günstige Gelegenheit verpasst? Die Beobachter schrieben die Lauheit der Reaktionen dem Überdross an geschichtlichen Ermahnungen zu. Man wartete noch immer auf mitreissende Weisungen, Zukunftsversprechen oder einfach Leistungen, beispielsweise auf dem heissen Gebiet der Preise und Löhne. Genug der grossen nationalen Traditionen! Die bedrückenden Zeitumstände sollten sich auf die Zukunft hin öffnen, Hoffnungen erwecken. Es ist wahrscheinlich, dass sich in diesem Augenblick eine Wende anbahnte. Man hatte so oft wiederholt, dass eine Welt zusammengebrochen sei, dass man in einer revolutionären Zeit lebe, dass eine neue Welt sich aus dem Krieg erheben werde! Man musste auf diese Zukunft blicken und sich darauf vorbereiten, jetzt, wo der Krieg in Bewegung geraten war und das Reich seine Angriffe gegen den Osten wandte. Die Geistige Landesverteidigung hatte sich auf die Geschichte ausgerichtet, und zwar nicht ohne Erfolg. Im

Sommer 1940 gab es ausser den alten Nationalhelden nicht mehr viel, woran man sich halten konnte. Jetzt aber war man der Beispiele der Vergangenheit müde. Wie eine Radiosendung vom Neujahr 1942 sagte, sollte man nicht immer nur vom Land der Väter reden, sondern mehr vom Land der Söhne.<sup>14</sup>

Die Verschiebung der Militäroperationen an die Ostgrenze Europas oder an noch entferntere Schauplätze erlaubte es, die Truppenbestände stark zu verkleinern: Wenn sie vom September 1940 bis zum Juli 1941 sich um 150'000 Mann bewegte, so zählte die Truppe nur noch 60'000 bis 95'000 von November 1941 bis Oktober 1942. Zudem wurde ein System kurzer Ablösungen nach einem vorher angekündigten Plan eingerichtet und sehr allgemein begrüsst. Man sollte gar im ersten Quartal von 1942 vermelden können, dass das immerwährende Urlaubsproblem in den Einheitsrapporten fast keinen Platz mehr einnahm! Einzig die Bauern überzeugten sich im ganzen letzten Semester von 1941 leicht davon, dass sie bei den Ablösungen benachteiligt waren, und schufen zuhause wie in der Armee ein sehr ungünstiges Klima gegenüber dem Militär.<sup>15</sup>

Wenn die Moral in der Armee insgesamt befriedigend war, so deuteten gewisse Anzeichen daraufhin, dass eine Vertrauenskrise, die im Frühjahr 1941 aufgetaucht war und sich in der Folge entwickelt hatte, das Kader in der Ostschweiz bewegte. Die Lage wurde von der Schweizerischen Offiziersgesellschaft als ernst genug beurteilt, um zu einer Umfrage zu schreiten und dem Bundesrat auf dem Dienstweg einen Rapport zukommen zu lassen. Zwei Tatsachen hatten die Krise ausgelöst: einerseits die Affäre Däniker, welche einen bitteren Nachgeschmack bei den zahlreichen Sympathisanten und Bewunderern, die der Oberst besonders unter den jüngeren Offizieren zählte, hinterliess; andererseits die grossartigen Siege der Wehrmacht, welche gewisse Kader geblendet hatten, die von der Tüchtigkeit und der energischen Strategie schwärmten. Wie weit konnte diese Faszination gehen?

Der zweite Krisenfaktor war ein Artikel in der *Militärzeitschrift*, in dem Oberstleutnant Heinrich Frick sich über die Kraftlosigkeit der Demokratie ausliess und ein Regime der starken Hand forderte, das die leichtfertigen Journalisten zur Vernunft bringen, H&H auf den geraden Weg zurückführen würde etc. Entrüstung entlud sich über diesen Einbruch der Militärs in die Politik und diese diktatorischen Töne. Worauf die Offiziersgesellschaft ihrerseits aufbegehrte «gegen diese Auffassung, wonach derjenige, der eine Reform der Institutionen oder irgendeine Neuerung auf innenpolitischem Gebiet befürwortet, sogleich mit den Feinden des Vaterlandes gleichgesetzt wird, wenn man nicht gleich behauptet, er stehe in ausländischem Sold». Und

die Gesellschaft prangerte eine wahre Hexenjagd an, in welcher die Kommandostellen mehr aufgrund der politischen Gefügigkeit als der militärischen Eignung verliehen und vor allem entzogen würden. Ohne dass ihre Denkschrift es sagte, war es schliesslich der General, der im Visier stand und Gegenstand eines wachsenden Misstrauens im Kader war. Indem er das Papier der Regierung weiterleitete, spielte der Armeechef die Krise herunter und wies die Kritik an der Kommandovergabe zurück, anerkannte aber doch die Erschütterung, welche die Affäre Däniker ausgelöst hatte.<sup>16</sup>

Diese Geschichte erwies sich als sehr aufschlussreich für die Beziehungen zwischen der Bevölkerung und den Offizieren in der Ostschweiz: Der Brief griff auch die öffentliche Meinung an, die nicht neutral war und «eine gehässige Streitbarkeit» gegenüber den Achsenmächten an den Tag legte, «geeignet ... die Beziehungen zu ihnen schwer zu stören». Die Regierung sollte daher besser informieren. Die Zeitungen andererseits bewiesen eine «verbissene Feindseligkeit» gegenüber den gleichen Ländern, was als Vorwand für ein militärisches Eingreifen dienen könnte. Auch hier müsste man «der nationalen Presse die positiven Elemente einer Information zur Verfügung stellen». Der Brief übernimmt die Verantwortung für das Wiederauftauchen der Blutschuldthese nicht ganz, er überlässt diese den Kreisen der Unzufriedenen, aber man spürt ihn diesen doch sehr nahe. Das Dokument liefert so einen weiteren Beweis für den Erfolg der Nazi-Propaganda, der es gelingt, sowohl die Pressefreiheit als auch einen Beweggrund des Widerstandswillens in Frage zu stellen: Nicht mehr die Unabhängigkeit würde die Opfer eines Krieges rechtfertigen, sondern die vermessenen Schwätzer einer hemmungslosen Presse wären dafür verantwortlich.

In der Bevölkerung waren es eher die Aufrechterhaltung der Verteidigungsmassnahmen und ihre Kosten, die beunruhigten: Was nützten so viele Mobilisierte? Was nützte es, so viele Festungen zu errichten? Wenn sich früher die gleichen Fragen gestellt hatten, war es, weil man nicht mehr an den Nutzen der Armee glaubte. Jetzt entsprangen sie der wiedergefundenen Sicherheit, wenn nicht gar der Sorglosigkeit, welche ein Korrespondent von H&H im Januar 1942 meldete. «Nun, da die Kriegsoperationen sich auf die russisch-deutsche Front verlagert haben, sagte schon im Juni 1941 ein Neuenburger Parlamentarier, hat sich etwas verändert. Die Besorgnisse, die man zu hegen vorgab, um den gegenwärtigen Stand der Dinge zu rechtfertigen, existieren nicht mehr.» Und natürlich verlangt man die Demobilmachung. Die Wortführer der Bauernschaft sollten dasselbe tun, da die Anbauschlacht Vorrang zu geniessen habe.<sup>17</sup> Genau dies behauptete auch die deutsche Presse, welche von den



Jungbauern und den Fronten abgelöst wurde: Alle Anstrengungen des Landes sollten sich auf die Wirtschaftstätigkeiten konzentrieren. Was das Réduit betrifft, wurde es weiterhin schlecht verstanden.

Diese Argumente waren keineswegs neu und verbündeten sich gelegentlich mit der wieder aufgewärmten Meinung, das Land könne doch nicht hoffen, sich wirksam zu verteidigen. Die ersten deutschen Erfolge in Russland belebten diesen Defätismus wieder, der jedoch eine Randerscheinung blieb und eher das Militär als die Zivilisten berührte.<sup>18</sup>

Zu den Leuten, die am ehesten anfällig waren für die Verlockungen der neuen Ordnung, muss man immer noch jene zählen, die vom Export lebten: Geschäftsleute, die wie die *Schweizerische Handelszeitung* die Zusammenarbeit mit der Achse wünschten. Wenn die Arbeiter als Anhänger eines energischen Widerstandes galten, gab es doch auch jene, die ein Vaterland verwarfen, das ihnen nicht anständig zu leben erlaubte; unter den «Hitlerischen» fand ein St.Galler Korrespondent von H&H im Dezember 1941 «Arbeiter, die unter schlechten Bedingungen schafften sowie Leiter ganz kleiner Unternehmungen».<sup>19</sup> Es waren die gleichen Kategorien, welche im Deutschland der Dreissigerjahre der Nazi-Propaganda ihr Ohr liehen.

Gleichzeitig verfehlte man nicht, die Behörden für ihre Schwäche Deutschland gegenüber zu kritisieren: Die Handelsabkommen hätten unsere Wirtschaft dem Reich unterworfen. Beweis dafür waren die Lieferungen von Elektrizität, Käse oder Vieh, welche unsere Versorgung gefährdeten. Es stimmt, dass die Behörden es nicht als nützlich erachteten, darüber Auskunft zu geben, was wir als Gegenleistung erhielten. Militärisch wurde die bedeutende Verringerung der Truppenbestände ebenfalls als Unterwerfung unter die Befehle Hitlers angesehen, und zwar so sehr, dass der General das Gerücht am 8. Juli 1941 dementieren musste.<sup>20</sup>

Zuviel oder zu wenig! Der Informationsdienst von H&H musste seinen Weg suchen zwischen diesen zwei sich widersprechenden Vorwürfen an die Adresse der Behörden. Jener der Übertreibung war mehr zu fürchten, so sehr trifft es zu, dass «in einem neutralen Land das Volk besonders grosse Mühe bekundet, seinen Widerstandswillen zu bewahren».<sup>21</sup> Die Frage zeigte nicht mehr die Dringlichkeit der vorangehenden Monate und beunruhigte die interessierten Kreise offensichtlich weniger. Der Vorrang wurde fortan den inneren Angelegenheiten eingeräumt. Ist es Zufall, wenn der Nachrichtendienst am 26. Juli 1941 einen vertraulichen Bericht über die illegalen Umtriebe an das Armeekommando richtete? Zwei Tätigkeiten wurden darin angezeigt, beide von aussen unterstützt: eine extrem rechte – die auch höhere Offiziere umfasste –, vom Reich angetrieben und benützt, sowie eine extrem linke,

die von Russland unterstützt wurde, bei Gelegenheit auch von den Westmächten oder allenfalls von der Achse, um Unruhen auszulösen.<sup>22</sup> Gewiss, der Nachrichtendienst hatte den Kampf gegen innere Verschwörungen nie vernachlässigt, aber der für einen Bericht von solchem Umfang gewählte Zeitpunkt war vielleicht nicht ganz zufällig. Er stand zumindest in Zusammenhang mit der neuen politisch-militärischen Lage.

## Das wechselnde Glück der Waffen

Auch 1942 verschonen die Kämpfe Zentral- und Westeuropa, wenn man von den Bombardierungen in Deutschland und Italien absieht. Ausser den wiederholten Verletzungen des schweizerischen Luftraums, die das mit sich bringt, bleiben die militärischen Ereignisse also weit entfernte und demobilisierende Erscheinungen. Wenn jene im Pazifik die öffentliche Meinung kaum berühren, so macht der deutsche Sommerfeldzug im Süden der UdSSR, dann der sowjetische Widerstand, der sich Ende Jahr um Stalingrad kristallisiert, einen stärkeren Eindruck; dasselbe gilt für die plötzlichen Veränderungen in Nordafrika mit dem zerstörerischen libyschen Feldzug von Rommel im Mai-Juni, gefolgt ab Oktober vom endgültigen Vormarsch seines Gegners Montgomery und von der amerikanisch-englischen Landung in Marokko und Algerien am 8. November. Das letzte zeitigte eine Folge, die unser Land nahe berührte, da es die Deutschen dazu veranlasste, am 11. November die frei gebliebene Zone in Frankreich zu besetzen und damit die Einkreisung unseres Territoriums zu vollenden.

Im März konnte die *Berner Tagwacht* die angelsächsische Leistung seit Ausbruch der Feindseligkeiten in einer grimmigen Formel zusammenfassen: «Zu spät, wieder und immer zu spät.»<sup>23</sup> Seit dem Herbst hatte diese Schmähung keine Berechtigung mehr, aber die Operationen in Russland nahmen die Aufmerksamkeit weiterhin in Anspruch: Man konnte die Wende des Krieges besser Stahngard als Algier zuordnen.

Die Deutschfeindlichkeit nahm während dieses Jahres offensichtlich nicht ab, umso weniger, als die Eröffnung einer zweiten Front im Sommer breite Erwähnung fand, die deutschen Armeen von ihrer Unbesiegbarkeit verloren und ihre Siegesaussichten in einer immer fernerer Zukunft verblassten. Im April erwähnte der deutsche Konsul in Zürich schweizerische Gesprächspartner, die an eine gegenseitige Zermürbung der Russen und der Deutschen glaubten, welche die westlichen Verbündeten dazu nutzen würden, den Kontinent und Deutschland anzugreifen ...

mit Hilfe der Schweizer. Im August dagegen hinterliess der deutsche Vormarsch in Russland einen starken Eindruck und veränderte die Aussichten. Im Oktober nahm der Konsul in Basel Bezug auf eine allgemeine Feindseligkeit gegen die Deutschen, die er grundsätzlich der Gewissheit zuschrieb, dass ein Sieg des Reichs den Verlust der nationalen Unabhängigkeit bedeuten würde; die Wehrmacht nahm den allgemeinen Glauben wahr, dass das Reich allmählich in die Defensive getrieben und dass die Kräftegleichheit zu einem Abnutzungskrieg führen würde.<sup>24</sup>

Die deutsche Presse verfehlte nicht, diese Einstellung zu geisseln und das Unverständnis zu verurteilen für die Anstrengung, die zur Rettung Europas vor dem Bolschewismus unternommen wurde. Die offensten Worte wurden vom Gesandten Schmidt, dem Vertreter der Wilhelmstrasse ausgestossen, der am 14. und 15. Oktober 1942 den widerspenstigen Schweizer Journalisten drohte, sie in die sibirischen Steppen oder noch besser ins Jenseits zu befördern. Die Schweizer Presse warf diese verbalen Gewalttätigkeiten lautstark zurück; Köcher und sein Vorgesetzter Weizsäcker brüteten zu diesem Zeitpunkt über einer «politischen Sanierung der Gesamtheit des Problems Schweiz», welche über eine Auswechslung des Generals durch einen entgegenkommenderen Offizier erfolgen sollte. Zu ihrem Unglück konnte sich der psychologische Druck ab November nicht mehr auf die unerlässlichen militärischen Erfolge stützen. Dies bedeutet keineswegs, dass sich die Deutschen in den kommerziellen Unterhandlungen, die sie Mitte Jahr aufnahmen, viel nachgiebiger gezeigt hätten. Im Gegenteil. Ihre Trümpfe waren übrigens immer noch zahlreich, man denke bloss an die totale Einkreisung der Schweiz seit dem Monat November.<sup>25</sup>

Der Verlauf der militärischen Operationen mochte einen wachsenden Optimismus erzeugen und Deutschland dagegen zu etwelcher Vorsicht bewegen, aber noch rechtfertigte nichts ein Gehenlassen. Psychologisch stand das Jahr 1942 im Zeichen der Mehrdeutigkeit, die aus der laufenden Veränderung der Machtverhältnisse hervorging, ohne dass sich schon irgend etwas Entscheidendes ereignet hätte.

In dieser Stimmung schien der Widerstandswille nicht mehr in Frage gestellt. Er würde im September für den deutschen Generalstab eine unzweifelhafte Vorgabe darstellen<sup>26</sup>, und man meldet ihn mehrere Male als in der Arbeiterklasse weit verbreitet. Gewisse Ereignisse verstärkten ihn noch, wie das Massaker von Lidice und die Terrorwelle in der Tschechoslowakei vom Sommer, oder einfach die Nachrichten, welche aus den besetzten Ländern durchsickerten: Seht, was die Völker erwartet, welche die Anwesenheit der Deutschen erleiden!<sup>27</sup>

Der Wille sich zu verteidigen und die Hoffnung auf Erfolg sind nicht dasselbe. Die Zuversicht ist teilweise mit den Überraschungen der Kämpfe verbunden. Wenn im Juli 1942 der russische Widerstand in Sebastopol sich verhärtet, so ist es unsere Armee, die von einem Vertrauenszuwachs profitiert. Das Band zwischen den beiden Vorgängen hat psychologische Ursachen: Der Mut wächst, wenn sich der Feind nicht als unbesiegbar erweist. Die englischen Niederlagen in Libyen erzeugen die umgekehrte Wirkung, ohne dass die Qualität der Schweizerarmee sich im Geringsten verändert hätte! Ein Lehrer-Korrespondent von H&H zeigt eine andere Fassung dieses Verhältnisses zwischen alliierten Siegen und Vertrauen in die Armee, wenn er im November schreibt: «Der russische Widerstand zeigt den Leuten, was ein eiserner Wille fertigbringt, und wischt den Defätismus aus unseren Reihen weg: Aber eine gewisse Angst vor den Russen bleibt: Wenn der Russe gewinnt, was geschieht dann? fragt man sich.» Eine Antwort darauf erteilt ein anderer Korrespondent: «Viele Schweizer, die sonst gute Bürger sind, weisen diesen Sieg zurück, da sie die Bolschewisierung Europas, inbegriffen jene der Schweiz befürchten ... Diejenigen, welche den Alliierten die Bändigung des Bolschewismus zutrauen, schöpfen aus der gegenwärtigen militärischen Lage Hofihung für den Ausgang des Krieges». Anlässlich des Jahrestages der Oktoberrevolution sollte die sozialistische St.Galler *Volksstimme* ähnliche Zweifel äussern, aber in aller Bescheidenheit: «Der demokratische Sozialismus ist dem Kommunismus überlegen», schreibt sie, «aber es ist nicht angenehm, dies in einem Augenblick zu sagen, wo die Kämpfe die Gegensätze zwischen den Sowjets und den demokratischen Ländern aufheben. Durch ihr Opfer sind die Verteidiger von Stalingrad unsere Brüder geworden. Umgekehrt dient unser Kampf für das Recht und die Freiheit im Sozialismus ebenfalls ‚dem, was in den Herzen der Russen brennt‘.»<sup>28</sup>

Alle geben sich nicht mit den Erfolgen zufrieden, die andere errungen haben, und fahren fort zu zweifeln. Es ist nicht länger die Schwäche unserer Armee, die nunmehr herausgestellt wird, sondern viel eher eine deprimierende Strategie: Der Sinn des Réduits wird immer noch nicht verstanden. Man glaubt ganz allgemein, dass weder die Grenzen noch das Mittelland in irgendeiner Weise verteidigt würden und dass die in den Alpen eingeschlossenen Truppen untätig und in Sicherheit verharren müssten, auf die Gefahr hin, mit der Zeit zu verhungern, vielleicht ohne je angegriffen worden zu sein. Dieses Gefühl wird selbstverständlich politisch ausgenützt. Die *Jungbauern* wiederholen unermüdlich, dass die Banken und die Kapitalisten dieses Verteidigungssystem wollen, weil sie ihre Reichtümer im Réduit in Sicherheit gebracht haben. In allen ländlichen Gebieten, wo diese prodeutsche Partei Einfluss hat,

soll das Klima abscheulich sein. Man kann im Übrigen den ländlichen Groll verstehen: Die Verherrlichung des Bauern, der Bodenkult, die beträchtliche Anstrengung, die der Plan Wahlen erfordert, wären all dies denn bloss Worte, Reden, welche in die ganz gewöhnliche Fahnenflucht einer Armee mündeten, die unfruchtbare Felsen verteidigt? Von hier bis zum Infragestellen der Notwendigkeit, Truppen unter den Waffen zu halten, war nur ein Schritt.<sup>29</sup>

Seltener hörte man alternative Strategien vorschlagen, die vielleicht aus dem Café du Commerce stammten, dadurch aber nur umso verfänglicher waren; wie jener «hochgestellte» Basler, der behauptete, die Verteidigung sollte sich nur auf einige bedeutende Grenzstützpunkte konzentrieren.<sup>30</sup> Jeder argumentierte eben gemäss seinen persönlichen oder lokalen Interessen!

Zuviele Fragen blieben unbeantwortet, als dass das Réduit nicht manchem eine gewagte Wette zu sein schien: Wäre der Munitionsnachschub gewährleistet? Könnten die Truppen es rechtzeitig erreichen, bei desorganisierten Verkehrsmitteln oder wehrlos dem Feind und seinen Flugzeugen ausgeliefert? Diese bohrenden Fragen verbanden sich mit dem Eindruck, dass die Deutschen sich in Russland aufheben. Begreiflich, dass die zur Befestigung des Alpenmassivs erforderlichen Ausgaben Unwillen erregten. Seit dem Sommer 1940 hatte sich die psychologische Situation also kaum entwickelt. Man war weiterhin schlecht informiert über den Sinn des Réduits, über den Geist, der seine Verteidiger beflügeln sollte und über das Verhalten der dem Feind überlassenen Zivilbevölkerung. Die Behörden selbst beklagten sich auf Gemeindeebene über den Mangel an Instruktionen.<sup>31</sup>

Mit diesen Ungewissheiten war vielleicht das Unbehagen der Ortswehren verbunden, deren Aufgabe nicht mehr einleuchtend erschien. Der Schwung, der ihre Aufstellung begleitet hatte, war jedenfalls ziemlich erschlaft und ihre Ausbildung wie ihre Moral liessen zu wünschen übrig. Von der Armee oft falsch beurteilt, fanden die Freiwilligen ihren Platz nicht im Verteidigungsdispositiv.<sup>32</sup> Die Krise dieser Hilfstruppen hatte zahlreiche Ursachen, und die Qualität der Kader spielte eine entscheidende Rolle, aber sie war auch ein Faktor der Hilflosigkeit der Bevölkerung gegenüber einem allfälligen Angriff. Unter den Ursachen des Unbehagens lassen sich die Überflüge des Territoriums durch englische Bomber nicht abschätzen. Die Unfähigkeit der schweizerischen Fliegerabwehr, dies zu verhindern, sollte jedenfalls das Vertrauen in unsere Verteidigungsmöglichkeiten nicht bestärken. Doch die Piloten kämpften für die gute Sache! Man hat leider keine Zeugen der öffentlichen Meinung, ausser den Zeitungen, welche wohl die offiziellen Proteste in London unterstützen

mussten. Ein kleiner Basler Beleg legt nahe, dass man diesen keinerlei Wirkung zutraute: Tatsächlich sagte man gerne, das letzte Flugzeug der Schwadron lande in Bern, um den Protest abzuholen ...<sup>33</sup>

Wenn es nur diese oft geäusserte Ohnmacht der Regierung gegeben hätte, um an ihrer Autorität zu zweifeln, wäre der Schaden nicht so gross gewesen. Doch man warf ihr weit Schlimmeres vor, die Schwäche gegenüber den deutschen Druckversuchen und den Reichsangehörigen in der Schweiz. In Anlehnung an das vom Reich unter dem Namen Warthegau annektierte Westpolen wird unser Land in Deutschland als Wartegau behandelt, lautete ein beliebtes Wortspiel, um die Auswirkungen der wachsenden Abhängigkeit der Eidgenossenschaft zu kennzeichnen. Ohne dass das Misstrauen beunruhigende Ausmasse annahm, war es doch weiterhin von wenig schmeichelhaften Vergleichen zwischen dem Bundesrat und dem General begleitet. Man betrachtete ersteren häufig genug zum Nachgeben bereit, sodass sich Kobelt veranlasst sah, vor dem Generalstab der Armee kräftig zu protestieren und zu bekräftigen, dass die Neutralität und die Unabhängigkeit für die Regierung vorrangig blieben. Aber er rief ebenso in Erinnerung, dass dieser allein die Verantwortung für die Aussenpolitik zukomme, und dass auch die Armee sich dessen bewusst sein sollte. Eine gewisse Verwirrung herrschte zu diesem Punkt in den Köpfen. Ein Solothurner Korrespondent drückt sich dazu folgendermassen aus: «Man findet, der General sollte sich davor in Acht nehmen, die politischen Einflüsse wieder ihr Übergewicht in der Führung der bewaffneten Neutralität wahrnehmen zu lassen. Die Bevölkerung hat oft das Gefühl, seine Befehle würden durchkreuzt oder sogar einfach vernichtet.» Die Vermischung der Gewalten störte die Bundesbehörden mehr als die breite Öffentlichkeit. Aber diese verfolgte gleichzeitig mit dem grössten Wohlwollen das Tun und Treiben des Armeechefs, wenn es sich um militärische Angelegenheiten handelte, seine Anwesenheit bei Manövern oder bei der Truppe; seine Repräsentationspflichten waren anfälliger für Kritik.<sup>34</sup> Die Beweise seiner Entschlossenheit und die Leichtigkeit im menschlichen Umgang, das waren Trümpfe, die der General offener auszuspielen wusste als die Bundesräte. Die Propaganda der NBS wusste dies genau, wenn sie ihre Schmähschriften gegen Guisan verteilte, den Volksfeind Nummer eins, der das Land in eine Festung verwandelte, um daraus morgen ein Ruinenmeer zu machen.<sup>35</sup>

Die Armee verfügte noch über einen andern – und widersprüchlichen – Trumpf, das Todesurteil für die Verräter. Schon die Affäre Däniker hatte Nachwehen unter seinen Anhängern wie unter seinen Gegnern und in der Öffentlichkeit hinterlassen, weil der Fall nicht sauber abgegrenzt worden war. Verdacht herrschte daher

noch gegenüber gewissen höheren Kadern, oder noch weiter, gegen das Offizierskorps. Im Herbst 1942 wurden sieben Personen vor Gericht gestellt und diesmal zum Tode verurteilt. War die Armee vergiftet? Genoss sie noch das Vertrauen der Bevölkerung? Eine Umfrage bei den Vertrauensleuten von H&H enthüllte, dass mit seltensten Ausnahmen die Bevölkerung tatsächlich erleichtert und befriedigt war, dass man das glühende Eisen an die Wunde hielt: Die schärfsten Massnahmen wurden gerechtfertigt, und zahlreich waren jene, die eine unverzügliche Hinrichtung der Schuldigen verlangten und sich darüber empörten, dass man ihnen das Rekursrecht gewährte. Der Bürger in Uniform hatte seine Pflicht loyal erfüllt. Rückblickend war ihm die Idee unerträglich, dass andere versucht hatten, sein Opfer zunichte zu machen, indem sie dem möglichen Feind Militärgeheimnisse auslieferten. Man hätte nur unverzüglicher und vollständiger handeln sollen, ohne zu zögern, oben zuschlagen, auch unter dem Offizierskorps. Die Armee ging aus dieser Prüfung gestärkt hervor, auch wenn das Gerücht sich hielt, dass andere Fälle noch hängig blieben. Die Feldprediger des 4. Armeekorps deckten abweichende Meinungen auf, die aber die Bestrafung der Verräter nicht in Frage stellten: Für die einen hätte man mit der Hinrichtung warten sollen, bis das Land im Krieg wäre und andernfalls sich mit lebenslanglichem Gefängnis begnügen. Für andere, vielleicht zahlreichere, war es nicht die Strafe, die schockierte, sondern die Verpflichtung der Soldaten, Henkerdienste zu leisten und auf ihre Kameraden zu schiessen.<sup>36</sup>

Insgesamt ist der oft angezeigte Optimismus nichts Überraschendes: Das Ende des Krieges näherte sich, die Bedrohungen entfernten sich. Mit andern Worten, die alliierten Siege oder besser gesagt, die Verfestigung der Fronten gegen Anfang September 1942, dann der Übergang der Initiative von einem Lager ans andere, nährten die Hoffnungen. Diese Gefühle konnten im Extremfall Ferienstimmung auslösen, die von den Verantwortlichen der Moral so gefürchtete Sorglosigkeit. Wenn man Oberst Frey Glauben schenkt, so wuchs das Gehenlassen im Verlauf des Jahres, weil die Bevölkerung nach einem Übermass an nervlicher Anspannung sich entspannte und die Augen schloss vor einem Konflikt, der noch nicht alle von einem totalen Krieg geforderten Kräfte ins Spiel gebracht hatte; sie begriff nicht, dass das Ende noch weit war und von einer langen Zeitspanne des Mangels gefolgt sein würde. Sogar die Radioleiter, die vom Optimismus der Umgebung angesteckt waren, mussten sich zur Ordnung rufen lassen. Dieses Sicherheitsgefühl mass der Generaladjutant in der Mitte des Jahres an einer Umkehrung der Rangfolge: Früher musste er die Truppenkommandanten überreden, der Landwirtschaft Rechnung zu tragen und die Bauern für den Plan Wahlen freizustellen. Jetzt musste er die Zivilbevölkerung davon

überzeugen, dass die Gefahr eines Angriffs fortbestand und ein hohes Mass von Vorbereitung und Mobilisierung verlangte. Er verübelte es vor allem den Bauernsekretären und gewissen popularitätshaschenden Politikern, dass sie ständig die Armee und ihre Verteidigungsmassnahmen kritisierten: Eine «wahre Hetzjagd» herrschte so in gewissen Gegenden, wie jener der leichten Brigade 2. Ein anderer Bericht sprach von «Feststimmung» in der Region Zürich am Ende des Jahres und gab deren Ursachen an: die alliierte Landung in Afrika, der beeindruckende Aufmarsch der amerikanischen Streitkräfte, der russische Angriff von Stalingrad und selbst die Versenkung der französischen Flotte vor Toulon. Das Gefühl der Sicherheit ging so weit, dass ein Informant schreiben konnte: «Man beobachtet allgemein, dass die Juden unverschämter werden.»<sup>37</sup> Welch aufschlussreiches Zeugnis ...jedenfalls für seinen Urheber.

Obwohl der Optimismus sich allgemein verbreitet im Verlauf dieses Zeitabschnittes, treten gegensätzliche Gefühle unweigerlich zutage in besonderen Sektoren oder Augenblicken. So in jenen Zürcher Wirtschaftskreisen, die sich beunruhigt zeigen über die vollständige Einkreisung der Schweiz am Ende des Jahres, oder jene, welche die Eröffnung einer zweiten Front befürchten, welche die militärischen Risiken erhöhen würde und die Flüchtlingsströme anschwellen Hesse: oder noch jene Besorgten, die sich über die Bombardierung des Hafens von Genua aufregen, über den unsere Versorgung erfolgt, oder im April über die zwei oder gar drei Jahre Krieg erschrecken, welche Roosevelt noch ankündigt.

Unter diesen Bedingungen kann man die Moral der Bevölkerung und der Armee, über welche die Dokumente nicht viel Interessantes enthüllen, während dieser zwölf bis fünfzehn Monate als befriedigend erachten. Doch darf man sie nicht mit dem Gehenlassen verwechseln, das aus dem Geist der Bequemlichkeit und der oberflächlichen Urteile erwächst. Eine gute Moral bewahren heisst dann, die Gefahren, die ein totaler und gleichzeitig ein Weltkrieg mit sich bringt, nicht zu vernachlässigen, sie aber zuversichtlich annehmen im Bewusstsein, dass sich die Lage sehr verbessert hat seit dem Sommer 1940. Die Müdigkeit, welche die Anstrengung des Widerstands und die Aussicht auf einen noch langen Krieg oft mit sich bringt, erzeugt leicht Pessimismus. Die unterschwellige Beunruhigung und der Informationsmangel begünstigen auch die Verbreitung falscher Gerüchte. Nach einem Bericht des psychologischen Dienstes zu diesem Thema nährten gewisse Motive weiterhin Schreckbilder: der Schock der 1940 offenbarten militärischen Überlegenheit Deutschlands war noch nicht überwunden; umgekehrt litt unsere Armee an verschiedenen Schwächen, wie etwa die Auswahl und Ausbildung der Offiziere, die weniger sorgfältig



war als in der Wehrmacht; die Nachsicht gegenüber den Verrätern; die Unterlegenheit unserer Miliz, von der General Wille enthüllt hatte, dass sie im Ersten Weltkrieg nicht wirklich einsatzbereit gewesen war bis zum Ende des Konflikts. Das erste dieser Motive ist von grösstem Interesse, weil die Ereignisse die deutschen Schwächen aufdecken sollten (der Bericht datiert vom Juli), während die übrigen von dauerhafter Wirkung waren.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die ersten grossen Feldzüge der Alliierten die Moral gestärkt und klarere Hoffnungen erweckt hatten als der sowjetische Widerstand. Beim Umschwung der Lage, der sich überall anbahnte, Hess eine unendliche Erleichterung mehr als jedes andere Gefühl erkennen, wie gross die Angst vorher gewesen war.<sup>38</sup> Das ist die hauptsächliche Neuerung, die sich in dieser Phase des Konflikts abzeichnet. Doch die Rückschläge sollten nicht fehlen, um für leichtsinnige Gemüter das Kriegsende in die Feme zu rücken, welches sie für einen Augenblick so nahe geglaubt hatten ...

## Risse im gesellschaftlichen Konsens

Die Erfahrungen von 1918, der Krise und der inneren Spannungen der Zwischenkriegszeit hatten Armee und Regierung sehr hellhörig gemacht für die sozialen Probleme. Die Befürchtung, die sozialistische Partei oder die Gewerkschaften könnten den Burgfrieden brechen, verpflichtete auch dazu, die Presse und das Verhalten der Arbeiterorganisationen genau zu verfolgen, welche natürlich ihre Chancen zu nutzen versuchten. Auf der andern Seite hielten die Bauern gleichfalls ihre alten Forderungen aufrecht, stellten neue auf und wussten sich genügend umworben, um ihre augenblicklichen Trümpfe auszuspielen. In einer zunehmend autarken und dirigistischen Wirtschaft konnte sich der Gegensatz zwischen den beiden gesellschaftlichen Gruppen oder, allgemeiner, zwischen Produzenten und Konsumenten nur verschärfen mit der Verlängerung des Krieges und der Entfernung der Gefahr. Im zweiten Halbjahr 1941 zeichnete sich auch auf sozialem Gebiet eine Wende ab, wo der schöne Zusammenhalt von 1940 brüchig wurde.

Der befriedigende Stand der Wirtschaftstätigkeit hatte das Gespenst der Arbeitslosigkeit zurückgedrängt, obwohl die Demobilisierten und besondere Kategorien, wie die jungen kaufmännischen Angestellten, nicht von allen Sorgen befreit wa-

ren. Eher als eine unmittelbare und allgemeine Gefahr wurde die Unterbeschäftigung vermutlich wie ein angeborener Fehler des kapitalistischen und angelsächsischen Systems<sup>39</sup> oder wie eine unausweichliche Seite der Rückkehr zum Frieden empfunden.

### Die hohen Lebenskosten

Von nun an ist es das Verhältnis zwischen der Entwicklung der Preise und jener der Löhne, das im Blickpunkt der Öffentlichkeit steht. Die Beziehungen zwischen Städten und Bauern sind eng damit verbunden. Diese zwei Konfliktquellen konnten leicht ein explosives Gemisch bilden. Man spürte es bereits vor dem Sommer 1941, aber erst jetzt kommt es zu einem Anstieg der Temperatur.

Für die Lohnabhängigen stellte sich das Problem auf einfachste Weise: Die Erhöhung der Löhne folgte jener der Preise nur mit Verspätung und unvollständig: 1941 waren die Preise auf einem durchschnittlichen Indexstand von 127 (Juni 1939 = 100), aber sie waren von 119 im März auf 130 im Oktober geklettert (Nahrungsmittel von 123 auf 137). Im Jahre 1942 stand der mittlere Index auf 127.3 Punkten für die Löhne (keine früheren Angaben) und auf 141 für die Preise. Die daraus sich ergebende Verminderung der Kaufkraft war für ihre Opfer unannehmbar. Sie hatte schon vor dem Sommer 1941 begonnen, aber im August-September wurde sie hart empfunden, und die Forderungen vermehrten sich; übrigens zur gleichen Zeit, als im Baugewerbe und in der Holzverarbeitung Verhandlungen aufgenommen wurden, was gewisse taktisch bedingte sprachliche Exzesse von Seiten der Arbeiter erklären mag. Die Festsetzung der Löhne betraf den Staat nicht, dem kein Besoldungsamt zur Verfügung stand, sondern nur Schlichtungskommissionen.

Die Gewerkschaften schoben die Verantwortung den Arbeitgebern zu, aber auch den Landwirten und Gemüsebauern, denen sie vorwarfen, von der Knappheit zu profitieren. Immer hellhörig für populäre Strömungen, zeichnete der *Nebelspalter* schon am 5. April 1941 einen Bauern, der mit seiner Kuh aristokratische Posen einnahm und unter dem Titel «Andere Zeiten, andere Sitten» ausrief: «Mutter, hol mir den Melksessel, Lisi erteilt Audienz!»

Gewiss hätte die eidgenössische Preiskontrolle eingreifen müssen, doch die Regierung, die zwar über die Vollmachten und damit über alle Mittel zum Eingreifen verfügte, zog es vor, wie die Lohnabhängigen meinten, den Landwirtschaftsorganisationen nachzugeben und ihre Forderungen zu erfüllen: Sie ging damit den

Weg des geringsten Widerstandes – der städtische Konsument hat nicht die Macht des Bauernkönigs! – und gehorchte auch ihrer politischen Logik. In Abhängigkeit von den bürgerlichen Parteien hatte sie keine Möglichkeit, sich kraftvoll für die Lohnabhängigen einzusetzen. Dem Parlament und seiner Mehrheit kam also die letzte Verantwortung zu. Unter den Konsumenten wurden auch die Leute beschuldigt, die wohlhabend genug waren, um die nicht rationierten Güter zu jedem Preis zu kaufen, aber im Ganzen waren es doch die Bauernschaft, der Bundesrat und durch ihn die führenden Schichten, welche das Gewicht der Beschuldigungen von Arbeiterseite zu tragen hatten. Wer die nationale Einheit und die Solidarität predigt, sollte sie auch praktizieren, anstatt die Bereicherung der einen auf Kosten der Verarmung der andern zu dulden!

Die vorgeschlagenen Mittel zur Abhilfe sind offensichtlich vom gleichen Geist getragen. Da die Arbeiter und die Angestellten die Teuerung nicht tragen können, muss man gewiss die Löhne den Lebenskosten anpassen, doch ist das nicht genug. Die Gefahr der Inflation wird nicht übersehen, doch scheint sie nicht immer gut verstanden worden zu sein. Der Bundesrat muss endlich seine Sondervollmachten benützen, die Preise wirklich einfrieren und die Kosten im Rahmen einer allgemeinen Planung kontrollieren. Man muss dann zugeben, dass die Preise die Kosten bestimmen und nicht mehr umgekehrt. So wären Produzenten und Zwischenhändler wohl oder übel gezwungen, ihre Ansprüche herunterzuschrauben. Dadurch weist man den Bauern die Schuld zu, deren Einkommen nunmehr als genügend eingeschätzt wird, und man verstärkt die Macht des Staates, indem man einen wesentlichen Grundsatz der Marktwirtschaft umstösst.

Als Ergänzung oder Alternative könnte oder müsste der Bund durch den Fiskus zuschlagen: «Wenn die Kapitalisten ihre Pflicht nicht als Unternehmer erfüllen, so sollten sie es als Steuerzahler tun. Es stehen noch Möglichkeiten offen: die Gewinne abschöpfen, insofern sie eine massvolle Marge überschreiten, alle Kriegsgewinne beschlagnahmen, Luxussteuern einführen etc.»

Andere sollten vorschlagen, dass die Steuern auf den hohen Einkommen zur Finanzierung der Artikel des täglichen Bedarfs herbeigezogen werden: Der Bauer muss mehr verdienen, das ist nur recht, aber dem Konsumenten dürfen nicht die Kosten dafür aufgebürdet werden, da er sie nicht tragen kann. Gewaltsamer ging eine sozialistische Zeitung die Kriegsgewinne direkt an, deren Konfiszierung «dem Staat den Weg freimacht, auf dem er sich die notwendigen Mittel zur Aufhaltung der Preissteigerungen beschaffen kann.»<sup>40</sup>

Man merkt die Verlagerung: Wenn man nicht die Bauern als einzige Unternehmer und Kriegsgewinnler betrachten will, so zielen diese Vorschläge auf den

Kapitalismus als Ganzes. Sie führen im Übrigen zur Erhöhung der Lebensmittelsubventionen, welche durch gewisse Steuerzahler, die man bestrafen muss, bezahlt werden (im November vermehrte die sozialistische Presse ihre Angriffe auf die Kriegsgewinne und ihre ungenügende Besteuerung). Man begreift, dass die Ausdehnung der Umsatzsteuer, welche zur Verteuerung hinzugekommen wäre, auf der Linken als unangebracht beurteilt wurde, wo die indirekte Besteuerung ohnehin schlecht angesehen ist.

Die Bauern ihrerseits rechtfertigen ihre Forderungen nach Preiserhöhungen mit den gestiegenen Produktionskosten, der Notwendigkeit, Reserven zu bilden im Hinblick auf Unwetterschäden, den Nöten der Vorkriegszeit und der Aufholung des damals erlittenen Einkommensrückstandes, der von der Ausweitung der Kulturen geforderten Anstrengung etc. Was die Subventionen betrifft, könnte kein Produzent auf sie verzichten. Die Jungbauern oder andere landwirtschaftliche Oppositionsgruppen lasten ausserdem wie die Gewerkschaften die Verantwortung den provozierenden Dividenden an, welche die Industriegesellschaften ausschütten, brandmarken eine auf Profit gegründete Wirtschaft, welche ein Gleichgewicht zwischen Landwirtschaftspreisen und Arbeiterlöhnen verhindert, und rufen die wirksamen Massnahmen des III. Reichs an oder schlagen einen Produzentenstreik vor.

Wenn die Arbeiter und ihre offiziellen Organe gegen die Preise protestierten, so verlangten sie auch Lohnerhöhungen. Sie zielten also unmittelbar auf die Arbeitgeber, aber der Staat wurde einmal mehr haftbar gemacht, weil er noch immer kein Amt für die Löhne schuf. Zudem hatte er die Besoldung der Eisenbahn- und Postangestellten nur teilweise angepasst.<sup>41</sup>

Nebenbei, aber im Hinblick auf ihre finanzielle und psychologische Bedeutung keineswegs zu vernachlässigen, erwiesen sich die Leistungen der Ausgleichskassen für die Mobilisierten ebenfalls als ungenügend. Bezeichnenderweise gab es zahlreiche für die Unterstützung zuständige Offiziere, die im Juli eine zu rasche Erhöhung der Vergütungen ablehnten, um nicht «die Begehrlichkeiten zu schüren».<sup>42</sup>

Durch die Macht der Dinge wurde die Spannung, welche die Erhöhung der Lebenskosten ausgelöst hatte, als Gegnerschaft zwischen Städtern und Bauern oder Stadt und Land empfunden. Selten waren die Beobachter in den städtischen Regionen, welche nicht ihre Beunruhigung angesichts einer wachsenden Radikalisierung bezeugten, die übrigens je nach Ort verschieden war. Die Gründe sind immer dieselben: die Erhöhung der Agrarpreise, besonders der Milch, wie zum Beispiel in

Basel ausdrücklich erwähnt wird. Die Städter verkennen die wirkliche Lage der Bauern, ihre Schwierigkeiten in der Vorkriegszeit; in der Armee waren sie überzeugt, wie wir gesehen haben, dass ihre Kameraden vom Lande über besonders grosszügige Urlaube verfügten. Es ist kennzeichnend, dass in einer Umfrage vom Sommer 1941 ein Offizier nur Verärgerung unter den Lohnabhängigen und Pensionierten auf dem Lande festgestellt hatte, weil sie die wirklichen Gründe für die Preiserhöhungen inne wurden.<sup>43</sup> Im Wallis, wo die Arbeiter näher mit dem Land verbunden blieben, waren die Spannungen gemildert. Gewisse Arbeiterzeitungen gaben wohl zu, dass der Bauer für seine Mühe korrekt bezahlt werden sollte, lehnten sich aber gegen eine Bauernpolitik auf, welche ihre Schlüsselposition missbrauchte, die sie in einem eingeschlossenen Staat erworben hatte: jeder Preisanstieg war fortan unzulässig.

Die Landwirte ihrerseits hatten Mühe, die schweren Ungleichgewichte zu erkennen, welche durch die Verteuerung ihrer Produkte bei den bescheidenen Verbrauchern ausgelöst wurden. Sie wären eher über die beachtlichen Anstrengungen, welche die Ausdehnung der Anbaufläche forderte, verstimmt gewesen ... von der die Städter profitierten. Der Grad des Vertrauens in die Behörden konnte ebenfalls das Verhalten verändern.

Angesichts einer tatsächlichen Spannung tauchte die Erinnerung an 1918 unweigerlich in den Köpfen auf. Gewisse Ähnlichkeiten konnten leicht den Eindruck erwecken, dass schwere Unruhen bevorstünden, umso mehr als die Linkspresse nicht verfehlte, das Gedächtnis aufzufrischen, und viel umwälzendere Ereignisse verhiess als das Kinderspiel von 1918. Anfangs August 1941 war die APF beunruhigt über die Aufregung, welche seit einigen Wochen anstieg. Sie erreichte im September-Oktober ihren Höhepunkt, als die Arbeiterpresse ihre heftigsten Attacken ritt, um sich im folgenden Monat mit Nachhutgefechten zu begnügen. Man fühlt sich mitten im Klassenkampf. Am 25. September 1941 setzte der Radio-Generaldirektor den Studios als vorrangiges Ziel, für die Aufrechterhaltung des sozialen Friedens zu arbeiten.<sup>44</sup> Gewisse bürgerliche Zeitungen malten bereits den Bruch der nationalen Einheit durch die Sozialisten an die Wand, was Dementis hervorrief, da eben die Verstärkung dieser Einheit der Linken als Argument diente: Sie verlangte bloss, dass die schönen Gefühle, die von den offiziellen Rednertribünen herabströmten, in sozialem Fortschritt Gestalt annahmen. Auch die extreme Linke vereint ihre kaum wahrnehmbare Stimme aus dem Untergrund zum Konzert: hier zirkuliert ein Traktat in der Truppe, dort verkündet *La Vague* am 5. September 1942 die Einheit der Arbeiter und Bauern, die Steigerung des Milchpreises für die Produzenten und die Erhöhung

der Löhne, alles auf ausschliessliche Kosten des Grosskapitals; das Blatt freut sich darüber, ähnliche Töne in der waadtländischen Landwirtschaftspartei zu vernehmen. Anderswo erwähnt die *Freiheit* vom Oktober 1941 die erste öffentliche Kundgebung – offenbar eher bescheiden – gegen die hohen Lebenskosten in Biel.<sup>45</sup>

Der Zerrspiegel der Presse beeindruckte nicht jedermann. Die Beobachter blieben gelassen, aber wachsam, weil sie trotz der materiellen Schwierigkeiten, die in den Städten eine beunruhigende Wirklichkeit waren, sich doch nicht in einem Klima des Klassenkampfes fühlten, und nirgendwo ein neues 1918 sich vorbereiten sahen. Eine Radikalisierung der Arbeiterklasse zeigte sich allerhöchstens in Zürich, weniger schwerwiegend in Basel, wo die Regierung eine sozialistische Mehrheit aufwies. Vielleicht noch in Bern oder im Tessin, welches im Frühling einige Streiks erlebt hatte.<sup>46</sup>

1941 ist nicht 1918. Die Ausgleichskassen, der Geist des Arbeitsfriedens, die Besonnenheit der Gewerkschaftsführer, die Mässigung der sozialistischen Partei, der bei den Arbeitern so häufig festgestellte Widerstandsgeist gegen den Nazismus, die Bemühungen gewisser Arbeitgeber, welche für Teuerungszulagen ein offenes Ohr hatten, dies waren die Faktoren, die von jenen angeführt wurden, welche die tatsächlichen Risiken einer Explosion zu ermessen versuchten. Wenn die Linkspresse sich erhitzte, während die Arbeiterklasse in ihrem Verhalten gemässigt blieb, konnte das von einigen radikalen Elementen abhängen oder von der Notwendigkeit, die Arbeitgeber und den Staat anlässlich der Lohnverhandlungen einzuschüchtern. Maulhelden konnten mit einer Revolution drohen. Sie verkündeten sie nicht für heute und nicht einmal für eine absehbare Zukunft. Sie knüpften sie auch noch nicht an das sowjetische Modell, abgesehen zweifellos von den Kommunisten und den Mitgliedern der entschlafenen *Fédération socialiste suisse*.

Die deutsche Sozialpolitik erschien einigen noch als nachahmenswertes Vorbild, wie jenen Walliser Arbeitern «in ihrer Abneigung gegen die kapitalistische Herrschaft» oder jenen aufgebotenen (Basler?) Angestellten, welche mit den Exporteuren fanden, dass nur die neue Ordnung der Arbeitslosigkeit wirksam vorbeugen könne. Im Februar 1942 zitierte ein Berner Korrespondent von H&H die typische Antwort von Arbeitern, die sich bedingungslos für das Reich erklärten: «Was sollen wir, und was haben wir schon zu verteidigen; ich komme mit meinem Lohn nicht einmal für meine Familie zurecht, ich muss fast noch Schulden machen; ich verzichte auf die Schweizer Freiheiten, wenn wir auf jeden Fall schlechter leben als ein deutscher Arbeiter, wenn es keinen Krieg gäbe.»<sup>47</sup>

Diese drei Beispiele von nahrungsbedingter Deutschfreundlichkeit beruhen auf keinerlei faschistischer Überzeugung. Die Wetterfahne sollte bald in den

Wind der sowjetischen Siege drehen, während die angelsächsischen Mächte selbstverständlich ausgeschlossen blieben, weil sie den Arbeitslosigkeit erzeugenden Kapitalismus verkörperten.

Mit andern Worten, dieses Jahresende von 1941 sah auf der Ebene der Bevölkerung keinerlei Zukunftsprojekt auftauchen, keinerlei mitreissende Idee, als ob die alltäglichen materiellen Sorgen allein die Aufmerksamkeit beanspruchten oder das Kriegsglück nicht mehr oder noch nicht dazu aufforderten, die Wirtschafts- und Sozialpolitik des offensichtlichen Siegers zu betreiben.

### Die Rationierung

Eine heisse Frage unter allen hätte leicht die gesellschaftlichen Beziehungen vergiften und dem Groll auf den Staat Nahrung geben können: die Rationierung. Hier macht nun das Misstrauen gegenüber den Behörden der Anerkennung Platz oder zumindest der Disziplin und der Resignation, «in Anbetracht unserer gegenüber dem Ausland bevorzugten Stellung». Ein Neuenburger Beobachter fügt dazu bei: «Der Anblick des französischen Elends wird der schweizerischen Bevölkerung sicherlich helfen, viel zu ertragen.»<sup>48</sup> Die Billigkeit rechtfertigt weitgehend die Entbehrungen, aber dieselbe Billigkeit führt zu Kritiken; in verschiedenen Kreisen liebäugelt man mit der Idee einer allgemeinen Rationierung, um die reicheren daran zu hindern, sich Vorräte von frei verkäuflichen Produkten anzulegen. Die Verteilung erweckt gemäss Polizeiberichten mehr Sorgen als die Knappheit. Man findet hier die Zwangsvorstellung von der Hamsterei wieder, welche die Jahrhunderte durchzog, als die Hungersnot die Völker dauernd bedrohte. Aus Gerechtigkeit auch geisselt man den Schwarzhandel, wie er beispielsweise durch die Feriengäste praktiziert wird, deren Betragen die Einheimischen kränkt; man findet, dass die Nahrungsbedürfnisse bestimmter Kategorien nicht genügend berücksichtigt werden. Die Käsezuteilungen zum Beispiel lösen in den ländlichen Gebieten oder bei den Schwerarbeitern der Westschweiz Proteste aus. Unvermeidbare Nörgeleien, gutartig und vielleicht notwendig und nützlich in einer Bevölkerung, welche der Friedenszustand nicht zu dramatischen Einschränkungen zwingt. Die am 30. April 1940 eingeführte und am 29. Juli 1941 erweiterte Umsatzsteuer zur Deckung der Militärausgaben ist ebenfalls ein Faktor der Unzufriedenheit, weil sie als schikanöse und unsoziale Belastung empfunden wird.<sup>49</sup>

Mit dem Jahr 1942 liefern die Deutschschweizer Korrespondenten von H&H immer häufigere Informationen, was erlaubt, diejenigen besser zu gewichten,

welche uns die Presseauszüge der APF bieten. In einem gewissen Sinn bestätigen sie, dass die grössten Anliegen der Journalisten auch jene der Bevölkerung sind, sei es die Rationierung oder, vor allem in der zweiten Jahreshälfte, die Preiserhöhung. Ohne eine Statistik der Übereinstimmungen aufstellen zu wollen, welche keinen Sinn hätte, ist es offensichtlich, dass dies die zwei Themen sind, die unsern Korrespondenten am häufigsten aus der Feder fliessen. Auf der andern Seite nimmt das, was die Presse zu dramatisieren neigt, auf der Ebene der Bürger eine gemässigtere Form an, da dort kein Bedürfnis besteht, Leser durch Sensation oder Spannung zu erobern. Der Einbruch dieser neuen Informationsart macht Vergleiche schwierig: Es ist sehr wohl möglich, dass eine gewisse Reaktion, die durch diese Zeugen im Jahr 1942 entdeckt worden ist, sich ohne unsere Kenntnis schon im Vogahr geäussert hätte, vor allem wenn sie den Beobachtern der APF oder von H&H ebenfalls entgangen wäre.

Im Grossen und Ganzen wurden die Massnahmen der Kriegswirtschaft, zu denen die Rationierung gehört, gut aufgenommen. Die Schaffung einer Hochseeflotte, die Ausweitung der Anbaufläche, die anfänglich zuweilen mit Skepsis aufgenommen wurden, sowie ihre obligatorische Anwendung auf die Industrieunternehmen, die Erhaltung eines befriedigenden Beschäftigungsgrades, all das ging auf das Konto der Behörden. Diese versuchten nicht ohne Erfolg, einen Mythos des Wahlenplans zu schaffen. Halten wir dieses Beispiel aus dem *Nebelspalter* vom 25. Juni fest, wo Winkelried, der Nationalheld par excellence, sein Bündel von Spiessen umarmt: «Winkelried? Nein, das ist Papa, der die Bohnenstangen bringt!»

In ihrer Anwendung rief die Rationierung unvermeidbar Gefühle der Ungerechtigkeit und Beanstandungen hervor, umso mehr als die Ausführung durch die Lokalbehörden nicht unbedingt den Grundsätzen des Bundes entsprach und die Verwaltung keine Anstrengungen machte, genügend zu informieren, was in den Kreisen von H&H oft hervorgehoben wurde. Die Rationierung lieferte zunächst einen unerschöpflichen Gesprächsstoff, zumal sie sich unentwirrbar mit dem Schwarzhandel und der Hamsterei verband. Für die einen wurde ein Produkt erst rationiert, wenn die Reichen sich damit hatten versorgen können. Für den *Nebelspalter* vom 5. November blieb dem Wurstkonsumenten nur die Schnur, nachdem Produzent, Grosist und Detailhändler im Vorübergehen der Reihe nach ihre Scheibe abgeschnitten hatten. Für andere war es nicht gerecht, dass Wild und Geflügel den Karten entgingen, was einmal mehr die Privilegierten begünstigte, denen man zum Beispiel in St.Gallen auch vorwarf, über Kühlschränke zu verfügen, in denen sie ihre Vorräte für die fleischlosen Tage aufheben konnten. Wir haben diesen Willen zur Gleichma-



cherei schon angetroffen, eine der mannigfachen Facetten des Sozialethos, das Gemeingut wurde. Es ist kein Zufall, dass sich das Problem beim Fleisch stellte, dessen Rationierung zahlreiche Enttäuschungen brachte, sei es durch schlechte Einschätzung der Versorgungsquellen oder weil zuviele klimatische und menschliche Unzulänglichkeiten die Berechnungen und die Voraussagen zunichte machen konnten. So sah man Marken annulliert, zwei unerwartet fleischlose Wochen im Juli, welche das Vertrauen in den Plan Wahlen verminderten, Preiserhöhungen, welchen die Rationierung hätte zuvorkommen sollen etc. Daher stammt der Refrain, der sich zweifellos nicht nur auf das Dorf des Zeugen beschränkte: Man kann sagen, was man will, in Deutschland wäre das unmöglich!<sup>50</sup> Wie jedesmal, wenn eine Rationierung willkürlich schien, klagten manche die Regierung bei Gelegenheit an, Exporte nach Deutschland zu bewilligen, was in der Schweiz künstliche Knappheit bewirkte. Auch die Produzenten beklagten sich, weil die Kontrollen sich vervielfachten und die Metzger nicht unbedingt das Fleisch kauften, welches man ihnen anbot, obwohl es auf dem Markt knapp wurde; die Rationierung unterdrückte die Diskussionen um den Preis nicht!

Die Einführung der Brot- und Milchkarten vollzog sich unter besseren Bedingungen und erregte nur minimale Beschwerden. Die Kontingentierung der Elektrizität schlug höhere Wellen, weil man sie einmal mehr übertriebenen Lieferungen an Deutschland zuschrieb. Dies war nicht der einzige Grund, aber zu viele Leute sahen den Ausgleich nicht zwischen den Kohle- und Rohstofflieferungen und unseren eigenen Exporten (unter diesen hört man auch zuweilen Kriegsmaterial und finanzielle Vorschüsse erwähnen). Der Bundesrat informierte zweifellos nicht genügend und erntete dafür den Tadel für seine Schwäche gegenüber dem Reich. Pilet-Golaz wurde bei Gelegenheit unfehlbar als Hauptschuldiger bezeichnet. Die deutsche Propaganda Hess sich nicht lumpen, die Verwirrung auszubeten, indem sie sich in Ironie über die Neutralitätserklärungen und den Verteidigungswillen eines Landes erging, das in Wirklichkeit bereits fix und fertig gleichgeschaltet war.

Ein Gebiet darf in der Rationierung nicht vernachlässigt werden, jenes der Rohstoffe und Brennmateriale: Es berührt nicht direkt die Bevölkerung, verwirrt aber die Unternehmungen. Unter den Korrespondenten von H&H findet man Handwerkermeister und andere Kleinunternehmer, die sich bitter über die Verwaltungs- willkür in der Kontingentierung und Verteilung beklagen, zum Beispiel beim Zement, dem Schlüsselprodukt einer Industrie, die besonders reich an kleinen Unternehmen ist. Wie auch immer die Stichhaltigkeit dieser Klagen war, es gibt da eine

ganze gesellschaftliche und berufliche Schicht, die für die Geistige Landesverteidigung im damaligen Verständnis wichtig ist, welche von den Ämtern und dem Papierkram bedrängt und in ihren Aufgaben verunsichert wird.

Eine Bemerkung ihrer Korrespondenten über die Kriegswirtschaft kehrt häufig genug wieder, dass H&H sie in einem zusammenfassenden Bulletin festgehalten hat: «Im Allgemeinen haben all jene Massnahmen einen positiven Einfluss gehabt, die ein energisches Eingreifen der Behörden darstellen. Ein grosser Teil der Bevölkerung scheint mehr aufgeklärt und opferbereit zu sein als einige ihrer wirtschaftlichen und politischen Vertreter ... Es sollte nicht die Schwäche der Demokratien sein, zu wenig von ihren Bürgern zu fordern.»<sup>51</sup>

Im Kampf gegen den Schwarzhandel verlangt man von den Behörden die äusserste Härte. Man glaubt leichthin, dass es zuvielen Leuten gelingt, der Rationierung zu entgehen: Im Kanton Waadt kann man ohne Marken üppige Mahlzeiten erhalten, die Freiburger Behörden unterwerfen sich der Käserationierung nicht nach den Bundesregeln, die Deutschschweizer Soldaten berichten von ihrer Dienstzeit im Wallis, dass man dort die Vorschriften wenig beachte. Ausserhalb der Städte gelegene Hotels und Restaurants in der Ostschweiz verlangen selten die Mahlzeitenmarken ihrer Gäste. Doch wie ein Tourist bemerkt, wenn ein bestimmtes Hotel eine reichhaltigere Küche bereithält, so hat es die Marken dazu von Einwohnern aufgekauft, die zu arm sind, sie selbst zu benützen (im vorliegenden Fall aus dem Onsemone-Tal). Wahr oder falsch, diese Unterstellungen nähren die Nörgelei, die in den am meisten benachteiligten Schichten besonders verletzend ist. Es ist bezeichnend, dass man dort die Forderung antrifft, die Namen der wegen Schwarzhandels verurteilten Personen zu veröffentlichen, aber auch die Gewissheit, nachdem dies geschieht, dass die kleinen Schuldigen aufgespiesst werden; für die grossen Schieber tut man alles, um den Skandal zu vertuschen.

## Die Spannungen von 1942

In den Städten ist man weiterhin beunruhigt über die Preissteigerungen. 1942 wiederholt sich, was 1941 zur gleichen Zeit unter ähnlichen Bedingungen und Umständen geschehen war. Es ist eine quälende Sorge, einer dieser *negativen* Faktoren der Moral, um den Ausdruck des Fragebogens von H&H zu verwenden. Der *Nebelspalter* gibt oft ein verständnisvolles Echo davon. Am 28. Mai zum Beispiel pflanzt er ein pralles Schwein vor einem Spiegel auf: «Spieglein, Spieglein, an der Wand, wer

ist das teuerste im ganzen Land?» Die Preiserhöhungen für Milch und Brot am Ende des Sommers verärgern die Leute ganz besonders. Die Lohnabhängigen werden nicht müde zu wiederholen, dass die Bundesbehörde dem Druck der Bauern allzu leicht nachgibt und dass sie allein die Last der Erhöhungen tragen: «Die Forderungen unserer Bauern nach stets höheren Preisen lösen immer mehr Unzufriedenheit aus; denn wenn man auf der einen Seite den Lohnabhängigen und dem Mittelstand den vollständigen Teuerungsausgleich mit der Begründung verwehrt, dass alle Opfer zu bringen hätten, so empfindet man es auf der andern Seite als Ungerechtigkeit, dass dem Bauer Preise zugestanden werden, die man sozusagen als Kriegsgewinne bezeichnen könnte.» Erneut wurde von einer Wiederholung von 1918 gesprochen ... Fügen wir noch die Klagen der Selbständigerwerbenden hinzu, denen jegliche Erhöhung ihrer Tarife verweigert wurde, wie wenn sie im Unterschied zu den Lohnempfängern nicht unter dem Anstieg der Lebenskosten zu leiden hätten<sup>52</sup>, und wir erhalten ein feiner abgetöntes Bild der verschiedenen Kategorien von Stadtbewohnern, die betroffen sind. Man sieht erneut die Entrüstung von Leuten, die ihre Reserven mit dem Kauf der Produkte auf ihrer Lebensmittelkarte aufgebraucht haben und die nun kein Geld mehr haben, um die Textilmarken auszunützen.

Die Arbeiterpresse entrüstet sich und beharrt mit Nachdruck auf den sozialen Spannungen, welche dieser Tatbestand herausfordert, genau wie 1941. Auch die kommunistische Presse mischt sich ein, wie ein vervielfältigtes Untergrundtraktat bezeugt, das im September in St.Gallen verbreitet wurde: Indem es zehn Produkte aufzählte und deren Teuerung seit April 1939 zwischen 53% (Licht und Heizung) und 243% (Zucker) einstufte, verlangte das Dokument den vollständigen Ausgleich der durchschnittlichen Teuerung, also 90%. Es erwähnte die Bauern nicht, verlangte aber, dass die Reichen und die Ausbeuter endlich ihren Teil bezahlten und überdies eine Kapitalsteuer, die sie ebenfalls an der Kriegsanstrengung beteilige. Diese Ableitung der Volkswut auf die Reichen ist dem Volksempfinden, wie es die Korrespondenten von H&H begreifen, nicht fremd, aber im Allgemeinen bleiben die Bauern die bevorzugte Zielscheibe, wenn es um die Preise geht. Etwas feiner unterscheidet eine andere, im Baselbiet gefundene kommunistische Schrift zwischen den Grossbauern, die an den Kriegsgewinnen teilhaben, und der Mehrheit der kleinen und mittleren Bauern, welche mit den Arbeitern Opfer des Kapitals sind: der gleiche Kampf verbindet sie.<sup>55</sup>

Die Beziehungen zwischen Stadt und Land liessen sich lapidar so ausdrücken: Der Fleischpreis ist zu hoch für den Arbeiter und zu niedrig für den Bauern. Es ist in der Tat vor allem dieser Artikel, der die Gegensätze verschärft, und das

Durcheinander der Rationierung erklärt dies zur Genüge. Man beschuldigt zum Beispiel die Produzenten, ihre Ware zurückzuhalten, um die Konjunktur auszunützen und die Preise noch mehr in die Höhe zu treiben. Dieser Vorwurf erscheint manchmal anderwärts, so in Lausanne, für die Kartoffeln zu Beginn des Jahres. Die Bauernorganisationen schüren noch die Erbitterung: Im September droht der Inner-schweizer Bauernverband, die Lieferverträge mit dem Bund zu brechen, wenn dieser den Milchpreis nicht erhöht. Auch das Sekretariat in Brugg stösst ins gleiche Horn, was natürlich von den Lohnempfängern in der Stadt sehr übel aufgenommen wird. Sogar die Korrespondenten von H&H sprechen zuweilen von «Hass» in den Arbeiterschichten und stellen die Vergeltungsmassnahmen vor Augen, die nach dem Krieg ergriffen würden, wenn man die Öffnung der Grenzen für die billigen ausländischen Produkte fordern werde. Die Spannung ist also greifbar. Man kann aber nicht sagen, ob sie es mehr ist am Jahresende 1942 als ein Jahr zuvor. Doch die Bauern von H&H bleiben nicht stumm! Eine Minderheit kann ihre Zufriedenheit ausdrücken, wie in Beggingen (SH), wo Selbstgenügsamkeit herrscht, in Küsnacht und in Worb, wo man den hohen Preisen Garantien für die Nachkriegszeit vorziehen würde, wie als Antwort an die soeben erwähnten Arbeiter, oder in Ellikon (ZH), wo manche es gerne sähen, wenn der Liter Milch gleich teuer wäre wie das Benzin. Doch müssten die Löhne um des sozialen Friedens willen nachziehen!<sup>54</sup> Wenn auch zweifellos unvollständig, bleibt die Ausbeute doch mager im Vergleich zu den Stimmen der Unzufriedenen.

Jene, die sich als Opfer hinstellen, schieben natürlich nicht den Gewinn in den Vordergrund, den ihnen die Städter vorwerfen, sondern die Kostensteigerung, die sie als Konsumenten erleiden, die Belastungen, die sich aus der Ausdehnung der Anbaufläche ergeben, die aus der Vorkriegszeit geerbte Überschuldung, die Notwendigkeit von Reserven für eine neue Agrarkrise, die dem Krieg folgen würde. Die neuen Schlachtverordnungen für das Vieh und die Pflicht, einen eng gesteuerten Markt zu beliefern, tragen zu diesem Groll bei. Doch sieht man tiefere und irrationalere Gefühle auftauchen, wie jenes, unverstanden und verachtet zu sein, gerade gut genug, den andern ihre Nahrung zu liefern und die Mühen des Plans Wahlen allein zu tragen, zu Gunsten von Undankbaren. Nicht alle nehmen dieses neue Opfer auf sich, sie verlachen die Zukunftsversprechen, die man austeilt, um sie besser in die Falle zu locken. Dass die endlosen Debatten über die Erhöhung des Milchpreises um 1 Rappen pro Liter Empörung über die Kleinlichkeit auslösten, ist mühelos verständlich. Die Extremsten forderten, dass die Beteiligung an der Anbauschlacht sie vollkommen vom Militärdienst befreien sollte.

Die Kontakte sind manchmal aufschlussreich: Ein junger Aargauer Seminarist entdeckt als Aushilfe auf dem Land die Verachtung der Bauernsamen für die faulen Städter, die bloss zur Zeit der Kirschenemte oder im Herbst auf die Felder kommen; ein Landwirt aus Kiesen (BE) hört oft im Zug über die Bauern schimpfen, die zum Beispiel als Hamsterer bezeichnet werden. Auch der Militärdienst fördert die Kontakte, aber nicht notwendigerweise das Verständnis: Man befindet sich hier im Reich der Klischees und Mythen, das der Vernunft am unzugänglichsten ist. Der obligatorische Landdienst oder die Vervielfachung der Schrebergärten mochte günstigere Auswirkungen haben, indem die persönliche Arbeit der Städter die erläuterten Reden ersetzte.

H&H durfte eine solche Quelle der Zwietracht nicht übersehen; ausser einigen Nummern ihrer *Wehrbriefe* auf deutsch oder französisch, gab dieser Dienst im Oktober 1942 eine Dokumentation über die Beziehungen zwischen Stadt und Land heraus, welche die Entwicklung unserer Landwirtschaft erklärte, ihre Aufgaben und ihre gegenwärtigen Probleme sowie die erforderlichen Zukunftslösungen (im Rahmen einer von den Berufsverbänden verwalteten Planwirtschaft). Die Streitpunkte wurden nicht unterschlagen, die Ähnlichkeiten der Verhaltensweisen dagegen stark unterstrichen, wie zum Beispiel die Gewerkschaftsbewegung.<sup>55</sup>

Wie für die Städte muss man abstufen: Orte, wirtschaftliche oder soziale Verhältnisse weichen erheblich voneinander ab und bewirken sehr unterschiedliche Reaktionen auf die gleichen vereinheitlichenden Massnahmen der Kriegswirtschaft oder der Landwirtschaftspolitik des Bundes. Ein Musterfall beweist das 1942 in Steinen.

### Die Unruhen von Steinen

Am 22. September verprügelten Einwohner dieser Schwyzer Gemeinde eidgenössische Beamte der Kriegswirtschaft, auf Dienstreise in einer Schwarzhandelsaffäre. Der Vorfall war nicht von weltbewegender Bedeutung, doch wurde militärische Verstärkung herangeführt, und die Zensur verhängte ein Stillschweigen, das bis zum 4. Oktober dauerte. Der eigenständigste Entscheid war, Dr. Lindt von H&H mit einer Umfrage zu betrauen; dieser lieferte am 28. September einen interessanten Bericht. Seiner Ansicht nach hatten die Bewohner von Steinen nur einer allgemeinen Unzufriedenheit in der Innerschweiz brutal Ausdruck verliehen, deren Ursachen in der schweren Krise vor 1939, gefolgt von den Massnahmen der Kriegswirtschaft, zu suchen waren. In Friedenszeiten hatte man dazu ermuntert, das Vieh mit Milch aufzu-

ziehen, jetzt wurde das verboten; 1937 hatte das Schweizer Volk die Initiative zur Revision der Alkoholverwaltung, deren Ursprungsort Steinen war, unter Missachtung der regionalen Interessen verworfen. Seit dem Krieg waren Schlachtvorschriften, Käserationierung, Heulieferungen, Preiskontrollen etc. als ebensoviele Schikanen empfunden worden, welche die Bauern daran hindern sollten, sich endlich für die entbehrensreichen Jahre schadlos zu halten. Ausserdem war die überlieferte Gemeindefreiheit nicht erloschen: Gegen Bern, gegen den Vogt und die fremden Zwänge führte man noch den Unabhängigkeitskampf im Geiste Stauffachers. Von da rührt die allgemeine Billigung in der Region. Endlich hatten Brugg und der Innerschweizer Bauernverband oder andere Vereinigungen das Feuer grosszügig geschürt. In Übereinstimmung mit ihrer Technik organisierte H&H anschliessend einen Informationskurs in Schwyz, dann anderswo in der Gegend, zog sein Netz von Vertrauensleuten auf, die rechtzeitig über die Entwicklung der allgemeinen Stimmung informieren konnten, und freute sich über die Empfänglichkeit einer Bevölkerung, welche durch die *Landsgemeinden* daran gewöhnt war, zuzuhören und über politische und wirtschaftliche Probleme zu diskutieren. Die Ruhe kehrte rasch wieder ein.

Sobald die Presse darüber schreiben konnte, standen sich die Beurteilungen gegenüber, von der *Gazette de Lausanne*, die sich zu diesem föderalistischen Widerstand beglückwünschte, bis zur *Berner Tagwacht*, für welche die Arbeiter mehr Gründe zu rebellieren gehabt, aber dann eine andere Unterdrückung erfahren hätten! Jeder versucht, das Wasser auf seine Mühle zu leiten! Die wenigen Reaktionen der Korrespondenten von H&H zeugen von einer ähnlichen Unkenntnis der wahren Ursachen: in der Region Zürich herrscht Entrüstung, in Lenzburg Unverständnis, und bei den Schwyzer Arbeitern Zustimmung.<sup>56</sup>

Der Ausbruch hätte sich ebenso gut anderswo in der Zentralschweiz ereignen können, würde Lindt sagen. Oder in andern benachteiligten Landwirtschaftskreisen, könnte man beifügen. Die Spannung zwischen Stadt und Land verteilte sich also quer durchs Land und durch die gesellschaftlichen Schichten. Die Affäre von Steinen war nur ein Zwischenfall, gleichzeitig aber ein Alarmzeichen, das man eher bei Arbeitern erwartet hätte. Doch war die Gegenüberstellung nicht direkt. Sie war entweder von Verbänden oder Parteien kanalisiert oder konzentrierte sich auf den Staat. Die Kriegswirtschaft und die uneingeschränkte Vollmacht hatten der Zentralverwaltung so allgegenwärtige Einmischungsmöglichkeiten verliehen, dass man ihr immer die Verantwortung für das, was nicht funktionierte, in die Schuhe schieben

konnte, ohne Gefahr sich zu irren. Dies traf zu für die Arbeiter, noch mehr für die Bauern, deren Wirtschaftstätigkeit ununterbrochen den administrativen Zwängen ausgesetzt war. Eine Politik, die mit Informationen geizte, ein Bundesrat, der oft für sein Schweigen gerügt wurde, trugen dazu bei, das Verhältnis zwischen den Bürgern und dem Staat sowie die gesellschaftlichen Beziehungen im Allgemeinen zu vergiften.

Die Preise schaffen einen Gegensatz zwischen Bauern und den städtischen Lohnempfängern. Um die Löhne streiten Arbeitgeber gegen Lohnabhängige und in einem schwächeren Ausmass die Behörden. Die Rationierung bringt die Verwaltung und den Nebel von Profiteuren in Gegensatz zu den Konsumenten, welche eine Gewerkschaftszeitung folgendermassen einteilt: «1) eine Bevölkerungsklasse, die ihren gerechten Anteil erhält; 2) eine Unterschicht, die zu wenig Nahrung und Kleidung erhält mangels genügenden Einkommens; 3) eine Oberschicht, die sich mehr Güter verschaffen kann, als ihr zustehen würden. Dies ist unerträglich in einer belagerten Festung. Deshalb ist eine gerechte Anpassung der Löhne die dringlichste Aufgabe.»<sup>57</sup>

Den Preisen nachlaufen, um das von den Rationierungskarten versprochene Existenzminimum zu erreichen, so könnte man die Reaktionen der Arbeiter auf die Preiserhöhungen kennzeichnen, da trotz offizieller Empfehlungen zu wenige Unternehmen Teuerungszulagen ausrichteten, obwohl sie dazu nach Ansicht der Arbeitnehmer offensichtlich in der Lage gewesen wären. Die Kriegsindustrien, darunter Ciba, welche eine für die Aktionäre vorteilhafte Verdopplung ihres Kapitals vorgenommen hatte, gaben besonders Anlass zu Protesten. Auf der Linken legte man den Akzent auf die konfliktschwangeren sozialen Spannungen in der Zukunft; bei den Arbeitgebern, und es gab davon unter den Korrespondenten von H&H, stellte man seine Schwierigkeiten dar, zum Beispiel die Einschnürung zwischen den Forderungen der Arbeiter und dem Verbot der Preiserhöhung, ohne von der Inflationsgefahr zu sprechen; als ob sie, schrieb ein empörter Zürcher, «vom Volk käme». Ein aktiver Sozialist aus Bern fasst das Gefühl der Frustration zusammen, das daraus hervorging: «Gegenüber den wirtschaftlich Schwachen ist man *stark*, man *diktirt* ihnen einfach, ab heute zahlt ihr so und soviel mehr für euren allernotwendigsten Lebensunterhalt. Gegenüber den Starken ist man *schwach*, man *empfiehlt* ihnen, ihren Angestellten und Arbeitern entgegenzukommen, *im Rahmen des Möglichen und falls die Umstände es erlauben.*»<sup>58</sup>

*Man*, das ist selbstverständlich der Staat, einmal mehr in seiner mysteriösen Anonymität beschworen, die allmächtig sein konnte.

Nicht anders als 1941, und trotz einiger Arbeitsunterbrüche, darf man nicht voreilig schliessen, dass das Arbeitsklima sich rasch und gefährlich verschlech-

terte. Mehrere Berichte weisen diese Ansicht zurück, ohne die Bedeutung der aufgeworfenen Probleme zu leugnen, noch die Existenz gewisser Rebellionsnester. Man wäre versucht, die Beobachtung eines Lehrers in Weinfelden zu verallgemeinern, der in der Arbeiterklasse entweder eine «grosse Lethargie» oder eine «leicht revolutionäre Einstellung» verspürte.<sup>59</sup> Der letzte Ausdruck erfordert eine Erörterung, denn er konnte damals ebenso gut die nationalsozialistische Revolution, wie die kommunistische bedeuten. Jeder der beiden Gegner versucht jedenfalls davon zu überzeugen, dass es sein System ist, das die sozialen Übel heilen wird; bäuerliche Verschuldung, Rationierung, Teuerungszulagen, Steuern, werden so als gelöst dargestellt in jedem der von der Propaganda gerühmten Regimes. «Schlagworte wie ‚Hitler schafft unsere Schulden ab‘ werden weit herumgeboten durch ausländische Viehhändler und erzielen hie und da umso mehr Erfolg, als die Jungbauern ähnliche Ideen verbreiten.» Man ersetze Hitler durch Stahn, und die Argumente wiederholen sich. Dies gilt auch für die Lebenskosten oder die Löhne. Der Sieger des Matches setzt sich noch nicht durch, wie auf den Schlachtfeldern, wo die Waage noch schwankt. In Steinen hat H&H das Vergnügen, sehr wenig Bauern anzutreffen, die das Heil von Hitler erwarten, und befürchtet 1942 ausser bei den Jungen keine Verwurzelung der Nazi-Ideen. Mit grösserer Behutsamkeit und mehr Zurückhaltung, was die Zukunft betrifft, zeigt H&H auch Vertrauen in die Widerstandskraft der Arbeiter gegenüber den sie umwerbenden Kommunisten.<sup>60</sup>

Da sie weniger auf die ausländische Propaganda fixiert sind, vermögen die Korrespondenten von H&H wenig, den Streit zu schlichten. In Finsterhennen/Siselen(BE) hört ein Lehrer viele Arbeiter und Bauern den Kampf Hitlers gegen das Grosskapital rühmen, aber in St. Gallen, wo die soziale Lage gespannt ist, sagt man dies im September nicht mehr; zur gleichen Zeit erwarten Solothurner Schuldenbauern ihren Loskauf von einem Aufschwung der bolschewistischen Macht im Land, und in Küsnacht, wo die Arbeiter ihre politischen Führer kritisieren, blüht die Sympathie und die Bewunderung für die Russen. Damit wir keine voreiligen Schlüsse ziehen: Diese Bemerkungen glänzen vor allem durch ihre Seltenheit, indem sie den schwachen Einfluss der Propaganda bestätigen. Kein charismatischer Erlöser drängt sich auf, kein Mythos reisst die bebenden Massen hin.

Mittlerweile machen sich die Spezialisten einmal mehr Sorgen um die Wirkung, welche die «Sozialpropaganda» im Falle innerer Spannungen erreichen könnte. Die gemischte pressepolitische Kommission verlangt daher vom Bundesrat im Juli 1942, sich etwas tatkräftiger zu zeigen und neues Vertrauen in das schweize-



rische Gesellschaftssystem zu verbreiten, damit die Bürger nicht nur die Vorteile der ausländischen Systeme und die Nachteile des unsrigen wahrnehmen.<sup>61</sup> Es scheint nicht, dass dieses Gesuch einen Wiederhall gefunden hätte, obwohl es nicht unbegründet war, wie die Zukunft weisen sollte.

Die Wirkung der Propaganda verknüpft sich mit den Zukunftsaussichten. Auf der wirtschaftlich-gesellschaftlichen Ebene verursacht die Arbeitslosigkeit weiterhin wenig Sorgen. Sie war damals selten, und höchstens einige wenige ängstigen sich vor einem Wiederanschwellen infolge der Rohstoff-Verknappung. Etwas allgemeiner tauchen Fragen auf: Wird die Schweiz sich nach dem Krieg wirtschaftlich behaupten können? Bieten die Pläne wirklich eine Lösung an? Nach einem Schriftstück von H&H ist die Bevölkerung mit dem Plan Wahlen zufrieden, weil sie erwartet, dass die Behörden der Kriegswirtschaft klare Zielvorgaben bezeichnen und weil sie die marktschreierische Propaganda der sowjetischen Planung vernommen hat.<sup>62</sup> Das bedeutet nicht im Geringsten, dass in Zukunft dieses System in den Köpfen triumphieren wird, auch wenn die Linkspresse darin die ideale Formel sieht.

Das sowjetische Modell gewinnt tatsächlich an Ansehen, vor allem in der sozialistischen Partei, wo die nach Enks tendierenden Kräfte zunehmen. Ein Beispiel dafür wird im Oktober in Küsnacht gegeben, wo die Sympathie für die Russen sich jener bemächtigt, welche ihre sozialen Errungenschaften mit den unsrigen vergleichen, während gleichzeitig die Arbeiter ihre eigenen Führer heftig kritisieren.<sup>63</sup> Der Fall steht vermutlich nicht allein da. Er sollte sich verallgemeinern.

Eine bereits alte Forderung begann die Köpfe zu erobern, die Altersversicherung, welche in den Ausgleichskassen endlich die Mittel und das Modell finden konnte, die bis anhin gefehlt hatten; eine Volksinitiative wurde lanciert, damit die darin angehäuften Reserven nach dem Krieg als Erbschaft an die Alten übergangen. Am 25. Juli sollten 179'910 Unterschriften auf der Bundeskanzlei deponiert werden. Die Vorstellungen mochten auseinandergehen, das Problem würde von nun an immer breiter diskutiert werden.

Die Richtung, die sich in der langsamen Denkarbeit abzeichnet, welche durch das Zurücktreten des Militärischen begünstigt wird, liesse sich in der Bemerkung eines Zürchers zusammenfassen, die jedenfalls prophetischen Wert hat: «Man erwartet für die Nachkriegszeit fast überall eine Wirtschaftspolitik, die auf möglichst breiter Basis die sozialen Bedürfnisse der Bevölkerung berücksichtigt. Nicht das Kapital, sondern die menschliche Arbeitskraft muss den ersten Platz einnehmen.»<sup>64</sup>

## Die Flüchtlinge: Das Boot füllt sich

Die zunehmende polizeiliche Unterdrückung in Europa, die Besetzung der freien Zone in Frankreich Hessen die Zufluchtsuchenden auf die Schweiz zuströmen. Bislang war die Öffendichkeit wenig berührt von den etwa 7'000 bis 8'000 Flüchtlingen, die 1939 im Lande lebten, darunter etwa 5'000 Juden. Mit Ausnahmen für Militärs und Politiker (letztere Kategorie war streng begrenzt) wandte die Bundespolizei sehr einschränkende Verfahren an, um das Land nicht zu überlasten. Die Zurückweisungen, die das mit sich brachte, erschütterten fast nur die Grenzbewohner oder kleine Kreise. Man könnte unter ihnen Karl Barth im Juni 1941 erwähnen. Die Armee hatte offiziell keine grundsätzliche Stellung bezogen, was übrigens nicht zu ihren Aufgaben gehörte, aber H&H hatte im Dezember 1940 ein damit zusammenhängendes Problem in einem ihrer *Gesprächspläne* behandelt, das den Offizieren zgedacht und der *Schweizerischen Gesellschaft*, den Israeliten in der Schweiz, gewidmet war. Darin wurden diese als nicht assimilierbar angesehen, da sie einer ethnischen Gruppe angehörten und nicht bloss einer religiösen Minderheit. Diese Aussagen hatten Proteste und Untersuchungen ausgelöst, bevor sie widerrufen wurden, drückten aber Meinungen aus, die nichts aussergewöhnliches an sich hatten und eine negative Einstellung gegenüber dem Asylrecht bestimmten, dem die nationale Mythologie immerhin einen glorreichen Platz einräumte.<sup>65</sup>

Die zunehmende Zahl von Flüchtlingen (9'600 Zivilisten, 2'000 illegal Eingereiste seit April, nach den offiziellen Zahlen vom September 1942, 90'000 insgesamt) veranlasste die Armee, eine strengere Praxis zu verlangen, aus Furcht, in ihren Verteidigungsmassnahmen behindert zu werden durch eine zu grosse Menge ziviler und militärischer Internierter. Was die Fremdenpolizei betrifft, empfahl sie der Regierung am 29. Juli ebenfalls eine grössere Strenge beim Empfang, indem sie gleichzeitig die unmenschliche Behandlung anzeigte, die den Juden im Osten zuteilwurde. Der Bundesrat beschloss darauf am 4. August, seinen Beschluss von 1939 strikter anzuwenden. Im Anschluss an empörte sozialistische Stellungnahmen wurde die Parlamentsdebatte am 22. und 23. September eröffnet. Unter den Voten muss man jenes des zuständigen Bundesrates, E. von Steiger, erwähnen, der am 30. August die Schweiz mit einem «kleinen, schon stark besetzten Rettungsboot» verglich.<sup>66</sup> Dieses fragwürdige Bild scheint zu diesem Zeitpunkt die öffentliche Meinung, welche um ihre Versorgung bangte, nicht empört zu haben, sollte aber später rückblickende Entrüstung auf sich ziehen.

Das Thema, das die Anwälte des Asyls so unvermittelt in die Arena der Öffentlichkeit schleuderten, wurde sogleich leidenschaftlich diskutiert, melden die Korrespondenten von H&H von überall. Wie im Nationalrat schieden sich die Verteidiger der Staatsräson von den Anhängern eines grosszügigen Asylrechts nicht entlang der herkömmlichen politischen Trennlinien, auch wenn die kirchlichen Kreise und die Linke spontaner Verständnis für die menschlichen Nöte als für die *höheren Interessen des Staates* bekundeten. In seiner kurzgefassten Brutalität gibt ein Bauer von Huttwil (BE) eine gute Vorstellung vom Diskussionsniveau oder zumindest von dessen Stil: «Man diskutiert heftig über das Problem der Flüchtlinge; wozu so viele Leute in unser Land kommen lassen? Wir erweitern nicht unser Kulturland, um solche Fremden zu mästen. Es hat nicht nur ‚gutmütige Schafe‘ darunter. Die meinen wohl, unsere leeren Palace-Hotels seien für sie da. So redet man über dieses Problem. Sie sollen nur nach Deutschland gehen, es hat genug Arbeit dort.» Mangelnde Aufklärung? Böswilligkeit? Dumpfe Reaktion gegen andersartige Leute? All dies vermischt sich zweifellos. Noch andere Argumente tauchen je nach Bericht auf: Die Angst, nicht genügend Nahrung zu haben und einer noch strengeren Rationierung unterworfen zu werden, bringt viele humanitäre Bedenken zum Schweigen. Ein Gerücht ging um, wonach die Brot- und Milchkarten auch den Asylberechtigten zustünden. H&H würde darauf antworten, dass die Flüchtlinge insgesamt nur einen verschwindend kleinen Teil der Ration jedes Einzelnen beanspruchten, beim Brot zum Beispiel  $\frac{3}{4}$  Gramm; auch schreckte die Arbeitslosigkeit. Das Thema der Lüsternheit, das in Deutschland häufig ausgebeutet wurde, erscheint in unseren Quellen nicht (der einzige festgestellte Fall betrifft polnische Internierte in Wintersingen/BL). Indirekt sieht man sogar den alten Mythos vom Seuchen verbreitenden Juden angedeutet. Schliesslich ist der Unterhalt all dieser Leute teuer. Werden die jüdischen Organisationen Amerikas zurückzahlen?, fragt man sich in Lausanne. Eine Geschäftsfrau aus derselben Stadt sagt, sie sei noch nie einem Soldaten begegnet, der bereit gewesen wäre, für die Flüchtlinge zu sterben, mit Ausnahme eines dienstbefreiten Pastors. Sie ist nicht die einzige, die sich Gedanken macht über die Gefahr eines Krieges infolge der Weigerung der Schweiz, die Flüchtlinge an Hitler auszuliefern (worauf die Antwort von H&H lautet, es gehe um die Verteidigung der Unabhängigkeit, nicht der Flüchtlinge).<sup>67</sup>

Diese klassischen Argumente werden verstärkt durch die Gleichsetzung der Flüchtlinge mit den Juden. Diese zu dem Zeitpunkt unvermeidliche Verquickung verleiht den Reaktionen in der Tat eine rassistische Färbung und verstärkt ihren irra-

tionalen Charakter: Bestenfalls muss man, wie ein Einwohner von Rorschacherberg (SG) schreibt, den Flüchtlingen helfen, «selbst wenn es sich nur um Juden handelt». <sup>68</sup> Für andere ist das Asyl von heute nicht vergleichbar mit jenem von gestern, weil die gegenwärtigen Asylsuchenden einer besonderen Rasse angehören. Man findet hier das Argument des Gesprächsplans wieder, diesmal ausdrücklich auf die Flüchtlinge bezogen. Man kann diesen Antisemitismus auf die blossе Zahl der Begünstigten zurückführen. Vervielfachte Kontakte machen Leute zu Rassisten, die bisher für diese Art Vorurteil unanfällig waren. Das ist die Erklärung, die man bei H&H findet, und so noch einen alten Rest von unbewusstem Antisemitismus beifügt, der von der Nazi-Propaganda herrührt. <sup>69</sup>

Die Reaktionen sind manchmal heftig, die obigen Beispiele lassen es erahnen. Zuweilen würde man wie in Basel von Judenhatz sprechen. Die Fronten waren mit Leib und Seele dabei, wie auch die deutsche Propaganda, welche die Gelegenheit nutzte, um ein Judenproblem im Land aufzuwerfen, das erst in Ansätzen vorhanden war, und um andern Machenschaften gegen unsere Institutionen einen Weg zu bahnen.

Dieser wiederauftretende Antisemitismus muss als klassischer Abwehrmechanismus angesehen werden, der es erlaubt, «seine eigenen Schwierigkeiten auf andere zu projizieren und den inneren Konflikt zu leugnen». Gleichzeitig wertet er das Individuum und die Gruppe auf, denn «das beste Mittel, sich erhaben zu fühlen, besteht nach bewährtem Rezept darin, andere tiefer als sich selbst einzustufen». <sup>70</sup> In einer Zeit des Zweifels und der quälenden Beunruhigung, verschlimmert durch Informationsmangel, ist alles willkommen, was das Selbstvertrauen und den nationalen Zusammenhalt stärken kann. Die Flüchtlinge liefern einen bequemen Vorwand, vor allem weil es in ihrer grossen Mehrheit Juden sind, um seine eigenen Schwächen zu vertuschen, die Rationierung zu erklären oder die sozialen Spannungen abzuleiten (angeblich reich oder kostspielig für das Land, missbrauchen sie ihr Geld). Zur Stunde, wo Einheit geboten ist, wo die Geistige Landesverteidigung die Verschmelzung der Seelen verlangt, erweist sich die Nützlichkeit der Kinder Israels umso offensichtlicher, als der äussere Feind sich weniger drückend bemerkbar macht. Mit diesen immer zahlreicheren Flüchtlingen von nicht immer sympathischem Umgang ist der Fremde, der andere, mitten unter uns und verschlimmert noch den Konflikt. Ein Korrespondent aus Wettingen, der vernünftig sein will, schreibt zum wachsenden Antisemitismus tatsächlich: «Diese Strömung ist unglücklicherweise nicht ganz unbegründet, denn diese Rasse weiss sich in der Schweiz einfach nicht zurückhaltend zu benehmen, nach all ihren Verfolgungen im Ausland. Im Gegenteil, ihr Gang

und ihr Verhalten auf der Strasse und bei ihren Beschäftigungen wirkt manchmal so aufreizend, dass man sich bezwingen muss, nicht auch diesem Hass zu verfallen.»

Die Ursache für diesen Zustrom von Asylsuchenden wurde nicht immer gut verstanden; Zeuge davon dieser Zögling des Lehrerseminars, ebenfalls von Wettingen, der meint, in die Schweiz flüchteten sich jene «Fanatiker», die «sich nicht mit der Regierung ihrer Heimat abfinden können». Schon von Natur aus unfähig sich einzufügen, werden diese Hitzköpfe die Schweiz in einen «politischen Hexenkessel» verwandeln. Das Mitleid müsse daher dem höheren Interesse des Landes weichen. Ein solches Urteil überrascht von Seiten eines Kursbesuchers von H&H, die man für aufgeklärter als andere halten könnte. Ohne zu verallgemeinern, spiegelt er doch Ansichten, die sich in einer Öffentlichkeit hartnäckig halten, welche den Unterschied zwischen dem traditionellen politischen Asyl des Einzelnen aus dem 19. Jh. und der verzweifelten Flucht der Besatzungsopfer oder des Nazi-Rassismus noch nicht begriffen hat.

Diese Reaktionen erklären, warum eine Mehrheit von Leuten, laut einer Zürcher Polizeibehörde, die Flüchtlinge wenigstens von der Bevölkerung zu trennen wünschte, indem man sie systematischer in Lagern isolieren sollte.<sup>71</sup>

Nicht alle erlagen dem Vorurteil. H&H zum Beispiel widmete im Dezember 1942 einen ihrer *Gesprächspläne* dem Asyl, «eine humanitäre Aufgabe» und Ergebnis des «im Herzen unseres Volkes tief verankerten Gefühls der Freiheit». Doch die Nutzniesser müssen sich dessen würdig erweisen und nicht erwarten, unbegrenzt bleiben zu können. Auf jeden Fall muss der Bundesrat das Asyl auf die «Möglichkeiten des Landes» einschränken.

Wo ist die Grenze zu ziehen? Manche sehen sie noch in weiter Ferne. Man müsste an die Nationalräte erinnern, die sich in den Debatten vom September 1942 äusserten, oder an Gertrud Kurz, Emil Oprecht und all jene, die einen zähen Kampf gegen die öffentliche Meinung und die Verwaltung führen und um Gelder oder Sympathie für die Flüchtlinge betteln. Sie werden gefolgt von jenen, bekannt oder unbekannt, welche die Versuchungen des Antisemitismus und des nationalen Egoismus zurückweisen und sich als genügend grosszügig und zahlreich erweisen, um die Polizeiabteilung und den Bundesrat zu beeindrucken. In erster Linie werden sie angetrieben von Nächstenliebe oder Menschenfreundlichkeit; vom Vorrang der Menschenrechte über die Staatsräson und den Rechtsformalismus; von der Überzeugung schliesslich, dass man sich, wenn überhaupt, dafür schlagen muss, die geistigen

Werte zu verteidigen und die nationale Würde, deren einer Aspekt das Asylrecht ist, und nicht für den Milchpreis. Diese grosszügige Strömung wird in einer Karrikatur des *Nebelspalter*s vom 3. September durch einen Rettungsring *Helvetia* symbolisiert, der auf einem Pfosten durch ein Vorhängeschloss solide gesichert ist, nur zwei Armlängen von der aufragenden Hand eines Ertrinkenden. Auch kirchliche Kreise erscheinen in unseren Korrespondenzen, manchmal negativ, wie jener Bewohner von Barga (BE), welcher sich gegen seinen Pfarrer erhob, der Politik (=Flüchtlinge) machte, statt den Glauben zu predigen; er verlangte Unterlagen von H&H, zweifellos um aufzubegehren.<sup>72</sup>

Lokale Bedingungen spielen auch mit, wie in Le Locle und in La Chaux-de-Fonds, wo ein Zürcher die Empörung gegen das Justiz- und Polizeidepartement festhielt. Zweifellos hat hier der nahe und häufig dramatische Kontakt mit den Franzosen oder den knapp ihrer Hölle entronnenen Flüchtlingen Herz und Sinn geöffnet. In Davos ist es die Anwesenheit zahlreicher Deutscher, welche die gleiche Wirkung hat: Die Hotels quellen über von ihnen, und es geht das Gerücht um, ihre Rationen seien höher als jene der Schweizer; die Flüchtlinge würden sich mit der Hälfte begnügen! Dieses angeblich den Deutschen gewährte Vorrecht führt geradewegs zu einem Gerücht, das bei den Anhängern einer grosszügigen Politik im Schwange ist und gegen das H&H ankämpft, dass nämlich die Schliessung unserer Grenzen auf Druck vom Reich hin erfolgt sei.<sup>73</sup>

Von diesen zwei gegensätzlichen Strömungen schwingt keine deutlich obenauf. Die Ereignisse haben ein vergessenes oder verstecktes Thema an die Oberfläche gebracht und lassen Leidenschaften aufbrechen, die sich nicht so bald beruhigen sollten. Keinerlei Übereinstimmung kann in diesem Klima erreicht werden; deshalb merken die Korrespondenten von H&H oft an, dass in ihrer Umgebung hitzig diskutiert werde. Das Ausmass und das Grauen der Verfolgungen sind noch sehr wenig bekannt und haben noch nicht ihren Höhepunkt erreicht; die Zensur würde nicht erlauben, dass die Nachrichten, über welche die Verwaltung oder die Presse damals verfügen konnten, veröffentlicht werden, was die Vorbehalte oder die Feindseligkeit ebenfalls erklären mag.

## Murren und Propaganda

Wenn man so die Korrespondenzen von H&H und vor allem die Presse liest, könnte man leicht glauben, dass der Bundesrat für seine Politik nur Kritik erntete. Anlässe für gelegentliche oder dauernde Unzufriedenheit fehlten tatsächlich nicht. Doch hin-

ter den oft zündenden Äusserungen der Kritik könnte man einen soliden Grundstock an Vertrauen entdecken, selbst bei den Bauern und Arbeitern, die sich undifferenziert ausdrücken oder zuweilen, was interessanter ist, mit einigen Überlegungen: In einer deutlich weniger gespannten Lage als 1918 ist dieses Vertrauen «viel stärker in der ganzen Bevölkerung verankert; überall herrscht die Gewissheit vor, dass auch militärisch alles, was wirklich notwendig und möglich ist, gemacht wird, um die Unabhängigkeit zu bewahren und eine Politik der absoluten Neutralität zu verfolgen; diese ist total und bildet einen mächtigen Faktor der ‚inneren Front‘ und bestimmt natürlich auch das Vertrauen und die Zuversicht der Bevölkerung». <sup>74</sup> Anderswo, und ohne verallgemeinern zu wollen, hört man auch das Vertrauen der Bauern in den Plan Wahlen erwähnen oder die feste Haltung des Bundesrates in der Pressekampagne, welche durch die Deutschen im Dezember 1942 gegen die Schweiz geführt wurde.



Diese letzte Erscheinung ist selten genug, um unterstrichen zu werden. Meistens wurde, wie wir gesehen haben, von allen Parteien des Landes und in verschiedenen Formen der gegenteilige Vorwurf einer zu grossen Folgsamkeit erhoben. Es waren vor allem Gerüchte, die umgingen, und deren Inhalt weniger bedeutete als die Beweggründe und die Einstellungen, die sie enthüllten; Gerüchte, dass die Schweiz dem Reich alle möglichen Güter liefere, von den Altmetallen, die man sammelte, um daraus Panzerruppen herzustellen, bis zu den Milchprodukten und der Elektrizität. Vor allem 1941 wiederholte sich regelmässig das Gerücht, dass Tausende von qualifizierten Arbeitern vom Reich angefordert oder bereits verschickt worden waren. All dies konnte als Folge des Handelsabkommens betrachtet werden. Parallel dazu wollte ein anderes Gerücht wissen, die Engländer hätten angekündigt, sie würden Oerlikon oder 80% unserer Städte bombardieren, falls diese Lieferungen endlos weitergingen. Man hörte auch, dass Spione auf ausländischen Druck hin geschont worden seien. Im Sommer seien deutsche Flugzeuge ungestraft im Belpmoos gelandet und wären zurückgegeben worden. In diesem Geist diskutierte man anfangs 1942 immer noch über die Auslieferung der 1940 abgeschossenen Flugzeuge und ihrer Piloten, sowie des polnischen Kriegsmaterials. Gerüchte auch – welche eher die Armee berührten – dass Offiziere desertierten und die Grenze überschritten.

Konnte eine Schweiz, die wirtschaftlich so sehr von Deutschland abhängig war, sich immer noch ehrlich mit ihrer Neutralität brüsten? Wie immer es um die Echtheit dieser Gerüchte bestellt sein mochte, niemand konnte die engen und stets

ausschliesslicher werdenden Wirtschaftsbeziehungen zwischen den zwei Ländern bestreiten. Die Zeitungen Süddeutschlands und die Flüsterpropaganda in der Schweiz benützten dies, wie wir sahen, um von der wirtschaftlichen Abhängigkeit auf die politische Unterwerfung zu schliessen, ohne dass dafür ein Krieg notwendig gewesen wäre. Im März 1942 war für die *Schweizer Monatshefte* die Zweckmässigkeit der Neutralität längst kein Thema mehr. Gewiss war die Frage im vorangehenden Sommer von Neuem aufgetaucht: Sollte man nicht aktiv unsere Solidarität mit dem neuen Europa beweisen? Von nun an war die Diskussion geschlossen, die kontinentale Organisation diene sichtbar einer kriegführenden Macht.<sup>75</sup> Man begriff daher die Verlegenheit angesichts dieser zu engen und ungleichen Wirtschaftsbindungen, sei es, dass die Neutralität bloss noch ein leerer Begriff schien, sei es, dass man die politische Unterjochung befürchtete oder an anglo-amerikanische Vergeltungsmassnahmen glaubte. Die Anwesenheit von Pilet-Golaz an der Spitze der Aussenpolitik verleitete niemanden zu glauben, dass Bern zu einer Politik der Festigkeit entschlossen war.

An Beweisen für die Schwäche der Regierung fehlte es anscheinend nicht, auch nicht an Zwischenfällen, welche die Kritik jedesmal neu belebten. Die Zensur begünstigte zu augenfällig eines der beiden Lager, befand man, als man hörte, dass Karl Barth nicht mehr in der Öffentlichkeit sprechen durfte, während offenkundige Freunde des Reichs sich frei äussern durften und Italien im Tessin weitherum seine sogenannten kulturellen Tätigkeiten propagierte, oder wenn *Die Front* der Neutralität eindeutig zuwiderlaufende Artikel veröffentlichen durfte. Das Erntedankfest, das die Deutschen am 4. Oktober in Zürich lärmig feierten, verstärkte die Überzeugung von einer parteilichen Politik (auch wenn in diesem Fall die Erlaubnis von der Kantonspolizei erteilt worden war): Die Tatsache war zu offenbar, um nicht weitherum zu schockieren<sup>76</sup>, aber es folgten andere, diskretere: Orientierungsläufe, die von in der Schweiz lebenden jungen Deutschen an der Grenze organisiert wurden, Turnveranstaltungen etc.

### **Das Verbot der Kommunistischen Partei**

Der schwerste und langfristig folgenreichste Vorwurf betrifft die ungleiche Behandlung der Kommunisten und der Fronten. Warum die ersteren verbieten und verfolgen, die keine erwiesenermassen landesverräterischen Taten auf dem Kerbholz hatten, und Organisationen wie die Eidgenössische Sammlung zulassen, die offen dem



Reich verpflichtet waren, selbst wenn andere, so die Nationale Bewegung der Schweiz, aufgelöst worden waren? Hiess das nicht, sich auf die Bahn der Prozesse wegen Gesinnungsdelikten begeben?

Die Opposition kam vor allem von der Linken, die hier auf ihre Rechnung kam. Die sozialistische Presse zog gegen die Verfolgung der Kommunisten los, welche diesen nur mehr Stärke verlieh und mehr – künftig geheime – Mittel zur Agitation. Der Arbeiterklasse war es gelungen, eine gefährliche Partei zu vernichten, und jetzt gab ihnen der Staat Waffen in die Hand! Indem sie die Vereinsfreiheit verteidigte, stand die Sozialistische Partei gut da und konnte hoffen, ihren linken Flügel zurückzugewinnen sowie ihre ehrgeizigen jungen Männer, welche von einer Politik, die sie als zu regierungsfreundlich und anpassersisch beurteilten, angewidert waren. Alle Elemente waren vereinigt, um eine hartnäckige, kräftige Kampagne zu begründen, was jene beunruhigte, welche ihrerseits davon träumten, die sozialistische Partei für einen Burgfrieden zu gewinnen.

Doch es gab nicht nur die Presse. Die Anhänger der Kommunisten, zahlreiche Arbeiter, anscheinend vor allem aus der Gegend von Genf, Winterthur und Zürich, fühlten sich ausgegrenzt, ausgestossen aus einer nationalen Gemeinschaft, welche ausserordentliche Umstände ausnützte, um sich einer störenden Opposition mit polizeilichen Methoden zu entledigen. Man brauchte nicht Parteimitglied zu sein, um diese Behauptung zu unterstützen!

Am 17. Juni wurden Jules Humbert-Droz, Edgar Woog und andere mehr oder weniger bekannte Kommunisten in Zürich eingesperrt. Sechs von ihnen blieben in Untersuchungshaft, bevor sie ab November in *Schutzhaft*, wie man das auch im III. Reich nannte, genommen wurden und einen Hungerstreik begannen. Das Echo darauf war bedeutend und veranlasste verschiedene Demonstrationen und Vorstösse zu Gunsten der Gefangenen.

Hier ist der Kommentar eines Korrespondenten von H&H: «... Man spricht viel darüber. Diese Männer wären keine Verräter ... Warum sie im Gefängnis behalten? Wozu diese Arbeiter einsperren, während man die Frönder frei herumlaufen lässt, deren Organ, der *Grenzbote*, noch nicht verboten ist, obschon diese Bande für uns viel gefährlicher ist? Wenn Russland nicht einen so heldenhaften Kampf führte, wer weiss, wo wir heute wären etc.» Der parteilose Autor gibt anschliessend seine persönliche Meinung ab, dass man sie bestrafen muss, wenn sie schuldig sind, aber nicht im Gefängnis behalten: «Schutzhaft, das tönt sehr ausländisch. Ich würde es sehr bedauern, wenn es für das Ansehen eines Beamten zu Unruhen im Volk kommen müsste, und man in der Folge geradezu Reklame und Propaganda für die Kom-

munisten machen würde ... Wenn diese Leute Verräter wären, hätten wir ganz andere Reaktionen ...» Die Kopie dieser Zeugenaussage wurde dem Sicherheitsdienst der Armee übermittelt und von Bemerkungen Dr. Lindts begleitet, dass ähnliche Schreiben fast jeden Tag einträfen und grossenteils aus Arbeiter- und Angestelltenkreisen stammten; sie waren vermutlich weniger von Sympathie für den Kommunismus veranlasst als von der Tatsache, dass die Bewegungen der extremen Rechten, wie die Eidgenössische Sammlung, nicht die gleiche Behandlung erlitten. Selbstverständlich nützten die Kommunisten dies geschickt aus.<sup>77</sup> Drei Elemente dieses interessanten Briefes verdienen Aufmerksamkeit: ausser dem Märtyrerschein ist es die stillschweigende Verbindung, die sich zwischen der sowjetischen Verteidigung und den Menschenrechten einstellt, im Augenblick, wo unsere Demokratie gefährlich zu einem Nazi-Polizeistaat neigte (und wo übrigens die materiellen Schwierigkeiten die gesellschaftlichen Spannungen wachsen liessen); schliesslich ist unser Korrespondent kein Kommunist und die Umgebung, von der er Zeugnis gibt, zweifellos noch weniger. Zu diesem Zeitpunkt bewunderte man die russischen Soldaten und beklagte die kommunistischen Opfer der Schweizer Polizei. Später sollte man von ihrer Anwesenheit und dem Einfluss ihrer Ideale die Erneuerung eines ungerechten Regimes erhoffen.

Auch hier erfasst man die Veränderungen, die sich im Bewusstsein und in den Köpfen vollziehen in diesen langen Monaten der Neueinpendlung der Kräfte, wo die UdSSR viel mehr als die angelsächsischen Mächte das Schicksalsschwert zu halten schien. Wie ein Polizeioffizier aus der Region Zürich drei Monate vor der Landung in Nordafrika schreibt: «Die Meinung ist weit verbreitet, dass der Sieg den Achsenmächten endgültig verwehrt ist, wenn es ihnen nicht gelingt, noch dieses Jahr über die Russen zu triumphieren.»<sup>78</sup>

Die Verfolgung der Kommunisten konnte auf der Linken nur die Idee bestätigen, dass die unbeschränkten Vollmachten eine Klassenregierung verstärkten, welche die Ideologie der nationalen Einheit dazu missbrauchte, die Interessen, die sie vertrat, in ihrem Handeln besser zu verteidigen. Die Grundsätze der Rationierung, die Gefügigkeit gegenüber den grossen bäuerlichen Interessen, das Steuersystem und seine Nutzniesser, alles wies daraufhin. Die Kampagne und die Abstimmung über die sozialistische Initiative für die Volkswahl des Bundesrates sollten dieser Überzeugung neue Nahrung bieten, und manche würden sich fragen, ob es nicht besser wäre unter diesen Bedingungen, zu einer ehrlichen Oppositionspolitik zurückzukehren.

Auch in der Armee erregte die kommunistische Propaganda Besorgnis, und der General fühlte sich verpflichtet, Vorsichtsmassnahmen zu treffen, deren Spuren man bis zum Kriegsende finden sollte. In einem Brief an Oberstkorpskommandant Huber vom 20. September 1941 zeigt er sich wirklich beunruhigt über «die Propaganda der äussersten Linken, die in mehreren unserer Industrieregionen wieder eingesetzt hat», indem sie sich auf die allgemeine Erschlaffung, die Preiserhöhungen etc., stützt. Andererseits könnten sich in Frankreich, Italien, in Deutschland selber als Folge von Niederlagen an der russischen Front beträchtliche Unruhen ereignen, deren Unterdrückung allenfalls zur Folge hätte, dass «unerwünschte Elemente auf unser Territorium abgeschoben würden», welche in grosser Zahl in die Industriegebiete strömen würden und sich dort zu den Extremisten des Landes gesellten, um Unordnung zu säen. Um dieser Gefahr zuvorzukommen, musste die Armee ihren Aufgaben des Widerstands gegen militärische Angriffe und der Aufrechterhaltung der inneren Ordnung noch jene hinzufügen, Infiltrationen durch einen Sperrgürtel an der Grenze zu verhindern. Die empfindlichen Gebiete waren die «Zentren der Kriegsindustrie oder der Unken Propaganda», Schaffhausen, Basel, der industrielle Jura, Genf sowie der Tessin. Nur die Landarmee konnte diese Aufgabe erfüllen und es war zweckmässig, sich darauf vorzubereiten.<sup>79</sup> Die Annahme des Generals verwirklichte sich nicht auf so dramatische Weise. Die Unerwünschten sollten eher italienische Faschisten oder SS und Gestapo-Agenten sein, was natürlich undenkbar war im Herbst 1941. Die Armee sollte wirklich über Truppen an der Grenze verfügen. Sie würden auch die damals nicht vorgesehene Aufgabe haben, die Tausenden von Asylsuchenden der Kriegs- und Besatzungsoffer nach Massgabe der Bundespolizei zu kontrollieren.

### **Ein wiederauflebender Demokratismus**

Wenn die Linke die Verantwortung leichthin auf das Regime abschob, das den Missbrauch begünstigte, so haben wir gesehen, dass der französische Zusammenbruch andere Kriterien hervorgerufen hatte, welche eher durch Zweifel an der Wirksamkeit der demokratischen Institutionen angeregt waren. In der Westschweiz hatte das Vichy-Regime eine Zeitlang falsche Hoffnungen erweckt, und die nationale Revolution mochte scheinbar das Modell einer verführerischen Erneuerung anbieten. Die Enttäuschungen hatten nicht auf sich warten lassen, und die verschiedenen aus dem Brodeln des Sommers 1940 hervorgegangenen Reformprojekte hatten kein grosses Echo gefunden. Die Umfrage der APF vom Sommer 1941 bestätigt ohne Umschwei-

fe das Scheitern dieser Versuche in der Westschweiz. Beinahe einhellig schlossen die befragten Persönlichkeiten auf die Gleichgültigkeit des breiten Publikums. Gemäss dem Redaktor des *Feuille d'Avis de Lausanne*, O. Treyvaud, interessiert man sich nicht für allzu theoretische Pläne, man verurteilt den Parlamentarismus nicht, mit Ausnahme einiger Kreise (in den Köpfen der Genfer dagegen sollte M. Raymond eine fatale Verwechslung zwischen französischer und schweizerischer Demokratie feststellen). Nach dem Genfer Journalisten J. Martin ruht die Verfassung für die Dauer des Krieges, der Bundesrat befiehlt, was man von ihm erwartet, und er hat gut daran getan, beispielsweise gegen die Kommunisten durchzugreifen. Man will «regiert werden», und es ist besser, sich um die Versorgung zu kümmern als um Verfassungsänderungen. Auch im Tessin findet der Journalist nicht mehr Reformeifer, jedenfalls nicht im Sinne der neuen Ordnung, schon gar nicht für den Augenblick, wo es andere Dringlichkeiten gibt. Überall herrschen Teilnahmslosigkeit, Resignation oder Vertrauen. Einzig soziale Neuerungen, stufenweise oder punktuelle Reformen (zum Beispiel des Nationalrates, wie in Neuenburg erwähnt), könnten Interesse wecken. Nichts deutet darauf hin, dass die Deutschschweiz unterschiedliche Reaktionen gezeigt hätte gegenüber Projekten, welche zu weit von den politischen Traditionen entfernt oder bereits von den Ereignissen überholt waren.<sup>80</sup>

Tatsächlich ist es vielmehr eine Rückkehr zur Demokratie, was die allgemeine Meinung charakterisiert (wir lassen für den Augenblick die Überlegungen der Theoretiker beiseite), auch wenn man das nicht allzu kategorisch behaupten kann. Beim Informationsrecht, das besonders stark von der Zensur behindert wird, scheint man nicht mehr die Blutschuldthese vorzuschieben, um neue Beeinträchtigungen der Freiheit zu rechtfertigen. Aber es scheint auch nicht, dass die Öffentlichkeit sich über die Konflikte ereifert, welche die Zensur erzeugt und die zwangsläufig auf die eingeweihten Kreise beschränkt bleiben. Die 1941 befragten Westschweizer Journalisten bedauern selbstverständlich eine zu strikte Zensur, doch ihre Meinung wird von andern nicht geteilt, die eher finden, das Volk beschuldige eine unvorsichtige Presse, die in ihrer Beurteilung selbstgefällig sei oder die sich darauf beschränken sollte, Tatsachen zu berichten. Im Februar 1942 begnügt sich H&H damit, festzustellen, dass die Notwendigkeit der Zensur nun anerkannt wird, dass man aber ihre Parteilichkeit zugunsten der Frontenpresse beklagt. Mit andern Worten, und soweit man sich auf das Schweigen berufen kann: Die Bevölkerung, welche eine feste Hand am Steuer verlangt, akzeptiert die Nachteile, die sie als vorübergehend betrachtet und deren Wirklichkeit sie verkennt, da sie eben nicht weiss, was man ihr verschweigt.

Es ist bezeichnend, dass die für die Probleme der Information sensibilisierten Korrespondenten von H&H oft verlangten, dass die Behörden sich häufiger äussern, sei es um ihre Politik zu erklären, sei es um falsche Gerüchte zu widerlegen oder um ihre Sicht gewisser innerer Vorkommnisse darzulegen. Als ob man die Wahrheit eher von den Machthabern als von den Journalisten erwarten würde. Wie wenn das wankende Vertrauen in die Regierenden nur durch das offizielle Wort wiederhergestellt werden könnte. Dies erklärt zum Beispiel den Erfolg einer Ansprache Bundesrat von Steigers vom 16. April über das Thema der inneren Sicherheit, die der Obhut des Volkes und der Behörden anvertraut sei. Zur Linken wie zur Rechten spendete die Presse Beifall.

Keinerlei Bedarf also, die Institutionen zu erneuern. Man kann noch weiter gehen bei der Lektüre eines offenen Briefes an den Bundesrat, der von achtundvierzig im ganzen Land bekannten Persönlichkeiten unterzeichnet war (K. Barth, Emilie Gourd, Ed. Privat, L. Ragaz, Schmid-Amann etc.) und der im Frühjahr 1942 in vierundzwanzig Zeitungen der Deutschschweiz ... und drei kleinen Zeitschriften der Westschweiz erschien. Diese Schrift zielte hauptsächlich auf den Missbrauch der unbeschränkten Vollmachten: zu viele Beschlüsse, um der Volksabstimmung zu entgegenen, zu viele willkürliche Verletzungen der Vereinsfreiheit, zu viele Einschränkungen der Pressefreiheit durch eine Zensur, die offenbar die moralische Neutralität durchsetzen wollte, zu viele Beleidigungen der Persönlichkeitsrechte durch den Unterdrückungsapparat.<sup>81</sup> Ohne die vom Krieg auferlegten Forderungen abzulehnen, schlugen die Unterzeichner keinerlei institutionelle Reformen vor, sondern nur die bestmögliche Anwendung des verfassungsmässigen Rechts. Die Kritik richtete sich einmal mehr gegen eine Politik, nicht gegen die fundamentalen Grundsätze des Staates.

Die Verwerfung zweier Volksinitiativen im Januar und Mai 1942 bestätigt die Verbundenheit des Volkes mit dem politischen System. Die erste, sozialistischen Ursprungs und 1939 eingereicht, schlug die Wahl des Bundesrates durch das Volk und seine Vergrösserung auf neun Mitglieder vor. Sie erhielt bloss die Zustimmung von 32% der Stimmenden und keines einzigen Kantons. Eine erdrückende Niederlage, die auf der Linken als Ablehnung einer sozialistischen Regierungsbeteiligung ausgelegt wurde. Im März bereiteten die Gemeinde wählenden von Zürich der sozialistischen Partei eine neue, empfindliche Niederlage, von der Duttweiler profitierte, einer ihrer Sündenböcke.

Was die Reform des Nationalrates betrifft, welche von der Pfändler-Initiative und der Partei des Landesrings vorgeschlagen wurde, so scheiterte sie ebenfalls, abgelehnt von 62% der Stimmenden und angenommen von einem Halbkanton.

Diese Niederlage der andern grossen Opposition erscheint umso kennzeichnender für den Konformismus der Mehrheit, als der Nationalrat 1940-1941 die missbräuchliche, verpolitisierte demokratische Institution schlechthin war.

### **Verhärtung bei der Linken**

Die Sozialisten verrieten schroff ihre Betroffenheit über die Niederlage vom Januar. Ihre Presse schloss daraus zumeist, aber mit einigen Ausnahmen, dass die Verständigungspolitik lange genug gedauert habe, da sie der Sache der Arbeiter und des Volkes keinen Fortschritt erlaubt habe. Es war daher angezeigt, zu einer härteren Linie zurückzukehren, sogar wieder in Opposition zu gehen, wenn auch nicht zum überholten Klassenkampf zurückzukehren. Weil die Zusammenarbeit mit der Mehrheit einfach zu einer Verstärkung der Regierungsparteien geführt hatte, welche es ablehnten, die Macht zu teilen, musste man einsehen, dass die Beteiligung durch den Kampf und nicht durch Bitten zu erlangen war. Daraus folgte in der Tat eine Radikalisierung der Partei und ihrer Mitglieder. Die Umstände waren übrigens durchaus dazu angetan mit dem Rückgang der Reallöhne und den Nachstellungen gegen die Kommunisten. Der erste Grund war nicht neu, aber der zweite bot eine unverhoffte Gelegenheit zur Verteidigung eines verfassungsmässigen Rechts und gleichzeitig zur Erinnerung an alles, was die zwei Parteien trennte. Es ist wahrscheinlich, dass dieses Verhalten rechtzeitig dazu beitrug, die Sache der Sozialisten bei zahlreichen Bürgern ausserhalb der Partei beliebt zu machen, welche durch das Verbot der Kommunisten und eine ungenügend kontrollierte Preissteigerung beunruhigt waren. Das bedeutete hingegen nicht, dass die Sozialisten ihre Einheit wiedergefunden hätten. Die Radikalisierung führte nicht bis zum Bruch mit den andern Parteien, umso weniger als die Beziehungen in den Kantonen und Gemeinden nicht unbedingt dieselben waren wie auf Bundesebene. Wir haben ein Echo davon aus der Sektion Törishaus in Bern, wo ein Parteimitglied im April einen Vortrag von H&H nicht veranstalten konnte, weil ein heftiger Streit ausbrach zwischen Befürwortern und Gegnern der Arbeitsgemeinschaft, welche alle Parteien des Kantons umfasste. Die Führungsmitglieder wollten sich weiterhin daran beteiligen, aber in der Basis fanden viele, dass die Partei darin zum Narren gehalten werde. Der Ausschluss widerspenstiger Mitglieder machte die Sache nicht besser.<sup>82</sup>

Die Kommunisten waren in einer günstigen Lage: Gewiss erfuhren sie in vollem Ausmass die Folgen des Parteiverbots, aber sie fanden darin auch den Vor-

teil des Märtyrertums, Erleichterungen für die Unterwanderung und vor allem die Klarheit einer kompromisslosen Politik gegenüber der Regierung, was ihr erlaubte, die Entscheidungsmöglichkeiten auf eine einzige Alternative zurückzuführen: entweder Faschismus oder Kommunismus! Ausserdem «gab der russische Widerstand, wie vorauszusehen war, der subversiven Propaganda einen neuen Anstoss. Traktate werden in grosser Zahl und regelmässig verteilt.» Dies stand bereits in einem Bericht über Genf vom September 1941. Der Rapport glaubte jedoch nicht an einen grossen Erfolg! Dies wird in einem Schriftstück von H&H vom Juli 1942 über die öffentliche Meinung in der Schweiz bestätigt: Die Arbeiterklasse blieb vorläufig für die Schlagworte der Agitatoren unzugänglich. Die Jugend, welche allein ihrem Einfluss hätte erliegen können, lehnte eine Propaganda ab, die sich besonders an sie richtete, weil ihr der Internationalismus überholt vorkam; sie hörte Heber auf die Deutschen, welche die Kriegsromantik bei all jenen auszubeuten verstanden, die sich in der eintönigen NeutraEtät eines Landes, in dem nichts geschah, langweilten. Ohne die extremistische Tätigkeit der Linken zu übersehen, ist es offensichtlich, dass Polizei und Armee mehr über jene der Rechten beunruhigt waren, die viel bedeutender und wirksamer war. Immerhin begann die Region Zürich Ende 1942 Sorgen zu bereiten. War es nach allem nicht eher durch Vermittlung der Sozialisten als durch direkte Wirkung? Das Echo verstärkt den Lärm. Die Kommunisten und die Mitglieder der Fédération socialiste suisse besaßen unleugbare Trümpfe; die Zeit, sie auszuspielen, war noch nicht gekommen. Das hing jedoch weniger von ihnen, als von der militärischen Entwicklung ab.<sup>83</sup>

### **Propaganda und Gegenpropaganda**

Beide psychologischen Tätigkeiten zielen darauf ab, die Regierung in Misskredit zu bringen, ihre PoEtik der Unabhängigkeit und der nationalen Verteidigung zu vernichten und darüber hinaus das Regime zu erschüttern. Jene der Deutschen ist kurzfristig radikaler als jene der extremen Linken, für welche die nationale Verteidigung eine Notwendigkeit geworden ist. Die Mittel richten sich auch nach einem ganz verschiedenen Massstab, weil die Deutschen über alle Techniken verfügen, die ein mächtiger Staat, der in Sachen Propaganda noch nie geknausert hat, bereithält. Alles ist von aussen gesteuert und gemacht, was für die Gegner im AugenbEck sicher viel weniger der Fall ist; ihre Tätigkeit erscheint deshalb spontaner und echt schweizerisch. Schliesslich erlaubt die Verschiedenheit der angewandten Mittel eine genauere Un-

tersuchung als die heimlich gedruckten Schriften und die Mund-zu-Mund-Propaganda, wie sie die extreme Linke praktiziert.

Die vier vom Reich verwendeten Kanäle bleiben dieselben wie in der Vergangenheit. Der diplomatische Weg kann beiseitegelassen werden, da er nicht zu öffentlichen Debatten geführt hat. Seine einzige Wirkung auf die öffentliche Meinung bestand darin, dass der Bundesrat zu oft den Befehlen aus Berlin unterworfen schien und dazu geneigt, das Land auf die neue Ordnung auszurichten, jedenfalls wirtschaftlich.

Die fünfte Kolonne kann uns auch nicht länger beschäftigen, wenn man ihre Verschwiegenheit bedenkt. Nach Lindt zeigte sie sich während dieser Kriegsphase sehr aktiv, indem sie die Deutschen in der Schweiz und die Schweizer mit etwelchen Bindungen an Deutschland auf den Kampfplatz führte. Ihre Drahtzieher hätten offenbar auf die Widerstandsschwäche eines Volkes spekuliert, dessen Regierung sich in ihrem Kampf gegen die Nazi-Propaganda unterlegen erwiesen hatte.<sup>84</sup> Wenn man annehmen will, dass die falschen Gerüchte oft durch die fünfte Kolonne aufgebracht und in Umlauf gesetzt werden, könnte man in jenen, die wir aufgeführt haben, den Willen zur Zerstörung des Vertrauens oder zur Einschüchterung wiederfinden. Andere wiederum nützten Deutschland überhaupt nichts, wie jenes wiederkehrende Gerücht von Kadavern der Wehrmacht oder für Dünger- oder Fettfabriken bestimmten Leichen, die in den die Schweiz durchquerenden Zügen entdeckt worden seien. Müsste man sie fünften Kolonnen der Alliierten zuweisen? Die Untersuchungen erlaubten es nie, direkte Eingriffe nachzuweisen<sup>85</sup>, was nicht überraschen kann, wenn man die unklare Herkunft der Gerüchte bedenkt, die wie gesagt vor allem einem Angstzustand in der Bevölkerung entspringen. Wie dem auch sei, Armee und Polizei bekämpften die Lügenmärchen, und H&H band den Teilnehmern ihrer Ausbildungskurse auf die Seele, sie zu entlarven, zu bekämpfen und echte Auskünfte zu erteilen, um die Wahrheit der Tatsachen in den Köpfen wiederherzustellen.

Das dritte Mittel, welches die Dienste von Goebbels benutzten, waren die Pressefeldzüge. Man kann damit auch die sprachlichen Entgleisungen gegen die Schweizer Journalisten von Botschafter Schmidt verbinden, dem Pressechef von der Wilhelmstrasse. Die Schweizer Presse reagierte schnell, um die Anschuldigungen Berlins zu widerlegen, die Einmischung in die inneren Angelegenheiten zurückzuweisen, die deutsche These von der moralischen Neutralität zu verwerfen oder diskrete Zweifel zu äussern über den Geist des neuen Europa, der sich da ausdrückte. Spontan und einstimmig unterstützt sogar von einer Resolution des in diesem Augenblick versammelten Verbandes schweizerischer Studentenschaften, brauchte sie nicht



einmal die Befehle der Zensur<sup>86</sup> und trug dazu bei, einen Angriff zu entschärfen, der zu nichts führte.

Abgesehen von diesem Einschüchterungsversuch scheint es nicht, dass die deutsche Presse besonders auffällige Kampagnen geführt hätte, ausser vielleicht im Süden des Landes. Der allgemeine Tenor der Zeitungen, wie er in einem Dokument der APF vom Herbst 1941 untersucht wurde unter dem sprechenden Titel «Die schweizerische Reichsfeindschaft», veränderte sich nicht während des folgenden Jahres. Ausser den herkömmlichen Argumenten gegen die Schweiz (ihr Verrat, als sie das Reich verliess, die Pflicht zur moralischen Neutralität etc.), benützte die deutsche Presse die Ereignisse, um zu drohen oder zu schmeicheln: Der europäische Krieg gegen Russland lässt überhaupt keinen Platz mehr für Neutrale, im Übrigen bewahrt die Vernichtung des Bolschewismus durch das Reich auch die Schweiz vor der Zerstörung. Ein Abseitsstehen von Europa hätte schwere Folgen. Noch schlimmer, die Schweizer Zeitungen unterstützen die sowjetische Sache (diese Behauptung wird gewöhnlich durch die zusammenfassenden Berichte der Wehrmacht aufgestellt, die auf Presseanalysen beruhen), deren Propaganda auf keinerlei Widerstand stösst in einer Demokratie, die sich nach dem selbstmörderischen britischen Modell richtet. Wirtschaftlich hängt das Land von den Lieferungen und der Grosszügigkeit Deutschlands ab: Drohung und Lockung wechseln hier ab, um eine Nation von knausrigen Rentnern zu überzeugen. Ausser dem Thema des antisowjetischen Kreuzzugs, wird auch das Asyl erwähnt: Die Juden finden bei uns das letzte Paradies in Europa, wo sie ihr Werk dank ihrer Filialen Freimaurerei und Rotary Club weiterführen können. Mehr noch, da der Zustrom dieses Abschaums geradezu ermutigt wurde, ist es nicht mehr möglich, sich auf das Asylrecht zu berufen, um zu rechtfertigen, dass die Schweiz eine Plattform der jüdischen Kampagnen gegen das Reich geworden ist.<sup>87</sup>

Im Allgemeinen stellt die APF im August eine Abnahme der Qualität in den deutschen Sendungen fest; die Ausdrucksweise ist weniger gepflegt, die Antworten auf die englische Propaganda werden schwach. Darüber hinaus beharren die Äusserungen zuhanden der inneren Front von nun an auf der nationalen Einheit, den moralischen Kräften, den unvermeidlichen Leiden, die ein noch lange dauernder Krieg mit sich bringt. Seit dem Herbst wurde der Ton defensiv. Es waren die Alliierten, die zur Offensive übergingen und eine zweite Front versprachen oder das Wirken und , die Operationen der Widerstandsbewegungen unterstrichen. Diese Veränderungen trugen dazu bei, in der schweizerischen Öffentlichkeit die Idee zu verbreiten, dass der Krieg

dem Ende entgegengehe und dass man in der Kriegsanstrengung nachlassen könne: man würde wie 1914-1918 ohne einen Kratzer davonkommen! Da das Gehenlassen sich bis in die Radiodirektion verbreitet hatte, musste man sie einmal mehr in diesem letzten Quartal des Jahres energisch an ihre Verantwortung erinnern.<sup>88</sup>

Neben der deutschen Propaganda zum Eigengebrauch oder als Stütze für Druckversuche anderer Art, ist die direkte psychologische Einwirkung auf die schweizerische öffentliche Meinung von grösstem Interesse. Ihre Ziele blieben die gleichen: den Staat dazu bringen, eine differenzierte Neutralität zu praktizieren, wenn man ihn schon nicht in den Krieg hineinziehen konnte, oder zumindest die Sympathie der Bevölkerung zu gewinnen, und andererseits den Widerstandswillen zu brechen sowie das Vertrauen in die Behörden und in die nationalen Werte. Besser als in den Pressekampagnen galt es Zuckerbrot und Peitsche zu handhaben, zu verführen oder einzuschüchtern, je nach Umständen. Auch hier wieder, nichts Neues seit dem Beginn des Krieges oder sogar noch früher ausser der Bolschewisierung und der Verteidigung Europas. Die Nutzlosigkeit der Verteidigungsmassnahmen gegen die Wehrmacht, die Kosten, welche diese einem bekanntlich geizigen Steuerzahler verursachen («die Kapitulation kostet weniger» sollte der Slogan lauten), die Ausnützung des Pazifismus durch die Beschreibung der Kriegsgreuel, der Gegensätze zwischen Soldaten und Offizieren, die wirtschaftliche Abschnürung eines eingekreisten Landes, welche jedes militärische Eingreifen erübrigte: alle Beweisgründe waren gut genug, und manche wurden auch von der extremen Linken verwendet. Die Aufblähung sozialer oder politischer Konflikte wie jenes von Steinen passte den einen wie den andern. Mit einem Unterschied: Die Deutschen passten ihre Argumente je nach Empfänger den Umständen an, auf die Gefahr hin sich zu widersprechen; den Industriellen boten sie Schutz vor dem Bolschewismus oder vor Lohnforderungen; den Arbeitern versprachen sie die sozialen Rechte und den Preisstop; den Bauern schlugen sie garantierte Märkte und vorteilhafte Preise vor. Die kommunistische Propaganda zielte nur auf eine einzige Kategorie, die Arbeiter, und beharrte selbstverständlich einzig auf deren Rechten.<sup>89</sup>

Die Träger der deutschen Einwirkung blieben wie zuvor hauptsächlich der Film, das Radio, die Printmedien, die Informationen an die Schweizer Zeitungen. Was die Filmwochenschau betrifft, besetzte die Achse trotz einer nicht rückgängig zu machenden Abnahme seit Anfang 1942 weiterhin den ersten Platz, mit einundzwanzig Kopien der *UFA Wochenschau* jede Woche von November 1940 bis Oktober 1942, sieben Kopien der italienischen *Luce* während des ersten dieser Jahre, dann vier im zweiten. Die Neuerung bestand in den vier wöchentlichen amerikanischen

Kopien und den fünf englischen, die 1942 regelmässig importiert wurden und eine Art Krieg der Filmwochenschauen auslösten. Neben diesem regelmässigen Verleih gelangten weiterhin verschiedene Filme auf unseren Markt; aber die Besetzung der freien Zone in Frankreich verringerte Ende 1942 den Anteil angelsächsischer Streifen, die ihre bis dahin zahlenmässige Überlegenheit einbüssten.

Die bescheidene Produktion schweizerischer Filme und FilmmNachrichten konnte die deutsche oder alliierte Produktion nicht wirklich konkurrenzieren. Zahlreiche Teilnehmer an Seminarien von H&H bedauerten die Schwäche unserer Gegenpropaganda. «Sie scheint ihrer Ansicht nach in keiner Weise die Zuschauer beeinflussen zu wollen.» Anstatt sich zu bemühen, vom Wert unserer Errungenschaften und unserer Institutionen zu überzeugen, deckte sie das Publikum beispielsweise mit Festszenen ein, als ob diese einen wesentlichen Zug im öffentlichen Leben des Landes darstellten.<sup>90</sup>

Für das Radio dagegen war der Kampf leichter, insofern die APF einen diskreten und individuellen Einfluss ausüben konnte, was nicht immer der Fall war (ausgenommen natürlich die für die Armee bestimmten Sendungen). In ihrem Bericht über das dritte Quartal 1942 musste die Sektion Radio der APF feststellen, dass man der Entwicklung nicht mehr zu folgen vermochte: Das Radio hatte die kulturellen Werte von 1936 bis 1939 ausgezeichnet bekannt gemacht; es gelang ihm nicht mehr, die sozialen Spannungen zu entschärfen und zu überwinden oder die Jugend anzusprechen. Diese Kritik wurde deutlich gemacht von einem Hörer aus Zürich, der den Einschalterfolg der deutschen Sendungen dem zu hohen Niveau unseres Radios zuschrieb. Vorträge und klassische Musik fesselten den Durchschnittshörer nicht mehr – vor allem wenn er jung war –, der Militärlieder, Erlebnisberichte von Unterseebootskapitänen oder einfach volkstümliche Musik vorzog.<sup>91</sup>

Die Wirkung von Wort und Bild war jener des Geschriebenen deutlich überlegen. Auch blieb die Verbreitung der politischen Presse zur Überraschung der Beobachter schwach. Die kleinen süddeutschen Zeitungen verkauften sich nur in einigen Dutzend Exemplaren, und auch die grossen überstiegen selten das Tausend. Die verbreitetste war der *Völkische Beobachter* (Münchener Ausgabe), der mit 5'136 durchschnittlich verkauften Nummern pro Tag im zweiten Quartal 1941 den Höhepunkt erreichte, dann auf ein Drittel (418) zurückfiel, um in den zwei folgenden Quartalen unter 600 zu stagnieren. Nur die Wochenzeitung *Das Reich* ragte aus der Menge hervor, erreichte Ende 1941 eine Spitze von 8'300 Exemplaren und schwankte 1942 um die 6'000 bis zum Juni ..., aber zahlreiche Nummern mussten

beschlagnahmt werden. Wenn man die professionellen Abonnemente und jene der in der Schweiz niedergelassenen Deutschen davon abzog, schien der Einfluss auf die Bevölkerung minim.

Bei der illustrierten Presse ergab sich ein völlig anderes Bild. Eine unschlagbare Qualität der Darstellung zum gleichen Preis (die Nummern wurden mit Verlust verkauft, was die Schweizer Konkurrenz wehrlos machte), eine stets frische Aktualität garantierten ihre Anziehungskraft. Die weltanschauliche Propaganda war diskret, aber geschickt verpackt und für die Herausgeber vorrangig. Signal blieb weiterhin die Zugnummer, doch die Leserschaft nahm ab: 42 691 Exemplare pro Lieferung im zweiten Quartal 1942, gegenüber mehr als 84'000 auf den Spitzen der zwei ersten Quartale von 1941, aber schon nur noch 44 660 im dritten. Die Ausschläge in beiden Richtungen sind bedeutend. Andere Illustrierte folgten weit hinten, während jene militärischen Charakters eine treue Kundschaft bei den Offizieren und Unteroffizieren bewahrten infolge ihres technischen und politischen Interesses.<sup>92</sup>

Die APF sowie H&H verfolgten die ausländische Propaganda aus der Nähe und waren, wie wir bereits sahen, nicht so bar jeglicher Mittel, wie es zunächst den Anschein machte. Seit dem Beginn der Informationskurse ergab sich die Möglichkeit einer psychologischen Gegenaktion in der Zivilbevölkerung. Sobald eine gefährliche Tätigkeit gemeldet wurde, konnte man öffentliche Versammlungen einberufen; in Wangen zum Beispiel versammelte Oberst Frey 600 Personen durch Vermittlung der Zentrale für Arbeiterkultur, um einem Vortrag des Zürchers Volkart entgegenzuwirken, der des Kommunismus verdächtigt wurde. Überdies rief H&H auf Befehl des Generals vom 4. Januar 1942 eine Spezialabteilung ins Leben, um allen Anwerbungsversuchen extremer Organisationen entgegenzuwirken. Diese beschränkte sich darauf, die jungen Leute zurückzuholen, welche beabsichtigten oder versuchten, die Grenze zu überschreiten, um sich in Deutschland zum Krieg zu verpflichten.<sup>93</sup> Der Fächer der offiziellen Möglichkeiten war nicht sehr breit, und wir haben bereits gesehen, wie ungenügend er damals empfunden wurde, doch war es schwierig, mehr zu versuchen, ohne die pluralistische Demokratie zu verraten, auf die man sich berief.

Man kann die Wirkung der Propagandatätigkeiten in diesem Zeitabschnitt nicht besser ermessen als in den vorangehenden. Lindt erachtete sie stets als begrenzt, auf eine Minderheit beschränkt, doch geeignet zu verunsichern, zu zweifeln an unserer Verteidigung und unsern Institutionen, auch wenn – in optimistischer Sicht – diese deswegen manchen umso kostbarer erscheinen mochten. Die Minderheit der Bekehrten nahm ab, jene der wankend gewordenen ebenfalls. In einer Ant-

wort an einen Korrespondenten von H&H beurteilte Lindt die Nazis als gefährlicher denn die Kommunisten, weil sie sich auf eine Rassen- und Sprachgemeinschaft stützten und aus viel näher gelegenen Zentren heraus voringen. Was die extreme Linke angeht, könnte man sie in dem Masse entwaffnen, wie man die sozialen Probleme zu meistem verstünde.<sup>94</sup> Der einzige statistisch aussagekräftige Hinweis auf die nachlassende Propagandawirkung der Achse war der Importrückgang der deutschen Publikationen.

Man konnte nebenbei Ähnlichkeiten feststellen zwischen den Argumenten der Propagandaapparate und den Kritiken der Bevölkerung gegen die Regierung oder das Regime. Das bedeutet nicht unbedingt, dass die letzteren sich aus den ersteren herleiten. Sie können sich auch kreuzen, weil die Propagandaverantwortlichen die Reaktionen und die Bedürfnisse, die Befürchtungen und die Hoffnungen der Schweizer Bevölkerung untersuchten und kannten.

### Politische Essayisten

Der gegenwärtige Augenblick und die Zufälle der internationalen Lage prägen die Reaktionen der Tagespresse und der Bevölkerung von Tag zu Tag. Der Abstand, den sich die Essayisten verschaffen, bewahrt sie in besonderem Masse vor dem Alltäglichen, ohne sie davon gänzlich zu befreien. Das Ende von 1941 und das Jahr 1942 lassen das Gleichgewicht zwischen den Kriegführenden in der Schwebelage, entfernen aber die unmittelbaren Gefahren. Die antidemokratische Nörgelei und das Bedürfnis nach autoritären Lösungen verblassen daher, aber der schon in der vorangehenden Zeitspanne festgestellte Anti-Individualismus dauert an: «Man wird sich immer klarer bewusst, dass wir als Einzelne wie als Staat und als Volk unter der Vorrangstellung leiden, welche sich die egoistischen Interessen und die Organisationen, die sie verkörpern, allmählich zum Nachteil der lebendigen Gemeinschaft angeeignet haben.» Aus diesem Grunde muss man sich auf «das grundlegende Kooperationsprinzip» unseres Volkes beziehen, wie ein anderer Publizist präzisiert, dem daran liegt, diese Kritik in der nationalen Vergangenheit zu verwurzeln.<sup>95</sup>

Politisch bedeutet dies, dass die Parteien weiterhin verpönt sind, obwohl die Essayisten eher darauf abzielen, sie zu zügeln als sie abzuschaffen; dass der Nationalrat als deren Ausfluss die verdächtige Institution schlechthin bleibt und dass man geeignete Lösungen sucht, um die Kompetenzen der Exekutive zu vergrößern wie auch die Rolle der Eliten im Staat aufzuwerten. Daran ist nicht viel Originelles.

Den Entwürfen zur politischen Erneuerung fehlt die Kühnheit, und das Glück darin scheint zu versiegen, jetzt, wo der Anti-Demokratismus keinen Erfolg mehr hat.<sup>96</sup> Die wirtschaftlichen Sorgen schwingen deutlich obenauf, und das ist verständlich: Die politischen Reformversuche waren auf den Konservatismus der Wähler geprallt. Das Feld der Sozialreformen schien unendlich viel offener; die vergangene Krise, der Anstieg der Preise in der Gegenwart, die Aussicht auf Arbeitslosigkeit und ein neues 1918 in der Zukunft verfolgten die Geister. Man glaubte gerne, dass die Gesellschaft, die aus dem Krieg hervorginge, von der alten verschieden sein würde. Man müsste dafür sorgen, dass sie gerechter, gemeinschaftlicher sei. Der Wettbewerb, die Marktgesetze, der egoistische Kapitalismus, der heruntergekommene Liberalismus dienen immer noch als Zielscheibe für die Sozialreformer, die sich auf mehr korporatistische und kollektivistische Modelle ausrichten.

1942 schreibt auch in diesem Punkte das vorangegangene Jahr fort. Ducommun und seine Freunde fahren fort mit ihrem Wirken zugunsten der Berufsgemeinschaft. Auf Seite der Landwirtschaft könnte man die Richtlinien des Schweizerischen Bauernverbandes vom November 1942 anführen, der für die Nachkriegszeit ausgedehnte Bundesgarantien für das bäuerliche Einkommen fordert. Das entschiedenste und zusammenhängendste Projekt jedoch ist «Neue Schweiz». Dieses im Dezember 1941 erschienene und im folgenden September auf dem Kongress von Winterthur angenommene Programm der Sozialistischen Partei übernimmt im Wesentlichen jenes von 1935, setzt aber die Akzente verschieden: Um die Wirtschaft in den Dienst der Gemeinschaft und das «Kapital in den Dienst des Arbeiters» zu stellen, müssen sich die Industriebetriebe zu paritätisch geleiteten Gesellschaften organisieren und die Mitbestimmung auf Unternehmensebene praktizieren. In Gewerbe, Handel und Landwirtschaft, denen ein gerechter Platz eingeräumt wird, sollen Kooperativen gefordert oder obligatorisch erklärt werden. Die ganze Produktion wird vom Staat kontrolliert und einer zentralen Planung unterworfen werden. Dieses System erübrigt riesige Verstaatlichungen, nur die Grossbanken, die Monopolindustrien oder jene von nationalem Interesse sollen der öffentlichen Gewalt übergeben werden. Dieses Regime würde die unerlässliche Geschmeidigkeit ermöglichen und die Selbständigkeit der Ausführung aufs Beste mit der Koordination in der allgemeinen Politik versöhnen. Das Recht auf Arbeit schliesslich würde erlauben, das bohrende Problem der Arbeitslosigkeit zu lösen.

Die Urheber des Programms waren sich bewusst, dass sie die Gelegenheit des Krieges ergreifen sollten, um zu verwirklichen, «was früher unerreichbar schien», und um es in friedlicher Weise zu erreichen: Das Projekt ist revolutionär,

aber die Durchführung wird demokratisch sein, gebunden an den Willen der Bevölkerungsmehrheit.<sup>97</sup> Dies war ein wichtiger Trumpf zur Stunde, wo der Gemeingeist triumphierte und der Wille zur gewaltlosen Lösung der Sozialkonflikte. Es war auch ein Beweis für das Selbstvertrauen und den Sinn für Strategie ebensowohl wie eine Bestätigung der Doktrin.

Die Sozialisten finden in der allgemeinen Geisteshaltung einen kräftigen Grund zum Vertrauen in die Zukunft. Sie schöpfen es noch aus anderen Quellen: die Überzeugung, dass der Kapitalismus durch die Wirtschaftskrisen zerrüttet ist und dass das Aufeinanderprallen der Imperialismen, die er erzeugt, seinen Sturz beschleunigt.<sup>98</sup> Die militärischen Ereignisse nähren diese Gewissheit: Die kapitalistischen Mächte Frankreich, Grossbritannien, Vereinigte Staaten ernten nur Niederlagen, während die UdSSR sich siegreich verteidigt. Daher die Schlussfolgerung, das Problem bestehe nicht mehr zwischen Revolutionären und Reformern innerhalb des Sozialismus, sondern zwischen Sozialismus und Kapitalismus-Kolonialismus. Der Ausgang unterliegt keinem Zweifel, und die Schweiz wird sich wohl ebenfalls einfügen müssen.<sup>99</sup> Diese Art Überlegung, die sehr nahe bei der kommunistischen Analyse ist, zeugt ohne Umschweife von der Wirkung der Machtverhältnisse, die sich dauerhaft durchzusetzen scheint in diesem Anfang des Jahres 1942, wo die asiatischen Katastrophen die schon auf andern Schlachtfeldern so schwer geprüften Westmächte überwältigten.

Die Forderungen des kollektivistischen Geistes fanden sich auf der Rechten in gemilderten Formen wieder, die es erlauben, einige Grenzen der Ausbreitung des Anti-Individualismus abzustecken: 1942 lancierte die katholisch-konservative Partei trotz ihres eingefleischten Föderalismus eine eidgenössische Initiative zum Schutz der Familie, welche nach ihrer Philosophie das Fundament der Gesellschaft ist.

Halten wir vor allem eine kleine Schrift von Albert Picot fest, einem der Wortführer des Liberalismus in der Schweiz, der die «Nachteile eines Regimes der unternehmerischen Vormachtstellung» anzeigt, wie sie früher geübt wurde, aber auch jene «eines Regimes der Arbeiter-Vorherrschaft», die vom Geist des Klassenkampfes beseelt ist. Der Arbeitsfriede muss ausgebaut werden, und das beste Instrument dazu ist der notfalls obligatorische Kollektivvertrag. Ständige Organe könnten eine engere Zusammenarbeit unter den Sozialpartnern sicherstellen. Doch sollte sich diese Berufsgemeinschaft beschränken auf die Vertragsverhandlungen, auf die Werkstattorganisation und auf die beruflichen Sozialprobleme. Sie würde die Schweizer Industrie ruinieren, «wenn sie die kühne, schöpferische Initiative des Unternehmers beschneiden würde, indem sie dem Arbeitgeber, dem Industriekapitän, die Tätigkeit auf

seinem ureigensten Gebiet wegnähme, *die Politik der Bestellungen und des Verkaufs, die Befehlsgewalt über das Unternehmen*». <sup>100</sup> Man ist weit entfernt von Ducommun und noch weiter von «Neue Schweiz», und es sind nicht die vier Grundsätze seiner Sozialgesetzgebung, welche ihn diesen näherbringt: die Wahrung des politischen Aufbaus, die Privatwirtschaft, gesunde Finanzen, der Rechtsstaat. Der dritte insbesondere kennzeichnet den Abstand. Auch ohne Meinungsumfragen oder andere zahlenmässige Angaben darf man annehmen, dass die von A. Picot vertretene Strömung deutlich in der Minderheit war.

Gemeinsinn, Solidarität, das sind die Gemeinplätze des sozialen und politischen Denkens und der öffentlichen Meinung der Epoche, zum Teil der Geistigen Landesverteidigung entsprungen. Diese Entwürfe schienen sich leichter auf sozio-ökonomischem Gebiet verwirklichen zu lassen als in der Politik: auch war die Dringlichkeit dort grösser; die soziale Gerechtigkeit erschien – manchmal sogar ausserhalb der Linken – als eine Grundlage des politischen Systems: «Unsere Demokratie lässt sich wirksam nur rechtfertigen, wenn ihre politische Form einen wirtschaftlichen und sozialen Inhalt hat.» <sup>101</sup> Die Solidarität schliesst den Klassenkampf aus, aber sie erlegt Opfer auf, welche in der Sicht des Augenblicks von den Privilegierten und Wohlhabenden erbracht werden sollten, in dem Masse, wie sie immer auf der Notwendigkeit und der Tugend der nationalen Einheit und der Zusammenarbeit der Klassen bestanden hatten. Die *Lutte syndicale* drückt sich folgendermassen aus in einem Artikel, der von der *Revue Traits* unter dem Titel «Eine Warnung» übernommen wurde, und wo sich eine Auffassung ausdrückt, welche die Arbeiter-(und Bauern-) Kreise, in denen sie entstanden ist, übersteigt: «Es wäre verrückt zu glauben, dass die Arbeiter alle Opfer, die man von ihnen heute verlangt, annehmen werden, bloss um das aufrechtzuerhalten, was vor dem Krieg war, ohne Hoffnung, endlich einige ihrer Forderungen verwirklicht zu sehen. – Sich gegen eine weite und grosszügige Sozialpolitik erheben, die in den Grenzen der finanziellen Möglichkeiten unseres Landes bleibt, heisst die Unruhen und die gewalttätigen Zusammenstösse von morgen vorbereiten. – Könnten die ‚Eliten‘ es früh genug verstehen.» <sup>102</sup>

## Schlussfolgerung

In einem Brief vom Februar 1942 bedauerte der Präsident der Zuger Unteroffiziersgesellschaft den Opportunismus zuvieler Leute, deren Grossmäuligkeit sich mit dem



Wechsel der Erfolge an der russischen Front veränderte.<sup>103</sup> Diese Behauptung erman- gelt nicht der Triftigkeit, auch wenn man sie nuancieren muss: Die glänzenden An- fänge des Russlandfeldzuges machten Eindruck, überzeugten aber nicht davon, dass der angeblich europäische Kreuzzug eine gerechte Sache sei. Das was man den *Ha- kenkreuzzug* nannte, warb kaum Jünger über die alten Bekehrten hinaus: Man wusste nunmehr genug über die neue Ordnung, um sich zu weigern, sie mit der Zukunft der Völker des Kontinents und mit der Zivilisation, die es gegen die Barbarei zu vertei- digen galt, gleichzusetzen. Die Analysten der Wehrmacht mussten feststellen, wie sehr die Schweizer Presse es ablehnte, diesen Gesichtspunkt des Kampfes zu verste- hen. Indessen flösste die UdSSR nicht mehr Sympathie ein, und man konnte un- schlüssig sein. Nun schrieb der Journalist E. Rossier eineinhalb Jahre nach dem Be- ginn der Kämpfe: «Das Bürgertum bei uns hat vom Kommunismus alles zu befürch- ten. Durch welches Kunststück ist es den Deutschen gelungen, es beinahe vollständig dazu zu bringen, sich über die Erfolge des russischen Kommunismus zu freuen?»<sup>104</sup> Diese Behauptung ist in ihrer Verallgemeinerung zweifellos übertrieben, aber acht- zehnte Monate Kämpfe, erbitterter sowjetischer Widerstand, weitgreifende, aber im- mer vor dem Zusammenbruch des Landes und des Regimes gestoppte Offensiven hatten zu denken gegeben. Man hatte Hoffnung nötig; die Schweizer Zaungäste konnten sich nicht mehr so ganz mit den westlichen Alliierten identifizieren, die zu fern und zu langsam, wenn nicht zu untüchtig waren in ihren Operationen, um als Befreier Europas zu erscheinen. Während die Russen ...

Empfänglich für die Propaganda, begierig, ihre neuen Sympathien durch ethisch-politische Urteile zu rechtfertigen, oder überzeugt von der Gerechtigkeit ei- ner Sache, die so tapfere Verteidiger fand, revidierten manche ihre weltanschaulichen Positionen. Als Schluss seines Artikels vom September 1942 über «Die subversive Tätigkeit der extremen Linken in der Schweiz» konnte R. Deonna schreiben: «Ziem- lich zahlreich sind in unserem Land die gutgläubigen Bürger, deren allgemeine Ein- stellung durchaus nichts Revolutionäres hat, welche einem folgende Überlegungen machen: Der Kommunismus ist im jetzigen Augenblick eine eingebildete Gefahr: Das bolschewistische Regime hat sich gewandelt und entwickelt sich in Russland rasch als Folge von Umständen, welche die sowjetischen Führer gezwungen haben, gewissen bis anhin unterdrückten Gefühlen freien Lauf zu lassen, so dem Patriotis- mus, dem religiösen Geist, dem Sinn für Eigentum. Nach dem Krieg wird das politi- sche System der UdSSR daher ein spezifisch slawisches sein und nicht mehr auf der internationalistischen Doktrin eines Marx und Lenin beruhen.»<sup>105</sup> Für jene, die im Krieg einen Kampf des Guten gegen das Böse, der Demokratie gegen die Diktatur

sehen, zerstörte der im Juni 1941 eröffnete Waffengang ein bequemes Schema: Die verbündeten Totalitarismen teilten sich nunmehr auf die beiden Lager auf. Es wurde notwendig, um jeden Preis zu entdecken, dass der so sehr geschmähte Bolschewismus sich in einer zivilisierteren und vor allem beruhigenderen Richtung fortentwickelte.

Diesen Opportunismus, wie es unsere Unteroffiziere genannt hätten, dem Waffenglück zuzuschreiben, ist nicht falsch, greift aber zu kurz. Es hegt sicher mehr in der öffentlichen Meinung als die einfache Reaktion einer Wetterfahne im Wind des Schicksals. Man spürt eine langsame Wandlung in den Einstellungen, die um alles nicht nachlassen wird angesichts der Wiederaufnahme der anglo-amerikanischen Initiativen. Sie rührt von einem neuen und wachsenden Verständnis für die sozialen Probleme her. Die politischen Reformen locken nicht mehr wie im Sommer 1940; man hat aus dieser Zeit und aus den Krisenjahren vor dem Krieg die Ablehnung des Individualismus und des Wirtschaftsliberalismus bewahrt sowie ein Bedürfnis nach Sicherheit, welches der Staat garantieren sollte. Die kollektivistischen Lösungen, die Planung vor allem, bieten das, was die angelsächsische Welt nicht geben kann und was man je länger je weniger glaubt, von Nazideutschland erwarten zu können. Die inneren Spannungen, die Schere zwischen dem Preisauftrieb und der Lohnanpassung, die sozialen Konflikte, die Verbitterung der Bauern, die vielleicht nicht mehr wie 1918 eine feste Widerstandslinie anlässlich schwerer Unruhen bereitstellen würden, die düsteren Zukunftsaussichten, alles verbündet sich, um den Besitzenden ein schlechtes Gewissen zu geben und bei den andern die Erwartung einer grösseren sozialen Gerechtigkeit zu schüren. Die UdSSR bot ein Modell an, das immer mehr beeindruckte. Deshalb bat die gemischte Pressekommission am 6. Juli 1942 den Bundesrat, sich etwas aktiver zu zeigen gegenüber der «Sozialpropaganda», indem er das Vertrauen in unser Regime wecke. Es durfte nicht sein, dass man immer die Vorteile der ausländischen Systeme sah und die Mängel des unsrigen.<sup>106</sup> Jene wie Lindt, die nicht den Teufel durch Beizebub ersetzen wollten, rechneten damit, dass tiefgreifende innere Reformen die bolschewistische Versuchung tilgen würden. Diese Hoffnung ersetzte jene auf Erneuerung im vorangegangenen Zeitabschnitt. Ihre Ziele liessen sich auch klarer anvisieren. Die einzige feste Grundlage in der Verwirrung von 1940 war die nationale Unabhängigkeit gewesen. Sie hatte genügt, einen Widerstandsgeist zu begründen, der sich auf die Freiheitstradition berief, auch wenn man wirre Träume von einer Erneuerung hätschelte, die das Land mit dem Sieger des Tages versöhnen könnte. Die Gefahr hatte sich jetzt entfernt, und man konnte eher in Musse über die Zukunft nachdenken. Zwei Modelle

boten sich nunmehr an, die schweizerische Identität neu zu definieren und dem Verteidigungswillen mehr Gehalt zu verleihen. Die soziale Botschaft der Sowjetunion schien zu gut den Anforderungen der Stunde zu genügen, als dass sie nicht über den gewohnten Einflusskreis hinausgegriffen hätte. Aber man befand sich erst am Anfang eines Prozesses. Die Phase, welche durch den Russlandfeldzug eröffnet worden war, hatte bei Weitem noch nicht alle ihre Wirkungen entfaltet.

## Kapitel VI

# Die Zukunft wechselt das Feld

(Januar 1943 – Mai 1944)

## Eine dienstmüde Armee

Von Januar 1943 bis Juni 1944 mobilisierte die Armee Bestände, welche sich um die 100'000 Mann bewegten, mit Ausnahme des Alarms von September-Oktober 1943; die Kapitulation von Badoglio vom 3. September konnte italienische und deutsche Truppenteile sowie Scharen von Flüchtlingen gegen die Schweiz zurückweichen lassen, und es schien notwendig, für kurze Zeit an die 170'000 Mann aufzubieten, selbst wenn die Gefahr eines absichtlichen Angriffs unwahrscheinlich war. Im Frühjahr 1944 lösten die deutschen Truppenkonzentrationen sowie die Spannung, welche den Gewaltstreich in Ungarn begleitete, einige Unruhe aus, aber erst die Landung in der Normandie am 6. Juni bewirkte eine Teilmobilmachung.<sup>1</sup> In andern Worten, der Krieg schien weiterhin ziemlich fern. Warum sollte er uns jetzt einholen, nachdem er uns während vier Jahren verschont hatte? Die Aufrechterhaltung der Moral verursachte daher quälende und sogar wachsende Probleme in den Einheiten, wo die Notwendigkeit der Mobilisierung sich nicht offensichtlich aufdrängte und wo die Arbeitsroutine die Soldaten nicht daran hinderte, auf das nahe Ende der Operationen zu spekulieren. Die Dringlichkeit, die Aufgebotenen zu informieren, um sie zu motivieren, wurde von den Feldpredigern, H&H sowie den Offizieren, die auf die Truppenmoral achteten, oftmals in Erinnerung gerufen, aber nicht alle waren gleichermassen überzeugt, und die Bemühungen blieben uneinheitlich.

Die Einheitsrapporte, welche leider zu Selbstzufriedenheit neigen, unterstreichen das gute Niveau der Moral in der ersten Hälfte 1943 und zu Beginn des Sommers. Die vorausgeplanten Ablösungen wurden gut aufgenommen von der Truppe, welche die Notwendigkeit, einen gewissen Bestand dauernd unter den Waf-

fen zu halten, einsah und die Sozialleistungen sowie das Handeln der Behörden allgemein schätzte. Dies schloss eine gewisse Ermüdung nicht aus und auch nicht die Schwächen bestimmter Kategorien, wie bei allzuvielen Bauern, ganz besonders in der Zentralschweiz.<sup>2</sup>

Die Teilmobilmachung vom 12. September aufgrund der italienischen Kapitulation war störend, da nicht im Kalender vorgemerkt, brach die Routine und war nicht mit einer zeitlichen Befristung versehen. Bei den an der Südgrenze aufgestellten Truppen verbesserte sich die Form rasch angesichts der Flüchtlinge, der Deserteure oder der entkommenen alliierten Kriegsgefangenen. Ein Rapport der Gebirgsbrigade 11 erwähnt zum Beispiel den Ernst und die vorbildliche Haltung der Oberwalliser Soldaten, die sich in ihrer Ecke des Landes direkt betroffen fühlten. Die weiter hinten aufgestellten Einheiten begriffen den Nutzen ihres Aufgebotes weniger und bewahrten eine mittelmässige, wenn nicht gar schlechte Moral, auch wenn dies nicht in Antimilitarismus ausartete.<sup>3</sup> Wozu eine Sondermobilmachung, nur um ewig Wache zu schieben? Fritschi erklärt die Krise so: «Bis jetzt war es die beinahe dauernde Gefahr, welche den Dienstwillen lebendig erhielt; bald waren es die sichtbaren Zeichen des nahen Kriegsendes, welche die Dienstfreude beseelten. Im Herbst 1943 musste man eine Art ‚toten Punkt‘ überwinden».<sup>4</sup> Anstatt um einen Leerlauf handelte es sich eher um einen Wendepunkt, welcher eine Zeit falscher Hoffnungen eröffnete, die jedesmal durch die Rückschläge eines sich endlos hinziehenden Konfliktes enttäuscht wurden. Die Hoffnung, dass man bald am Ende sei, wird zum Beispiel in der 3. Division im Juli gemeldet; am Ende des Jahres schrieb man ihr den Schlendrian in gewissen Einheiten zu. Laut dem Nachrichtendienst hoffte man oft, dass dies die letzte Ablösung vor dem Kriegsende sei.<sup>5</sup> Man hatte keine Lehre gezogen aus der Enttäuschung, welche der italienischen Kapitulation als einem der Vorzeichen des Friedens gefolgt war! Diese vertrauensvolle Oberflächlichkeit war nunmehr genügend verbreitet, um H&H als übliche Zielscheibe zu dienen, mit dem Defätismus oder anstelle desselben. Als Zusammenfassung ihrer Strategie im Hinblick auf die alliierte Landung schrieb das Bulletin von H&H im März 1944 Folgendes: «*Die Anzeichen des Überdrusses oder allzu optimistische Meinungen über unserere wirtschaftliche, militärische und politische Lage müssen mit äusserster Energie bekämpft werden.*»<sup>6</sup>

H&H vollzog die Wendung rasch, um sich der neuen militärischen Lage in Europa anzupassen. Dies war umso unerlässlicher, als die Armee gleichermassen die Grundsätze des nationalen Réduits überholen und sich auf einen neuen Kriegsabschnitt vorbereiten musste, der zu klassischeren Bedingungen zurückführte als jene,

welche die Alpenfestung veranlasst hatten: Wieder galt es, sich an der Grenze festzusetzen, um deren Verletzung zu verhindern; die Truppenbestände würden dazu genügen nach dem Ende der Einkreisung, welche eine Rundumverteidigung erforderte. Im Frühjahr 1943 erliess H&H ein vertrauliches Schreiben an seine Agenten, das sich vollständig auf das Réduit konzentrierte und einmal mehr dessen Grundsätze erläuterte. Selbst die voraussehbare Entwicklung der alliierten Angriffe veränderte das Dispositiv nicht. Schon im Juli bereitete Lindt seine (zivilen) Vortragsredner auf die Lage eines Flankenhüters vor, die das Réduit in einen Truppensammelplatz und in eine Ausfallbasis ab ändern würde. Im Oktober erinnerte ein vertrauliches Rundschreiben von H&H, vermutlich an seine Verbindungsoffiziere, daran, dass das Réduit durch die Einkreisung des Landes gerechtfertigt, aber kein absoluter Wert sei und als Basis weiterbestehe für den Fall, dass beide Gegner unsere Grenzen säumen würden. Im Dezember wurden die Redner angehalten, den Soldaten zu erklären, dass man das Réduit verlassen und die Mobilität wiedererlernen müsse; die Wintermanöver sollten darauf vorbereiten und gleichzeitig die Bereitschaft der Armee demonstrieren: all das wurde nicht verstanden. Man musste es noch einmal versuchen, zum Beispiel mit einem Rundschreiben vom 5. Februar 1944, welches in sieben Punkten die Gründe für diese berüchtigten Manöver erklärte, die so manchen Zivilisten und Soldaten als unverantwortliche Verschwendung vorgekommen waren am Vorabend des Friedens: Die zweite Front würde die Gefahr nicht aufheben, jedoch ihre Natur verändern. Ein letztes Dokument verdient noch Aufmerksamkeit, das am 19. Mai an die militärischen Redner gerichtet wurde; es entwickelt die gleichen Themen, indem es festhält, dass der Defätismus abnahm, was stillschweigend gutgeheissen wurde: Bis 1942 hatten wir es mit einem deutlich überlegenen Feind zu tun, der davon überzeugt war, dass der Sieg ihm gehöre. Wenn wir gegen ihn hätten kämpfen müssen, hätten wir kaum anderes erhoffen können, als unsere Ehre zu retten. In Zukunft können wir Situationen entgegensehen, in denen die Überlegenheit des Feindes im Vergleich zu unsern Mitteln nicht mehr so unverhältnismässig ist, und wir könnten uns andere Ziele vorstellen, wie beispielsweise die Verteidigung bedeutender Teile unseres Territoriums.» Es ist psychologisch nicht gleichgültig, wenn das Dokument in erster Linie festhält, dass seit Stalingrad «die Wehrmacht ihren Ruf der Unbesiegbarkeit verloren hat» und dass die restliche Analyse der militärischen und politischen Lage auf die deutschen Schwierigkeiten ausgerichtet ist und nicht auf die alliierten Angriffe: Die Fixierung auf das Reich dauert an, auch wenn in der Folge bei den Zukunfts-Hypothesen alliierte Angriffe auf die Schweiz ebenfalls in Betracht gezogen werden.<sup>7</sup>

Wie man im Augenblick der Einrichtung des Réduits die Armee (und mehr oder weniger die Zivilbevölkerung) geistig vorbereiten musste, galt es jetzt die Alpenfestung zu verlassen ... und den strategischen Konformismus, der damit einherging.

Neben den militärischen Ereignissen, welche die Truppenmoral beeinflussten, trugen dauerhaftere Faktoren zu ihrer Prägung bei. Wie nicht anders zu erwarten, nimmt das Positive in den Berichten den geringsten Platz ein: das Vertrauen in die Behörden und in das Kommando, die sozialen Stützen, die kurzen Ablösungen zum Beispiel, erscheinen weniger häufig als das Negative. Mehr noch als das Urlaubssystem oder die von eintönigen Aufgaben verursachte Langeweile sind es die aus dem Zivilleben mitgebrachten Sorgen, welche die Gemütsverfassung beeinflussen, und diese Sorgen sind hauptsächlich wirtschaftlicher Natur: Die Militärversicherung ist geizig und kleinlich gegenüber den Ledigen und Selbständigerwerbenden, die Ausgleichskassen zahlen zu wenig aus; die Dienstbefreiten, vor allem die Ausländer, verdienen all das, was die Aufgebotenen verlieren. Die Arbeitslosigkeit, die durch unsere Abhängigkeit vom Ausland gefordert wird, die Lage der Lohnabhängigen nach dem Krieg, der übrigens vereinzelt Eindruck, dass der Soldat das Kapital verteidigt, das sind die Gründe für das Unbehagen, welche die Beobachter erwähnen, ohne sie im Übrigen tragisch zu nehmen. Beruhigende Feststellung der Adjutantur: «Was immer man bei Gelegenheit über das Nachlassen des Eifers und über die Unzufriedenheit sagen mag, es besteht kein Grund zur Annahme, dass die sozialen und wirtschaftlichen Unzulänglichkeiten Anlass geben, die Soldaten in einem kommunistischen Sinn zu beeinflussen.»<sup>8</sup>

«Der Krieg dauert zu lange. Die Müdigkeit übermannt uns vor lauter Warten.»<sup>9</sup> Diese Worte fassen den Geist der besonders betroffenen Grenztruppen zusammen, aber man findet auch anderswo ein quälendes Echo davon. Fügen wir die ernüchternden Bemerkungen der Einheitsrapporte hinzu über den Mangel an soldatischem Geist, und man wird sich eine Vorstellung von Hoffnungslosigkeit machen über die Schweizer Armee in den Jahren 1943-1944, wenn man den Zweckoptimismus wegwischt, den diese Rapporte rituell ausstrahlen. Tilgen wir daraus ebenfalls die üblichen Gemeinplätze zum mangelnden soldatischen Verhalten, und die Wirklichkeit erscheint feiner abgestuft. Die *Dienstmüdigkeit* scheint sehr wirklich, stellt aber den Widerstandswillen nicht in Frage. Wenn man also die Moral definieren kann als Bewusstsein, dass die militärische Gefahr nicht verschwunden, dass der Krieg nicht zu Ende und dass die Mobilisierung nach wie vor notwendig ist, dann ist die Moral gewiss erschüttert. Diese Müdigkeit hat jedoch nichts zu tun mit den Anzeichen von Defätismus von 1940-1941, und der tiefe Wille zur Verteidigung dauert

fort. Das Wesentliche ist übrigens, dass der allfällige Eindringling davon überzeugt ist, und das ist durchaus der Fall, wie der Rapport des SS-Obersten Böhme bezeugt, der Ende 1943 damit beauftragt war, einen Invasionsplan vorzubereiten: «... Die nationale Verteidigung der Schweiz verfügt über eine Armee, welche nur schon durch die Menge ihrer Truppenbestände ein äusserst beachtenswürdiger Faktor ist. Der Triumph über Truppen, die sich mit Verbissenheit in den Hochalpen des Réduit verteidigen, wird eine schwierig auszuführende Aufgabe sein.»<sup>10</sup>

Dieser Schluss bestätigt nach allem den allgemeinen Eindruck, den die nuancierteren Beobachtungen der Schweizer Gewährsleute hinterlassen. Die äusseren Umstände hatten sich seit Stalingrad und vor allem seit dem alliierten Vormarsch in Italien in bemerkenswerter Weise verändert. Man musste die Soldaten von nun an durch andere Argumente überzeugen und zu diesem Zweck die Bemühungen um die Information vervielfachen.

## **Die Bevölkerung zwischen Hoffnung und Niedergeschlagenheit**

Der Zuschauer bleibt unversehrt, ausserhalb der Tragödie. Er genießt eine Sicherheit, die verletzlich sein mag, ihn aber beruhigt. Dagegen übt er keinerlei Einfluss auf die Ereignisse aus, und seine erzwungene Untätigkeit verleiht ihm ein Gefühl der Ohnmacht, welches Stimmungswechsel und psychologische Unbeständigkeit fordert. Von Stalingrad bis zur Landung in der Normandie erscheint die öffentliche Meinung grundlegend wankelmütig und äusserst raschen Kehrtwendungen unterworfen, welche vom Zufall der Kämpfe diktiert sind. Wie die Landung in einer absehbaren Zukunft bevorsteht, stellt sich eine gewisse Stabilität ein.

### **Stalingrad, Quell der Hoffnung**

Die Deutschen kapitulieren in Stalingrad am 2. Februar 1943, aber das Schicksal der Stadt unterliegt schon seit mehreren Tagen keinem Zweifel mehr. Die Übergabe ist die Krönung einer sowjetischen Offensive, welche die öffentliche Meinung beeindruckt. Auf der Linken herrscht selbstverständlich Begeisterung, und die Presse bestärkt sie: Zum ersten Mal erlitt die Wehrmacht eine vernichtende Niederlage; Hel-



dentum der Kämpfer und Ideologie werden verschmolzen. Doch die Aufwallung der Sympathie für die Russen und sogar für die Sowjets reicht weit über die Welt der Arbeiter und die Sozialisten hinaus: «Viele Leute haben darob den Kopf verloren – man sah die bolschewistische Gefahr plötzlich von einer harmlosen Seite, und viele erwarteten das Heil vom Osten.» Diese Wende haben wir schon in ihren Ansätzen gesehen, aber jetzt setzt sie sich weithin durch. In Schaffhausen, wo man die deutsche Nachbarschaft nicht übersehen kann, verstärkt sich die Freude und die Sympathie für die Russen; in Zürich muss sich ein Korrespondent von H&H, der versucht, die sowjetische Gefahr in Erinnerung zu rufen, sagen lassen, dass die Russen seit zwanzig Jahren grosse Dinge zustande gebracht hätten; man fragt sich nicht, ob sie an der schweizerisch-deutschen Grenze Halt machen werden, oder man hofft es nicht einmal; diese Reaktionen verraten eine offensichtliche Wendung nach links. Das *Feuille d’Avis de Neuchâtel* stellt fest, dass man aus der Tapferkeit des Sowjetsoldaten schliesst, dass der Kommunismus nicht die gefährliche Lehre ist, für die man ihn ausgibt.<sup>11</sup> Man könnte die Aussagen dieser Art vervielfachen.

Wenn Stalingrad die Nazigefahr wegrückt, so rückt es die rote Gefahr näher! Die Begeisterung für die Sowjets triumphiert nicht überall: So bei jenen Baslern, die bereits eine Revolution in der Schweiz sehen oder «asiatische Horden», die das Land durchqueren. Manche finden wohl, dass die Russenfreundlichkeit Zürich erobert hat, dass sie aber weniger verbreitet ist als die Furcht vor einer Bolschewisierung der Schweiz; in Baden sehen manche den Nationalsozialismus zusammenbrechen, den Kommunismus Deutschland, Frankreich, Spanien erobern, ohne natürlich an unserer Grenze anzuhalten; in Beromünster hört man dagegen kaum auf jene, welche die sowjetische Gefahr beschwören.<sup>12</sup> Unter all diesen widersprüchlichen Zeugnissen ist es unmöglich auszumachen, welches der beiden Gefühle obenaufschwimmt, was kennzeichnend ist für eine neue moralische Haltung, wo der Antinazismus nicht mehr genügt, die Einheit der Geister zu zementieren.

Ganz natürlich siegt auch die Hoffnung auf einen nahen Frieden, schon im Sommer, für das Jahresende. In Langenthal bezeichnet man jene als Militaristen, die daran zu erinnern wagen, dass die beiden Gegner noch über gewaltige Kräfte verfügen. Wie immer in solchen Umständen, triumphiert der Traum über die Vernunft. In anderer Form ist es der Glaube, dass keinerlei Gefahr mehr die Schweiz bedroht, da die Deutschen am Boden sind, die westlichen Alliierten keine Gefahr darstellen und die Russen nicht bis zu uns kommen werden. Diese *Ferienstimmung*, dieses Gehenlassen, diese Friedenspsychose, welche an diesem Winterende sehr allgemein aus verschiedenen Schichten gemeldet werden, sind allzeit bereit, sich beim ersten Sieg einzustellen, aber auch mehr oder weniger bereit zu vergehen, wenn der

Feind unerwartete Möglichkeiten des Widerstandes zeigt; die Hoffnung ist eher schlapp in diesen zwei Wochen, würde ein Bewohner von Beromünster am 3. März sagen; damit ist Schluss, sollte ein anderer aus Olten am 3. April beifügen. Eine Zeitlang kehrt man zu einer sachlicheren Sicht der Ereignisse zurück. Für die Einwohner an der deutschen Grenze sind es die sehr nahen Luftangriffe, welche an die Kriegswirklichkeit gemahnen. Für andere Grenzbewohner, diesmal in Bellinzona Mitte April, «ist die Zeit der Illusionen vorbei, das Gewitter könnte sich auch über uns entladen», denn sie sind dem Feind ausgeliefert, da die Grenze nicht überall verteidigt werden kann. Ein sprechendes Zeugnis, welches übrigens kein sachlicher Grund in diesem Augenblick rechtfertigt, mit Ausnahme einer allfälligen zweiten Front in Italien, wie manche meinen, welche einen massenhaften Zustrom verschiedenster Flüchtlinge auslösen könnte.<sup>13</sup> Eine Gefahr, die noch in weiter Feme ist!

### Die Wirtschaftsbeziehungen zum Reich

Man sollte nicht den Schluss ziehen, dass die öffentliche Meinung nunmehr das Reich und die Wehrmacht missachtete. Wenn sie auch nur unvollkommen Wind von den Angriffsdrohungen erhielt, welche als Folge teilweise fehlerhafter Informationen unseren Generalstab beunruhigten, so reagierte sie doch stark auf die Unterbrechung der Handelsgespräche zwischen den beiden Ländern. Dies hatte sich am 15. Januar 1943 ereignet, da Deutschland überzeugt war, dass die Schweiz letztlich seinen Forderungen nachgeben würde. Als es seinen Irrtum feststellte, nahm es am 12. April erneut Verhandlungen auf, welche am 23. Juni mühsam in ein provisorisches Abkommen mündeten.<sup>14</sup>

Natürlich wurde Stillschweigen bewahrt; aber der Bruch war bekannt geworden, und die Öffentlichkeit empfand Unruhe darüber, die sich überall im Lande zeigte, denn sie musste um die Versorgung mit Brennmaterialien und Rohstoffen bangen; oft mischte sich auch eine Befriedigung darunter, weil man den Bruch der Festigkeit der Regierung zuschreiben konnte, welche übertriebenen Forderungen gegenüber nein zu sagen wusste.

Das Problem der Handelsbeziehungen war massgebend für die Beschäftigung, und die Lage war zweideutig, da man über das Ausmass, die Gründe und die Folgen der Unstimmigkeit in Unkenntnis war. Nach den Theorien von Rouquette und von Allport und Postman waren dies die idealen Bedingungen für falsche Gerüchte: Es galt geeignete Erklärungen zu finden, um die gefühlsmässige Spannung

zu dämpfen, die Selbstachtung zu verstärken und auch das Gefühl der Überlegenheit sowie des Gruppenzusammenhalts, das derart von aussen angegriffen wurde. Die am häufigsten angeführte Ursache, um die Krise zu erklären, war die Forderung nach Arbeitskräften: 7'000, 30'000, 100'000 Arbeiter – die unterschiedlichsten Zahlen gingen um – hätten in die deutschen Kriegsfabriken geschickt werden sollen. Der Bundesrat hätte abgelehnt. Für andere waren es Soldaten, die das Reich verlangte, oder Geld (12 Milliarden in Gold) oder Truppen oder die Auslieferung von Widerständigen ... Angesichts so vieler Gerüchte hielt es H&H im März für notwendig, ihre Agenten über die Wirklichkeit der unendlich weniger dramatischen Tatsachen zu informieren, damit sie diese in ihrer Umgebung bekannt machten. Am 16. Juni, dem Vorabend des Abkommens, sandte H&H ein neues Rundschreiben, um nachzudoppeln und erneut die Gerüchte über die Arbeitskräfte zu dementieren, die sich anscheinend besonders hartnäckig hielten.<sup>15</sup> Im Herbst führten neue Unterhandlungen am 1. Oktober zu einer Verständigung. Sie wären ohne grosses Echo verlaufen, wenn nicht das englische Radio sie dazu benutzt hätte, die Schweiz zu verurteilen, während gleichzeitig die Firma Sulzer auf die schwarze Liste gesetzt wurde.

Es ist schwierig, die tatsächliche Wirkung des Bruchs vom Winter und der ihn umgebenden Gerüchte abzuschätzen. Man wäre versucht, die Beobachtung jener Berner zu verallgemeinern, die daraus einen der Faktoren des verbreiteten Pessimismus machten: Der Traum vom Frieden, der Stalingrad gefolgt war, hatte sich ziemlich aufgelöst mit der Fortsetzung des deutschen Widerstandes, der Rede Churchills, der einen noch lange dauernden Krieg verkündete, dem Fehlen eines Handelsabkommens und den militärischen Spannungen mit dem Reich. Keine *Ferienstimmung* mehr! Die Aufgebote von Truppen wurde diskussionslos gutgeheissen.<sup>16</sup>

Während dieser ganzen Periode wurden die westlichen Alliierten selten erwähnt: In den aufgeklärten Kreisen, schreibt unser Korrespondent aus Olten, beobachtet man die Ereignisse von Tunesien, um daraus zu schliessen, dass die Zukunft beunruhigend ist. Für eines der seltenen Urteile, das die angelsächsischen Mächte betrifft, war das eher pessimistisch!

### **Und wenn die Schweiz angegriffen würde?**

Eine Sorge drängt die anderen in den Hintergrund und bestätigt auf ihre Weise, dass der Schlandrian nicht Mode war und dass die Angriffsgefahr ernst genommen wurde: das Verhalten der Zivilisten im Kriegsfall. Diese rückfällige Besorgnis zeigte sich

mit besonderer Schärfe Ende Winter 1943, als man einen deutschen Angriff befürchtete: Soll die Zivilbevölkerung Widerstand leisten? Wird sie Befehle erhalten? Wie werden die Soldaten auf das Aufgeben des schweizerischen Mittellandes reagieren? Man erkennt eine echte Beunruhigung. In den Informationskursen von H&H wird das Problem ebenfalls häufig aufgeworfen. Auch verschickt H&H in Absprache mit den Departementen des Innern und des Militärs innert 48 Stunden 4'000 Briefe an ebensoviele Frauen, die zweifellos unter den Kursteilnehmern ausgewählt waren, um an den allgemeinen Willen zur Verteidigung zu erinnern, an den Grundsatz der Nichteвакуierung und an die Enthaltung von jeglichen Kriegsakten (passiver Widerstand ausgenommen), ausser in von der Haager Konvention von 1907 anerkannten Organisationen. «Sie sind ermächtigt, diese Anweisungen von Mund zu Mund weiterzugeben», schrieb das Dokument eigentlich vor, «aber man muss immer darauf achten zu betonen, dass im Augenblick keinerlei dringende Gefahr besteht.» Anders ausgedrückt, H&H blieb ihrem Grundsatz treu: Alarmbereitschaft erhalten, ohne Angst zu machen.

Die Art und Weise der Verbreitung ausserhalb der Zeitungen oder der offiziellen Kanäle ist originell. Sie ist nicht ganz wirksam (wären es die üblichen Wege eher gewesen?): Ein anderer, vollständigerer und vermutlich späterer Rundbrief wird diesmal an alle «aktiven Teilnehmer» der Informationskurse versandt. Selbst danach entdeckt man eine beunruhigende Unkenntnis unter den Leuten, welche sich nicht entschliessen können, ob sie evakuiert oder verteidigt werden wollen, wie jene weibliche Zuhörerschaft von Dietikon oder jene Bürger von Lenzburg, welche H&H zitiert. In seiner Ansprache vom 9. Mai an die Schweizer Feldschützen sollte Bundesrat Kobelt auf die Evakuierungen und die Rolle der Zivilbevölkerung im Kriegsfall zurückkommen. Am 16. Juni verschickt H&H zu diesem Thema ein neues Rundschreiben an ihre Leute, in dem sie auch über die militärische Lage und die Aussetzung der Unterhandlungen mit Deutschland berichtet. Im Dezember muss nachgedoppelt werden, weil in den Informationskursen zahlreiche Fragen über die Rolle der Bevölkerung aufgeworfen wurden.<sup>17</sup>

Das Gefühl der Verlassenheit war mit der Réduitstrategie verknüpft, welche zu wenig erklärt worden war und unverstanden blieb. Die Grenzregionen fühlten sich anscheinend am meisten verlassen: Man behauptet das im September von der Westschweiz im Allgemeinen – für welche die Quellen fehlen – und von den Grenztruppen im Besonderen; wir haben davon einen genaueren und zuverlässigeren Beleg aus dem Kanton Schaffhausen, wo keine Truppen mehr stationiert waren, weil nach dem Gerücht das Territorium am Ende des Kriegs an Deutschland abgetreten

werden sollte. Nachdem die Armee endlich ihre Unbeholfenheit in der Information eingesehen hatte, beschloss sie, aus ihrem Schweigen herauszutreten: Zu Beginn des Jahres veröffentlichte Oberst Couchepin das *Nationale Réduit*, welches in Erinnerung rief, dass nie die Rede gewesen war von rein statischer Verteidigung oder von kampfloser Aufgabe des Mittellandes: es «ist weder eine Zuflucht der Armee noch ein Gefängnis seiner Verteidiger. Es ist integraler Bestandteil der Territorialverteidigung.» Als interessanter Beleg zum Zeitpunkt, wo die Widerstandsbewegungen an Beliebtheit zunahmen, erwähnte er den Erfolg des jugoslawischen Réduits. Er zeigte sich sogar offen gegenüber der Möglichkeit einer neuen Lage, die es erlauben würde, aus dem Réduit heraus zu einer Verteidigung des .ganzen Landes zurückzukehren. Die Broschüre hatte lebhaften Erfolg, bei den Agenten von H&H jedenfalls, weil sie allen Verteidigern des Systems endlich eine ernsthafte Beweisführung zur Verfügung stellte; diese späte Initiative erleichterte ihre Aufgabe.

Mit ihren Korrespondenten zeigte sich H&H befriedigt über die Aufklärungskampagne, in Schaffhausen zum Beispiel, wo man sich wieder als Schweizer fühlte und sicher war, es zu bleiben. Anfangs Februar löste eine Übung zur Besetzung des Kantons in der Bevölkerung Überraschung aus, dann rasche Begeisterung: «Schaffhausen ist also doch nicht ganz vergessen. Das ist unheimlich toll vom General, dass er unsern kleinen Winkel nicht vergessen hat ...» Die Begeisterung erreichte ihren Höhepunkt, als der Armeechef persönlich ankam.<sup>18</sup>

Natürlich blieben stets Lücken in der Information: Aus Basel meldete man noch Ende Juni, dass ein Grossteil der Bevölkerung nicht wusste, ob das ganze Land oder nur das Réduit verteidigt würden. Anderswo konnte aus einer Gruppe von zwanzig Soldaten, die von einem Agenten von H&H befragt wurden, nicht ein einziger Auskunft geben über das Réduit, und einer glaubte, es sei eine Entscheidung des Bundesrates zugunsten der Hoteliers.<sup>19</sup> Noch 1944 gelangten Echos dieser Art zu H&H. Wenn es um Massenaufklärung geht, sind solche Enttäuschungen nichts unerwartetes, vor allem wenn man die Kontaktmethoden bedenkt, zu welchen H&H ihre Zuflucht nehmen musste, sowie den Mangel an echter Hörbereitschaft, dem Truppenoffiziere in ihren Ansprachen begegnen konnten.

Die Ereignisse sollten die russische Front eine Weile auf den zweiten Platz verweisen: Der tunesische Feldzug geht am 13. Mai zu Ende, Sizilien wird im Juli-August angegriffen und besetzt, und seit Anfang September landen die englisch-amerikanischen Streitkräfte auf dem Kontinent. Die Regierung Mussolini löst sich Ende Juli auf, während sein Nachfolger Badoglio von den Alliierten einen am 8. Sep-

tember veröffentlichten Waffenstillstand erreicht, dessen erste Wirkung die Besetzung des noch freien Teils der Halbinsel durch die deutschen Armeen ist. Dieser Eingriff beschleunigt drastisch den langsamen Prozess, der seit der englischen Offensive in Libyen die militärischen Operationen und das Gespenst des Krieges unserem Land näherbringt. Sollte man davon eine Verminderung der Gefahren oder im Gegenteil eine Vervielfachung der militärischen Bedrohungen erwarten? Die Meinungen gingen auseinander, je nach dem Anteil, den man dem Imaginären bei der Entscheidung einräumte und selbstverständlich auch je nach strategischem Zeitpunkt.

Bis zum Sturz Mussolinis konnte man den Anteil an Optimisten und Pessimisten in der Bevölkerung nicht bewerten. Die widersprüchlichsten und im Verhältnis zu andern Epochen weniger zahlreichen Informationen erlauben es nicht, eine klare Linie herauszulesen. Manche Korrespondenten von H&H spiegeln dagegen die Überlegungen ihrer Umgebung. So erwartete man in Luzern die Niederlage der Achse wohl auf Ende Jahr, ohne sich aber Illusionen über die Sicherheit der Schweiz zu machen. Als neuer Faktor traten die Bundesräte aus ihrem Schweigen heraus; von verschiedenen Beobachtern besonders erwähnt wurde Kobelt, der die Lage geklärt und öffentlich in Erinnerung gerufen hatte, dass das Land sich gegen jeglichen Angreifer verteidigen werde und dass man sich vor falschen Hoffnungen hüten sollte. In Lugano machte man sich starke Sorgen über einen Angriff aus dem Süden und fragte sich, wo die wirkliche Verteidigung des Territoriums beginnen würde. In andern Worten und um den Pessimismus genauer zu fassen, fragte man sich, welcher Teil des Kantons dem Angreifer überlassen würde. Es ist auch ziemlich typisch für das im Tessin herrschende Klima, dass mehrere Gewährleute von H&H anderswo nicht festgestellte Kritiken weitertrugen über die unbesonnenen Ausgaben der Armee, vor allem in Sachen Befestigungen. Man konnte einen direkten deutschen Zangenangriff erwarten oder von Soldaten auf dem Rückzug bedroht werden oder indirekt durch Flüchtlingslawinen, welche das Land in die Wirren hineinziehen würden. Andere, beispielsweise in Arbon, rechneten nicht mit einem baldigen Frieden, aber mit einer Verbesserung der Versorgung, dank der Wiederaufnahme des Transits durch das befreite Italien.<sup>20</sup> Nicht alle schränkten ihre Hoffnungen durch solche Vorbehalte ein, und viele erwarteten ein rasches Ende der Kriegshandlungen. Vielleicht hat das alliierte Vorrücken in Süditalien die Gemüter in dieser Hinsicht allmählich beruhigt, doch wüsste man das nicht zu bestätigen.

Der Verlauf des Feldzugs warf vor allem das Problem von 1940 erneut auf: wie konnte man einem Angriff widerstehen und für wie lange; doch das Risiko hatte sich aufgeteilt: Ein angelsächsischer Eingriff war nicht auszuschliessen. Auf

der andern Seite glaubte man trotz der gewohnten Kritik an der Armee stärker an die Möglichkeit, das Territorium zu verteidigen: Die Erfolge des Widerstands auf dem Balkan, die Schwächung der deutschen Armeen, die Bombardierungen (die manche von der Grenze aus sehen konnten), all dies gab wieder Zuversicht. Die falschen Töne – es gibt sie immer – liessen sich wenig vernehmen.

Die einzige Beobachtung von allgemeiner Tragweite: Die Innerschweiz lehnte das Militär ab, und die Arbeiter waren mehr mit der Verteidigung verbunden als die Bauern. Darin liegt eine gewisse Pikanterie in einer Zeit, in der man so gerne die ländlichen Tugenden pries, jene der Bergler und der *alten Schweizer*. Diese negative Einstellung haben wir schon gesehen, und sie hat vermutlich sozio-ökonomische Ursachen. «Die Bevölkerung lebt in einer gewissen Zweiteilung; einerseits fühlt sie sich in Sicherheit, andererseits leidet sie an der Ungewissheit der Wirtschaft.»<sup>21</sup> Dieses letztere Gefühl betraf natürlich auch die Arbeiter, doch für sie überwog der Antinazismus.

Eine sonderbare Erscheinung: Die Hinrichtung von Landesverrätern zeitigt manchmal eine gegenteilige Wirkung im Vergleich zum Vorjahr: sie verleiht keine Sicherheit mehr über eine erfolgreiche Wachsamkeit, sondern provoziert peinliche Fragen: wie weit geht die Fäulnis? wie werden wir befehligt? sind alle entlarvt worden? verschont man nicht die schuldigen Offiziere? zählt die Armee noch Frontisten in ihrem Kader? Obschon nicht in Frage gestellt, beruhigt die Strafe doch nicht mehr und wird eher zu begrenzt gesehen. Diese Reaktion scheint nicht allgemein verbreitet, jedenfalls nicht mehr als der Defätismus, dessen einer Faktor sie ist.

### Der Sturz Mussolinis

Das grosse politisch-militärische Ereignis des Jahres 1943 war für die Schweiz der Sturz von Mussolini. Trotz der Vorzeichen des Sizilien-Feldzugs schlug die Vertreibung des Duce und der brutale Einsturz eines Faschismus, der seine Fäulnis enthüllte, wie eine Bombe ein. Man entdeckte plötzlich die Trümmer, welche eine noch immer imposante Fassade verborgen hatte. Die Illusionen waren, von der Presse gefordert worden, welcher die Zensur noch am 24. Juli und 4. August eine grosse Zurückhaltung verschrieben hatte mit Rücksicht auf die Neutralität und das Wohlwollen eines Italien, welches den Verkehr zwischen Genua und der Schweiz aufrechterhielt.<sup>22</sup> Der Mythos von der faschistischen Sympathie für unser Land hatte ein zähes Leben! Trotzdem waren diejenigen offenbar selten, welche in diesem Zusammenbruch einen

Sieg der Demokratie erblickten, die Rache für 1940. Doch die Zuversicht war allgemein und nahm zuweilen geräuschvolle Formen an. Sogar die deutsche Besetzung, welche der Kapitulation folgte und die Wehrmacht an die Südgrenze stellte, zerstörte die Illusionen nicht: der Krieg ging zu Ende. Der alliierte Vormarsch würde alles vor sich herfegen und den deutschen Zusammenbruch beschleunigen. Hitler würde dem Schicksal seines italienischen Kollegen folgen. War das Aufleben des Widerstands in den besetzten Ländern nicht ein Zeichen dafür? Der *Nebelspalter* vom 23. September zeigt auf seinem Umschlag ein lächelndes Friedensengelchen vor einer gebrochenen Achse, deren Stücke ein Rad mit dem Rutenbündel und eines mit dem Hakenkreuz zeigen. Die Versorgungsschwierigkeiten würden wie durch ein Wunder verschwinden! Diese Hoffnung wurde von den Berichten oft erwähnt. Noch im Oktober sprachen Zürcher Kaufleute von einem Kaufstreik, da man eine Preissenkung erwartete und die Auflösung der grossen Lebensmittelvorräte.

Die Pessimisten ihrerseits fürchteten, dass die Schweiz in den Krieg hineingezogen werde, und sagten eine Mobilmachung voraus. Sie liehen auch Gerüchten über Zusammenstösse zwischen schweizerischen und deutschen Soldaten ihr Ohr oder ihren Mund. Zu Beginn bildeten sie jedoch nur eine Minderheit. Selbst im Tessin als einer bedrohten Zone setzte man das Ende der Kriegshandlungen nach einem Zeugen auf den 1. Januar 1944 fest. Trotz dieser Träume wurde die Teilmobilmachung vom 12. September ruhig hingenommen gemäss Lindt – der hier von andern Beobachtern des Militärssektors abweicht – weil sie bewies, dass die Behörden zu raschem Handeln entschlossen waren.<sup>23</sup> Die Illusionen hatten den Schlendrian doch nicht zu sehr gefördert.

Die Ereignisse gaben den Zuversichtlicheren nicht recht, und ihre Illusionen schrumpften mehr oder weniger rasch. Waren sie im September noch zahlreich, so verhallten ihre Stimmen angesichts eines sich verlangsamenden italienischen Feldzugs. Man habe nun vielmehr die angelsächsischen Mächte für ihr Treten an Ort kritisiert, um mit desto grösserer Leidenschaft die sowjetischen Offensiven zu verfolgen: etwas weniger regelmässig als im Frühjahr waren es erneut die Russen, welche die Sympathie und Bewunderung ernteten oder nächstens das Ende des Krieges herbeizuführen schienen. Es ist kennzeichnend, dass von Salis im Oktober in einer seiner berühmten Radiosendungen behauptete, dass die russische Front die wichtigste in Europa sei und dass der für die Dreierkonferenz gewählte Ort, Moskau (vom 19. bis 30. Oktober), die Bedeutung der UdSSR im Bündnis markierte. Der *Nebelspalter* vom 28. Oktober zeigt einen nachdenklichen Stalin, der vor einem Berg



Pakete feststellt: Sie haben viel Gepäck mitgebracht, aber trotzdem die zweite Front vergessen. «Wie ein Echo auf von Salis meldet ein Tessiner Bericht nach der Konferenz von Teheran (1.-24. Dezember), dass die Öffentlichkeit nicht an einen Angriff auf die Schweiz glaube, ausser einen geringfügigen, und dass die Alliierten anderswo eine zweite Front vorbereiteten. An diesem Jahresende erschien die Gefahr im Allgemeinen erneut ziemlich fern. Manche Zeitung glaubte den Krieg schon beendet und nahm an, sich freier über die Achse ausdrücken zu können, wie wenn die Zensur keine Existenzberechtigung mehr hätte und abgeschafft worden wäre.<sup>24</sup> Trotzdem erinnerte der immer intensivere Luftkrieg jeden Augenblick an die bedrohliche Nähe der Kämpfe. Es war keine Rede mehr von Ferienstimmung wie im Sommer. Auch wenn die Notwendigkeit der Armee nicht in Frage gestellt wurde, begriff man trotzdem nicht überall die Aufrechterhaltung eines so grossen Bestandes an Soldaten, noch die Mobilmachungsübungen, welche den Winteranfang begleiteten.

### **Die angelsächsischen Mächte könnten uns angreifen**

In dem Masse wie der alliierte Vormarsch sich unserem Lande näherte, konnte man sich fragen, ob er er an unsern Grenzposten Halt machen würde. Die Eventualität eines Angriffs durch die angelsächsischen Mächte warf unter neuen Bedingungen die Frage der Neutralität und der Verteidigung auf, da man allgemein davon ausging, dass die westlichen Alliierten letztlich die besten Garanten unserer Unabhängigkeit waren. Der Antinazismus hatte die Herzen geeinigt; er war sicher kein Zeichen von moralischer Neutralität, doch bedingte er die Neutralität des Staates als Verteidigungsmittel gegen das Reich. Daher die Notwendigkeit für die Diplomaten, von den Deutschen das Zugeständnis zu erreichen, dass die offizielle Politik nichts mit der Einstellung des Einzelnen zu tun hatte. Seit dem Frühjahr und vor allem Sommer 1943 schien ein alliierter Angriff nicht mehr unwahrscheinlich. Das persönliche Empfinden würde den begeisterten Empfang der rettenden Truppen erfordern, die unerschütterliche Politik des Staates aber die Verteidigung der Grenzen befehlen und sogar allenfalls die Hilfe der Deutschen erbitten, um den Eindringling zurückzuschlagen. So wie viele sie begriffen, war die Verteidigung der Unabhängigkeit von jetzt an nicht mehr gleichbedeutend mit der Neutralität. Dieser Gewissenskonflikt betraf damals eher einen angelsächsischen Eingriff als einen russischen. Wie dem auch war, er veränderte und erschütterte die nationale Einheit, die man bisher gegenüber einer einzigen Bedrohung aufrechterhalten hatte: Um die Unabhängigkeit zu bewahren,

konnten sich die einen vorstellen, unsere de facto-Alliierten zu bekämpfen, die andern lehnten dies ab oder wollten das Risiko nicht eingehen.

Unter den paar direkten Zeugnissen, die man besitzt, könnte man schon im März die Leute von Thun erwähnen, oder jene Zürcher, die im Mai so weit gingen zu wünschen, dass die Schweiz den Alliierten direkte Unterstützung gewähre, oder die drei Zeugen aus Baselland, welche sich widersprechen oder einen Gesinnungswandel aufdecken: Im Juli fragte man sich nach dem ersten, ob die Schweiz sich gegen die Alliierten verteidigen würde; im Oktober, gemäss dem zweiten, verlachte man jene, die glaubten, dass diese uns angreifen würden; im November begann man laut dem dritten an diese Möglichkeit zu glauben, und an die Notwendigkeit, sich zu verteidigen. Die häufige Verletzung unseres Luftraums führte das Problem auf direkte Weise vor Augen. Man hatte sich jedoch wahrscheinlich zu sehr daran gewöhnt, um sich übermässig darüber aufzuregen; es bedurfte der Zerstörung einiger fliegenden Festungen im Oktober, damit man beispielsweise in Olten stark beeindruckt war und manchmal empört über eine Verteidigungsmassnahme, welche unsere Retter schwächte. Als er für JEtter die Reaktionen des Volkes zusammenfasste, schätzte Lindt im September, dass die Überzeugung zunahm, dass man im Fall eines Angriffs selbst gegen die Alliierten kämpfen müsste. Im November kommt er jedoch darauf zurück und erwähnt zur Unterstützung seiner Überlegung das Unverständnis des Volkes, wenn unsere Luftabwehr amerikanische Flugzeuge zur Landung zwang und ihre Besatzung interniert wurde.<sup>25</sup>

«Wenn es die Alliierten sind, schiesst man; sind es die Deutschen, zielt man und schiesst.» Diese witzige Bemerkung fasst die Debatte zusammen und bietet eine Lösung an, welche für die Behörden natürlich nicht gangbar ist. Ebenso wenig konnten sie sich mit dem Ausspruch abfinden: «Wir können nicht von der göttlichen Gnade erwarten, bis zum Schluss verschont zu werden, aber wenn wir in den Krieg eintreten müssten, möchten wir bitten, dass es nicht auf der Seite Hitlers wäre.» Die Bundesräte stiegen also selber in die Arena herab und versuchten seit dem Frühling, H&H vor allem seit September, die Öffentlichkeit zur Vernunft zu bringen. Die dringlichste Aufgabe ist, die Vertrauenswürdigkeit und den Widerstandswillen im Augenblick des Kampfes zu stärken und zuvor die Neutralität. Weder das Volk noch die Kriegführenden sollen daran zweifeln, dass diese Grundsätze nicht die geringste Verletzung erfahren werden.

Die Mühe war nicht vergebens, denn am 10. Januar 1944 bestätigte der deutsche Militärattaché ohne jeglichen Vorbehalt, dass die Unabhängigkeit auch ge-

gen die Alliierten verteidigt würde. Zum internen Gebrauch beharrte H&H auf der Tatsache, dass ein Kriegseintritt in keiner Weise die Verpflichtung mit sich bringe, sich mit irgendjemandem, sprich Deutschland, zu verbünden, wenn es die andern sind, die angreifen.<sup>26</sup> Ein unabhängiger Staat ist in seiner internationalen Politik frei und muss die militärischen Mittel dazu haben: «Die Ereignisse der letzten Zeit (Finnland, Rumänien, Ungarn) zeigen, dass ein kleines Land niemals und um keinen Preis in die Abhängigkeit einer Grossmacht geraten darf. Wenn man uns angreift, werden wir *unseren eigenen Krieg* führen und sollten vermeiden, dass man uns gegen unsern Willen zu helfen versucht oder uns ein Bündnis aufdrängt. Um dieses Ziel zu erreichen, ... muss die Armee ein Dispositiv wählen, welches sie befähigt, einer Gefahr von verschiedenen Seiten her entgegenzutreten ...»<sup>27</sup> Es ist nicht selbstverständlich, dass dieser den Militärrednern eingeschärfte Grundsatz in einem Augenblick zu überzeugen vermochte, wo die öffentliche Meinung erneut begann, sich gegen die Aussenwelt zu öffnen und freie Luft zu atmen, jene der bald siegreichen Demokratien, selbst wenn sich dies bloss in der schlechten Handhabung einer zu konservativen Neutralität äusserte. Das ist die Einstellung, welche im November 1943 in fast karikaturaler Weise von einem Korrespondenten von H&H beklagt wurde, der seine Lektion zu gut gelernt hatte: Meine Umgebung, schrieb er, ist zu stark von den Ereignissen bestimmt, «anstatt sich ohne Abweichung und unter allen Umständen an das einzige Bundesideal zu halten und an die Vorbereitung der Einsatzbereitschaft.»<sup>28</sup>

Die offizielle Haltung war schwächlich und wegen der Verdunkelung wenig glaubhaft. Das Problem mag geringfügig erscheinen neben dem Willen, sich gegen jegliche Verletzung der nationalen Unabhängigkeit zu verteidigen. Aber jedermann wurde von ihm tagtäglich berührt, und es erschien umso häufiger in den Berichten über die öffentliche Meinung, als sich die alliierten Flüge vervielfachten. Das nächtliche Beleuchtungsverbot war nicht ohne Gefahr für die Schweiz, deren Territorium mit jenem der Nachbarn verschmolz: In Basel, wo man die Bombardierungen fürchtete, war dies eine schwere Sorge für die Regierung. Die Dunkelheit war für die Alliierten überdies nachteilig, weil ihnen so Anhaltspunkte fehlten, und begünstigte im Gegenzug die Deutschen. Von hier bis zum Glauben, dass die Verdunkelung vom Reich aufgezwungen sei, war nur ein kleiner Schritt. Die Antwort fiel nicht leicht. In seinem Schlussbericht zieht es Lindt vor, die Frage bloss zu streifen, und stellt fest, dass dieser Glaube unausrottbar war.<sup>29</sup> Umgekehrt nährte übrigens die Unwirksamkeit der Fliegerabwehr das Gerücht, die Bedienungsmannschaft der Geschütze habe Befehl, nicht auf die Flugzeuge zu zielen. Dies war umso offensichtli-

cher, als sie 1940 sogleich ins Schwarze getroffen hatte bei den deutschen Jägern<sup>30</sup>, unter völlig verschiedenen Kampfbedingungen übrigens, aber was scherte das schon die Kritiker.

Man protestierte nicht bloss in der Bevölkerung: Die britische Regierung und manche Politiker verlangten die Aufhebung einer Massnahme, welche keine Berechtigung (mehr) hatte. Trotzdem beschloss der Bundesrat am 25. August einstimmig, die Verdunkelung aufrecht zu erhalten. Die Proteste hörten deswegen nicht im Geringsten auf.<sup>31</sup>

Die Diskussionen und Überlegungen über die Widerstandsmöglichkeiten der Schweiz oder über ihre Neutralität scheinen ihre Aktualität seit dem Winter 1943-1944 verloren zu haben. Vielleicht sind einfach die Quellen spärlicher, denn man weiss nie, was das Schweigen der Dokumente verbirgt. Vielleicht ist mehr dahinter: In einer Unterredung mit Etter vom 29. Februar glaubt Lindt in der Tat an eine geistige Leere der Schweizer (eine Leere, welche die kurz zuvor in der Armee festgestellte Krise wiederholen und auf die Zivilisten ausdehnen könnte); die moralischen Kräfte, welche sich gebündelt hatten gegen die deutsche Propaganda, fanden sich nunmehr ohne Verwendung, es gab kein Ziel mehr, sondern Befriedigung angesichts all dessen, was man erreicht hatte, um dem Schlag standzuhalten. Daher «eine geistige Passivität und Interesselosigkeit» sowie ein Gefühl der Gleichgültigkeit den äusseren Ereignissen gegenüber, welche das Land schon nicht berühren würden. Militärisch zeigte sich diese geistige Trägheit nicht in Feindseligkeit gegenüber der Armee, sondern im Unverständnis für die Verteidigungsanstrengungen und deren Kosten sowie in einer passiven Hinnahme der zur Gewohnheit gewordenen Dienstablösungen. Es brauchte schon Manöver, deren Sinn oft uneinsichtig war, um eine wirklich schlechte Laune an den Tag zu fördern.<sup>32</sup> Es ist unmöglich, die Gültigkeit dieser Meinung zu beurteilen, aber die Position Lindts an der Spitze des Informationsdienstes für die Zivilbevölkerung verlieh ihm eine Vorzugsstellung, um die Veränderungen in der Haltung der Bevölkerung zu erfassen. Mehrere Zeugenaussagen stellen jedenfalls in diesem Zeitpunkt eine Friedenspsychose fest, welche durch die deutschen Niederlagen in Russland begünstigt wird.

Wenn Ereignisse die Unlust aufrütteln können, sind es wohl die russischen Erfolge, welche sich von der Passivität oder den Blockierungen der Armeen im Westen abheben; der Nebelspalter vom 16. März zeichnet den Kontrast in Form eines spöttischen, mit immer zahlreicheren Lorbeeren gekrönten Stalin, während ein bekümmertes Roosevelt und Churchill feststellen: «Die Lorbeerblätter fallen noch immer, aber immer auf dasselbe Haupt.» Die russischen Siege lassen ein rasches Kriegsende voraussehen.

Wer realistischere Beurteilungen äussert, wird als deutschfreundlich eingestuft, meldet ein Berner.<sup>33</sup> Die Sympathie für die Russen hebt sich scharf ab vom Schweigen oder manchmal einer Art Misstrauen gegenüber den angelsächsischen Mächten, das durch das Verhalten der amerikanischen Internierten aufgefrischt wird. Das heisst nicht, dass man überall das sowjetische System bewundert, aber der militärische Faktor wiegt schwer in der Beurteilung der innenpolitischen Lage.

### Die Bombardierung Schaffhausens

Ein einziges prägendes Ereignis brachte die Amerikaner ins Spiel, und das nicht sehr vorteilhaft, die Bombardierung von Schaffhausen am Morgen des 1. April 1944, welche 55 grössere Brände auslöste und 40 Personen tötete. Im Mai 1943 hatten sich gleichartige, wenn auch weniger schwere Vorfälle in Basel und in Oerlikon ereignet, ohne allzu grosse Wellen aufzuwerfen. Dieses Mal empörte sich eine einstimmige Presse gegen die amerikanische Luftwaffe und ihre Piloten, welche von einer so kläglichen technischen Ausbildung zeugten, dass sie ausserstande waren, ihre Ziele zu erkennen. Noch schärfer machten andere Zeitungen die US-Regierung verantwortlich, die sich rühmte, die kleinen Nationen zu schützen und die Neutralen zu respektieren. Die Zornigsten sollten sogar von Kriegsverbrechern und vorsätzlichem Handeln sprechen. Es gab auch Redaktoren, die daran erinnern wollten, dass das Land aufmerksam bleiben müsse gegen wirkliche Bedrohungen, welche man im herrschenden Schlendrian leicht zu vergessen neige. Nicht zuletzt von sozialistischer Seite wurde diese Notwendigkeit einer wachsamten Armee unterstrichen, «bis die Kanonen jenseits der Grenze verstummen», wie die *Schaffhauser Arbeiterzeitung* schrieb.<sup>34</sup>

Ob die Zeitungen Weisungen der Zensur befolgten oder nicht, sie gaben kein getreues Abbild von der Reaktion der Bevölkerung. Der Fall erlaubt es, den Abstand zwischen den beiden abzuschätzen und die Zuverlässigkeit der Presseanalysen als Spiegel der öffentlichen Meinung. Keines der an H&H gelangten Zeugnisse aus Schaffhausen drückt in der Tat Entrüstung aus, nicht einmal von Seiten der Opfer oder ihrer Familien. Ein Korrespondent vergleicht ihre Reaktionen mit jenen auf eine Naturkatastrophe: Wenn die für das Drama Verantwortlichen Deutsche gewesen wären, welche Erbitterung hätte das ausgelöst! ... Ein anderes Gefühl kommt sogleich zum Vorschein und gesellt sich zu den bereits erwähnten Beobachtungen, die Dank-

barkeit für das rasche und wirksame Eingreifen der Behörden sowie die Beweise der Anteilnahme, die aus der ganzen Schweiz eintrafen: wir sind nicht allein!

Ausserhalb der Katastrophenzone bestand die Hauptwirkung in einer brutalen Bewusstwerdung, vor allem in gewissen Grenzregionen, die sich ebenfalls bedroht fühlten und bei jeder Bombardierung von Friedrichshafen oder andern ganz nahen Zielgebieten zittern mussten: Der Krieg kann uns jederzeit auf den Kopf fallen, die Neutralität ist keine Garantie gegen Gefahren aus der Luft, Wachsamkeit ist geboten, eine selige Zuversicht wäre verderblich, zum Glück ist die Armee bereit, einzugreifen.<sup>35</sup> Was die Amerikaner betrifft, erregen sie keine Feindseligkeit, der Nazismus bleibt der niederzuringende Feind.

Man sollte daraus gerne folgern, dass die Sympathien für die Alliierten andere Reaktionen verdrängten. Was bedeutete schon die Geschichte in Schaffhausen in einem verwüsteten Europa, wo die Befreiung mit erbarmungslosen Bombardierungen begann, deren erstes Opfer die Zivilbevölkerung war? Ein tragischer Zwischenfall, aber eben doch ein Zwischenfall. Diese Reaktion erscheint nicht ausdrücklich in den Dokumenten, aber war sie nicht vorhanden und trug zur Mässigung der Urteile bei?

Die Bombardemente in Deutschland waren nur das Vorspiel zu einem viel bedeutenderen Ereignis, der Landung in der Normandie. Die Korrespondenten von H&H sprechen nicht viel davon und zeigen keinerlei Nervosität an. Erst nach dem Ereignis sollten die daraus hervorgehenden Gefahren offenbar werden. Dennoch verfolgte es die Gemüter und die Gespräche im Januar 1944, wenn man einem Zürcher Pastor Glauben schenkt, und es ist nicht einzusehen, wieso das Interesse hätte nachlassen sollen, je mehr der schicksalhafte Tag näherrückte und die Anzeichen sich vermehrten. Im Frühjahr schien er noch sehr weit. Als von Salis die Landung in einer Sendung vom 14. April auf die Umgebung des 10. Mai veranschlagte, löste er damit grosse Wellen aus (bis nach England), welche von der ihm zugewiesenen Bedeutung zeugten. Er stiess hauptsächlich auf Unglauben: Die Landung gehörte ins Reich des Nervenkriegs.<sup>36</sup> Die Bewunderer der deutschen Armee hielten sie für unmöglich. Für andere wiederum war sie mit so grossen Gefahren verbunden, dass man noch lange darauf warten musste, ... falls sie jemals stattfand.

Seit dem Winter 1943-1944 warfen die Entfesselung des Luftkrieges, das Näherrücken der Schlachtfelder, die Aussicht auf grosse Kampfeinsätze unweigerlich die Frage nach den Widerstandsmöglichkeiten neu auf, doch kann man keinerlei allgemeine Meinung zu diesem Thema ausmachen. Die einen fanden unsere Waffen lächerlich, beispielsweise die pferdegezogene Artillerie; andere fühlten sich

beruhigt durch einige Erfolge der Fliegerabwehr (endlich!) und paradoxerweise durch die Langsamkeit der Engländer, welche trotz ihrer militärischen Überlegenheit von den deutschen Verteidigern in den italienischen Bergen aufgehalten wurden.<sup>37</sup> Insgesamt drückte sich der Defätismus selten aus. Eine interessante Basler Aussage stellt im Februar fest, dass niemand gedenkt, keinen Widerstand zu leisten, und schreibt diese Entschlossenheit dem Elend im Elsass zu; während die Informationen über das Réduit das Vertrauen wieder hergestellt hatten, wirkte die seit Langem herrschende Ruhe an den Grenzen beruhigend, etwas übertrieben bei jenen, welche nicht glaubten, dass die Engländer unsere Neutralität bedrohen könnten.<sup>38</sup>

### Ausländische Propaganda

Wie bei den Operationen im Feld, hingen die Feldzüge der psychologischen Kriegführung vom neuen Kräfteverhältnis ab. Stalingrad führte eine Wende in der auf die Schweiz gerichteten deutschen Propaganda herbei. Mit einer Cassandra-Stimme, die seltsam von den siegesbewussten oder hinreissenden Tönen von einst abstach, malte sie in den düstersten Farben die Zukunft eines bolschewisierten oder der anglo-amerikanischen Plutokratie ausgelieferten Kontinents aus. Die Wehrmacht führte weniger einen Eroberungskreuzzug, als dass sie die Verteidigung der geheiligten europäischen Zivilisation auf sich nahm. Diese Aufgabe konnte niemand anders zum Erfolg führen. Das Thema des Antikommunismus dauerte fort, hatte aber die Tonart gewechselt. Gleichzeitig verschwanden die revolutionären Töne, wie wenn Berlin ihren Misserfolg eingesehen hätte angesichts einer Arbeiterklasse, die von den militärischen und sozialen Siegen der Sowjets gebannt war; man konnte bloss das Grossbürgertum zu verführen hoffen, indem man es über den Konservatismus der Nazis beruhigte, und das Kleinbürgertum, indem man wie immer seine Ressentiments und seine Verbitterung ausnützte. So verdächtig sie auch war, blieb diese Unternehmung wahrscheinlich nicht ohne Erfolg gegenüber den Verheissungen des von ihren Gegnern gepriesenen sozialistischen Paradieses und hat die Angst jener Kreise verstärkt, welche durch die roten Siege in Panik gerieten. Die Deutschen vernachlässigten übrigens ihr Arbeiterpublikum deswegen keineswegs. Sie gaben auch ihre neue Ordnung nicht auf, doch war nicht mehr die Rede von militärischer Beherrschung des Kontinents und selbst den kleinen Nationen versprach man die Unabhängigkeit.

Die Niederlage des *Afrikakorps* hatte noch schwerere Folgen für die deutschen Propagandisten, welchen stichhaltige Argumente fehlten, um ihre Jünger

zu trösten. Nach dem Verlust Siziliens und den Niederlagen in Russland konnte Lindt zu Etter gar von einem «Zusammenbruch» der Kampagnen gegen die Schweiz sprechen. Es stimmt, dass nun die innere deutsche Front alle Kräfte beanspruchte, da es vorrangig war, dort die Moral aufrechtzuerhalten.<sup>39</sup> Die abnehmende Einfuhr von Filmwochenschauen, ein wichtiger Bestandteil der Nazi-Indoktrinierung im Ausland, zeugt von diesem Rückgang: Nach dem Höhepunkt von 1941 sinken die Zahlen immer rascher, noch beschleunigt durch das Verschwinden der italienischen Streifen. Doch die Alliierten sahen ihre Verkaufszahlen noch schneller fallen, ausser während der kurzen Regierung Badoglio, weil die totale Einkreisung durch Deutschland die Kontrolle der überseeischen Importe erleichterte.

Parallel zu diesem Niedergang wurde der diplomatische Druck gegen unsere Presse weniger stark, und aus dem Mund deutscher Staatsmänner kamen sogar lobende Worte für unsere Neutralität. Unser politisches Departement änderte seine Haltung ebenfalls, auch wenn die Wirtschaftsverhandlungen zäh bleiben konnten wie anfangs 1943.

Die deutschen Zeitungen legten keine grössere Sympathie für die Schweiz an den Tag als in der Vergangenheit, doch gewisse Zeichen täuschen nicht über den Wandel der Losungen hinweg: Im März 1944 tadelten die Redaktionen die Schweiz nicht mehr für ihren Widerstandswillen, sondern hiessen ihn gut, weil sie zum Lager der Neutralen gehörte, welche bereit waren, den angelsächsischen Imperialisten zu widerstehen.<sup>40</sup> Einerseits wollte dies heissen, dass die Bemühungen um die Glaubwürdigkeit dieses Willens, sich gegen jegliche, auch alliierte Angriffe zu verteidigen, Früchte getragen hatte, andererseits dass die Belagertenpsychose, welche in ihrer letzten Verteidigung äussere Stützen sucht, in Deutschland schon vor der Landung ihren Anfang nahm.

Die alliierte Propaganda hatte weniger Gründe als die deutsche, sich für die Schweiz zu interessieren. In ihrer aktivsten und direktesten Form, dem Radio, zielte sie eher auf die Deutschen oder die besetzten Staaten als auf unser Land. Die brutalste Ausnahme datiert vom Herbst 1943, als der Geheimsender «Atlantik», der oft von der BBC übernommen wurde, die Unternehmen, welche Handel trieben mit dem Reich, hart angriff und ihnen drohte, sie auf schwarze Listen zu setzen. Die Genauigkeit der angegebenen Einzelheiten beeindruckte die in der Deutschschweiz anscheinend zahlreichen Hörer. Drei Sektoren wurden besonders angeprangert: die Gemäldegalerien, welche mit gestohlenen Bildern handelten, die Rüstungs- und Präzisionsindustrie, welche die deutsche Kriegsanstrengung unterstützte, die Elektrizitätswerke, welche Strom exportierten. Hie und da wurde auch die Anwerbung von



Arbeitskräften genannt. Am 18. Oktober beispielsweise erwähnte «Atlantik» einen Orden, der an von Bibra verliehen wurde, unter anderem, weil er in deutschen Fabriken über 19'000 hochqualifizierte Spezialisten hatte anstellen lassen. Eine solche Meldung konnte die falschen Gerüchte über die Lieferung von Arbeitskräften nur anheizen.

Die Regierung stand nicht unmittelbar im Visier, aber ihre Verantwortlichkeit ging nicht unbeschädigt aus solchen Anschuldigungen hervor. So erinnerte man am 15. Oktober nebenbei daran, dass die schweizerische Flab alliierte Flugzeuge abgeschossen hatte. Das verblüffendste Ereignis war dagegen die Einmischung von Radio «Atlantik» anlässlich der Wirtschaftsunterhandlungen mit Deutschland vom Oktober. Am 21. zum Beispiel, präzisierte der Sender nach erfolgter Unterzeichnung des Abkommens, dass das Reich «die Schweizer Rüstungsindustrie als wichtigen Teil des deutschen Kriegspotentials betrachte, indem die Bestellungen anderer Länder im Gebiet der Rüstung und der Uhrenindustrie von der Schweiz nicht mehr angenommen werden dürfen.» Einige Tage darauf wurde das Volkswirtschaftsdepartement angeklagt, Exportunternehmen bestimmt zu haben, weil sich verschiedene Firmen weigerten, deutsche Aufträge auszuführen. Auch die wiederholte Anklage gegen Sulzer brachte den Bundesrat in Verlegenheit, weil der direkt angegriffene Botschafter dieses Namens eine Handelsmission bei den angelsächsischen Mächten anführte.<sup>41</sup>

Der Wille zur Einschüchterung war offensichtlich. Die Boykottdrohung sollte die Betroffenen und die Regierung zum Nachdenken zwingen und gleichzeitig eine öffentliche Meinung aufschrecken, welche bereits über die Zukunft beunruhigt war. Nun da die Alliierten aus den Siegeshoffnungen Nutzen zogen, die bis anhin der Wehrmacht vorbehalten waren, galt es zu wählen zwischen den kurzfristigen Gewinnen und den Ausfuhren der Nachkriegszeit. Die Rolle der Bevölkerung bestand darin, Druck auszuüben, um unmoralischem Schleichhandel einen Riegel zu schieben. Da jede psychologische Beeinflussung versuchte, die Sympathien zu verpflichten und die Neutralität auf die Teilnahme an der Kriegsanstrengung hinzulenken, mussten sowohl die Bürger als die Behörden zu neuen Verhaltensweisen gebracht werden.

Diese getarnte englische Propaganda hatte eine erstaunliche Wirkung, die von sehr zahlreichen Korrespondenten von H&H aufgedeckt wurde: Misstrauen herrschte seit Langem in einer öffentlichen Meinung, die sehr schlecht über die Handelspolitik informiert war. Die Anschuldigungen gegen eine angebliche Steigerung der Waffen- und Munitionslieferungen ans Reich eroberten die Überzeugung von Leuten, die sich schon daran gewöhnt hatten, eher die alliierten Sender als Beromünster zu hören, um die Wahrheit zu erfahren oder sie zu erfahren, bevor sie endlich in

der Schweiz bekannt gemacht wurde. Wenn der Sieger von morgen unsere fehlbaren Unternehmen auf seine schwarzen Listen setzte, so bestand wahrhaftig Anlass zur Beunruhigung.<sup>42</sup> Einmal mehr säte eine ausländische Propaganda Unruhe, begünstigte falsche Gerüchte (zum Beispiel im September, dass die Deutschen den freien Truppentransit gefordert hatten) und machte glauben, dass über unsere Zukunft anderswo entschieden werde, unabhängig von unserem Willen. Dies war für H&H Grund genug, die Information über unsere Handelsbeziehungen mit den kriegführenden Mächten in ihr Programm aufzunehmen.

Auch wenn sie zuweilen direkt auf die Schweiz zielten, bewiesen die Engländer weniger Ehrgeiz als seinerzeit die Deutschen. Sie versuchten nicht die nationale Übereinstimmung zu erschüttern und beschränkten sich darauf, ihre Sache sympathisch oder bedrohlich erscheinen zu lassen. Ihr Wirken erschien zum ersten Mal als wichtiger Faktor der Geistesverfassung in den Berichten von H&H vom zweiten Semester 1943, wie wenn es von der Lücke profitieren wollte, welche die Deutschen hinterlassen hatten. Sie verblüffte damals durch ihre unerwarteten Töne. Nach dem Muster der Kommunisten zählt sie die Sozialreform zu ihren Kriegszielen, selbstverständlich ohne sich auf den Klassenkampf zu stützen. Der weitverbreitete Beveridge-Plan nimmt hier die Stelle der sowjetischen Planung oder des sozialistischen Paradieses ein und nährt die Diskussion über die gesellschaftlichen Probleme in der Schweiz.

### Lockerung der Zensur

Die Abschwächung des deutschen Drucks wurde in der Öffentlichkeit nicht unbedingt wahrgenommen, oder nur indirekt durch eine Wandlung der Zensur, welche den Forderungen der Presse und der Parlamentarier nicht mehr so energisch entgegengetreten konnte. Ihre grundlegenden Spielregeln veränderten sich nicht bis Juli 1944 und nicht ohne Einspruch von Seiten gewisser militärischer Organe, aber laut Oberst Plancherel «hat sich die Pressekontrolle seltsam gelockert, seit das Gleichgewicht der Kräfte zwischen den Kriegführenden wieder hergestellt ist». Diese vom Oktober 1943 datierte Ansicht hätte zweifellos nicht die ungeteilte Zustimmung der Journalisten gefunden, doch räumte die APF jedenfalls seit Anfang 1944 ein, dass die in Kraft stehenden Vorschriften durch die Ereignisse überholt waren.<sup>43</sup> Der Brief ihres Vorstehers gab auch stillschweigend zu, dass die Härten der Zensur durch die deutsche Übermacht bedingt waren. Da jene nunmehr der Vergangenheit angehörte,

konnte die Neutralität in den Zeitungen besser gewahrt werden und die Kontrolle richtete sich nicht mehr einseitig nur nach dem Sieger des Tages aus.

Nur Untersuchungen über die Presse und die Zensurenentscheide könnten die Aufweichung messbar machen. Ohne einen Einzelfall verallgemeinern zu wollen, könnte man einen Artikel der *National-Zeitung* vom Dezember 1943 erwähnen, der 1941 unmöglich gewesen wäre, und der vor allem deshalb interessiert, weil er mit einem wesentlichen Thema der deutschen Propaganda deutlich abrechnet: Unter dem vielsagenden Titel «der Ansturm der Steppen» verweigert Adolf Gasser den Deutschen das Recht, im Namen der europäischen Kultur gegen die sowjetische Gefahr zu sprechen: Die Besatzung, die Ausmerzungen rassistischer Gruppen, die Kollektivstrafen ... das alles sind ebensoviele äusserst schwere Beleidigungen der überlieferten Ideale europäischer Freiheit und Kultur!<sup>44</sup> Kein einziger offizieller Armee- oder Regierungssprecher hätte sich damals so eindeutig äussern dürfen, und dies in einem Zeitpunkt, da man sich oft über die Schwäche unserer Gegenpropaganda beklagte. Diese Zeilen beweisen, was man trotz allem auszudrücken wagte, und wie die Presse an die Stelle der offiziellen Obrigkeit treten konnte, welche in ihrer Rolle der Geistigen Landesverteidigung gehemmt war.

Unter diesen Bedingungen wurden die noch übrigbleibenden Frontenblätter und die *Eidgenössische Sammlung* mit wachsendem Unverständnis ertragen, umso mehr als die Kommunistische Partei verboten blieb. Der Schutz, den man einem Burri und Leonhardt in Deutschland gewährte, machte die Frontier schliesslich ganz unmöglich. Der Entzug der Staatsbürgerschaft, den man gegenüber diesen zwei Männern im März 1944 aussprach, wurde überall beifällig aufgenommen.

### Psychologische Erfolge der Sowjets

Gassers Artikel zeigt sich auch verwundert über das Interesse der ausländischen Propaganda für die Neutralen. Wenn dies immer weniger zutrifft für die Dienste von Goebbels und immer mehr für die Engländer, so darf man die Russen nicht auslassen. Ein Bericht der Abteilung Radio der APF erkennt im ersten Quartal 1943 eine «quantitative Überlegenheit» der alliierten Tätigkeit, welche den Westschweizern grosse Aufmerksamkeit widmete. Es ist schwer einzusehen, was die Sowjets in der Schweiz zu erreichen suchten: Man darf aber die Karikatur des *Nebelspalter*s nicht vergessen, auf der Stalin vor einer Karte mit den am Dnjepr aufgereihten Fähnchen steht, aber einen gequälten Gesichtsausdruck aufweist: «Was nützt mir all dies, wenn die

Schweiz mich nicht anerkennen will!» Bleiben wir bescheiden in Bezug auf das Interesse, welches Russland für unser Land zeigen konnte! Immerhin gelangten seine Sendungen in westlichen Sprachen selbstverständlich auch zu uns. Im Unterschied zu ihren Verbündeten hatte die UdSSR ihre Relais an Ort und Stelle; es ist aber nicht unsere Absicht, hier zu beurteilen, was diese von sich aus oder auf Befehl aussagten. Die äusserste Linke unterstützte jedenfalls die Sache der Vereinten Nationen unter dem Schlagwort: Faschismus + Nationalsozialismus = Kapitalismus. Der Zusammenbruch des ersten würde jenen des zweiten mit sich bringen, vernichtet durch die Träger des sozialen Fortschritts (von Revolution ist nicht mehr die Rede). Mehr als je sollte sich die kommunistische Kampagne gegen die Lieferungen an die Deutschen und den Handel mit diesem Land richten. Was Russland selber betrifft, malte sie in schillerndsten Farben das sozialistische Paradies und das proletarische Heldentum.<sup>45</sup> Untrennbar von diesem Mythos, wurde eine kräftige Wirksamkeit zugunsten gründlicher innerer Reformen entfaltet, welche vermutlich weiter reichte als die vergleichbare der Frontisten von früher. Nun ist es nicht mehr Hitler, sondern Stalin, der bei uns Ordnung schaffen soll!

Die militärischen Ereignisse «... haben das Vertrauen und die Zuversicht in eine Nachkriegszeit gestärkt, die den demokratischen Auffassungen gewogen ist. Man bekreuzigt sich heute mehr vor dem Hitlertum als vor dem Bolschewismus. Die von Macht und Grösse Begeisterten sowie die Anbeter des Erfolgs werden allmählich nachdenklich beim Anblick der Unmenschlichkeit des Krieges. Und die Eidgenossen, die sich blenden Hessen, werden sich bewusst, dass die kleinen Schwächen unseres demokratischen Staates immer leichter zu ertragen sind als die national-sozialistischen Äusserungen von Kraft und Selbstvertrauen.»<sup>46</sup>

Dieses Urteil eines Zürchers vom Dezember 1943 zeugt klar vom Eindruck, den die Kriegswende hinterlassen hatte. So sehr die Siege von 1940-1941 die demokratische Sache geschwächt hatten, so sehr stärkten sie jene von 1943. Doch dieses erneute Vertrauen in eine Regierungsform, die uns eigen war, wurde von drei unangenehmen Feststellungen begleitet, welche die Zuversicht der Herolde der Geistigen Landesverteidigung überschatten sollten: die erste war das Gehenlassen, die *Ferienstimmung* jener, die glaubten, dass alles vorbei sei und die Gefahr sich verflüchtigt habe. Diese Versuchung kehrte regelmässig wieder, und man war gerüstet, sie auf zwei Hauptachsen zu bekämpfen; die eine, dass die Waffen das letzte Wort noch nicht gesprochen hatten, und dass das Land noch Angriffe auf seine Unabhängigkeit erleiden könnte. «Eine gründliche Vorbereitung ohne Krieg ist immer besser als ein Krieg ohne genügende Vorbereitung.» Dieser Spruch aus der berühmten Rede

von Kobelt an die Feldschützen erinnerte an die Notwendigkeit einer allzu oft in Frage gestellten Wachsamkeit.<sup>47</sup> Bei dieser dauernden Angriffsgefahr musste man auch zur nationalen Einheit Sorge tragen, als der Voraussetzung eines wirksamen Widerstandes. Das andere Thema, das in der zweiten Jahreshälfte 1943 ausschlaggebend wurde, besagte, dass ein Waffenstillstand nicht die unverzügliche Rückkehr zu den Annehmlichkeiten des Vorkriegslebens bringen würde. Zu viele Probleme, soziale vor allem, erheischten die Anstrengung und Initiative jedes Einzelnen.

Ernster war die Scheidung der Geister, welche die alliierten Siege mit sich brachten. Das Böse, das es zurückzuwerfen galt, war noch immer der Nazismus, aber wen unter seinen Gegnern sollte man als Verkörperung des Guten anerkennen? Alles wäre soviel einfacher gewesen für eine Bevölkerung, die anfänglich wenig vom Kommunismus und von den Zerstörern Finnlands angetan war, wenn die westlichen Alliierten den Krieg allein geführt hätten, oder wenn das Waffenglück sich nicht zuerst und zuvorderst in den russischen Steppen entschieden hätte und wenn die Sowjetsoldaten nicht eine so ausserordentliche Hingabe für das Regime und ihr Vaterland bewiesen hätten ... Dieses bereits 1942 erkennbare Dilemma machte sich immer schärfer bemerkbar.

Schliesslich schien die nationale Unabhängigkeit mehr als je bedroht, nicht so sehr durch die Waffen als durch das Ansehen der Sieger und ihre Druckversuche. Kaum hatte die neue Ordnung ihre Anziehungskraft verloren, sah sie sich schon von einer andern ausländischen Ideologie ersetzt. Es galt nunmehr unbedingt, den Schweizern ihr Vertrauen zurückzugeben, damit sie von sich aus die Lösungen für ihre Nachkriegsprobleme fanden, statt diese sich von den Siegern vorschreiben zu lassen. Da diese Sieger sich nicht für dieselbe Form der Demokratie schlugen, war die Aufgabe für die Verantwortlichen der nationalen Moral erschwert; umso mehr, weil sie als Soldaten keine *Politik* machen durften, also eine der beteiligten Parteien als Feind wählen, wie sie dies zu den schmerzlichen Zeiten der triumphierenden Wehrmacht unausgesprochen hatten tun können.

Nicht ohne sich ein wenig zu widersprechen, befand H&H anfangs 1944, dass im Grunde die verunsichernde Propaganda (zu unterscheiden von jener, die bloss Sympathie erwecken will) sehr nachgelassen hatte und nunmehr die Aufmerksamkeit von der Abwehr äusserer Einflüsse auf die Nachkriegsprobleme übergehen sollte. Unter diesen neuen Bedingungen erwies sich ihre Aufgabe als sehr heikel: verpflichtet dazu, über den Parteien zu stehen, musste sie nun den im Krieg entwi-

ckelten Gemeingeist aufrechterhalten, nicht «jenen der Einheit des Denkens, sondern das Bei wusstsein eines gemeinsamen Schicksals, welches die Geltendmachung unterschiedlicher Auffassungen und Interessen im Rahmen unserer Verfassung nicht ausschliesst.»<sup>48</sup>

## Sozialprobleme: ein Fieberschub

Wenn die politische Erneuerung immer weniger die Einbildungskraft anregte, welche durch die militärischen Erfolge der Demokratien beschwichtigt war, so drängten sich die sozialen Anliegen mehr und mehr auf in einer Bevölkerung, welche von den alltäglichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten heimgesucht wurde und für die alliierte Propaganda empfänglich war. Diese Schwierigkeiten waren greifbar und zahlreich. Bevor wir auf die hauptsächlichsten unter ihnen eingehen, sollen immerhin die Gründe zur Befriedigung hervorgehoben werden; der illusorische Glaube an die endliche Beherrschung der Lohn- und Preisspirale konnte den seltenen Optimisten überlassen werden: sie bildeten die Ausnahme. Dagegen war man ganz allgemein mit der Rationierung zufrieden, die als wirklicher Erfolg der Verwaltung galt, noch verstärkt durch eine wirksame Informationspolitik des Amtes für Kriegswirtschaft.<sup>49</sup> Die originellste Errungenschaft des Jahres 1943 war die Einführung einer «B»-Karte im August, welche insbesondere an Stelle von Fleisch mehr Milchprodukte und Brot enthielt als «A». Sie wurde im Allgemeinen gut aufgenommen, wie eine Umfrage von H&H festhält, allgemeiner aus wirtschaftlichen denn aus Ernährunggründen. Der Inhalt der Karte war billiger und eignete sich fürs bescheidene Portemonnaie, für kinderreiche Familien, Schwerarbeiter und Leute, die an ihrem Arbeitsplatz essen mussten. Andererseits bediente man sich ihrer zur Bereicherung von Mahlzeiten in Ergänzung zur «A»-Karte. Es war unvermeidlich, dass böse Zungen in dieser Neuerung eine Massnahme zur Vermeidung von Lohnerhöhungen sehen wollten, welche allen ermöglicht hätte, das Fleisch auf der «A»-Karte zu kaufen. Eine Polizeiumfrage des Territorialkommandos 5 beziffert den Anteil jener, die eine Lohnanpassung vorgezogen hätten auf 15%. Ein Korrespondent aus Lichtensteig bedauerte gewisse psychologische Wirkungen: Hausfrauen mit bescheidenen Mitteln wollten nicht die «B»-Karte wählen aus Angst, unter die Armen eingestuft zu werden, da die Verwaltung den geringeren Preis der mit «B»-Marken erhältlichen Produkte hervorstrich. Dieser Reflex mochte eine Weile in kleinen Ortschaften gespielt haben, war aber anscheinend nicht allgemein verbreitet.<sup>50</sup>

## Nörgeleien

Niemand war gezwungen, eine Sorte Karten statt einer andern zu wählen, ausser aus finanziellen Gründen. Deshalb gab es keinen Grund, sich über die Einführung der «B»-Karten zu beklagen, oder höchstens indirekt. Dagegen wütete wie einst, aber mit grösserer Schärfe, der Zorn gegen den Schwarzmarkt, vor allem in der zweiten Jahreshälfte, wo gewisse Fälle die öffentliche Meinung beeindrucken. Hier ein Beispiel für die Heftigkeit, mit welcher sich die Gefühle bald Luft machen: Indem er die Regierung zu ihrer Härte gegenüber den Verrätern beglückwünscht, welche die «belagerte Festung» gefährden, schreibt ein Korrespondent aus Schaffhausen: «Das ganze Rationierungssystem ist eine so lebenswichtige Massnahme zur Verteidigung dieser Festung, dass die Verstösse gewiss ebenso als Hochverrat bezeichnet werden müssen». Man findet auch gerne, die Bestrafung sei nicht streng genug, die Namen der Schuldigen würden nicht genügend oder zu spät veröffentlicht, die Todesstrafe sollte angewendet werden etc. Ohne immer so weit in der Verfolgung zu gehen, regt sich die öffentliche Meinung umso bereitwilliger auf, als die grossen Transaktionen sich in den vom Glück verwöhnten Kreisen ereignen. Gelegentlich, aber keineswegs allgemein werden auch die Westschweizer angegriffen, die eher zu einem Schwarzmarkt zu neigen scheinen, der von gleichgültigen Kantonsregierungen leichter akzeptiert wird.<sup>51</sup>

Wie es sich gehört, nehmen die Kritiken an den Behörden und die Beanstandungen mehr Raum in den Korrespondenzen ein als die Glückwünsche. Die Steuerbelastung, um damit zu beginnen, nimmt mit den Kriegsausgaben zu, was natürlich schlecht aufgenommen wird, umso mehr als die Kantone nicht zurückstehen. Die seit 1941 erhobene Wehrsteuer wird in verschiedenen Punkten kritisiert. Selbständigerwerbende, Angehörige des Mittelstandes, Arbeiter beklagen sich, übermässig belastet zu werden, während die andern sich dem Fiskus zu weitgehend entziehen, ganz besonders die Aktionäre, die Kapitalisten oder die glücklichen Kriegsgewinnler. Diese Klagen sind nichts als gewöhnlich und verdienen unser Interesse bloss in Verbindung mit anderen, als einer der Faktoren der Unzufriedenheit gegenüber dem Staat und der Ausrichtung nach Enks sowie die Forderungen nach grösserer sozialer Gerechtigkeit. Hin und wieder sieht man sogar in diesem Zusammenhang das Gespenst der sozialen Unruhen von 1918 umgehen.

Mit der Furcht vor der Arbeitslosigkeit berührt man ein Thema von ganz anderer Ausdehnung und potentieller Sprengkraft. Die Lohnabhängigen hatten die Unterbeschäftigung in der Nachkriegszeit oder sogar schon in der Gegenwart zu fürchten. Der Abbruch der Handelsgespräche mit Deutschland weckte selbstver-

ständig einige Befürchtungen, weil der Rohstoffmangel katastrophale Folgen für die Beschäftigung haben konnte. Die Androhung von Massenentlassungen, welche von gewissen Unternehmen gemacht wurde – wahrscheinlich um die Entscheidung des Bundesrates zu beeinflussen – wurde von der Arbeiterschaft sehr übel aufgenommen, die daraus schloss, dass die Arbeitgeber sich nicht für das Los der Lohnabhängigen interessierten. In der ganzen Kriegszeit war übrigens 1943 das Jahr, in welchem die Zahl der eingeschriebenen Stellensuchenden für die Männer am niedrigsten (5'886 im Jahresdurchschnitt) und für die Frauen im Vergleich zu den vorangehenden Jahren im Abnehmen begriffen (1968 im Mittel) war. Die schlechten Beziehungen mit Deutschland hinderten diesen Bestand keineswegs daran abzunehmen. Hier und dort liessen Schwierigkeiten in einzelnen Sektoren, wie in den Kohlebergwerken oder im Winter 1944 in den Maschinenfabriken, Böses für die Zukunft erahnen; der Bundesrat hatte doch seinerzeit Arbeit versprochen, was immer es kosten sollte! Aber dieser saisonale Anstieg der Arbeitslosigkeit war nur normal.<sup>52</sup> Gesamthaft gesehen, warf der Arbeitsmangel keine unüberwindlichen Probleme auf. Die vorläufige Verlängerung des Handelsabkommens, darauf die neue Vereinbarung, erübrigten die Personalentlassungen in den betroffenen Sektoren.

Für die Zukunft waren die Befürchtungen nicht geringer, umso mehr als die von den Behörden vorgesehenen Abhilfemassnahmen nicht die allgemeine Überzeugung gewannen: Für die einen schien der bekannte, im April 1942 veröffentlichte Zipfel-Plan alle Beschäftigungsprobleme lösen zu müssen, sogar über die Absichten seines Urhebers hinaus; für andere, welche dem bürgerlichen Staat misstrauten, konnte man ihn nicht ernst nehmen, und nichts Brauchbares würde daraus hervorgehen. Wenn man in dieser Sicht für den Augenblick sofortige Notstandsmassnahmen ins Auge fassen konnte, öffentliche Bauten zum Beispiel, so führte eine echte Bekämpfung der Unterbeschäftigung notwendigerweise über Reformen des Wirtschaftssystems selber, von dem die Arbeitslosigkeit bloss ein Element war.<sup>55</sup>

Das schwerste Problem, welches die öffentliche Meinung sowie die Korrespondenten von H&H am breitesten beschäftigte, war immer noch das Verhältnis zwischen Preisen und Löhnen. Man könnte beinahe alle wirtschaftlichen und sozialen Streitigkeiten auf dieses beängstigende Thema zurückführen, welches alle andern beherrschte. Die Beunruhigungen und die Spannungen des vorangehenden Zeitabschnitts dauerten fort, jedoch in einem sozial und politisch verschlechterten Klima.

Von Januar bis Dezember 1943 steigen die Lebenskosten um 7 Punkte im Jahresdurchschnitt, gegenüber 14 im Vorigen (Basis 100 im August 1939), und nochmals um 2.4 bis im Mai 1944. Die Nahrungsmittel entwickeln sich 1943 rascher



(+8 Punkte), dann langsamer (+2.2). Ihre Preise von 1943 übersteigen jene von August 1939 um 61% (48% für den Gesamtindex).

Die Arbeiter-Stundenlöhne ihrerseits haben 1943 10 Punkte gewonnen (Basis 100 im Juni 1939), haben aber ihren Rückstand nur teilweise aufgeholt und stehen bloss bei +37%. Im Jahre 1944 werden sie sich nochmals um 10% annähern. Die Lage verbessert sich fortwährend, und die niedrigen Saläre bis Fr. 3'000 im Jahr von 1939 werden am schnellsten angepasst, bis 96% ihrer Kaufkraft von 1939, gegenüber 75% für die Kategorie bis Fr. 4'000 und noch weniger für die höheren. Auch ohne dass die Forderung der Sozialisten nach der Schaffung eines Lohnamts erfüllt worden wäre, waren die seit 1943 von der Bundeskommission herausgegebenen Richtlinien in der Tat befolgt worden. Nicht alle Unternehmungen hatten die Löhne in diesem Ausmass angehoben, was Inseln der Unzufriedenheit schuf. Andere hatten sich grosszügiger gezeigt. Diese Ungleichheiten und der freiwillige Charakter der Bundesweisungen wurden von den Sozialisten stark kritisiert, welche grundsätzliche Gegner jeder Form von Paternalismus waren. Was die Teuerungszulagen betrifft, passten sie sich nicht ohne Verspätung allmählich den Preisen an. Die Familienzulagen wurden vielleicht mehr verschleppt.

Die Konsumenten sehen das nicht so. Der *Nebelspalter* vom 6. April 1944 zeigt eine «Künstlerin des Alltags», die Hausfrau, die sich auf einem gespannten Seil darum abmüht, ihr Gleichgewicht zu wahren; am einen Ende ihrer Balancierstange hängt das Gewicht des Lohnes, am andern jenes der Teuerung. Noch 1945 sollte Lindt in seinem Schlussbericht das Sinken des Reallohnes erwähnen, welches «immer breitere Gesellschaftsschichten daran hinderte, ihre Marken einzulösen,» was die von der Rationierung angestrebte Gleichheit beeinträchtigte. Im Winter rief die Notwendigkeit, Brennstoffe zu kaufen, die Erneuerung der Kleider oder der Schuhe wirkliche Schwierigkeiten hervor, vor allem in den Familien der Mobilisierten oder in den kinderreichen, aber auch bei den mittleren oder höheren Arbeitern und Angestellten. Eine im Winter 1943-1944 in Zürich durchgeführte Gewerkschaftsumfrage stellte fest, dass die wirtschaftlich Schwachen ihre Ausgaben auf die Nahrung konzentrieren und den Rest auf das unerlässliche Mindestmass beschränken mussten. Man weiss aber auch, dass die Wahrnehmung des Verhältnisses zwischen Lohn und Preis selten mit den offiziellen statistischen Tatsachen übereinstimmt ..., welche von manchen übrigens in Zweifel gezogen werden.<sup>54</sup> Jedenfalls verwischen die von den Ämtern ermittelten Durchschnittswerte die Extremfälle, welche hingegen den Beobachtern des Alltags ins Auge fallen. Deshalb findet man auch Zeugnisse der Zu-

friedenheit in den grosszügigeren Unternehmen oder in begünstigten Sektoren. Als beispielhafter Fall für die Wahrnehmung der Bevölkerung sei bloss jener Brief vom 3. Februar 1943 aus Bottighofen (TG) erwähnt, welcher die 40% Erhöhung der Preise den 5-10% der Löhne gegenüberstellt und verlangt, dass der Bund sich um die Wiederherstellung des Gleichgewichts kümmert, und zwar nicht nur in der Kategorie der Beamten. Gewöhnlich wurden die Arbeitgeber übrigens mehr getadelt als der Bund.<sup>55</sup> Wie dem auch sei, H&H erhält das ganze Jahr hindurch ununterbrochen Warnungen über die Verschlimmerung der materiellen Lage und der sozialen Spannungen. Die Ausweitung der Streiks ist ein Zeichen dafür, obwohl ihr Ausmass lächerlich gering blieb: im Jahr 1942 waren es 822 beteiligte Arbeiter, 4'030 verlorene Arbeitstage; 1943: 1'009 und 12'050; 1944: 1'324 und 17'690.

Die Natur der sozialen Konflikte hat sich selbstverständlich nicht geändert seit der dem Krieg vorangegangenen Phase, und es wäre unvorsichtig, aus den verfügbaren Unterlagen zu schliessen, dass die Auseinandersetzungen sich wirklich verschärft haben, auch wenn der Wortschatz des Klassenkampfes sich wieder einbürgert. Die Gegensätze zeichnen sich immer noch an zwei Fronten ab, der Bauernschaft und der Besitzenden, die mehr oder weniger mit dem Staat gleichgesetzt werden.

### **Der Stadt-Land-Konflikt**

Der Groll zwischen Bauern und Städtern herrschte weiter, trotz der freiwilligen oder obligatorischen Mithilfe der letzteren bei der Ausdehnung der Anbaufläche, welche ihnen die bäuerlichen Probleme hätte näherbringen können. Die Häufigkeit der militärischen Ablösungen bot natürlich einen unerschöpflichen Anlass zur Unzufriedenheit, indem die mobilisierten Städter überzeugt waren, dass sie mehr Dienst leisteten als ihre Kameraden vom Land. Aber der schwerwiegendste Protest betraf selbstverständlich die Preise, denn mit dem Plan Wahlen trugen die Bauern gezwungenermassen einen wachsenden (und kostspieligeren) Anteil zum Inhalt der Lebensmittellisten bei, die zu kaufen man zuweilen so grosse Mühe hatte. Milch, Fleisch und andere Bodenprodukte lasteten immer schwerer auf den Ausgaben der einen und den Einnahmen der andern. Auch hörte man auf dem Markt von Zürich im November 1943 häufig die Leute sich beklagen und, etwas seltener, versprechen, dass man sich zu gegebener Zeit an all diese Missbräuche erinnern werde. Wenn man das Nachhinken der Löhne hinter den Lebenskosten hart empfand, so schienen die Zu-

satzgewinne, welche die Bauern ernteten, skandalös. Die Unwissenheit in Bezug auf die bäuerliche Arbeit und die Investitionskosten oder Betriebsausgaben, die ebenfalls steigend waren, begünstigte dieses Ressentiment. Ein Korrespondent von H&H fasst nicht ohne Naivität ein wahrscheinlich ziemlich verbreitetes Gefühl zusammen: «Ich weiss nicht, aber wenn das mit den Preiserhöhungen so weitergeht (dazu noch bei Lebensmitteln, wo es völlig ungerechtfertigt ist, wie bei Gemüse und Früchten), könnte das für unsere innere Front gefährlich werden. Bei allem Respekt vor der Landwirtschaft und ihren Anstrengungen auf dem Gebiet der Produktion, macht es doch bald den Eindruck, dass diese Leute jeden gesunden Menschenverstand verloren haben und Forderung auf Forderung häufen, um ihr Einkommen zu erhöhen. Der Arbeiter hat sich dem Arbeitsfrieden gewogen gezeigt, erhält aber immer mehr den Eindruck, dass er von einer gewissen Bevölkerungsschicht ausgenützt wird, die sich einen Dreck um die Gerechtigkeit und den inneren Frieden kümmert... (mit der Milch) hat die Bauernschaft dem Bundesrat erneut einen Sieg abgerungen.»

Da die bäuerlichen Organisationen noch nie durch die Unauffälligkeit ihrer Forderungen gegläntzt hatten, boten sie den Protesten eine leichte Zielscheibe, vor allem in der Innerschweiz, wo sie besonders heftig waren<sup>56</sup>, und der Verteidigung der Landwirtschafts-Interessen einen kollektiven, ja Klassencharakter verliehen. Indem sich die Arbeiterpresse ihrerseits zum Anwalt der wirtschaftlich Schwachen machte, neigte der Konflikt zwischen den zwei Gesellschaftsgruppen dazu, vergiftet zu werden.

Die Bauern blieben nichts schuldig und waren weder um Beschwerde- noch um Verteidigungsgründe verlegen. Jenseits der auseinanderlaufenden Interessen, welche sie je nach Gebiet, Landwirtschaftsart und Ertragskraft der Höfe trennen mochte, waren sie alle auf den Plan Wahlen verpflichtet und glaubten gerne, dass die gewaltige Produktionsanstrengung, welche man von ihnen verlangte, grosszügigere Dispensierungen vom Militärdienst rechtfertigte. Weder sie noch ihre Pferde konnten gleichzeitig in der Armee und auf den Feldern sein. Wie durch Zufall traf es die Dienstzeiten immer zum ungünstigsten Zeitpunkt ... selbst wenn der Generalstab sein möglichstes tat, um die Erfordernisse der wirtschaftlichen Verteidigung mit jenen der militärischen in Einklang zu bringen; und die Anwälte der Mobilisierten fehlten weder im Parlament noch in den Pressionsgruppen. Die Arbeitsüberlastung fiel daher auf die Frauen zurück, die einzigen Erwachsenen, die dauernd im Betrieb anwesend waren. Die kleinen Einheiten hatten keine Knechte; auch in den grösseren fand man sie anscheinend nicht viel leichter, und da, wo sie vorhanden waren, konnten sie ebenfalls aufgeboden werden. Man hört auch einen Bauern aus Worb (BE) sich be-

klagen, dass in seiner Gegend und noch mehr in andern Kantonen, die Knechte sich gewerkschaftlich organisierten, und die Beunruhigten fragten sich, ob die bäuerliche Welt ihre Befehle bald von Moskau entgegennehmen müsste ... Die Dienstzeiten wurden umso schlechter ertragen, als die Arbeit dort nicht unbedingt von offenbarem Nutzen war, während auf dem Hof so viele Arbeiten ihrer Erledigung harren!<sup>57</sup> †

Wie zuvor, vereinigt der Milchpreis die Gegensätze zwischen Stadt und Land auf sich, indem jeder die dem andern abverlangten Opfer lächerlich findet angesichts seiner eigenen Belastungen. Auf Seiten der Bauern fasst ein Artikel von Laur neben vielen andern die Verbitterung einer sich unverstanden fühlenden Schicht zusammen: Trotz der regelmässigen Milchversorgung, welche sie den Städten garantiert, gesteht ihr der Staat nicht den geringsten Rappen zu: «Ist dies der Lohn für die gewaltigen Anstrengungen, die wir zugunsten der Konsumenten unternommen haben?» In den gleichen Ausdrücken wie die Arbeiter als Käufer zwirnt Laur den antikapitalistischen Faden, indem er das bäuerliche Einkommen mit den hohen Dividenden und den «mächtigen stillen Reserven» von Banken und Industrie vergleicht. Dieses den Jungbauern und der Linken gemeinsame Argument hätte den Übergang zu einer bäuerlichen Agressivität gegen den Staat und die Gesellschaft erleichtern können, welche nicht mehr von den nationalsozialistischen Ideen, sondern von der Linken angetrieben würde.

Es ist kein Zufall, das H&H einen Brief aus Zürich unter die Auszüge jener Korrespondenzen aufgenommen hat, die besondere Aufmerksamkeit verdienen; darin wird für die Kleinbauern eine Einkommenssteigerung für die Nachkriegszeit verlangt, damit diese nicht den Roten in die Hände fallen.<sup>58</sup> Im Augenblick, wo man immer mehr die Rückkehr zu Friedensbedingungen beschwört und wo die gesellschaftliche Krise von 1918 die Geister umtreibt, kann diese Gefahr nicht missachtet werden, vor allem da sie sich mit einer vielleicht noch mächtigeren Wut gegen den Staat verbündet, der Zügel und Peitsche ergriffen hat, um sich die Bauernschaft untertan zu machen. Indem er sich daran erinnert, dass die Unzufriedenheit in der Innerschweiz auf dem Siedepunkt ist und anderswo nicht so erbitterte Formen annimmt, erfasst ein Schwyzer Polizeibericht vom Februar 1944 gut die Krise, die man in gewissen Landwirtschaftskreisen ausmachen konnte: «Der Bauer sieht heute in den Behörden, und zwar unter allen möglichen Gesichtspunkten, bloss noch den Sündenbock, den Grund allen Übels, und scheint nur ein geringes Verständnis für die grossen Probleme der Gemeinschaft aufbringen zu können. (Er verlässt die herkömmlichen Parteien) ... doch was zu Aufmerksamkeit mahnt, ist die damit verbundene Unzufriedenheit, welche die überlieferte Verwurzelung und die Anhänglich-

keit an den Staat unterhöhlt und auflöst. Darin liegt die Gefahr, dass auch das Bauernvolk proletarisiert und für Masseneinflüsse empfänglich wird, ob diese nun von rechts oder von links kommen.»<sup>59</sup> Es handelt sich hier zweifellos um einen Extremfall, doch die Ungewissheit über die Zukunft eröffnete trübe Aussichten für die Aufrechterhaltung der alten Ordnung oder der Ordnung schlechthin. Unter dieser Annahme hätte ein Bündnis der Unzufriedenen zwischen Arbeitern und Bauern schwer auf der gesellschaftlichen Zukunft des Landes und seinen traditionellen Kräfteverhältnissen gelastet. Würde man auf die Bauernsamen zählen können im Einsatz gegen städtische Unruhen nach dem Muster eines neuen 1918? Die Frage erhob sich jedenfalls nicht auf der Ebene von H&H, aber manche ihrer ländlichen Korrespondenten erlebten diese Drohung wie eine Art Mythos.

Auf Seiten der Arbeiter wie der Bauern war die Unzufriedenheit begründet. Mit nur geringer Übertreibung könnte man behaupten, dass die einen die Hoffnung hegten, dass die Kriegspreise sich zumindest halten würden, und die andern, dass sie zusammenbrächen, wobei jeder mit ebenbürtigem Misstrauen erwartete, dass der Staat dafür alle Anstrengungen unternehmen werde.

Man muss immerhin Folgendes berücksichtigen: Wenn sich der Gegensatz oft mit Heftigkeit ausdrückt, so deshalb, weil jeder berufliche oder politische Zusammenschluss, jede Auseinandersetzung, jede Verhandlung mit den Behörden Macht- und Willensbestätigungen erfordern. Die Einschüchterung ist ein unentbehrlicher Faktor der Verhandlung. Sie verstärkt sich durch die Erbitterung der Basis. Doch der Streit schien damals so lebhaft, dass ein Zusammengehen der beiden Kräfte gegen die etablierte Ordnung für die Zukunft kaum wahrscheinlich aussah, selbst unter der Aussicht eines neuen 1918. Dies könnte die Gleichgültigkeit von H&H erklären; die Gegnerschaft hatte sich zu sehr um die Preise und Einkommen herum entzündet, die schon alte, aber durch den Krieg vervielfachte Verständnislosigkeit hatte sich als zu tief herausgestellt, als dass ein gemeinsamer Kampf hätte geführt werden können. Die Führung der Sozialistischen Partei, welche die katastrophale Isolierung von 1918 eben verhüten wollte, versuchte eine Annäherung, aber ohne grossen Erfolg.

### **Die Arbeiterfrage**

Die gutplazierten Beobachter der Generaladjutantur interessierten sich offensichtlich mehr für die Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern oder Staat, denn von diesen hing die Bereitschaft der ersteren zum bewaffneten Widerstand ab,

was für Armee und Regierung eine vorrangige Sorge war; zu diesem Anliegen gesellten sich zwei weitere, eng verbundene, deren Bedeutung mit den alliierten Fortschritten zunahm: Es galt die Zukunft derart vorzubereiten, dass der innere Friede nicht wie 1918 bedroht wurde, und die unerlässlichen Reformen, was immer diese sein mochten, sollten von der Schweiz selbst beschlossen werden, ohne jeden äusseren Zwang; das Land hatte nicht dem deutschen Druck, dem Verrat, der Propaganda die Stirn geboten, um anderntags ähnlichen Machenschaften der UdSSR nachzugeben, denn um diese handelte es sich nämlich, ohne dass man es aussprach. Nach diesen drei Kriterien erlaubte es der Wandel der Einstellungen deshalb nicht mehr wie früher, voreilig zu behaupten, der Klassenkampf und der Wille zur Revolution seien bloss Gespenster.

Ohne der Untersuchung der politischen Probleme durch Schlussfolgerungen vorgreifen zu wollen, muss man einige Elemente erwähnen, die pessimistisch stimmten: Lalive d' Epinay, der bei H&H für die Information zuhause der Zivilbevölkerung in der Westschweiz zuständig war, fasst die Lage vom Sommer 1943 ausgezeichnet zusammen. Auch wenn er ein miserabler Organisator war und es nicht fertigbrachte, ein Korrespondentennetz, vergleichbar mit jenem von Lindt in der Deutschschweiz, auf die Beine zu stellen, hatte er doch gute Kenntnisse der Arbeiterwelt. Er schrieb damals: «Der Verlauf des Krieges und die angelsächsischen Siege rufen in der Schweiz zwei gegensätzliche Reaktionen hervor. Ein Teil der Arbeiterschaft glaubt an eine Rückkehr zur liberalen Wirtschaft der Vorkriegszeit und entwickelt sich nach rechts. Viele Arbeiter glauben, dass nur Moskau eine Lösung ihrer Probleme bringen werde. Der Graben zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, der 1940-1941 gefüllt worden war, tat sich von Neuem auf. Die Gewerkschaftsführer von nationaler Ausrichtung finden sich oft in einer unhaltbaren Lage; ihre Politik der Zusammenarbeit stösst auf das Unverständnis zahlreicher Arbeitgeber, man verlangt von ihnen, was sie als moralischen Selbstmord bezeichnen ...»<sup>60</sup> Die soziale Spannung war in Genf, welches Lalive gut kannte, besonders stark, doch sind diese Beobachtungen, *mutatis mutandis*, für die grossen Städte der Deutschschweiz ebenfalls gültig.

Soll man die übrigens seltenen, simplistischen Behauptungen, der Krieg würde nur den Interessen der Reichen dienen, überhaupt erwähnen? Es ist dies ein Klischee, dessen genaue Tragweite schwierig abzuschätzen ist. Symptomatischer ist jenes Zitat von Lindt, «dass es nicht mehr angehe, den Arbeiter mit der Schilderung eines noch grösseren Elends im Ausland zu trösten: ‚Wenn man mir sagt‘, bemerkte ein Kursteilnehmer, ‚dass in Griechenland Tausende von Leuten verhungern, ändert

dies nichts an der Tatsache, dass ich heute meine sechs Kinder nicht ausreichend ernähren kann.' Hie und da kommt schon der Verdacht auf, man wolle dem Volk bloss Furcht einflössen vor den Gefahren, welche die Schweiz bedrohten, um es besser in Schach halten und Lohnforderungen abbiegen zu können. Hinter der patriotischen Larve würde der Arbeiter ausgebeutet.»<sup>61</sup> Dieser «Fieberschub», wie Lindt es auch nennt, kann dem Rückgang der deutschen Bedrohung zugeschrieben werden, der Verstärkung der Sowjetmacht, der Kriegsmüdigkeit im Verein mit den materiellen Schwierigkeiten; jedenfalls erkennt man ihn unter allen möglichen Formen. Hier (Ermatingen) ist es die Erinnerung an den Auszug der «besseren Leute» im Mai 1940, die man liebenswürdig auffrischt, obwohl man sie vergessen glaubte; dort (Zürich) ist es die Beteuerung, dass Heimat dort ist, wo man Arbeit hat; anderswo (Kanton Bern) spürt man die Spannung anlässlich eines Arbeitskonfliktes im Holz- und Baugewerbe ansteigen. Nochmals andernorts (Genf) verwünschen viele Arbeiter den Arbeitsfrieden, welcher zur Zusammenarbeit mit der Arbeitgeberschaft zwingt ... Wechselfälle ohne Belang! Lokale Entwicklungen! Sicher, und man scheint sie nicht tragisch zu nehmen; immerhin werden sie erwähnt und in Zusammenhang gebracht mit einer «Radikalisierung der Arbeiterklasse», welche sich durch alle möglichen Kanäle bemerkbar macht, unter denen die Lohnforderungen, die Wahlen, der Linksdrahl der Sozialistischen Partei und die Erwartung des sowjetischen Messias nicht die Geringsten sind, wie wir sehen werden.<sup>62</sup>

In seinem Gesamturteil über die Arbeiterklasse kommt Lindt zum Schluss, dass sie «trotz allem ihren schweizerischen Standpunkten treu blieb», mit einigen Ausnahmen in der Westschweiz. Abgesehen von der besorgniserregenden Lage fehlte es nicht an zuversichtlichen Aussagen in Schaffhausen, Zug (ausser einigen anfälligen Betrieben mit Durchschnittslöhnen), Aargau, zum Beispiel, ohne von der Politik des Gewerkschaftsbundes zu sprechen, die offen zum Arbeitsfrieden stand, trotz einigen Murrens an der Basis, wahrscheinlich mehr in der Westschweiz als anderswo.

Die Bedeutung der Arbeiterfrage entging H&H nicht, weshalb ihre Tätigkeit systematisch auf sie ausgerichtet war. In Zusammenarbeit mit Bundesämtern wurde im Juli 1943 eine Untersuchung über die Sicherheit in den Betrieben und den Arbeitsfrieden veröffentlicht. Andererseits suchte H&H im Einverständnis mit den Gewerkschaften, der Unternehmungsleitung und den Arbeiterkommissionen den Kontakt mit dem Betriebspersonal. Ein gewagtes Ziel, da die erforderliche politische Neutralität ihr verbot, mit den Arbeitgebern verbündet zu erscheinen.

## Das Ende des Burgfriedens?

Die nationale Einheit hatte nie die ganze Bevölkerung umfasst. Die deutschen Siege hatten eine nicht zu vernachlässigende Minderheit geschaffen, welche die Eingliederung in das nationalsozialistische Europa annahm oder sich darauffreute. Diese Gruppe verlor seit 1943-1944 mehr und mehr an Gewicht und verkümmerte in der Masse, wie die neue Ordnung brüchig wurde und ihre Ansprüche unter den Schlägen der Feinde des Reichs herabschraubte. Bis anhin waren die Linke und die Arbeiterklasse patriotisch zuverlässig gewesen. Aber ein Ablösungsprozess war im Gang, welcher diesen beispielhaften Zusammenhalt des Volkes bedrohte. Er nährte sich aus zwei Quellen, dem Abstand zwischen den Löhnen und den Preisen oder allgemeiner den materiellen Schwierigkeiten, und andererseits den sowjetischen Siegen. Diese Beweggründe waren nicht gleichartig: der eine war intern und konnte durch geeignete Massnahmen kontrolliert und korrigiert werden, der andere war extern und entzog sich jedem schweizerischen Einfluss. Trotzdem war er paradoxerweise für die nationale Einheit am wenigsten gefährlich.

### Die extreme Linke

Die Propaganda der äussersten Linken war sehr aktiv und beutete diese doppelte Strömung aus, natürlich indem sie diese den Umständen anpasste. Es mangelte nicht an Gelegenheiten, Vorwände für diese mehr oder weniger heimliche Tätigkeit zu finden: der Prozess Hofmaier, Nicole und Konsorten wegen verbotener Tätigkeiten im Januar 1943 vor dem Bundesgericht, der Tag der Arbeit, die eidgenössischen Wahlen vom November. Die Polizei ortete diese Agitation das ganze Jahr hindurch, vom Tessin über Montreux bis Basel oder anderswo. Als Beispiel für die Verbindung der zwei Elemente könnte man ein Zürcher Traktat vom 1. Mai 1943 zitieren; es beginnt mit der Beschwörung des siegreichen Kampfes gegen den Faschismus, der von den Arbeitern und Bauern der UdSSR geführt wird, in Verbindung mit den Völkern Amerikas und Englands sowie den Helden der unterworfenen Völker. Nach einer Überleitung in Grossbuchstaben «Wir in der Schweiz sollten den Krieg gegen die Reaktion entflammen», und einer Mahnung, dass dieser Kampf an der Seite aller Freiheitskämpfer geführt wird, folgt eine Anklage der Spekulanten, der Teuerung, des sozialistischen und Gewerkschafts-Reformismus, des Arbeitsfriedens etc.<sup>63</sup>



Die Forderung nach Wiederherstellung der Presse- und Versammlungsfreiheit stellte infolge ihres ausserordentlich demokratischen Charakters ein uner-schöpfliches Thema dar, besonders wenn man sich daran erinnert, dass die national-sozialistischen Organisationen immer noch zugelassen waren. Die Angriffe gegen die Regierung, vor allem Pilet-Golaz, fanden leicht Motive, zum Beispiel im Fehlen diplomatischer Beziehungen mit der UdSSR. Zum Ausgleich scheint diese Propaganda wenigstens in einem Punkt, der Landesverteidigung, nicht von jener der offi-ziellen Kreise abzuweichen, ausser im Tonfall und in gewissen Argumenten: Man verherrlichte den Krieg gegen den Faschismus nicht, bloss um angesichts seiner noch immer möglichen Angriffe abzurüsten!

In einem grundlegenden Punkt dagegen ist der Gegensatz offensichtlich, jenem des Klassenkampfes, worauf sich diese Propaganda ausgesprochen oder still-schweigend dauernd bezieht. Im besten Fall verlangen die Extremisten neben gesun-den und echt demokratischen Elementen, die nicht zum Proletariat gehörten, die Machtübernahme und die totale Umwandlung der Gesellschaft. Dies kann gelegent-lich in den Aufruf zur Revolution münden, wie in jener Proklamation zum 1. Mai 1943, die , wir werden es nochmals sehen, einen entscheidenden Punkt im Empfin-den der Unzufriedenen berührt: «Der Sozialismus wird nicht von selbst kommen. Er muss erkämpft werden.»<sup>64</sup>

Man spürt aus den Reaktionen der Korrespondenten von H&H keine all-gemeine Beunruhigung angesichts solcher Aufrufe, denn man fürchtet die russische Intervention mehr als die Schweizer Revolutionäre, aber hie und da drückt sie sich dennoch aus.<sup>65</sup>

Hier folgt, wie ein Zürcher diese Propaganda im April 1944 wahrnimmt: «Der an sich gerechtfertigte Respekt vor den militärischen Leistungen der russischen Armeen wird auf die politische Ebene abgeleitet, wo er missbräuchlich zu einer hem-mungslosen Verherrlichung des ‚Sozialismus‘ führt. Die Zürcher Konferenz der ‚Be-wegung für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der UdSSR‘ gibt ein Bei-spiel dafür, wie weit man heute schon gehen zu können glaubt. Die Halbwahrheit «Russland hat die Schweiz vor Deutschland gerettet» wird zu «Russland hat die schweizerische Demokratie gerettet», und die grundlegend falsche Gleichung, «Russland = sozialistische Republik = Sozialdemokratie» führt leicht zur Forderung, die Schweiz in eine «Sozialrepublik» nach russischem Muster umzuwandeln. – Das Ziel ist klar. Es handelt sich nicht bloss darum, zur Einrichtung «normaler» Bezie-hungen mit der UdSSR zu verpflichten ... Es geht um die Schaffung einer Plattform für den Klassenkampf der Nachkriegszeit ...» Nüchterner schliesst ein Bericht von

H&H auf dieselbe Gleichsetzung von Russland, welches eine überschwengliche Sympathie in den Arbeiterschichten erntete, mit dem bolschewistischen System. Doch fügt er hinzu, dass die Bemühungen im Allgemeinen scheiterten, ausser bei den Jungen.<sup>66</sup> Die Taktik ist klar, sie setzt jene von 1942 fort, mit vervielfachten Chancen seit Stalingrad und der Befreiung weiter Räume Westrusslands. Wir haben schon gesehen, wie sie Leute beeindruckte, welche vor der Schwerfälligkeit des angelsächsischen Vormarsches die Geduld verloren und geblendet waren von den gewaltigen Schlägen im Osten gegen eine Wehrmacht, die bis anhin als unbesiegbar galt. Die Verherrlichung der Völkergemeinschaft gegen den Faschismus, liess vielleicht auch die Klaustrophoben nicht unberührt, welche je länger je mehr unter der Abschliessung der belagerten helvetischen Festung litten. Unter einem ähnlichen Gesichtspunkt macht einjournalist der *NZZ* in Genf einen Glauben aus, der ebenso in den USA und in Grossbritannien verbreitet ist, nämlich dass das Wohlbefinden des Mannes von der Strasse nicht bloss den inneren Frieden begünstigt, sondern wesentlich ist für den Weltfrieden. Die bereits in der vorangehenden Zeitspanne erwähnten Trümpfe der extremen Linken waren noch stärker geworden. Von der Macht ferngehalten und als Opfer derselben, war es ihr ein leichtes, sich als die einzige Kraft darzustellen, welche wirklich bereit war zu grundlegenden sozialen Fortschritten, und all jene zu verführen, welche unverzügliche Sozialreformen forderten in einem Geist, der von einem Korrespondenten von H&H so zitiert wird: Bauen wir zuerst auf, bezahlt wird später!<sup>67</sup>

Die kommunistische Propaganda genoss zwei Vorteile, die zwar irrational, aber nicht weniger gewichtig waren: Die Illegalität ihrer Publikationen befreite sie von der Zensur, welche die gewöhnliche Presse drangsalierte. Die Kommunisten, welche sich stets damit brüsteten aufzudecken, was die andern verheimlichten, bezogen aus dem Untergrund eine Glaubwürdigkeit, die andernorts fehlte. Mit dem Lob des Sowjetparadieses betrat man durchaus das Reich des Mythos, eines Mythos jedoch, der an das Herz zahlreicher Arbeiter rührte.

Abgesehen von jeglicher Propaganda – aber diese profitierte selbstverständlich davon – verliehen das Verbot der Kommunistischen Partei, die Prozesse und die Verhaftungen den Opfern des Scherbengerichts den Heiligenschein der Märtyrer. Je mehr man zeitlich vorrückt, desto weiter verbreitet sich die Überzeugung sogar ausserhalb linker Kreise, dass man auf diese antidemokratischen und politisch ungeschickten Massnahmen verzichten sollte. Die Auflösung der Komintern am 10. Juni 1943 mochte einen Beweis dafür liefern, dass der Internationalismus überholt

war und der schweizerische Kommunismus eine nationale Bewegung geworden war, die ihre Selbständigkeit wiedergefunden hatte.<sup>68</sup> Ein wichtiges Hindernis ihrer Anerkennung fiel damit weg. Auf jeden Fall, fügten die Kommunisten hinzu, hatte man die verurteilten Landesverräter nicht bei ihnen gefunden!

Dieser Radikalisierung hatten wirtschaftliche und psychologische Gründe einen günstigen Nährboden bereitet. Sie wurde nicht nur von den Kommunisten gefördert. Die sozialistische, gewerkschaftliche, sogar die Propaganda von Duttweilers Unabhängigen trugen in unterschiedlichem Tonfall und Ausmass dazu bei. Die Angst, links überholt zu werden, führte zu gegenseitiger Überbietung und verhärtete die Forderungen. Diesen Linksdrall erkennt man überall, in der Presse, bei den Korrespondenten von H&H, wie auch in den Wahlen. Er zeigt sich in den Strömungen, welche die bestehenden Organisationen von innen erschütterten oder sie konkurrenzten und von aussen unterhöhlten. Die inneren Krisen und die Neugruppierungen begünstigten ebenfalls die Härte in den Äusserungen und im Verhalten all jener, welche befürchteten, übergangen zu werden.

Ohne hier den Faden der Beziehungen zwischen Sozialisten und Kommunisten entwirren zu wollen, halten wir einfach fest, dass die Einheit der Arbeiterschaft, dieser dauernde Traum der Vorkämpfer, nicht verwirklicht werden konnte. Sie existierte, wenn man so will, aber künstlich geschaffen durch das Verbot des Kommunismus. Die Sozialistische Partei als einzig legitime, zählte Leute in ihren Reihen, welche ihren Platz besser in einer kommunistischen Partei gefunden hätten oder in der *Fédération socialiste suisse*. Innere Konflikte, die Unterwanderung, das Misstrauen nagten an der Bewegung und zerrissen schliesslich diese Pseudo-Einheit. Laut dem Sozialistenführer Bringolf verlief die Trennlinie zwischen jenen, welche der UdSSR blind Beifall spendeten und jenen, welche sie bewunderten, weil sie dem Sozialismus den Weg geöffnet hatte und ein nachahmenswertes Beispiel blieb – ohne Unterwürfigkeit –, die aber doch kritisch blieben, wenn sie als Staat handelte.<sup>69</sup> Dieser Massstab für das Auseinanderlaufen ist interessant, weil er die Anhänger der Geistigen Landesverteidigung und die Sozialisten ins gleiche Lager weist. Dies erlaubte H&H, sich zu ihrer Integration zu beglückwünschen, die den Krieg hindurch verwirklicht worden war. Andere Trennlinien konnten auftreten, wie etwa der Reformwille oder die Erwartung der Revolution, aber im Klima des Augenblicks ging die Sorge um die nationale Souveränität und die Selbstbestimmung allem andern vor.

## Die Partei der Arbeit

Mit der Verschärfung der Gegensätze bildeten sich neue Parteien in der Westschweiz von Genf aus, sowie in der Deutschschweiz, im Gefolge ehemaliger Führer der Kommunistischen Partei und der *Fédération socialiste*, wie Nicole oder Hofmaier. Weil das kommunistische Etikett verboten war, wählten sie die Namen Partei der Arbeit oder Arbeiterpartei. Nur schon die Gründung solcher Gruppen verkörperte den Fortschritt, den die Ideen der extremen Linken unter den Arbeitern sowie in andern Kreisen erzielt hatten, welche durch die Entdeckung der modernen Sozialprobleme erleuchtet worden waren. Die Wähler zögerten nicht, ihnen zahlreiche Stimmen zu geben, und bestätigten damit den Linksrutsch in der öffentlichen Meinung sowie das Echo, das gewandte Propagandisten fanden. Basel, wo die Wahlen vom März 1944 einen wichtigen Durchbruch auf Kosten des Landesrings gebracht hatten, aber auch Zürich, Bern, Winterthur und noch andere Städte wurden zu Brennpunkten dieser Parteien.

Die kommunistischen Ideen oder auch nur Sympathien fassten bei Weitem nicht nur in den grossen Zentren Fuss. Zitieren wir als Beispiel den Brief eines Bewohners von Thun, der im März 1943 behauptete, dass «nach einer vorsichtigen Schätzung» an die 80% der Arbeiter sich immer offener als Anhänger einer kommunistischen Staatsform bekannten. Was ist von einem solchen Anteil zu halten? Was heisst kommunistisch für Bürger, welche noch nie einem solchen Schreckgespenst begegnet sind? Unser Korrespondent tönt eine Antwort an: Es sind Leute, die glauben, dass «früher oder später der Kommunismus Ordnung schaffen muss». <sup>70</sup> Dieses Zeugnis ist doppelt interessant; einerseits verrät es bei den Gegnern der radikalisierten Linken die Beunruhigung gegenüber einer neuen und anscheinend verbreiteten Erscheinung. Andererseits enthüllt es bei den Angesteckten einen eher rudimentären Begriff von dem, was der Marxismus sein könnte; diese Art Reaktion finden wir weitherum wiederholt und kennzeichnend für die sowjetfreundliche Heilserwartung dieses Kriegsendes. Die Sozialistische Partei war zu stark in den Institutionen verankert, um diesem Anspruch zu genügen.

Wenn man im Kommunismus vor allem den Antikapitalismus sehen will, so wird man mit Lindt in dessen Aufschwung die Forderung nach grösserer sozialer Gerechtigkeit entdecken, nach tiefen und kraftvoll durchgeführten Veränderungen auch in unserem Land. Was das entscheidende Kriterium des Internationalismus betrifft, erkennt ihn Lindt beispielsweise in Genf bei den Fanatikern Nicoles, nicht aber in der jungen Generation, welche in dieser Stadt der einzigen Bewe-

gung anhing, welche geeignet war, soziale Forderungen durchzusetzen.<sup>71</sup> So ist man versucht, den Inhalt einer Ideologie zu definieren, welche für die Anhänger, die einfachen Sympathisanten und die Gegner nicht den gleichen Sinn hat.

In dieser Entwicklung gebührt der Westschweiz und vor allem Genf ein besonderer Platz, wo die «Nicole-Partei» ihre Anhänger vervielfachte. Zwei Gründe werden vorgebracht, um seine Erfolge zu erklären. Die Unternehmen hatten viel Personal aus dem ganzen Land angeworben, um die Militärnachfrage befriedigen zu können. Die Löhne waren zwar hoch, die Anstellung aber unsicher und kriegsgebunden in diesen sozialen Belangen gegenüber gleichgültigen Betrieben. Die Mehrheit der Arbeiter blieb enturzelt, schlecht betreut von der sozialistischen Partei und vor allem von den Gewerkschaften, welchen es nicht gelang, sich darin Gehör zu verschaffen (20-50% bloss waren dem Metall- und Uhrenarbeiterverband angeschlossen). Diese proletarisierte Masse sah sich daher ohne Gegengewicht den Propagandisten und Werbern von Nicole ausgeliefert. Weil die Kommunistische Partei verboten war, hatten diese ein leichtes Spiel, die berüchtigte bürgerliche Demokratie ins Lächerliche zu ziehen und diesen Ausschluss als eine gegen das Stimmrecht der Arbeiter gerichtete Massnahme darzustellen. Dieser politische Grund gilt allgemein als entscheidende Ursache für die Radikalisierung der Arbeiterklasse, und zwar nicht bloss für ihre nichtintegrierten Elemente.<sup>72</sup>

Dank ihrem Aushängeschild konnte die Partei der Arbeit Kandidaten für die Gemeindewahlen vom Mai 1943 aufstellen und 26 der 64 Sitze an sich reissen. Damit leistete sie ihren Gegnern einen Dienst, welche Anhänger einer demokratischen Liberalisierung waren, setzte sich aber vor allem als mächtiger Gesprächspartner auf Anhieb durch. Bei den eidgenössischen Wahlen vom Oktober wurde ebenfalls eine Liste vorgestellt und mit einer geschickten Herausforderung versehen, da sie Nicole und drei andere infolge ihrer Verurteilung nicht wählbare Kandidaten enthielt. Die Ungültigerklärung veranlasste die Partei, einen Wahlboykott auszurufen, den sie auf die ganze Schweiz ausdehnte.

Die Lage schien explosiv; in Industriellenkreisen machte man sich auf unvermeidliche Unruhen gefasst, die gleichermassen beunruhigten Kantons- und Bundesbehörden hatten sich schon im Februar 1943 abgesprochen, am Vorabend einer grossen Volkskundgebung gegen den Nicole-Prozess; das Verbot der Kommunistischen Partei war ausführlich vor Augen gestellt und kritisiert worden, während man zunächst einen Einsatz der Armee vorbereitete.<sup>73</sup>

Noch andere Zentren waren in der Westschweiz betroffen, so Lausanne und einige jurassische Städte, aber weniger schwer; «die politische Wiedereingliede-

rung der Arbeiterklasse bleibt ein wichtiges Problem.»<sup>74</sup> Die ganze Philosophie der Geistigen Landesverteidigung stand auf dem Spiel: ausgerichtet auf den Burgfrieden, die Achtung vor den unverzichtbaren geschichtlichen Werten, die vaterländische Verteidigung, stürzte sie nun ins Leere. Lindt und noch mehr Lalive d'Épinay mussten feststellen, dass die gewohnten Methoden und Argumente scheiterten, dass Heer und Haus zusammen mit der Armee verdächtigt wurde, im Dienst der Arbeitgeber und des Kapitals zu stehen, dass auch der Aufruf an die Gewerkschaftsführer keinen besseren Erfolg zeitigte. Und dabei schonte niemand seine Kräfte. Man konnte doch nicht an die antikommunistische Auber-Liga gelangen, wie es gewissen Leuten einfiel! Das Genfer Unbehagen ist ein Musterbeispiel für die Beurteilung der Wirksamkeit von H&H sowie der Ideologie der Geistigen Landesverteidigung in einem neuen Umfeld; darin stammte der Gegner nicht mehr aus den zersplitterten und von einem Häufchen Überzeugter schlecht unterstützten Frontengruppen, sondern aus einer einzigen Organisation, welche in einer geschlossenen Bevölkerung verankert und von auswärtigen Sympathisanten getragen war; sie bot mitreissende Antworten auf die furchterregenden Herausforderungen der Nachkriegszeit. Und von nun an brauchte man sich nicht mehr zu fragen, wer der Sieger sein werde. Noch besser, sogar bei den Lesern der *Tribune de Genève*, vermehrten sich die Anzeichen eines Defätismus, der seit 1940-1941 verschwunden war; ihre zahlreichen Briefe, welche die Zeitung kritisierten, weil sie sich ausführlich mit der Zukunft beschäftigte, lassen sich folgendermassen zusammenfassen: «Hört auf, uns mit diesen Geschichten zu behelligen. Die Schweiz kann ja doch nichts machen, das Ausland wird bei uns befehlen. Gebt uns Unterhaltung.»<sup>75</sup>

### Der erste Sozialist im Bundesrat

Die eidgenössischen Wahlen vom Oktober 1943 machten die Sozialisten mit 54 Sitzen zur grössten Partei des Nationalrats (+9 auf Kosten der Freisinnigen und des Landserings). Die Last der sozialen Befürchtungen, vor allem im Hinblick auf die Nachkriegszeit, die Übertragung kommunistischer Stimmen trotz der Heftigkeit ihrer Äusserungen und ihres Wählerstreiks, erklären diese Verschiebung. Den Sozialisten kam möglicherweise auch der oft erwähnte Widerwille gegen die herkömmlichen Parteien zugute: Man glaubte nicht mehr an ihre Programme, an ihre Bonzen; die Erscheinung war nicht neu, hatte aber anscheinend bedeutende Ausmasse angenommen, sobald man den Eindruck hatte, sich auf eine neue Welt zuzubewegen. Die

Gehässigkeit von 1940 gegenüber dem Politapparat war vermutlich auch noch nicht verschwunden. Da die Sozialisten von der Regierung und den faulen Kompromissen, die sie bedingte, ausgeschlossen waren, konnten sie daraus nur Nutzen ziehen. Die Verschiebung der Stimmen war übrigens durchaus kein Erdbeben und bedeutete keineswegs eine politische Umwälzung und auch nicht eine allgemeine Verurteilung der Regierungsparteien.

Als Bundesrat Wetter sich nicht zur Wiederwahl stellte, wurde die Möglichkeit einer sozialistischen Regierungsbeteiligung aktueller denn je. Auf der Linken war die Übereinstimmung nicht grösser als anderswo; der alte Riss tauchte wieder auf zwischen den Unerbittlichen, die keine Geisel in einer bürgerlichen Regierung sein wollten, und den Nachgiebigen, den Angepassten, welche darin einen Fortschritt sahen und ein Versprechen für baldige Reformen. Diese letzteren setzten sich durch, und am 15. Dezember wählte die vereinigte Bundesversammlung den Zürcher Ernst Nobs. Dies war ein beachtlicher Wendepunkt für die Linke wie für die Parteien des Burgfriedens, und diese Erweiterung des Bundesrates wurde im Allgemeinen gut aufgenommen als ein Unterpfand der Übereinstimmung, welche zur Bewältigung der Nachkriegskrisen so notwendig war. Unter den wenigen negativen Reaktionen verdienen zwei Erwähnung, nicht so sehr wegen ihrer folkloristischen Seite, denn als Zeugnisse konservativer Bestürzung: Für ältere Aargauer und Luzerner war ein Atheist in den Bundesrat eingetreten, der den herkömmlichen Eid verweigerte, zum ersten Mal seit 1848: Das war kein rechter Schweizer! Für einige Thurgauer hatte die Regierung ihr Wesen verändert, hatte aufgehört, über den Parteien zu stehen.<sup>76</sup> Diese Macht des Konformismus zwingt dazu, die Macht der Erneuerungswelle zu relativieren, welche die Wählerschaft und die öffentliche Meinung zu überfluten schien.

Das Bemerkenswerteste an diesem Vormarsch des Sozialismus ist ein neues Bild, das auf Bundesebene sichtbar wird: Die Partei ist imstande, verantwortliche Behördenmitglieder auszubilden, die der höchsten Ämter würdig sind, und nicht bloss bedenkenlose Abenteurer. Man wusste dies in gewissen Städten oder Kantonen, in zahlreichen andern wäre dies damals unvorstellbar gewesen. Dieses beruhigende Phänomen wurde gerne von den gemässigten Sozialisten vorgestellt, die in der Wahl von Nobs die Krönung einer langen, durch den Krieg beschleunigten Entwicklung sahen. Die Bejahung der Landesverteidigung und die Teilnahme an den militärischen Anstrengungen und an der Mobilmachung, die Verurteilung der Kommunisten wegen ihrer Unterwerfung unter eine ausländische Macht stellten den Mitgliedern wie den Bürgern allgemein einen neuen Typ von Sozialismus vor, der bereit

war, die notwendigen Sozialreformen ohne Revolution oder Bürgerkrieg zu verwirklichen. Das Programm *Neue Schweiz* gründete auf dem demokratischen Prozess. Gleichzeitig bestätigte es auch harte Positionen, welche die Mitglieder zufriedenstellen konnten. Doch schien diese doppelte Ausrichtung, nach innen und nach aussen, die jedem Parteiprogramm eigen ist, der Partei zum damaligen Zeitpunkt nicht zu sehr geschadet zu haben, weder bei der breiten Öffentlichkeit noch in den Kreisen, die zu politischen Überlegungen neigten. Es ist denkbar, dass die Bundesratsbeteiligung weniger als Schritt zur vollständigen Verwirklichung des Programms empfunden wurde, denn als Beweis für den Willen, sich ins System einzufügen. Wahrscheinlich hat man die wiederholten Erklärungen der Partei, sie bleibe eine oppositionelle Kraft und verweigere jeden Burgfrieden, kaum angehört, ausser vielleicht auf der Rechten, wo Anlass bestand, das Doppelspiel des neuen Regierungspartners anzuprangern. Die Kommunisten jedenfalls glaubten kein Wort davon. Was den Durchschnittsbürger und manche Zeitung betraf, nahmen sie etwas anderes wahr als eine dynamisierende Verbreiterung der Staatsgewalt und die Vollendung des Reifungsprozesses einer einstmals revolutionären Partei?

### **Der Fall Pilet-Golaz**

Die Anwesenheit von Pilet-Golaz im Bundesrat löste mehr Widerspruch aus als jene eines Sozialisten. Man kennt die Kritik und die gegen ihn unternommenen Vorstösse auf parlamentarischer und Partei-Ebene. Auch in der Bevölkerung fehlten die Anklagen nicht, und sie verdoppelten sich noch anlässlich der Bundesratswahl, wo die Linke ihre Zielscheibe verfehlte. Zwei Berner Beobachter stellen z.B. diese Anprangerung fest, deren Ursache sie nicht begriffen. Einer der beiden fügt immerhin bei, dass die Rede von 1940 in den Diskussionen immer wiederkehrte.<sup>77</sup> Diese Unsicherheit ist merkwürdig, denn es ist ebenjene Rede, auf die sich die Kritik immer bezieht. Ob diese berüchtigte Ansprache nun die Ursache der Nörgelei ist oder das Wahrzeichen einer verhassten Politik, jedenfalls zielt der wesentliche Vorwurf auf die Schwäche des Verantwortlichen für das Department des Äusseren gegenüber Deutschland.

In einer unerbittlichen Analyse des Falls Pilet fügt Feldmann diesem wohlbekannten Grund zur Unbeliebtheit noch den «weitverbreiteten Eindruck hinzu, dass man es bei ihm nicht mit einem überzeugten Demokraten zu tun hat, sondern mit einem Mann, der sich gelegentlich in autoritären Allüren gefiel».<sup>78</sup> Mit andern



Worten, der Mann missfiel ebenso sehr wie der Amtsträger. Diese Bemerkung von Feldmann ist ebenfalls nicht sehr originell, aber es ist vielleicht nicht so erstaunlich, sie zu einem Zeitpunkt auftauchen zu sehen, wo die Demokratie ihre Glaubwürdigkeit wiederfand und die selbstherrlichen Praktiken ihre Unbeliebtheit.

Pilet-Golaz hätte zur Quelle ethnischer Konflikte werden können. Die Presse jenseits der Saane war zweifellos verletzender, und die Westschweizer Zeitungen stiegen auf die Barrikaden für den Vertreter der Waadt im Bundesrat, doch blieb diese Seite des Streitfalles zweitrangig.<sup>79</sup> Wer auch immer der Leiter des politischen Departements gewesen wäre, er hätte grosse Mühe gehabt, die unerlässliche Vorsichtshaltung gegenüber dem Reich einer Bevölkerung begreiflich zu machen, welche die Gefälligkeiten für die Nazidiktatur immer schlechter vertrug. Die allgemeine Erleichterung, welche die schweizerische Festigkeit in den Handelsgesprächen mit Deutschland auslöste, zeugt vom Bedürfnis nach einer energischeren Aussenpolitik. Es ist nicht sicher, dass sie Pilet-Golaz gutgeschrieben wurde.

Noch ein Zeichen von Entschlossenheit der Regierung wurde weitherum mit Beifall aufgenommen: die Auflösung der letzten Frontengruppen und das Verbot ihrer Zeitungen. Mit dem Entzug der Staatsbürgerschaft, die man gegen Burri und andere nach Deutschland geflüchtete Aktivisten aussprach, waren einige Krebsgeschwüre entfernt, und man fühlte sich gesünder. Die Aufmerksamkeit, welche eine Zeitschrift wie der *Nebelspalter* all diesen Figuren widmete, zeigt die Peinlichkeit an, die man bislang angesichts dieses Schandflecks empfand, welcher die Landeshonore besudelte. Wenn man zu diesen wenigen Bundesentscheiden noch die Bemühungen unserer Behörden zählt, besseres Gehör und Verständnis zu finden durch ihr Auftreten in Volksversammlungen, so könnte man zugeben, dass auf rein politischer Ebene der Kurswert des Bundesrates Ende 1943 – anfangs 1944 eher im Steigen begriffen war.

### **Die UdSSR, Vorbild oder Hölle?**

Die grosse Frage, welche sich nun die Hüter der nationalen Einheit und die Apostel der Geistigen Landesverteidigung stellen, das ist die Einstellung der Bevölkerung zur UdSSR. Dies ist nicht die akademische Sorge einiger patriotischer Intellektueller, sondern ein wichtiger Bestandteil des Schicksals der Schweiz unmittelbar nach dem Krieg. Es handelt sich noch nicht um die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen, die vor Anfang 1944 auf wenig Interesse stösst; aber die Wiederho-

lung der Unruhen von 1918, noch viel umwälzender mit der möglichen Beihilfe der siegreichen Sowjets, verfolgt sowohl die Konservativen wie die Revolutionäre.

Das verblüffendste Anzeichen für die Veränderung der Einstellung ist der Wandel der Opportunisten. Diejenigen, welche bis Stalingrad und El-Alamein die deutschen Errungenschaften bewundert hatten, machten sich etwas unauffälliger oder wendeten schlichtweg den Rock zugunsten der UdSSR. Wie eine Broschüre des Gotthard-Bundes sagt, hatten sie *Signal* abonniert und ein Portrait Hitlers im Wohnzimmer aufgehängt. Jetzt verbannten sie dieses ins Kinderzimmer, bevor sie es auf dem Estrich versteckten. Diese Kehrtwendung der «Windfahnen» wird in einer Karrikatur durch die Krawattennadel symbolisiert, die zuerst ein Hakenkreuz zeigt, danach einen Hammer und eine Sichel. Es ist nicht möglich zu behaupten, wie man es damals gerne tat<sup>80</sup>, dass es dieselben Leute waren, die sich wahrhaftig von einem Kult zum andern bekehrt hatten; aber schon 1943-1944 löste das sowjetische Vorbild jenes der Nazis in den Augen jener ab, welche einer ausländischen Protektion bedurften. Der erste Anlass für die Bekehrung der Deutschfreundlichen oder für die Erleuchtung jener, die dem Nazismus widerstanden, mochte wohl die hier bereits erwähnte Entdeckung gewesen sein, dass die Sowjetherrschaft nicht so abschreckend war, wie man immer gesagt hatte, sonst hätten die Soldaten nicht derart gekämpft, wie sie es taten. Wenn die Rote Armee vorrückt, kommt auch der Fortschritt voran, berichtet ein Bewohner von Buchs (AG), der die Freude seiner Mitarbeiter über die Siege ausdrückt, welche «die beste Garantie bieten, dass bald auch in unserer Schweiz bessere soziale Verhältnisse geschaffen werden».<sup>81</sup> Auch die Deutschen trugen ihren Teil Verantwortung für die Beliebtheit der Sowjets durch das Beispiel, das sie mit ihrer neuen Ordnung gaben.

Man mochte die sowjetischen Errungenschaften bewundern, man konnte versuchen, sie nachzuahmen, man konnte damit sein Vertrauen ins Proletariat stärken, man mochte erwarten, dass sie uns von ihren Urhebern auf dem Servierbrett überreicht würden. All diese Einstellungen gab es, und sie vermischten sich manchmal; die letzte war jedenfalls verbreitet: Wenn die Russen sich um uns kümmern, wenn der Kommunismus in ganz Europa das Übergewicht erhält und den Ton angibt, umso besser für uns. Endlich würden die so lange erwarteten sozialen Reformen durchgeführt, die AHV zum Beispiel. Sie wurden in Russland verwirklicht, also werden sie sich bis zu uns erstrecken. Noch mehr, dies wäre das Ende einer Welt der Reichen vorbehaltenen Vorrechte, des Kapitalismus, einer korrupten Welt, angeblicher Eliten, die unfähig sind. Eine sehr kennzeichnende Behauptung für den Glauben an das reinigende Wunder meint, dass Stalin oder die Russen uns die Miet-

linge der Politik vom Hals schaffen werden, wie auch unsere Gewerkschaftsbesse, die mit den Arbeitgebern unter einer Decke stecken. Hier fasst zum Beispiel ein Basler die Einstellungen seiner Arbeitskollegen am Vorabend der eidgenössischen Wahlen zusammen: «Was kümmert uns, welche Parteibonzen nach Bern gehen. Die Politik ist eine abstossende Sache, und kein anständiger Mensch stellt sich mehr den Interessen der Trusts oder der Parteien zur Verfügung. Beim herrschenden System haben echte Volksvertreter keinerlei Aussicht, nach Bern zu gelangen oder auch nur in ein Kantonsparlament. Man hegt den heimlichen Wunsch, dass auch in unserem Land noch unter russischem Einfluss Säuberungen durchgeführt werden.»<sup>82</sup> Nicht die Erwähnung der Bonzen verdient Aufmerksamkeit, das ist demokratischer Brauch; es ist der Ausdruck «System», der auch zum nationalsozialistischen Sprachgut gehört, und vor allem der Aufruf, wenn auch mehr oder weniger unausgesprochen nach unserem Korrespondenten, zum sowjetischen Eingreifen. Der Stalinismus löst das Hitlertum ab als Katalysator für eine unterschwellige soziale Verbitterung wie auch als Träger mehr oder weniger unklarer Hoffnungen auf eine bessere Gesellschaft. Es scheint, dass auf der Gegenseite die englische Propaganda für den Beveridge-Plan nicht vermochte, der Idee ebenso breite Glaubwürdigkeit zu verschaffen, dass die Westmächte gleichermassen für eine sozial gerechte Welt kämpften. Immerhin löste dieser grosse britische Entwurf manche Diskussion aus. Er bot den Gemässigten eine anregende Alternative an.

Eine sozialistische Zeitung, welche die neue Einstellung der Arbeiter untersuchte, titelte folgendermassen: «Mit Stalin lohnt es sich!» Und fügte noch das übliche geflügelte Wort hinzu: «Gut, dass Stalin bald kommt.» Das Blatt stellt immerhin richtig, dass diese Ankunft nichts nütze: Jeder muss sein eigener Stalin sein.<sup>83</sup> Diese Kurzformel verrät die Hauptschwäche der hier blossgestellten Gedankenführung: die passive Erwartung eines von andern gebrachten Paradieses. Durch all diese Wünsche, welche die Berichte und Korrespondenzen durchziehen, drückt sich aus, was wir weiter oben als Millenarismus bezeichnet haben. Diese Art Messiasglaube lähmt, lenkt von der Tat ab, denn er bedeutet bloss Hoffnung auf ein Wunder. Das heisst, alles von einem höchsten Erlöser erwarten, der nicht mehr jener von der *Internationalen* abgelehnte Gott ist, sondern ein vergötterter Mensch, ein vergöttlichtes Volk. Wie ein Berner Eisenbahner festhält, stellen sich manche die Sowjetherrschaft als Paradies auf Erden vor, doch bemerkt man keinerlei Zeichen einer kommunistischen Agitation. Die treibende Idee ist also wohl revolutionär, da sie die Ablehnung der grausamen Wirklichkeit enthält, aber sie bleibt primitiv, weil ein Wunder die neue

Gesellschaft hervorbringen soll. «Es muss sich ändern ...», hört man in den Wirtschaftshäusern von Liestal; und der Beobachter fügt bei: Niemand weiss sehr genau wie, aber man ist überzeugt, dass eine Veränderung kommen wird. Aus diesem Grunde schien die Revolution, die verhängnisvolle Wiederauflage von 1918, mythisch, und zwar bei denen, die sie hoffnungsvoll erwarteten, wie bei jenen, die sie befürchteten. Sicher gab es Aktivisten, die darauf hinarbeiteten, aber auf wen können sie zählen? Und in welchem Masse sind sie nicht doch gezwungen, um ihrer Glaubwürdigkeit willen den lähmenden Mythos vom Sowjetparadies zu verstärken? Muss man jene Feststellung der *Berner Tagwacht* nicht als Geständnis auffassen, wie eine Antwort auf den weiter oben erwähnten Artikel: «Wir andern Sozialisten sind nicht stark genug, um uns den Verzicht auf die Mitwirkung der Sowjetunion leisten zu können. Wir müssen Zusammenarbeiten.»<sup>84</sup>

Für das bestehende sozio-ökonomische System ist deshalb der Einfluss der UdSSR weniger destabilisierend als die inneren Spannungen, auf welche die Schweizer immerhin direkt einwirken können. Es wäre jedoch falsch, die beiden völlig trennen zu wollen: Das sowjetische Modell begeistert umso mehr, als die erwarteten Reformen im Land nicht verwirklicht werden, und je mehr sie auf sich warten lassen, desto grösser wird die Gefahr, dass man selbst zu chirurgischen Massnahmen nach sowjetischer Art greifen will. Dies ist die Herausforderung an die etablierten Parteien und an die Führer, welche zu jener Zeit ihre Glaubwürdigkeit in der Arbeiterklasse rasch verlieren.

Diese Herausforderung erfasst auch andere Schichten, wo die Idee sich durchsetzt, dass Russland sich wandelt, demokratischer wird, auf die Weltrevolution verzichtet, seine Institutionen anpasst, während bei uns nichts geschieht, ja sogar die dringendsten Reformen verschleppt werden.

Die Erwartung eines positiven Einflusses der UdSSR auf die Schweiz kennt nicht nur messianische Formen. Sie nimmt alle möglichen Schattierungen an. Bei den Gemässigten findet man beispielsweise die Gewerkschaft der Handels-, Transport- und Lebensmittelangestellten, welche vom Aufstieg der Sowjetmacht bloss eine entschiedene Verstärkung des Klassenbewusstseins bei den Arbeitern erwartet, die entschlossen sind, für ihre Emanzipation energisch zu kämpfen.<sup>85</sup> Diese Haltung ist der normale Ausfluss einer Gewerkschaftspolitik, die auf die Geistige Landesverteidigung ausgerichtet ist und auf das tatkräftige Mitwirken an der Kriegsanstrengung. Sie teilt den Standpunkt von H&H in Bezug auf eine reformerische, unabhängige und spontane Tätigkeit.

Auf der andern Seite der Barrikade nimmt die Furcht vor dem bolschewistischen Russland ebenfalls unterschiedliche Formen an: Im einen Extrem fragen

in Panik geratene Sparer aus St.Gallen ihre Bank, ob es nicht vorsichtiger sei, ihre Mittel in die Innerschweiz zu überweisen, und einige Tessiner sehen die Schweiz schon zur russischen Provinz werden; am andern Ende freuen sich gemässigte Geister über eine Furcht vor dem Bolschewismus, welche das demokratische Bürgertum dazu bringen sollte, seine Pflicht zu tun und die sozialen Probleme zu lösen.<sup>86</sup> Ausser der grundlegenden Ablehnung eines unmenschlichen und diktatorischen Regimes, besteht die Gemeinsamkeit der Sowjetgegner in der Verbindung, die sie zwischen dem stalinistischen Russland und dem Linksextremismus herstellen. Für sie führt die Landesverteidigung zum Kampf gegen den Kommunismus in der Schweiz. Man kann dort also Sozialisten finden, die gleichzeitig die Zulassung der Kommunistischen Partei verlangen und den Kampf gegen diese aufnehmen.

Die Angst vor Russland kann so weit gehen, dass man ihm Deutschland vorzieht, denn die Annahme einer Rettung durch Amerika schien nicht so glaubwürdig. Hatten sich übrigens nicht die angelsächsischen Mächte zu fest mit Stalin verbündet, um ihm nicht freie Hand zu lassen? Hier ist ein letztes Echo der Kreuzzugs-idee: Das Sowjetsystem ist dennoch schlimmer als das hitlerische, und so viele rote Siege sind störend; man vergisst darob die deutsche Gefahr, sollte ein Basler feststellen, der auf seine Weise den Gesinnungswandel in Erinnerung ruft. Mehr noch, gibt ein Neuenburger zu, die Deutschen haben uns nichts getan, während die Russen unsere Diplomaten umgebracht haben und unsere Neutralität nicht anerkennen. Vielleicht wird man eines Tages einsehen, aber zu spät, dass man Deutschland nicht hätte im Stich lassen sollen, «diese Säule am Tempel der europäischen Ordnung». Es wäre falsch, mit diesem Beispiel zu glauben, dass nur die Heimwehnazis sich so ausdrücken. Erwähnen wir bloss jene Basler Freisinnigen, welche von zwei Übeln das deutsche wählten, da die Deutschen uns doch viel näher stehen.<sup>87</sup> Auch aus diesem Blickwinkel schwächen die russischen Erfolge die Geistige Landesverteidigung bei zahlreichen Anhängern, weil sie sich gezwungen sehen, einen Staat, der ebenso undemokratisch ist, wie der Hauptfeind dieser Demokratie, zu den Beschützern der Demokratie zu rechnen. «Die Feinde unserer Feinde sind unsere Freunde», dieser Ausspruch galt nicht mehr, ausser für jene, welche den Glauben eines Neubekehrten an die Sozial- oder Volksdemokratie zur Schau stellten und welche die Grundsätze der Geistigen Verteidigung nie akzeptiert hatten.

Man könnte daraus auf eine zweifache Polarisierung der Bevölkerung schliessen, die durch widersprüchliche Einstellungen zur UdSSR gespalten war, noch

schlimmer und ausgedehnter als jener Gegensatz, der die Beweihraucherer und die Feinde des Nationalsozialismus und des Faschismus getrennt hatte. Man muss jedoch noch zwei wichtige Faktoren in Erwägung ziehen: den Gegenangriff der Verteidiger der schweizerischen Identität sowie die Projekte für die Nachkriegszeit.

### Schweizerisch denken

Heer und Haus regte sich nicht übermässig auf über die wachsende prosovjetsche Einstellung. Ausser in Genf, und in einem geringeren Mass in der ganzen Westschweiz, waren es mehr die Teilnahmslosigkeit und der Mangel an Offenheit gegenüber der Aussenwelt, welche ihre Verantwortlichen überraschte, was zu den obigen Bemerkungen im Widerspruch steht: «Untätig erwartet das Volk das Handeln des Bundesrates und den Richtspruch der europäischen Schlachtfelder». Der Tätigkeitsbericht für das erste Halbjahr 1944 urteilt seinerseits, dass es den Kommunisten bislang nicht gelungen ist, die Sympathie für Russland in Sympathie für das bolschewistische Regime zu verwandeln. Nur die Jugend ist ansprechbar, vor allem jene, die sich seinerzeit von der Nazi-propaganda begeistern liessen. So begnügte man sich in den Orientierungsstunden damit, den gewohnten Diskussionen über die geschichtlichen Werte und die gegenwärtigen Probleme noch die Vorbereitung auf die Zukunft anzufügen. Dies war eine weitmaschige Auslegung des Pflichtenhefts von H&H, die schwierige Probleme aufwarf, die Kurslinie aber nicht grundlegend veränderte.

Trotz allem entgingen weder die Radikalisierung der Arbeiterklasse noch die sozialen Streitigkeiten der Aufmerksamkeit von H&H, welche ihre Tätigkeit sehr stark auf die Arbeiterkreise ausrichtete, und zwar nicht nur in Genf.<sup>88</sup> H&H hat vermutlich die Stärke der auflösenden Strömungen, welche die nationale Übereinstimmung erschütterten, unterschätzt. Jedenfalls sieht man keine klare Verhaltenslinie hervortreten, um sie zu bekämpfen, und die Tätigkeitsberichte halten sich an die gewöhnlichen Themen wie Moral, Verteidigungswillen etc., ohne sich übermässig zu beunruhigen wegen der wachsenden prosovjetschen Vorliebe. Aus einem Brief vom 17. Dezember 1943 an einen Kursteilnehmer kann man immerhin die Richtung ihrer Politik erkennen, welche natürlich der Linie der Geistigen Landesverteidigung folgt: «... Für uns kann das Heil nicht vom Ausland kommen, sondern wir selber sind es, die mit unserem Stimmzettel die Reformen auf nationaler Grundlage einführen können.» Dieser Glaube an die Souveränität des Volkes und der Nation, der sich H&H bald als klar umrissene Verhaltensrichtschnur aufdrängte, scheint

sich auch anderswo zu diesem Zeitpunkt zu behaupten; jedenfalls hatte H&H bereits in diesem Sinne gewirkt, vielleicht nicht ohne einiges Zögern.<sup>89</sup>

Diesem Willen zur Unabhängigkeit in der Entscheidung begegnet man in der Tat bei Korrespondenten von H&H oder in der Presse. Schon im Februar 1943 schrieb eine Gewerkschaftszeitung: «Wir haben völlig kaltes Blut bewahrt, als man uns das Nordlicht verhiess; wir werden unser Gleichgewicht auch nicht verlieren, wenn man uns das ‚Licht aus dem Osten‘ für eine mehr oder weniger nahe Zukunft anpreisen sollte.» Die Rückbesinnung auf die schweizerischen Werte erscheint noch eindeutiger bei einem Zürcher, der die Wegbereiter der Ideologien von Nord und Ost anprangert, diese «geistige Importware», und schliesst: «Für uns gibt es ein einziges Prinzip: die demokratische Freiheit, wie sie errichtet und vollendet und in 650 Jahren bestätigt worden ist. Für die soziale Krönung des Gebäudes wollen wir schon selber besorgt sein.»<sup>90</sup>

Es ist nicht sicher, ob es H&H besser als ihren Korrespondenten gelang, sich dem Banne der Geschichte zu entreissen. Die Frage war schon einmal gestellt worden, wie wir gesehen haben, doch erhielt sie eine neue Aktualität: Das Ende der Kampfhandlungen rückte näher, die Strömungen der europäischen Erneuerung traten noch nicht zutage, abgesehen vom Beveridge-Plan; das existierende angelsächsische Modell war wenig verlockend, und die zwei diktatorischen Beispiele, die sich anboten, passten eines wie das andere schlecht zur schweizerischen Überlieferung. Wo sollte man einen Entwurf für die Zukunft suchen?

Es war der Gotthard-Bund, der am meisten Vorstellungskraft bewies, um die Gemüter aufzurütteln, indem er 1944 seine Kampagne «schweizerisch denken» lancierte, mit grossem Aufwand an Mitteilungen, Veröffentlichungen und Wettbewerben: Frei und verantwortlich, braucht das Volk keine Befehle aus dem Ausland zu erwarten, noch von aussen aufgezwungene Beispiele zu befolgen. Selbständig wird es seine Probleme lösen.<sup>91</sup> Besass es auch den Willen dazu? Waren die Behörden und die Politiker bereit, sich der Zukunft in einem Geist der Erneuerung zu stellen? Jedenfalls nicht auf dem Gebiet der Institutionen. Die Anstrengungen des Nachdenkens von 1940 waren eindeutig erschöpft. Die Rückkehr der Demokratien in voller Stärke auf den Kampfplatz drängte im Übrigen keine grundlegende Erneuerung mehr auf. Hie und da liebäugelte man mit der Idee einer verfassunggebenden Versammlung, ein paar Ewiggestrige der neuen Ordnung oder einer autoritären, linksfeindlichen Demokratie prangerten die Parteien an, welche die nationale Gemeinschaft spalteten. Doch die Betonung lag eher auf der sozialen Ausrichtung der Demokratie: hier lag ihre Zukunft, ihre Vollendung. Dieses Programm war für die Linke

selbstverständlich, aber weniger offensichtlich und daher umso interessanter in der Mitte oder rechts: Da ist Galliker, Wortführer oder Redner aus Handelskreisen, der zum Beispiel auf der Solidarität und dem Genossenschaftsgedanken beharrt, im Gegensatz zum Egoismus, der vom Wirtschaftsliberalismus gefördert wird (bei den Handwerkern protestiert man ebenfalls gegen die Handels- und Gewerbefreiheit, um staatlichen Schutz zu verlangen). Man findet hier die seit 1940 in Mode stehenden Entwürfe wieder, jedoch im Glauben, dass die Demokratie sie in die Wirklichkeit umsetzen werde. Die Bezüge auf die nationale Gemeinschaftstradition fehlen in dieser Geisteshaltung nicht, auch nicht der Aufruf, den schönen Burgfrieden beizubehalten, der in der Stunde der Gefahr geschlossen worden war; man könnte das mit Bezug auf ähnliche Überlegungen der Untergrundbewegungen in Frankreich die Utopie des Widerstandes nennen.<sup>92</sup>

### Sozial denken

Darin liegt nicht das Wesentliche der Auseinandersetzung: «Die soziale Frage ist das einzige wirkliche Problem der Nachkriegszeit, wie es schon das einzige wirkliche Problem der Vorkriegszeit war ... Jedes menschliche Geschöpf hat das Recht, sein eigenes Schicksal zu schmieden, und die Gesellschaftsordnung muss zum alleinigen Ziel haben, dass es in Freude schaffen kann ... dass die Schweiz immer mehr zu jenem Land wird, welches den Wesen, die es bewohnen, erlaubt, froh ihr je eigenes Schicksal zu gestalten.» Diese Ideen von René Bovard, dem Redaktor der *Suisse Contemporaine*, drückt Lindt etwas prosaischer mit einer weniger individualistischen Betonung aus: «In steigendem Masse gesteht man dem Sozialwesen die grösste Bedeutung zu. Die antikapitalistische Einstellung wächst in unserer Bevölkerung, und zwar nicht nur in den Arbeiterschichten. Doch darf man den Begriff ‚antikapitalistisch‘ nicht im marxistischen (revolutionären, antinationalen) Sinn auffassen. Man muss darin vielmehr die Auffassung erkennen, dass auch in der Schweiz die soziale Frage energischer angepackt werden muss ...»<sup>93</sup> Die Aufgabe war unermesslich und dringend, man begreift, dass die vorstellbaren kleinen politischen Reformen in den Köpfen weit nach hinten rückten. Der Vorrang des Sozialen hatte sich allmählich durchgesetzt unter dem Einfluss der Krise, der Gewerkschaften, des Sozialismus und noch unmittelbarer unter dem Einfluss der zunehmenden Staatseingriffe, der wirtschaftlichen Schwierigkeiten von 1942 und der deutschen, vor allem aber sowjetischen Vorbilder. Was immer sein Ursprung sein mochte, es war ein prä-



gendes Merkmal des Zeitgeistes, dessen Entwicklung wir schon erahnen konnten, und welches H&H in ihrem Wirken bei den Soldaten schon berücksichtigen musste neben den militärischen und wirtschaftlichen Problemen. Es ist kein Zufall, wenn die politischen Parteien sich verpflichtet fühlten, ihre Ziele etwa zur gleichen Zeit genauer zu umschreiben: Schon im November 1942 nahm die Katholisch-Konservative Partei ein Programm an, das auf der Familie beruhte, dann war es die Sozialistische Partei, die liberale Partei und im April 1944 die freisinnige Partei, in der einige einen möglichen Kristallisationspunkt der nationalen Sozialpolitik sahen. Die soziale Sicherheit drängte sich auf als Grundlage für die Errungenschaften der Nachkriegszeit.

Man wird sich nicht wundern, die Ausdrücke Solidarität und Gemeinschaft mehr als je im gesamten Schreiben wiederzufinden. Die Bedeutung konnte zugegebenermassen abweichen; die Reformen und die Revolutionäre fassten sie nicht im gleichen Sinn auf. Die Mehrheit traute den Institutionen noch zu, dass sie den unerlässlichen Ausbau der sozialen Gerechtigkeit sicherstellen konnten. Verweilen wir bei dieser letzteren. Sie trägt nichts Neues bei zu den Solidaritäts- und Antimanchester-Programmen, die wir bis dahin bereits angetroffen haben, ausser vielleicht einem Gefühl der Dringlichkeit; dieses wurde genährt von der allgemeinen geistigen Gärung und von der Ansicht, dass die Schweiz sich nicht mehr gegen internationale Strömungen abkapseln konnte, von denen sogar ein britischer Entwurf zeugte: Der beeindruckende Beveridge-Plan eröffnete weite Perspektiven, welche die ganze Wirtschaft umfassten. Nichts Vergleichbares sollte bei uns die Gedanken verblüffen. Blind bleiben gegenüber den neuen Bedürfnissen bedeutete überdies, die soziale Revolution in Kauf zu nehmen.

Eine wichtige Ursache, welche diesen Sinneswandel erklären könnte, wird vom Gewerkschafter Giroud angesprochen: Schon vor dem Krieg «wurde zahlreichen Leuten bewusst, dass ein schreckliches Missverständnis den modernen Demokratien zugrunde liegt: Sie sind in ihrem Programm auf halbem Wege stehen geblieben und haben nicht gewagt, die Ergebnisse der fundamentalen Grundsätze der Demokratie logisch zu Ende zu denken. Die politische Demokratie ist nicht durch die wirtschaftliche Demokratie vervollständigt worden ... Die soziale Frage erschien so in einem neuen Licht. Es wurde klar, dass sich Reformen aufdrängten, dass das Proletariat in der Nation verankert werden musste, indem man dem Arbeiter das Gefühl für seine Würde zurückgab, für seinen Wert als Produzent und als unmittelbar Beteiligter an der Wirtschaft und am gesellschaftlichen Leben des Vaterlandes». <sup>94</sup> Im Zeitpunkt, wo die Demokratie ihre Anziehungskraft wiederfand, schwang die von Giroud

ausgedrückte Ansicht in den Stellungnahmen der Reformer mit, am Ende einer Art dialektischen Prozesses: 1940 schien sie erschöpft zu sein, auf den Kehrlichthauften der Geschichte verbannt. Die Erfahrungen des Krieges hatten neue Bedürfnisse und neue Verhaltensweisen zum Vorschein gebracht: die Rationierung, die militärische Kameradschaft, die Schere der Preise und Löhne, die eigenständige Teilnahme der Arbeiterklasse an der gemeinsamen Anstrengung der Vaterlandsverteidigung, all dies hatte der nationalen Gemeinschaft eine neue Bedeutung verliehen. Zum Abschluss kehrte man jetzt zur Demokratie zurück, welche über die Nazidiktatur triumphierte, jedoch um ihr ein soziales *Plus* beizufügen.

Dies stellte auch die Beziehungen zwischen dem Individuum – oder besser der Person – und der Gemeinschaft auf neue Grundlagen. Es bedeutete vor allem ein neues Gebäude, das in einer weiträumigeren Sicht der Demokratie errichtet werden musste, wo man sich nicht mit vereinzelt Ausbesserungen begnügen würde. Aber die gelebte Solidarität würde erlauben, der Zukunft vertrauensvoll entgegenzusehen: Sie würde die Zuflucht zur Gewalt erübrigen, um die vorgesehenen Ziele zu erreichen.

Bei diesem optimistischen Hintergrund dürfte man nicht auf Verblendung schliessen. Die Umstände waren günstig, was nicht heisst, dass man an ein plötzliches Verschwinden der Egoismen und Konflikte glaubte. Die bestehenden sozialen Spannungen und die Verhärtung einer aktiven Linken machten auf die Wirklichkeit aufmerksam. Es bedurfte auch keiner scharfsinnigen Überlegungen, um zu entdecken, dass die Grenzen der Gemeinschaft leicht mit jenen der Interessengruppen zusammenfielen, und dass hinter den tugendhaften Appellen ans Gemeinwohl Sondervorteile beansprucht wurden, denen der Einzelne sich unterwerfen sollte.

Vom Gesichtspunkt der Gemeinschaft her gesehen, bietet Ducommun eine der originellsten Formeln wirtschaftlicher Umgestaltung an, die zugleich am meisten mit der Reformphilosophie übereinstimmt, wie wir sahen. Mit seinen Anhängern führt er seine Bemühungen weiter, ohne jedoch die Arbeitgeberschaft oder die Arbeiterorganisationen zu überzeugen; die Freisinnigen, die Liberalen und die Katholisch-Konservativen haben zwar seiner Berufs- oder Betriebsgemeinschaft einen mehr oder weniger grossen Platz in ihren Programmen eingeräumt, wenn sie auch nicht unbedingt einen übereinstimmenden Gehalt hineinlegen. Die Schwäche des umfassenden Entwurfs von Ducommun besteht zweifellos darin, dass er aufrichtig versuchte, die organisierten und herrschenden Interessengegensätze zu überwinden, vor allem auf Seite der Arbeitgeber, und deshalb keine genügend breite Unterstützung fand.

Der Akzent wird im Allgemeinen anders gesetzt, auf eine eindeutiger materielle Ebene, die man etwa so fassen könnte: Not ist unerträglich, und wir haben heute die Mittel, sie zu überwinden! Lindt stellt einmal mehr die Lage klarsichtig dar: «In jedem Krieg setzt sich auch in der Bevölkerung der neutralen Länder die Idee durch, dass die Kriegsanstrengung auf die eine oder andere Weise ihre Rechtfertigung in einer Erneuerung und Verbesserung der Lebensbedingungen finden muss. Heute kann man diese Hoffnung ebenfalls in der Schweiz erkennen. Man diskutiert immer lebhafter über die sozialen Probleme: die Altersversicherung, die Berufsgemeinschaft (sic), die Existenzsicherung für Arbeiter und Bauern. Vermutlich war es ein Fehler der freisinnigen Wahlpropaganda, sich im Wesentlichen nur auf die bestehenden Ererungenschaften zu beschränken. Das Volk erwartet von seiner Führung eine Öffnung auf die Zukunft hin.»<sup>95</sup>

### Morgen die AHV

Wie Lindt richtig feststellt, war die AHV ein Schlüssel zur Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Man kann noch weiter gehen: Sie erschien überall als Eckstein des künftigen Sozialgebäudes. Es war der Testfall für den Erneuerungs- und Fortschrittswillen. Man könnte die Reformer von den Revolutionären trennen, indem man unterscheidet zwischen jenen, welche dem gegenwärtigen Regime diese Leistung zutrauten, und jenen, die es nicht mehr für fähig hielten, weil die Angelegenheit schon zu viele Jahre verschleppt worden war und sich auf Behördenebene an zuvielen Hindernissen stiess. Der *Nebelspalter*, der mehr als eine Seite dafür hergab, stellt also eine Familie dar, deren Junge von seinem Vater vernimmt, dass die mündliche Überlieferung von der Forderung nach einer AHV auf seinen Ur-Urgrossvater zurückgeht.<sup>96</sup>

Seit 1940 hatten sich immer zahlreichere Stimmen erhoben zugunsten einer Verwendung der Ausgleichskassen für die AHV oder ihrer Umwandlung am Ende des Krieges. Der Bundesrat stellte sich lange Zeit taub. 1943 wurden die Forderungen zu deutlich, um noch länger Stillschweigen zu bewahren, vor allem weil sogar die freisinnige Partei in ihrem neuen Programm Laut gab und verschiedene Kantone Initiativen in Bern einreichten. Man musste nachgeben, und die Regierung gab in ihrer Neujahrsbotschaft 1944 zu, dass die AHV die dringlichste soziale Forderung sei. Auch ernannte das Volkswirtschafts-Departement am 11. Mai eine Expertenkommission mit dem Auftrag, einen Entwurf vorzubereiten. Die Dringlichkeit wurde etwas verwässert! Man begreift, dass selbst nach dem Versprechen vom 1. Ja-

nuar Korrespondenten von H&H dem verlängerten volkstümlichen Misstrauen gegenüber den Behörden ein Echo gaben, umso mehr als der Bundesrat sich immer noch hütete, Termine festzulegen. Man könnte einen Artikel des *sozialistischen Volksrecht* vom April 1944 zitieren, der sich beunruhigt zeigt über die Weigerung, genaue Daten anzugeben und vermutet, dass der Widerstand sich nun auf die technischen Schwierigkeiten verlagere, nachdem er im Grundsatz weichen musste. Im Gegensatz dazu lobte ein Korrespondent von H&H den Wurf der Regierung, deren kühnes Versprechen in der Bevölkerung grossen Eindruck gemacht und das Misstrauen durch Vertrauen ersetzt habe: Wenn die AHV noch vor dem Ende des Krieges verwirklicht werde, hätte dies eine beachtliche politische Tragweite. Nebst anderen Vorteilen würde das die Gemüter in der Schweiz beruhigen, falls in den Nachbarländern revolutionäre Unruhen ausbrächen.<sup>97</sup>

### Das Recht auf Arbeit

Ausser diesem grossen Werk der nationalen Solidarität beunruhigte die Beschäftigungslage die Arbeiter und ihre Organisationen, jedoch weniger leidenschaftlich und weniger zukunftsbezogen. Man glaubte, Arbeitslosigkeit und Krise, welche vor 1939 Tatsache waren und in der Folge jederzeit gefürchtet, wie wir sahen, könnten in einer modernen, geplanten oder gut organisierten Wirtschaft erfolgreich bekämpft, anstatt bloss durch Unterstützungsmassnahmen gemildert werden. Das ist eben eines der Hauptziele der verschiedenen dirigistischen oder plan wirtschaftlichen Projekte, die man sich damals vorstellte. Das Programm *Neue Schweiz* ist die beliebteste Ausformung davon, während die extreme Linke ihrerseits offen die sowjetischen Fünfjahrespläne rühmen konnte. Diese Vorschläge stellten den Wirtschaftsliberalismus mehr in Frage als die AHV, und die Gefahr der Unterbeschäftigung galt nicht als seine geringste Schwäche.

Nicht die Sozialisten, sondern der Landesring der Unabhängigen blies zum Angriff, indem er am 6. Mai 1943 eine Verfassungsinitiative einreichte, welche das Recht auf Arbeit vorschlug. Sie erhielt jedoch bloss 72 920 Unterschriften, was für ein so brennendes Thema wenig ist. Sie wurde dem Volk erst 1946 zur Abstimmung unterbreitet und mit starker Mehrheit abgelehnt. Das freisinnige Programm unterstützte seinerseits die Politik des Bundes zur planmässigen Arbeitsbeschaffung, welche weder die Freiheit der Unternehmen noch die freiheitliche Wirtschaft in Frage stellte.

Es ist schwer erklärbar, warum die Garantie der Vollbeschäftigung für die Nachkriegszeit nicht mehr Publikationen und Kontroversen ausgelöst hat und

warum sie nicht stärker ins Gewicht gefallen ist bei der Beurteilung der Wirtschafts- und Sozialpolitik des Bundesrates. Man hätte ausserhalb der Unternehmerkreise Mühe, dies einem Überdross am Interventionismus zuzuschreiben und dem Warten auf sein Verschwinden, das manche Beobachter feststellten. Glaubte man wie andere, dass der beachtliche Bedarf der Nachkriegszeit genügend Arbeit für alle beschaffen würde?<sup>98</sup> Schienen die grosszügigen Vorschläge des Bundesrates nicht ausreichend und ihre Anwendung nicht gesichert genug, trotz allem? Die Sorge für den gegenwärtigen und zukünftigen Augenblick scheint jedenfalls die Erstellung zahlreicher Zukunftsanalysen zuhanden der breiten Öffentlichkeit nicht eben begünstigt zu haben.

### **Der Interventionismus in der Landwirtschaft**

Die Bauernsamen fürchtete sich nicht vor Arbeitslosigkeit, fühlte sich aber weiterhin verletzlicher als die Arbeiterklasse, unverstanden und schlecht unterstützt von der öffentlichen Meinung. Sie hatte vor allem Angst, dass sich die Krise noch schlimmer wiederholte, die sie nach dem Ersten Weltkrieg durchlebt hatte. Würden ihre Investitionen, ihre Rodungstätigkeit, ihre Produktionsbemühungen zunichte gemacht werden durch die Rückkehr der ausländischen Konkurrenz und den Zerfall der Preise, von dem die undankbaren Stadtbewohner träumten und den die vergesslichen Behörden hinnehmen würden? Dieser allgemeine Pessimismus, der je nach Gegend Schattierungen aufwies, erreichte seinen Höhepunkt in den Gebirgsregionen und unter diesen im Tessin; dort hatte man unter grossen Anstrengungen aufgegebenes Bauernland wieder angebaut, dessen künftiges Los ungewiss war, und zudem schienen die Möglichkeiten zur Auswanderung mehr als beschränkt. Was konnte in dieser Kriegsphase Vertrauen in die zukünftige Verständnisbereitschaft des Bundesrates erwecken? Auch zählten neben dem Schweizerischen Bauernverband in Brugg, der vom Bund vielfältigen Schutz und Hilfe erwartete, noch andere auf den Ausbau von Berufsorganisationen, um die Versicherungen, die Ausbildung, die Versorgung des Landes mit Getreide in Absprache mit den Importeuren etc. zu übernehmen.<sup>99</sup> Welche Formel man auch immer ins Auge fasste, die Verantwortung des Einzelnen würde der Zukunft zum Opfer fallen: Die staatliche Reglementierung wie die Eingliederung in Organisationen oder Genossenschaften würde den Produzenten Zwängen unterwerfen, die für sein Überleben unerlässlich waren. Der Bauernstand würde der allgemeinen antiliberalen Strömung nicht entgehen können. Es war Schluss mit

dem Bauern als Herr auf seinem Hof. Noch weniger als andern würde ihm dies seine wirtschaftliche Randstellung erlauben.

Unter verschiedenen Formen schlossen die Lösungen der Zukunft den freien Wettbewerb und das Gewinnstreben des Einzelnen als endgültig überholt aus. Wenn man die Grundlagen des Liberalismus angriff, war es verführerisch, grosszügige Entwürfe zu entwickeln, welche die gesamte Wirtschaft umfassten und sie auf neue Grundlagen stellten, kollektive, genossenschaftliche, korporatistische oder staatliche. Doch wenn man sich auch über die gemeinsame Anprangerung der Unternehmensfreiheit oder der Konkurrenz einig war, so schlug man eben zu verschiedene Heilmittel vor, um zu einer Verständigung zu gelangen. Die Landwirtschaft bietet ein typisches Beispiel dafür: Auf der interventionistischen Grundlage, welche dem schweizerischen Bauernverband und den Sozialisten gemeinsam ist, stellt *Neue Schweiz* einige Thesen auf, die notwendigerweise summarisch sind, da es sich um ein Programm handelt, das seine Themenwahl kurz und bündig zusammenfassen muss. Etwas nuancierter ist eine Broschüre des schweizerischen Genossenschaftsverbandes über die Zukunft des Bauernstandes, welche die Grenzen des von ihr vorgeschlagenen sozialen Ausgleichs nicht verhehlt; sie freut sich über die Annäherung zwischen Stadt und Land, anerkennt den Wert und die Härte der Feldarbeit, bestätigt die bäuerliche Verschuldung, schreibt wohlwollend über die Preise und das Einkommen des Landwirts, wünscht die Erhaltung eines festen und ausgewogenen Bestandes der bäuerlichen Bevölkerung; all dies in einer klaren, sachlichen Sprache, was kein geringes Verdienst ist. Für die Zukunft würde das Aufgeben des Liberalismus erlauben, die Interessen der Landwirtschafts-Produzenten und der städtischen Konsumenten einander anzunähern und die Verständigung zu fördern, entweder in einem genossenschaftlichen Rahmen oder mit staatlichem Eingriff nach den Vorstellung von Brugg oder den Sozialisten. An diesem Punkt angelangt, wird unsere Untersuchung plötzlich vorsichtig, bekräftigt zwar, dass man Absprachen treffen muss, dass ein normales bäuerliches Einkommen garantiert sein soll, dass ein «gewisser Schutz» lohnende Preise sichern muss, dass aber die Grenze nicht leicht zu ziehen ist. Schliesslich, und hier drängt sich die Konkurrenz wieder auf, wirft sie den Bauern vor, die Exportindustrie zu verachten, welche doch für die Volkswirtschaft lebenswichtig ist und ohne ein hohes Mindestmass an Handelsfreiheit nicht überleben kann: Man kann dem Ausland nicht verkaufen, ohne von ihm zu kaufen.<sup>100</sup>

Diese kleine Schrift war eine kurze Untersuchung wert, weil sie sich vor jeder Polemik hütet und wie Ducommun die Zusammenarbeit der Partner erstrebt im Namen einer Wirtschaft, welche nicht mehr in erster Linie den Profit sucht, sondern

den Dienst an der Gemeinschaft. Verraten ihre Ungewissheiten nicht Verwirrung angesichts einer undurchsichtigen Zukunft? Diese Verwirrung ist der Preis für die Objektivität der Autoren, welche sich weigern, sie wie die andern hinter Aggressivität und harten Forderungen zu verbergen.

Zerschlagen der liberalen Wirtschaft, umfassende Sozialversicherungen, berufliche Organisation, Interventionismus, die unerbittlichen Kraftlinien der Nachkriegszeit und der Anpassung an die neue Welt zeichnen sich in den Köpfen ab. Doch die Übereinstimmung ist nicht so allgemein, wie man sich vorstellen könnte: Vergessen wir die nicht, welche trotz allem dem Liberalismus verbunden bleiben. Sie fühlen sich vielleicht zur Diskretion verpflichtet, zum Rückzug, aber nicht unbedingt zur Abdankung. Die Rechtspresse ist ihnen nicht verschlossen. Ein Beispiel ihres Verhaltens kann bei Rigassi gefunden werden, dem Chefredaktor der *Gazette de Lausanne*, welcher im März 1943 sein Credo verteidigt: Er beginnt mit der langen Rechtfertigung eines Liberalismus, der bei uns in keiner Weise mit der Schule von Manchester gleichgesetzt werden darf, sondern durch Vinet und den christlichen Personalismus geprägt ist und auch die Verwirklichung des Gemeinwohls erstrebt. Erst am Schluss kommt er auf die Wirtschaft zu sprechen und verurteilt die Planwut, rühmt den Eifer der Schöpfer unseres Wohlstandes, fordert aber auch zur beruflichen Organisation auf, verlangt eine Sozialgesetzgebung etc. Es ist eine defensive Haltung, die übrigens nicht kraftlos, vor allem nicht machtlos ist. In der Regierung selber verhehlen ein Kobelt oder Stampfli nicht, dass man den interventionistischen Apparat abbauen sollte und dass das Volk für eine gelenkte Wirtschaft nicht reif sei.<sup>101</sup>

### Politische Gräben

Der Burgfriede war im Umfeld der Verteidigung der von Nazideutschland bedrohten Unabhängigkeit möglich geworden. Vor allem die Beteiligung der Arbeiter war bemerkenswert, auch wenn die doktrinärsten den Grundsatz eines Abkommens mit den Bürgerlichen verwarfen. Die Randgruppe der unverbesserlichen Freunde Deutschlands war verstummt oder hatte sich angeschlossen unter dem Eindruck der von der Wehrmacht erlittenen Schläge, doch der Burgfriede hatte nichts gewonnen seit das sowjetische Vorbild das nationalsozialistische abgelöst hatte, im Gegenteil. Die Einheit war eher auf der ideologischen als auf der militärischen Ebene abgebröckelt; denn die Möglichkeit eines Angriffs der Russen blieb unwahrscheinlich, und vor al-

lem wurde der Wille, die Unabhängigkeit gegen diese zu verteidigen, nicht ernsthaft in Frage gestellt. Das Problem war gegenüber den angelsächsischen Mächten schon heikler ... obwohl diese im Prinzip weniger bedrohlich waren.

Es war die Vorstellung, die man sich von der Zukunft machte, welche die Gemüter am tiefsten entzweite. Nun waren die Beobachter zu Recht von der wachsenden Besorgnis über die Nachkriegszeit überrascht. Die Pläne für die Rückkehr zum Frieden vermehrten sich in der gleichen Zeit, als man die Überzeugung gewann, dass die Würfel gefallen seien und dass die bezeichneten Sieger ihre Aufgabe ohne zu zögern zu Ende führen würden. Ein Grundsatz schien alle um sich zu scharen: die Demokratie, welche ihre Frische und ihre Reize wiedergefunden hatte. Aber welch unterschiedliche Inhalte eine solche Bezeichnung verstecken konnte!

Eine erste Kluft konnte sich auftun zwischen jenen, welche sich bedeutende Änderungen der Institutionen erhofften, und jenen, die unbedingt auf eine Rückkehr zu den Verhältnissen der Vorkriegszeit spekulierten, selbst wenn sie einige unerlässliche Reformen bewerkstelligen müssten, und die auf den Einfluss der westlichen Alliierten setzten, um dies zu erreichen. Sie schienen von der Welle einer siegesgewissen Linken an den Rand gedrückt. Man darf sie aber nicht vernachlässigen. Sie bildeten vielleicht eine schweigende Mehrheit. H&H bemühte sich, sie aufzurütteln und ihnen bewusst zu machen, welche Enttäuschungen auf sie warteten, jedenfalls für die unmittelbare Nachkriegszeit, in welcher Not und Unordnung nicht mit einem Schlag verschwinden würden.

Eine zweite Spaltung trennte die Befürworter des Wandels, insbesondere im Schoss der Sozialistischen Partei selbst und in der Arbeiterklasse, aber auch in andern Schichten und bis unter die Bauern. Die einen wollten das Proletariat und die Opfer des Kapitalismus kompromisslos befreien, die andern zählten auf die Verständigung, die Zusammenarbeit mit den Sozial- und Wirtschaftspartnern, um gründliche Reformen durchzuführen und Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit miteinander zu versöhnen. Sie gingen nicht grundsätzlich davon aus, dass die Behörden sich dem Kapital verkauft hatten und nicht das geringste Vertrauen verdienten, sondern bauten eher auf den demokratischen Prozess, um die Entwicklung zu beschleunigen.

Man könnte eine dritte, weniger offensichtliche Gegenüberstellung machen zwischen jenen, welche revolutionäre Veränderungen vom sowjetischen Einfluss oder Eingreifen erwarteten, und jenen, die auf ihre eigenen Kräfte zählten.<sup>102</sup>



Diese Spaltungen sind keineswegs erstaunlich. Man findet darin die üblichen Bruchlinien, welche bloss die vorweggenommene Rückkehr zur Normalität anzeigen. Trotzdem liess man sich davon im Augenblick leicht erschrecken. Bei der geringsten Unzufriedenheit beschwor man prompt die Unruhen von 1918 herauf, deren Wiederholung diesmal viel verheerender wäre. Als kleines Beispiel dieser Überempfindlichkeit gelte jener Korrespondent von H&H, der sein Grausen gesteht, weil ein junger Arbeiter auf seine Argumente zugunsten sozialer Reformen zurückgab, in der Partei habe man ihnen erklärt, dass soziale Errungenschaften in einem bürgerlichen Staat keine Bedeutung hätten.<sup>103</sup>

Verschiedene Gründe mögen diese Neigung zur Beunruhigung unter den Konservativen und den Reformern erklären. Sie könnten darin den Tod der Geistigen Landesverteidigung entdecken, welche bisher die Gemüter vor allem in ihrem Hang zur Vergangenheitsverklärung beseelt hatte. Das Beispiel von St. Jakob an der Birs versprach keinen grossen Nutzen mehr in Gegenwart von Hofmaier oder Nicole. Der Rückzug auf feste und einheitsstiftende Gewissheiten bot keine Sicherheit mehr gegen innere Revolutionsschübe. Man hatte auch soviel herumgedeutet am Gemeinschaftsgeist, an der Übertragung der militärischen Kameradschaft auf das Zivilleben, den gemeinsam durchlebten Gefahren, dem Arbeitsfrieden und der Überwindung des Klassenkampfes, dass die jähe Rückkehr zur roheren Wirklichkeit einen Schock auslöste. Wie eine politische Chronik von *Suisse contemporaine* sagt, «das Leben in einer Demokratie erfordert eine gemeinsame politische Sprache; wir müssen uns über den Sinn gewisser Wörter verständigen können: Demokratie, Freiheit, Neutralität zum Beispiel. Nun scheint es, dass wir in letzter Zeit wieder angefangen haben, aneinander vorbeizureden, ohne jegliche Bemühung, uns zu verstehen.»<sup>104</sup>

Diese Trennung wurde von den Gemässigten und den Anhängern der Geistigen Landesverteidigung umso härter empfunden, als die Mehrheiten sich zu verschieben schienen. Der Linksrutsch der öffentlichen Meinung verriet sich in der Aufmerksamkeit, die man der aktiven sozialistischen und extremistischen Propaganda gewährte, und bestätigte sich in den Wahlen. Man sah eine Welt mit neuen Werten sich auf tun, wo die kollektivistische Gleichmacherei den Föderalismus und die Sonderfreiheiten zerstörte. Würde die Bauernsamer nicht in die gleichen Fussstapfen treten? Ihre Unzufriedenheit, ihre Weigerung, zur Lage vor dem Krieg zurückzukehren, ihre Forderungen konnten das Schlimmste befürchten lassen für diese traditionelle Stütze der öffentlichen Ordnung und des Antisozialismus.

«In mehrfacher Hinsicht erachtet man, dass unsere Zeit einen Wendepunkt bezeichnet zwischen zwei Epochen, welche durch starke politische, wirtschaft-

liche und gesellschaftliche Unterschiede getrennt sind.» Diese Bemerkungen von Bundesrat Stampfli wurden verstärkt durch eine Ähnlichkeit mit der Französischen Revolution, die er erkannte, und verschärft durch die Feststellung, dass man gar nichts wusste über die Zukunftsabsichten der Grossmächte. Die Aussicht auf Strukturänderungen mochte die Revolutionäre und die Leute verführen, welche eher von logisch zusammenhängenden Politkonstruktionen eingenommen waren als von aufeinanderfolgendem Flickwerk; sie konnte nur Furcht auslösen bei jenen, welche über die Ungewissheit der Zukunft jenseits unserer Grenzen schon jetzt beunruhigt waren. Es war jedenfalls nicht die neue und beeindruckende Macht der UdSSR, welche auch nur den geringsten Trost bieten konnte.<sup>105</sup>

## Flüchtlinge und Internierte

Die Schrecken des Krieges und der Besatzung lassen die Flut der Leute anschwellen, die in der Schweiz eine Zuflucht suchen. Ihr Zustrom wirft alle möglichen unvorhergesehenen Probleme auf, juristische, materielle, moralische oder strategische. Schon 1942 hatte eine erste Welle, wie wir sahen, Abwehrreaktionen ausgelöst. Nach Zugängen, welche um die 500 bis 900 Zivilpersonen im Monat schwankten, sollten die Ereignisse in Italien die Zahlen auf 4'907 im September 1943 und auf 10'708 für die vier letzten Monate insgesamt ansteigen lassen. Im Ganzen treten so 16'397 Flüchtlinge zu den 9'381 seit Kriegsbeginn gekommenen hinzu. Die 10'595 internierten Militärpersonen sowie die 29'117 Deserteure, geflohenen oder hospitalisierten Kriegsgefangenen sowie 147 Spezialfälle müssen zu diesen Beständen von Ende 1943 hinzugezählt werden.<sup>106</sup> Ihre Beziehungen zur Bevölkerung lösen andere, aber nicht weniger heikle Probleme aus.

### Man muss Zusammenleben

Jeder Schritt seiner Laufbahn in der Schweiz setzte den Asylbewerber den Missverständnissen oder dem Unverständnis der Bevölkerung aus, ohne hier von der Berührung mit der Armee oder der Verwaltung zu sprechen. Für all jene Schweizer, die ihre Zahl übertrieben fanden, hätte man die Grenze fester abschliessen sollen. Zu viele Agitatoren, Spione, Unerwünschte missbrauchten ihrer Ansicht nach unsere

blinde Grosszügigkeit, ohne von der Gefahr zu reden, dass fremde Armeen ihre zivilen oder militärischen Staatsangehörigen mit Gewalt zurückholen könnten.

Wenn man sie ins Land eingelassen hatte, wurden die Flüchtlinge in Lagern oder andern Kollektivunterkünften untergebracht (im November 1942 hatte der Bundesrat zu diesem Zweck einen Kredit von 3.5 Mio. Franken bereitgestellt, um die überforderten Hilfswerke zu entlasten). In gewissen Ausnahmefällen erhielten sie vom Aufnahmekanton die Bewilligung, sich in Privatwohnungen aufzuhalten. Wenn ihre Zusammenziehung zu unvermeidbaren Reibereien mit der benachbarten Bevölkerung führte, so sah man ebenso gern in diesen Sonderfällen ein Vorrecht, das man dem Reichtum gewährte. Dies war besonders im Tessin der Fall, wo es zuvielen Italienern gelungen war, den Einschränkungen der Internierung zu entgehen.

Doch nicht daran entzündete sich der Protest am schnellsten: Nahrung, Arbeit und Freizeit lösten ganz andere Bitterkeit aus. Die Überzeugung, dass die Flüchtlinge und die Internierten die Rationen der Schweizer verkürzten, war gar nicht selten. Ja, es gingen sogar Gerüchte um, sie erhielten mehr Fleisch und die polnischen Soldaten hätten davon sogar 5 kg im Monat, zur Zeit als die Schweizer bloss 600 Gramm zugeteilt erhielten.<sup>107</sup> Es ist nicht sicher, dass diese Art Behauptung ein grosses Echo gefunden hat, umgekehrt aber auch nicht, dass es leicht gefallen wäre, die Wahrheit festzustellen.

Die Beschäftigungslage rief schärfere Auseinandersetzungen hervor: Die Flüchtlinge hatten kein Recht, von sich aus frei einer Arbeit nachzugehen, um die einheimischen Arbeitskräfte nicht zu konkurrenzieren. Doch waren sie zur Arbeit gezwungen, falls sie die Kraft dazu hatten. Dasselbe galt für die Internierten, ausser wenn sie Offiziere oder ausgerissene Kriegsgefangene waren. Diese Feinheiten entgingen der Bevölkerung zweifellos. Welche Kritik auch gegen diese Bevorzugten, diese Müssiggänger, welche den Bauern zuschauten, wie sie sich bei der Arbeit abrackerten, um die aufreibende Anbauschlacht zu gewinnen! Was jene betrifft, die auf öffentlichen Baustellen arbeiteten oder in der Landwirtschaft, so wurden sie der Faulheit oder der Unfähigkeit bezichtigt. Man hätte all diese Arbeitskräfte im Augenblick anstellen sollen, wo es keine Schweizer Arbeiter gab, um sich ihrer zu entledigen, sobald einheimische Arbeitslose auftraten, z.B. im Winter. Dies ist ein mehr oder weniger offener Vorschlag, der in der Vollmachtenkommission des Nationalrates auftaucht.<sup>108</sup>

Die Nähe eines Lagers bestimmte selbstverständlich die Meinung der Leute, sobald sie das Verhalten der Fremden beurteilten, vor allem wenn es sich um Militärs oder Juden handelte. Wenn sie bei Bauern arbeiteten, schätzte man ihre Tä-

tigkeit nicht unbedingt. Waren sie dispensiert, so galten sie als Nichtsteuer und Schmarotzer. Engländer und Amerikaner erhielten von ihren Regierungen hohe Soldzahlungen, die sie weitgehend in den Kinos und Cafés ausgaben, während den Polen ein härteres Los bestimmt war. Es erübrigt sich zu sagen, dass die Sitten nicht immer vorbildlich waren und dass man die Internierten beschuldigte, die Töchter und Frauen der Gegend zu verführen. So gab ein Korrespondent von H&H, der von einem Lager in seinem Dorf Stettfurt (TG) sprach und die Fälle unschicklichen Verhaltens festhielt, seinen Befürchtungen über die Laster Ausdruck, welche ein Massenandrang von Flüchtlingen mit sich brächte.<sup>109</sup> Die Verallgemeinerung ergab sich ganz von selbst, und das Zusammenwürfeln von militärischen und zivilen Flüchtlingen bereitete unserem Schreiber keinerlei Probleme, obwohl er doch besser informiert war als andere.

Dieser Fremdenhass war nicht allgemein, weit entfernt davon. Doch jene, die davon befallen waren, fanden kurz gesagt, dass die Behörden zu grosszügig mit ihren Gästen seien und sie zu ungleich behandelten. Die von manchen genossenen Vorrechte waren umso skandalöser, als sie den Steuerzahler teuer zu stehen kamen. Das Taschengeld der einen, der Sold der andern, die Urlaube, die Erleichterungen für die Studenten, späteres Einrücken für die Insassen der Lager als für die sie bewachenden Soldaten, alles konnte Anlass für Vergleiche sein, welche zu Ungunsten der Schweizer ausfielen.

Manche kommen zum Schluss, es sei genug! Der Wunsch, man möge von nun an die Asylbewerber allgemein zurückweisen, erscheint nicht sehr häufig, doch drückt er sich zum Beispiel in Samedan aus, wo im Oktober 1943 italienische Juden eintreffen; nach gewissen Meinungen sollten nur die Soldaten aufgenommen werden. Dasselbe zeigt sich in Stein (AG), wo die meisten Einwohner möchten, dass man alle Gesuche zurückweist.<sup>110</sup> Im Winter 1943-1944 spürt man die Spannung zwischen den Einheimischen und den Flüchtlingen ansteigen. Sie entlud sich mehrere Male in Schlägereien, so in Visp am 5. Dezember, in Sitten am 11. März, im April im Lager von Murimoo sowie in Lausanne und Lugano. H&H fühlt die wachsende Feindseligkeit, erkennt sie vor allem in jenen Orten im Tessin, wo eine grosse Anzahl Flüchtlinge in Hotels untergebracht sind. Die Presse macht sich zum Sprachrohr dieser Unzufriedenheiten, und die Vollmachtenkommission des Nationalrats ist darüber besorgt.<sup>111</sup>

Es herrschte grosse Vielfalt. Manche gaben Anlass zu beissenden Urteilen oder zu unzulässigen Verallgemeinerungen: die Italiener und die Kriegsverbrecher, und natürlich die Juden. Die andern wurden eher geduldet oder waren zu wenig zahlreich, um in grossen Gruppen aufzufallen.

Flüchtlinge und Internierte aus Italien waren eine Neuheit. Die Niederlagen auf der Halbinsel, der Waffenstillstand, die deutsche Besetzung, das längere Ausharren des Faschismus im Norden führten Wellen von Zivil- oder Militärpersonen herein, welche von Bund und Armee schlecht und recht bewältigt wurden. Im Augenblick selbst scheint die Bevölkerung nicht anders reagiert zu haben als auf andere Asylbewerber; sie war vielmehr verwirrt durch die Willkür und die Notbehelfe der Behörden. Nun war aber der Zustrom vorhersehbar. Was würde geschehen, wenn bald Frankreich, dann Deutschland im Chaos versinken und Hunderttausende von Flüchtlingen sich über die Schweiz ergiessen würden? Eine unbeantwortbare Frage, denn eine unsichere Regierung liess bloss spärliche Nachrichten durchsickern, während der Überfluss an Flüchtlingen aus Italien weitgehend bekannt war.<sup>112</sup>

### **Faschisten und Kriegsverbrecher**

Sehr bald jedoch fragte man sich, ob sich die Grenzen auch den Faschistenführern und Kriegsverbrechern öffnen würden, welche allenfalls in der Schweiz Zuflucht suchten, weil sie zuhause ihres Lebens nicht sicher wären. Schliesslich entschied die Regierung aus Furcht vor den Reaktionen der öffentlichen Meinung, ihnen den Zutritt zum Land zu verweigern. Manchen gelang es jedoch, den Beschluss zu umgehen, sogar unter den umstrittensten Persönlichkeiten. Dies war insbesondere der Fall für den Diplomaten und ehemaligen Minister Dino Alfieri, der krank in die Schweiz kam und hier blieb, ohne streng genommen in den Genuss des Asylrechts zu gelangen, sowie von Edda Ciano, Tochter Mussolinis, welche unter falschem Namen im Januar 1944 die Grenze überschritten hatte und der in Italien die Hinrichtung drohte. Man fürchtete sogar einen Augenblick, Mussolini selber könnte Zuflucht heischen. Diese Milde wurde insgesamt nicht verstanden, sodass die Reaktionen der öffentlichen Meinung heftig waren, umso mehr, als die offensichtlichen Opfer der Besetzung weiterhin zurückgewiesen wurden und man schon ähnliche Gesuche von SS- oder Gestapo-Leuten sich abzeichnen sah.

Die Regierung zögerte lange Zeit, die Wahrheit über die in der Schweiz geduldeten faschistischen Würdenträger offiziell aufzudecken. Sie bewies ein augenfälliges Widerstreben, sich über ein Thema zu äussern, das sie schlecht beherrschte. Im Anschluss an eine allierte Note an die Neutralen über das Asyl für Kriegsverbrecher gab die APF am 4. August 1943 folgende Weisungen an die Presse heraus:

Diese Warnung wirft eine Frage auf, welche für unsere Schweizer Politik gegenstandslos ist. «Wir haben alle militärischen und polizeilichen Massnahmen getroffen, welche die Überwachung unserer Grenze erfordert. Wenn die Frage des Asylrechts sich eines Tages tatsächlich erheben sollte, würde es in erster Linie dem Bundesrat zustehen, sie in aller Unabhängigkeit und unter Berücksichtigung unserer Traditionen und der höheren Interessen des Landes zu prüfen. Im Augenblick ist eine öffentliche Diskussion, selbst in grösster Sachlichkeit, mit Nachteilen verbunden. Das ist leicht einzusehen. Deshalb empfehlen wir der Presse, auch in diesem Bereich eine weise Zurückhaltung zu üben.»<sup>113</sup> Es trifft zu, dass der italienische Zustrom in diesem Zeitpunkt kaum begonnen hatte, doch die Frage war nun einmal gestellt! Man muss diese Aufforderungen zur Diskretion zweifellos auch mit der Furcht des Bundesrates zusammen sehen, Italien auch nur im Geringsten zu beleidigen, dessen faschistische Regierung sie unserem Land gewogen glaubte. Der Rest der Anweisung zeigt, dass diese Haltung fortbestand.

Als Verantwortliche für Verbrechen gegen die Menschheit schienen diese Leute des Asyls umso unwürdiger, als sie zur Zeit ihrer Grösse unser Land allzu oft mit Drohungen und bitterem Hohn überschüttet hatten. Gewisse Leute, vor allem in der Gegend von Zürich zum Beispiel, hätten aus diesem Grunde Hitler abgewiesen, Mussolini dagegen angenommen, trotz dem Druck der Alliierten, deren Einnischung die nationalen Empfindlichkeiten sichtbar gereizt hatte.<sup>114</sup>

### Die jüdischen Flüchtlinge

Wie früher waren es die Juden, welche die meisten Fehler und Laster verkörperten, die man den Flüchtlingen vorwarf. Auf eigene Rechnung oder aus ihrer Umgebung zitiert, vervielfachten die Korrespondenten von H&H die Belege dafür. Wir haben die Grundzüge des unterschweligen Antisemitismus bereits festgehalten, dem die Dokumente aus dieser Kriegsphase bloss Schattierungen und genauere Einzelheiten hinzufügen.

Eine Umfrage durch die Polizeidienste des Territorialkreises 5 ergab nur bei 10% der Bevölkerung eine Zunahme des Antisemitismus, und zwar hauptsächlich in den Orten, wo jüdische Flüchtlinge wohnten. Dies bestätigt die Beobachtungen der Agenten von H&H, in deren Augen das unverschämte Benehmen, die Undankbarkeit, die Lüsterheit der Frauen, welche sie feststellten oder von ihren Bekannten erfuhren, den Antisemitismus schürten. Umgekehrt empfinden 15% der Bevölkerung eine grössere Sympathie für die Juden, und 75% haben ihre Ansicht nicht

geändert seit Beginn des Krieges. Jedoch zeigt sich nirgendwo eine wirkliche Propaganda gegen sie. Man kann daraus ableiten, dass offene Judenfeindschaft eine Minderheiterscheinung ist und in der Nachbarschaft der Lager oder einzelner Wohnungen zu orten ist... aber auch dass ein schlummernder Antisemitismus in einem grossen Teil der Bevölkerung unverändert weiterbesteht; der kleinste Zwischenfall kann ihn zum Vorschein bringen und die alten Denkschemen mit neuen Beweisen untermauern. Auf dem Umweg über eine Redewendung taucht so die Anspielung auf die «typisch jüdische Gewohnheit des Feilschens» auf oder auf die eingefleischte Abneigung der Schmarotzerrasse gegen «harte körperliche Arbeit». <sup>115</sup>

Ein prägender Zug dieser Einstellung ist die Furcht vor der kulturellen, finanziellen und wirtschaftlichen Beherrschung durch diese gefährlichen Orientalen. Beim sich abzeichnenden Kriegsende fragt man sich, was mit all diesen Flüchtlingen in Zukunft geschehen soll. Die Verwaltung unterschied zwischen Emigranten und Flüchtlingen, welche nicht denselben Regelungen unterworfen waren. Es scheint, dass diese Unterscheidung der Öffentlichkeit entging; jedenfalls verwendet mehr als ein Korrespondent von H&H fälschlicherweise den ersten Ausdruck, und die Verwechslung ist nicht folgenlos. Wenn also diese Juden in der Schweiz blieben, wäre das für die Einheimischen gefährlich, besonders im Handel. Hatten nicht bereits die Schweizer Juden ihre Absichten verraten, ihre Fähigkeit sich aufzudrängen, ihre Gewandtheit, nach den Schalthebeln zu greifen? Man sieht sogar einen H&H-Korrespondenten verstört über die Versicherung, dass die Juden den Krieg angezettelt hätten, um die Heiden besser zu knechten. <sup>116</sup> Die *Protokolle der Weisen von Sion* lassen grüssen ...

Die Radikalsten schrecken nicht vor den Konsequenzen dieser Feststellung der Tatsachen zurück: «Ein gesunder Antisemitismus, wie ihn schon unsere Vorfahren kannten, bedeutet nicht Sympathie für Deutschland.» Oder auch: «Es ist klar, dass es moralisch unmöglich ist, Gesetze gegen die Juden zu erlassen, aber es ist unsere Pflicht und Schuldigkeit, sie ein wenig in den Zaum zu nehmen und sie als gefährliche Bürger zweiter Klasse genau zu überwachen.» <sup>117</sup> Judengesetze wären Nazismus, Bürger zweiter Klasse zu schaffen ohne Gesetzgebung jedoch, wäre wahrhaft patriotisch ...

All diese Zeugnisse, ob individuell oder kollektiv, lassen einmal mehr die Überzeugung hervortreten, dass zwischen Schweizern und Juden eine grundlegende Andersartigkeit besteht. Wie ein vom Rassismus besonders geprägter Korrespondent klarstellt, handelt es sich hier nicht darum, individuelle religiöse Überzeugungen zu achten, sondern eine ausländische Gruppe mundtot zu machen, welche das Land bedroht. «Demokratie heisst nicht Toleranz, sondern freie Anpassung des

Einzelnen zum Wohle der Gemeinschaft.» Solche Äusserungen scheinen direkt von den nationalsozialistischen Auffassungen entlehnt, aber mit dem restlichen Brief stehen sie merkwürdigerweise auch in Zusammenhang mit dem Rückzug der Geistigen Landesverteidigung auf das kleine Vaterland und mit der Förderung der Gemeinschaftswerte durch den modischen Anti-Individualismus. Eine unerwartete Folge der Belagertenmentalität – obwohl antinazistisch –, eine verkehrte Auswirkung der Berufung auf die Geschichte? «Deshalb ist es begreiflich,» fährt unser Dokument fort, «dass im Augenblick, wo man zu den Grundlagen schweizerischen Denkens und Fühlens zurückkehrt, jede fremde Gemeinschaft auf eine Abwehrhaltung stösst.»<sup>118</sup> Die Verweise auf die nationale Geschichte nähren so den Antisemitismus, indem sich die Gesetzgebung und die Verhaltensweisen der alten Schweizer noch nie durch Toleranz und Integrationswillen ausgezeichnet haben.

Noch vor diesem Aufblühen des Antisemitismus versuchte H&H, auf eine bereits gut erkennbare Einstellung zu reagieren (welche durch ihre Reaktion noch verschärft wurde, wie mehrere oben erwähnte Dokumente bezeugen). Da sie von der Vorstellung ausging, dass der Antisemitismus eine Frucht der Nazi-propaganda sei, welche die Schweiz als verjudetes Land hinstellte, fand H&H es für nötig, diesen Lügen entgegenzutreten, wie sie es schon mit so vielen andern getan hatte. Also erschien im Mai 1943 der *Gesprächsplan 26, Die jüdische Frage*, wo die Verfasser vor allem Tatsachen und Statistiken bereitstellten, damit die Benützer des Plans über objektive Angaben verfügten. Vorsichtshalber war die Schrift Etter vorgelegt worden, der einige Abschnitte gestrichen hatte, vor allem jene, welche Wertungen enthielten.

In einem ersten Teil zeigt der Text von H&H, dass die Juden in der Vergangenheit abge sondert worden waren. Zweifellos unbewusst benützt er den Ausdruck «der Jude» und betont damit die unausgesprochene Auffassung von einer stark ausgeprägten und von andern verschiedenen Gruppe. Diese Vergangenheit hat die Juden auf finanzielle Tätigkeiten verwiesen (er ist «ein oft allzu gewandter Händler geworden»), seine Eingliederung verzögert und die gegenseitige Abneigung zwischen ihm und der übrigen Bevölkerung gefördert. Deswegen gibt es aber keine «jüdische Frage» in der Schweiz, weil die Israeliten wenig zahlreich sind und nicht unverhältnismässig viele, gesellschaftlich entscheidende Stellungen einnehmen. Man kann deshalb keinerlei sachlichen Grund finden, ihnen gegenüber ausserordentliche Massnahmen zu ergreifen. Schliesslich ist die Demokratie auf Toleranz begründet; das Dokument schliesst mit folgenden Worten: «Der Antisemitismus öffnet der ausländischen Propaganda Tür und Tor.»<sup>119</sup>



Der grosse Fehler dieser ungeschickten Veröffentlichung besteht im Glauben, dass vernünftige Argumente und Zahlen Gefühle und unbewusste Schemen zerstören könnten. Mangels Einsicht in die wahren und tiefen Wurzeln des Antisemitismus irrt sie sich auch in der Zielscheibe, indem sie die ausländische Propaganda aufs Korn nimmt, als ob die Nörgelei gegen die Juden in der Schweiz ein neuer Exportartikel aus der Goebbelschen Küche wäre. Doch tritt sie nicht ein auf die Logik dieser Propaganda, die auf Rassismus gründet: sie hält sich nicht bei diesem Begriff auf; der Ausdruck «Rasse» erscheint nur zweimal, ohne sich besonders auf die Juden zu beziehen. Diese üben bloss eine Religion aus, welche sie absondert. Die Urheber des Gesprächsplans klagten eine ausländische Ideologie wegen eines Arguments an, welches diese nur untergeordnet verwendet, das aber auf schweizerischer Ebene besser gestattet, auf den demokratischen Grundsatz der Toleranz zurückzugreifen. Es hiess auch vergessen, dass der moderne Antisemitismus nicht mehr religiöser Natur ist, sondern sich auf die «wissenschaftlichen» Feststellungen des Vulgärdarwinismus und der Anthropologie des XIX. Jh. stützt. Nun ist die Rassenzugehörigkeit angeboren, unverbesserlich, unwandelbar und prägt fürs ganze Leben; eine Religion dagegen kann aufgegeben werden, und die Konversion tilgt den ursprünglichen Makel. Das Dokument räumt ein, dass der Jude sich angleichen kann, wie das Beispiel Englands beweist. Auch unterscheidet es beharrlich die Juden von den Flüchtlingen, selbst wenn 80% oder 90% von diesen jüdischer Herkunft sind. Eine lobenswerte Bemühung, aber umsonst bei jenen, welche darin eben eine Verschärfung der Gefahr sehen und im Text keinerlei Beweis finden, dass die Gefahr einer Unterwanderung nicht besteht.

Die Heftigkeit der nationalistischen oder rassistischen Reaktionen gab den Verantwortlichen zu verstehen, dass sie sich auf dem Holzweg befanden. Entgegen ihrer Absicht hatte eine Frage der Ethik eine politische Wendung erhalten. Diese hatte nichts mit der Armee zu tun, und man verfehlte nicht, ihnen dies hartnäckig zu wiederholen. Man warf ihnen auch vor, geglaubt zu haben, dass einige Zahlenangaben die Wirklichkeit der unleugbaren Veijudung des Landes wiedergäben. Schliesslich zeige die Geschichte, dass eben der Antisemitismus feste Wurzeln in der nationalen Vergangenheit habe: Er stammte also nicht so sehr von der Nazi-Propaganda, sondern konnte sich einer echten Schweizer Herkunft rühmen. Gemäss von Steiger war er mit dem Zustrom der Flüchtlinge entstanden. Es wäre genauer gewesen zu sagen, er habe sich bei dieser Begegnung verstärkt oder wiederbelebt, doch war der Bundesrat schon näher bei der Wirklichkeit als H&H, welche Asyl und An-

tisemitismus auseinanderhalten wollte.<sup>120</sup> Die Vermischung der beiden begünstigte jedenfalls den Widerstand gegen die Flüchtlingsaufnahme.

Ohne auf den Inhalt einzugehen, beklagte der General, dass das Dokument politische Diskussionen ausgelöst hatte, und beschloss am Ende, dass ihm inskünftig die Themen der Gesprächspläne unterbreitet werden müssten. H&H fasste ihren Informationsauftrag anders auf als er, hegte aber ebenfalls unterschiedliche Grundsätze über das Asyl. Aus strategischen Gründen hatten der General und der Generalstab die Lager vom Réduit ausgeschlossen, was dazu gezwungen hatte, sie anderswo zu häufen, insbesondere in den Kantonen Bern, Solothurn und Aargau. Aus technischen Gründen versuchten sie auch, den Zustrom nach Kräften zu unterbinden, um der Überwachung der Lager nicht zu grosse Bestände zuweisen zu müssen, wo man sonst schon Mangel an Truppen hatte und die Soldaten sich vorrangig auf den Krieg vorbereiten sollten. H&H, welche keine Kampfeinheit war, mass diesen Anliegen keine so grosse Bedeutung zu und konnte den Anforderungen der Menschlichkeit einen grösseren Platz einräumen. Ihre Agenten sollten bald auch in die Lager hineingehen, um dort eine nützliche soziale und kulturelle Tätigkeit zu entfalten und noch mehr Verständnis zu gewinnen für die drückende moralische und körperliche Not, welche die Insassen zu erleiden hatten.

Diese geistige Offenheit äusserte sich in den Antworten an die Korrespondenten, in den Informationskursen und in zwei Gesprächsplänen von Anfang 1944, der eine den *Kriegsgefangenen*, der andere der *Internierung* gewidmet. Ein dritter, welcher von den zivilen Flüchtlingen handeln sollte, erschien gar nie, obwohl der ursprünglich ablehnende General schliesslich nachgegeben hatte, weil von Steiger den Plan guthiess. Gewiss, diese Pläne lieferten wie immer hauptsächlich sachliche Informationen für die Offiziere zuhanden ihrer Ansprachen an die Truppe: Geschichtlicher Überblick zum Thema, Rechtsvorschriften, Zahlen etc.; doch riefen sie auch zu Verständnis und Mitgefühl für die schmerzliche Lage der Gefangenen und Internierten auf und beleuchteten die umstrittensten Fragen, beispielsweise den Lohn der Lagerbewohner oder die finanzielle Beteiligung der Herkunftstaaten der aufgenommenen Militärpersonen.<sup>121</sup>

Dieser Aufklärungsfeldzug wurde durch die wachsende Spannung gerechtfertigt, welche H&H Ende 1943 festgestellt hatte. Weil nicht genügend Lagerleiter gefunden wurden, welche ihrer Aufgabe gewachsen waren, hatten sich die Beziehungen zwischen Flüchtlingen oder Internierten und Bewachungsmannschaften verschlechtert und sich natürlich auf die Bevölkerung ausgewirkt. Der Gesprächsplan über die Internierten erschien zum richtigen Zeitpunkt und verzeichnete einen

grossen Erfolg. Ein anderes Dokument, den Bewachungseinheiten zugedacht, wurde oft als zu sentimental beurteilt und passte besser für jüngere als für ältere Soldaten. Dagegen machte H&H mangels genügend informierter Redner nur «ausserordentlich bescheidene» Fortschritte bei der Zivilbevölkerung. Was die Wirkung auf die Lagerbewohner betrifft, stand sie damals gerade in ihren ersten Versuchen.<sup>122</sup>

### **Fremdenfeindliche und Befürworter der Aufnahme**

Man darf aus diesen Beobachtungen nicht schliessen, dass die Mehrheit der Schweizer dem Zustrom von Flüchtlingen und Internierten mit Ärger, Abscheu oder Angst zugesehen hätte. Man kann die oben erwähnte Statistik auch so deuten, dass die 75% der Bevölkerung, die keinen Anlass hatten, ihre Meinung zu ändern, den Kriegsoptionen gleichgültig oder gar wohlwollend gegenüberstanden. Da man aus einer solchen Umfrage nicht viel herauslesen und sich nicht auf Meinungsforschung stützen kann, muss man auf messbare Grössen verzichten und sich mit Wahrscheinlichkeiten begnügen. In erster Linie gab es Sympathie-Strömungen, welche genügend stark waren, dass die Behörden sich damit befassen mussten, wie wir schon im vorhergehenden Zeitabschnitt gesehen haben. Ein neuer Beweis dafür wurde im Dezember 1943 durch den Waadtländer Staatsrat Antoine Vodoz erbracht anlässlich eines Vortrags an der Eidgenössischen Technischen Hochschule, wo er versuchte, Herz und Verstand zu versöhnen, die grosszügigen Aufwallungen der Wohltätigkeit des Volkes und das von den Behörden gewahrte allgemeine Interesse; es war die peinigende Aufgabe der Amtsträger, schmerzliche, aber notwendige Entscheide zu treffen, weil das Land nicht jedermann aufnehmen konnte. Die völlige Öffnung wäre unmöglich gewesen, die vollständige Abschliessung aber unvereinbar mit der Asyltradition.<sup>123</sup>

Die vorhandenen Quellen lassen vermuten, dass man auf der Linken offiziell offener war als auf der Rechten, doch nichts beweist, dass die Mitglieder ihren Führern gefolgt wären, und noch viel weniger, dass die Masse der politisch Gleichgültigen diese Auffassungen geteilt hätte, selbst unter jenen, die sozialistisch wählten. Eine ähnliche Bemerkung liesse sich in Bezug auf die kirchlichen Kreise anbringen, wo die Laien, auch wenn sie praktizierten, nicht unbedingt ihren geistlichen Leitern zustimmten.

Man wäre versucht, geographische Trennlinien auszumachen. Die Grenzbewohner sowie die Truppen, welche die Zollbeamten unterstützten und die Flüchtlinge in Empfang nahmen oder zurückschickten, konnten mit eigenen Augen das körperliche und seelische Elend der Flüchtenden ermessen. Die Ankunft der ita-

lienischen Antifaschisten löste im Tessin eine grosse Anteilnahme aus. Jene, die weit weg von den Lagern waren und in keinerlei Berührung mit ihnen kamen, konnten ihr Herz sprechen lassen zugunsten dieser Unglücklichen, die etwas Unwirkliches hatten. Gewisse Korrespondenzen von H&H könnten diesen Schluss nahelegen, doch sind die Beweise nicht schlüssig. Im Gegensatz dazu kannten die Nachbarn die Insassen der Lager zu gut und zu lange, um sie zu schätzen. Das anfängliche Mitgefühl hatte der Gereiztheit Platz gemacht; das Erbarmen verträgt eben keine Dauer.

Diese simple Einteilung hat nichts Absolutes: Da gab es ein Bündner Dorf, wo Polen und Italiener willkommen waren, da sie sich als gute Arbeiter erwiesen hatten.<sup>124</sup> In Langenthal fand man die Internierten aufdringlich, aber «ein Teil unserer Bevölkerung lässt sein Herz sprechen und sieht in den Internierten arme, verstossene Leute ohne Heimat, die man mit allen Mitteln hätscheln und verwöhnen muss. Man zieht die Tatsache nicht in Betracht, dass sie zum grössten Teil Haus und Heimat aus freien Stücken und ohne Zwang verlassen haben.» Ausserhalb humanitärer und kirchlicher Kreise waren es die Frauen, welche so ihren Gefühlen folgten.<sup>125</sup>

Eine bessere Kenntnis der Lebensbedingungen in den besetzten oder kriegführenden Ländern hätte zweifellos allzu ablehnende Urteile gemildert, doch findet man in den Korrespondenzen erstaunlich wenige Anspielungen darauf. Erwähnen wir trotzdem jene vorübergehenden Gerüchte aus dem Rheintal über die Grausamkeiten gegenüber Juden, welche ein Pastor vor allem einer Antinazi-Ideologie zuschreibt, die er aber nicht bekämpfen will, da doch die religiöse Presse die Berichte über Greuel bestätigt.<sup>126</sup> Man müsste die Presse und das Radio untersuchen, um den Informationsstand zu erkennen, den die Medien schufen, und die Gründe für ihre Verschiedenheit.

Jedenfalls vertiefte sich in dieser Kriegsphase der Graben zwischen den Fremdenhassern und den Sympathisanten. Unter den letztem herrschte der Eindruck, dass die Behörden keinerlei rechtlicher Norm folgten, um die Asylgesuche zu regeln.<sup>127</sup> Dieser Eindruck war nicht ganz unbegründet. Weder die Regierung, noch die Verwaltung, noch die Armee waren bereit, eine Masse von Flüchtlingen zu bewältigen, welche bei Weitem die Höchstzahlen überstieg, die man sich zu Beginn der Feindseligkeiten festgesetzt hatte und die den herkömmlichen Gesetzesrahmen sprengte. Die Behörde war wohl überfordert, aber die öffentliche Meinung war auch nicht vorbereitet und vor allem nicht aufgeklärt. Die Zensur schätzte diese Art explosives Thema nicht, aber die alliierten Radiosender schwiegen nicht. Nichts gestat-

tet uns jedoch zu behaupten, dass die Leute die Asylgründe wirklich zu erfahren wünschten. Dies ist die Frage, welche sich im Nachhinein die Schriftstellerin Yvette Z'graggen stellt, gequält von ihrer Gleichgültigkeit und ihrer Verkennung des Problems während des Krieges. Sie kann keine befriedigende Antwort finden, ausser der Verschwiegenheit ihres Tagebuchs – doch unterlässt sie es, die Zensur zu erwähnen – oder, unausgesprochen, den Vorrang ihrer persönlichen Sorgen über die humanitären Anliegen. Man könnte dieses Geständnis zweifellos verallgemeinern: Die leidenschaftlichen Reaktionen, die man aufbrechen sieht, beschränken sich auf kirchliche Kreise, auf Mitglieder von Parteien, auf wohltätige oder rassistische Bewegungen, auf Regionen, welche die Nähe der Grenze oder der Auffanglager in unmittelbare Berührung mit den Flüchtlingen und den Internierten bringt.

## Kapitel VII

# Eine ungewisse Zukunft

(Juni 1944 – Mai 1945)

## Die letzten Mobilmachungen

Die Landung der alliierten Truppen in der Normandie vom 6. Juni 1944 stellt auch die Schweiz vor eine neue strategische Lage: Die Gefahren waren nicht ganz beseitigt, doch das Réduit war nicht mehr zu rechtfertigen, und die Armee fand ihre traditionelle Aufgabe der Grenzverteidigung wieder, um erneut den Schutz des gesamten Territoriums zu gewährleisten. Seit Anfang September verliessen die ersten Einheiten ihre Stellungen im Gebirge, um dem Westen Deckung zu gewähren, wo Bedrohungen sich klarer hätten abzeichnen konnten: Am 26. August waren amerikanische Soldaten in Saint-Julien angekommen, am 5.-8. September waren es die Franzosen, die Pontarlier erreichten, und am 20. November standen Truppen am Rhein bei Basel. Im Frühjahr setzte die Armee des Generals de Lattre de Tassigny ihren Angriff Richtung Österreich fort, indem sie Süddeutschland besetzte. Während dieser ganzen Phase musste man entweder Grenzzwischenfälle befürchten, oder lokale Durchbrüche, oder zeitweise gar deutsche Versuche, das Territorium massenhaft zu durchqueren. Der Grossteil der aufgebotenen schweizerischen Einheiten wurde als beweglicher Schild benutzt, indem sie die Bewegungen der Kampffront begleiteten. Im Winter war es daher die Region Basel, welche die bedeutendsten Bestände festhielt.

Der General hätte im Anschluss an die Landung gerne 113'000 Mann mobilisiert, doch der Bundesrat gewährte ihm schliesslich nur 80'000, die den Grenzschutztruppen entnommen wurden. In dieser denkwürdigen Auseinandersetzung siegte die Zivilbehörde, doch der General liess diese Einschränkung, die man seiner Befehlsgewalt (oder seinen Zuständigkeiten) auferlegte, niemals zu. Im Juli verfügte er also über etwa 180'000 Mann.<sup>1</sup>

## Eine schwankende Moral

Die Aufgebotenen erfassten die Gründe für diese Teilmobilmachung begreiflicher-weise nicht besser als die Regierung: Noch nie war sie ihnen so überflüssig vorgekommen, während die italienische oder französische Front so weit entfernt schienen. Die Zivilbevölkerung teilte natürlich diese Ansicht, was wieder auf die Moral der Truppe zurückschlug; es ist kein Zufall, wenn beim Dienstantritt die Dispensgesuche aus Gesundheitsgründen abnormale Ausmasse erreichten. In der 8. Division glaubte der Kommandant des Gebirgsfüsilier-Bataillons 48 gar in den politischen Kreisen eine neue Einstellung zu erkennen, die gewöhnlich am Land hingen, nunmehr aber keine Gelegenheit ausliessen, die Armee und ihre Führer zu kritisieren, während die von ihren Anführern zurückgehaltene Arbeiterklasse sich nicht rührte. In dieser Atmosphäre vervielfachten sich auch die Urlaubsgesuche aus beruflichen Gründen, mit Arbeitgebern und Politikern, die sich gegenseitig überboten, sie zu unterstützen oder mehr Grosszügigkeit bei ihrer Gewährung zu verlangen. Was natürlich die Aufgabe der Einheitskommandanten nicht erleichterte, welche zwischen den Druckversuchen und den Diensterfordernissen hin und her gezerrt wurden. Die Gehässigkeit hatte sich in der Armee dermassen allgemein verbreitet, dass der *Nebelspalter* vom 27. Juli vier Soldaten zeigte, welche mit Feldstechern oder Fernrohren in die Weite spähten, um den Tag D der Demobilmachung zu entdecken. Selbst in den Truppenteilen mit besserer Moral stellte man Dienstmüdigkeit fest.<sup>2</sup>

Einheitsrapporte, die doch von Natur aus optimistisch klangen, mussten zugeben, dass die Moral auf dem Tiefpunkt war. Die Last der Kriegsjahre, die materiellen Probleme, die Aussicht auf eine schwierige Nachkriegszeit, die Dringlichkeit der landwirtschaftlichen Arbeiten drängten sich umso schmerzlicher auf, als es sich nicht um eine vorgesehene gewöhnliche Ablösung handelte, sondern um eine unerwartete Mobilmachung von unbestimmter Dauer. Mehr als je hätte die psychologische Arbeit systematisch eingreifen sollen, um die Lage wiederherzustellen. H&H tat ihr möglichstes, stiess aber manchmal auf das Unverständnis der Kader, welche glaubten, die militärische Disziplin müsse für alle Fälle taugen. Der Kommandant der 5. Division ging so weit zu behaupten, H&H habe freies Feld für Heimatkunde und Geschichte, aber für nichts Weiteres. Diese Einzelheit verrät, wie ungesichert die Stellung von H&H nach so vielen Mobilmachungen blieb. Der Kommentar von Major Ziegler zeigt den Abgrund, der ihn vom Oberstdivisionär trennte, verrät aber auch den Wandel seines Dienstes seit 1940: «Man muss sich jetzt ein für allemal

damit abfinden, dass der Soldat im fünften Kriegsjahr dazu da ist, im Kampf zu fallen, und dass die Erzählung der Schlacht von Sempach zwecklos ist, um ihn darauf vorzubereiten».<sup>3</sup>

Unter diesen traurigen Umständen tauchte das Meerungeheuer der Ungleichheiten in der Dienstzeit wieder auf: Der Vergleich der geleisteten Aktivdiensttage zwischen verschiedenen Einheiten liess krasse Unterschiede erkennen, welche die Unglücklichen empörte, die einmal mehr das falsche Los gezogen hatten. Ihre Klagen stiegen bis zum General empor, welcher die Adjutantur mit der Erklärung beauftragte, dass auf diesem Gebiet keine Gleichmacherei herrschen konnte. Als ein Zeichen der Zeit erklärte sich H&H von den Ereignissen überrollt: Die Soldaten waren schon orientiert worden, verstanden aber die Ungleichheiten nicht. Man musste wirklich etwas unternehmen, aber ohne die Unterstützung der Rechnungs-Abteilung des Generalstabs konnte H&H nichts mehr tun (diese Bitte erhielt übrigens keine Antwort). Die Verbitterung wurde noch verschärft durch die beruflichen Schwierigkeiten, welche die Mobilmachung nach sich zog: Die Selbständigerwerbenden verloren ihre Kundschaft und ihre Investitionen, die Lohnabhängigen ihre Stelle oder ihre Beförderung, weil die Arbeitgeber genug davon hatten und nicht länger auf Leute zählen mochten, die zu oft zum Militärdienst aufgeboten wurden. Die Adjutantur, welche das Problem nur zu gut kannte, wagte nicht mehr, ein weiteres Mal an ihren Gemeinsinn oder an ihren Patriotismus zu appellieren; war es nicht am Bundesrat, sich dazu zu äussern?<sup>4</sup>

Mit der Annäherung der alliierten Truppen, welche das Rhonetal heraufkamen oder von Westen her eintrafen, veränderte sich die Lage ab September. Nachdem man den Truppenbestand im August verringert hatte, musste man am 28. dieses Monats ein Teilaufgebot verfügen, welche für das Land und seine Wirtschaft weniger lähmend wirkte als eine allgemeine Mobilmachung; es wurde in der Folge ergänzt bis auf einen Bestand von 200'000 Mann im Oktober. Diesmal hatte die Regierung die Verstärkung der Armee verlangt. Seit den düsteren Tagen von 1940 wareri noch nie so viele Soldaten gleichzeitig aufgeboten worden. Im Übrigen konnte man diese Bestände rasch, wenn auch nicht regelmässig, abbauen, sodass sie sich im März 1945 nur noch auf 100'000 Mann beliefen. Eine letzte grosse Einheit, die 7. Division, wurde noch im Frühling in den Kanton Schaffhausen verlegt, ein vorspringendes Gelände, das damals durch die Kampfhandlungen ebenso bedroht war, wie die Ajoie im vorangegangenen Herbst. Nach dem Ende der Feindseligkeiten behielt man noch einige Truppen im Feld, aber nur in geringer Zahl.



So schlecht die Mobilisierung vom Juni 1944 verstanden worden war, so gut wurde jene vom September hingenommen, weil das Kampfgeschehen nahe war und das Verlassen des Réduits der Armee ihren traditionellen Auftrag wiedergegeben hatte. Für die Truppen, welche den Schlachtverlauf aus der Nähe verfolgen konnten, bedeutete das Interesse an der Lage und die offensichtliche Notwendigkeit ihrer Anwesenheit einen Auftrieb und hob ihre Moral. Auch wurde ein Turnus der grossen Einheiten in den heissen Zonen wie der Ajoie oder Basel eingerichtet. Weil diesmal die Möglichkeit von Einbrüchen der Alliierten wirklich gegeben war, wurde viel über die einzunehmende Haltung diskutiert.

Die Einheiten, welche in zweiter Linie oder in Festungen gehalten wurden, hatten nicht den gleichen Ansporn; und die Faktoren, welche sich im Sommer negativ ausgewirkt hatten, zeigten bald erneut ihre ärgerlichen Folgen, noch verschlimmert durch die offensichtliche, aber stets verzögerte Nähe des Kampf-Endes. Wozu waren also Teilmobilmachungen nütze, wo einfache Ablösungen genügt hätten? Ein verhängnisvolles Zeichen, dass «mehrere Berichte melden, die Truppe fange auf unübersehbare Weise an, sich politisch beeinflussen zu lassen.»<sup>5</sup> Als Kontaktpunkt zu 1940-1941 ist darunter zu verstehen, dass die extreme Linke die gleiche Verbitterung und dieselben materiellen Schwierigkeiten ausnützte, von denen die Nazipropaganda zur Zeit der Wehrmachtsiege profitiert hatte. Im Rahmen ihrer Zuständigkeiten verdoppelte H&H die Anstrengungen, um die Lage wieder ins Lot zu bringen und über den Kriegsverlauf zu informieren; die regelmässigen Bulletins sollten als Vorlage für Ansprachen und Diskussionen in der Truppe dienen. Diese Unternehmung kam dem Interesse der Männer entgegen und erfuhr einen lebhaften Erfolg.<sup>6</sup> Ein Phänomen jedoch, das auch in der Zivilbevölkerung offensichtlich war, wirkte als Gegengewicht zu den Bemühungen, den Wehrwillen wieder aufzurichten: der sowjetische Mythos. Er wird zum Beispiel vom protestantischen Feldprediger der 7. Division in einem Rapport erwähnt: Die linksgerichteten Soldaten waren zum Krieg entschlossen gewesen, als die Bedrohung von Deutschland kam; jetzt waren sie weit weniger dazu aufgelegt, duldeten nicht die geringste Kritik an der UdSSR und bezeichneten jeden als Nazi, der ihren Glauben nicht teilte.<sup>7</sup> Zweifellos darf man diese Bemerkungen nicht verallgemeinern und auch die Versuchung nicht vergessen, alle für Kommunisten zu halten, welche sich zu linken Ideen bekannten oder auch bloss nonkonformistische Äusserungen von sich gaben. Das rote Gespenst liefert den trägen Geistern bestechende Erklärungen. Nichts beweist auch, dass der vielgerühmte Wehrwille angeschlagen gewesen wäre, aber eine Tatsache steht fest: Der Eindruck, dass die während fünf Jahren erfolgreich gehegte nationale Einheit unter

dem Einfluss der extremen Linken hoffnungslos zerfiel. Die Moral bewahren hiess also wie immer bereit sein, das Land gegen jeden Angreifer zu verteidigen, aber auch, noch tiefer, seine vollständige Unabhängigkeit bewahren zu wollen, um der Schweiz von morgen den Weg zu bereiten. Es ist der Verlust dieses Willens, den unser Feldprediger brandmarken wollte.

Trotz allem erreichten die Sorgen um die Einstellung der Truppe in dieser ganzen Mobilmachungsphase nicht einen wirklich beunruhigenden Grad. Spannungen waren vorhanden, Anzeichen des Überdrusses waren sichtbar, jedoch nicht in besorgniserregendem Ausmass. Trotz der langen Dauer des Konflikts sah man nicht denselben Zerfall des moralischen Widerstandes, wie er das Ende des Ersten Weltkrieges begleitet hatte. Das Chaos, das zum Beispiel in Deutschland herrschte, rechtfertigte in den Augen der Mobilisierten von 1945 vollkommen ihre Anwesenheit an der Grenze. Die fortschreitende Verminderung der Bestände gestattete auch, ans Ende der Mobilmachung zu gelangen, ohne zuviele durch ihre Untätigkeit verbitterte Soldaten unter den Waffen zu haben, und ohne auf einen Schlag Zehntausende von Männern wieder ins Zivilleben eingliedern zu müssen.

### **Demoralisierung der Grenztruppen**

Die einzigen Einheiten, deren Moral mindestens im zweiten Halbjahr 1944 wirklich Sorgen bereiteten, waren jene des Grenzschutzes. Ihre Hauptaufgabe bestand darin, den ersten Ansturm einer Invasion aufzufangen und dem Haupttharst der Armee zu erlauben, die Mobilmachung und den Bezug der Kampfstellungen unter den bestmöglichen Bedingungen durchzuführen. Zu den strukturellen Schwächen ihrer Organisation fügten die Umstände in der Tat noch verschiedenen Gründe der Unzufriedenheit hinzu: Um innert kürzester Frist verfügbar zu sein, wurden diese Einheiten an Ort und Stelle ausgehoben, alle Altersgruppen gemischt. Gewiss kannten sie ihre Kampfstellungen in bewundernswerter Weise, hatten aber kein Interesse, andere Gegenden zu entdecken. Lange Wachtdienste in der vertrauten Umgebung machten sie sehr empfindlich für den Druck und die Klagen der Zivilbevölkerung, wie auch für die vielfältigen Schwierigkeiten, welche ihre Abwesenheit für ihre Nächsten und ihr Gehöft mit sich brachte; eine Teilmobilmachung erfasste praktisch alle und entsprach einer Generalmobilmachung, während sie anderswo tatsächlich nur einen Teil der Männer traf. Die ältesten schliesslich ertrugen das Zusammenleben mit den jun-

gen Soldaten umso schlechter, als sie nicht wie ihre Jahrgänger in den Territorialeinheiten in den Genuss kürzerer und weniger anstrengender Dienstzeiten kamen. Die Aufrechterhaltung der Disziplin war heikler, weil Soldaten und Offiziere im Zivilleben zu nahe miteinander bekannt waren.

Nun dauerte eben das Aufgebot des Grenzschutzes den ganzen Herbst an und wiederholte sich für gewisse Einheiten nochmals im Dezember. Dienstzeiten von manchmal bis zu sieben Monaten wurden nicht genügend kompensiert durch kurze Entlassungen oder Urlaube, welche nicht allen zugutekamen und in erster Linie den Bauern gewährt wurden. Die materiellen Schwierigkeiten und die Anstellungsprobleme, welche schon in der Feldarmee eine Belastung waren, fanden sich hier mehrfach wieder. Die Waadtländer und Neuenburger ertrugen es noch schlechter, als die Kampfzone sich nach Norden verlagert hatte und keinerlei dringende Gefahr mehr den Zentral- und Südjura zu bedrohen schien. Doch das Unbehagen zeigte sich auch in der Deutschschweiz, zum Beispiel in Schaffhausen, wo die Einheiten nicht an der Grenze in Stellung waren, sondern hinter dem Rhein.

Die Aufgabe der Réduit-Strategie veränderte gleichermassen den Auftrag dieser Truppen, ohne dass das Oberkommando ihre Pflichten und ihre Tätigkeiten rechtzeitig angepasst hätte: Im Augenblick, wo die Kriegsmobilmachung vollendet war, musste nunmehr die Feldarmee die Zugänge zum Land verteidigen. So fanden sich deren Einheiten in der vordersten Linie, während jene des Grenzschutzes dahinter Arbeiten bewachten, die ihnen zugeteilt worden waren, um ihre Aufgabe der vorgezogenen Verteidigung zu erfüllen. Noch schlimmer, sie mussten dort bleiben, wie zum Beispiel die Grenzbrigade 3 in der Ajoie oder um Délémont, während die andern entlassen wurden. Die von ihnen bislang geforderten Opfer entbehrten nun jeglicher Rechtfertigung; H&H sowie die Truppenoffiziere verloren alle Glaubwürdigkeit in ihren Erklärungsbemühungen; sie wussten nicht mehr, welche Argumente sie benützen sollten, um zu überzeugen.

Das Murren der Truppen und der Bevölkerung wandte sich zunehmend gegen die Armee, und das Gespenst des Antimilitarismus und der kommunistischen Propaganda zeichnete sich immer deutlicher ab. Im Basler Grossen Rat machte sich die Partei der Arbeit zum Anwalt der Grenzschutztruppen, und auch in der Waadtländer Legislative wurde ihr Problem aufgegriffen.

Vermutlich war es H&H, welche die Alarmglocke zog und für alle Fälle Anweisungen verlangte, um ihren Vorrat an Argumenten wieder aufzustocken. Der General befasste sich damit in einer Antwort an die Generaladjutantur vom 28. De-

zember (ohne anscheinend geeignete Gründe anzubieten, um die Interessierten zu überzeugen); vor allem schritt er zu Entlassungen. Die Spannung fiel rasch, was bewies, dass der Groll nur oberflächlich gewesen war.<sup>8</sup> Der Zwischenfall ist in mehrerer Hinsicht aufschlussreich: Der Generalstab war in der Lage, die psychologische Entwicklung in der Truppe zu verfolgen und wusste diese rechtzeitig für seine Entscheidungen in Rechnung zu stellen. Es ist wahrscheinlich, dass die Einmischung der Politik in dieser Sache Wirkungen zeigte: Man spürt aus den Militärkorrespondenzen ein Grauen heraus vor der Propaganda der äussersten Linken sowie vor der Kritik an der Armee, welche sich in den gemässigten Kreisen verbreiten könnte, deren Unterstützung unentbehrlich war. Doch im ganzen erwiesen sich diese Befürchtungen als übertrieben: Ausserordentliche Umstände hatten extremistische Umtriebe begünstigt, jedoch ohne den Geist des Widerstandes ernsthaft anzugreifen. Das höhere Kader sowie H&H waren sich dessen bewusst; sie hatten die Spannungen nicht tragisch genommen, welche sie bloss zu entschärfen suchten, bevor sie auf die Länge wirklich ernsthaft wurden. Während dieser letzten Kriegsphase unterscheidet sich also die moralische Lage nicht grundlegend von jener des vorausgegangenen Zeitabschnitts, doch verstärken sich die negativen Faktoren im Grenzschutz und in den Truppen der zweiten Stufe, welche den Militäroperationen nur von Weitem folgen.

## Ein ersehntes und gefürchtetes Ende

Mit der Landung und dem Näherrücken der Schlachtfelder wurde der alliierte Sieg augenfälliger und das Interesse an den Kämpfen lebhafter in der Bevölkerung: Der Friede lag in Reichweite ... entzog sich aber dauernd, weil der deutsche Widerstand nicht so rasch zusammenbrach, wie man hätte erwarten können. Der *Nehelspalter* stellte am 3. August die grossen Drei dar, welche einen sterbenden Krieger abhorchten und mit grossem Lächeln voraussagten, dass er das Jahr nicht überleben werde. Aber am 31. zeigte er einen braven Mann, der ein Gänseblümchen entblätterte, das sicherste Orakel für das Kampfende. Die Beunruhigung kehrte also regelmässig wieder. Durch diesen steten Wechsel schwang der Pessimismus grundlegend obenauf, weil die Amerikaner, und mehr noch die Russen, welche das Rennen zum Bodensee zu gewinnen drohten, eine bedrohliche Zukunft in einer schon ziemlich düsteren Nachkriegszeit verhiessen. Jedenfalls erregte ihr Gewicht die dunkle und wortlose Angst, dass das Schicksal der Schweiz mehr von ihnen als von den Schweizer Bürgern abhängt.

## Die Zivilisten angesichts der Mobilmachungen

Wie immer natürlich waren es die Notwendigkeit und das Ausmass der Mobilmachungen und der Ablösungen, welche am meisten Diskussionen auslösten. Die Reaktionen wechselten auch mit dem Ausgang der Schlachten. Ebenso wie bei den Aufgebotenen wurde die Mobilmachung von Juni-Juli 1944 von der Zivilbevölkerung nicht verstanden, welche darin keinen vernünftigen Grund fand: Keinerlei Gefahr drohte nunmehr, oder jedenfalls noch nicht jetzt, da die Kämpfe sich in sicherer Entfernung abspielten; das Ende war nahe, und der rasche Vormarsch in Frankreich bewies es; die zahlreichen Entlassungen und die grosszügigen Urlaube, die bald gewährt wurden, verstärkten die Ansicht, dass man vergebens mobilisiert hatte. Diese Unzufriedenheit äusserte sich in Form von falschen Gerüchten; in der Ostschweiz vor allem behauptete man beispielsweise, dass sich in gewissen Einheiten Meutereien ereignet hätten. Manchmal unterstellte man der Mobilmachung verheimlichte Gründe: die Militarisierung der Arbeitslosigkeit, die inneren Spannungen, bestenfalls deutsche Truppenansammlungen im Schwarzwald. Man schob sie sogar dem übertriebenen Pessimismus des Generals zu. Die Kritiken, die auf das Armeekommando zielten, wurden von der Adjutantur ernst genommen, weil sie eine neue Erscheinung waren: Seine bislang unversehrte Glaubwürdigkeit war in breiten Kreisen angeschlagen. Diese kritische Einstellung zeigte sich auch im Misserfolg eines Tagesbefehls des Generals, der zur Wachsamkeit aufrief.<sup>9</sup> Vor dem Hintergrund dieser Unzufriedenheit zeichneten sich Regionen oder wirtschaftliche Gruppen durch ihre Verbissenheit aus: die mitten in ihrer Arbeit gestörte Landwirtschaft, zusätzlich belastet durch die Ausdehnung der Kulturläche; und die Grenzregionen, wo die Mobilmachung so breite Schichten erfasste und sich so lange hinzog, während die angebliche Gefahr schon vorbei war. Die Behörden selbst waren angesteckt. Die wirtschaftlichen Gründe standen an erster Stelle, ob es sich um persönliche Geldschwierigkeiten handelte, um die Beschäftigungslage, die allgemeine Lähmung der Tätigkeiten etc. Wenn die Klagen infolge der Ablösung vom September verstummten, deren Notwendigkeit unbestritten war, so lebten sie in der Folge, wie in der Truppe selber, wieder auf.<sup>10</sup>

Zustimmung und Vertrauensbezeugungen fehlten nicht, doch waren sie nicht in der Überzahl; es gab die Vorsichtigen, und jene, welche ihr Vertrauen in das Kommando beibehielten. Auch rechtfertigten einige die Mobilmachung durch den allfälligen massiven Andrang von Flüchtlingen oder durch Grenzverletzungen, auch um eine letzte Bürde auf sich zu nehmen, die nicht mehr lange dauern konnte.<sup>11</sup>

Es mag sein, dass diese günstigen Äusserungen von den bedrohtesten Abschnitten kamen, nahe bei den Nachbarstaaten, aber hinter den Grenzschutz zonen, sicher ist es nicht. Die Schwarzseher und jene, welchen die *Ferienstimmung* ein Greuel an sich war, konnten die Mobilmachung ebenfalls nur gutheissen, aber hörten die zahlreichen andern, welche mit dem baldigen Frieden rechneten, überhaupt noch zu?<sup>12</sup> Einzig die häufigen Fliegeralarme erinnerten an die Gegenwart des Krieges; doch die meisten Leute hatten sich wahrscheinlich entschieden, denn für sie war darin nichts Bedrohliches.

Die Mobilmachung vom September forderte überhaupt nicht die gleichen Reaktionen heraus, weil die Alliierten an unseren Grenzen erschienen: Eine Umfrage von H&H entdeckte eine praktisch einhellige Zustimmung zu den getroffenen Massnahmen, sogar in der Bauernschaft; die Nörgelei vom Juni-Juli hatte weder den Widerstandswillen noch das Vertrauen in die Brauchbarkeit der Armee beeinträchtigt. Man war nicht mehr im Jahr 1940, und selbst wenn die deutschen Geheimwaffen zuweilen Angst machten, fühlte man sich dem Kampf mit der Wehrmacht gewachsen.

Örtliche Bedingungen spielten ebenfalls ihre Rolle: Im Tessin musste man italienische oder deutsche Flüchtlingswellen erwarten, in Basel war man erleichtert und begeistert angesichts der Truppen, die in den Strassen defilierten und durch ihre Gegenwart bewiesen, dass die Bevölkerung aufs Neue zur Schweiz gehörte, anstatt zu passivem Widerstand verurteilt zu sein. Man glaubte übrigens überall gerne, dies sei das letzte Truppenaufgebot, und man wunderte sich hie und da, dass nicht die ganze Armee aufgeboten worden war.<sup>13</sup>

Dennoch äusserte sich auch Unzufriedenheit. Die Korrespondenten von H&H fanden sie in ihrer Umgebung, bei gewissen Bauern zum Beispiel. Dort, wo das Aufgebot für die Tiere sich zu jenem der Männer gesellte, wurde die Belastung unerträglich. Für andere hob man zu viele Männer aus, und die Kosten wurden unerschwinglich; wozu überhaupt noch eine Armee ausbilden, die seit fünf Jahren genug geübt hatte? Immer diese höheren Offiziere und diese Militaristen, die ihr Spielzeug haben mussten etc.<sup>14</sup> Doch diese vereinzelt, unvermeidlichen Stimmen hatten aufs Ganze gesehen wenig Gewicht.

### **Das Bild der Kriegführenden**

Die Korrespondenten von H&H ermöglichen noch, das Bild der Kriegführenden in der öffentlichen Meinung zu erkennen. Jenes der Deutschen war noch abstossender

als zuvor, da der Schleier über ihrem Verhalten in den besetzten Ländern sich zu lüften begann. Die Verfolgung der ungarischen Juden, das Massaker von Oradour, die Feursbrunst von Saint-Gingolph, die Kollektivstrafen, die Geiselhinrichtungen, die Vernichtungslager wurden allmählich bekannt und entfesselten einen unbezähmbaren Hass gegen die Deutschen. Die Zensur hatte tatsächlich ihre Verbote gelockert, vor allem seit Ende 1944, und die französischen Zeitungen hereingelassen, praktisch alles neue, welche natürlich von Besatzungsberichten überquollen. «Angesichts der neuen Bedingungen, denen sich die Pressebestimmungen in der Schweiz gegenübersehen sollten, und der immer grösseren Möglichkeit, dass diese Erzählungen der Wirklichkeit entsprechen, hat sich das Amt bemüht, eine sehr weitherzige Einstellung zu beweisen, und nur die gleichzeitig wirklich furchterregenden und erwiesenermassen aus der Luft gegriffenen Berichte zurückzuhalten.»<sup>15</sup> Das Gefühl des Grauens drückt sich in einer packenden Karikatur des *Nebelspalter* aus, die einen SS-Mann darstellt, von dem man nur die schwarze Schildmütze mit dem Totenkopfsiegl und die rauchende Mündung einer Pistole, welche von einer behandschuhten Hand gehalten wird, alles umgeben von Erinnerungen von der Art «Judenverfolgung» und mit dem Titel «Gefühllos».

Dies alles verstärkte den Willen, sich gegen die Deutschen zu wehren ... zu einem Zeitpunkt, in dem ein massiver Angriff von ihrer Seite immer unwahrscheinlicher wurde. Daher die Ironie des *Nebelspalter* vom 18. September, der einen feigen Opportunisten zeigt, welcher in der Hand eine Schweizerfahne und eine grössere russische hält und hinter seinem Fuss, am Boden, ein Nazi-Zeichen versteckt, mit dem Untertitel: «Bereit sein, das ist, was zählt.» In Unkenntnis darüber, was die Deutschen erfinden würden, konnte man noch Furcht empfinden. Die Gefahr und die Unwissenheit sollten einmal mehr Gerüchte wellen auslösen, die sich nicht auf die Grenzregionen beschränkten. So beschwor man im September in der Gegend von Bern den Gaskrieg herauf oder die Verbreitung von Epidemien, welche unser ganzes Land überziehen würden. Oder man erzählte, dass Gruppen von bewaffneten Soldaten, die mit Waffen eindringen wollten, versucht hätten, den Zutritt zu erzwingen. Im Sommer 1944 verbreitet, scheinen diese Gerüchte seit dem Herbst abgenommen oder ihre Einschüchterungskraft eingebüsst zu haben ob dem raschen Zerfall der deutschen Macht. Ab 1945 boten sich eher die Alliierten für beunruhigende Gerüchte an: Eine Offensive durch die Schweiz hätte ihnen gute Dienste erwiesen, und sie besaßen die Mittel, sie zu verwirklichen.<sup>16</sup>

Im Gegensatz zu den Deutschen ziehen die Alliierten immer die Sympathien auf sich. Schwärmer gehen so weit, ihnen ihre Dankbarkeit darüber auszudrücken, dass sie sich für uns geopfert haben.<sup>17</sup> Doch ist es besser, seine Retter von Wei-

tem zu sehen ... Die wiederholten Überflüge alliierter Bomber, erzwungene Landungen, Bombenabwürfe, die nicht von allen für zufällig gehalten werden und Tote zurücklassen, zwei durch Jagdflugzeuge angegriffene Züge, ein Luftkampf über Les Rangiers vermindern das Ansehen der Alliierten und vor allem der Amerikaner im zweiten Semester 1944. Mit Ausnahme der Luftraum-Verletzungen sind diese Unfälle selten und nehmen seit Oktober ab; sie machen nicht weniger Eindruck und zeugen sowohl von der bedrückenden Schwäche unserer Luftabwehr als auch von der Nutzlosigkeit der diplomatischen Proteste. Anfang 1945 sollte es noch einige Angriffe geben, insbesondere in Basel und Zürich im März, welche heftige Empörung in mehreren Zeitungen auslösten. Abgesehen vom Fall Schaffhausen 1944, hatten die Flüge bisher ein flüchtiges, unwirkliches, für andere bestimmtes Wesen gehabt. Mit einem Schlag zeigte der Krieg handgreiflich seine Gegenwärtigkeit.

Die alliierte Landung und die Befreiung Frankreichs verliehen dem im vergangenen Jahr noch theoretisch erschienenen Problem neue Schärfe: Was tun, falls die Alliierten versuchten, den Weg durch die Schweiz zu erzwingen? Man diskutierte darüber in der Armee, wie in der Zivilbevölkerung, obwohl man ihm anscheinend keine grosse Bedeutung beimass. Für all jene, welche an das unmittelbar bevorstehende Ende glaubten, war es am einfachsten, die Augen zu schliessen. Da, wo eine Bedrohung sich genauer abzeichnete, musste man wohl ernsthaft darüber nachdenken. So konnte H&H im September feststellen, dass die Überflüge die Sympathie für die Alliierten in Abneigung verwandelt hatten, vor allem in der Westschweiz: «Zunehmend betrachtet man jeden Angreifer als Feind, wer immer es auch sei.» Umgekehrt fand ein Zeuge aus Luzern in seiner Umgebung keinerlei moralische Vorbereitung auf eine allfällige Verteidigung gegen die angelsächsischen Mächte: Die Presse hatte den Hass auf die Deutschen zu sehr verbreitet, als dass die Bevölkerung zugeben mochte, dass beide Gegner Machtpolitik betrieben.<sup>18</sup> Wie verbreitet waren solche Einstellungen? Was würde geschehen, sobald die Befreiung der Westgrenze ohne alliierten Bodenangriff vor sich ginge? Befürchtungen bestanden jedenfalls weiterhin, wie die falschen Gerüchte belegten.

Eine Kampagne der amerikanischen Presse gegen die Schweiz, immer empfindlichere wirtschaftliche Druckversuche ab Ende Jahr und anfangs 1945 (die vielzitierte Currie-Mission wurde am 26. Januar angekündigt) verhiessen nichts Beruhigendes in Bezug auf die angelsächsischen Absichten uns gegenüber. Es war nicht der Zeitpunkt, sich von den Amerikanern einschüchtern zu lassen ... umso mehr, als ihre Armeen an Ort traten oder vor den Gegenangriffen der Wehrmacht zurückwi-



chen. Weihnachten hatte dem Krieg kein Ende gesetzt!<sup>19</sup> Zu viele widersprüchliche Ereignisse folgten sich Schlag auf Schlag, als dass die öffentliche Meinung bei einigermaßen sicheren Stellungnahmen bleiben konnte und auch die Stärke der Armeen und der alliierten Sympathien für uns abschätzen konnte.

Vor allem war der Widerstandswille nicht mehr einhellig, wie wir bereits feststellten: Es galt nicht nur, ihn nicht mehr auf einen einzigen, furchterregenden und verabscheuten Feind zu konzentrieren wie 1940, sondern zwei Lager bei den Rettern in Betracht zu ziehen, die UdSSR und die Westmächte. Die aufsehenerregenden sowjetischen Erfolge machten weiterhin Eindruck und kehrten in die Schlagzeilen zurück, sobald die Westfront stecken blieb; es ist kennzeichnend, dass ein aufgebotener Zürcher in seiner Umgebung die Kriegshandlungen im Osten vor jenen in Frankreich oder Italien hatte erwähnen hören.<sup>20</sup> Die einen gerieten darob in Angst und sahen schon «die Kosakenpferde aus dem Bodensee trinken». Die andern freuten sich darüber, weil sie davon soziale und politische Umwälzungen in der Schweiz erwarteten; diese Hoffnung war nicht neu, sie wurde nur glaubhafter. Die Mehrheit der Korrespondenten von H&H sah darin eine schwere Gefahr, was nicht erstaunt, wenn man ihre Auswahl und ihre Ausrichtung bedenkt. Sie stellten in ihrem Umkreis die Hoffnungen fest, welche durch die Siege im Osten und die raschen Fortschritte der roten Armeen geweckt wurden. Sie konnten diese Erwartungen nicht gutheissen, noch die Kreise, die sie hegten: Gewiss beschleunigte der russische Vormarsch den Sturz des III. Reichs, doch erfolgte er etwas zu rasch und bedeutete eine Ausdehnung des Bolschewismus, der wohl auch die Schweiz erreichen konnte. Militärische Gefahr? Gefahr der politischen und revolutionären Ansteckung? Die Art der Bedrohung war vielleicht nicht klar umschrieben, sie war nur desto beunruhigender. Sogar Anhänger der UdSSR empfanden manchmal Unbehagen, wie ein Zürcher Ende Januar 1945 beobachtete. Schliesslich mag uns Stalin nicht, was durch die sowjetische Abwesenheit an einer internationalen Konferenz in Chicago vom November bewiesen wurde, wo Portugal, Spanien und die Schweiz teilnahmen, vor allem aber auch durch seine Weigerung, wieder diplomatische Beziehungen anzuknüpfen. Er fühlt sich im Krieg mit uns, würden einige sagen. «Was? Im gleichen Topf?» so lautet die Frage des *Nebelspalter* vom 16. November, angesichts eines Stalin, der sich anschickt, einen kleinen Schweizer zusammen mit andern Faschisten zu kochen!

In einer Zusammenfassung, die das erste Semester 1945 betrifft, urteilte H&H, dass die Furcht vor dem Bolschewismus und die Freude über seine Siege sich die Waage hielten.<sup>21</sup> Es ist nicht ausgeschlossen, dass sich diese widersprüchlichen

Reaktionen im Verlauf des Winters vervielfachten, als einmal mehr die Westmächte eine Atempause einlegten angesichts des deutschen Widerstandes, während die russischen Angriffe sich in die polnisch-deutschen Ebenen ausdehnten. Doch die Illusionen hatten ein zähes Leben, denn noch im Februar lebte gemäss H&H die Hoffnung weiter, dass Nazis und Bolschewiken einander zerstören würden.

### Und es kam der Waffenstillstand

Seit dem Februar werden die grossen, konzentrischen Angriffe auf das Reich wieder aufgenommen oder beschleunigt, und am Ausgang besteht kein Zweifel mehr. Noch einmal findet man von einem Thurgauer Korrespondenten die «zögernde Taktik» der westlichen Verbündeten erwähnt, während das Vorrücken der Ostfront erlaubt, auf ein rasches Kriegsende zu spekulieren. Militärisch herrscht Zuversicht, selbst wenn einige das bayrische Réduit ernst nehmen oder wenn andere einen russischen Vormarsch durch Österreich beschwören, der nicht an unsern Grenzen Halt machen würde. Die bescheidenen Aufgebote verhindern nicht, dass die Bestände sich gesamthaft verringern, und wecken nicht genügend weite Proteste, um aufzufallen, ausser bei den Bauern aus den üblichen Gründen; die Gefahren sind gewiss vermindert, doch wer wollte die Notwendigkeit eines Truppenschildes im Norden des Landes in Frage stellen, gegen Grenzzwischenfälle oder Wellen von nicht immer erwünschten Flüchtlingen? Im Kanton Schaffhausen beglückwünscht man sich zur Anwesenheit der allzu lange erwarteten eidgenössischen Truppen, «denn während einiger Zeit herrschte die Meinung, dass unser Kanton im Notfall ein Niemandsland sei.»<sup>22</sup>

Es scheint, dass die letzten Kriegsmonate rasche Umschwünge in der öffentlichen Meinung bewirkten; das Hin- und Herwogen der Kämpfe mochte plötzlich glauben lassen, dass der Krieg noch lange dauern werde, oder im Gegenteil unverzüglich zu Ende gehe. Mit Bezug auf das, was nachher käme, erinnerten einige an einen neuen Aufruhr, diesmal zwischen Ost und West. Eine Karikatur des *Nebelspalter* vom 21. Dezember zeigt zum Beispiel vier Strassenwalzen (Tito hat Anspruch auf eine kleine, Frankreich nicht), die auf einen Block losfahren, das Tausendjährige Reich, vor den Augen eines Jungen, der seinen Vater fragt, ob der Zusammenprall der vier nicht ein Unheil anrichte. Es macht nicht den Anschein, als ob dies eine dauernde oder bedeutende Strömung gewesen wäre, ausser vielleicht im Januar. Es waren vielmehr die wirtschaftlichen und sozialen Aussichten, welche die Stimmung verdüsterten. Lange Zeit konnte man schlecht erkennen, ob die UdSSR mehr wegen ihrer Wirkung auf unsere Institutionen als auf unsere Grenzen zu fürch-

ten sei. Dieser Zweifel war gegenstandslos geworden, seit die westlichen Armeen die Lücke zwischen den Russen und der Schweiz gefüllt hatten. Unter diesen Umständen wurde der Waffenstillstand gewiss freudig begrüsst, in einem grossen Begeisterungssturm für die Engländer und Amerikaner, der besonders bei den jungen Westschweizern und Tessinern spürbar war. Ein einsilbiger Kommentar von H&H fasst im Juni die Stimmung etwas nüchterner zusammen: «Der Friedensschluss ist in der Schweiz ohne Überschwänglichkeit gefeiert worden; harte Zeiten warten noch auf uns.» Die Begeisterung dauerte auf jeden Fall nicht lange, weil neue Vipernester sogleich den Aufprall der Armeen ersetzen sollten: Triest, Polen, die italienischen Wirren, die Entwicklung der Partei der Arbeit ...<sup>23</sup>

Die aufeinanderfolgenden Niederlagen der Wehrmacht seit der alliierten Landung hatten offensichtlich die Bedingungen des psychologischen und des Wirtschaftskrieges verändert. Die Schweiz stand bei den Alliierten weniger im Zielfeld als früher bei den Deutschen, drohte aber ebenso zum Spielball der Sieger zu werden, wie die Bevölkerung mehr als einmal feststellen konnte.

### Diplomatische Überraschungen

Diplomatisch verfügten die Deutschen nicht mehr über die Mittel, die Eidgenossenschaft einzuschüchtern oder zu zwingen, und ihre zunehmende Schwäche zeigte sich in den Wirtschaftsunterhandlungen, die 1944 sozusagen ununterbrochen anhielten. Sie hörten Ende Februar 1945 auf, nachdem der Bundesrat unter alliierter Druck die deutschen Guthaben blockiert, den Gütertransit zwischen Oberitalien und dem Reich praktisch unterbrochen und die Stromlieferungen eingestellt hatte. Die Diplomaten suchten einzeln ebenfalls auf Distanz zu gehen zu den Kriegshetzern ihres Landes.<sup>24</sup> Die Öffentlichkeit zeigte, soweit sie informiert war, kein besonderes Interesse an diesen Verhandlungen und an dieser neuen Kräftekonstellation, auch wenn die Auswirkungen der fortschreitenden Lähmung des Austausches schädlich waren für die Volkswirtschaft und die Versorgung.

Schliesslich war das Reich ein vertrauter Partner, selbst wenn er verhasst war. Es galt jetzt, engere Beziehungen auch zu seinen Feinden zu knüpfen und sich auf ein viel ungewisseres Terrain vorzuwagen. Bitter bewusst wurde man sich dessen mit der Weigerung der UdSSR vom 1. November 1944, die diplomatischen Beziehungen zur Eidgenossenschaft wieder aufzunehmen. Der Schlag wurde schlecht auf-

genommen, weil er unerwartet kam. Nach H. Lüthy glaubten die Schweizer allzu leicht, das Wohlwollen der Vorsehung und die Dankbarkeit der Völker für ihre Mildtätigkeit zu verdienen, ohne zu merken, dass diese ihnen die eigennützig und egoistische Grosszügigkeit verübelten. «Im Elend der Nachkriegszeit wird die Schweiz der Bourgeois Europas sein.» Diese harte Fühlungnahme mit der Aussenwelt war eine heilsame Warnung.<sup>25</sup>

Der zweite Schock folgte kurz auf den ersten, als am Ende des Jahres die Amerikaner die Schweiz und ihre Handhabung der Neutralität zugunsten der Deutschen hart kritisierten. Die von den Alliierten verhängte Blockade, die seit dem Juni des vorangegangenen Jahres total war, wurde auch mit der Befreiung Frankreichs nicht aufgehoben. Welche Enttäuschung, nachdem so viele Leute vom alliierten Vormarsch eine normale und unverzügliche Wiederaufnahme der Einfuhren erwartet hatten! Übrigens folgte keinerlei Panik, wohl aber eine aufrichtige Erleichterung, als eine angelsächsische und französische Gesandtschaft unter der Leitung des Amerikaners Currie vom 13. Februar bis zum 8. März zu Verhandlungen nach Bern kam. Die Vorzeichen waren ungünstig, und die Alliierten besaßen ihren Forderungen entsprechende Mittel, im Unterschied zum Reich; aber immerhin konnte die Regierung zumindest verhandeln und besass in diesem Punkt das Vertrauen des Volkes. Sie musste am Ende die Forderungen nach wirtschaftlicher Zusammenarbeit gegen Deutschland akzeptieren (s.oben), erreichte aber die Aufhebung der Blockade, welche angesichts der Lähmung des deutschen Aussenhandels hätte katastrophal sein können. Es gelang ihr auch, den Ruf des Landes wiederherzustellen, welcher anfänglich ziemlich angeschlagen war, mindestens bei den drei vertretenen westlichen Staaten.

Es war ein Bruch mit seiner Tradition der Verschwiegenheit, dass der Bundesrat die Verhandlungen und ihren Verlauf bekannt machte. Zu Beginn herrschte ein gewisses Misstrauen gegenüber den Alliierten, so sehr hatte die amerikanische Pressekampagne gegen die Konzessionen an Deutschland unsere Zeitungen erzürnt, die sich darüber empörten, dass die Haltung des Landes derart missdeutet und plötzlich verurteilt wurde. Manche gingen so weit, den deutschen Unterhändlern von einst nachzutruern, die mehr Verständnis gezeigt hatten. Andere, die bei dieser Gelegenheit entdeckten, wieviele Waffen die Schweiz an Deutschland geliefert hatte, verstanden die amerikanische Verärgerung. Am Anfang der Gespräche glaubte die *Berner Tagwacht* auf der linken noch daran, freundschaftliche Partner, nicht «Diktatoren» zu finden, während auf der rechten das *Journal de Genève* feststellte, dass die Gesprächspartner sich auf gemeinsame Werte beriefen. Die Atmosphäre verbesserte sich rasch, und die erzielten Ergebnisse wurden gutgeheissen, obwohl

ein gewisses Misstrauen gegenüber dem amerikanischen Wirtschafts imperialismus weiterlebte. Die Befürchtung, man könnte der Rohstoffe und folglich der Arbeit ermangeln, wurde gemildert.<sup>26</sup> Der Zusammenprall mit der neuen internationalen Wirklichkeit war hart gewesen, aber zumindest positiver als der erste. Allerdings ist es nicht sicher, dass die Bevölkerung inmitten der politischen und wirtschaftlichen Sorgen dieser so viel Aufmerksamkeit schenkte wie die Journalisten.

### Der Propagandakrieg

Bei der Anwendung der Propaganda und der Pressekampagnen findet man dieselben Verschiebungen wie in der Diplomatie; Deutschland geht der Atem aus, und seine Gegner ersetzen es, ohne dass sie diesen Mitteln soviel Bedeutung einräumen, noch identische Ziele verfolgen, mit Ausnahme der UdSSR. Die deutschen Presse- und Filmzeugnisse halten 1944 noch stand, obschon ihre Einfuhr abnimmt:

#### Anzahl importierter Presse-Exemplare 1944 <sup>27</sup>

	Zeitungen		Illustrierte		
	deutsch	französisch	italienisch	englisch	deutsch
1. Quartal	1 032 419	224 452		73 570	324 985
2. Quartal	999 223	156 141	191 631	110 404	306 741
3. Quartal	914 821	73 930	239 075	83 811	271 755
4. Quartal	745 859	6 760	105 173	95 168	148 691

Deutschland bleibt also weiterhin an der Spitze, wenn auch der Niedergang seiner Presse sich seit dem 4. Quartal beschleunigt. Der Abfall des Schweizer Publikums ist nicht der einzige Grund dafür: mehrere Titel sind eingegangen (ein Viertel der von der APF kontrollierten Tageszeitungen haben ihr Erscheinen eingestellt, darunter die *Berliner Börsenzeitung*, die mit 96'000 Exemplaren im ersten Quartal immer noch meistverkaufte in der Schweiz), andere haben fusioniert; die Bombardierungen von Städten und Bahnhöfen behindern den Versand. Gewisse andere aber dehnen ihre Verbreitung aus, wie die *Münchner Illustrierte* (38'000 Nummern im ersten Quartal und 71'000 im vierten). *Signal*, zu Beginn des Jahres noch die angesehenste (94'000 Ex.), fällt am Ende auf den zweiten Rang zurück (47'000). Diese Zahlen

drängen dazu, die Behauptungen einer antideutschen Einmütigkeit zu relativieren, wenn auch manches Abonnement zweifellos von deutschen Staatsbürgern in der Schweiz abgeschlossen worden war.

Die (neofaschistische) italienische Presse belegt den zweiten Platz. Auch sie ist weit davon entfernt, ihre Ausstrahlung einzubüssen, und die Abnahme geht eher auf die von der deutschen Besatzung verhängten Ausfuhrverbote als auf die Verkleinerung des Territoriums zurück. Was die französische Presse betrifft, stellt man ihren Zusammenbruch seit August fest, ohne dass die noch unbekanntenen neuen Zeitungen sich sogleich durchgesetzt hätten.

Die ausländischen Publikationen wurden von der Zensur weniger als in der Vergangenheit zurückgehalten. Nicht nur hatte diese ihre Regeln gelockert, sondern ausserdem waren die Angriffe auf die Schweiz seltener geworden. Sogar in Deutschland war von einer Kampagne gegen unser Land keine Rede mehr. Es waren eher die Beleidigungen fremder Staatsmänner in unterschiedlichem Ausmass oder Berichte von Scheusslichkeiten, welche die Beschlagnahmung hauptsächlich über-rheinischer Zeitungen rechtfertigten.

Im Kino hielten immer noch die deutschen Filme den prominentesten Platz besetzt, wenn auch mit spürbarem Rückgang. Die Nachfrage nach Streifen anderer Herkunft war vorhanden, konnte aber 1944 bei Weitem nicht befriedigt werden infolge ausländischer Zensur- oder Transportschwierigkeiten. Mehr Glück hatten die Schweizer mit den englischen Wochenschauen, sobald Frankreich befreit war, und später mit den französischen. Ein Versuch der Importeure, die ganze deutsche Produktion mit Zustimmung der Bundesbehörden ab 7. Juli zu boykottieren, wurde gegenüber der Gesandtschaft des Reichs damit gerechtfertigt, dass Berlin sich weigerte, reine Unterhaltungsfilme angelsächsischer Herkunft passieren zu lassen. Die Gesandtschaft protestierte übrigens vergebens, da die UFA Wochenschau bis zur Befreiung der französischen Grenze ohnehin verschwand. Danach wurde der Boykott verschoben, doch die Zahl der UFA-Kopien sank von 20 auf 8 pro Woche.<sup>28</sup> Auch auf diesem Gebiet war der Übergang von einem Produzentenland zu seinen Gegnern schwierig zu bewerkstelligen. Der Zeitpunkt der höchsten Krise wurde denn auch Ende 1944 erreicht. Der Geschmack der Zuschauer wandelte sich ebenfalls, was die Aufgabe der Hersteller von kulturellen oder Propaganda-Filmen komplizierte: Übersättigt mit Schrecken und Kriegsbildern, verlangte das Publikum friedlichere und trostreichere Schauspiele. Die chaotische Lage eines zerstörten Deutschlands forderte diese Art Produktion nicht eben ... ausser als Rückblick.

Im allgemeinen Propagandakrieg befand sich die Schweiz nicht in einer bequemen Lage. Ihre Presse konnte sich gewiss schmeicheln, oft als Beleg und Informationsquelle für die Radiostationen und Zeitungen aller Gegner zu dienen, doch wurde dieser Schein von Vertrauen teuer bezahlt, indem jeder eben dadurch unsere Neutralität in den Augen des Feindes diskreditierte. Die Deutschen zitierten die kritischen Aussagen gegenüber den Russen und den angelsächsischen Mächten; die Russen die Nachrichten über den Stand der Krise in Deutschland und Italien; die Engländer und Amerikaner erwähnten die Erklärungen, in denen sich eine Gemeinsamkeit mit ihren Ansichten abzeichnete. Daneben hegte jeder seinen besonderen Groll: Deutschland hielt alles fest, was eine Verstärkung des Kommunismus, des sowjetischen oder jüdischen Einflusses verriet. Es stellte die Mobilmachung als Notmassnahme gegen die «Freunde» des Landes dar, die seinen Luftraum verletzten, es bombardierten und in eine schlimmere Lage als 1940 versetzten. Die UdSSR wütete bei Gelegenheit über die Zuflucht, welche man den faschistischen Kriegsverbrechern oder den deutschen Vermögen gewährte; die Engländer und Amerikaner übernahmen die zwei letzteren Argumente ebenfalls, mit einem zeitweise bedrohlichen Unterton wie im August; aus Gleichgültigkeit oder Wohlwollen zeigten sie darin weniger Ausdauer oder Heftigkeit. Im Februar 1945 zum Beispiel unternahm keines ihrer Radios Angriffe, während die UdSSR die ihren vervielfachte. In andern Augenblicken nahm Grossbritannien gar die Eidgenossenschaft gegen die sowjetischen Unterstellungen in Schutz, weil sie sich nun «in der Zone befand, wo die russischen und englischen Interessen sich überschneiden, wie das bereits für den Iran und Griechenland zutraf.» Dieser nicht eben beruhigende Vergleich vom Januar 1945 stammt von der APF und bezeugt einmal mehr, dass die Schweiz an diesem Kriegsende bloss ein Spielzeug in den Händen der Mächte war. Dieser Gemeinplatz wurde von kundigen Beobachtern erkannt, hatte aber das Bewusstsein der weniger informierten breiten Öffentlichkeit noch nicht durchdrungen. Hier neigte jeder dazu, das Verhalten der ausländischen Staaten, in welche er sein Vertrauen gesetzt hatte, aufgrund der selbstlosen Sympathien zu beurteilen, welche er in ihrer Politik zu erkennen glaubte. Einst waren es die Deutschen und ihre Feinde gewesen, nun zogen die UdSSR oder die angelsächsischen Mächte allzu leicht die Hoffnungen auf eine für das Land kostenlose Rettung auf sich. Es war die «ungeliebte Aufgabe» von H&H, wieder ein nüchterneres Bild der Wirklichkeit zu vermitteln. Genauer, im zweiten Halbjahr 1944 war es nötig, «einerseits die Gefahr zu betonen, welche für uns die Schaffung des national-sozialistischen Réduits auch auf politischem Gebiet darstellte; andererseits muss-

te man ebenfalls die Gefahren zeigen, welche uns von den angelsächsischen Mächten und Russland drohen konnten.»<sup>29</sup> Diese Neutralität, welche sich H&H auferlegen musste, war ein immer aussichtsloseres Unterfangen in diesem psychologischen Krieg, wo ihre Mittel und Methoden der Gegenpropaganda mehr als je lächerlich und überholt erschienen.

Blieb noch die letzte Technik der Verunsicherung, die fünfte Kolonne. Die Schweizer Nazis kann man von nun an vernachlässigen. Die äusserste Linke und die Sendlinge der UdSSR hingegen verdienten es, dass man sich ihrer Tätigkeit annimmt. Aber darf man die beiden gleichsetzen? Die Auseinandersetzung ist noch nicht abgeschlossen. Im Hinblick auf ihre Zielsetzung ist es nicht Sache dieser Untersuchung, darauf einzugehen. Deshalb werden das Wirken und die Beachtung der äussersten Linken im Zusammenhang mit den politischen und sozialen Problemen erörtert.

Auf internationaler Ebene erwartete jedermann inbrünstig den Frieden, das ist offensichtlich, aber mehr als einer zweifelte an seiner Dauerhaftigkeit und sah bereits einen neuen Konflikt mit der UdSSR voraus. In Bern glaubte die öffentliche Meinung laut einem Beobachter, dass die Alliierten in erster Linie ihre Wirtschaftsimperialismen zu befriedigen suchten und dass der Schock den folgenden Krieg auslösen würde. Jedenfalls hörte die prekäre Lage der Schweiz nicht auf zu beunruhigen. Die bipolare Welt, die sich abzeichnete, eröffnete nicht eben ermutigende Aussichten. Sicher konnte man sich in einer gewissen Linken und bei den zahlreichen Unpolitischen über die Nähe der Sowjets freuen, aber wünschte man wirklich ihre Anwesenheit? Galt es nicht vor allem, sich mit der Teilung von Yalta abzufinden, wie die *Volksstimme* von St.Gallen bedauerte, und sich darauf einzurichten, im Westen unter dem anglo-amerikanischen Imperialismus zu leben? Für die ändern war das in seinen Absichten undurchdringliche russische Gespenst ein düsterer Schatten über dem Europa der Zukunft. Niemandem erschienen die inneren Aussichten viel erfreulicher.<sup>30</sup>

## Die Sackgassen der sozialen Gerechtigkeit

Keine der grossen Fragen der wirtschaftlichen und sozialen Anliegen hatte eine Antwort gefunden vor der Landung in der Normandie. Alle blieben vorrangig und von grösserer Dringlichkeit als je zuvor: Der Friede kündigte sich an, die Fälligkeiten, die wegen der Fortdauer des Konflikts erstreckt worden waren, rückten näher und



die Angleichung an die neue Welt, welche man in Europa aufsteigen fühlte, schien ausschlaggebende Entscheidungen zu erheischen. Die Anpassung erhielt eine neue, weniger tragische Bedeutung als 1940, da sie sich im Frieden vollziehen sollte, konnte man wenigstens hoffen. Doch wieviele Ungewissheiten! Zwei Modelle standen sich gegenüber, das revolutionäre der sowjetischen Gefolgschaft und das reformerische, noch unklare, aber in seiner sozialdemokratischen Linie den nationalen Überlieferungen weniger fremde.

Die dringlichste Verwirklichung war die AHV. Sie erschien nicht mehr wie früher unter den Plänen für eine unbestimmte Zukunft. Der innere Druck vervielfachte sich zugunsten einer unverzüglichen Inangriffnahme. Nach allen Aussagen dieses Jahresendes 1944 hielt sich die Forderung überall hartnäckig. Man verband sie zuweilen mit dem Schutz der Familie, im Kielwasser der Katholisch-Konservativen Partei, welche sie zu einer ihrer Hauptforderungen machte. Das einzig neue, das gelegentlich von den Korrespondenten von H&H erwähnt wird, war die Überzeugung, dass «mächtige Persönlichkeiten aus der Finanzwelt im Hintergrund Sabotage betreiben» gegen eine rasche Organisation dieses unentbehrlichen Sozialwerks. Besonders die Versicherungsgesellschaften und ihre Vertreter hätten in diesem Sinne gewirkt. Wie anders war es zu erklären, dass die Regierung sich dieser vordringlichen Aufgabe gegenüber so widerwillig verhielt, während sie fröhlich fantastische Summen für das Militär ausgab? Mit den Sondervollmachten hatte man sich an rasche Behördenentscheide gewöhnt. Soviel Bedächtigkeit erweckte also Misstrauen: Es musste am politischen Willen fehlen. Feigheit oder Einverständnis mit den Finanzmächten musste an der Spitze herrschen. In der Arbeiterklasse und im unteren Mittelstand redete man sich oft ein, dass die Versicherung nie zustande kommen werde, auch wenn manchmal kurze Hoffnungsschimmer aufleuchteten. Dies konnte nur die Linksparteien stärken, welche ihrerseits daraus eine unbestreitbare und unverzügliche Forderung machten.

Mit dem neuen Jahr kam endlich ein festes Versprechen des Bundesrates. Stampfli versprach in der Tat das Inkrafttreten der AHV auf den 1. Januar 1948. Wenn er geglaubt hatte, dadurch die Gemüter zu beruhigen, hatte er sich falsche Vorstellungen gemacht; überall brach Entrüstung aus: Ein so weit entfernter Zeitpunkt bewies nur, dass man sich über das Volk lustig machte; die Terminverschiebung sollte ermöglichen, ein Projekt zu begraben, welches niemals das Licht des Tages erblicken würde, aber mit dem man die öffentliche Meinung hinhalten konnte, um ihre Moral aufrecht zu erhalten.<sup>31</sup> Beim Landesring und in den Linksparteien wurde man energisch.

Trotzdem bewegte sich etwas; ein Termin war festgesetzt, die Experten arbeiteten ihre Varianten aus; der Bundesrat veröffentlichte ihren Bericht am 16. März, und von da an begann die Diskussion über den Inhalt der Versicherung. Es wurde sofort protestiert, weil die Renten lächerlich sein würden, und man verlangte genügend hohe Leistungen, um das Existenzminimum zu sichern. Seltener erhoben sich Stimmen gegen das Prinzip selbst – in einigen Landwirtschaftskreisen zum Beispiel –, weil die AHV selbstverständlich unerwartete Umwälzungen brachte und ihr Umfang Steueropfer erforderte. Da die Vernehmlassung, welche der bundesrätlichen Botschaft voranging, seit der Veröffentlichung des Expertenberichts lief, war es für alle Interessenverbände wichtig, sich rechtzeitig zu äussern und ihre Forderungen oder Vorbehalte anzumelden. Die lange Dauer der Meinungsbildung und der Entscheidungsfindung erlaubte es selbstverständlich nicht, die AHV mit der Rückkehr zum Frieden in Kraft treten zu lassen, was immer die Ungeduldigen errechnet haben mochten; die Volksabstimmung fand im Anschluss an ein Referendum am 6. April 1947 statt. Die politische Bedeutung der AHV lag in ihrer Funktion als Prüfstein für das Vertrauen in die Behörden und Institutionen. Seit dem Frühjahr 1945 nahm der Wille, ans Ziel zu gelangen, Gestalt an im Expertenbericht, und die Vertrauenswürdigkeit des Bundesrates war wieder hergestellt; das System hatte seine Geschmeidigkeit und seine Reformfähigkeit erwiesen.

### Städter und Bauern: es geht um die Preise

Bei den Lohnabhängigen und den Bauern stellten die Preise und Löhne weiterhin den Zusammenhalt des Systems auf eine noch handgreiflichere Art auf die Probe. Insgesamt hatte sich die materielle Lage immerhin verbessert:

	<i>Lebenskosten</i>	<i>Lebensmittelpreise</i>	<i>Stundenlöhne</i>
Index:	August 1939 = 100		Juni 1939 = 100
1943	148	161	137,3
1944	151	164	147
<u>6.12 1944</u>	152	164,3	
1945	152	164	159
<u>1.5.1945</u>	152,4	164,4	

Die Preiserhöhungen sind praktisch zum Stillstand gekommen, wenn man die Steuern, die Gesundheit, die Freizeit ausser acht lässt, welche nicht in dieser Statistik enthalten sind und deren Entwicklung uns entgeht. Die Löhne ihrerseits steigen weiter. Mit andern Worten, im Vergleich zu 1939 verkleinert sich der Abstand zwischen Preisen und Löhnen tendenziell. Seit dem Monat Dezember 1944 sollte er sogar verschwinden für die Löhne, welche 1939 nicht Fr. 3'000 im Jahr erreichten. Hier ist die vollständige Anpassung vollzogen, während die höheren Kategorien einen Rückstand bewahren, der mit dem Einkommen steigt: bei mehr als 6'000 Franken beispielsweise beträgt die Anpassung bloss 60% bis zum Juni 1945.<sup>32</sup> Doch die Indizes der Reallöhne verraten nicht alles: Die Militärdienst-Perioden stören das Gleichgewicht, vor allem bei den Ledigen, denen die Ausgleichskassen nur wenig auszahlen. Je mehr sich der Krieg in die Länge zieht, desto mehr erschöpfen sich die Vorräte an Geld, Kleidern und anderen Dauergütern, und die Qualität der Vorkriegszeit kehrt nicht wieder. Der Winter mit seinem Bedarf an Heizung und warmer Kleidung ist schwer zu überstehen. H&H hält die wachsenden Schwierigkeiten der Ärmern, aber auch der Kategorien mit höheren Einkommen fest, was den oben erwähnten Zahlen entspricht.<sup>33</sup> Die Klagen und die Lohnforderungen gehen natürlich weiter, aber mit weniger Schärfe als in der Vergangenheit, wenn auch die Erhöhung des Milchpreises um einen Rappen Entrüstung bei den Städtern hervorrief, die ausser sich waren, dass der Bundesrat dem Druck aus Landwirtschaftskreisen nachgegeben hatte ... ohne dass jene sich übrigens vollkommen befriedigt fühlten.

In der Tat wird das Problem der Preise mehr und mehr in Begriffen des Gegensatzes Stadt-Land dargestellt, mit dem Milchpreis als brisantestem Thema. Es gibt nichts Neues unter der Sonne! Man könnte die entsprechenden Bemerkungen zur vorangehenden Kriegsphase wiederholen. Immerhin fügt die Nähe des Friedens eine zusätzliche Note hinzu: Die Rückkehr zu normalen Herstellungs- und Handelsbedingungen liegt nicht mehr in unbestimmter Feme. Sie ist greifbar geworden, und jedermann stellt sich darauf ein und versucht, seine Stellungen abzusichern. Nach den Aussagen, die H&H von einigen aufgebotenen Einheiten zugetragen werden, unterlassen es die Städter nicht, ihren Kameraden vom Land zu versichern, dass sie ihr Verhalten nicht vergessen würden: Sie hätten ihre Schweine mit Milch gemästet, die in der Stadt rationiert war oder die sie nicht genügend teuer verkaufen konnten; sie sollten nur so weiterfahren, wenn die städtischen Konsumenten anderswo zu vorteilhaften Preisen ausländische Produkte kaufen könnten! Dies ist genau das, was die Bauern befürchteten!

Bestenfalls hatte man Verständnis für die Lage der Produzenten, doch man verübelte es ihren ewig fordernden Organisationen und der Regierung, welche ihnen bereitwilliger nachgab als den Gewerkschaften. Diese Behauptung wurde natürlich von der Arbeiterpresse unterstützt, jedoch von Laur bekämpft, für den die bäuerlichen Verbände im Gegenteil einen mässigenden Einfluss auf ihre Basis ausübten; diese stand nämlich im Begriff, sich zu radikalisieren, um dem Staat Garantien für die Zukunft abzurufen. Für Lalive d'Épinay, Westschweiz-Verantwortlicher im Informationsdienst von H&H, der mit den Arbeiterschichten vertraut war, erklärte sich der Groll der letzteren durch ihre Unwissenheit. Korrekt unterrichtet, waren sie bereit, die Schwierigkeiten der Landwirte zu verstehen, griffen dann aber ebenfalls deren Vorkämpfer an sowie die Schwäche der Behörden ihnen gegenüber.

Auf Seiten der Bauern fand der Extremismus neue Nahrung in den Schwierigkeiten vom Herbst, als die doppelte Mobilmachung der Männer und der Pferde die Bauernbetriebe vor unentwirrbare Probleme stellte, wie es scheint vor allem in den Voralpen, wo die günstige Jahreszeit so kurz ist. Man konnte manchmal wie früher befürchten – oder hoffen –, dass eine gemeinsame Front der Arbeiter und Bauern gegen die Institutionen und den Wirtschaftsliberalismus zustande käme zugunsten einer Planwirtschaft, doch das waren nur Hirngespinnste!<sup>34</sup> Alle hielten dafür, dass jegliche Einkommenserhöhung des andern auf ihre Kosten ging, und glaubten, die Bürde der bewaffneten Neutralität allein zu tragen zum Nutzen der andern Schichten; jeder schwor auch, sich zu rächen bei der Rückkehr zu normalen Bedingungen, die übrigens für jedermann gleich schwierig waren, ohne von den Selbständigerwerbenden zu sprechen, welche sich zwischen zwei Feuern am meisten isoliert vorkamen. Die Spannungen machten alle Versuche der Annäherung oder des gegenseitigen Verständnisses hinfällig.

Mehr noch als die Arbeiter, welche alles von einem im «Zug der Geschichte» erneuerten Staat oder von einer allgemeinen sozialen Strömung erwarten konnten, hatten die Bauern bedrückende Zukunftsaussichten. Marktwirtschaft bedeutete Rückkehr zu ausländischer Konkurrenz, zu tiefen Preisen, zur Krise der Vorkriegszeit. Staatlicher Schutz hingegen, wie sie ihn als Ausgleich zum Plan Wahlen und zur Knappheit erfahren hatten, hiess kleinliche Produktionskontrollen, Bundesinspektoren, Zwangsablieferungen, Bürokratie, Papierkrieg, und dennoch Unsicherheit: Im Frühjahr 1945 machten sie sich auf eine Milchpreissenkung gefasst, welche als düsteres Vorzeichen für die künftige Einstellung der Behörden erschien. Sie empfanden das Unverständnis und die Drohungen als Zeichen des Undanks: Schliesslich

sahen sie sich in keiner Weise als Kriegsgewinnler. Ihr Realeinkommen hatte sich zweifellos erhöht, aber von welcher tiefer Ebene war es ausgegangen! Und mit welchen aufreibenden Anstrengungen war es nicht erkauft worden! Der vorausgesehene Zusammenbruch der Preise würde alles Errungene zunichte machen und noch mehr. Hatten sie die Erfahrung davon nicht schon fünfundsiebzig Jahre früher gemacht? Dieses Gefühl, Opfer der Normalisierung zu sein, scheint sich mit dem Jahre 1945 einzustellen, auch wenn dieser Eindruck vielleicht bloss auf dem Zufall der vorhandenen Quellen beruht. Keinerlei Hoffnung auf Beherrschung des Staatsapparates konnte sie begeistern, wie so viele Arbeiter der Städte in diesem Augenblick. Und das sowjetische Modell war noch weniger anziehend als seinerzeit das nationalsozialistische ... Ohne Zweifel unterschätzten sie das Gewicht des Schweizerischen Bauernverbandes und des ganzen Geflechts ihrer Verbände und Parlamentarier bei den Kantonen und im Bund ...

### **In Zukunft die Arbeitslosigkeit**

Der Stadtbewohner und insbesondere der Arbeiter hatte natürlich Befürchtungen für die Gegenwart oder die Zukunft, deren Ungewissheiten er dem Bauern vorhalten konnte, wie etwa die Höhe der Preise, die Rationierung oder die Arbeitslosigkeit. Diese letztere ist ein überragender Faktor der Arbeitermentalität. Allerdings sind die Stellensuchenden rar: 7846 im Monatsdurchschnitt 1943, 8380 im Jahre 1944 und 8107 für 1945; aber auch hier ist die Vorkriegszeit nicht vergessen; die Erinnerung daran wird wachgehalten durch die Schwierigkeiten der Wiedereinstellung bei der Rückkehr vom Militärdienst, wie wir sie bereits in den vorangegangenen Kriegphasen angetroffen haben. Ganz allgemein sind es jedoch Zukunftsängste, die sich häufig äussern. Für den Augenblick würden rasch Entlassungen erfolgen, falls es an deutscher Kohle fehlen sollte oder an Rohstoffen, ja die Unternehmen müssten sogar zumachen. In der Werkzeug-Maschinenfabrik Oerlikon fürchteten sich die Arbeiter vor dem Ende der Lieferungen an Deutschland, anderswo erwähnt man mögliche Entlassungen, nicht jedoch eine bereits vorhandene, wirkliche Arbeitslosigkeit.<sup>35</sup>

Die Arbeitslosigkeit bezog ihr ganzes Gewicht als Faktor sozialer Spannungen oder als Anlass zur Subversion aus dem Wirtschaftssystem. Nach Aussage eines Gewerkschaftsfunktionärs von Freiburg glaubte der Arbeiter kaum an den Plan Zipfel, wo es «viel Bluff» gab. Die Grundsätze gingen daraus nicht klar hervor. Insofern der Plan nur Baustellen für öffentliche Arbeiten vorsah, konnte er kein Vertrauen erwecken, da seine Wirkungen auf die schöne Jahreszeit beschränkt würden

oder, laut Basler oder Lausanner Arbeitern, sich mehr auf das Produkt der Arbeit bezogen als auf die Produzenten. Längerfristig fragte man sich auch, ob die Amerikaner nicht jegliche Konkurrenz der neutralen Staaten auszuschalten versuchten oder unsere Industrie und unsere Wirtschaft dadurch zerstören oder lähmen würden, indem sie den Zugang zu den Rohstoffen oder den Märkten versperren. Diese Annahme beschränkte sich allerdings auf die Zeit der Pressekampagnen der Vereinigten Staaten und auf die Currie-Verhandlungen.<sup>36</sup> Man kann sie auch als eines der Elemente betrachten in der grossen Selbstbefragung über die Wiedereingliederung des Landes in den Weltmarkt oder als geschärftes Bewusstsein für die Schwäche einer industriellen Wirtschaft, welche vollkommen von ausländischen Rohstoffimporten abhängig ist.

Die Befürchtungen nehmen gelegentlich unerwartete Formen an, welche die zahlreichen Facetten des Beschäftigungsproblems enthüllen: In Lenzerheide erwartet man Arbeitslosigkeit in der Holzindustrie, weil die Übernutzung der Wälder während des Krieges zu strikten Schonmassnahmen zwingen würde; anderwärts haben die Jungen mit geringen Aussichten den Eindruck, dass sogar die Auswanderung unmöglich wäre, weil beispielsweise die Amerikaner schon alle Stellen in Italien und in Frankreich besetzt hätten.<sup>37</sup> Glücklicherweise ist der Mythos dazu da, jene in Sicherheit zu wiegen, welche den schockierenden Tatsachen ausweichen: Zahlreiche Aussagen lassen vermuten, dass man für wirksame direkte oder indirekte Abhilfe häufig auf die UdSSR zählte.

### **Der Schwarzmarkt, eine Westschweizer Spezialität**

Mit der Rationierung betritt man ein für die Moral der Bevölkerung wesentliches Gebiet. Anders als die Arbeitslosigkeit ruft sie Reaktionen hervor, die eher auf die Gegenwart als auf die Zukunft gerichtet sind, welche zwangsläufig den Überfluss zurückbringen würde, umso mehr, als die Einschränkungen die Tendenz haben, noch mehr zuzunehmen und die Verantwortung der Hausfrauen noch drückender zu machen. Dies ist wie die Preise ein Thema, das oft wiederkehrt in den Briefen der Korrespondent(inn)en von H&H. Man unterstreicht darin die Versorgungsschwierigkeiten, die Skandale des Schwarzmarkts und die Irrtümer der Verwaltung. Im Allgemeinen ging es nicht darum, die Grundsätze und das System der Rationierung zu verurteilen, von denen man wusste, dass sie wohlgedacht waren; der *Nebelspalter*, von Natur kein Schmeichler, fasst dieses Gefühl der Anerkennung in die Gestalt eines Durchschnittsbürgers, der auf einem Hintergrund von Lebensmittelkarten ei-

nem unsichtbaren Versorgungsbeamten – der Zeichner wüsste keinen sympathischen Bürokraten zu zeichnen – einen Lorbeerkranz mit einem wohlgemeinten Kompliment überreicht; die erklärende Bildlegende ist ein Lobgesang auf das Bundesamt für Ernährung.<sup>38</sup>

Was stärker und allgemeiner auffällt als früher, ist die Kritik an den Sitten der Westschweiz. Man war jenseits der Saane überzeugt, dass die Welschen sich über die Rationierung lustig machten und dass man mehr oder weniger kaufen konnte, was man wollte, ohne dafür Lebensmittelmarken zu geben. Der Schwarzhandel blüht, ohne dass die Kontrolleure ihre Aufgabe erfüllen. Man müsste Deutschschweizer Beamte schicken, schlägt man in St.Gallen vor, nicht ohne in einem lobenswerten föderalistischen Reflex einzuschränken, dass dies nicht verstanden würde da unten. Es mangelt nicht an Augenzeugen, denn die in der Westschweiz einquartierten deutschsprachigen Einheiten konnten diese schuldhafte Disziplinlosigkeit selber feststellen ... und vielleicht auch davon profitieren.<sup>39</sup> Ein Skandal schürte die Missbilligung noch mehr: Am 23. November 1944 wurden Bundesbeamte in Bulle misshandelt und an einer Untersuchung über heimliches Schlachten gehindert. Wie damals in Steinen hatte die Bevölkerung ihre Betrüger gedeckt, unter den Augen der Behörden und von Polizisten, die beteiligt oder einfach nur vorsichtig waren. Leider wurde die Affäre nicht von H&H in die Hand genommen und untersucht wie jene der Innerschweiz, die in ihren Auswirkungen so ähnlich war, aber die wenigen vorhandenen Aussagen spiegeln tiefste Empörung. Der *Nebelspalter* vom 21. Dezember zeigt zwei Metzger mit bluttriefenden Händen, welche von einem Polizisten in einer Limousine abgeführt werden unter den Hurra-Rufen der Blumenwerfenden Menge: Ihr Abtransport im Gefängniswagen war als Provokation empfunden worden, berichtete die Zeitung und titelte: «Also das nächstmal bitte so!» Ohne Ironie verbreitet sich ein Korrespondent aus Uster langfädig über die Affäre und verlangt unter andern Massnahmen, dass die Bundesinspektoren mit Maschinengewehren und Tränengas ausgerüstet und von Sonderpolizisten begleitet würden, wenn sie «in ein solches Wespennest stechen müssten, wie sie leider in der Innerschweiz, im Tessin und in der Westschweiz» vorkämen. Man sollte nun die Stadt mit einem Deutschschweizer Bataillon besetzen auf Kosten des Kantons, der korrupt, unterentwickelt und ein schlechter Bundesgenosse war und eine schwere Verantwortung an diesem Skandal trug. Er fügt hinzu, dass dies sein persönlicher Vorschlag sei, dass aber in seiner Umgebung ebenso strenge oder noch schärfere Massnahmen gefordert würden. In der Zusammenfassung der Beurteilungen dieser Affäre begnügt sich H&H damit festzuhalten, dass die Szene die Kriegsmüdigkeit des Volkes zu

beweisen scheine, das nicht mehr alles Beliebige hinnehme, und dass man die «härteste Bestrafung fordere.»<sup>40</sup>

In der Folge sollte die Kritik an den Westschweizern in den Korrespondenzen aufhören, doch ist es zweifellos kein Zufall, wenn im Januar 1945, wiederum im Anschluss an eine Dienstperiode, diesmal im Tessin ein Korrespondent erneut die Missachtung der Rationierung in diesem Kanton angreift.

Die Massnahme, welche die Bevölkerung am meisten betraf, war die Einführung einer Gaskontingentierung anfangs Februar 1945. Die Massnahme war hart, der Verbrauch sollte auf ein Viertel des Vorkriegsvolumens gesenkt werden. Die Bevölkerung nahm es als weiteren Schicksalsschlag infolge der Kriegsergebnisse hin, doch fehlte es nicht an Klagen, weil es für die Hausfrauen eine zusätzliche Erschwerung war und eine wahrhaft quälende Sorge für die Mütter kinderreicher Familien mit bescheidenen Mitteln. Das Gerücht ging um, dass diese unerwartete Vorkehrung in Wirklichkeit die Currie-Delegation davon überzeugen sollte, dass auch die Schweiz sich schmerzliche Einschränkungen auferlegte, und tatsächlich wurde gleichzeitig die Brotration von 250 auf 225 Gramm im Tag vermindert. Das Gerücht war nicht ganz unbegründet, wenn man dem Historiker Bonjour Glauben schenkt. In Winterthur und vielleicht anderswo behauptete man auch, da die Welschen all ihre Vorräte aufgebraucht hätten, müssten wohl die Deutschschweizer ihnen zu Hilfe eilen und Kohle schicken, auf die Gefahr hin, selber verzichten zu müssen. Die Einfuhrschwierigkeiten und der Brennstoffmangel rechtfertigten die Rationierung hinlänglich genug, dass sie allgemein akzeptiert, wenn auch ausführlich diskutiert wurde; wenn man sich der Mangelthese anschloss, warum hatte man so lange zugewartet? Die Regierung hatte bislang Voraussicht bewiesen, und ihr später, also unausweichlich einschneidender Entschluss schadete dem Vertrauen in die Behörden.<sup>41</sup>

Die Kontingentierung löste eine unerwartete Wut aus: Von Natur aus ist jede Rationierung gleichmacherisch und bestärkt die Bürger mit geringem Einkommen in der Überzeugung, dass der Staat in Zeiten der Knappheit eine gerechte Verteilung der Konsumgüter gewährleisten muss. In diesem Fall nun waren die Bauern nicht betroffen, weil sie stets Holz zur Verfügung hatten, und auch die Reichen nicht, welche nur unverzüglich elektrische Kochherde oder Rechauds zu kaufen brauchten.<sup>42</sup> Es war nicht das erste Mal, dass solche Überlegungen geäussert wurden. Man kann sie als eine der vielfältigen Formen des sozialen Gewissens betrachten, das sich seit der Wirtschaftskrise entwickelt hatte und das durch die Politik des Bundes noch gefordert worden war.



Die Gasrationierung liess den vorhandenen Pessimismus anwachsen, der von den Belastungen des Winters und den Enttäuschungen über eine schleppende Befreiung des Kontinents hervorgerufen wurde. Der Vormarsch in Italien und die alliierte Landung hatten im Sommer eine grosse Hoffnung aufwallen lassen, jene auf eine normale Versorgung, welche die Alliierten grosszügig erleichtern würden. Einige Leute hatten ihre Käufe verschoben, andere sich bereit erklärt, ihre unnütz gewordenen Vorräte aufzubrechen, und waren vielleicht unvorsichtig zur Tat geschritten. Der Nebelspalter vom 14. September zeigt einen Goldfisch mit Schweizerkreuz, übergücklich vor einem engmaschigen, aber an zwei Stellen schon zerrissenen Netz. Die Enttäuschung folgte auf dem Fuss: Schon am 5. Oktober findet sich in der gleichen Zeitung eine Kiste «Waren für die Schweiz», welche einem (zweifellos gallischen) Hahn als Sockel dient, der vor einem zerknirschten kleinen Schweizer «ki-ke-ri-ki-requiriert!» schreit. Die Aufrechterhaltung der Blockade, die Drohungen eines Stettinius und der amerikanischen Zeitungen brachten die Leute wieder zur Vernunft, zuweilen aber auch zu nostalgischen Gefühlen für die Deutschen, die uns nie derartigem Druck ausgesetzt hatten. Wie in der Satirezeitschrift wandte sich der Groll hie und da auch gegen Frankreich, wie ein Tessiner Arzt feststellte, der die häufige Weigerung sah, sich an Kollekten für die Flüchtlinge dieses Landes oder für das Rote Kreuz zu beteiligen: «So, denen soll man noch geben und helfen, und uns sperren sie die Einfuhr ab». Eine Bewohnerin von Davos drückt ihre Empfindungen naiv aus: «Wir andern Frauen warten ungeduldig auf den Tag, wo es wieder mehr Fett und Fleisch gibt. Wir hoffen dass die Alliierten Verständnis für uns haben; vor allem die Franzosen könnten sich gefällig zeigen, weil sich die Schweiz unendlich grosszügig ihrem Land gegenüber erwiesen hat.» Solche Äusserungen bestätigen eine häufige, unausgesprochene Einstellung, wie sie ein Einwohner von Spiez ausdrückt, dass nämlich der Selbsterhaltungstrieb dazu führt, dass man vor dem Hunger mehr Angst hat als vor dem Krieg. Selten sind die Realisten oder Wohlinformierten, welche einsahen, dass die Befreier und ihre Verbündeten andere Dringlichkeiten oder Mangel an Transportmitteln hatten, welche sie die schweizerischen Bedürfnisse auf später verschieben liessen.<sup>43</sup>

### Zu einem neuen Humanismus

Die Aussicht auf den immer näher rückenden alliierten Sieg verhiess mehr als nur das Ende der Einschränkungen und die Rückkehr zum Überfluss. Sie zeigte Wege auf zu einer sozial gerechteren Welt. Neben dem fragwürdigen, von der UdSSR ge-

botenen Beispiel nahmen andere Modelle Gestalt an. So stellt ein Beobachter im Januar 1945 in Zürich fest, mit welcher Leidenschaft die Arbeiterklasse die sozialen Experimente der französischen Regierung verfolgt, ihre Verstaatlichungen, die Reise General de Gaulles nach Moskau.<sup>44</sup> Selbst wenn diese Haltung nicht unbedingt allgemein verbreitet war, so ist sie doch leicht nachvollziehbar: In greifbarer Nähe und auf kontrollierbare Weise vollzogen sich grundlegende Umwandlungen, welche die Gesellschaft demokratisch und friedlich verändern würden. Dies war eine Neuheit. Mit dem schon so verheissungsvollen Beveridge-Plan war man im Zustand der Entwürfe steckengeblieben. Jetzt schritt man zur Ausführung.

Die sozialen Forderungen konnten sich in der Schweiz im Sinne der bereits gemachten Überlegungen und Programme verdeutlichen. Man könnte als Beispiel für das Ausmass der Entwicklung zwei Ansprachen vergleichen, welche Max Weber 1942 und 1944 vor dem Kongress des Schweizerischen Bau- und Holzarbeiterverbandes hielt. Die erste zielt auf die verderblichen Folgen des Krieges, die zweite richtet sich ganz natürlich auf die Zukunft und längerfristige Aussichten. Auch die Forderungen sind besser umschrieben: Planwirtschaft, Berufsgemeinschaft – ein schwacher Abklatsch jener von Ducommun, der nicht namentlich erwähnt wird –, Mitwirkung zeichnen sich sehr viel deutlicher ab. Die Hauptforderungen gründen auf der Suche nach materieller Sicherheit, deren wichtigste Faktoren die AHV, das Recht auf Arbeit, der volle Teuerungsausgleich und die Planung sind. Wir haben diese schon ausführlich erwähnt.<sup>45</sup> Sie erklären sich zur Genüge durch die gegenwärtigen oder künftigen Schwierigkeiten wie auch durch den Vergleich mit all jenen, die von echten oder angenommenen Kriegsgewinnen profitierten, welche die Klassenunterschiede verschärften.

Man darf auch die andere und durchaus ebenso traditionelle Hauptachse des Verlangens nach grösserer sozialer Gerechtigkeit nicht vernachlässigen: die Forderung nach Achtung vor der Menschenwürde. Sehr stark fühlbar bei Ducommun, bestätigt auch bei Max Weber, findet man sie mehr oder weniger ausdrücklich in andern Entwürfen wieder. Es ist nicht undenkbar, dass sie sich mit noch vermehrter Kraft beim Herannahen des Friedens äussert und vor allem besser verstanden wird. Sie findet sich jedenfalls in mehreren Briefen von Westschweizer Arbeitern wieder, die *Suisse contemporaine* im Juli 1944 veröffentlicht und die ihrem Herausgeber Lalive d'Épinay beweisen, dass die Beweggründe Ducommuns auch an der Basis geteilt werden. Die Ablehnung des Arbeitgeber-Paternalismus, die Mitbestimmung, das Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren, im Betrieb informiert zu werden,

nicht länger ein Maschinenfortsatz zu sein, ein Teil des Arbeitsmarktes. Es ist «die Auflehnung des Menschen, der nach möglicher Ganzheit strebt gegen alles, was ihn verkleinert, nicht nur in den Augen der andern, sondern auch in seinen eigenen Augen.» Ein Zürcher Korrespondent von H&H fasst dieses Gefühl zusammen, indem er die Verbindung zwischen dem Materiellen und der Moral betont: «Das «Volk» gibt sich nicht mehr zufrieden nur mit politischen Rechten, um daneben ein Lohnsklaven-Dasein zu führen. Es verlangt dringlich eine *gerechtere* (im Text unterstrichen) Beteiligung am Arbeitsertrag, als Ausdruck einer zeitgemässen Devise eines neuen Wirtschaftsdenkens, das den *Menschen* (ebenso) und nicht das Gelddenken zum Mittelpunkt hat. In meiner Umgebung wirft man dieses Problem immer und immer wieder auf. Eine Zeitenwende ist angebrochen. Es gibt nie mehr ein Zurück zur liberalen kapitalistischen Wirtschaftsordnung ...» Ein alter Arbeiter, der zur Kategorie der Handlanger mit abstumpfender Tätigkeit gehört, die besonders von Wirtschaftskrisen bedroht ist, erklärt Ducommun noch klarer, dass das sowjetische System vorerst wahrscheinlich eine Lohnkürzung mit sich brächte. Sei es drum! Lassen wir den «verknöcherten Sozialisten» das blosses Streben nach materiellem Fortschritt. Schluss mit einem Regime, wo alles am Geld gemessen wird! Es gilt zunächst, sich «sozial zu rehabilitieren», sich von «einem unermesslichen Minderwertigkeitskomplex zu befreien».<sup>46</sup>

Es ist nichts grundsätzlich Neues in all dem, ausser dass die Arbeiterklasse befand, nachdem sie ihre Pflicht in der Landesverteidigung ohne Fehl erfüllt hatte, sollte sie nun das ihr Zustehende erhalten. Die bäuerliche Schicht ihrerseits argumentierte genau so! Das Neueste ist die Entdeckung dieser Ansprüche ausserhalb der Arbeiter- und Sozialistenkreise, und dass man sie ernst nahm. Wie es die *Appenzeller Zeitung* sagt: Die Welt erwartet eine «soziale Gerechtigkeit, die gleichzeitig ein Höchstmass an individueller Freiheit bewahrt», und das Land, das dies zu verwirklichen weiss, wird auf lange Zeit hinaus als Vorbild dienen, wie einst Frankreich als Heimat der Revolution.

Wurde diese «grosse soziale Hoffnung, die von den Versprechen unserer Regierenden genährt wird», wie René Bovard sagte, wirklich geteilt ausserhalb der Arbeiterschaft und einiger Linksintellektueller? Oder war sie nicht bloss eine vorübergehende Mode des *Sozialen*, der die Journalisten huldigten, wie einige ihrem Mitbruder Constant Frey gestanden? War es die Einsicht, dass man wohl kurzfristig etwas fahren lassen musste, um der Opposition den Wind aus den Segeln zu nehmen? Oder war es gar die Hoffnung, den kommunistischen Vormarsch, vor dem man Angst hatte, durch vorbeugende Massnahmen aufzuhalten?<sup>47</sup> Versuchen wir nicht zu

entscheiden, all diese Strömungen kamen nebeneinander vor. Jedenfalls herrscht oft der Eindruck, man müsse diese Chance ergreifen, notwendige und tiefe Reformen ohne Revolution durchzuführen, und dass dies vielleicht die letzte Gelegenheit dazu sei.

Sogar bei der Rechten äusserte sich diese Ansicht. In der Westschweiz stützte sie sich beispielsweise auf die Berufsgemeinschaft, welche es erlauben würde, den Dirigismus und die Verstaatlichung gewisser Sektoren zu vermeiden, in der die Sozialisten die einzige Möglichkeit erblickten, ihr Programm zu verwirklichen. In Gewerkschaftskreisen zog man es vor, eher den Dialog mit den Arbeitgebern auszubauen, als alles dem Staat zu überlassen. Wenn es den Ideen von Ducommun auch kaum gelungen war, jenseits der Saane Fuss zu fassen, und sie nach seinem eigenen Eingeständnis auch bei den Arbeitern selbst ihren Schwung verloren hatten, so hatten sie in der Westschweiz Kreise für sich eingenommen, die bereit waren, «die sozialen Bestrebungen, die aus diesem Krieg hervorgegangen sind, aufzunehmen und ... sie auf vernünftige Weise den Institutionen des Landes anzupassen.»<sup>48</sup>

Niemand gab sich irgendwelchen Täuschungen hin über die Widerstände, welche sich der Geburt dieser neuen Schweiz in den Weg stellen würden. Zuviele Interessen standen auf dem Spiel, als dass sie von allen mit Begeisterung, Ergebenheit oder Gleichgültigkeit empfangen würde. Falls ihre Anhänger scheiterten, würde die Revolution ausbrechen. Die Linkspresse benutzte diese drohenden Untertöne teils aus Überzeugung, teils um die äusserste Linke zu überbieten, oder als Einschüchterungstaktik. Angesichts des verbreiteten Pessimismus verfehlten die Unglückspropheten nicht, auf die Vorzeichen des Klassenkampfes hinzuweisen, den sie vorausahnten.

## Vor einem politischen Ausbruch

Der Krieg der Klassen, den die Besorgten und die Revolutionäre am Horizont des Friedens fürchsam oder hoffnungsvoll sich abzeichnen sehen, findet seine Quellen in den wirtschaftlichen Schwierigkeiten und den sozialen Spannungen, die überall wahrnehmbar sind. Politisch beheimatet ist er in der Partei der Arbeit, welche ihren ersten Landeskongress am 14.-15. Oktober 1944 in Zürich durchführt, und dahinter im bolschewistischen Russland. Der Bruch zwischen dieser Partei und den Sozialisten weist diese letzteren mehr als je in das Lager der nationalen Reformkräfte, wenn auch ihre Radikalisierung zweifelhaft Verbündete gegen den roten Feind aus ihnen macht.

## Risse in der Linken

Im Juni sah sich die Sozialistische Partei zur Trennung von ihrem linken Flügel gezwungen, welcher sie von innen unterhöhlte und, wie man befand, die Arbeiterklasse spaltete und schwächte. Einer der erhobenen Vorwürfe war «der Flirt mit den neuen Diktaturen, also auch das versteckte Spiel mit der Diktatur des Proletariats.» Das Zentralkomitee schloss tatsächlich achtzehn Mitglieder aus der Partei aus und verhängte verschiedene Sanktionen über andere Extremisten. Dieser Bruch, der selbstverständlich im Namen der Einheit der Partei und der Arbeiterklasse vollzogen wurde, verursachte die Abspaltung mehrerer sozialistischer Gruppierungen, besonders bei den Jungen, und verstärkte dagegen die Reihen der Partei der Arbeit, welche dabei war, sich auf Bundesebene zu konstituieren. Dies wirbelte einigen Staub auf, doch erscheint davon wenig in den Korrespondenzen von H&H. Erwähnen wir trotzdem jenen Schreiner von Diessenhofen (TG), welcher die entstandene Unruhe um ihn herum bemerkte: Für die einen war die Trennung unverständlich in einer Zeit, wo die Einheit des Schweizer «Volkes» notwendig war, für andere war die Geburt einer Oppositionspartei begrüssenswert. Man beachte die Gleichsetzung der Sozialistischen Partei mit dem Volk bei den Gemässigten und bei den Radikalen mit den Bürgerlichen und den Konformisten. Letztere Auffassung sollte übrigens der PdA als Argument dienen in ihrer Propaganda- und Werbekampagne, die sie im Namen einer echten Arbeiter- und Oppositionspolitik führte.<sup>49</sup> Nicht ohne Erfolg, wie die Vermehrung der Sektionen seit dem Sommer 1944 zeigte. Die Aufhebung des Verbots der Kommunistischen Partei ab 1. März 1945 begünstigte die Ausbreitung der PdA, indem es ihr eine öffentliche Ausübung ihrer Tätigkeit gestattete. Es entspannte auch die politische Atmosphäre, weil die Unzufriedenen nun Gelegenheit hatten, sich an öffentlichen Versammlungen und in legalen Zeitungen zu äussern. Viele Zweideutigkeiten waren nun aufgehoben, aber nicht alle, denn die Sozialistische Partei blieb in ihrem Wirken, wenn nicht gar in ihrem momentanen Aufschwung beeinträchtigt, zwischen ihrer Teilnahme an allen möglichen Gewalten im Land und ihrem Willen, ihre «Neue Schweiz» zu schaffen.

Die Beliebtheit der Gewerkschaften und der linken Bewegungen ist offensichtlich. Auch sind die Gründe dafür hier mehrmals erwähnt worden. Sie wird von systematischen Propaganda- und Werbeanstrengungen unterstützt, welche die herkömmlichen Verbreitungsgebiete bei Weitem sprengen. So meldet im Mai 1945 ein kurzer zusammenfassender Bericht über die von den Territorialkreisen geliefer-

ten Informationen, dass die PdA in der Westschweiz eine besonders aktive Werbung betreibt und in gewissen Gegenden hauptsächlich die kleinen Orte zu erreichen sucht. Doch ist sie nicht allein, es herrscht eine lebhaftige Konkurrenz. Im Industriegebiet der Nordostschweiz (Territorialkreis 4) bearbeiten Ende 1944 gut ausgebildete Werber der Linksparteien und der Gewerkschaften ihr Publikum an zahlreichen Versammlungen ebenso wie bei individuellen Kontakten. Dagegen macht sich die extreme Linke kaum bemerkbar, zu diesem Zeitpunkt jedenfalls. Was die Rechte betrifft, bleibt sie passiv, weil gegen die Strömung der Zeit nicht aufzukommen ist.<sup>50</sup> Die Ergebnisse sind beweiskräftig: Die gewerkschaftlichen und politischen Sektionen vervielfachen sich, die Mitgliederbestände schwellen an und verzweigen sich; im Schweizerischen Gewerkschaftsbund steigen die Mitgliederzahlen zwischen 1943 und 1945 von 250'204 auf 312'935.

Die Argumente gehen den Propagandisten nicht aus. Die sozialen Forderungen sind zahlreich, wie wir sahen, und sie sind ausschlaggebend, ob sie verwirklicht werden können oder nicht; aber es gibt auch politische: das Ende der Sondervollmachten und die Rückkehr zur Demokratie, die Abschaffung der Zensur und der Parteienverbote, die Wiederaufnahme der Beziehungen mit der UdSSR etc. Alles was der Krieg an ausserordentlichen, einschränkenden Massnahmen gebracht hat, muss verschwinden und zusätzlich müssen soziale Fortschritte erzielt werden. Die Armee ist nicht direkt Zielscheibe, und noch Ende 1944 fand H&H keine Spur von grundsätzlichen Angriffen gegen sie, nicht einmal gegen das Offizierskorps. Am Kongress der PdA hatte Hofmaier sogar daran erinnert, dass der General 1940 nicht nachgegeben hatte, im Unterschied zu den Kreisen um Pilet-Golaz.<sup>51</sup> Zweifellos durfte man die Unterdrückung nicht herausfordern, welche von der Zensur und den Sondermassnahmen gegen gefährliche Parteien ermöglicht wurde, auch nicht aktiv die stets beliebte Armee angreifen und noch viel weniger den General Guisan. Es ist kein Zufall, wenn das im Oktober verabschiedete Programm das Ende der Sondervollmachten, der Zensur und des Verbots der Arbeiterparteien an erster Stelle erwähnte. Die Lockerung der ausserordentlichen Massnahmen 1945 und das Ende jeglicher deutscher Bedrohung liessen grössere Freiheit in den Äusserungen zu! H&H meldet für das 1. Halbjahr, dass die PdA und die Jungsozialisten gegen die Armee waren.<sup>52</sup>

Die Reformen, welche die PdA verlangt, konnten natürlich nicht durch die vorhandenen politischen Mehrheiten verwirklicht werden. In ihren Angriffen gegen diese profitiert sie weiterhin von ihrer Stellung als Opfer der Polizei und der Behörden. Sie kann auch ohne Umschweife das sowjetische Vorbild feiern und den

roten Armeen die alleinige Ehre des siegreichen Kampfes gegen den Faschismus zuerkennen. Dies sind keine geringen Trümpfe, wenn man die Beliebtheit der UdSSR bedenkt. Man beklagt sich ebenso oft über den Mangel an Informationen über dieses immer noch geheimnisvolle Land, das von der Zensur und den Zeitungen boykottiert wird: Die PdA und ihre Nebenorgane wie Schweiz-Sowjetunion befriedigen dieses Bedürfnis weitgehend (umgekehrt ist es die Rolle der Ligue Aubert). Sie ruft vielleicht nicht gerade zur gewaltsamen Revolution auf, jedenfalls nach Ansicht von Lindt, wenn auch ihre heftigen Angriffe gegen gewisse auserwählte Ziele, die Kapitalisten, die Faschisten in den Behörden und anderswo, im reinsten Stil des Klassenkampfes gehalten sind. Ihr Programm jedoch ruft geschickter zur Zusammenarbeit des Proletariats gegen die gemeinsamen Feinde auf.

Wenn sie dann nicht mehr im Rampenlicht steht, können die internen Losungen wechseln; die Klassiker des Kommunismus erklären zur Genüge, wie das Wirken im Untergrund das öffentliche Handeln begleiten muss. Belege dafür sind natürlich selten. Immerhin kann man einen Korrespondenten von H&H erwähnen, der gut informiert ist über die Gruppe Freie Jugend von Bern, wo man den unvermeidlichen Sturz der Regierung beschwört, die eine wahre Militärdiktatur im Lande ist, und wo man sich auf die Untergrundtätigkeit der Erschütterung der Institutionen vorbereitet. Gewiss, die Bundespolizei überwacht die Gruppe, weiss aber nicht, was an den geheimen Sitzungen angezettelt wird. Die UdSSR wird in diesem Dokument nicht erwähnt, was nicht bedeutet, dass sie nicht als unentbehrliche Stütze dargestellt worden wäre, aber anderswo findet das oben erwähnte Résumé Platz, um einen Abschnitt der Zusammenkunft vom 4. März in Muttenz zu widmen, wo Hofmaier Stalin zitiert und daran erinnert, dass die Revolution sich nicht auf die russischen Bajonette stützen werde, sondern auf den Kampf der Arbeiter in jedem Land.<sup>53</sup> Für den internen Gebrauch musste man den sowjetischen Mythos verkleinern, der gar zu Hebenswürdig für die breite Öffentlichkeit unterhalten wurde: Er hatte eine verkehrte, demobilisierende Wirkung.

Die Stärke der linken Strömung zeichnet sich bei verschiedenen Wahlen von 1944 und 1945 aus, welche zu Gunsten der beiden rivalisierenden Parteien ausfielen: Der Waadtländer Grosse Rat liefert den deutlichsten Beweis dafür mit dem Einzug von 49 Abgeordneten (auf 200) des Parti ouvrier et populaire im Frühling 1945. In Genf, Neuenburg, später Basel-Stadt, werden entsprechende Erfolge erzielt. Dagegen scheitert der Versuch in Solothurn und Aargau zur gleichen Zeit, und die Sozialistische Partei bleibt bei Weitem die wichtigste Gruppierung der Linken. In den Gemeindewahlen könnte man zweifellos ebenfalls den Rückgang der bürger-

lichen Parteien feststellen. Dies ist zum Beispiel im Herbst 1944 in Schaffhausen der Fall.

Diese Wirkung der PdA, diese Wiederbelebung des Klassenkampfes ermutigen die Reformkreise dazu, auf der Dringlichkeit zu beharren, Umwälzungen mittels sozialer Massnahmen zuvorzukommen, welche das Schlimmste noch verhüten könnten. Was umso dringender scheint, als auch die Sozialisten sprachliche Gewalttätigkeiten verüben gegen die Bundespolizei, gegen die Regierung, die Kapitalisten und andere Volksfeinde. Der 1. Mai 1945 bietet beispielsweise Gelegenheit zu hitziger gegenseitiger Überbietung der Linken.

### **Ein neues 1918 zustande bringen**

Die Frage der Revolution wird in der Bevölkerung häufig aufgeworfen, selbstverständlich nicht ohne Hinweise auf 1918. Die Lehre, die ein Kursteilnehmer von H&H zieht, lautet: Wenn die Demokratie der Arbeitslosigkeit kein Ende bereitet, dann wird die Arbeitslosigkeit der Demokratie ein Ende bereiten. Ein anderer Korrespondent hört die Arbeiterschaft schimpfen, weil die Löhne den Preisen nicht folgen; die Regierung setzt keine Anpassung durch bei den Industriezweigen, welche dies durchaus verkraften könnten; dagegen gewährt sie eine Steueramnestie, welche den reichen Hinterziehern zugutekommt. Noch ein weiterer stellt bei den Arbeitern von Solothurn Feindseligkeit gegenüber den Arbeitgebern fest. Die Löhne sind zu niedrig, und biedere Familienväter machen sich Gedanken über die Revolution. In Winterthur fühlt ein Arbeiter aus den gleichen Gründen die Unzufriedenheit wachsen und malt ein neues 1918 an die Wand. Der Sinn dieser Bezugnahme wird durch die Beobachtung eines Bielers erhellt, dass «die Situation von 1918 erstaunlich verankert ist in den Köpfen» der Arbeiter und dass viele eine ähnliche Entwicklung «beinahe wünschen», um Genugtuung zu erhalten, selbst wenn man ihnen von bereits fertigen Sozialprojekten spricht. Diese Entwicklung wird durch den Begriff «Generalstreik» genauer erfasst.<sup>54</sup>

Diese Beobachtungen und die immer wiederkehrende Mahnung an die Ereignisse von 1918 bedeuten, dass diese einen wesentlichen Bestandteil des Kollektivgedächtnisses der Arbeiter bilden, der über den einfachen Gebrauch als Druckmittel für punktuelle Forderungen hinausgeht. 1918 steht für den Höhepunkt der Arbeitermacht. Auch hat der Generalstreik eine festliche Seite in seinen Massendemonstrationen, wo der Schulterchluss, die Brüderlichkeit, die begeisterte Einmütig-



keit, die Wärme der Beziehung, die während der Arbeit in der Werkstatt unmöglich ist, frei und ungehindert aufbrechen. Sie gehört zur kollektiven Vorstellungswelt, die von grossen Erinnerungen geprägt ist: Sankt Petersburg 1917, die Schweiz 1918 eben, 1936 und die Volksfront oder das anarchistische Barcelona. In der Eintönigkeit dieses Kriegsendes darf man die Macht dieses noch ganz nahen Heldenepos nicht unterschätzen, das von manchen miterlebt oder von lebenden Zeugen vernommen wurde. Keinerlei Dokument bestätigt förmlich diese Annahme, doch das beschwörende Beharren auf 1918, der sowjetische Messianismus, der Millenarismus zwingen dazu, Erklärungen ausserhalb der reinen Logik und des nur Rationalen zu suchen.

Das Kollektivgedächtnis wirkt nicht nur in einer Richtung. Wenn es die einen überschwänglich lobt, lässt es die andern das Schlimmste befürchten. In beiden Fällen ist es nicht so sehr die Wirklichkeit der Tatsachen, die zählt, als das Bild, das von der Beschwörung des Ereignisses hervorgerufen wird. So erschrak eine Appenzellerin vor den Arbeitern, die sie im Zug von der Revolution sprechen hörte. In Zürich sagte man häufig und offen, man müsse einen Vorgesetzten an jedem Laternepfahl aufhängen und mit den Bundesräten anfangen. Die Polizei kümmerte sich nicht sehr darum, weil sie die Worte besser von den Taten unterschied und das schwache Echo auf solche Äusserungen bemerkte. Genf insbesondere erweckte Besorgnis, und zwar nicht bloss in der breiten Öffentlichkeit, weil die Lage sich dort überhaupt nicht entspannt hatte, im Gegenteil. Im September 1944 äusserte das Justiz- und Polizeidepartement des Kantons von Steiger gegenüber seine Besorgnis über die extremistischen Tätigkeiten. Es befürchtete, Nicole könnte zu Kampfmassnahmen greifen mit Unterstützung der Kommunisten des Departements Haute-Savoie, mit denen jene der Stadt sehr verbunden waren.<sup>55</sup> Man könnte die Beispiele für die Befürchtungen der Agenten von H&H vervielfachen, welche in mehr als einem Fall der Arbeiterschicht angehörten. Die Aussagen stimmen überein – und man könnte noch viele andere zitieren – ohne dass man daraus die Spannungsherde ausserhalb von Genf, allenfalls von Basel, genügend orten könnte: Die Leute von H&H waren nicht unbedingt kritisch genug eingestellt, um das wahre Gewicht ihrer Informationen abzuschätzen. Ihre Spontaneität ist von offensichtlichem Interesse; sie hat aber auch ihre Grenzen. Sie enthüllt oft mehr ihre Vorurteile oder ihre Weltanschauung und jene ihrer Umgebung als die Wirklichkeit der sozialen Zustände. Wenn man auch am tatsächlichen Revolutionswillen, den sie um sich herum verspüren, zweifeln muss, kann man doch das Vorhandensein ihrer Besorgnisse nicht leugnen.

Der bereits zitierte lange Brief eines Gewerkschaftsfunktionärs von Frimbourg gibt sachlichere und wohlherogene Auskünfte. Gewiss verweilt er bei der «Radikalisierung» der Arbeiterklasse: «Die Wortführer der extremen Linken, jene die nach Zerstörung rufen, erfreuen sich zahlreicher Schäfchen. Aber im Grunde und in ihrer grossen Mehrheit verlangt die Arbeiterklasse ein sauberes und vollständiges Funktionieren der Demokratie mit der Garantie des Rechts auf Arbeit, was immer ihr politisches Credo sei. Mit der Vervollständigung der politischen Demokratie durch die wirtschaftliche Demokratie hofft der Durchschnittsarbeiter eine Umwandlung der Strukturen zu erreichen. Er verlangt nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Organisation der Arbeit durch den Berufsstand im Dienste aller Beteiligten.»<sup>56</sup>

Diese Schlussfolgerung müsste abgewandelt werden, je nach Agitationszentren, doch für den Augenblick kann man sie beibehalten, weil die grossen gewerkschaftlichen und politischen Organisationen, welche die Arbeiterschaft umfassen, Vertrauen in die Demokratie haben. Sie spüren die allgemeine Strömung, die es bloss zu nutzen gilt, welche neue politische Mehrheiten verspricht und die einen genügend grossen Einfluss gewährt, damit die neuen Institutionen ihren Platz nach Recht und Ordnung einnehmen können.

Immerhin war die Beliebtheit der Partei der Arbeit und der UdSSR beträchtlich, auch wenn nichts grundsätzlich Neues seit der vorangegangenen Kriegsphase geschehen war. Die erste war geschäftig, die zweite hatte eine vor allem passive oder indirekte Rolle, da sie eine Utopie verkörperte, ohne dafür eine Propaganda an Ort machen zu müssen, wo sie sich ohnehin auf ihre Stellvertreter verlassen konnte. Bücher, Versammlungen, Informations-Vorträge zu Gesellschaft und Kultur in Russland fehlten in den Städten nicht.

Die Revolution hat einen zweideutigen Sinn. Ist sie eine Machtergreifung durch Gewalt oder eine Umwälzung der Gesellschaft durch eine demokratisch an die Macht gelangte Mehrheit? Eine mehr oder weniger absichtliche Unklarheit herrscht vermutlich in den Köpfen, sowohl bei ihren Anhängern wie bei ihren Gegnern. Doch gibt es einen Gesellschaftsentwurf der äussersten Linken, dessen Inhalt genügend subversiv ist, dass man auszumachen versucht, wie er von seinem Zielpublikum empfunden wurde. Für den erwähnten Handlanger ist es die klassenlose Gesellschaft ohne geldbedingte Unterschiede, die wichtig ist, auch wenn es nicht, oder noch nicht, das sowjetische Paradies ist und man zu Beginn noch materielle Einschränkungen in Kauf nehmen müsste. Für die aufgebotenen Zürcher Arbeiter mögen die persönlichen Freiheiten in Russland begrenzt sein, sie sind es aber auch

in der Schweiz, wo sie nur der Theorie nach existieren. Zum Ausgleich genießt man Sicherheit, da man gegen alle Risiken abgesichert ist. Für einen Eisenbahner aus Unterseen (BE) beweist das Schweizer Kapital keinen guten Willen, und ein wenig russischer Einfluss könnte nicht schaden, um ihm etwas von seiner Allmacht zu nehmen. Eine ungenaue Hoffnung, ebenso unscharf ausgedrückt von vielen andern. Doch kommt hier ein selten geäußelter Vorbehalt hinzu, nämlich dass die UdSSR trotz allem ein Land mit Staatskapitalismus ist. Manchmal wird die Hoffnung deutlicher: Die russische Vorherrschaft soll den Frieden gewährleisten sowie die grossen sozialen Errungenschaften, die AHV, bezahlte Ferien etc., was stillschweigend voraussetzt, dass das bestehende System aus sich allein nicht fähig wäre, dies zu erreichen. Die Meinungen können vielfältig aussehen: Ein Freiburger Student, der sich mit den verschiedensten Kreisen vertraut erklärt, unterscheidet somit jene, die an das Sowjetparadies glauben («Stalin soll kommen und bei uns Ordnung schaffen»), und jene, die nicht wirklich daran glauben, aber feststellen, dass der russische Soldat sich tapfer geschlagen hat, weil das Regime ihm soziale Errungenschaften gebracht hat, die verteidigungswert sind. Andere verabscheuen den Kapitalismus, und nach ihnen «muss man einige abknallen, um den andern Angst zu machen». Einige Wohlmeinende «sind damit einverstanden, dass man die Kapitalisten unterdrückt, ohne jedoch die kommunistische Lehre anzunehmen». In denselben Kreisen kommt eine ähnliche Verwendung der Russen zum Vorschein: Man muss vorgehen wie bei den Kindern, indem man die Rute schwingt, um sie nicht gebrauchen zu müssen. Die Rote Armee würde schon nicht einmarschieren, aber ihretwegen könnte man den *Reichen* gerade soviel Angst machen, dass sie zur Vernunft kommen. Damit hätte es sein Bewenden. Und wenn die Russen kämen, sagten einige in Winterthur, «hätte man sie nicht zu fürchten, denn wenn sie den Arbeitern ihr Heim und ihren Boden wegnähmen, so würden diese den Gegenwert in Geld von der russischen Regierung erhalten.» Man sieht schon: Die sowjetische Wirklichkeit und die Revolution umgeben sich gerne mit einem Glorienschein, welcher der Einbildungskraft viel Raum lässt ... «Man erwartet das rote Glück auf Erden», schreibt ein aufgebotener Thurgauer, «das Ende des Kapitalismus, ein Ausdruck, welcher die verschiedensten Spielarten umfasst.»<sup>57</sup>

Es wäre interessant, die Verbindung zu ergründen, welche zwischen diesem vielgestaltigen Vertrauen in die UdSSR und die Propaganda der PdA besteht, welche sich ihrerseits nicht mit so vielen Feinheiten belastete, um zu sehen, welche Themen Anklang fanden oder, wenn man so will, welchen vorhandenen Bedürfnis-

sen sie sich anzupassen verstand. Dies ist hier leider unmöglich, obwohl man es sich nach den weiter oben über die sozialen Spannungen gemachten Bemerkungen vorstellen kann. Dagegen erklärt unser Freiburger Gewerkschafter, auf welche Weise sich dieser wohlthuende Einfluss Russlands nach seinen Bewunderern bemerkbar machen könnte: «Der Arbeiter weiss, dass ein Zurück zu 1939 nicht mehr möglich ist, notfalls würde er sich dagegen wehren. *Es muss sich ändern, es wird sich ändern.* Dies sind die alltäglichen Parolen, die gewissermassen ein Leitmotiv im Denken der Massen bilden. Wie und in welcher Richtung soll die Veränderung vor sich gehen? Die Antworten sind kaum sehr klar. Eine überaus grosse Anzahl hofft, aus dem Sieg der Russen und aus ihrer Ankunft in Mitteleuropa Nutzen zu ziehen. Ihr Erscheinen an der Grenze ist heiss erwünscht und geht von der Vorstellung aus, dass die Furcht der Beginn der Weisheit sei und dass unsere bürgerlich-kapitalistischen Behörden ihre Meinung nur unter Zwang wechseln, beziehungsweise wenn Grund zur Angst besteht.»<sup>58</sup> Für manche würde diese Nähe eine Revolution in der Schweiz auslösen, und man findet sogar Sozialisten, welche diese Hoffnung teilen.

Der Ausdruck «Masse», den dieser Kommentator und viele andere auch verwenden, ist in seiner Ungenauigkeit bequem; er wäre es wert, besser umschrieben zu werden: indem er die laufende Radikalisierung untersucht, stellt derselbe Beobachter eine häufige Verwechslung fest: «... Der Durchschnittsarbeiter», schreibt er, «weiss nicht so recht ein noch aus. Gelenkte Wirtschaft, Staatswirtschaft, Gemeinwirtschaft sind Bezeichnungen, welche vor allem die junge Generation noch kaum analysieren konnte im Verlauf der Aktivdienstjahre, der Zwangsarbeit und der Nebenbeschäftigungen im Hinblick auf die Lebensmittelversorgung (Garten, Holz). Viele sind enturzelt oder einfach entfremdet worden ...» Ein Bündner Arzt schliesst sich diesem Urteil an, indem er von einer bedeutenden Gruppe Chemiarbeiter der Emser Werke spricht und anscheinend auch von Eisenbahnern, welche die Arbeiter in Deutschland oder Russland um ihre Lebensbedingungen beneiden und wünschen, dass das eine oder andere Land bei uns Ordnung schaffen würde; die einheimischen Arbeiter sollen sich von dieser Gruppe fernhalten. Einfacher noch hält ein Solothurner fest, dass es vor allem die nichtpolitisierten Arbeiter sind, welche in der UdSSR ihre Hoffnung auf Arbeit und Brot verkörpert sehen. Diese Beobachtung wird von andern ihrer Art bestätigt. So bemerkt ein Ingenieur in der Maschinenfabrik Oerlikon den mässigen Einfluss der Metallarbeiter-Gewerkschaft, die jedenfalls keinerlei Werbung für die UdSSR macht, aber auch den Misserfolg der PdA. Ein Zürcher Offizier stellt ebenfalls fest, dass zahlreiche entpolitisierte Arbeiter in der PdA bloss

eine normale politische Opposition sehen, deren wahre Absichten jedermann entgehen. Die Loblieder auf die UdSSR und ihre vorbildliche Demokratie, welche gewisse nichtkommunistische Zeitungen füllen, begünstigen natürlich diese Ansichten.<sup>59</sup> Insofern sich diese Zeugnisse verallgemeinern lassen, stützen sie die weiter oben aufgestellte These vom Millenarismus, welche ein Einwohner von Airolo unbefangen äussert, wonach die stalingläubigen Arbeiter «im anbrechenden Kommunismus nichts als Ferien sehen»: Der sowjetische Mythos zeichnet jene, die nicht schon von andern Mythen, von einer andern Ideologie geprägt oder einer andern Denkdisziplin unterstellt sind. Dies würde auch den Übergang besser erklären von der messianischen Erwartung des Führers zu jener des Väterchens der Völker, die so oft gemeldet wird. Das rettende Idol von aussen wechselt einfach den Namen für jene, welche von dumpfem Groll gegen die Gesellschaft erfüllt sind und den «Geldsäcken» zürnen. Man findet solche in allen gesellschaftlichen Gruppen, was die Weite des Rekrutierungsfeldes der PdA erklärt. Die Anziehungskraft des Kommunismus für zahlreiche Intellektuelle ist ebenfalls offensichtlich. Sie findet sich in manchem andern Land wieder. Unsere Leute von H&H stellen dies fest und beklagen es, versuchen aber nicht, es zu erklären. Hören wir unter Vorbehalt diese schöne Rechtfertigung: «Nach den fünf Jahren der Unterdrückung, die sie unter der Herrschaft der unbeschränkten Vollmachten, der Zensur und der Verbote verbracht haben, wollen (sie) wieder frei sein zu denken. Und die grosse Masse der Linkswähler ... will nun endlich frei sein, nur zu leben ...» Wie ein Tessiner sagt, der hoffentlich nicht an die Intellektuellen dachte, handelt es sich nicht um einen «aktiven und bewussten Kommunismus, sondern einen der überall verstreut ist. Man ist Kommunist, ohne es zu wissen, noch zu wollen. Es sind die ewig Unzufriedenen, jene welche alles und alle kritisieren und für die jeder Anlass recht ist, sich einer Agitationsbewegung anzuschliessen.» Ein Waadtländer Lehrer macht Feststellungen ähnlicher Art bei den Bauern seines Dorfes, die mit den Behörden unzufrieden sind. Sie freuen sich über die Fortschritte des Parti ouvrier et populaire und erwarten von den Russen, dass sie «unsere «schönen Herren» ein wenig schütteln». Dann würden der Papierkrieg und die Schikanen der Behörden, die ihnen auf den Nerv gehen, endlich aufhören ...<sup>60</sup> Neben diesen mehr oder weniger ernsthaften und vorübergehenden Sympathisanten steht selbstverständlich der harte Kern der Überzeugten, der aktiven Mitglieder, deren Anwerbung je nach Ort verschieden ausfällt.

Zusammenfassend kann man sagen, dass insgesamt nicht die direkte revolutionäre Einnischung, sondern ein günstiger Einfluss auf das Sozialsystem von der UdSSR erwartet wird. So beobachtet H&H «eine Atmosphäre, wo der *Ostwind*

weht, ohne dass damit eine staatsfeindliche Haltung verbunden wäre. Es gibt nur einen ausschlaggebenden Faktor in dieser Einstellung, die Erwartung sozialer Vorteile für den Fall, dass die Bolschewisierung sich *nach Schweizer Art* vollziehen würde, was auf jeden Fall ein Widerspruch in sich ist.» Vielleicht gibt es doch ein neues Element, das H&H im September 1944 erkennt: Der sowjetische Bann, der sich nicht auf die Arbeiterklasse beschränkte, war seit den alliierten Siegen in Frankreich ziemlich gebrochen. Dasselbe gilt bei andern für die Angst vor den Bolschewiken.<sup>61</sup> Endgültiger Wechsel? Nichts ist weniger sicher beim letzten Hin und Her des Krieges. Es handelt sich da bloss um einen Zwischenfall unterwegs, einen Umweg des damals so gefeierten Zugs der Geschichte.

### Das «niet» aus Moskau

Was immer von der UdSSR zu erwarten war, es wurde immer peinlicher, keine diplomatischen Beziehungen mit ihr zu unterhalten. Linke und extreme Linke verlangten energisch, dass die Regierung endlich den Weg der Normalisierung einschlage, und sie fanden Verbündete in der bürgerlichen Presse. Insgeheim unternahm Pilet-Golaz im Verlauf des Sommers 1944 Schritte in dieser Richtung, welche in einer demütigenden Ablehnung mündeten. Die öffentliche Meinung wurde davon am 4. November erfasst. Gleichzeitig entfesselte sich in der UdSSR eine heftige Kampagne gegen die kapitalistische und profaschistische Schweiz. Am 10. November kündigte Pilet seinen Kollegen seinen Rücktritt aus der Regierung an.

Diese Krise der Aussenpolitik interessiert uns hier bloss wegen ihres inneren Widerhalls, der beachtlich war. Man kann sie als Prüfstein der nationalen Einheit betrachten und demzufolge als Hinweis auf die Richtung, die das Land einschlagen würde am Ende des Krieges. Würden die Sozialisten und die Extremisten die Erschütterung des öffentlichen Vertrauens in die Regierung dazu benutzen, sich zu verbünden und zusammen den Staat aufzulösen versuchen, um einen neuen politischen Kurs und eine Allianz mit der UdSSR durchzusetzen oder eine Anpassung an ihre Standpunkte und ihr Regime? Würde die äusserste Linke von den Umständen allein profitieren, um ihre verbalen Gewalttaten zu verstärken und, wer weiss, zu Taten zu schreiten? Würde man die Vorboten eines neuen November 1918 sehen? Auch ohne den Teufel an die Wand zu malen, war der Augenblick ernst, und es wurde nicht grundlos ausgiebig über die sowjetische Zurückweisung diskutiert; «man könnte Bände füllen mit all den Meinungen, die geäussert werden,» wie ein Korrespondent von H&H sagt.<sup>62</sup>

Solche Reaktionen waren in der Schweiz selten, wo die Aussenpolitik sonst die Bevölkerung nur mässig beschäftigte und die Parlamentarier nur mittelmässig interessierte.

In einer Angelegenheit, wo der Bundesrat über seine Schritte Stillschweigen bewahrt hatte, was nicht überraschend ist, brauchte die Öffentlichkeit Informationen und Redefreiheit. Die Regierung gab endlich ihre Darstellung der Tatsachen bekannt, und die Zensur gestattete den Medien weise, sich zu äussern und so die Strömungen der öffentlichen Meinung unverfälschter wiederzugeben ... Mit Ausnahme der extremen Linken zeigte sich die Presse bemerkenswert einmütig, sogar bei den Sozialisten, welche eine entscheidende Stellung in dieser Sache inne hatten. Sie verhehlten gewiss nicht ihre Kritik an der Regierungspolitik, welche von den bürgerlichen Parteien unterstützt wurde, und auch nicht ihre Entschlossenheit, Pilet-Golaz zum Rücktritt zu zwingen, was von ihrer Seite nichts Neues war. Gelegentlich fügten sie noch von Steiger hinzu, vertraten aber im Wesentlichen dieselben nationalen Positionen wie die bürgerliche Presse, natürlich mit unterschiedlichen Schwerpunkten. Eine der Anklagen der UdSSR und der PdA war der faschistische Charakter der Schweiz. Dieser Vorwurf schien unbegründet, da das Land der Propaganda und dem Druck der Achse nicht ohne wirkliche Gefahr widerstanden und seine Überlieferungen und demokratischen Ideale gegen jeden und alles verteidigt hatte (zu diesem Punkt konnte die Linke etwas unauffälliger sein). Die Kritik an unserer Regierungsform wurde auch als Wille zur Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten empfunden. Wenn beispielsweise die Kommunistische Partei verboten worden war, so weil man sie für das Land gefährlich beurteilt hatte, und dies ging weder die Sowjetunion noch sonst jemanden im Ausland etwas an. Es war unzulässig, die diplomatischen Beziehungen und die Innenpolitik miteinander zu vermischen. Mit andern Worten, die Souveränität konnte kein Gegenstand des Feilschens sein. «Was in der Schweiz geändert werden muss, ändern wir schon selbst nach unsern Mitteln und Methoden», sollte zum Beispiel das sozialistische *Volksrecht* schreiben.

Die Weigerung, dem Druck auf unsere Innenpolitik nachzugeben, hatte uns schon in Gegensatz zur Achse gebracht. Nachdem man fünf Jahre lang widerstanden hatte, würde man nicht plötzlich die Flinte ins Korn werfen und den Drohungen in umgekehrter Richtung nachgeben. Man würde ihnen einen «Widerstand aus Granit» entgegensetzen, wie es die *Thurgauer Zeitung* ausdrückte. Wenn uns damals schon das Sibirien, mit dem Goebbels' Dienste unsere Journalisten bedrohten, nicht eingeschüchtert hatte, so würde es auch jenes von Stalin nicht tun! Andernfalls hätte

die Neutralität keinen Sinn mehr gehabt. Aus dieser Sicht erschienen die «sowjetischen Fröntier» als *Anpasser*, bereit zur Einordnung, wie es die Nazi-Fronten in der Vergangenheit gewesen waren.<sup>63</sup> Sie büssten jetzt den Lobgesang, den sie zu Ehren der UdSSR angestimmt hatten und der sie vor der öffentlichen Meinung in ein schlechtes Licht rückte. Dies hinderte sie zweiJ fellos nicht, ihre Beliebtheit in der Folge wiederzufinden, bewies aber, dass die Abwehrreflexe angesichts der Drohung noch spielten: Die Risse im Burgfrieden waren nicht so tief, wie es den Anschein machte.

Die Einmütigkeit der nichtkommunistischen Presse spiegelt sicher die Meinung der Bevölkerungsmehrheit. Aber nicht jedermann war mit der Diplomatie des Bundes einverstanden. Man muss daher einige Vorbehalte am undifferenzierten Urteil eines Korrespondenten aus Olten anbringen: Es gibt einerseits die Freunde Moskaus, welche die Schuld zu 100% dem Bundesrat in die Schuhe schieben, und die andern, die Mehrheit, welche sich hinter die Regierung stellen und das wahre Gesicht Russlands erkennen.<sup>64</sup>

Der Rücktritt von Pilet-Golaz ist der zweite Teil der Affäre. Folgerichtig warfen ihm manche vor, das Spiel zu einem Zeitpunkt aufgegeben zu haben, wo das wie ein Zugeständnis an die UdSSR und ein Anzeichen von Schwäche gegenüber äusseren Drohungen erscheinen musste. Mehrere bürgerliche Zeitungen gingen mit diesem Verlassen des Postens äusserst streng ins Gericht, das überdies bloss den Sozialisten und Kommunisten in die Hände spielen konnte, welche nun endlich ihren Feind losgeworden und von der Macht ihres Einflusses überzeugt waren. Ein Zürcher Unteroffizier gewahrte in seiner Umgebung nur Gefühle der Befriedigung über diese Demission, einige bedauerten jedoch mit ihm, dass der Zeitpunkt so schlecht gewählt war: Es war eine Kapitulation. Dennoch ist es sicher, dass dieser Abgang die Atmosphäre entspannte. Konnte man anständigerweise der Linken diese Genugtuung verweigern? Gemäss dem schon erwähnten Freiburger Gewerkschafter billigten die Arbeiter die Entfernung eines der «ausgeprägtesten Vertreter des Autoritarismus, eines der ausgesprochensten Sympathisanten des Faschismus. Sein Weggang muss nach dem Willen der Arbeiter die Beseitigung dieser verderblichen Politik markieren ... (Dieser Abgang) hat den vielleicht zu Unrecht streng kritisierten Bundesrat rehabilitiert.»<sup>65</sup> Aus dieser Sicht wurde die Unterstützung der Regierung kärglich bemessen, und die Anklage des Faschismus blieb Pilet nicht erspart.

Die Sozialisten erhofften sich aus dieser Krise und aus diesem so oft verlangten Rücktritt die Rückkehr zur Demokratie und einen zweiten Vertreter im Bundesrat, der sich beispielsweise der äusseren Beziehungen angenommen hätte, um ihnen einen neuen Kurs aufzuprägen und das diplomatische und konsularische Per-



sonal zu erneuern. Wie die *Sentinelle* schrieb, die Regierungschefs, welche sich mit Moskau nicht verständigen, haben Probleme mit den Kommunisten, und es ist besser, vom Bürgertum einen hohen Preis für diese Freundschaft zu verlangen, als das Chaos zu riskieren.

Diese verschiedenen Genugtuungen wurden den Sozialisten nicht zuteil, weil die Krise der Aussenpolitik am Ende zu einem einfachen Misserfolg geschrumpft war, der übrigens ernst war, ohne in eine Regime – krise zu münden, wo sich zwei Lager gegenüber gestanden wären, die Bürgerlichen und die Marxisten. In einem Monat hatten sich die mächtigen Wogen von Anfang November gelegt, und die Kampagne der äussersten Linken war versandt, ohne dass es ihr gelungen wäre, die Bevölkerung gegen die Regierung aufzubringen. Der proletarische Internationalismus hatte weder die Sozialisten noch die Arbeiter mitgerissen, wie man hätte denken können: Der November 1918 hatte sich nicht wiederholt. Mangels genügend zahlreicher Dokumente ist es nicht möglich, die Rolle der öffentlichen Meinung hinter der Presse und den Parteien zu ermessen, ausser um mit H&H zu folgern: «Das Gleichgewicht der Schweiz besitzt ein unglaublich starkes Beharrungsvermögen.»<sup>66</sup> Eine banale Feststellung, welche eine Widerstandsfähigkeit gegen Agitprop auszeichnet, die schon zur Blütezeit von Goebbels geübt und erprobt worden war; man kann sich auch vorstellen, dass das ganze Wirken im Sinne der Geistigen Landesverteidigung, verbunden mit den andauernden Drohungen Deutschlands hatte erlauben lassen, wie wichtig es war, jegliches unbedachte Zugeständnis an eine Grossmacht zu vermeiden, egal welche messianische Hoffnung sie erwecken mochte. Man sieht dies zum Beispiel bei jenen Arbeitern von Oerlikon, die sich im Februar 1945 über die schlechten Beziehungen mit der UdSSR besorgt zeigten, was ein Exportgebiet gefährden könnte, die jedoch keinerlei Anlass sahen, vor den Russen zu kriechen.<sup>67</sup> Die Reaktionen auf den überstürzten Abgang von Pilet-Golaz sind in dieser Hinsicht bezeichnend.

Die Kaltblütigkeit der Bevölkerung verrät auch, dass die revolutionäre Erregung vor allem verbal blieb, eine Art Alibi für die Weigerung zu handeln. Dies bewog H&H beizufügen, wenn die Affäre soviel Polemik ausgelöst hatte, so könnte irgendein anderes Ereignis die gleiche Aufregung bewirken.

### **Der antibürokratische Interventionismus**

Weder die sowjetische Ablehnung noch der Rücktritt von Pilet-Golaz veränderten die allgemeine Stimmung, welche günstig war für die Linksströmungen und für den Ruf nach dem Staat, um den sozialen Fortschritt zu verwirklichen. Dies heisst selbst-

verständlich nicht, dass der Interventionismus von allen Seiten gutgeheissen, noch dass er von allen als feststehender und unbestrittener Grundsatz angenommen worden wäre. Es gab auch eine wachsende Verärgerung über die Verwaltung und ihren zunehmenden Einfluss auf die persönlichen Angelegenheiten, der sich aus der Kriegswirtschaft ergab.

Die Klagen gegen den Amtsschimmel sind zeitlos. Während des Krieges vermehrten sie sich derart, dass ein Bericht des Territorialkreises Zürich von Staatsverdrossenheit sprechen konnte! Die Auflagen wucherten auf allen Gebieten und belasteten gewisse Berufsschichten schwer. Die Landwirte waren besonders schlecht auf den Papierkrieg vorbereitet und auf die Ausforschung durch Beauftragte der Rationierung und der Kulturlanderweiterung; sie ertrugen deshalb die Verwaltungsschikanen mit umso grösserem Unbehagen, als sie sich bereits durch die militärischen Verpflichtungen ungerecht betroffen fühlten. Man hatte ihnen auch so oft wiederholt, dass sie die Verteidigung der Freiheit und das Erbe der Alten Schweizer verkörperten, dass sie sich fragen musste, was sie in Wirklichkeit verteidigten ... Die nationale Überlieferung, die Landesausstellung von 1939, die Geistige Landesverteidigung, der Hinweis auf die Grosstaten der Geschichte hatten eine Mythologie wieder aufgenommen, entwickelt und verstärkt, welche immer weniger mit den Tatsachen übereinstimmte. Ein Korrespondent aus Winterthur betübte sich zum Beispiel darob, und sein Heimweh findet sich anderswo wieder, dass die Leidenschaft der Altvordern für die Freiheit heute unverstanden und völlig unpassend und fehl am Platz sei in der neuen, aus dem Krieg hervorgegangenen Gesellschaft.<sup>68</sup>

Die Ausdehnung der Kulturen, der Mangel an Rohstoffen, die Rationierung, das neue Steuerwesen, die Ausgleichskassen, der obligatorische Landdienst... dies waren ebenso viele Notwendigkeiten, die man nicht grundsätzlich in Frage stellte, die aber Komplikationen und Erschwernisse mit sich brachten, die von Jahr zu Jahr zunahmen. Das nahe Ende des Krieges räumte damit nicht auf, liess aber all das besser erkennen, was man an Freiheit verloren hatte und wovon der Friede jeden befreien sollte.

Auf einer politischeren Ebene waren es die unbeschränkten Vollmachten, die alles umfassten, was man der Arbeitsweise der Institutionen vorwarf. Sie verkörperten den entscheidenden etatistischen Einfluss. Die Entscheidungen von Bundes-Bern betrafen auch die Kantone und Gemeinden, welche mit Vollzugsaufgaben belastet waren. Die Ausnahmeverfahren wurden so auch dem einfachen Bürger bewusst. Daher rührt der Eindruck, dass die Demokratie nicht mehr existierte und dass man so schnell wie möglich diesen Riesenapparat zertrümmern müsse, der

aus anormalen Umständen entstanden war. Die eidgenössischen Parlamentarier zeigten darin am meisten Eifer, aber sie wurden weitgehend unterstützt.

Wenn man auch ganz allgemein die Abrüstung der Staatsmaschine verlangte, hiess das keineswegs, dass man nicht auch ihre Wiederaufrüstung forderte für den Interventionismus und Dirigismus, jedenfalls für den Sozialstaat. Für viele waren diese Dinge einfach nicht auf derselben Ebene. Die drückende bürokratische Wirklichkeit des Augenblicks hatte nichts zu tun mit dem kommenden Versorgungsstaat. Die gelebte Alltagserfahrung liess auf der Ebene des Volkes bloss die Nachteile sehen, während die soziale Gerechtigkeit von morgen noch im Zustand der verheissungsvollen und ausschliesslich positiven Grundsätze verweilte. Ganz abgesehen davon wäre es nicht ausgeschlossen, dass man auf der Linken empfindlicher war für die politische Seite der unbeschränkten Vollmachten, und dass man auf der Rechten oder in Produzentenkreisen sich vor allem an der Schwerfälligkeit der Bürokratie stiess.

Bei den zahlreichen Korrespondenten von H&H und deren Kreisen war es nicht die Furcht vor dem Staatssozialismus, der die Gegnerschaft zum Kommunismus bestimmte. Sie machten sich im Gegenteil willig zum wohlwollenden Sprachrohr der sozialen Forderungen, die sie in ihrer Umgebung wahrnahmen, und mehrere schrieben die so bedauerlichen Erfolge der PdA den wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Lohnabhängigen zu, dem Egoismus und der Gewinnsucht allzu vieler Arbeitgeber wie auch einer kleinlichen Sozialpolitik der Staatsgewalt; die Preiserhöhungen gaben der kommunistischen Propaganda sogar ausserhalb der Arbeiterschicht Nahrung. H&H wies solche Behauptungen nicht von sich, bekräftigte aber, dass es an den Schweizern sei, ihre sozialen Probleme zu lösen, ohne auf von aussen diktierte oder kopierte Lösungen zu warten, dass die Regierung daran arbeite, dass aber jeder Bürger nach den Grundsätzen der demokratischen Verantwortung ebenfalls in diesem Sinn wirken müsse, wenn man zu günstigen Lösungen finden, die Spannungen vermindern und den extremistischen Forderungen den Boden entziehen wolle.<sup>69</sup> Dies ist, was der Gotthard-Bund seit Anfang 1944 «schweizerisch denken» nannte und was verschiedene Publizisten unterstützten. Also bloss die letzte Wandlung der Geistigen Landesverteidigung, welche neue äussere Einflüsse berücksichtigte ohne sie nachzuahmen, aber indem sie diese anpasste oder sie durch eine einheimische soziale Offensive durchkreuzte. Der Bezug auf die Geschichte, der alleinige Rückzug auf sich selbst, die vollständige Ablehnung der Modelle des Siegers, waren nicht mehr angezeigt, doch durfte man vor dem äusseren Druck nicht kapitulieren. Das heikle Gleichgewicht zwischen der neuen europäischen Umwelt und der

nationalen Unverfälschtheit sah Etter im Frühjahr 1945 in der Vertiefung des Gemeinschaftsgeistes und der nationalen Grundsätze, wie sie aus dem Krieg und der wachsenden kulturellen Abschliessung entstanden waren. Es war ein kostbarer Erwerb, den man bewahren musste, jetzt, wo die geistige Selbstversorgung ein Ende nahm.<sup>70</sup>

### Sie denken sowjetisch ...

Sowjetisches Gedankengut war der Hauptvorwurf, den unsere Korrespondenten und mehrere Zeitungen an die PdA richteten, welche gerne als einfache Neuauflage der Kommunistischen Partei begriffen wurde. Auf der Linie von H&H konnten sie sich nicht mit einer politischen Gruppierung abfinden, die ihre Parolen von aussen übernahm. Es war nicht so sehr ihr Programm, das im Visier stand, auch nicht ihr Internationalismus als solcher, sondern ihre Gefügigkeit gegenüber einer fremden Macht, die Vergötterung des Sowjetsystems, die einhergingen mit dem intellektuellen Terrorismus gegen jene, die Widerstand leisteten und einer unaufhörlichen Verunglimpfung der Regierung und der Institutionen. All das erzeugte eine unerfreuliche Spannung, besonders in der Arbeiterschaft: Es ist klar, schrieb eine Schwyzer, dass man dort die Revolution vorbereitet; die Armee sollte sich darum kümmern. Die Kampagne der PdA während der Novemberkrise setzte dem Abscheu vor diesem Vertreter des Auslandes die Krone auf. Von überall meldeten die Korrespondenten von H&H das Unverständnis der Öffentlichkeit für die Nachlässigkeit des Bundesrates: Wieso duldet er die Tätigkeit von Leuten wie Nicole und Hofmaler, die für das Land ebenso gefährlich waren wie jene der verbotenen Fronten? 1940 beschuldigte man auf der Linken die Behörden, strenger mit den Kommunisten als mit den Schweizer Nazis umzugehen; jetzt würde man ihnen eher den umgekehrten Vorwurf machen. «Es ist unbegreiflich, dass Leute wie Nicole, Grimm (sic) und Genossen – siehe das Oltener Komitee (sic) – heute wieder mit Wühlarbeit fortfahren können. Aufhängen, wäre die einzige Logik für diese Sorte Verräter.» Die Vermischung von 1918 mit dem gegenwärtigen Zeitpunkt ist aufschlussreich, indem der Wandel des Sozialismus dem Korrespondenten und seiner Umgebung offenbar völlig entgangen ist. Dem sowjetischen Mythos begegnet man zwangsläufig mit dem antikommunistischen. Andere, Gemässigtere fragen sich, warum die Regierung nicht mindestens eine Gegenpropaganda durchführt, deren Sprachrohr H&H sein könnte. Die Erbitterung ging so weit, dass die Umgebung eines Korrespondenten im Juli 1944 nichts von einer Wiederanknüpfung mit Russland hören wollte, da man die Betreiber dieser Initiative in kommunistischen Kreisen suchen müsse.<sup>71</sup>

Am 27. Februar 1945 hob der Bundesrat das Verbot auf, das auf den extremistischen Parteien lastete. Das Gerücht davon ging schon vorher um, zum grossen Schrecken derjenigen, die darin eine Linkswende sahen, ein rein opportunistisches Zugeständnis an den Osten. Man darf annehmen, dass die Entscheidung, einmal getroffen, sie wenigstens zeitweise das Schlimmste voraussehen liess. Sie mussten wohl mit *Le Pays* glauben, dass der Weg für den Kommunismus nun frei war, dass die Demokratie daraus nicht gestärkt hervorgehe und dass die Meinungsfreiheit drangsaliert werde.<sup>72</sup>

Es versteht sich von selbst, wie wir sahen, dass hinter dem Schreckgespenst der kommunistischen Revolution in der Schweiz der böse Geist der Sowjets sichtbar wurde. Auf dem Hintergrund der Bolschewisierung Europas würde jene der Schweiz einer unvermeidlichen allgemeinen Bewegung folgen. Das wäre dann die Wiedereingliederung in den Kontinent. Je länger je mehr nahm diese Wahrscheinlichkeit Gestalt an. Die roten Armeen rückten immer mehr gegen Westen vor, besetzten das so nahe Wien im April, verschluckten Räume und Staaten, während die westlichen Truppen in kleinen Schritten vorankamen nach ihren grossen Anfangserfolgen. Noch schlimmer, Italien, Frankreich, morgen ohne Zweifel auch das dem Chaos überlassene Deutschland, würden die Macht der kommunistischen Parteien erfahren und sich den Forderungen der Aussenkommandos von Moskau beugen. Mehr als je fasst der berühmte Satz, der das Manifest von Marx 1848 eröffnet, dieses Grauen zusammen: «Ein Gespenst geht um in Europa, das Gespenst des Kommunismus.» Es war ein Fehler, wirklich zu glauben, dass diese Weltanschauung einen Wandel durchgemacht habe. So kritisierte die *Gazette de Lausanne* heftig die *Weltwoche*, weil sie Verwirrung stifte; sie benutze die Gunst, welche die sowjetischen Armeen genossen, zur Verbreitung der Illusion, dass Kommunismus und Demokratie vereinbar seien: In Wirklichkeit bestehe die Einparteien-Diktatur weiter mit ihren Polizisten und ihrem Arbeitgeber Staat. Im Ausland, vor allem in der Schweiz, zielen der Kommunismus immer noch auf Subversion ab. Der Gotthard-Bund entwickelte ganz natürlich die gleichen Ideen in seiner Verteidigung der schweizerischen Unverfälschtheit: «Der Kommunismus verfügt bei uns über einen Stosstrupp: «die Partei der Arbeit» – eine getarnte kommunistische Partei – welcher auf intelligente Weise die Furcht, die der Nationalsozialismus einflösste, auszunutzen verstand. So haben die braunen Quislinge von 1940 den roten Quislingen Platz gemacht.» Im Übrigen weisen Hitlertum und Stalinismus «keinerlei grundlegende Unterschiede» auf. Aussagen über die Angst vor den Russen fehlen nicht, der *Russenschreck*, wie ein

Bewohner von Zimmerwald schreibt, der sich der Ironie des Ortes zweifellos nicht bewusst war! Da man annehmen muss, dass Stalin sich im Kriegszustand mit uns betrachtet, ist für den Tag, an dem seine Armeen den Rhein erreichen, das Schlimmste zu befürchten.<sup>73</sup>

Etwas nüchterner, verweigerten die Sozialisten jegliche Unterwürfigkeit gegenüber der UdSSR; wenn sie auch das grosse proletarische Land bewunderten, so bildeten sie sich doch nicht ein, ein ausländisches Vorbild nachahmen zu können, dessen Errungenschaften einer vollständig verschiedenen Schweiz nicht unbesehen aufgezwungen werden konnten.

### Pessimismus

Trotz der Nähe des Friedens verbreitete sich der Pessimismus überall. Das ist keine Überraschung, wenn man die allgemeine Lage bedenkt und die traurigen Zukunftsaussichten, welche noch durch den natürlichen Drang der Journalisten und Informanten verdüstert wurden, alles, was nicht funktionierte hervorzuheben und sich vorzüglich mit den schlechten Seiten der Wirklichkeit zu beschäftigen. Wenn die Katastrophenangst auch leicht begreiflich ist in diesem Augenblick, so muss man vor allem ihre Gründe unterstreichen. Gewiss war der Defätismus verschwunden oder hatte harmlosere Formen angenommen, aber zahlreiche Befürchtungen hielten an oder vergrösserten sich: Auf der materiellen Ebene war es die Furcht vor einem Sinken des Lebensstandards infolge der immer noch ungenügenden Versorgung, der Arbeitslosigkeit und der Lohn-Preis-Schere. Manchen erschien die Verwirklichung der AHV, der sozialen Sicherheit, einer arbeitnehmer- oder bauernfreundlichen Gesetzgebung unmöglich ohne eine Veränderung der Regierung und der Gesellschaft. Bei der Linken und bei zahlreichen Arbeitern und Angestellten mochten diese Befürchtungen auch eine Hoffnung nähren, jene auf mehr oder weniger tiefe, gesellschaftliche Umwälzungen, welche entweder friedlich, revolutionär oder mit sowjetischer Hilfe errungen werden könnten. Doch hatte für sie der Bruch zwischen Sozialisten und Kommunisten nichts Beruhigendes. Die Aussichten der Bauern waren besonders düster angesichts des allgemeinen Undanks, den sie wahrnahmen, und einer ausländischen Konkurrenz, die sich von Neuem durchsetzen würde. Die Selbständigerwerbenden waren bereits von den Anforderungen der Kriegswirtschaft und der Mobilmachungen gebeutelt und fühlten sich ebenfalls unverstanden; die Sozialisierung, die sie voraussahen, war nicht eben erfreulich. Was schliesslich die «Bourgeois» oder die Unternehmer betrifft, so nahmen ihre Befürchtungen im Gespenst

des Kommunismus Gestalt an; sie fürchteten auch eine schwierige Wiedereinfügung in die Welt, die aus dem Krieg hervorging, wo die Ein- und die Ausfuhr gleichermaßen gelähmt wären und wo es der Schweiz als zu vernachlässigender und verächtiger Grösse nicht mehr gelingen würde, sich einen Platz zu erkämpfen, ja nicht einmal der Rechtmässigkeit ihrer Interessen Anerkennung zu verschaffen. Auf einer ganz anderen Ebene konnte auch der Antikommunismus eine Art Katastrophen-Messianismus erwecken. So bei Mgr. Maeder, der unter den Schlägen des modernen Antichrist, des Zerstörers des christlichen Erbes, die Zeit der Katakomben wiederkehren sah. In dieser Auslöschung würde Gott zeigen, dass der Mensch nicht der Herr aller Dinge ist. Es wäre dann die Sendung der Katholiken, die Wahrheit und den Glauben durch diese Prüfung hinüberzuretten, um die Revolution der Religion und ihre Wiederkunft vorzubereiten.<sup>74</sup>

Man konnte nicht einmal den schlimmstmöglichen Ausgang des Konfliktes ausschliessen, den Krieg zwischen der UdSSR und ihren ehemaligen Verbündeten. Die Schweiz dürfte dieses Mal schwerlich ausserhalb des Aufruhrs bleiben. Diese Furcht, die schon vor dem Ende der Kampfhandlungen zuweilen geäussert wurde, erschien am häufigsten nach der deutschen Kapitulation und wurde für manche noch verschärft durch die Aussicht auf eine Revolution und einen Bürgerkrieg im Land.<sup>75</sup>

### **Dennoch Hoffnung**

Das Bild ist allerdings nicht einheitlich; aus diesem Grau tauchen auch Hoffnungsschimmer auf, zweifellos weniger häufig, und manchmal an diese oder jene Wechselfälle des Krieges gebunden. Dennoch hellen sie eine Stimmung auf, deren gleichmässige Verdrossenheit man leicht zu übertreiben versucht wäre. Da ist zum Beispiel der stets zur Wiederkehr bereite Glaube, dass man schon bald die materiellen Bedingungen der Vorkriegszeit wiederfinden würde, und insbesondere Erleichterungen in der Versorgung, welche die Einschränkungen und die Rationierung vergessen liessen. Diese vordringliche und zähe Hoffnung stand in direktem Gegensatz zur nicht weniger grundlegenden Furcht, sich weiterhin Entbehnungen auferlegen zu müssen. Im Widerspruch zur Aussicht auf Arbeitslosigkeit rechnete man auch mit einem schönen Wiederaufschwung der Exporte und «einem wunderbaren Geschäftsgang».<sup>76</sup> Dieser Glaube stützte sich auf eine richtige Einschätzung der unermesslichen Bedürfnisse der vom Krieg, der Besatzung und den Bombardierungen zerstörten europäischen Länder. Er übersah aber vollständig deren Mangel an Devisen und

Austauschgütern, wie auch ihre wirtschaftliche und verwaltungsmässige Zerrüttung. Die Isolierung hatte es bisher verunmöglicht, sich dessen bewusst zu werden.

Für jene, die keine Revolution wollten, war der wichtigste Grund zur Zuversicht das Vertrauen in die Behörden. Jemand, der an die Möglichkeit von Reformen glaubte, der die Regierungsform für ausreichend geschmeidig hielt, um sich den Umständen anzupassen ohne die bestehenden Behörden auszuwechseln zu müssen, konnte der Zukunft mit Gelassenheit entgegensehen, jedenfalls in der Innenpolitik. Dieses Vertrauen bildet das Gegenstück zur häufig gemeldeten Überzeugung, dass die AHV und andere Sozialprogramme mit derartigen Regierungsleuten undenkbar seien. Wenn man sich von der oft ebenso heftigen wie oberflächlichen Kritik an Verwaltung und Armee nicht aufhalten lässt, kann man mit den bedächtigsten Beobachtern zum Schluss kommen, dass der Konformismus fort dauerte und kein Umsturz ihn bedrohte: Der Staat hatte seine wesentlichen Pflichten nicht versäumt. Die zwei Krisen der Aussenpolitik hatten die nationale Einheit wieder zusammengeschweisst, welche die Entfernung der Invasionsgefahr rissig gemacht hatte. Das Gleichgewicht mochte nur in der Masse erschüttert scheinen, als man Spannungen dramatisierte, welche nicht über die normale Konfrontation der Interessen oder der Ideologien hinausgingen. Die äusserste Linke durchbrach zweifellos die gewöhnlichen Schranken, aber der Zwist mit Moskau hatte ebenso gut ihre wahre Isolierung enthüllt. Die Gewerkschaften und die Sozialistische Partei hatten im November-Dezember der Versuchung, die PdA zu überbieten, nicht nachgegeben; sie hatten auf den Reformkurs, die Absprache und den Arbeitsfrieden gesetzt, welche mehr Zukunft hatten als das tatenlose Warten auf den sowjetischen Retter.

Am häufigsten erwartete man vom Staat vertrauensvoll, wenn auch nicht geduldig, die Förderung einer echten Sozialpolitik, welche die Wahlerfolge der reformerischen Linken wahrscheinlicher gemacht hatten. Diejenigen, welche Lösungen ausserhalb des Interventionismus suchten oder ihn auf ein Mindestmass zurückführen wollten in der Berufsgemeinschaft, in den Korporationen, in den Gewerbeverbänden, schienen in die Defensive getriebene Aussenseiter zu sein. Ihre Thesen hatten nicht die ganze Klarheit, die Genauigkeit, den Ausarbeitungsstand und vor allem nicht den Hoflungsschub der linken Programme. Sowohl die Katholiken wie die Liberalen bekundeten Mühe, ihre Lehrsätze zu modernisieren und den Forderungen des Augenblicks und der kollektivistischen Strömung anzupassen, welche scheinbar alles wegfegen musste.<sup>77</sup>

Vom bevorzugten Standort seiner Sektion H&H mass Lindt, der sich nicht durch umständebedingte Zwischenfälle blenden liess, der Beziehung zwischen



Volk und Armee eine grosse Bedeutung zu. Über den Parteistreitigkeiten und den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen stehend, war die Armee in diesem Krieg nicht als «das Werkzeug einer Klasse, sondern als die Sache des gesamten Volkes» erschienen, weil die national-sozialistische Gefahr, gegen welche sie das Land verteidigte, von allen als grösste existenzielle Bedrohung betrachtet wurde. Ausserdem hatte die Mobilmachung in den Beziehungen zwischen Offizieren und Soldaten ein neues Klima geschaffen, das sich von der Nachahmung ausländischer (lies: preussischer) Vorbilder abhob, welche bis anhin die Stimmung in der Truppe beeinträchtigt hatte.<sup>78</sup>

Man ist versucht, dem Urteil von Hans-Ulrich Jost über dieses Kriegsende beizupflichten: «Der Weltkonflikt endet ohne soziale und politische Neuorientierung in der blossen Befriedigung der materiellen und ökonomischen Bedürfnisse, bevor die Epoche bald ohne grosse Überlegung in die Ideologie des Kalten Krieges gleitet. Im Übrigen steht der Historiker vor einem grau-in-grau-Bild, welches eine Schweiz darstellt, welche ohne Energie und gemeinschaftliche Perspektive ist.» Dieses Urteil will vermutlich provokativ sein, ist aber überlegenswert. Sicher ist, und das entspricht der allgemeinen These ihres Autors, dass sich die Schweizer im Schutz ihres ebenso sehr geistigen wie materiellen nationalen Réduits rückständig fühlen im Augenblick, wo sie den Kontakt mit der Aussenwelt und ihrem Chaos wieder aufnehmen. In seinem Schlussbericht erwähnt Lindt auch, dass irgendwo die Triebfeder fehlt, etwas Grosses zu unternehmen; er schreibt dies einer aus dem Krieg hervorgegangenen Passivität zu, wo alle grossen Unternehmungen, die unser Leben prägen, von aussen kamen, und nicht von unserem eigenen Land.<sup>79</sup> Sollte man nicht eher die Passivität und das Unbehagen, soweit sie wirklich waren, der bequemen Gewohnheit der unbeschränkten Vollmachten und der Zensur zuschreiben, welche alle Verantwortlichkeiten und alle Initiativen dem Staat übertrug und so allmählich die Vorrechte der Kantone und des Parlaments wie auch die verfassungsmässigen Freiheiten ihrer Substanz beraubten?

In ihrer bilderstürmerischen Rohheit berücksichtigt die *Neue Geschichte der Schweiz und der Schweizer* vor allem die wirkliche Lage der Bevölkerung nicht genügend. Gewiss sind die materiellen Sorgen vorrangig, und wir haben deren Gründe in einer Zeit gesehen, wo die Lebensmittelversorgung und die Rohstoffe immer knapper wurden und die Arbeitsaussichten immer düsterer. Es ist ein Arbeitsplatz der Moralisten und der Konservativen, den gegenwärtigen oder wie in diesem Fall den vergangenen Materialismus zu schmähen. In einer seiner politischen Chroniken stellt Jann von Sprecher im Oktober 1944 fest, dass die Not in Europa so gross

ist, dass man kein Heil mehr sieht ausser im Staat, dass man darob die Eigenschaften vergisst, welche die Grösse unserer Völker ausgemacht haben. Dies ist auch in der Schweiz der Fall, wo zuviele Leute keine andere Zukunft mehr in Betracht ziehen, als im oder durch den Kollektivismus.<sup>80</sup> Diese Feststellung scheint solider begründet. Sie berücksichtigt die materiellen Tatsachen des Augenblicks besser, denen sich die Schweizer, so bevorzugt sie auch sein mochten auf dem Kontinent, nicht entziehen konnten. Es ist eben der Staat, von dem man die Verwirklichung dieser Gesellschaftsentwürfe erwartete, die Jost so gering schätzt.

In der Tat darf man die Hoffnung, welche eine neue Sozialpolitik trägt, nicht unterschätzen. Die Sicherheit sollte mehr Freiheit und der Kollektivismus mehr Gleichheit verbürgen. Die Löhne wurden zu niedrig befunden, doch die Lohnarbeit wurde im Namen der Demokratie am Arbeitsplatz und der wirtschaftlichen Befreiung verurteilt. Man darf die Ethik nicht vom Materiellen trennen.

Selbstverständlich glaubten nicht alle daran, manche beklagten dies, aber welches Gemeinschaftsprojekt hat je die einhellige Zustimmung des Volkes gefunden, ausser durch Zwang? 1918 war der Pazifismus moralisch, schreibt ein Sozialist. Heute ist es anders: Der Friede scheint unauflösbar an das Ende des liberalen Wirtschaftssystems geknüpft.<sup>81</sup> War es eine Entwertung des pazifistischen Ideals, wenn man es von den Utopien, welche die Morgenröte der Völkerbunds begleiteten, herabführte zu prosaischeren Betrachtungen, welche einer enttäuschenden Erfahrung entsprangen?

## Jeder ist sich selbst der Nächste

### Die Schweizer Spende

Am 10. Oktober 1944 beschloss der Bundesrat, einen Fonds zugunsten der Kriegsoffer in den Nachbarländern zu schaffen, die «Schweizer Spende», welche durch die Eidgenossenschaft mit ungefähr 100 Millionen Franken gespiesen würde, aber auch von andern öffentlichen Körperschaften und von Privaten Zuwendungen erhielt. Am Ende des Jahres beliefen sich die Einzahlungen insgesamt schon auf 197 Millionen, davon stammten 152 vom Bund, 9 von den Kantonen und 36 von Privaten.

An der individuellen Grosszügigkeit fehlte es also nicht, so sehr waren die Bedürfnisse einsichtig geworden. Dennoch regte sich Widerstand in der Bevöl-

kerung: die meisten Aussagen von Korrespondenten von H&H stimmen hierin überein. Das Hauptargument kam von der Empörung, die Ausländer den Schweizern vorgezogen zu sehen; es gab genug Elend in den Familien der Soldaten und der Arbeitnehmer, genügend Kinder, deren Eltern keine anständige Unterkunft fanden, während man den Internierten Hotels zur Verfügung stellte. Diese ausländischen Militärs hatten im übrigen nichts zu tun mit den zu unterstützenden Opfern, doch ist der Vergleich kennzeichnend für die Vermischung der zwei Kategorien von Nutzniessern der nationalen Grosszügigkeit. Ein Korrespondent aus Kreuzlingen geht so weit, von einem wahren Entrüstungssturm zu sprechen, der sich grundlegend von den üblichen Nörgeleien gegen Bern unterscheidet. Eines der Argumente, das er erwähnt, ist der Mangel an Anerkennung und der Undank, der sich schon in andern Fällen gezeigt hatte. Im Übrigen hatte man schon dem Roten Kreuz genug gegeben! Der uneigennützigste Charakter der Geste war schon von andern angezweifelt worden: Es ging darum, bei den Fremden einen guten Eindruck zu «schinden» von der Schweiz. Diese verschiedenen Gründe überraschen nicht. Sie werden gerne vorgebracht, sobald man zur Grossherzigkeit für Leute ausserhalb der schweizerischen Gemeinschaft aufruft.<sup>82</sup>

Das Gefühl, es handle sich vor allem darum, das Schweizer Wappen aufzupolieren, geht auch aus einer politischeren Einschätzung hervor, die andern Kriterien als dem einfachen Egoismus entspricht. In der PdA weigert sich die *Voix ouvrière*, für die Schweizer Spende Interesse aufzubringen, weil deren Millionen bloss eine Heuchelei des Bürgertums sind. Um ihre Solidarität mit Europa zu bezeugen, sollte die Schweiz die faschistischen Kapitalien und die Kriegsverbrecher aufspüren sowie ihre Industrie in den Dienst des Wiederaufbaus stellen. Mit andern Worten, das Bürgertum konnte sich nicht weisswaschen, indem es den zerstörten Ländern einige Geschenke überliess. Die Zeitschrift *Traits* verfolgte den Gedankengang noch weiter und protestierte gegen die Bestimmung, die man der Schweiz als «Wohltätigkeitsdame Europas und nichts weiter» aufzwingen wollte. Es hatte ihr nicht eben viel genützt, die Schweizer Spende zu schaffen, um desto besser die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit der UdSSR verlangen zu können. Das wahre Volk ist nicht jenes der Pilet-Golaz und anderer Anpasser, sondern jenes der Widerstandskämpfer, welche die Partisanen versorgten oder Arbeiterliteratur aus dem Untergrund verteilten. So viele verschiedene Arten, die Solidarität aufzufassen! Der offizielle Weg folgt der Tradition der aktiven und wohlthätigen Neutralität, während der zweite sie als wirksame Zusammenarbeit bei der faschistisch-kapitalistischen Säuberung begreift, deren Beispiele im Ausland nicht fehlen.

Was die Gegnerschaft der Illegalen betrifft, erwähnen wir sie hier, weil sie zu einer selten erwähnten Strömung gehört, die vielleicht in der Westschweizer und Tessiner Jugend bedeutend ist, jene der Widerstandsromantiker. Die Zwangsjacke des nationalen Réduits, der Geistigen Landesverteidigung, der Neutralität vor allem, lähmt diejenigen, welche jedenfalls rückblickend davon träumen, das harte Abenteuer des Untergrundkämpfers zu bestehen, und darunter leiden, mit hängenden Armen dagestanden zu haben angesichts der heroischen Opfer der Partisanen. Zum Glück gab es das Ersatzmittel der Lektüre und Verteilung verbotener Zeitungen, «während fünf Kriegsjahren der einzige organisierte Kampf für die Erhaltung der nationalen und geistigen Unabhängigkeit „...»<sup>83</sup>

### Flüchtlinge und Internierte

Unmittelbarer als durch die Hilfe an die zerstörten Länder konnte die Solidarität sich gegenüber den Flüchtlingen und Internierten offenbaren, umso mehr als die Militäroperationen und die Besetzung Deutschlands 1945 deren Zahl ansteigen liess:

#### Statistik der Flüchtlinge und Internierten

Anfang 6.1944	1.12.1944	1.2.1945	1.4.1945	1.5.1945
77 178	103 162	104 673	92 724	106 470

Diese Zahlen sind nicht sehr befriedigend; ihre Genauigkeit ist nicht verbürgt, und die dazwischenliegenden Schwankungen werden nicht sichtbar: Die Kämpfe an der Grenze brachten Wellen von Fliehenden, zum Beispiel elsässischen, welche nur ein Zeitlang blieben, bevor sie nach der Schlacht in ihre Häuser zurückkehrten. Auch konnten Internierte und Flüchtlinge dank der Befreiung Frankreichs und Italiens in ihr Land zurück gehen, andere konnten aus Deutschland fliehen und die Schweiz durchqueren, um heimzukehren. Wieder andere schliesslich wurden je nach Zeitpunkt mit mehr oder weniger Härte zurückgewiesen, was die nicht bezifferbaren heimlichen Grenzübertritte nicht ausschliesst.

Es sind nicht die exakten Zahlen, die hier wichtig sind, sondern die Wirkung der Anwesenheit all dieser Fremden, welche nicht unbedingt dieselbe war wie in den vorhergehenden Kriegsphasen. Zuverlässigere Nachrichten über die wirkliche Lage in Deutschland und den besetzten Ländern zwangen dazu, das Problem an-

ders zu betrachten, auch wenn nicht wenige Konstanten fort dauerten. Ein Korrespondent aus Steckbom verdient ein längeres Zitat, weil er die von den Flüchtlingen erweckten widersprüchlichen Gefühle, die in andern Briefen nur verstreut auftauchen, vollkommen zusammenfasst: «In unserer Untersee-Gegend wird momentan viel über die Judenverfolgung gesprochen. Oft hört man in den kräftigsten Formen Wünsche aller Art für die «deutschen Kriegsverbrecher». Die neuesten Meldungen aus den Tageszeitungen wie auch der Aufruf des zürcherischen Kirchenbundes gingen denn auch nicht spurlos vorüber. Anstatt Mittel und Wege zu suchen, wie diesem elenden Hinmorden Einhalt geboten werden könnte, gipfeln die Diskussionen in scharfen Worten gegen Deutschland, es wird der Hass geschürt und Ausrotten der «Deutschen» gewünscht. Andere wieder wollen schon fürchten, dass die Schweiz sich durch ihr Bekümmern um das Los der Ärmsten der Armen bald überflutet sein werde von Emigranten und geflüchteten Juden, so, dass sie selbst dann nichts mehr zu essen hätten. Denn es wird hier vielerorts richtig erkannt, dass die Versorgungsschwierigkeit mit Lebensmitteln sich immer mehr und mehr verschärfen wird und dass ohne weiteren Zuwachs unsere Rationen von selbst kleiner würden. Schon sieht man die Schweiz überfüllt mit Juden aus Ungarn. Oft habe ich auch gehört, dass gesagt wird, die Behörde solle sich gar nicht mit dieser Angelegenheit befassen, denn wir hätten ja nichts damit zu tun.»<sup>85</sup>

In dieser Zeit kann man der Wirklichkeit nicht mehr ausweichen. Der Brief ist vom Juli 1944 datiert. In der Folge sollten sich die Nachrichten häufen, eine grausamer als die andere. Die Gefühle, die sie auslösen, sind eher vom Hass gegen die Deutschen als von Wohlwollen und Mitleid für ihre Opfer geprägt. Auch wenn die Aufrufe der Kirche in Steckbom vernommen wurden, scheinen sie im Ganzen wenig befolgt worden zu sein. Diese Haltung war ausreichend verbreitet, so dass zur selben Zeit ein anderer Beobachter die tiefe Entrüstung über die deutschen Miss-handlungen, aber gleichzeitig auch ein «bedrückendes Gefühl» melden konnte bei der Vorstellung, dass es mehr als 80'000 Flüchtlinge und Internierte im Lande gab.<sup>86</sup>

Unsere Quellen stellen in der Tat keine grösseren nationalen Solidaritätswelle fest als früher, auch wenn man nicht schwarzmalen soll: Zum selben Zeitpunkt erwähnt man in der Region Zürich die gleichen Reaktionen gegen die Deutschen, aber auch eine vermehrte Grosszügigkeit gegenüber den Flüchtlingen und manchmal Empörung über die Rückweisungen an der Grenze. Bemerkenswerter ist die Einstellung der Bewohner von Lyss gegenüber den in der Gegend internierten

Italienern; diese werden in die Familien eingeladen und mannigfach unterstützt. Mehr noch, man rügt die Härte und sogar die Brutalität der sie bewachenden Soldaten, was selten vorkommt, denn im Allgemeinen wirft man der Bewachung sonst eher Nachlässigkeit vor. Der Fall ist interessant und beweist, dass die Nachbarschaft von Lagern nicht immer abweisende Reaktionen hervorruft. Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass dies ein Einzelfall blieb. Ein Korrespondent aus Zürich berichtet zum Beispiel, wie die Leute spontan Kleider und andere Artikel des täglichen Bedarfs zu den Wachtposten brachten.<sup>87</sup> Diese Seite der Aufnahme darf nicht vernachlässigt werden, auch wenn die gegenteiligen Aussagen nicht fehlen. Im oben zitierten Brief aus Steckbom kann man jedenfalls nicht die geringste Sympathie für die Juden feststellen. Hie und da erkennt man noch Antisemitismus, etwa im Tessin, wo die italienischen Flüchtlinge durch ihre Ausgaben, ihren Luxus, ihre Unverschämtheit Anstoss erregten, alles Fehler, die nicht eben dem klassischen Bild vom Juden entsprechen. Es gab schlimmeres; so in Basel, wo die öffentliche Meinung für das Flüchtlingsproblem sensibilisiert war, nahm noch zur Zeit der Massenvernichtung in Ungarn die Ansicht zu, dass es nicht so übel sei, wenn «etwas gegen die Juden unternommen wird». Diese Einstellung dürfte nicht so begrenzt gewesen sein, da H&H ihrem Korrespondenten erklärt, dass genau aus diesem Grund der so umstrittene Wehrbrief veröffentlicht worden sei (zugegebenermassen vor den Ereignissen in Ungarn; siehe oben).<sup>88</sup>

Wenn der unterschwellige Antisemitismus nicht verschwunden zu sein scheint, so herrschte doch Einstimmigkeit gegenüber den Henkern. Die Ausbrüche von Wut und Hass sind kaum mehr zu zählen. Am häufigsten richteten sie sich gegen die SS und die Agenten der Gestapo, deren Asylgesuche an die Schweiz man nicht zulassen würde. Sie wurden vorbehaltlos zu den Kriegsverbrechern gezählt, die keinerlei Mitleid verdienen. Es hatte schon die Musterfälle der Edda Ciano und des Grafen Volpi gegeben, die keineswegs vergessen waren und noch regelmässig von sich reden machten. Das sollte sich nicht wiederholen. Natürlich gingen Gerüchte um, dass gewisse Leute versucht hätten, die Grenze zu durchbrechen, dass es zu Kämpfen gekommen sei, dass es andern gelungen sei, sich einzuschleichen und sogar die Waffen zu behalten etc. Der Bundesrat hatte im Übrigen vorgesorgt: am 30. August untersagte er den Mitgliedern der Gestapo selbst in Uniform den Zutritt zum Land. Der General präziserte am 7. September den Begriff der zulässigen Militärpersonen und dehnte das Verbot auf die Kosaken von Vlassow aus.<sup>89</sup> Die SS wurde nicht aufgeführt, da sie auch regelmässige Wehrmachteinheiten bildete, welche den internationalen Regeln über die Internierung der Militärs unterstellt waren. Was die

Zivilisten betraf, musste man sie einzeln prüfen, und es gab Listen von unerwünschten Personen, die fortlaufend ergänzt wurden.

Wesentlich war, dass die Regierung sich den Grundsätzen der alliierten Politik unterzogen und den Begriff des Kriegsverbrechers angenommen hatte.<sup>90</sup> Damit folgte sie übrigens auch bloss dem Empfinden des Volkes, das mehr der Ethik als einer engen Auslegung der Neutralität verpflichtet war.

Am 21. September 1944 hörte der Nationalrat Bundesrat von Steiger an, der in Beantwortung einer Interpellation von Bircher seine Flüchtlingspolitik erklärte. Es scheint, dass dies die Gemüter wenigstens teilweise beruhigt hat. Aber die Anwesenheit von Edda Ciano und einiger anderer bekannter Faschisten, deren Gesundheitszustand ihren Aufenthalt und die bevorzugten Lebensbedingungen erklärte, wirkte wie eine Eiterbeule und unterhielt weiterhin Zweifel an der Konsequenz der Regierung. Die Gerüchte hörten nicht auf, und es blieb ein Unbehagen. Jedenfalls fehlte eine Definition der Kriegsverbrecher, besonders für die Zivilisten, sodass die Auslegungen abweichen konnten und die Bevölkerung eine engere Bedeutung des Wortes annahm als die politischen oder Polizeibehörden. Es darf daher nicht erstaunen, wenn zum Beispiel Tessiner sich entrüsteten über die Asylgewährung an Mitglieder der faschistischen Partei, wobei es in diesem Augenblick gewiss übertrieben gewesen wäre, diese insgesamt und unterschiedslos zu verurteilen.<sup>91</sup>

Wenn schon die körperliche Gegenwart der Kriegsverbrecher unerträglich ist, wird auch jene ihrer Gelder von einigen Korrespondenten von H&H mit Abscheu erwähnt, jedoch sehr selten. Die Linkspresse räumt dem mehr Platz ein. Es sind die amerikanischen Anschuldigungen, die Proteste wachrufen und auch die Forderung, dass die Banken Auskunft über die Anlagen der Nationalsozialisten geben sollten. Es ist bezeichnend, dass ein Bewohner Winterthurs sich weigert, den Gerüchten zu glauben, weil ein Staat, der die Kriegsverbrecher abweist, gewiss nicht deren Geld schützen würde, doch empfindet er es als schlecht, dass die Regierung die Geheimnisse der Privatindustrie und der Banken nicht durchdringen kann.<sup>92</sup>

Der Mangel an aufrichtigem Wohlwollen für die Flüchtlinge, den der Brief aus Steckbom verrät, nimmt zuerst und vor allem die klassische Form der Angst vor dem Nahrungsmangel an. Die Mehrzahl der Schweizer wollen keine *Brotesseerkonkurrenten* mehr, wie man sich in Basel ausdrückt, und das Schlimmste ist für sie gerade recht. Darin liegt nichts Neues, nichts hat sich geändert, und die Thurgauer oder die Basler sind bei Weitem nicht die einzigen, die so überlegen.<sup>93</sup>

Die andern Vorwürfe sind ebenfalls nicht neu: Die Internierten seien schuld an zahllosen unehelichen Geburten und hätten ein ehrloses Betragen. Ihre Untätigkeit begünstigte natürlich Verfehlungen, deren Schande sie mit den Schweizerinnen teilten, wenn man einer Redensart aus einem Lager für italienische Offiziere in Mürren Glauben schenkt: «Die Schweiz ist angenehm, aber die Frauen sind billig.» Unsere guten alten Schweizersitten, fügt ein anderer Korrespondent hinzu, wären durch diese Männer aus dem Süden bedroht, welche die Freiheit der Frauen mit Verfügbarkeit verwechselten. Wie den Flüchtlingen nahm man auch ihnen ihre Faulheit übel, wenn sie nicht zur Arbeit gezwungen waren, über Land spazierten, zum halben Tarif herumreisten oder in den Wirtschaften und Kinos herumhingen. Wann endlich würde sich Bern dazu entschliessen, sie alle in Lager und auf die Felder zu schicken? Der obligatorische Landdienst für die jungen Schweizer, die Anforderungen des Plan Wahlen liessen sie als Bevorzugte erscheinen, mit denen man die Rationen teilen musste, ohne dass sie zu deren Produktion beitrugen. Dieses Problem sollte nie gelöst werden, und von Steiger musste 1944 zugeben, dass es unlösbar sei.<sup>94</sup>

Es gab deren noch andere, die geringfügige, aber ach so empfindliche Einzelheiten betrafen: Die Soldaten, welche die Internierten bewachten, waren zu strengeren Polizeistunden gezwungen und mussten einrücken, während die Internierten noch in der Wirtschaft bleiben durften; sie schliefen im Stroh und diese in Zimmern. Auch herrschte bei Weitem keine Gleichheit zwischen Flüchtlingen und Internierten, was ebenfalls ein Grund zu Nörgeleien war. Mit Bezug auf den Grafen Volpi protestierte ein Korrespondent: Wenn wir sie aufnehmen müssen, weil ihr Leben im Ausland in Gefahr ist, wohl an, aber «wir brauchen keine Flüchtlinge ersten und zweiten Ranges».<sup>95</sup> Die komplizierten Rangordnungen zwischen den internierten Militärs und den einfacheren unter den Zivilpersonen waren umso unerträglicher, als sie weniger verständlich waren.

Alle Kritiken laufen logischerweise auf die Schlussfolgerung des oben erwähnten Briefes hinaus: Das Land wird überflutet werden. Es ist kennzeichnend, dass unser Korrespondent sich diese Invasion nicht anders denn als Judenschwemme vorstellen kann, die ja besonders unanpassbar oder unerträglich seien. Zwar konnte man im Juli 1944, als dieser Brief geschrieben wurde, noch nichts wissen vom unermesslichen Wirrwarr vertriebener oder gemarterter Völkerschaften, die in Deutschland zusammentrafen und von denen die Juden nur einen Bruchteil ausmachten. Eine infolge der militärischen Ereignisse im Sommer 1944 ebenfalls oft erwähnte Gefahr ist der Zustrom von Deutschen im Augenblick, wo das zusammenbrechende Reich im Chaos versinken würde, Gruppen von Soldaten, von SS oder von SA inbegriffen,



die man zurückweisen oder entwaffen und dann natürlich füttern müsste. Die an Deutschland angrenzenden Gebiete wären am meisten betroffen, aber auch das Tessin, welches schon so viele Flüchtlinge und Internierte beherbergte. Einmal mehr kommt das Gefühl einer unmittelbar bevorstehenden, erdrückenden *Überfremdung* wieder an die Oberfläche. Es übersteigt vielleicht noch die Beunruhigung um die innere Sicherheit, welche eine zu grosse und unkontrollierbare Zahl von unerwünschten Elementen bedrohen könnte.

Hier und dort vermeldet man auch den Wunsch, dass all diese Leute möglichst rasch wegziehen möchten, sobald der Krieg zu Ende sei. Denkt man an die Furcht vor Arbeitslosigkeit, so versteht es sich von selbst, dass ihre Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt die Schwierigkeiten der entlassenen Soldaten und der jungen Arbeitssuchenden noch hätte vergrössern können. Nach dem Ende der Kriegshandlungen wird die Abreise all dieser lästigen Gäste mit Ungeduld verlangt, und die Behörden werden angeklagt, nicht genügend rasch zu handeln, um sich ihrer zu entledigen. Es ist vorbei mit den Ferien in der Schweiz! Diese Hoffnung eines Thurgauers, den es ärgert, dass die Internierten nicht schleunigst verschwinden, steht zweifellos nicht allein da.<sup>96</sup>

Bis es so weit ist, muss man sich wohl oder übel abfinden mit der Anwesenheit all dieser Fremden. In Anbetracht der Feindseligkeit ihnen gegenüber erstaunt es nicht, dass man die Forderung nach mehr Strenge hören kann: Man müsste den Kontakt zur Bevölkerung möglichst einschränken und sie doppelt scharf überwachen. Wieder ist es die Ostschweiz, wo die geographischen Bedingungen den Zustrom und den Aufenthalt von Flüchtlingen erleichtern, aus der H&H bissige Anklagen gegen die Nachlässigkeit der Behörden erhält. In der Masse, wie man fest überzeugt ist, dass die Internierten (unterscheidet man sie überhaupt genügend von den Flüchtlingen?) Vorrechte geniessen, welche den Schweizern versagt sind, lassen sich diese Bestrafungsreaktionen leicht erklären. Die Linke, welche dem Asyl gegenüber offener ist, geht besonders hart ins Gericht mit den Faschisten, den Nazis sowie jenen, welche sich das Hotelleben leisten können, und verfehlt ebenfalls nicht, im Namen der Gleichbehandlung und des Antifaschismus eine grössere Strenge zu verlangen. Die *Thurgauer Arbeiterzeitung* fordert zum Beispiel die «Säuberung von Nazis», welche weder von den Bundes- noch von den Kantonsbehörden mit genügend Ernst durchgeführt wird, und zitiert einen Arbeiter, der sich anlässlich einer Versammlung zu diesem Thema fragte, wozu er eigentlich Militärdienst geleistet hatte, wenn man sich dieser Feinde des Vaterlandes nicht entledigte. An diesem Kriegsende zählt man mehrere Volksversammlungen, welche von Arbeiterorganisationen

einberufen wurden, um die Ausweisung der Nazis mit Einschluss Köchers', des früheren Botschafters in Bern, zu verlangen.<sup>97</sup>

Die Asylgewährung ruft die mannigfachsten Reaktionen hervor, weil sie sich je nach Gegend sehr unterschiedlich gestaltet. Auf dem Land und in den Marktflecken sind die Ausländer unübersehbar, ihre Anzahl drängt sich auf. In der Stadt sind sie weniger auffällig, auch wenn es Spannungsherde gibt, beispielsweise in den Universitäten, wo Internierte ihre Studien fortsetzen und Arbeitsraum belegen. Jede Nationalität weist auch ihre Sonderprobleme auf, und der Arbeitseifer der Insassen eines Lagers dient oft als Kriterium für die Beurteilung ihrer Qualität im Allgemeinen. Das auferzwungene Zusammenleben erzeugt Reibereien, deren Auswirkungen den lokalen Rahmen überschreiten. Als Beleg diene der Brief eines Arztes aus dem Tessin: «Aber nicht nur den Hilfsorganisationen gegenüber verhält sich ein Teil unseres Volkes ablehnend, sondern auch den Flüchtlingen im Lande und den Internierten gegenüber entsteht eine deutliche Animosität. Diese Stimmung schadet einerseits den humanitären und wohltätigen Organen, andererseits schafft sie aber eine rebellische Stimmung ... die sich sehr häufig auch gegen unsere Behörden richtet! Das halte ich für höchst unwillkommen, ja mit der Zeit für gefährlich! Diese Missstimmung nimmt so zu, dass ich es in meiner ärztlichen Praxis von Woche zu Woche konstatieren kann! Allgemein wird auch getadelt, dass die Behörden das Volk nicht aufklären, und vor allem, dass in der Dezembersession der Bundesversammlung nicht klarer Wein eingeschenkt worden ist! Ich verstehe diese Missstimmung und bin davon selber etwas erfasst worden!»<sup>98</sup>

### Welchen Platz im neuen Europa?

Auf internationaler Ebene ist die Hilfeleistung die einzige Art von Tätigkeit, welche die Schweiz damals aus eigenem Antrieb unternehmen und frei durchführen konnte. Im Übrigen ist sie erschreckend wehrlos und den Zwängen der westlichen Alliierten oder der Feindseligkeit der UdSSR ausgeliefert. Ihre Beziehungen zu den unmittelbaren Nachbarn müssen auf neuen Grundlagen überdacht werden, und zwar in einem für das Land völlig ungewohnten, politisch unbeständigen Umfeld. Die öffentliche Meinung scheint richtungslos; sie ist fähig zu reagieren, besitzt aber keine Handlungsrichtschnur. Die zwei Probestücke der Aussenpolitik zeigen es; sie wurden kaltblütig und zusammenhängend angegangen. Aber dann? Die Stellung der Schweiz in der Welt von morgen interessiert die Korrespondenten von H&H nicht, oder sie ge-

ben die Befürchtungen ihrer Umgebung zu den wahrscheinlichen Versorgungs- und Ausführungsschwierigkeiten oder zur Abreise der Flüchtlinge wieder. Auf diesem Gebiet macht sich das Gewicht der Réduit-Mentalität am nachdrücklichsten bemerkbar. Die Schweizer, welche auf die Nahverteidigung und die Stärke ihrer Mauern fixiert sind, müssen wieder Fühlung mit der weiten Welt aufnehmen, können sich damit aber nicht so rasch befreunden. Es scheint auch nicht, dass sie sich vor dem Ende der Feindseligkeiten darauf vorbereitet hätten. Nur eine systematische Untersuchung der Zeitungen und Zeitschriften könnte Licht auf diesen Gegenstand werfen.

Das einzige Thema von Interesse, welches über die materiellen, wirtschaftlichen oder wohltätigen Anliegen hinausgeht, ist die Neutralität. Von der Linken, und noch mehr in der äussersten Linken wird sie in Frage gestellt, und zwar gleichzeitig aus ideologischen Gründen, wie aus einer Art Zerknirschung: Nachdem man sich gezwungenermassen an den deutschen Kriegsanstrengungen beteiligt hatte, um das Überleben des Landes zu sichern, nachdem man dadurch die Beschäftigung der Arbeiter und die Gewinne der Unternehmen ermöglicht hatte, wollte man sich wieder auf die Seite der Guten schlagen. Nachdem man den Diktaturen hofiert hatte, war es Zeit, enger mit dem demokratischen und antifaschistischen Lager zusammenzuarbeiten. Wie mit dem Begriff Demokratie wurde die Verwirrung zwischen dem Politischen und dem Sozialen bei der Linken sorgfältig aufrechterhalten, was ein Engagement auf Seiten der sozialistischen oder zum Sozialismus neigenden Staaten bedeutete, welche sich aus dem zerstörten Europa erhoben. In der Überzeugung, dass das Bürgertum überall ausgedient habe, war es in der Schweiz wie anderswo an der Arbeiterklasse, das Steuer zu übernehmen und von nun an das Schicksal des Landes in der Aussen- wie in der Innenpolitik zu bestimmen. Der Inhalt dieses Programmes war nicht sehr klar umschrieben, umso weniger als die Reihe der auferstandenen Staaten sich noch nicht so offensichtlich in den internationalen Beziehungen abzeichnete. Überdies hatten sich die theoretischen Überlegungen viel mehr mit dem Sozialen als mit dem Internationalen beschäftigt; doch die Marschrichtung war eindeutig: zu den demokratischen Staaten aufschliessen, «etwas hinter den andern, weil diese gelitten und Menschenleben verloren haben, während wir bloss einige Kilo Zucker und Kaffee einbüssten». Wir geben dieses Wort von Professor André Bonnard wieder, der damals Mitglied oder Sympathisant des Waadtländer Parti ouvrier et populaire war, weil es dieses Gefühl von Scham der Abseitsstehenden hervortreten lässt, das man in manchen Korrespondenzen von H&H wiederfindet."

Auch ohne solch grosszügige Formeln wird die Neutralität in Frage gestellt. Zur gleichen Zeit hört beispielsweise ein Offizier in seiner Umgebung viel da-

von sprechen. Die einen wollen angesichts der Nazigreuel, dass man sich von Deutschland femhalte, andere überbieten sich und schlagen unter dem Einfluss der amerikanischen Drohungen vor, auf die Neutralität zu verzichten. Die Einsichtigsten halten standhaft am Grundsatz unserer Aussenpolitik fest. Die wenig glaubhafte kollektive Sicherheit jedenfalls fehlt in allen Überlegungen, was auch das Festhalten an einer Neutralität erklären mag, welche durch nichts ersetzt werden könnte, um den Fortbestand des Kleinstaates zu sichern. In einem Bericht, wo der zusammenfassende Teil sich leider nicht von jenem der Zitate unterscheidet, erwähnt H&H aus gleicher Sicht eine «Krise der Neutralität». Die Logik würde erheischen, dass man nun ebensoviele Waffen und Munition an die Alliierten lieferte, wie man Deutschland verkauft hat, ohne Rücksicht auf den Verlust der Rohstoffe, welche dieses uns nicht mehr verschaffen würde.<sup>100</sup> Dieses Bewusstwerden der wirtschaftlichen und versorgungsmässigen Ausrichtung auf Deutschland, welches durch die amerikanischen Anklagen veranlasst wurde, war gewiss notwendig. Ob es aber die Überlegungen auch über den Krieg, die Lieferungen von Kriegsmaterial und den wirtschaftlichen Austausch hinaus gelenkt hat?

## Die Auflösung von Heer und Haus

Im Verlauf des Krieges hatte H&H ihre Tätigkeit ausgedehnt und ihre Dienste ausgebaut. Ihre hauptsächliche Erweiterung – aber es gab auch andere – war die Information der Zivilbevölkerung durch ihre Vorträge, Tagungen, Rundschreiben und Bulletins sowie ihre Korrespondenzen gewesen, wo doch zu Beginn ihre einzige Aufgabe in der Unterhaltung und staatskundlichen Bildung der Aufgeborenen bestanden hatte. Ihr Auftrag zur Förderung des Burgfriedens, zur Wahrung der geistigen Verfassung und der schweizerischen Identität hatte sich nicht verändert, wenn auch die Ereignisse sie, übrigens mit Erfolg, dazu gezwungen hatten, sich zu wandeln. Geschaffen im Hinblick auf die Geistige Landesverteidigung, ausgebaut als Antwort auf den psychologischen Krieg, welcher von den siegreichen Diktatoren geführt wurde, musste ihre Wirksamkeit in der völlig neuen Konstellation dieses Kriegsendes in Frage gestellt werden. Die Landung in der Normandie, die alliierten Siege, der Zusammenbruch des III. Reichs, die Auseinandersetzungen der Sieger, welche in der Schweiz ihren Widerhall fanden, das neue soziale Umfeld im Lande gestalteten ihre Aufgabe immer schwieriger. Der Tätigkeitsbericht der zweiten Jah-

reshälfte 1944 verhehlte es nicht: den Optimismus jener dämpfen, die mit einem nahen Ende der Kriegshandlungen rechneten, die Gefahren in Erinnerung rufen, welche noch vom deutschen Réduit drohten oder von den angelsächsischen Mächten sowie von den Russen, den Verantwortungssinn wecken, um auf die Probleme der Nachkriegszeit vorzubereiten, ohne politisch Stellung zu beziehen, die Geisteshaltungen auf Europa und die Welt hin zu öffnen, all dies zwang dazu, die Mittel und Zwecke von H&H zu überdenken. Mit der Rückkehr zum Frieden musste selbst das Bestehen der Organisation neu eingeschätzt werden. Am Ende wurde H&H geopfert.

Die Auflösung einer Institution, welche soviele Dienste erwiesen hatte, erfolgte nicht bloss aus vernünftigen Gründen. Unter den höheren Offizieren hatte sie nicht nur Freunde, im Zivilleben zweifellos auch nicht. Ihre Stellung blieb mehrdeutig zwischen dem Militärischen und dem Politischen, was sie auf beiden Seiten verdächtig machen musste. Nach Lindt erachteten sogar ihre Betreiber selbst ihre Aufgabe für vollendet und empfahlen die Einstellung einer Wirksamkeit, die nicht mehr gerechtfertigt war, jedenfalls nicht in dieser Form.<sup>101</sup> Zwei neue Faktoren waren auf jeden Fall dazwischen gekommen, welche die Aufgabe von H&H weniger unentbehrlich machten: der Abbau der Zensur und die Sorgen um die Zukunft der Schweiz.

Zur Rechtfertigung der Ausdehnung von H&H auf die Beeinflussung der Zivilbevölkerung war deren Information über die Köpfe der Zensoren hinweg wesentlich gewesen. Letztere liessen Bürger in Unwissenheit und Verwirrung, welche nichts anderes verlangten, als sich am psychologischen Widerstand zu beteiligen. Das Tätigkeitsfeld der Zensur hatte sich erweitert und vergrösserte dabei die weissen Flecken der Unterinformation; ursprünglich einzig Hüter des Militärgeheimnisses, wachte sie jetzt auch über die Wahrung der staatlichen Neutralität, über den Schutz der Kriegswirtschaft, über den Angriff der feindlichen Propaganda. Nun verlangte aber die geistige Verteidigung, dass der Schweizer wisse, wofür er kämpfen musste. Hier glich H&H nach Möglichkeit den erzwungenen Mangel der Medien aus, klärte auf, informierte und hörte der Bevölkerung zu.

Ab Juni 1944 lockerte die Zensur fühlbar ihren Griff, ausser wenn es um Militärgeheimnisse ging. Der Quartalsbericht der APF gesteht es um den Preis von Umschreibungen, welche die Rückzugsmanöver zu verschleiern suchen. Die Landung der Alliierten war Anlass zu neuen Richtlinien an die Zeitungen gewesen, damit sie die Erfordernisse der Neutralität beobachteten; doch wie wollte man verhindern, dass diese zu verstehen gaben, der Ausgang des Krieges stehe nunmehr fest? Selbst gemässigte oder regierungsnahen Blätter hatten dieser schuldhaften Versu-

chung nachgegeben. Man musste also die Vorschriften freizügiger handhaben und die Strafinassnahmen erleichtern. Sogar die Parlamentarier, präzisiert der Bericht, konnten einer so nachsichtigen Zensur keine Schikanen mehr vorwerfen. Und was die ausländische Presse betraf, wie konnte man sie beschlagnahmen, nun, da man endlich dem Einheitsbrei aus Berlin, Rom oder Vichy entgehen konnte? Sei's drum, wenn die alliierten Zeitungen für Deutschland wenig schmeichelhafte Worte verwendeten! Hatte man nicht seinerzeit Blätter der Achse hereingelassen, welche für ihre Gegner genau so widerwärtig gewesen waren, ohne dass jene sich darob beschwert hätten? Mit dem vierten Quartal und der Befreiung Frankreichs lockerte sich die Zensur nochmals; der Informationsdurst war unwiderstehlich geworden. Schweizer Journalisten hatten bei unsern Nachbarn recherchiert und davon Zeugnisse gebracht, welche einige Monate früher bei den Zensoren noch einen Skandal ausgelöst hätten. Manche waren in der Tat empört, und die inneren Streitigkeiten zwischen den Unnachgiebigen und den Toleranten wurden schliesslich am 10. Oktober vor den Departementschef getragen, der ein Reformprojekt ausarbeiten liess. Einmal genehmigt, trat es am Jahresende in Kraft. Schon vor diesem Termin war die Praxis grosszügiger geworden. So kam es zum Beispiel zu einer einzigen Beschlagnahmung, welche übrigens nach der Korrektur widerrufen wurde.

Das neue dehnbare Verfahren wurde nicht ohne Mühe noch Zögern angewandt, weil die Zensoren nicht von einem Tag auf den andern gutheissen konnten, was sie am Vortag noch zurückgewiesen hätten, und weil sie ihren Auftrag denn doch nicht auf eine rein formelle Aufgabe verkürzen mochten, doch fühlten sie sich offensichtlich nicht wohl. In der Öffentlichkeit verstand man ihren Nutzen je länger je weniger, abgesehen von den Militäргеheimnissen. In den letzten Monaten musste man sich der «Macht der Tatsachen» beugen und die Nachrichten über die Greuel der Gestapo zulassen, welche sich auf den Redaktionen häuften, ohne dass man sie länger in Zweifel ziehen konnte. Die alliierten Radiosender verhehlten ihren Schweizer Hörern im Übrigen nichts. Anfangs Mai erreichte die Kampagne des *Vorwärts* und der *Voix ouvrière* gegen von Steiger und den Bundesrat eine solche Heftigkeit, dass man daran dachte einzuschreiten: Man hätte ihre Einstellung verfügen müssen, doch die Presseaufsicht mitsamt der Pressekommission schreckte davor zurück. Die Zensur hatte sich erledigt. Man musste dagegen den 18. Juni abwarten, bis die Pressefreiheit vollständig wiederhergestellt war.<sup>102</sup>

Mit der Freigabe der Information und der Diskussion fiel eine ganze Seite der Tätigkeit von H&H dahin. Jeder konnte sich nun immer vollständiger über

die Lage in der Schweiz und in der Welt unterrichten, konnte die seinen Auffassungen entsprechende Zeitung wählen, ohne dass die Zensur den Gedankengang der Redakteure verstümmelte (das Radio blieb wegen seines Statuts viel verschwiegener). H&H hatte immer weniger zu bieten, ausser Ermahnungen und einer halboffiziellen Sicht der Dinge, deren notwendige Neutralität den Geschmack verwässerte.

Auch die neuen Anliegen der öffentlichen Meinung machten die Aufgabe von H&H nicht nur überflüssig, sondern unmöglich. Zu den hehren Zeiten der Geistigen Landesverteidigung hatte die Schweiz nur einen Feind zu bekämpfen, das Tausendjährige Reich und seinen Imperialismus, die eine allgemeine Furcht erregten. Man musste die Lauen wieder anfeuern und den Ängstlichen Mut einflössen, das Vertrauen in ein politisches System wieder herstellen, welchem man verbunden blieb, selbst wenn einige Versuche der Erneuerung seine Unbeliebtheit glaubhaft machen konnten. Die Aufgabe war nicht leicht, aber sie war eindeutig. Die Geschichte mit ihren unbestreitbaren Vorbildern war dazu da, die Wankelmütigen in ihren Überzeugungen zu bestärken. Seit der Wende des Krieges und dem Aufkommen der Sowjetmacht hatte sich die Lage kompliziert. Mehr und mehr wandte man den Blick auf die Zukunft, und eine breite Meinungsströmung holte sich bei der UdSSR Anregung oder empfand jedenfalls eine grosse Bewunderung und Dankbarkeit für dieses Land, das so wirkungsvoll gegen das Reich, den gemeinsamen Feind kämpfte. Es wäre nicht verstanden worden, wenn H&H die Zielscheibe gewechselt und die sowjetische Gefahr so direkt untersucht und aufgezeigt hätte, wie sie es mit dem Nationalsozialismus getan hatte; und vermutlich wünschten dies ihre treibenden Kräfte selbst nicht. Sie konnten sich auch nicht in die politischen Auseinandersetzungen stürzen und Stellung nehmen zur USA oder zur UdSSR. Sie konnten dagegen die Notwendigkeit in Erinnerung rufen, sich sein Schicksal selber zu schmieden und nicht sklavisch das Ausland nachzuahmen, jedoch ohne zu genau anzugeben, in welchem Sinn man es tun sollte. Die öffentliche Meinung erwartete Orientierungshilfen für die Nachkriegszeit, und die verschiedenen Parteien boten ihre Programme an. Das Statut von H&H verbot ihr, unter den Weltanschauungen Stellung zu beziehen oder eine eigene Linie zu vertreten. Sie musste sich hinter Allgemeinheiten verschanzen. H&H war ein Vertreter der psychologischen Abwehr, nicht ein Labor für Zukunftsforschung oder parteiliche ideologische Beeinflussung.

Wer verkörperte fortan das Unschweizerische? Es gab keine Antwort mehr, welche eine neue Übereinstimmung und eine neue einhellige Begeisterung auslösen konnte, weil die Linke wie die Rechte in einem sehr weiten Sinn nicht mehr die gleiche Vorstellung hatten. H&H konnte von Beweihräucherern ausländischer

Mächte abraten, durfte aber nicht direkt die PdA und die ganze sowjetisierende äusserste Linke angreifen, ohne ihrem Auftrag untreu zu werden und ihr Vertrauen bei einem grossen Teil ihres Publikums einzubüssen. Mehr als einmal wurde H&H von ihren Korrespondenten ermahnt, den Kampf gegen diese Zerstörer der Schweizer Idee aufzunehmen. Es kam nicht in Frage. H&H beschrieb ihre politische Linie einem ihrer Anhänger, ohne weder ihre Einstellung noch ihre Abneigungen zu verheimlichen, aber auch ohne in das Erscheinen auf dem Kampfplatz einzuwilligen: Die PdA hat sich im Dezember 1944 ins Schlepptau der UdSSR begeben, aber sie «wurde nie verboten, und da auf der andern Seite in innpolitischen Diskussionen keine Zensurvorschriften bestehen und die Pressefreiheit bewahrt werden muss, sind bis heute keine Schriften dieser Partei verboten worden. Eine Demokratie kann nur leben, wenn eine politische Auseinandersetzung möglich ist, und erfahrungsgemäss hat sich bis heute immer gezeigt, dass man extremen Anschauungen am wirksamsten begegnen kann durch eine offene Auseinandersetzung.» In diesem Sinn, sollte anderswo Major Ziegler, der Chef von H&H schreiben, wird keinerlei Ausschluss a priori über irgendwelche Partei verhängt, solange sie dem Lande patriotisch verbunden bleibt und seine Institutionen annimmt, ohne zu versuchen, ein ausländisches System auf die Schweiz zu übertragen oder ihr Programm mit Gewalt zu verwirklichen.<sup>103</sup> Seinerzeit war dies auf die Nazis gemünzt, nun betraf es die PdA. Solange diese nicht verboten war, war es nicht möglich, direkt gegen sie vorzugehen.

Die Verletzlichkeit von H&H an diesem Kriegsende wird durch zwei Vorfälle illustriert, welche wie zufällig den Kommunismus berühren. Der eine wurde von Major de Vallière ausgelöst, welcher den Chef des Informationsdienstes für die Westschweiz, Lalive d'Epinay aufs Korn genommen hatte. In einigen Rapporten an den General bezichtigte er ihn des Kommunismus, ein Hauptverbrechen. Sein Vorgesetzter Major Ziegler verteidigte ihn in einem umständlichen Bericht, welcher für das bei H&H herrschende Klima aufschlussreich war und auch für die blinde Panik gewisser Leute angesichts der roten Gefahr: Ziegler hatte seine Tätigkeit auf Befehl des Generals selbst vor allem auf die Arbeiterschichten ausrichten müssen, weil die sozialen Spannungen in der Westschweiz heftiger waren als auf der andern Seite der Saane. Léon Nicole trug daran bei Weitem nicht die alleinige Verantwortung. Lalive gelang es in bewundernswerter Weise, das Vertrauen der Gewerkschaftskreise zu gewinnen, und er führte seine schwierige Aufgabe mit Geschick und grossem Ernst aus. Wie es sich daraus ergab, verkehrte er in verdächtigen Kreisen und mit zweifelhaften Patrioten, aber was hätte H&H jemals erreichen können, wenn jegliche Dis-



kussion ausgeschlossen gewesen wäre mit Leuten, deren abweichende Meinungen bequem als extremistisch abgetan wurden? Lalive mochte zwar militärisch fragwürdig sein, er war jedoch tatkräftig und wurde in seinen Überzeugungen als vollkommen ehrenhaft beurteilt.<sup>104</sup> H&H hatte riskante Initiativen ergreifen und exponierte Stellungen einnehmen müssen, um ihren Auftrag zu erfüllen. Das Ausmass der sozialen Spannungen zwang mehr als je dazu, enge Beziehungen mit der Welt der Arbeiter zu unterhalten. Als Armee-Einheit war das Engagement von H&H auf diesem Gebiet der psychologischen Kriegführung ebenso umstritten wie ihr Eingreifen in die jüdische Frage oder wie die Vorträge von Oberst Frey, die so klar auf Deutschland gemünzt waren.

Der andere Zwischenfall betraf die nach ihrem Anführer so genannte Aubert-Liga. Als Spezialist der Jagd auf den Kommunismus in allen Spielarten hatte der Genfer Théodore Aubert Kontakt mit dem General aufgenommen, damit eine Armeevertretung sich an einem Koordinationskomitee beteilige. Da er das Kriegsende voraussah, es war im Sommer 1944, wollte er seiner Unternehmung und seinen Publikationen eine grössere Ausdehnung verschaffen. H&H wäre prädestiniert gewesen, daran teilzunehmen, da sie dieselben Ziele verfolgte, die Aubert vorschob, um sein Gesuch zu begründen: die Verteidigung der nationalen Werte, die Beeinflussung der öffentlichen Meinung etc. Der General widersetzte sich auf Antrieb der Idee, H&H in eine so offensichtlich politische Aktion zu verwickeln, bekundete aber Interesse an einer Organisation, welche so wichtige Probleme behandelte. Nach einer Erkundigung des Divisionärs Dollfus blieb es dabei.<sup>105</sup>

Diese Episode ergänzt die erste. Wie diese stellt sie H&H in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung über den Platz der neuen extremen Linken am Ende des Krieges und über die Rolle, welche man H&H zugedacht hatte und welche die Armee zu spielen sich weigerte. Eine zweigesichtige Rolle, weil im einen Fall H&H den Kommunismus zu stützen schien und im andern dagegen zu bekämpfen. Es war eine unbequeme Rolle, die nichts mehr gemein hatte mit jener von 1940, als es niemandem in den Sinn gekommen wäre, dass H&H hinter den üblichen Vorbehalten sich nicht vollständig gegen die nationalistischen Bewegungen engagiert hätte oder verdächtigt worden wäre, mit ihnen zu liebäugeln.

In den Reihen von H&H hätten manche gewünscht weiterzumachen. Die Westschweizer Mitarbeiter versammelten sich am 17. und 18. Mai 1945 und bereiteten eine Eingabe vor zuhanden des Generals, der Vorsteher des Militär- und Innendepartements wie auch des Präsidenten der Pro Helvetia. Gründlich umgebildet und

der Kontrolle und Obhut dieser Stiftung unterstellt, könnte H&H ihr Werk im gleichen Geist weiterführen; nationale Bildung, Einigkeit des Volkes, Staatskunde-Unterricht, Stärkung des sozialen Friedens, neutraler Begegnungsort zwischen sozialen oder politischen Partnern: das sind die Ziele, welche sich die Teilnehmer gaben. Lalive hatte ihnen eine gute Bilanz des Wirkens von H&H vorgestellt und die Probleme der Zukunft aufgezeigt: «Solange das Kriegsglück Deutschland zu einer Gefahr machte, kannte die Einheit, welche die Schweizer zusammenschweisste, keine Risse. Seit 1943 begann der Mörtel, der uns verband, abzubröckeln. Heute gibt es keine deutsche Gefahr mehr. – Dagegen zeigt sich, dass *die äusseren Bedrohungen*, – die sich bekämpfenden angelsächsischen und russischen Ideologien, das auf viele Jahre hinaus zerstörte und chaotische Europa, die Vorherrschaftsgelüste der grossen Sieger, der immer noch lebendige Totalitarismus, die Gewohnheit der Gewalttätigkeit, der Alptraum der Arbeitslosigkeit, die Machtlosigkeit der Kleinstaaten, sich Gehör zu verschaffen, – dass also *diese Bedrohungen, die verschlimmert werden durch das Bild, das wir uns von ihnen machen, und durch die Furcht, die sie uns einflössen, weit entfernt davon sind, uns zu einigen, sondern das Schweizer Volk spalten*. – Gegen Deutschland waren wir vereint, weil wir wussten, dass wir uns im schlimmsten Fall schlagen würden und töten lassen könnten; gegen die Welt von morgen können wir uns weder schlagen, noch uns töten lassen, weil wir Angst davor haben. – *Wie können wir in einer gespaltenen Schweiz, getrennt durch gegensätzliche Weltanschauungen, neuen Bedrohungen ausgesetzt, aufgeschlossen für alle ausländischen Einflüsse, den Zusammenhalt der Kriege – Jahre wiederherstellen*, darin liegt das zentrale Problem ...»<sup>106</sup>

Die Diagnose war ebenso zutreffend wie die Bilanz; sie unterschlug jedoch vollkommen den ursprünglichen Auftrag von H&H, nämlich Information und Orientierungshilfe zuhanden der Mobilisierten, und sie übertrug einem halbstaatlichen Organismus die Rolle des Schiedsrichters oder Maklers im Wettstreit der Ideologien und Interessen, was in Friedenszeiten äusserst problematisch war.

In Bezug auf das vorgeschlagene Heilmittel war es zu spät: Am 17. Mai hatte der Generaladjutant dem Armeechef die Auflösung von H&H vorgeschlagen. Obwohl er mit manchen der obigen Ideen einig ging, die ausländische Gefahr aber auf die Sowjetunion beschränkte, befand er, dass der Kampf zu schwierig und zu lange würde, wenn man ihn bis zum Ende führen wollte; diejenigen Tätigkeitsbereiche, welche nicht die Zivilbevölkerung betrafen, würden mit dem Ende des Aktiviendienstes von selbst verschwinden. Divisionär Dollfus wurde angehört. Die im September liquidierte Sektion Heer und Haus sollte erst 1957 aus ihrer Asche neu entstehen, ausschliesslich zu dienstlichem Gebrauch.<sup>107</sup>

# Schluss

Der vom III. Reich geführte psychologische Krieg begann nicht im August 1939, sondern 1933 und jener der UdSSR oder der Internationalen mit dem Ende des Ersten Weltkrieges. Lange vor dem Beginn der Kriegshandlungen von 1936 oder 1939 fand sich Europa im Schnittpunkt der gegensätzlichen ideologischen Offensiven. Die Natur der Staaten, der politischen Herrschaftssysteme, der nationalen Identitäten selbst war sehr bald nach dem Ersten Weltkrieg in Frage gestellt worden. Die Wirtschaftskrise ihrerseits hatte an den Institutionen und den gesellschaftlichen Konventionen gerüttelt. In der Schweiz wie anderswo hatten diese Schläge die Grundfesten des nationalen Lebens erschüttert: Föderalismus, Demokratie und politischer Pluralismus, Suche nach politischen Übereinkünften, Zusammenleben der Sprachgruppen, Neutralität, Liberalismus bekamen Risse unter jedem Ansturm der totalitären Propaganda und jedem Schicksalsschlag.

Das Land hielt stand und überwand die Feldzüge der psychologischen Kriegführung, welche zum Glück nicht ihren natürlichen Abschluss fanden: den militärischen Krieg, alleiniger und endgültiger Prüfstein für die Stärke einer Landesverteidigung. Es schien dennoch schrecklich wehrlos in diesem Aufruhr, mit seiner Kleinheit, seiner ausserordentlichen Aufteilung der politischen Gewalten, die jeden koordinierten Gegenangriff lähmen musste, und mit seiner Unkenntnis der Grundsätze und Mittel der psychologischen Beeinflussung. Die inneren Krisen und Konflikte hatten das soziale Gewebe weniger als anderswo zerrissen.

Die Schweizer verfügten dagegen über Trümpfe, die sie ausspielen mussten: die Dauerhaftigkeit zunächst, die Chance einer langen Tradition des Zusammenlebens und herzhafter Unstimmigkeit, welche das Wesen des Föderalismus ausmacht, diese Gewohnheit, gemeinsam souverän zu sein, welche den Staaten so schmerzlich fehlte, die aus den Verträgen von 1918-1919 hervorgegangen waren.

Auch die Dauer des Angriffs: jener des Nazismus fand seinen Höhepunkt vom Sommer 1940 bis 1941. Aber die Schweiz hatte ihre Strategie und ihre Taktik schon viel früher enthüllt und erprobt, und sowohl die Behörden als auch die Bevölkerung hatten aus den Erfahrungen Nutzen gezogen. Der *Anschluss*, der ein uns so nahe bestehendes Land ereilte, hatte starke Betroffenheit ausgelöst und vielen die Augen geöffnet. Nach dem Abschluss der tschechoslowakischen Tragödie im März 1939 war das Gelöbnis des Bundesrates, niemals einem Busgang zu Hitler zuzustimmen, ein wichtiges Moment im Bewusstwerden der Gefahr psychologischer Druckversuche. Vor der Einrichtung der Zensur hatte auch die Presse manche Gelegenheit, die neuen totalitären Techniken zu erörtern und deren verderbliche Auswirkungen aufzuzeigen.

Der entscheidendste Schock, der auch am meisten Überlegungen zum politischen und sozialen Regime und zur nationalen Identität herj vorrief, war der November 1918. Man könnte ihn fast als Schlüsseldatum des Zweiten Weltkriegs in der Schweiz bezeichnen, jedenfalls als obligaten Bezugspunkt, sobald man sich Gedanken über die Zukunft des Landes macht. Die Beschwörung der Novemberunruhen nährt die Drohungen der einen und die Furcht der andern. Wer immer im Sinne der Gemeinschaft argumentiert, welche infolge der Nazibedrohung verherrlicht wird, hofft die Wiederholung des Dramas zu vermeiden. Die politischen und beruflichen Kader von links bis rechts sind sich einig über diesen Punkt. Es ist der grosse Ansporn für die Bestrebungen der Sozialreform, Hebel für die eine Seite, quälende Erinnerung und feierliche Mahnung für die andere. Immerhin kommt es nicht oft vor, dass die «Lehren der Geschichte» etwas nützen. Sie haben ihre Blütezeit, die feierlichen Ansprachen, sie lassen die junge Generation vollkommen gleichgültig. Diesmal waren die Handelnden teilweise dieselben, Grimm ist dafür das schlagendste Beispiel in seinem persönlichen Werdegang. Wieviele andere im Alter von 40 und mehr Jahren sind von den düsteren Monaten an diesem Jahresende 1918 geprägt worden? In voller Berufstätigkeit, oft an verantwortlicher Stelle auf verschiedenen Ebenen während des Zweiten Weltkriegs, haben sie die Erinnerung an diese noch ziemlich frischen Ereignisse bewahrt. 1918 ist nicht geschichtliche Erinnerung, es ist gelebte kollektive Erinnerung.

Wenn man es in den Rahmen der Propagandakriege und der Wühlarbeit hineinstellt, hat dieses Datum eine Bedeutung. Es verkörpert die Gegenschweiz, den Klassenkampf, den man von allen Seiten her zu überwinden trachtet durch die Sozialgesetzgebung, den Arbeitsfrieden, die Ausgleichskassen. Das Wiederaufleben der extremen Linken 1942-1943 wird dieses Zusammenspiel beeinträchtigen. Die nazistische oder faschistische Bedrohung hatte zur Geistigen Landesverteidigung geführt;

die Gefahr einer unaufhaltbaren Invasion hatte den Zusammenschluss im nationalen Réduit erzwungen, der militärischen Ergänzung, und da kamen nun diese Spielverderber und störten diese scheinbar feste Übereinstimmung, klagten deren Gebrechlichkeit und Schwindel an. Was zählte schon die Triftigkeit der Gründe, der gefällige Spiegel war zerbrochen. Man erkennt Anzeichen von Panik in Genf, wo Nicole die Wahlen und Abstimmungen an sich riss, wo die Gewerkschaftsführer ihre Leute nicht mehr im Griff hatten; die «Massen» schienen bereit, ihrem Gesetz Geltung zu verschaffen.

Die Identitätskrise, welche der Nationalsozialismus ausgelöst hatte, wurde überwunden, genau wie jene, welche durch die sozialen Spannungen und die sowjetischen Siege hervorgerufen wurde. Aber sie hatte die Gemüter schwer genug erschüttert, dass die gegen Hitler erprobten Waffen zum grossen Teil ihr Ziel verfehlten gegen die neue Herausforderung, deren Schwächen erst die Nachkriegszeit enthüllen sollte.

In beiden Fällen gilt es die Mittelmässigkeit der revolutionären Kräfte auf der Linken wie der Rechten festzuhalten. Sie erklärt sich aus allerlei Gründen, von denen wir den umfassendsten festhalten wollen, die Geistige Landesverteidigung. Sie war zu Beginn eine vorbeugende Waffe, welche die vom Feind gesuchte Demoralisierung verhindern sollte. Das Einmaleins des psychologischen Feldzuges oder der Subversion besteht darin, das Vertrauen in die Rechtmässigkeit der Verteidigung und in die zu diesem Zweck bereitgestellten Mittel zu zerstören. Die Nazi-Propaganda zog die Demokratie, den Liberalismus, den Kleinstaat ins Lächerliche oder brandmarkte sie; sie zielte auf die Zerstörung der gemeinschaftlichen Bande, welche notwendigerweise dünn waren in einem Land, das vielleicht keine Nation war. Was die Mittel betraf, stellte das Reich seine Macht zur Schau und verherrlichte sie, um die lächerlichen Armeen, welche ihm zu widerstehen versuchen wollten, desto mehr abzuwerten.

Die Geistige Landesverteidigung sollte das Vertrauen in die Armee und in die Führung des Landes wiederherstellen. Die ausserordentliche Beliebtheit von General Guisan, unterstützt durch die Bemühungen von H&H, die Modernisierung des militärischen Gerätes, bewahrten und vergrösserten ihre Zuverlässigkeit. Vielleicht mehr unter den Zivilisten als bei den Soldaten, welche die Bescheidenheit unserer Mittel aus grösserer Nähe erkannten. Die nationale Propaganda förderte im Übrigen die Illusionen nicht. Sie beharrte vielmehr auf der Notwendigkeit, sich bis zum letzten Atemzug zu verteidigen, wie es die tapferen Vorfahren getan hatten, welche so oft den Kürzeren hätten ziehen können; war nicht der Rückgriff auf die ruhmreiche Geschichte oder auf die Vorsehung ein Geständnis, dass die Schweiz aus eigenen

Kräften zum gegenwärtigen Zeitpunkt wenig Hoffnung auf einen Sieg hatte? Ist es nicht symbolisch, dass im Sommer 1940 die Schlacht von Sankt Jakob an der Birs als ein Vorbild gerühmt wurde? Eine ehrenhafte Niederlage unter den Schlägen eines stärkeren Feindes, eine für das Land unter dem Strich nützliche Niederlage, aber trotzdem eine Niederlage ... Was das Réduit betrifft, war es für sich allein schon ein halbes Eingeständnis des Scheiterns, denn es bedeutete die Aufgabe der Grenzen sowie der am dichtesten bevölkerten Teile des Landes.

Die Glaubwürdigkeit des Bundesrates wurde stärker diskutiert: Es ist leichter, seinen Glauben – oder seine Abneigung – auf einen einzigen Mann zu bündeln als auf ein siebenköpfiges Kollegium. Der Bundesrat Ett insgesamt unter dem Ruf von Pilet-Golaz. Was man ihm vor allem vorwarf, war sein Schweigen: «wann werden sich unsere höchsten Beamten endlich ans Volk wenden?» Die Korrespondenten von H&H äussern oft diesen Vorwurf in den schweren Stunden, da man eine Aufmunterung erwartete, Bestätigungen der Festigkeit oder die Erläuterung einer Politik, eines geplanten Vorgehens. Grundsätzlich ist es wahrscheinlich, dass das Vertrauen weiterbestand, vor allem weil die Macht genügend verdünnt war, um auf anderen Ebenen die ungenügende Mitteilungsfähigkeit der Bundesräte durch andere ausgleichen zu lassen, beispielsweise durch Regierungsräte.

Je weniger die Erfolgsaussichten den Widerstand anfeuern können, desto mehr Opfergeist ist erforderlich, desto mehr ist es folglich notwendig zu wissen, wozu man sich schlagen soll: «Nicht für eine Staatsform, auch nicht für ein blosses Stück Land, sondern für die Gesamtheit an Werten, die aus der Schweiz unsere Heimat, unser Vaterland machen.»<sup>1</sup> Aus der Sicht eines ideologischen Krieges, wo die Fundamente des Staates und der Nation in Frage gestellt sind, kann man diese Werte nicht umgehen. Sie sind ein integraler Bestandteil der Geistigen Landesverteidigung. Deren Träger haben diesen Werten all ihre Kräfte gewidmet in den dramatischsten Stunden des Krieges zwischen dem Frühjahr 1940 und dem Herbst 1942. Die Geschichte bot auch hier ihre Dienste an, indem sie die Überwindung der Zeitumstände und ihrer Streitigkeiten ermöglichte, um sich um das Beständige zu scharen, im grundlegenden Gefüge sich zu verankern: «Die psychologische Waffe hat ihre Grenzen», schreibt Georges Rigassi, «sie ist meistens unwirksam, wenn sie auf das patriotische Credo einer Nation, auf ihr geistiges Erbe trifft.»<sup>2</sup> Dieses Erbgut, dieses Unveränderliche, wie Rigassi es mit so vielen andern nennt, ist der Föderalismus, der jahrhundertealte Kampf um eine Unabhängigkeit, die ständig durch mächtigere Gegner bedroht ist, die Freiheit, eine demokratische Gesinnung, welche sich mehr auf die Waldstätten beruft, als sich an die augenblicklichen Institutionen zu klammern. Wie der zukünftige Bundesrat Feldmann im Hinblick auf den antinazisti-

schen Kampf wiederholt: «muss man zum Beispiel ruhig und entschlossen die geschichtlichen Fälschungen zurückweisen, welche unser Daseinsrecht bestreiten; Verzerrungen, welche unser Staatsideal entstellen, müssen aufgezeigt werden, indem man sich auf die geschichtliche Verankerung und die Eigenständigkeit unseres politischen Aufbaus selbst beruft. Dies gilt beispielsweise für die Behauptung, dass die schweizerische Staatsauffassung sich ausschliesslich auf die Weltanschauung der Westmächte gründe und sich deshalb heute auf das Nichts stütze».<sup>3</sup>

Nun könnte man lange über die genaue Bedeutung der schweizerischen Identität rätseln, welche jede Generation wieder in Frage stellt, weil man nicht weiss, wie man sie fassen soll, so sehr wird sie je nach Zeit und Ort unterschiedlich erlebt. Und da sie eben gelebt wird, lässt sie sich schlecht in klare Begriffe umsetzen. So kann Rémy Pithon, wenn er den Schweizer Film und seine Bemühungen behandelt, die nationalen Werte zu veranschaulichen, Folgendes schreiben: «Der damalige Zuschauer findet sich einem Schauspiel gegenüber, das ihm in Bild und Ton fortwährend bekannte kulturelle Bezugspunkte in Erinnerung ruft, bis sie ihm unbewusst werden.»<sup>4</sup> Ohne sich vernunftmässig zu begründen, wird das während des Krieges entscheidendste Element bei H&H oft erwähnt: das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft. Oder genauer, zu mehreren Gemeinschaften, die als unterschiedlich erkannt, aber, was wesentlich ist, unter dem schweizerischen Patriotismus zusammengefasst werden. Die Zeitströmung geht übrigens in Richtung des Vorranges der Gruppe über den Einzelnen, der sich durch seinen Egoismus verdächtig gemacht hat. Die geistige Verteidigung zielt auf Einigkeit; die zersetzende Propaganda auf Spaltung. Doch die nationalsozialistische weist nicht dieselben Trennlinien auf wie die kommunistische: der Rassenkrieg ist nicht der Klassenkampf. Der Übergang von einer Offensive zur andern verlangt eine Umwandlung, welche sich nicht ohne Mühe bewerkstelligen lässt und die nicht ganz gelingt; die nationale Gemeinschaft war sozial anfälliger als ethnisch, und dem Projekt einer proletarischen Demokratie zugänglicher als jenem einer eingestandenen Diktatur. Da gleichzeitig die militärische Gefahr verblasste, konnten die inneren Konflikte in dem Masse ihren Vorrang zurückgewinnen, wie der Friede näherrückte. Die nationale Einheit hatte ihre Blütezeit erlebt, jetzt konnte man nur noch einen Wunsch äussern: dass die Erinnerung daran sich wie ein Kitt für die Zukunft erhalten würde ...

Die Bevölkerung empfand den Krieg nicht bloss in seiner ideologischen Form. Ihre Reaktionen wurden nicht einzig von ihren Abneigungen gegen das eine oder das andere politisch-soziale System diktiert. Der Krieg war auch ein Konflikt der Weltherrschaftsansprüche, und die Propaganda beutete denn auch reichlich den

Eroberungsgeist aus, den sie dem jeweiligen Gegner unterstellte. Diese mehr klassische Seite der militärischen Auseinandersetzung konnte sich in den Köpfen der Zeitgenossen nicht ganz von der ideologischen ablösen: Das Reich lockte mit der neuen Ordnung, es erzwang auch die erdrückende deutsche Präsenz. Mit den Jahren war es diese Gegenwart, welche im Vordergrund stand. Die Alliierten brachten die Demokratie und unter ihnen versprachen die Sowjets die soziale Gerechtigkeit. Doch erlösten sie auch von Wehrmacht und Gestapo. Die Sowjets noch mehr als die andern, da sie sichtbarer und früher als die andern die Befreiung des Kontinents unternommen hatten. Die Alliierten führten einen Befreiungskrieg. Ihre Propaganda war auch auf diese ausserordentliche Hoffnung ausgerichtet. In der Schweiz wie anderswo empfand man die rote Gefahr nicht so, wie man den Ausdehnungsdrang der Nazis erlebt hatte. Seit Stahgrad wusste man, dass die russischen Armeen ein unersetzbarer Faktor für die Vernichtung der Wehrmacht waren. Es ist bezeichnend, dass diejenigen, welche Stalin fürchteten, nicht etwa seine Niederlage wünschten, sondern seine Erschöpfung, gebunden an jene von Hitler. Die Einhelligkeit der antideutschen Gefühle, welche seit 1941 an Stärke zugenommen hatten, wurde nach dem Winter 1942-1943 nicht von ebenso einstimmigen Empfindungen abgelöst. Das Staatsgebiet kann nicht von Befreiern be4 droht werden! Die instinktive Reaktion zur Verteidigung des Heimatbodens spielte also nicht mehr so stark wie 1940-1941 ... ausser bei jenen, welche der UdSSR nur Eroberungsabsichten zutrauten. Sie waren vielleicht ebenso gering an Zahl wie jene, welche 1939-1940 dem Reich nur die Absicht zur Verwirklichung der neuen Ordnung zuschrieben.

Diese nationale Gemeinschaft bestand ohne die Brüche von 1914-1918. Sie ist erkennbar in Augenblicken der Krise als Bestandteil jener öffentlichen Meinung, welche nur anlässlich einer Gefahr existiert und nachher abbröckelt. Die deutsche Bedrohung Hess sie entstehen, auch wenn es nicht an falschen Tönen und opportunistischer Anpassung fehlte. Das sowjetische Schreckbild scheint sie eher zu zerstören, aber die Weigerung, diplomatische Beziehungen zur Schweiz anzuknüpfen, erweckt sie wieder auf. Die Bedrohung wird plötzlich fassbar und ruft einen Abwehrreflex hervor. Der nationale Zusammenhalt ist eine tatsächliche Gegebenheit, wor-J auf die Strategen zählen können, über alle offensichtlichen und ebenso wirkEchen Risse hinaus, welche die Aufmerksamkeit der Beobachter des Alltäglichen beanspruchen: die Feindseligkeit zwischen Stadt und Land, der] Widerstand der Bauern gegen die mflitäre Beanspruchung, die gesellschaftlichen Spannungen, die gegen das Kriegsende hervortreten, die unzufriedene Jugend.<sup>5</sup>



Noch bezeichnender ist, dass keinerlei «union sacrée» formell verordnet wurde. Kein Propaganda-Departement erhob sich zum institutionellen Förderer desselben. Als Nebendienst der Armee hatte H&H niemals die Macht oder die Kompetenzen eines Staatsorgans. Sie blieb in den Händen von Laien, Milizsoldaten, Empiristen. Der Bundesrat hatte die Abteilung 1938 gewünscht, sah aber kein neues Verwaltungsorgan vor und überliess die Verantwortung für die Geistige Landesverteidigung weitgehend Privaten. H&H arbeitete so mit vaterländischen oder andern Vereinigungen zusammen, um ihr Netz von Antennen aufzubauen oder den Zugang zu zivilen Kreisen zu erleichtern. Auch die Presse spielte eine wichtige Rolle, deren sich die Deutschen wohl bewusst waren: Wie Rigassi noch schrieb, «sind es diese Konstanten, diese moralischen Werte, welche unsere Presse – ohne die unerlässliche Rolle der Schule zu vergessen – die Pflicht hat zu bewahren.»<sup>6</sup> Selbstverständlich fügt er die Zensur nicht hinzu, welche dem patriotischen Eifer Zügel anlegte, indem sie verbot, den Feind zu erwähnen! Die Konstante der Freiheit erfordert die Pressefreiheit und ein Milizsystem wie in der Feldarmee, aber die Konstante der Unabhängigkeit in Verbindung mit der Neutralität erfordert die Zensur. Das Dilemma wird nie überwunden werden. Es ist zentral ... und unlösbar: Nie wird man sagen können, ob die Bevölkerung genügend informiert wurde oder nicht, noch ob die Qualität der Information auf der Höhe der Anforderungen der Geistigen Landesverteidigung war.

Wenn die geistige Verteidigung Erfolg hatte, war es, weil sie einem Bedürfnis entsprach. Die nationalsozialistische Bedrohung wurde so allgemein empfunden, dass die Rückkehr zu den Ursprüngen dem Widerstand eine feste Grundlage bot. Sie entsprach auch dem Zeitgeist. Selbst der Nationalsozialismus räumte ihr einen grossen Platz ein. Mit ihrer Begrenztheit und ihrer Enge bereitete sie auf das in seinen natürlichen Festungen stolz isolierte Réduit vor. Unter äusserster Vereinfachung könnte man behaupten, dass die wahre Schwierigkeit der geistigen Verteidigung nicht in die Jahre der Einsamkeit fällt: darauf war man vorbereitet. Erst die Aufhebung der Belagerung weckte Misstrauen gegenüber einer ungewissen Zukunft, wo alles möglich wurde, selbst die Ansteckung der Konstanten durch nicht keimfrei gemachte äussere Strömungen. Nachdem man sich in die Behaglichkeiten der vergangenen Zeiten geflüchtet hatte, galt es aufs Neue die Herausforderungen eines Raumes anzunehmen, dessen Völker sich unterschiedlich entwickelt hatten. Die Zugluft kann den Kranken umbringen. Zu Beginn hatte die Regierung eine Geistige Landesverteidigung vor Augen, welche zur Welt hin ebenfalls offen war. Etter hatte oft auf der gegenseitigen Abhängigkeit der schweizerischen und ausländischen Kul-

turen beharrt.<sup>7</sup> Sozusagen mit der geistigen Offensive beauftragt, sollte Pro Helvetia die nationalen Errungenschaften in die andern Länder tragen. Die Ablehnung der deutschen und italienischen Einflüsse, der Sturz Frankreichs, die Abtrennung von der angelsächsischen Welt machten diesen Ehrgeiz und diese Hoffnungen zunichte. Wie konnte man die gerissenen Bande wieder verknüpfen? Auch dies ist ein Faktor des Grau-in-Grau von 1944-1945. Mit einer wichtigen Korrektur jedoch, der Hoffnung auf mehr soziale Gerechtigkeit, auf ein Ende der liberalen Wirtschaft oder zumindest auf eine bessere Kontrolle darüber. In diesem Punkt waren die andern Völker in der gleichen Richtung fortgeschritten, wenn auch radikaler.

So wenig sich die Geistige Landesverteidigung gegen die äusseren Strömungen einmauern durfte, so wenig schloss sie politische oder soziale Reformen aus, doch waren die inneren Widerstände härter.

H&H hatte ihre Strategie, die im Schlagwort «schweizerisch denken» zusammengefasst ist: Auf die Herausforderungen der neuen Zeit mit echt nationalen Neuerungen antworten, ohne die Vergangenheit zu verleugnen, ohne sklavisch fremde Lösungen zu kopieren. Doch geht man nicht ungestraft von der Vergangenheit zur Zukunft über; die Parteipolitik ist ein unvermeidlicher Weg, den zu beschreiten ihr Stellung und Berufung verboten. Nach strenger Logik war diese Versuchung 1940 nicht weniger gegenwärtig: auch in diesem Augenblick nahm eine neue Welt Gestalt an. Indem H&H sich ihr in der Praxis, wenn schon nicht in der Theorie, entgegenstellte, trieb sie ebenfalls Parteipolitik! Damit riskierte sie übrigens ihr Dasein oder zumindest ihre Unabhängigkeit. Aber ihre treibenden Kräfte verkörperten damals eine mehrheitliche Strömung, in welcher sich alle landesweiten Parteien zusammenfanden; man war mitten im Krieg, und man konnte an der Langlebigkeit der neuen Ordnung zweifeln. Auch besass die Armee genügend Glaubwürdigkeit in einem nach Demokratie dürstenden Regime, um den Feind klar zu bezeichnen und ihre Widerstandspolitik durchzusetzen.

Wenn man den Pragmatismus der Geistigen Landesverteidigung erwähnt, darf man sich nicht auf H&H beschränken. Die Botschaft von 1938 wollte eine Geisteshaltung, einen Gemeinsinn schaffen oder wiederbeleben. Dies sollte sich auch auf sozialem Gebiet ausdrücken, indem jeder die nötigen Zugeständnisse machte, um den Zusammenhalt des Landes zu verstärken. Die gleich zu Beginn des Krieges geschaffenen Ausgleichskassen waren damals die auffallendsten Äusserungen davon. Am Ende des Konflikts sollte es der unwiderstehliche Druck zugunsten der AHV sein. Der Begriff Geistige Landesverteidigung war nun nicht mehr Mode, aber die Ansprüche daran dauerten fort.

1918 mag das wichtigste Jahr für den Zweiten Weltkrieg in der Schweiz sein, 1940 ist das beängstigendste. 1941-1942 entfalten sich im Feuer der psychologischen Kriegführung alle Möglichkeiten der geistigen Verteidigung. 1944-1945 folgen ihre Urheber mühsam den neuen Rhythmen, strengen sich an, verständlich zu machen, dass das Land aufgrund seiner reichen vergangenen Erfahrung sich noch erneuern konnte, ohne sich untreu zu werden: Man brauchte sie nicht mehr, um dies einzusehen.

# Anhang

## Abkürzungsverzeichnis

APF	Abteilung für Presse und Funkspruch
Gst	Generalstab der Armee
H&H	Sektion Heer und Haus
NBS	Nationale Bewegung der Schweiz
ND	Nachrichtendienst
NHG	Neue Helvetische Gesellschaft
NR	Nationalrat
NZZ	Neue Züricher Zeitung
OKH	Oberkommando des Heeres (Deutsche Feldarmee)
OKW	Oberkommando der Wehrmacht (Reichs-Armee)
SPS	Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Die Abkürzungen der bibliographischen Verweise sind in der Bibliographie am Ende des Bandes verzeichnet.

## Anmerkungen

Das System der Quellenangaben wird zu Beginn der Bibliographie erklärt.

Aus Gründen der Verhältnismässigkeit war es nicht möglich, alle ursprünglich deutschen Quellen im Original oder in den deutschen Ausgaben der Literatur zu zitieren. Die Rückübersetzungen entsprechen daher nicht wörtlich dem deutschen Originaltext. (Anm. des Übersetzers).

## Einleitung

- 1 STOETZEL-Theorie S. 90, 147. Wir haben weder Lust noch Kompetenz, diese Definition zu erörtern: Sie ist der vorhandenen Dokumentation angemessen und ermöglicht es, die Bedeutung der Ausdrücke zu Beginn festzulegen.
- 2 SAUVY S. 6.
- 3 ARIES *passim*, FRIEDLÄNDER S. 26 (Zitat).
- 4 STOETZEL-*Psychologie und -Theorie* S. 362 f. Diese Bemerkung darf nicht als indirekte Zustimmung des Autors zu den Theorien von Gustave Lebon über

- die Massenpsychologie gewertet werden, welche er übrigens ablehnt. Es handelt sich um ein anderes Phänomen. – Zitat: ORLOW Dietrich: *The history of the nazi party 1919–1933*, Pittsburg, 1969, S. 3.
- 5 STOETZEL-*Theorie* S. 168, 360 f.
- 6 BLOCH Marc: *Apologie pour l'histoire ou métier d'historien*, Paris 1952, S. 51, STOETZEL-*Theorie* S. 155.
- 7 Alain Girard, zit. in MEURANT S. 14.
- 8 SAUVY S. 23.
- 9 MEURANT S. 13, 13 (Zitat), 16 f; nach KUNZ S. 7 f. gibt es eine stumme öffentliche Meinung, welche gleichzeitig mit jener in der Presse existieren und sich dieser sogar stillschweigend widersetzen kann. Bundesrat Motta musste dies anlässlich des Äthiopien-Krieges zu seinem Schaden erfahren und Chefredaktor Schürch vom *Bund* gab es 1941 offen zu.
- 10 RQP Bd. 1–19.
- 11 JOST S. 157.
- 12 *ebenso* S.164.
- 13 *ebenso*.

## Kapitel I

- 1 FRITSCHI, MÖCKLI, RUFFIEUX-*Suisse* S. 310 f. etc.
- 2 So lehnten im Oktober 1938 von Motta einberufene Zeitungsredaktoren seine Auflage ab, ihre Äusserungen wegen der dadurch hervorgerufenen wirtschaftlichen Risiken zu mässigen; Bretscher erklärte in der *Neuen Zürcher Zeitung* rundweg, dass das Recht auf Information und der Kampf gegen die deutsche Propaganda andern Anliegen gegenüber Vorrang habe. (RINGS-*Suisse* S. 143). Mit Vorbehalt soll man jenen folgen, welche den Bundesrat rügen, weil er den Widerstand gegen die ideologische Offensive Deutschlands nicht rechtzeitig zu organisieren wusste und das Volk sich selbst überlassen hatte (siehe MEYER-*Anpassung* S. 88 f.). Es ist nachträglich leicht, die Schwäche der Regierung zu verurteilen, welche nicht auf die Gewissen einwirken wollte ... deren uneingeschränkte Freiheit dieselben Kritiker verkünden. Davon abgesehen, flösste der Bundesrat nicht immer durch eine beispielhafte Festigkeit Vertrauen ein!
- 3 Siehe RUFFIEUX-*Suisse* S. 331 f.
- 4 HARTMANN-*Staat* S. 11.
- 5 SCHWARZ-*The eye* S. 4, BEGUIN S. 53 f.
- 6 Siehe FRITSCHI S.26 f., RINGS-*Suisse* S. 128 f., RUFFIEUX-*Suisse* S. 315 f.; Bretscher unterstreicht in der *Neuen Zürcher Zeitung*, wie schwierig und voll von gegenseitigem Misstrauen diese Annäherungen waren (siehe BRETSCHER S. 118).
- 7 FRITSCHI S. 39–40, WEGELIN S.39–40, HUBER-*Schweiz* S. 9 (Zitat).
- 8 Zitiert in WOLF S. 179.
- 9 François FURET: *L'atelier de l'histoire*, Paris, 1982, S. 75.
- 10 BEGUIN S.77–80.
- 11 MÖCKLI S. 127 f. Bei den Klarsichtigsten wurde die isolationistische Gefahr nicht unterschätzt: Im Augenblick, wo eine Kultur, der die Schweiz so viel verdankt wie der deutschen, sich gleichzeitig dynamisch und der Natur der Schweizer gegenüber feindselig verhält, muss man dem «trojanischen Pferd» die Türen verschliessen können: GUGGENBÜHL S. 15. Siehe auch ETTER-*Aufgaben* S. 222 f.

- 12 RUFFIEUX-Schweiz S. 299 spricht vom «Wind des Widerstandes» ... vom Herbst 1938. – FRITSCHI S. 34 f. äussert Zweifel am Mobilisierungseffekt einer militärischen Anstrengung, welche angesichts der deutschen Wiederaufrüstung minim war.
- 13 ETTER-*Landesverteidigung* S. 6.
- 14 Siehe auch ETTER-*Reden* S. 11 f.
- 15 Ebenda S. 60, Rede an die am 1. August 1939 an der Landesausstellung versammelten Schweizer Feldschützen.
- 16 RUFFIEUX-*Suisse* S. 335. GRAF-*Schweiz* S. 135, GEX S. 99 f. (Zitat).
- 17 *Message* 1938 S. 1001.
- 18 Ebenda S. 1010–1011. – GEX S. 146 f. zählt die in der Botschaft erwähnten Werte und Handlungsprinzipien auf.
- 19 RINGS-*Suisse* S. 158.
- 20 Siehe z.B. DÜRRENMATT S. 35–36, oder weniger bekannt: SCHMID-Mai Nr. 1000, STAUB S. 12–13.
- 21 FRISCH-*Livret* S. 55
- 22 Zitiert in MÖCKLI S. 9 und in GRAF-*Schweiz* S. 133.
- 23 KÄGI-*Unterwegs* S. 113.
- 24 HUMBEL S. 182–185.
- 25 ETTER-*Reden* S. 11.
- 26 JOST S. 118.
- 27 *Mitarbeit* S.11.
- 28 BOURGEOIS-III. *Reich* S. XIII. POINTET S. 129 f.
- 29 *Rapport-Presse* S. 118. Für den Historiker der Presse und der Zensur erwähnen wir nur die für unsere Zwecke verwendbaren Teile und verweisen auf KREIS-*Zensur*, MEURANT, WÄGER, GRAF-*Zensur*, WEBER-*Nervenkrieg*.
- 30 HALTER-SCHMID, S. 150 f., *Rapport-Presse* S. 223.
- 31 Man findet den Text des Beschlusses, der nicht ohne Mühe von den drei Departementen Militär, Justiz und Polizei, Inneres ausgearbeitet wurde, in *Rapport-Presse* S. 303–304.
- 32 *SP* Sept. 1940 S. 26. Der Tätigkeitsbericht der APF erscheint als Anhang zu jenem des Generalstabs: HUBER-*Rapport* S. 407–503.
- 33 3800/1 Bd. 52.
- 34 Dieser Beschluss betrifft die «allgemeinen Vorschriften über die Nachrichtenverbreitung und Informationsvermittlung und andere Äusserungen». Man findet ihn auch in *Rapport-Presse* S. 342 f.
- 35 KREIS-*Zensur* S. 257, 263 f., BÖSCHENSTEIN S. 292, die Zensur lenkte die Presse mittels Daueraufträgen, ergänzt durch strikte Befehle im Notfall und durch mehr oder weniger regelmässige Instruktionen über die in den Leitartikeln zu befolgenden Richtlinien.
- 36 KREIS-*Zensur* S. 218 f., GRAF-*Zensur* S. 560 stellt die Untervertretung der Sozialisten in der APF, vor allem auf leitender Ebene fest, was die Partei vermutlich nicht zu ändern wünschte. Dies heisst nicht, dass die APF antisozialistisch war, es konnte aber die Strenge gegenüber der Linkspresse erklären ..., welche diese durch die Kühnheit ihrer Äusserungen herauszufordern verstand.
- 37 *SP* II.1939 S. 69 und 72. Eine Analyse der deutschen Doktrin findet sich in POINTET S. 153 f., ALBRECHT *passim* etc. Ausführlicher lässt sich die *Blutschuldthese* so auslegen: Allzu engagierte Artikel und Äusserungen könnten die ausländischen Generalstäbe glauben lassen, dass die eidgenössische Regierung die Achtung der Neutralität in der Bevölkerung nicht mehr garantieren könne

- und auf den Flankenschutz kein Verlass mehr sei (Meinung von Hauptmann Nef in der APF und von H.P. Zschokke der NHG: E 27/9142 Bd. 1, Protokoll der Sitzung vom 21.12.1939).
- 38 4450/24, Bericht Nr. 4.
- 39 *Rapport-Presse* S. 161 f., *SCHÜRCH-Freiheit* S. 15, welcher ebenfalls die Zensur würdigt (S. 7–8). Siehe auch den 1. Tätigkeitsbericht der APF, 4450/24 A S. 10, und die Unterredung vom 21.4.1940 zwischen Feldmann und dem Oberst Masson, *WEBER-Nervenkrieg* S. 150 f. und die Rede Feldmanns an der Versammlung des Verbands der Schweizer Presse vom 21.9.1940, *SP* 15.12.1940 S. 57 f.
- 40 4450/24 A. Siehe auch *Rapport-Presse* S. 162–163.
- 41 Zit. in LUCHSINGER S. 216. Siehe *HARTMANN-Swiss Press* S. 5.
- 42 *HERKENRATH* S. 64 f., 71 f.
- 43 *RINGS-Suisse* S. 272.
- 44 *STOCKER* S. 113 f.
- 45 4450/6072, den 8.9.1939. Siehe insbesondere die S. 17–18 welche das für das Dispositiv wesentliche Büro beschreiben, das den *Landesschädlichen Umtrieben* von Schweizerbürgern gewidmet ist. – Bei einer Zusammenkunft mit Etter von Ende 1938 hatte Hausmann bereits die dringliche Schaffung eines Propagandaorgans vorgeschlagen. Er sandte ihm am 12.12. das schriftliche Projekt zu (4450/6096).
- 46 Ebenda. Siehe auch TANNER: *Eclairons notre lanterne ...* Genf, 1940.
- 47 Brief von Gut an Oberst Hasler vom 2.4.1940 (4450/6096). – Der Beschluss scheint am 4. März gefasst worden zu sein, in einer Konferenz einiger höherer Offiziere, worunter Masson, der eine gewisse Rolle in der Sache spielte und vermutlich ein unverzügliches Handeln gewünscht hätte.
- 48 E 27/9050, 6071, Brief von Oberst Perrier an den General vom 10.5.1940.
- 49 4450/6105, Anhang zum 7. Wochenbericht. Siehe auch den unter Anm. 48 erwähnten Brief von Oberst Perrier.
- 50 4450/6072.
- 51 *HUBER-Rapport* S. 488, Bericht von Oberst Plancherel.
- 52 4450/6072.
- 53 1050.1 I Bd. 1, Sitzung vom 12.8.1940, *SP* 31.3.1941.
- 54 *WEBER-Nervenkrieg* S. 202 f., 214 f. *SP* 15.9.1942 S. 59, *KREIS-Zensur* S. 95 f.
- 55 4450/7065.
- 56 *HALTER-SCHMID* S. 106 f., 146 f.; 4450/24 Bd. 1, Brief vom 6.10.1940, 4450/6096, Brief vom 20.2.1940, *GEX* S. 33 f. (siehe besonders Organigramm S. 36).
- 57 *FRITSCHI* S. 174 f., *BARBEY-Aller et retour* S. 126, E 27/9083, Bericht der Offiziere H&H vom 18.12.1940.
- 58 E 27/9121, *KREIS-Neutralität* S. 107. Zur besseren Kenntnis der turbulenten Geschichte des noch zu wenig erforschten Schweizer Films greife man zu den nützlichen Skizzen von GASSER-*Ciné-journal* und von AEPPLI.
- 59 4450/6105. Diese Berichte finden sich auch in Etters Papieren mit einem Brief vom 9.9., der ihre Aufhebung ankündigt sowie ihre Wiederaufnahme auf realistischere Grundlage: 3800/9179/181 Bd. 51. Was Etter in diesen Berichten als Erstempfänger interessiert, ist die seelische Verfassung der Bevölkerung, die allfällige Kritik an Presse und Radio, die Verbesserungs-Vorschläge, wie auch die Ursachen der falschen Gerüchte: 3800/1 Bd. 52, Sitzungen vom 20. und 21.5.1940.

- 60 4450/6078, Bd. 1–10 (deutsch), 11–18 (franz.). Die erste Nummer datiert vom 6.9.1940 und die Publikation hört mit dem Krieg auf. Eine Probenummer stammt vom 24.8. und ist nicht verbreitet worden (siehe 4450/6077). Ein Versuch zu diesen Bulletins muss vielleicht in der *Durchsicht der Auslandspresse* gesehen werden, von der sich ab Mai 1940 mehrere Nummern unter Etters Papieren finden (3800/1 Bd. 52). Sie werden von der APF herausgegeben. – Zur Erinnerung sei auch das Pressebüro des Hauptquartiers erwähnt, welches Communiqués, Artikel etc. herausgibt: E 27/14857 (Tätigkeitsbericht).
- 61 4450/6076 und 13 Bd. 1–19.
- 62 BAUER-*Défense* S. 323.
- 63 FRITSCHI S. 190 f., WEGELIN S. 50, RIEDMATTER S. 5.
- 64 Am 21.9.1945 schreibt Guisan an Etter, dass militärische und zivile Handlungen dasselbe Ziel anstreben und sich ergänzen müssen: E 5795/124.
- 65 Zit. in DELAY S. 26.
- 66 GUISAN-*Entretiens* S. 44 und 57.
- 67 VALLIERE S. 189.
- 68 E 27/14902 Bd. 2.
- 69 E 27/9069 Bd. 1, Schriftstück 32.
- 70 Siehe WAIBEL, SCHEITLIN-*Gedanken* und vor allem ALBOTH.
- 71 DELAY S. 54 f.
- 72 Siehe LASSERRE-*Frontières*, RINGS-*Suisse*, ZIEGLER.
- 73 E 27/9048.
- 74 Siehe Text in FRITSCHI S. 165–166. Siehe ZIEGLER S. 4–5 und über die Anfänge von H&H: E 27/14902 Bd. 1, E 27/9048, Bericht von Oberst Dollfus vom 6.10.1939, 4450/6099 Protokoll der Sitzung vom 8.11.1939.
- 75 DOLLFUS S. 316.
- 76 Man findet die Resultate einer interessanten Umfrage der 3. Division über die Freizeitbeschäftigungen in 4450/6096, datiert vom 3.5.1940.
- 77 E 27/9083, Sitzungsprotokoll, S.18.
- 78 BAF 3.3 und 10.6.1943.
- 79 Siehe E 27/9083, Bericht Vinassa vom 8.11.1939 und Protokolle vom 9.–10.5.1940.
- 80 FRITSCHI S. 173–174, ROUGEMONT-*Epoque* S. 415–416, E 27/9083 ebenda. – Dieser Brief über das Judenproblem hat hohe Wellen geschlagen, darunter ein Rapport des Chefs der Bundespolizei, Rothmund, abgedruckt von L. Mysyrowicz in der *Schweizerischen Zeitschrift für Geschichte* und in unseren ergänzenden Bemerkungen, ebenso S.561 f.
- 81 WB 4.2.1941, PCEN 25.1.1941.
- 82 Siehe LG 28.8.1944, ein scharfer Artikel von Lehner, Feldprediger auf dem Platz Luzern und E 5795/124, ein Bericht von Mottu vom 15.8.1940. Es ist sogar erstaunlich, dass diese Art von Äusserung sich nicht vervielfacht hat.
- 83 DOLLFUS S. 236 f. Bericht der Offiziere von H&H vom 18.12.1940 und 16.–17.12.1941 in E 27/9083. Siehe E 5795/127, E 27/9121 «Gerichtsbekämpfung», E 27/14898, IZG, Bestand Jaggi Dossier 28.
- 84 E 27/14822 Bd. 1–38, Quartalsberichte, E 27/14928–15056, die Monatsberichte, welche zur Erstellung der ersteren dienen.
- 85 RINGS-*Suisse* S. 308. Am 31.8.1940 bereits übermittelte Oberst Perrier, Chef der APF, dem Stab des Generals einen Brief des Gewerkschaftsbundes mit der Bitte, dass ein qualifizierter Offizier am 10. Oktober zu seinen Westschweizer Funktionären spreche im Rahmen des Kampfes gegen den Defätismus. Der Ge-



- neral beauftragte Robert Frick, der ihm am 26.10. einen sehr positiven Bericht lieferte über die Atmosphäre der Gespräche, die Freimütigkeit und Sachlichkeit der Äusserungen: E 5795/125. – Dieses gewerkschaftliche Vertrauen sollte sich nicht verleugnen und gibt der anspielungsreichen Bemerkung in der *Neuen Geschichte der Schweiz* ihre volle Würze, welche als einzige psychologische Analyse von Henri Guisan verlauten lässt: «konservativer Gentleman-Farmer und Karriere-Offizier» (JOST S. 156). Seine Beziehungen zur Sozialistischen Partei sollten viel weniger herzlich und immer von Misstrauen geprägt sein ...
- 86 Mündliche Aussage von Dr. Lindt.
- 87 GUISAN-*Entretiens* S. 107. Siehe auch GUISAN-*Rapport* S. 208–209.
- 88 E 27/9077, Sitzungsprotokoll vom 7.7.1940. Eine nach der Mobilmachung erfolgte Aktion wird auch erwähnt im Rundschreiben vom Oberst Schüpbach vom 29.6.:E 27/9082. – *Rapport-Presse* S. 418, BAF 25.7.1940 (Zitat).
- 89 Mündliche Aussage von Dr. Lindt. Dieser aus dem Gedächtnis zitierten Aufzählung müsste man zweifellos Ernst hinzufügen, der eine direkte Verbindung zwischen dem Offiziersbund und der Einwirkung von H&H auf die Zivilbevölkerung herstellte: IZG, Bestand Lindt Nr. 57, E 27/9076 «Korrespondenz und Berichte», Bericht von Hauptmann Wartenweiler vom 10.10.1940.
- 90 E 5795/125, vom 25.11.1940.
- 91 Siehe Projekte von Divisionär Dollfus in E 27/14902 Bd. 2, Bericht vom 4. Quartal 1940, E 5795/125, Bericht vom 22.8. und Briefe vom 9.9. und 15.10.1940.
- 92 PRIVAT-*Notes*, S. 538. Oberst Frey gehört nicht dieser Gruppe an. Er behält sein Regiment und verfolgt seine Informationstätigkeit eigenständig: siehe seinen Brief vom 29.3.1941 an den General in: BONJOUR-*Neutralität* VIII S. 192 f.
- 93 E 5795/125. Der zivile Vortragsdienst sollte Dr. Lindt am 26. Mai anvertraut werden, nachdem H&H am 5. Mai unter den Befehl von Oberst Frey gestellt wurde, zwei Ernennungen, deren Urheberchaft sich Ernst zuschreibt, der einen direkten Zugang zum General hatte. (Bestand Lindt Nr. 57). Nach WANNER S. 157, hätten Hausamann und Ernst gemeinsam gehandelt. Hausamann zeigte sich am 19.4. in der Tat beunruhigt über die Nachlässigkeit von H&H, welche ihren so wichtigen Auftrag nicht erfüllte, und erhielt von Guisan den Befehl, einen Chef vorzuschlagen: MATT S. 133. Über die Aktion von Frey, siehe KURZ-*Schweiz* S. 341 f.
- 94 Schon am 15.10. hatte der General die APF aufgefordert, eine Beeinflussung der Zivilbevölkerung vorzubereiten und insbesondere abzuklären, wieweit man die Grundsätze des Réduits aufdecken konnte: E 5795/85.
- 95 E 5795/125, Briefe vom 6.1., 3.2., 13.2.1941, BONJOUR-*Neutralité* IV S. 215. – Im Mai 1941 lehnen es die Bundesbehörden erneut ab, die Information der Zivilbevölkerung auf sich zu nehmen: GUISAN-*Rapport* S. 209, -*Entretiens* S. 142, Bericht Frey vom 15.12.1941 in E 5795/127. Auf deutsches Eingreifen hin muss Guisan Frey vorübergehend verbieten, öffentlich zu sprechen, wunderte sich aber sehr, dass Gauleiter Sauckel das Recht dazu hatte ...: Brief vom 9.5. an den Bundesrat, BONJOUR-*Neutralität* VII S. 310 f. E 27/9911, WANNER S. 138 f.
- 96 E 27/9069 Bd. 1, Schriftstück 32.
- 97 Tätigkeitsbericht von H&H für das 2. Quartal 1941 S. 16–17, E 27/14902 Bd. 2.
- 98 Ebenso, 3. Quartal 1941. Man findet ein gutes Exposé von Frey über die Arbeitsmethoden im Protokoll vom 20.2.1942, in E 27/9121. – Die Zusammen-

- arbeit der Verwaltungen scheint auf keinen Widerstand gestossen zu sein, da diese sich eher freuten über diese Kontakte und die Erklärungen, welche sie endlich offen abgeben durften.
- 99 E 27/9205. In einem Schreiben vom 5.6.1942 verhehlt Lindt nicht, dass der Rückgriff auf die Presse alles vereinfachen würde, doch dürfe man auf keinen Fall die Empfindlichkeit der kriegführenden Staaten verletzen.
- 100 E 27/9059, Bericht vom 15.12.1941. Man beantwortete so die aktive deutsche Propaganda mit einer andern Propaganda, welche sich im Sinne von Oberst Frey nicht gegen Deutschland richtete, sondern auf die Ursprünglichkeit, die schweizerischen Werte, den Verteidigungswillen und die Unabhängigkeit: E 27/9052, Bericht vom 14.5.1941.
- 101 ZIEGLER, Anhang S. 4, RINGS-Suisse S. 308 f. Man findet die Liste der Teilnehmer in 3800/1 Bd. 56–58. Siehe ZIEGLER S. 29 f. BEGUIN S. 173 betont, dass diese Kurse den sozialen Frieden förderten, indem sie Leute vereinte, «zwischen denen das Leben hohe Schranken errichtet hatte», und die unerwartete Gemeinsamkeiten entdeckten.
- 102 E27/9059, Bericht vom 5.12.1941. – Diese Dankbarkeit wird oft naiv ausgedrückt. Für manche ist H&H Vertrauensperson oder Berater. Man richtet sich auch an sie, um Gesuche oder Beschwerden an Verwaltungsbehörden weiterzuleiten oder vermutliche Spione anzuzeigen (was man der Polizei gegenüber nicht gewagt hätte).
- 103 Siehe E 27/9132-9301. Diese Akten sind nach Kantonen und Kreisen geordnet. Das normale Schema enthielt vier Rubriken: vom Berichterstatter gehaltene Vorträge, Ereignisse, welche die Stimmung günstig oder ungünstig beeinflussten, umgehende Gerüchte. Darüber hinaus bestehen Semester-Auszüge unter der Signatur E 27/9130 und Berichte über die Kurse selbst. Von Ende 1942 bis Mai 1945 analysierte H&H 1398 Berichte, in vier Kategorien: Militär, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, Verschiedenes.
- 104 E 27/9052, Bericht vom 29.4.1941
- 105 Bericht von Oberst Frey vom 5.12.1941 (Zitat). Siehe auch Akte vom 15.12. in E 5795/127 und FRITSCHI S. 176–177.
- 106 BONJOUR-*Neutralité* IV S.199 f. und -*Neutralität* VIII S. 264 und 278, E 5795/408 etc. Man findet Dänikers Text, die Replik von Frey und die Duplik von Däniker bei WANNER S. 191–217. – Zu Hausamann siehe BONJOUR-*Neutralité* IV S. 216 Anm., E 5795/127, Brief von Guisan vom 1.3.1942.
- 107 Siehe Eters kategorischen Brief an den General vom 24.12., der eine rasche Übergabe der Propaganda zuhanden der Zivilbevölkerung an den Bundesrat fordert: E 5795/126, 127, Brief vom 6.12.1941. Siehe auch den Brief von Kobelt vom 11.7. und Guisans Antwort vom 9.8. Man findet in diesen Dossiers zahlreiche Akten zu den Verhandlungen rund um H&H. Siehe 3800/1/58, E27/9053, 9059, BARBEY-PC *passim*, BAUER-*Défense* S. 92, 100, 105 f. Am 10. Januar wendet sich Kobelt an die Offiziere des EMA, insbesondere zur Politik in der Armee. Er präzisiert, dass H&H sich mehr um das *Heer* als um das *Haus* kümmern sollte: E 5795/146, Aktenstück datiert vom 13.1.
- 108 GUISAN-*Rapport* S. 211, E 5795/127, 344, Brief von Feldmann vom 1.12., teilweise abgedruckt in BONJOUR-*Neutralität* VIII S. 401, E 5795/333 Aktenstück 83.
- 109 Nationalratsprotokolle, Sommersession 1942, E 27/9058, *Rapport Général* S. 512–513.

- 110 E 5795/129, vom 22.5.1945.  
 111 Siehe zu diesem Thema beispielsweise HARTMANN-*Staat*.  
 112 Man findet den Text eines besonders aufschlussreichen Briefes zu diesem Thema von Oberst Frey an den General vom 29.3.1941 in BONJOUR-*Neutralität* VIII S. 292–294.  
 113 E 5795/127, Bericht Frey vom 15.12.1941 S. 11–22.  
 114 E 27/9130, Bündel «Stimmungsberichte komplexer Art ...», Brief vom 29.1.1944. Das Zitat stammt aus einem Brief von Oberstdivisionär Favre, zitiert in einem Brief von Guisan an Dollfus vom 29.7.1942 in E 5795/128.

## Kapitel II

- 1 BONJOUR-*Neutralité* IV S. 46 f., BEGUIN S. 96 f., GUISAN-Rapport S. 193 f.  
 2 BRETSCHER S. 120 f., RIGASSI-*Suisse* S. 39. Siehe MEURANT S. 134 f.,  
 174 f. Die Mobilmachungs-Erinnerungen ändern an diesem Bild nichts, siehe  
 z.B. *Wir dienten* S. 5 f., aber sie sind mit Vorsicht zu deuten.  
 3 ZBINDEN-*Lage* S.4.  
 4 SCHÜRCH-*Freiheit* S. 6.  
 5 AAB 794/1.  
 6 MEURANT S. 138 f., 571 f. Meurant stützt seine Schlussfolgerungen auf die  
 quantitative Auswertung einer breiten journalistischen Repräsentativerhebung.  
 Leider existiert nichts dergleichen für die Deutschschweizer Presse.  
 7 E 5795/85, Bericht vom 28.9.1939, Kopie-Auszüge der Überlegungen von Of-  
 fizieren und Soldaten während der drei ersten Wochen des Aktivdienstes. EPP-  
 RECHT I S. 95.  
 8 AAB 794/1, vom 29.9.1939.  
 9 BONJOUR-*Neutralität* VIII S. 28 f. Brief von Köcher vom 9.2.1940. Bericht  
 vom OKW vom 17.11.1939 in FUHRER S. 148, und vom 1.–15.3.1940 in  
 MAF WO 1-6/365.  
 10 GANZONI *passim*.  
 11 E 5795/328, Brief an Oberstlt. Gonard vom 25.10.1939. Seit «Wochen» hatte  
 er auf diesen Punkt aufmerksam gemacht. Von deutscher Seite hat man eine  
 teilweise Bestätigung: Am 12.9. meldete der Konsul von St.Gallen die Beleidigung  
 seiner Landsleute in den ersten Kriegstagen, stellte aber deren Aufhören  
 fest, nachdem der polnische Feldzug Bewunderung ausgelöst hatte, und man  
 gleichzeitig die Zurückhaltung der Luftwaffe bei der Bombardierung der offenen  
 Städte anerkannte (AAB 794/1). Im November erwähnte ein Bericht der  
 Abwehr die Ausdrücke *Sauschwob* und *Nazihund*, mit denen man die deutschen  
 Staatsangehörigen bedachte. Niemand wagte Sympathie für das Reich zu bekunden.  
 Sogar die Besitzer von Autos deutscher Herstellung riskierten Beleidigungen  
 (MAF WO 1-6/556).  
 12 MEURANT S. 130 f., 153 f., 168 (Zitat).  
 13 BRINGOLF-*Perspektiven* S. 7 f.  
 14 BONJOUR-*Neutralité* IV S. 57 f.  
 15 BRINGOLF-*Perspektiven* S. 15, HARDMEIER S. 152 f.  
 16 MAF WO 1-6/556, vom 17.11.1939.  
 17 BONJOUR-*Neutralität* VIII S. 28 f., Brief vom 9.2.1940 (Zit. S.29).  
 18 MEURANT S. 172.  
 19 BRINGOLF-*Perspektiven* S. 21.

- 20 REYNOLD-*Mémoires* S. 664.
- 21 REYNOLD-*Conscience* S. 118 f.
- 22 Greift Schürch im *Bund* vom 23.1.1940 diese Art Hoffnung an, wenn er die Europafreunde, welche begierig die von aussen kommenden Friedensentwürfe aufgreifen, daran erinnert, dass es nicht irgendein Europa aufzubauen gelte? Je nach dem Sieger wäre die an sich erwünschte Einheit bundesstaatlich oder auf-  
gezwungen (SCHÜRCH-*Bemerkungen* S. 96 f.).
- 23 REYNOLD-*Conscience* S. 13, 115 f.
- 24 Ebenda S. 283.
- 25 Siehe RUFFIEUX-*Suisse* S. 242 f. Einer der Gemeinplätze der Demokratie-  
verächter und sogar vieler ihrer Verteidiger ist die Kritik an der Parteienherr-  
schaft. Man findet sie bei de Reynold. Man könnte noch das Tagebuch eines  
gewöhnlichen Soldaten und Grossrat von Neuenburg zitieren: «Nachdem alle  
Routine durch die Disziplin und den harten Ernst des Grenzdienstes abgelautet  
ist, bemerkt man verblüfft und angewidert die Staubwolken von Oberfläch-  
lichkeit, von moralischer und politischer Leichtfertigkeit, den sinnlosen Lärm  
und Aufruhr, den diese alten Routiniers der Rednertribüne aufwirbeln, ver-  
sunken in persönlichen Reibereien und in Auseinandersetzungen um Interes-  
sen oder Prestige oder gar Wahlen. – Die lebendige Demokratie ist das einzig  
mögliche Regime für den Fortschritt. Disziplinlosigkeit und Unordnung aber  
sind ihr Untergang» (ANET, 6.10.1939). Diese Aussage interessiert mehr we-  
gen des Grabens, den sie zwischen Armee und Zivilbevölkerung nach wenigen  
Wochen Aktivdienst enthüllt, als wegen der im Grunde banalen Kritik am Par-  
lamentarismus.
- 26 E 27/9142 Bd. I, Protokoll einer vertraulichen Konferenz, welche von Forum  
helveticum und der APF einberufen worden war, über die Notwendigkeit des  
Respekts vor den Konventionen und der Zurückhaltung in der Wiedergabe der  
öffentlichen Meinung. Die beiden Ausdrücke in Anführungszeichen stammen  
gleichfalls von Nef. – Diese Grundsätze wurden von E. Fueter heftig bekämpft.  
Forum helveticum sollte im Februar 1940 entgegengesetzte Richtlinien erlas-  
sen.
- 27 HÜNER WADEL S. 18 f.
- 28 BARTH-*Stimme* S. 133 f.
- 29 ROUGEMONT-*Mission* S. 131 f. (Zitat S.132).
- 30 FRITSCHI S. 57 f.
- 31 Siehe besonders den Rapport der Verbindungsoffiziere von H&H des  
9.–10.5.1940: E 27/9083. Der Verantwortliche für die Vorträge, Hauptmann  
Vinassa, war eher pessimistisch, aber nicht entmutigt. F. Wartenweiler dagegen  
verliess diesen Rapport voller Begeisterung und Optimismus über alles, was be-  
reits getan war: WARTENWEILER S. 63 f.
- 32 E 27/9083. Siehe z.B. die eindruckliche Liste von Unterhaltungsabenden, wel-  
che im 1. Armeekorps organisiert wurden.
- 33 4450/6096, Bericht vom 3.5.1940 von Hauptmann i.Gst.Wanner.
- 34 GRUNER S. 132 f. H&H sollte im übrigen mit ihren Versuchen bei den Re-  
kruten keinen Erfolg haben und sich viel besser in der Erwachsenenbildung be-  
währen.
- 35 RUFFIEUX-*Suisse* S. 370, BEGUIN S. 102 f.
- 36 E 27/14901/2, Bericht vom 9.5.1940 über die Stimmung in den ersten sieben  
Monaten der Mobilisierung.
- 37 DOLLFUS S. 230 F.

- 38 3800/1979/171 Bd. 2, Aktenstück 16.  
39 E 27/14901/2, Bericht vom 14.5.1940.  
40 RL 1938 S. 880 f., 1939 S. 1509 f. (das Ende des 1. Art. gestattet die Verfolgung ausserhalb der Armee, falls diese betroffen ist).  
41 E27/11202, Bericht vom 16.5.1940.  
42 1050. I II Bd. 1, Protokoll vom 24.4.1940.  
43 E 5795/145 von Oberst Zumbrunn, Chef der Polizeiabteilung des Territorialdienstes des Armeestabes, am 6.4.1940.  
44 E 27/11233, Bericht des Oberst i.Gst. Müller vom Nachrichtendienst am 15.1.1940. E 27/11202, Bericht von Oberst Zumbrunn vom 20.3.1940. Nach einer Akte vom 6.4. wurden dreiundzwanzig Broschüren beschlagnahmt (E 5795/145).  
45 E 27/11198, vom 15.2.1940.  
46 E 27/11202, Bericht von Oberst Zumbrunn vom 15.4.1940.  
47 E 5795/124, E 5795/145.  
48 E 5795/85, von Oberst Wille am 31.5.1940, E 27/11202, Bericht von Oberst Zumbrunn vom 15.2. und 23.4.1940.  
49 E 5795/145, vom 6.4.1940 S. 27 f. Bericht zitiert von Köcher vom 29.9.1939, MAF WO 1-6/556, Akte des OKW vom 17.11.1939, gestützt auf die Berichte der Abwehr.  
50 E 5795/145, Protokoll der Konferenz vom 6.4.1940, S.5.  
51 Ebenda S. 38, franz. Teil. Man findet in diesem Protokoll die Richtlinien des Chefs des Armeestabes vom 28.3.1940 für den Kampf gegen die Propaganda, welche der öffentlichen Ordnung in der Armee abträglich ist.  
52 De MESTRAL S. 60 f.  
53 E 27/9050, Projekt des Unteroffiziers Mottu, einer der Animatoren von H&H, vom 4.3.1940.  
54 De MESTRAL S. 60.  
55 MAF III H 363, Lagebericht 21.11.-2.12.1939. – Es ist zweifellos kein Zufall, dass dieser Tagesbefehl drei Tage nach einem Brief zum gleichen Thema des Oberst Masson an Oberstleutnant Gonard erscheint, welcher letzterer damals Mitglied des persönlichen Stabs von Guisan war (E 5795/328).  
56 E 27/14822 Nr. 2.  
57 Ebenda E 27/9081, Bericht Nr. 3, anonyme Überlegungen (von Masson?), PRIVAT-Notes S. 524. Siehe auch E 27/14822 Bd. 38, Bericht des Oberleutnant von Fischer, Chef des Geschichtsdienstes der Armee, vom 29.4.1940.  
58 GUISAN-Rapport S.11.  
59 ZBINDEN-Lage S. 4, REYNOLD-Conscience S. 28 f.  
60 Siehe LASSERRE-Frontières S. 79 f.  
61 GUISAN-Rapport S. 193.

### Kapitel III

- 1 E 27/14822, zusammenfassender Bericht über die Truppenmoral. 4450/6072, Brief von Hauptmann Allgöwer, 11.4.1940.  
2 GRUNER S. 137, Brief vom 18.4.1940. Siehe NEB 3.5.1940, Umschlagseite.  
3 E 27/9050, von Oberst i Gst Münch, 9.4. und von Oberst Fueter 21.4.1940.  
4 Brief zitiert in Anm. 1, E 27/14822/5, E 27/14930.  
5 E 27/14928 f. Bericht der grossen Einheiten, BAUER-Mai S. 247 (Zitat).

- 6 E 27/14936, Bericht der 5. Division, E 5795/85, dieser Bericht von Wille ist nicht frei von Hintergedanken, gibt jedoch eine kompetente Meinung wieder, welche den Vorteil hat, sich mit den andern zu decken.
- 7 VETSCH *passim*.
- 8 Ebenda S. 112 f.
- 9 SCHMID-*Unterwegs* S. 88 f.
- 10 E 5795/131.
- 11 E 27/9121, «Gerüchtebekämpfung», Brief vom 17.5.1940.
- 12 *Batterie-Chronik* sch mot Kan Btrr 1135, Basel, 1946, S. 37 f.
- 13 HERZIG S. 64 f. Zitat S. 65 f.
- 14 BONJOUR-*Neutralität* VII S. 102 f., von Oberst Masson, 22.6.1940.
- 15 E 27/9081. Der General mochte sich von den Briefen des Oberstdivisionär Pfyffer von der Sektion H&H anregen lassen, vom 28.5. und des Chefs des Armeestabes vom 2.6.1940. Siehe E 27/9050. Berichte des Nachrichtendienstes gingen in die gleiche Richtung, z.B. *BNS* Nr. 28 vom 2.7.1940, später als der Armeebefehl. In seinem Regiment benutzte Oberst Frey dieselben Argumente und verfolgte die gleichen Ideen: WANNER S. 94 f. Dieser Armeebefehl bewegte auch Zivilisten, wie ein Artikel der *NZZ* vom 18.6.1940 belegt, dessen Verfasser dem General für die Vertrauensbildung in die Armee dankt, und für das angemessene Beharren auf der Moral.
- 16 E 27/9082. Diese dreisprachige Sendung hatte grossen Erfolg.
- 17 HALLER S. 126.
- 18 Frisch-*Livret* S. 50 f. Die ungenaue Chronologie von Frisch erlaubt es, dieses Urteil auch nach dem Waffenstillstand anzusetzen oder in einer andern Kriegsphase, ausser er habe die Epochen wieder ineinandergeschoben.
- 19 MAF WO 1-6/365, BONJOUR-*Neutralité* IV S. 64, ADAM S. 30.
- 20 NARS, T 120/3982, MAF WO 1-6/556, ADAM S. 23 f., 30, FF 24.4.1940.
- 21 1050.1 II, Aussage des Legationsrat Kohli vor der Vollmachtenkommission des Ständerats vom 22.1.1945. Im November 1940 löste die Furcht vor einer Blockierung der Dollarguthaben der Neutralen eine gegensätzliche Welle aus.
- 22 LUCHSINGER S. 228 f., BRETSCHER S. 130 f. SM 4.1940 S. 37.
- 23 E 27/9122. Diese Mappe enthält Presse-Ausschnitte der zwei Kampagnen. Die Artikel stammen von R. Faesi, G. Thüerer, E. Buenzod etc. Oberst Masson schrieb die falschen Gerüchte den ausländischen Nachrichtendiensten zu, vor allem den französischen und englischen: E 27/9121, 4450/6105, Bericht Nr. 2.
- 24 4450/6105 «Die Haltung der Bevölkerung», Bericht Nr. 2.
- 25 BONJOUR-*Neutralité* IV S. 63.
- 26 Es gab soviele missbräuchliche Denunzierungen, dass man am 16.5. den Eifer der Bevölkerung dämpfen musste: SCHMIDT-*Mai* Nr. 982.
- 27 HUBER-*Rapport* S. 270 f. ADAM S. 52, HEER S.198 etc.
- 28 ADAM S. 56. Ein ebensolcher Artikel der *Weltwoche* wurde von ihren Lesern genau so als «Panikmache» beurteilt wie die «angemessene Sprache»: 4450/6105, Bericht Nr. 1.
- 29 Gemäss HARTMANN-*Swiss press* S. 50 f. hätten die Zeitungen ihren massvollen Ton aufgegeben und Deutschland verurteilt, weil sie sich auf ihre Leser einstellen mussten, wenn sie nicht riskieren wollten, ihrerseits Gegenstand der Ent-rüstung zu werden. Das ist wohl möglich, doch ist diese Behauptung nicht genügend untermauert.
- 30 LUCHSINGER S. 228 f.
- 31 4450/6105, Bericht vom 27.5.1940.

- 32 BONJOUR-*Neutralité* IV S. 72 f. 4450/6105, Bericht vom 1.6.1940, etc. Bonjour meidet den Ausdruck Panik, da nur vereinzelte Elemente den Kopf verloren hätten.
- 33 4450/6105, Bericht vom 27.5.1940, E 27/14879.
- 34 E 27/14873, Schlussbericht des Evakuationsdienstes vom 5.7.1940 S. 13 f.
- 35 E 27/14930, Bericht vom 1.3.1940.
- 36 E 27/14878, Bd. 5, siehe Bericht des Territorialkommandanten 5, der zu diesem Thema besonders ungeschminkt ist. Zitat ebenda Bd. 4.
- 37 E 27/14873, Dienstbericht für die Zeit vom 6.6. bis 5.7. In diesem Bericht wird das polnische Beispiel ebenfalls einmal erwähnt. Es bedurfte seiner Wiederholung im Westen, um seinen Sinn zu begreifen. – Vermutlich waren die Zivilbehörden erleichtert über einen Beschluss, der die Lage für sie klarer und weniger drückend machte (siehe z.B. BRINGOLF-*Leben* S. 229 f.). Der Nachrichtendienst schloss aus den kürzlichen Erfahrungen ebenfalls, dass man die Evakuierung verhindern müsse: BNS 16.6.1940.
- 38 KURZ-*Dokumente* S.66.
- 39 REYNOLD-*Mémoires* S. 644.
- 40 4450/6105, Bericht Nr. 1 und 2.
- 41 Ebenda, Bericht vom 21. bis 28.5. Der Bericht Nr. 2 unterstreicht die Entschlossenheit der Arbeiterschaft in den grenznahen Städten der Nordschweiz, mit Ausnahme der extremen Linkskreise. Andere Berichte haben eine nuanciertere Meinung: siehe unten. – 1050.1 Bd. 1, Sitzungen vom 20./21.5.1940, Intervention von Stähli und Quartenoud.
- 42 4450/6105 Bericht vom 29.5. bis 4.6.1940, Bericht Fueter vom 2.6. und Wochenbericht vom 3.6.1940.
- 43 Ebenda Bericht vom 2.6.1940.
- 44 WEBER-*Nervenkneg* S. 165, 4450/24/1 Bericht APF über das 2. Quartal 1940 (Zitat).
- 45 ADAM S. 61 f.
- 46 4450/6105, Überlegungen von Oberst Fueter vom 25./26.5.1940 S. 11.
- 47 Ende Mai sieht man auch die Westschweizer Zeitungen in den Titeln ihr Vertrauen in die Führer der Alliierten ausdrücken, jedoch ihr Misstrauen in pessimistischen Kommentaren festhalten.(MEURANT S. 285).
- 48 RMS 1970 S. 164 f., VALLOTTON-*Coeur à coeur* S. 58.
- 49 *Neue Schweizer Rundschau* 7.1940 S. 143 f., ADAM S. 100. – Man kann auch feststellen, wie die Zensur einen Artikel beschneidet, der einen Unteroffizier erwähnt, welcher von sich aus das Thema Sankt Jakob an der Birs aufnahm (EP-PRECHT II S. 53). Zweifellos weil er eine Niederlage beschwor ...
- 50 4450/6105 Bericht vom 5. bis 11.6.1940.
- 51 Ebenda, Bericht vom 11. bis 17.6.1940.
- 52 3800/1 Bd. 52, Protokoll einer Unterredung mit Hauptmann Gut, Verbindungsoffizier der APF.
- 53 Ebenda, Bericht Nr. 3 S. 5. Die Verfechter dieser These praktizierten einen aktiven Defätismus, den man dem passiven der Egoisten und Opportunisten gegenüberstellen könnte (wir entnehmen die beiden Begriffe dieser Gegenüberstellung BUCHER-*Suisse*, der das gleiche Thema aufgrund der gleichen Quellen, nur kürzer, behandelt).
- 54 4450/6105, Bericht vom 5.–11.6.1940. Pilet-Golaz und Guisan beschworen zuweilen die Gefahr innerer Unruhen herauf, wo die Armee von Nutzen wäre: GAUYE-*Rütli* S. 32.
- 55 Ebenda, Bericht vom 11.–17.6. und 12.–17.6.1940.

- 56 Ebenda, Bericht von W. Keller vom 16.6.1940.
- 57 MEURANT S. 364 f., 4450/6105, Bericht vom 11.–17.6.1940.
- 58 3800/1 Bd. 52, Telephon-Abhörprotokolle vom 21.6.1940.
- 59 Ebenda, 4450/6105 Bericht vom 18.–24.6.1940. Man mag erstaunt sein über diesen Vorrang, den man der Wirtschaft inmitten des Dramas einräumte. Nach dem November 1918, der Krise der Dreissigerjahre und anderen aufwühlenden Erfahrungen war dies in der Tat für viele vorrangig; für den General zum Beispiel. Nun, die Zukunft verhies noch Schlimmeres für eine Schweiz, welche eingekreist und von ihren unentbehrlichen Weltmärkten abgeschnitten war.
- 60 BARBEY-PC S. 24.
- 61 In Anm. 59 erwähnter Bericht.
- 62 BEGUIN S. 157 f., BUCHER-*Suisse*. Die Rede ist abgedruckt bei BONJOUR-*Neutralité* IV S. 109 f. Siehe auch die Reaktionen in der Vollmachtenkommission des Nationalrats und die Erklärungen Pilets am Tag nach seinen Reden: 1050.1 I Bd. 1.
- 63 3800/1 Bd. 52.
- 64 Siehe ebenda die Notizen von Gut vom 18.6., welche als Grundlage der Instruktionen gedient haben müssen.
- 65 SCHMID-*Unterwegs* S. 96 gibt davon einige Beispiele, wovon einer aus der Welt der Politik.
- 66 J I. 140 Bd. 5.
- 67 MEURANT S. 381.
- 68 BUCHER-*Schweiz* S. 368.
- 69 MAF WO 1-6/365.
- 70 *Journal de Genève* 28.6.1940, zitiert in PICOT-*Mots d'ordre* S. 31.
- 71 BUCHER-*Schweiz* S. 358 f., BONJOUR-*Neutralité* IV S. 123 f. Pilet sagte 1943 zu Markus Feldmann, dass in einem militärisch ohnmächtigen Land nur die Diplomatie die Unabhängigkeit retten könne. Er hatte also mit den Deutschen gespielt (E 5795/333, Aktenstück 87). Dies hinderte Feldmann nicht daran, sehr hart über Pilet zu urteilen, der seiner Ansicht nach die französische Niederlage moralisch nie überwunden hatte, und von dem nach seiner Rede viele glaubten, dass er die Demokratie verraten habe.
- 72 BUCHER ebenda S. 374 erwähnt zwei Reaktionen von Bringolf am 25.6. und von Guisan am 9.7., um zu zeigen, dass die zwei über jeden Verdacht erhabenen Männer auch nur Gemeinplätze absondern konnten. Wie Pilet suchten sie die verschwommene Zukunft der Erneuerung zu entziffern. Man spricht davon in allen politischen Richtungen, und überall breitet sich moralisierende Geschwätzigkeit aus. – Interview von P. Béguin im IZG, Bestand Rings. Die Interviews mit Hausamann, Schenk, Reymond, Allgöwer erwähnen dagegen eine unverzüglich negative Aufnahme. Alle sind nach dem Krieg datiert.
- 73 IZG, Bestand Hausamann, 8. und 18.7.1940. Hausamann ist immer pessimistisch, aber gut unterrichtet. – Etter ist sich der Gefahren einer «Hotelier-Politik» bewusst und macht die APF darauf aufmerksam in seinen Weisungen vom 17.6.: 3800 Bd. 1.
- 74 4450/34.
- 75 E 27/14895, Tätigkeitsbericht des 3. Quartals 1940.
- 76 4450/6105, Bericht vom 23.–29.7.1940.
- 77 RINGS-*Vivre*. Mit ROSENBERG-*Wer machte*, könnte man sich dem Spielchen mit den Zitaten hingeben, um die Verwirrung der Sozialistischen Partei zu zeigen, welche vom Autoritarismus der siegreichen Staaten angezogen war



- und von ihren Erfolgen im Kampf gegen den Kapitalismus. Dies verdiente eine ernsthaftere und leidenschaftslosere Untersuchung.
- 78 BONJOUR-*Neutralité* V S. 212 f. Die breite Öffentlichkeit erfuhr nichts von den Wirtschaftsverhandlungen, welche ihren Abschluss im Abkommen vom 9. August fanden, und wo die Schweizer Delegation eine grosse Festigkeit und hartnäckigen Widerstand gegenüber den Deutschen bewies. Siehe BOURGEOIS-3. *Reich* S. 158 f., BUCHER-*Schweiz* S. 366.
- 79 BUCHER-*Schweiz* S. 369. Zu dieser Affäre und ihren Nachwirkungen siehe BONJOUR-*Neutralité* IV S. 315 f., *BCM* 19.9.1940, der die Gewandtheit der MNS bewundert und feststellt, dass die ausländische Presse den Zwischenfall kaum beachtet hat. Am 12.9. äussert sich Pilet auch am Comptoir Suisse in Worten, welche man zu seinem Nachteil auslegen könnte, wenn man sie aus ihrem Zusammenhang reisst: SCHMID-*Unterwegs* S. 102, BONJOUR ebenso S. 331.
- 80 BONJOUR ebenso S. 212 f. Unter den Bewegungen des Widerstands und der politischen Reflexion sei die Eidgenössische Gemeinschaft erwähnt, welche im Januar 1941 entstand und Verbindungen zur Offiziersverschwörung unterhielt (GILG-*Gemeinschaft*).
- 81 GASSER-*Gotthard-Bund* S. 1–49. ROUGEMONT-*Epoque* S. 422 f. datiert die Entstehung der Bewegung auf eine Idee, welche er am 6. Juni gehabt hätte, und bringt eine andere Chronologie. Der Bericht Gassers ist vollständiger, weniger auf eine einzige Persönlichkeit konzentriert, und daher zweifellos näher bei der Wirklichkeit.
- 82 LG 25.10.1940 (Zitat), REYNOLD-*Mémoires* S. 696.
- 83 LG 21.4.1942 f.
- 84 3800/1979/171/2. Ein Besprechungsexemplar vom Mai 1940 sagt dasselbe, aber im Futurum.
- 85 E 27/15067, Bericht vom 20.7.1940.
- 86 Hausamann, zit. in MATT S. 72 f.
- 87 4450/34, Rundschreiben vom 25.6.1940, MEURANT S. 397 (Zitat).
- 88 WEBER-*Nervenkrieg* S. 193.
- 89 MEURANT S. 357, BEGUIN S. 153 f.
- 90 René Payot, am 15.6. und *Journal de Genève* 25.6., zit. in MEURANT S. 369 und 375.
- 91 Ebenso S. 617.
- 92 LUCHSINGER S. 240.
- 93 BRETSCHER S. 138, Artikel vom 25.7.1940.
- 94 Siehe ROSENBERG-*Anpassung* und -*Wer machte*, passim.
- 95 MAF WO 1-6/365, 3800/1 Bd. 52, Telefonüberwachung vom 29.6.1940.
- 96 BONJOUR-*Neutralité* IV S. 203.
- 97 Bericht der Wehrmacht zit. n. 95 (1.–15.8.1940). Siehe im selben Tonfall Bericht der Abwehr vom 1.8.1940, MAF WO 1-6/556.
- 98 WÜST-*Alerte* S. 94 (Zitat). Siehe Bericht von Uof Mottu von H&H vom 15.8.1940, zurück von einer Vortragsserie, die er während fünf Wochen in den verschiedensten Einheiten gehalten hatte: E 5795/124.
- 99 E 27/14928, Bericht über 6.1940 (Zitat), Brief vom 18.6. zit. von GAUYE-Rütli S. 23. Siehe auch E 27/14901.
- 100 «Eigenartigerweise», bemerkt BAUER-*Mai* S. 246, «beeinträchtigt der Waffenstillstand die Moral nicht; unsere damaligen Kameraden bestätigen es als «einhellige» Erinnerung der Mobilisierten aller Grade».

- 101 4450/6105, Bericht vom 25.6. bis 1.7.1940.
- 102 GRUNER S. 145, vom 3.7.1940, WÜST-*Alerte* S. 112.
- 103 E 5795/124, Anhang zum Bericht des General-Adjutanten vom 22.8.1940.
- 104 E 5795/124. Siehe GAUYE-*Rütli* S. 22 f., verschiedene Briefe von Militärs aller Grade, welche der General für den Rütli-Rapport zusammengestellt hatte; EPPRECHT II S. 54 f.
- 105 E 27/14929, Bericht einer Funkkompanie vom 1.7. (Zitat), E 27/14822 Bd. 6, Generalrapport vom Juni 1940, der jenen der 7. Division zitiert.
- 106 E 27/14901, 14930 f. E 27/14822 Bd. 6 und 5795/124, Bericht des Generaladjutanten vom 22.8.1940.
- 107 ADAM S. 209 f. FRITSCHI S. 83.
- 108 Man findet diesen Text in WÜST-*Alerte* S. 147 f. BONJOUR-*Neutralité* IV S. 144.
- 109 E 27/14901, Bericht vom 19.7.1940.
- 110 WANNER S. 110 f., 116 f.
- 111 E 27/9081, 14436, 14934, E 5795/124.
- 112 E 5795/85, Bericht vom 16.9.1940.
- 113 E 27/14372, Brief an Oberst Masson vom 22.7.1940. Siehe auch J. I 140/4 1940 passim.
- 114 Ansicht eines Militärs, NZZ, zit. in PG 9.8.1940.
- 115 4450/6105, Bericht vom 16.–22.7. und 16.–22.6.1940. J. I 140/4/1940, Brief von Ernst an den Obrichter vom 4.8.1940 (Zitat).
- 116 Für weitere Einzelheiten siehe BONJOUR-*Neutralité* IV S. 172 f., KÄGI-Unterwegs (Beitrag von Schenk), IZG, Bestand Lindt Nr. 57, etc. Zitat: E 27/14372 vom 26.9.1940.
- 117 Wenn die Verschworenen aufgeschlossen waren für die Idee, dass ein politisches Programm nötig sei, so scheinen sie ihr doch kein grosses Interesse entgegengebracht zu haben, trotz dem, was GILG-*Gemeinschaft* S. 576 darüber denkt. Kommt ihre Überlegung nicht im nachhinein, um in die Gruppe der Eidgenössischen Gemeinschaft zu münden? In einem Brief vom 16.10.1940 gibt Ernst zu verstehen, dass er selber wohl nicht vor dem Ende des Abenteuers die politischen Probleme überdacht hatte, und seine Überlegungen führen ihn nicht sehr weit (siehe den Brief in BONJOUR-*Neutralität* VII S. 172 f.). – Den Anhängern einer Professionalisierung der Armee und des Militarismus rief Schürch am 30. August einige Wahrheiten über die Beziehungen zwischen Armee und Bevölkerung in Erinnerung, ohne anscheinend auf die Verschwörung anzuspielen (SCHÜRCH-*Bemerkungen* S. 127 f.). Auch er musste die Zenturionströmung im Offizierskorps wahrnehmen.
- 118 VALLOTTON-*Coeur-à-coeur* S. 70 f. Es existiert keinerlei beglaubigtes Dokument über die Rede des Generals; diese wurde anhand von Notizen gehalten, welche von GAUYE-*Rütli* publiziert und gründlich analysiert worden sind und ein Höchstmass von Aufschluss zu diesem umstrittenen Thema erteilen. – Am 4.8.1940 gibt Ernst ein kurzes günstiges Urteil über die Rütli-Rede ab: J. I 140/4/1940.
- 119 Texte in WÜST-*Alerte* S. 148 f., KURZ-*Dokumente* S. 91 f.
- 120 E 5795/124. Siehe E 27/9081, Brief eines Soldaten vom 13.8.1940.
- 121 E 27/9066 Bd. 1, Anweisungen vom 16.8.1940.
- 122 E 27/14822 Bd. 8, zusammenfassender Bericht vom August 1940. E 5795/124 Bericht vom 17.8.1940. Am 28.8. schätzte General Halder, Stabchef des Oberkommandos des Heeres, dass das Land sich mit all seinen Kräften einem deutschen Angriff widersetzen würde. (ERNST-*Bereitschaft* S. 50).

- 123 E 27/14372. Die Resolution, welche am 21.7. von der Gesellschaft angenommen wurde, wird von einem langen erläuternden Kommentar gefolgt. In einem Brief vom 13.8.1940 sagt Hausamann, er habe die Gesellschaft gebeten, diesen alles Wesentliche enthaltenden Text zu verbreiten, da er Vertrauen einflösse, indem er nicht von Militärbehörden stammte.
- 124 E 5795/124, von Uof Mottu zitierter Bericht vom 15.8.1940, E 27/14902 Bd. 2, 3. Quartalsbericht.
- 125 E 27/14822, am angeführten Ort.
- 126 BAF Nr. 8, 30.8.1940.
- 127 WÜST-*Alerte* S. 115, 122.
- 128 Zit. in PG 2.81940.
- 129 *Gazette de Lausanne*, 15.7.1940, «Es muss sich ändern ...»
- 130 4450/6105, PG 6.8.1940.
- 131 4450/6071, Brief des Direktors des Lehrerseminar Délémont vom 5.8.1940, MAF WO 1-6/556, Bericht vom 1.8.1940.
- 132 IZG, Bestand Hausamann, Bericht vom 13.8.1940.
- 133 4450/6105, 4450/6077, Probenummer von MPK vom 24.8.1940, BONJOUR-*Neutralité* V S. 109 f.
- 134 E 5795/124, Brief von Hausamann vom 13.8., immer noch sehr pessimistisch, 4450/6105, Bericht vom 20. bis 26.8.1940.
- 135 Ein Bericht von Ende August lautet sehr pessimistisch für Genf, wo Nicole Défätismus verbreitet, und die Bürgerlichen noch sehr vom deutschen Sieg beeindruckt sind; selbst patriotische Kreise denken offen an eine Erneuerung im Sinne Pétains. Siehe 4450/6105, Bericht vom 20.8.1940.
- 136 RINGS-*Suisse*, S. 250, BOURGEOIS-3. *Reich* S. 183.
- 137 *Rapport-Presse* S. 189. – Am 23.10.1940 stellt der Konstitutionalist Schindler der APF eine Denkschrift von 10 Seiten zu mit dem Titel: *Verfälschungen des Neutralitätsbegriffs durch die nationalsozialistische Propaganda* (IZG, Bestand Nef, Nr. 17).
- 138 KURZ-*Dokumente* S. 43. Von einem konformistischen Verteidiger der Armee stammend, ist dieses Geständnis nicht ohne Gewicht.
- 139 KREIS-*Juli*, RINGS-*Suisse*, Sl 254 f., BONJOUR-*Neutralité* V S. 210 f., BOURGEOIS-3. *Reich*, S. 196 f. 4450/6105, Bericht vom 23. bis 29.7.1940. Wir haben dem von Rings angegebenen Datum des 9. Juni, als der Angriff gegen Schürch ausgelöst wurde, den Vorzug gegeben über den 9. Juli, als der entscheidende Schritt unternommen wurde.
- 140 Dieses Thema wurde im August 1940 besonders strapaziert: WEBER-*Nervenkrieg* S. 196.
- 141 BCM 19.9. und 19.12.1940 S. 9, J I 140/4/1940, Bericht vom 2.7.1940.
- 142 4450/24 Bd. 1.
- 143 FRITSCHI S. 174. Diese Bemerkungen beziehen sich nicht ausschliesslich auf 1940.
- 144 IZG, Bestand Rings.
- 145 BAF Nr. 4 vom 10.6.1940, GEX S. 53 f. Wir behandeln dieses Thema nur nebenbei; es ist sehr kompliziert, allein schon wegen der Zahl daran interessierter Instanzen. PITHON S. 265 (Zitat) gibt einen wertvollen Abriss dieses wichtigen Problems.
- 146 BAF, ebenda.
- 147 Lindt, zitiert in WANNER S. 123 f. Crémieux-Brilhac.
- 148 *Bericht* S. 32 f. Schon im April verfasste der Nachrichtendienst einen Bericht

- über *Spionage und Sabotage-Verfahren im gegenwärtigen Krieg*, wo er die angewandten Methoden beschreibt und vorschlägt, die Truppe und die Bevölkerung aufzuklären: E 27/9705.
- 149 JONG S. 133, 226 f.
- 150 Ebenda S. 240 f.
- 151 ADAM S. 275.
- 152 Zit. in GEX S. 37, 103, 105.
- 153 Sitzungsprotokoll in *BONJOUR-Neutralität IX* S. 391 f.
- 154 KURZ-*Général* S. 82, DELAY S. 120.
- 155 4450/6105, E 5795/85.
- 156 E 5795/124, Brief an den General vom 22.8.1940.
- 157 FRITSCHI S. 90 f.
- 158 Bei den im Dezember 1941 zusammengefassten Hauptgründen für die Verwirrung von 1940 zählt H&H sechs davon auf: 1) sich auf sich allein verlassen, nachdem man immer auf äussere Hilfe vertraut hatte; 2) Verteidigung ohne Hoffnung in der Isolation; 3) Gefahr wirtschaftlicher Abschnürung sogar ohne militärischen Angriff; 4) stumme Behörden und zensierte Presse; 5) Einschränkungen und andere kommende Lasten; 6) von der deutschen Propaganda verbreitete Idee, dass im Ausland alles besser gehe (E 27/9059, Bericht vom 15.12.1941 an Divisionär Dollfus).
- 159 4450/6105, am 2.9.1940.
- 160 Herbert Lüthy, Nachwort für *KREIS-Juli* S. 93.
- 161 LEVY S. 160.
- 162 BUCHER-*Suisse* S. 84, Lüthy in *KREIS-Juli* S. 100 (Zitat).
- 163 4450/6105, Bericht vom 13.-19.8.1940.
- 164 MAF WO 1-6/365, BAF 30.8.1940.
- 165 *Berner Tagwacht* 18.7.1940, zit. in BUCHER-*Suisse* S. 92.
- 166 4450/6105, Bericht vom 2.9.1940.
- 167 NZZ, zit. in PG 2.8.1940.
- 168 ADAM S. 199. Im *Vaterland* stellt Nationalrat Wick fest, dass eben diese Auffassungen sich widersprechen: «Sich anpassen heisst sich ergeben; Erneuerung heisst Stärkung ... Die Erneuerung ist für uns ein innenpolitisches, nicht eine aussenpolitisches Problem.» (zit. in PG 31.7.1940).  
Man kann sich fragen, ob der Gotthard-Bund sich nicht eine Beschränkung auferlegt hat, indem er die Erneuerung mit dem Widerstand verband.
- 169 3800/1 Bd. 52, Sitzungsnotizen, zit. vom 13.6.1940.
- 170 Lindt, zit. in WANNER S. 124.
- 171 E 27/14822 Bd. 8, Bericht über den Zustand der Armee vom August 1940.
- 172 E 27/14878 Bd. 2.
- 173 Lüthy in *KREIS-Juli* S. 91 f.
- 174 ADAM S. 276. Am 20. Juli weist das Pflichtenheft für von Salis, der seine Reihe von Radiosendungen beginnen sollte, in die gleiche Richtung wie die Weisungen der Armee: Unter keinen Umständen dürfen die hehren Grundsätze, welche die Sendung und die Daseinsberechtigung der Schweiz begründen, zur Diskussion gestellt erscheinen (SALIS S. 15).
- 175 4450/34 (Zitat). Der Gegensatz zwischen Föderalismus und neuer Ordnung, welcher heute weniger fundamental erscheint als jener, der Diktatur und Demokratie entzweite, wird von SCHÜRCH-*Bemerkungen* S. 112 f. gewürdigt.
- 176 Ernst in BOSCHENSTEIN S. 23. Siehe dazu die gleiche Idee in SCHEITLIN-*Aktivdienst* S. 564.

## Kapitel IV

- 1 GUISAN-Rapport S. 218.  
2 E 5795/124, Bericht von Divisionär Dollfus vom 22.8.1940, E 5795/125,  
Rundschreiben vom 9.9.1940.
- 3 HUBER-Rapport S. 188 f. E 27/14822, Bericht des Geschichtsdienstes Nr. 9  
4 für September 1940.  
5 Siehe insbesondere die zusammenfassenden Berichte des Geschichtsdienstes für  
November 1940, Januar und März 1941, das erwähnte Dossier. Zitat in Nr. 11.  
6 Siehe auch NEB 18.10.1940 S. 13.
- 7 E 27/14934, Bericht der 3. Division, 17.12.1940, E 27/14822/10 Bericht vom  
10.1940, AAB 445/2, Bericht vom 27.10.1940 bis 9.11.1940 (Zitat). – Eine  
8 Karikatur des NEB 4.10.1940 zeigt zwei besorgte Soldaten, die sich bereit er-  
9 klären, Mut und Opfergeist zu bewahren, falls die Bevölkerung dasselbe tut.  
10 Siehe BURGNER.  
11 E 5795/125, Randbemerkung auf einem Aide-mémoire des Instr Obst Lt Per-  
ret vom 20.11.1940 S.3  
12 E 27/14895, E 27/14901 Bericht vom 11.11.1940.  
13 E 27/11202, Bericht vom 25.1.1941, E 27/14822, Bericht des Geschichtsdien-  
14 stes, E 5795/145, Protokoll der Konferenz der Korpskommandanten vom  
19.10.1940. Der Vorwurf ans Réduit, Familien und Besitz der Zerstörung aus-  
zuliefern, wird im Bericht des kath. Feldpredigers der 7. Division zum 3. Quar-  
tal 1940 erwähnt E 27/14901, Bericht vom 18.10.1940, FRISCH-Livret S. 51  
(Zitat).
- 15 MAF Wi/IF 1.3., Bericht vom 20.2.1941, E 27/9076, Bericht vom 3.5.1941  
16 von Hauptmann Wartenweiler, der nicht bestreitet, dass die Moral korrekt ist,  
aber in einem beunruhigenden Tief.
- 17 FRITSCHI S. 98 f., Bericht Wartenweiler, Zitat und Bericht desselben vom  
2.6.1941, Zitat in BARBEY-PC S. 79. J.I 140/4/1941, Bericht Ernst vom  
5.4.1941, E 27/9911, Exposé des Generals an die Bundesräte, 9.5.1941. – Die-  
18 ser Pessimismus wird auch durch den deutschen Militärattaché festgestellt:  
FINK S.106.
- 19 Brief abgedruckt in BONJOUR-Neutralität VII S. 310 f.  
20 Bericht zit. in Anm.5
- 21 E 27/9066 Bd. 3, Akte Däniker. Der General erhielt eine Abschrift der Korre-  
spondenz, welche sein Dossier Däniker vergrössern sollte, das nach seiner Emp-  
fangsbestätigung vom 6.6.1941 «schon sehr umfangreich» war. Siehe EPP-  
RECHT II S. 159, E 5795/408 verschiedene Wirbel, die von dieser Affäre  
ausgelöst wurden.
- 22 MATT S. 100, IZG Bestand Hausamann, Bericht vom Frühling 1941.
- 23 MOULIN passim. Gemäss IW Nr. 23, vom 13.5.1941 sind viele bereit, ein aus-  
ländisches Regime zu akzeptieren, um Arbeit zu erhalten. Ausser im Mai war  
24 die Arbeitslosigkeit stets tiefer als jene von 1940. Jahresdurchschnitt der Ar-  
beitsuchenden: 1940, 12 369 Männer, 1941, 7570. Die Arbeiter im Baugewerbe  
und die Angestellten waren offensichtlich am meisten betroffen (ASS 1945 S.  
378f.), E 27/14901, Bericht der Feldprediger der 2. Division vom 24.12.1940,  
14902, Bericht H&H vom 2. Quartal 1941.
- 25 MOULIN S. 22.
- 26 E 27/14871. In einem Bericht vom 10.10.1940 scheint Bedauern auf über den  
Mangel an Richtlinien betreffend die einzunehmende Haltung gegenüber den

- Bewegungen der «sogenannten Rechten», NBS, Nationaler Widerstand (sic) etc, welche mindestens verdächtig sind, während die Polizisten sehr wohl wussten, was sie mit den Anarchisten und andern Linksgruppen zu tun hatten.
- 19 Siehe z.B. E 27/9083, Bericht vom 18.12.1940.
- 20 In der Reihenfolge der Zitate: E 27/14901, Bericht der Militärseelsorge der 8. Division vom 18.10.1940 und E 27/9076 von Hauptmann Wartenweiler, vom 2.6.1941. Die gleiche Feststellung wird in der 7. Division in einem Bericht vom 15.5.1941 getroffen.
- 21 BONJOUR-*Neutralité* V S. 46.
- 22 BONJOUR-*Neutralité* VII S. 207, Brief des Oberstdivisionär Dollfus vom 7.10.1940.
- 23 E 27/9083, Bericht von Hauptmann Schaefer, Verbindungsoffizier von H&H bei der 5. Division. Zur 1. und 6. Division siehe Adjutantur und E 27/14901 Bd. 2, Bericht vom 17.4.1941.
- 24 E 27/9083, erwähnter Bericht Schaefer.
- 25 E 27/9076, Bericht vom 2.6.1941.
- 26 EGLI S. 3.
- 27 MOULIN S. 13, MEURANT S. 403 (Zitat).
- 28 AAB II g Fach 445 Bd. 2, Bericht über eine Schweizer Reise vom 27.10. bis 7.11.1940.
- 29 MOULIN S. 4. Ein Bericht der Abwehr zeigt ähnliche Proportionen, aber von Leuten, «welche keinen vollständigen Sieg Deutschlands wünschen, weil sie befürchten, dass sie dadurch ihre Unabhängigkeit verlieren würden» (MAF Wi/IF 1.3 Bericht vom 20.2.1941). Diese Ansicht widerspricht den meisten Beobachtungen. Auch das Urteil von Moulin muss abgeschwächt werden; es beruht auf der Idee, dass das Volk nicht fähig sei zu denken und nur nach seinen Gefühlen entscheide.
- 30 1050.1 I Bd. 1, Sitzung vom 11.9.1940, IZG Bestand Rings, Interview von Gilles.
- 31 MOULIN S. 4, E 5795/126, Brief von Ernst vom 21.4.1941, BONJOUR-*Neutralité* VIII S. 344, Denkschrift von Pilet vom 9.1945, IW Nr. 17 vom 1.4.1941, WANNER S. 148 f.
- 32 E 5795/85, erwähnter Bericht, *Wüst-Presse* S. 27, E 27/14902 Bd. 2 Bericht H&H über das 1. Quartal 1941, E 27/14895, Bericht vom 1.1. bis 31.1.1941. Manchmal genügte schon wenig, um Hoffnung und Vertrauen wiederzubeleben: Ende 1941 bewies die Verlegung von Stacheldraht in gewissen Juragegenden den Einwohnern, dass die Grenze dennoch verteidigt werde (E 27/14860, Bericht vom 17.12.1941).
- 33 E 27/14902, Bericht H&H über das 2. Quartal 1941, Anhang.
- 34 MAF Wi/IF 1.3, erwähntes Schriftstück. Siehe BONJOUR-*Neutralité* V S. 242 f.
- 35 FUHRER S. 99.
- 36 Die im politischen Departement herrschende Atmosphäre wird in einem Brief von Botschaftsrat Rezzonico zu einem Artikel in der *Gazette de Lausanne* beleuchtet: «... Es ist schwierig, in Mio. Schweizerfranken zu berechnen, was uns zum Zeitpunkt der Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland der unsinnige Luxus kosten wird, Sätze wie die paar folgenden Musterbeispiele zu veröffentlichen ...» (ACV, Bestand Rossier, Schachtel 14, Pli 1941, Brief vom 9.5.).
- 37 ABT passim (Zitat S. 17), 1050.1 I Bd. 2, Sitzung vom 26.5.1941 der Vollmachtenkommission des Nationalrats. Niemand unterstützt den Vorschlag von Abt, eine Delegation nach Berlin zu senden.

- 38 Wäger passim, Lüthy in KREIS-Juli S. 200 f., BONJOUR-Neutralité IV S. 360 f.  
 39 Zitiert in PG 18.10.1940. Der General macht einige Wochen später ähnliche  
 Äusserungen. Wäger S. 115. Siehe auch GAUYE-Général S. 60 f.
- 40 Zitiert in PG 2.9.1940. Siehe auch in der NZZ vom 10.8. einen eher lauen  
 Artikel über die Erneuerung und einen vom 19.8., der feststellt, dass die De-  
 mokratie nicht tot ist.
- 41 MOULIN S. 13. Im gleichen Sinn spricht ZBINDEN-Lage S. 9 von «geisti-  
 ger und moralischer Krise ... schleichende Unsicherheit ... Lähmung». – AAB  
 IIg Fach 445 Bd.2, Bericht über eine Schweizer Reise vom 27.10. bis  
 7.11.1940.
- 42 SP 15.12.1940 S. 58. Gemäss Vaterland konnte die Schweiz nicht von einem  
 Tag auf den andern ihren richtigen Platz im entstehenden, noch sehr verwir-  
 rten Europa finden, entfernte sich aber schon offensichtlich immer mehr vom  
 ideologischen Erbe der Franz. Revolution (PG 5.9.1940).
- 43 RILLIET S. 10, TR Oktober 1940.
- 44 Siehe z.B. MOULIN S. 14 f., SC 1.1941 S. 119 f.
- 45 IZG Bestand Hausamann Bericht vom 29.11.1940. HUMBERT-DROZ III S.  
 366 f. erklärt und verteidigt die kommunistische Position.
- 46 GUT S. 175 f., Pfändler passim.
- 47 FRITSCHI S. 176, IZG Bestand Hausamann, MOULIN S. 13. Für das Reichs-  
 sicherheitshauptamt enthüllte diese Doppeldemission eine Verwirrung, welche,  
 vergleichbar mit jener von 1798, das Ende der alten Schweiz bezeichnete (ZIM-  
 MERMANN S. 410). Auch bei uns warf sie viele Fragen auf.
- 48 SC Mai 1941 S. 347, siehe BRIDEL S. 93.
- 49 Zit.: SCHMID-Untenwegs S. 94, 4450/6077, Bericht vom 6.9.1940.
- 50 MPK 7.11.1940, PG passim, GRUNDER S. 156 f., MATT S. 90, HUM-  
 BERT-DROZ IV S. 37 f.
- 51 BCM 10.4., 19.6.1941.
- 52 Ebenda. PG passim und WAHLEN passim und Einleitung von A.Häslar.
- 53 Zit. in PG 4.6.1941. – Von Juni 1940 bis Juni 1941 stieg der Preis-Index vom  
 109 auf 127 (August 1940 = 100); für Nahrungsmittel von 111 auf 135, Be-  
 kleidung von 118 auf 150 etc. (ASS 1945 S. 353).
- 54 Berner Tagwacht zit. in PG 6.5.1941, E 27/11202, Bericht vom 16.6.1941.
- 55 Zit. in PG 5.11. und 2./4.11.1940.
- 56 SEBES S. 5.
- 57 MOULIN S. 10, IZG Bestand Hausamann 10.12.1940, 4450/6101, Bericht  
 Frick vom 26.10.1940.
- 58 Erinnern wir uns z.B. mit PG die Lösung zum 1. Mai in der Basler Arbeiterzeitung:  
 die Freiheit verteidigen, selbst um den Preis unseres Lebens, wie es die Eidgenossen  
 immer getan haben.
- 59 SCHMIDT-Jugend S. 141 f.
- 60 LUCHSINGER S. 248 f.
- 61 Zit. in der Reihenfolge: RIGASSI-Suisse S. 60, PG 24. und 6.4.1941.
- 62 SCHMIDT-Jugend S. 140 f.
- 63 SC Mai 1941 S. 347.
- 64 AAB II g Fach 444 Bd. 1 (Datiert wahrscheinlich von Ende 1940). Im OKW  
 sagte man zu einem Schweizer Journalisten: «Ihr habt ein wahres Chaos bei euch  
 und ihr wisst nicht was ihr wollt» (3800/1979/171/2, Memorandum vom  
 27.9.1940).
- 65 BCM 9. und 16.(Zitat)1.1941, E 27/11198, Brief vom 16.11.1940. Bundesrat

- Baumann bestritt am 10.12. die Behauptungen von Guisan: E 27/11201. Zur italienischen Propaganda siehe Polizeibericht vom 10.1.1941: E 27/14871.
- 66 KREIS-*Neutralität* S. 111 f., BCM 24.4.1941.
- 67 SCHMIDT-*Jugend* S. 142 f. – Auch unter den jungen Arbeitern stellt dieser Autor ein anhaltendes Interesse für die UdSSR fest, trotz dem Finnland-Krieg.
- 68 GUISAN-*Entretiens* S. 107.
- 69 E 27/14895, Bericht vom 1.10. bis 31.12.1940 der Generaladjutantur, E 27/9083, Protokoll der Versammlung der Verbindungsoffiziere von H&H, E 27/9059, Bericht vom 15.12.1941, 4450/6101, Bericht von Hauptmann Frick vom 26.10.1940.
- 70 E 27/14902 Bd. 2 Bericht über das 2. Quartal 1941, E 27/9142, Protokoll der Konferenz von Forum helveticum vom 9.6.1941, E 27/9052, Brief von Major Ziegler vom 29.4.1941.
- 71 In einem Bericht vom 15.5.1941 über H&H stellt Frey den Grundsatz auf, dass die Schweiz «Objekt des Nervenkriegs» ist, selbst wenn das Reich noch nicht beschlossen hat, die Schweiz zu annektieren. «Aber man kann auf jeden Fall feststellen, dass alles unternommen wird, uns womöglich reif für die Kapitulation oder zumindest für den Sturm zu machen». Frey schlägt dann Gegenmassnahmen vor. Diese einleitenden Behauptungen verleihen den Anschuldigungen von Dänikens einige Stichhaltigkeit, selbst wenn Frey jegliche antideutsche Propaganda und jede Provokation vermeidet. Siehe E 27/9052. WANNER S. 183 f. (Konferenzen vom 17.10. und 11.12.1940). Siehe auch FREY 1941 (Konferenz vom 24.1.1941 am EPFZ). Däniker passim.
- 72 BONJOUR-*Neutralität* VIII S. 292 f., Brief von Frey an Guisan vom 29.3.1941, WANNER S. 141 f.
- 73 GASSER-*Gotthard-Bund* S. 59 f.
- 74 MAF WO 1-6/365, Wi/IF 1.3, zit aus einem Bericht vom 20.2.1941. Man findet bei BONJOUR-*Neutralität* IV S. 135 f. eine umgekehrtes Bild dieser journalistischen Haltung. –MEURANT S. 605 f. bestätigt indirekt diese stets vertrauensvolle Einstellung der Westschweizer Presse zu Pétain (und Guisan).
- 75 BCM 20.3.1941.
- 76 MAETZKE S. 7 f. Die oft wiederholten Urteile über Pilet-Golaz oder andere politisch Verantwortliche bestätigen diese Behauptung, auch wenn man sich vor Anklagen gegen eine Presse hüten sollte, die stets ein bequemer Sündenbock ist und als praktisches Alibi erhalten muss.
- 77 GASSER-*Freiheit* S. 7 f. 30 f.; Schürch-*Bemerkungen* S. 144 f., 183 f.; BRETSCHER S. 140, PG passim.
- 78 BCM 6.9.1940.
- 79 LUCHSINGER S. 244 (Zitat), *Luzerner Tagblatt* zit. in PG 9.9.1940, GASSER-*Freiheit* S. 44 f.
- 80 Siehe z.B. RUFFIEUX-*Suisse*, GILG-*Erneuerungsbewegungen* etc.
- 81 REYNOLD-*Suisse* (Zitat S. 2), geschrieben im Sommer 1940 und publiziert durch den Gotthard-Bund, und REYNOLD-1941, geschrieben vom 29.5. bis 7.6.1941.
- 82 REYNOLD-*Europe* S. 46 (Zitat), REYNOLD-1941 S. 78.
- 83 REYNOLD-*Europe* S. 40f.
- 84 REYNOLD-*Suisse* S. 18, REYNOLD-1941 S. 110 (Zitat). Schon 1940 hegt er einige Befürchtungen in bezug auf dieses «hegemonische Europa», welches auf jeden Fall unsere Unabhängigkeit und unser Staatsgebiet anerkennen müsste (REYNOLD-*Suisse* S. 19).



- 85 Den Realisten, welche eher Ängstliche und Bewunderer der Macht sowie der politischen Dynamik als Nazis sind, genügt dieses Argument, um die Suche nach Zusammenarbeit zu rechtfertigen. Siehe z.B. einen Brief des Lausanner Anwalts Savary im April 1941, wo er bestätigt, die deutsche Vorherrschaft der russischen vorzuziehen; in BIAUDET S. 92 f.
- 86 WOLF S. 348 f., 353 f., 364 f.
- 87 GRAUER-FREY S. 9.
- 88 MUSY S. 121 f. (Zitat S. 122), MS Nr. 19 (Oktober 1940) S. 31 (Zitat).
- 89 Zitat: BOURQUIN-*Fin* S. 103 (geschrieben im Juni-Juli 1940), MS ebenda S. 28 f.
- 90 GENTIZON-*Allemagne* und -*Etats-Unis* passim. Zitat: SONDEREGGER S. 25, MS ebenda S. 29, HEMGARTNER S. 8.
- 91 MUSY S. 12 (Zitat). Siehe auch den Text eines Vortrages, der im Rahmen einer Propagandakampagne in Freiburg am 26.11.1940 gehalten wurde, in E 5795/85; siehe SONDEREGGER, HEMGARTNER, WOLF passim. Sonderegger schliesst folgendermassen: «Schweizerisch und deutsch vereinen heisst die Schweiz mit neuem europäischem Geist erfüllen, bedeutet noch das National-demokratische in Nationalsozialismus verwandeln. Man soll nicht nachahmen, sondern mitarbeiten! Sofort, ohne Verzug!» (S. 47).
- 92 SONDEREGGER, BIRCHER. Ausser den 1940–1941 erschienenen Werken siehe auch MEYER-*Schweiz*, BONJOUR-*Neutralité* IV S. 134 f. Wir haben Däniker ausgelassen, dessen Eingabe nicht öffentlich war; den Deutschen nahestehend, gründet er seine Haltung vor allem auf militärische und aussenpolitische Argumente.
- 93 Zeev STERNHELL: «Sur le fascisme et sa variante française», *Le Débat* 1984, S. 29.
- 94 BARTH-*Stimme* S. 210 f. Schon in einem Vortrag von November 1940 hatte Heinrich Barth seine Ablehnung der Verheissungen der neuen Ordnung öffentlich ausgedrückt: BARTH-*Schweizer* S. 8 f. – Dieses Annehmen der Prüfung kann sich in die Hoffnung auf Sühne übersteigern, um sich für den Materialismus zu kasteien und ihn durch Leiden zu überwinden: GRUNER S. 152 f. Wir haben sonst nirgendwo andere Beispiele einer so ausgeprägten Haltung gefunden, die vermutlich keine Ausnahme war. Etwas gemässiger sprechen manche vom moralischen Wert der Prüfung: Thürer S. 16.
- 95 JAGGI-*Besinnung* S. 21, Thürer S. 13 f. Zitat: BERTRAND S. 20, 21.
- 96 GROB S. 36.
- 97 BERTRAND S. 71 (Zitat), Allgöwer S. 30 (Zitat). Siehe auch JAGGI-*Eidge nossen*, *Neue Schweizer Rundschau*, Leitartikel vom Juli 1940, SM 1940–1941, passim, *Wesen*, Pressedienst der Pro Patria, KRAMER-*Quellen* etc.
- 98 3800/1979/171 Nr. 2. Diese Richtlinien für die Führung der Innenpolitik kamen in der Kommission kaum zur Sprache: 1050.1 I Sitzungen vom 11./12.9.1940, 6.1.1941.
- 99 Siehe VALLOTTON-*Suisse*, LS 1941 und 1942, RILLIET, GORGERAT etc. Die Neigungen zum Autoritarismus werden von manchen Publizisten heftig bekämpft: siehe SCHMID-*Mahnrufe* S. 98 f. – Diese Zusammenfassung gründet selbstverständlich weder auf den kommunistischen Analysen (siehe z.B. die Werke von Pierre und Léon Nicole in der Bibliographie) noch auf jenen der Frontisten.
- 100 MEURANT S. 517.
- 101 Zitat: Robert O. PAXTON, Vorwort zu *Fragment de mémoires* 1940–1941 von

- Drieu la Rochelle, Paris 1982, S. 19 f., Alfred BOREL in SC 1.1941 S. 57. Die Absicht der Pfändler-Initiative z.B. ist, «die Demokratie von dem zu reinigen, was anderswo ihren Niedergang verursacht hat» (Pfändler S. 3).
- 102 Siehe SONDEREGGER, BOURQUIN-*Fin* etc. Musy ist allerdings genauer.
- 103 Zitat: KRAMER-*Gedanken* S. 74, BRINGOLF-*Perspektiven* S. 21. Siehe auch OPRECHT-*Weltkrieg*.
- 104 BRINGOLF-*Perspektiven* S. 12 f., KRAMER-*Gedanken* S. 76.
- 105 GUT S. 180. Siehe auch Böhler, LAUR, SEBES. – Das Programm Etter sieht ebenfalls staatliche Eingriffe vor, sogar für die Nachkriegszeit.
- 106 Ducommun zit. in E 27/9069, Bd. 3 Aktenstück 7, undatiertes Bericht (1941?) über die Sozialprobleme in der Schweiz. Siehe auch GIROUD-*Communauté*, DUCOMMUN-*Paix*.
- 107 DUCOMMUN-*Reconstruction* S. 70.
- 108 GRUNER S. 168, zitiert aus dem Brief eines jungen Berners, der am 30.6.1941 das Bedürfnis nach einem andern Verteidigungsgrund als der blossen Bewahrung von etwas ausgezeichnet definiert.
- 109 DUCOMMUN-*Paix* S. 199.
- 110 DUCOMMUN-*Destin* S. 28. Hauptmann Frick, der an der Sitzung vom 10./11.10.1940 teilnahm, findet den Unterschied zwischen Korporatismus und Berufsgemeinschaft «ziemlich schlecht definiert»: E 5795/125, Bericht vom 26.10.1940. Man findet den ratifizierte Text in GIROUD-*Communauté* S. 141 f.
- 111 LEYVRAZ S. 5. Siehe BERTRAND, GUYE-*Organisation*, Tenir.
- 112 MOTTU S. 49 f. (Zitat), SPRECHER-*Beginn* S. 334, MOULIN S. 15. Die Idee eines Wirtschaftsrates ist ebenfalls verbreitet. – Die Berufsgemeinschaft erscheint auch bei Grob, Sebes oder Spoerri (siehe LG 1940 Nr. 3), aber nur ansatzweise.
- 113 *Tenir* S. 8 und 9.
- 114 GRUNER S. 168, vom 30.6.1941.
- 115 Ernst zit. in BONJOUR-*Neutralität* VII S. 173 f., Schürch-*Bemerkungen* S. 205 f., datiert vom 5.8.1941, *Alliance* S. 175, Artikel von Schürch, *TR* April 1941, MORGENTHALER, FAVEZ-*Tu m'as dit* S. 98 f. etc. Es wäre ungerecht zu glauben, dass Schürch sich auf eine so verkürzte Sicht der Dinge beschränken würde ...
- 116 BARTH-*Schweizer* S. 12 f. und passim, EGLI S. 21.
- 117 Wesen S. 13. Siehe auch Kägi-*Staatsreform* passim.
- 118 ZBINDEN-*Aufgaben* S. 4 f., *SC* Januar 1941 S. 56 und 57.
- 119 MOTTU S. 53.
- 120 Siehe MEURANT S. 409 f., Jacques Freymond in LS 1942 S. 49 f., *NARS* T 120/2445, Aktenstücke E 240950 f., Brief von Köcher vom 19.11.1940, *TR* Oktober 1940 (Zitat).
- 121 Braichet in *Curieux* 20.9.1940, zit. von MEURANT S. 409, RUFFIEUX-*Ordre* S. 96.
- 122 STERNHELL S. 1144 f. (Zitat S. 1146). Siehe *Alliance* S. 23 f., knappe Bemerkungen über die Bewegung Esprit in der Westschweiz, ähnliche Gruppen in der Deutschschweiz und ihre Verlängerung in den Gotthard-Bund.
- 123 GRUNER S. 129.
- 124 MOTTU passim.

## Kapitel V

- 1 MEURANT S. 495 f.
- 2 Ebenda S. 502, 580 (Zitat). Bei der Verallgemeinerung für die Westschweiz bleibt Vorsicht am Platz. *Volksrecht* zit. in PG 10.7.1941. – Die APF schätzte es gar nicht, dass diese «Polemik über den Krieg der Ideologien» die «sinnere Ruhe» betraf. In ihrem Bericht über das 4. Quartal 1941 freute sie sich, dass die Disziplin und eine «ausreichende Sachlichkeit» wieder eingekehrt seien (4450/24/1).
- 3 NEB 21.11.1941, EPPRECHT II S. 99, Brief vom 22.6.1941.
- 4 Zitat: BIAUDET S. 112 Anm. 1, MOULIN S. 23 ter, EPPRECHT II S. 115.
- 5 4450/6102, von Oberleutnant Kramer, 6.9.1941.
- 6 Ebenda *passim*. Gewisse Journalisten verneinten die Gleichsetzung zwischen Heldentum der Verteidigung und Beliebtheit des Regimes: NZZ 14.7.1942, *Courrier de Genève* zit. in RQP 16. und 23.4.1942. ACV Bestand Rossier, Schachtel 14, von Biolley-Magnoux, 6.8.1941 (Zitat).
- 7 NARS T 120/3982 Aktenstücke 051085 f. IW 24.6./ 2.7.1941, SM Juli–August 1941 S. 235 f., Artikel von J. von Sprecher.
- 8 WEBER–*Nervenkrieg* S. 235, NARS T 120/2445, Aktenstück E 241058 vom 28.6.1941. Die Beobachter der Wehrmacht halten für die zweite Hälfte Juli die Parteilichkeit der Presse für die UdSSR fest, mit Ausnahme einiger Westschweizer Zeitungen (MAF WO 1-6/365). Diese Feststellung sollte sich wiederholen.
- 9 Zit. in PG 25.6.1941. Siehe auch PG 27.8.1941.
- 10 4450/24/1, Bericht APF für das 3. Quartal 1941, PG 25.9./13.–15.9.1941 (Zitat), SM Juli–August 1941 S. 233 f.
- 11 LINDT S. 16 f., Pünter S. 41 f., E 27/11204, Bericht vom 26.7.1941, AAB 446/3, DEONNA–*Krieg* und –*Activité*.
- 12 E 27/9256, von Bischofszell (TG), 27.2.1942.
- 13 4450/6102.
- 14 Ebenda, Brief vom 17.9.1941 (Zitat), WEBER–*Nervenkrieg* S. 234 f., ZBINDEN–*Lage* S. 14 f.
- 15 E 27/14822 Bd. 19 f., E 27/14377, IZG Bestand Nef Nr. 49.1. Die Demobilmachung nahm nach gewissen Offizierskreisen übertriebenes Ausmass an (J. I 140/4/1941), Briefe von Hauptmann i Gst Ernst vom 4.8., 7.9.1941). Die Generaladjutantur hatte eine ganz andere Einstellung, was die Sache nicht einfacher machte. (E 27/14895, Berichte des 1. und 4. Quartals 1941).
- 16 Erwähnen wir das wahrscheinliche, wenn auch aus zweifelhafter Quelle stammende Beispiel jenes Einheitskommandanten, der seinen Männern mit kaum verhüllter Begeisterung die deutschen Berichte über die Lage in Russland vorlas und danach Manöver durchführte, bei welchen die Darsteller der Deutschen den Kampf gegen jene der russischen Gegner gewinnen mussten (KERN S. 8 f.). – E 27/14377, Brief vom 15.12.1941 unterzeichnet von Oberst Robert Moulin, Präsident, und Hauptmann Robert Michel, Sekretär des Verbandes. Siehe FRICK. Im Februar 1942 stellt ein Bericht von H&H fest, dass die Affäre Däniker, welche durch die zur Dispositionsstellung des Obersten beendet wurde, weiterhin als Fall von Eifersucht gegen einen zu begabten Offizier gedeutet wurde, und dass nichts zur Aufklärung und Beruhigung der Geister unternommen worden war: E 27/9130, Bericht vom 10.2.1942.
- 17 E 27/9188, von einem Solothurner Korrespondent von H&H, am 12.1.1942. Es ist bezeichnend, dass der schon erwähnte Oberleutnant Kramer am 6.9. den

- Eindruck hatte, dass die Anhänger einer «Bürgerwehr» sich «weniger breitmachen, seit sich die Kriegshandlungen in Russland in die Länge ziehen». – Zitat von Staatsrat Béguin in der Vollmachtenkommission vom 26.6.1941 (1050.1 II Bd. 1). Man fühlt, wie die Regierungsräte von der Furcht vor Ausgaben und vor den Wählern getrieben sind, welche mehr Urlaube und weniger Ablösungen verlangen (siehe 1050.1 I Bd. 3, Sitzung der Nationalratskommission vom 22.4.1942, wo die Sozialisten eine starke Armee gegen die Bauern fordern). Siehe E 27/14860, Bericht vom 17.12.1941.
- 18 LINDT S. 19 f., BCM 3.7.1941, E 27/9130, Bericht vom 10.2.1942, 4450/6102, Brief von Oberst Weissenbach.
- 19 E 5795/333, Brief von M. Feldmann an den General vom 8.7.1942. E 27/9222, von St.Gallen, 6.12.1941. Siehe E 27/9144, Bericht vom 14.2.1942.
- 20 E 27/0121. Er rechtfertigt die Entlassungen mit den Erfordernissen der Wirtschaft, besonders der Landwirtschaft. Siehe auch MPK 10.7.1941 S. 10 f., 4450/6102, der Bericht *Urlaubswesen und Stimmung der Bevölkerung*.
- 21 LINDT ebenda.
- 22 E 27/11204, Bericht vom 26.7.1941 von Oberst i Gst Müller.
- 23 PG 17.3.1942.
- 24 NARS T 120/3982, Aktenstücke 051109 f., Bericht vom 25.4. und 6.10.1942, MAF WO 1-6/365, Berichte vom 1.-15.8. und 1.-15.10.1942.
- 25 BONJOUR-*Neutralité* V S. 225 f., VI S. 237, FAVEZ-*Suisse* S. 166 f. (Zitat S. 167), BCM 22.10.1942, HOWARD S. 221. In der Serie von Pressionen, welche die Deutschen mehr oder weniger direkt ausübten, könnte man das Gutachten des Neutralitäts-Spezialisten Dr. Bockhoff in zwei Nummern der *Brüsseler Zeitung* vom Juli 1942 erwähnen, wo er das Ende der Neutralität durch die Schuld der Neutralen verkündet und die Gleichschaltung der Widerspenstigen im Interesse der europäischen Gemeinschaft verspricht: BCM 20.8.1942.
- 26 ERNST-Bereitschaft S. 37
- 27 E 27/9246, aus Baden, 13.7., E 27/9140, aus Uster, 19.8. und 11.9., E 27/9137, aus Richterswil, 25.11.1942. Diese Reaktion wird auch von der Wehrmacht festgestellt: erwähntes Schriftstück.
- 28 E 27/9144, aus Melchnau (BE), 4.7.1942, E 27/9151, aus Finsterhennen/Siselen (BE) 29.11. (Zitat), E 27/9163/1, aus Luzern, 21.9.1942, St.Galler *Volksstimme* zit. in RQP 10.11.1942.
- 29 E 27/9069/1 Aktenstück 10, Bericht von H&H ohne Datum (10.2.1942). Siehe z.B. E 27/9262, aus Amlikon (TG), 8.10.1942. Dieser Korrespondent von H&H, der Zweifel über die Mobilmachung mitteilt, verurteilt eine solche Einstellung, welche er dem für «einen Grossteil unserer ländlichen Bevölkerung» charakteristischen Materialismus zuschreibt.
- 30 E 27/9201, aus Basel, 18.1.1942, erwähnt diese Ansicht.
- 31 Erwähnter Bericht von H&H, E 27/9069/1 Aktenstück 10.
- 32 IZG, Bestand Hausmann, Bericht vom 12.5.1942, erwähnter Bericht von H&H E27/9222, 6.12.1941. – Es handelt sich hier bloss um einen kurzen Überblick über eine komplizierte Lage.
- 33 E 27/9201/1, vom 17.12.1942.
- 34 E 5795/146 Vortrag vom 10.1.1942, E 27/9173/1, aus Luzern, 4.9.1942, E 27/9179, aus Grenchen, 31.8.1942 (Zitat). In der Region Zürich z.B. war man schockiert über die den Deutschen erteilte Bewilligung zur Durchführung ihres Erntedankfestes, zu allem noch unter Anwesenheit von extra angereisten Gauleitern (E 27/9137, aus Richterswil, 25.11.1942).

- 35 RQP 21.1.1942.
- 36 E 27/9163/1, aus Luzern 10.12.1942. Der Korrespondent fügt hinzu, dass dieses Gerücht ein Faktor des Defätismus ist. E 27/14901/2, Bericht des Feldpredigers vom 14.10.1942. Siehe auch jenen vom 25.1.1943.
- 37 FREY-1943 S. 4 f., E 27/14895, Bericht vom 30.1.1943, E 27/11202, Bericht vom 4.12.1942 (Zitat). Siehe auch BRETSCHER S. 167, E 27/9168, Bericht vom 10.7.1943. 4450/24/1, Quartalsbericht der APF, 9.1.1943, Abteilung Radio.
- 38 E 27/9121, Bericht vom 11.7.1942. Siehe auch E 27/14898, Bericht des 4. Quartals 1941 und des 1. Halbjahres 1942, E 27/14878/6, Bericht vom 26.12.1942.
- 39 Siehe zu diesem Thema auch einen interessanten Brief eines Basler Korrespondenten von H&H vom 15.12.1941 in E 27/9201/1.
- 40 *Volksrecht* Nr. 197 und *Schaffhauser Arbeiterzeitung* Nr. 196 zit. in PG 27.8.1941, 1050.1 I/2, Sitzung vom 12.9.1941 der Vollmachtenkommission des Nationalrats, Vorschlag Huber zur Finanzierung der Artikel des täglichen Bedarfs, S. 5 f., 21 f.
- 41 Die Kluft zwischen den Besoldungserhöhungen – sogar wenn sie ungenügend sind – der Beamten des Bundes und manchmal der Kantone oder Gemeinden sowie der Stagnation der Löhne kann Forderungen im zivilen Sektor auslösen, wie z.B. im Wallis, in Chippis, in der Nahrungsmittelbranche etc. (4450/6102, Brief des Oberleutnant Kramer vom 6.9.1941).
- 42 E 27/14903, Bericht vom 15.7.1941.
- 43 4450/6102, undatiertes Bericht *Die Stimmung in bezug auf die Preis- und Lohnfrage*. Die Ergebnisse der Umfrage sind nur für die Deutschschweiz bekannt. Siehe BCM 13.11.1941.
- 44 PG 25.8.1941. GEX S. 106.
- 45 Diese vielfältige Nr. 49 der *La Vague* findet sich unter der Signatur E 27/11202; *Freiheit* zit. von HUMBERT-DROZ IV S. 39 f.
- 46 Siehe IZG, Bestand Nef, die rudimentäre Umfrage von Ende August 1941.
- 47 4450/6102 Brief vom 3.9.1941. Der Verfasser, der Walliser Staatsrat O. de Chastonay, präzisiert, dass diese «günstige Einschätzung der deutschen Sozialreformen» nicht allgemein geteilt wird und nicht darüber hinaus geht. E 27/9201/1, von einem Basler Offizier, 15.12.1941; E 27/9144, aus Rohrbach (BE), 14.2.1942 (Zitat).
- 48 Zitat: 4450/6102, von Oberleutnant Kramer, 6.9. und von ... (Unterschrift unleserlich), 11.9.1941. – Jede neue Rationierung verlangsamt den Preisanstieg (KALT S. 70), doch die Bevölkerung wird sich dessen nicht sofort bewusst.
- 49 BCM, PG (besonders die Nr. vom 25.8.1941), RQP, 4450/6102, Korrespondenten von H&H, E 27/9132 f., E 27/14860, Polizeibericht, 17.12.1941, SPRECHER-*Beginn*, SM passim.
- 50 E 27/9105, aus Läuelfingen (BL).
- 51 E 27/9069/1 Aktenstück 11, Bericht vom 2.7.1942. Der letzte Satz steht teilweise in Anführungszeichen, vermutlich Zitat eines Sarkasmus der deutschen Propaganda über die Untauglichkeit der Demokratien. Zu den Beanstandungen rund um den Zement siehe z.B. E 27/9146, den langen Brief eines Bieler Ingenieurs vom 4.7.1942.
- 52 E 27/9142/2, aus Zürich, 1.10.1942 (Zitat), E 27/9146, aus Biel, 3.10.1942.
- 53 E 27/9222, Flugblatt, das einem Brief vom 29.9.1942 beiliegt. E 27/9206, Basler Flugblatt mit handschriftlichem Datum vom 2.10.1942. – Ein Badener Kor-

- respondent fragt sich am 13.7. ob man in Bern machtlos ist, oder ob man sich an den Gegensätzen zwischen zwei sozialen Schichten, Bauern und Arbeitern freut (E 27/9246). – Die Forderungen der Lohnabhängigen werden von R. Bratschi am 17.8.1942 der Vollmachtenkommission des Nationalrates mit Mäsigung, aber in aller Klarheit vorgestellt (1050.1/I Bd. 3). Es folgt eine lange Diskussion.
- 54 E 27/9210, 9138, 9155, 9141.
- 55 E 27/9247, aus Windisch, 17.12.1942, E 27/9155, aus Kiesen, 18.11.1942, E 27/9069/3, Akte Nr. 1-20, Aktenstück 12, gedrucktes Schreiben von 3 Seiten, nicht zur Veröffentlichung bestimmt, unterzeichnet L. Maire. Es beginnt bezeichnenderweise mit der Erinnerung daran, dass die Schweiz 1291 durch Hirten gegründet wurde, das heisst von Bauern.
- 56 LINDT, PG 7.10., BCM 8.10.1942, E 27/9132 f., verschiedene Korrespondenten von H&H.
- 57 Schweizerische Bau- u. Holzarbeiterzeitung, zit. in PG 5.3.1942.
- 58 Zitat: E 27/9142/2, aus Zürich, 18.12.1942, E 27/9145/1, aus Oberwangen (BE), 4.10.1942.
- 59 E 27/9262, Brief von Ende September.
- 60 E 27/9069/1 Aktenstück 11, Bericht H&H vom 2.7.1942.
- 61 3800/1 Bd. 51.
- 62 E 27/9069/1, Aktenstück 10, undatiert (10.2.1942).
- 63 E 27/9138, vom 3.10.1942.
- 64 E 27/9142/2, aus Zürich-Seebach, 26.11.1942.
- 65 Bonjour-*Neutralité* VI S. 9 f., LUDWIG passim. Über den Gesprächsplan siehe MYSYROWICZ (Veröffentlichung der Meinung des Chefs der Bundespolizei Rothmund zum Plan) und die Ergänzung, die wir dazu in der *Revue suisse d'histoire* 1982 S. 561 f. angebracht haben. E 5795/125, E 9066.
- 66 BONJOUR im erwähnten Werk S. 20. 1050.1 I Bd. 3, Sitzung der Vollmachtenkommission des Nationalrats vom 8.9.1942, S. 38 f.
- 67 E 27/9069, aus Huttwil, 4.10.1942 (Zitat), E 27/9205, aus Wintersingen (BL), 1.6.1942, E 27/9134 aus Hütten (ZH), 30.9.1942, E 27/9274, aus Lausanne, 16.1.1943, Häsler S. 263 f. gibt andere erbauliche Beispiele.
- 68 E 27/9221, vom 2.9.1942.
- 69 LINDT S. 28, ZIEGLER S. 49.
- 70 Zitat: JAHODA S. 246, ROUQUETTE S. 60.
- 71 Zitat: E 27/9246, vom 30. und 22.11.1942. E 27/11202, Polizeibericht vom 4.12.1942.
- 72 Häsler S. 182 f., 348 f., E 27/9143, vom 30.9.1942. H&H schickt einen Musterbrief, der die eidgenössische Politik aufzeigt und die daran als Folge der Reaktionen des Volkes vorgenommenen Abschwächungen. Siehe auch E 27/9240, den Brief vom 13.4.1942 eines Bewohners von Samedan, der sowohl seinem Pfarrer (einem Nationalsozialisten) als auch Karl Barth das Recht abspricht, etwas anderes als ihre eigentliche seelsorgerliche Tätigkeit auszuüben.
- 73 E 27/9132 f., 1050.1 I Bd. 3, Sitzung der Vollmachtenkommission des Nationalrats vom 7.9.1942 S. 44.
- 74 E 27/9163/1, aus Luzern, 10.12.1942.
- 75 SPRECHER-*Standort* S. 596 f. Die Verlegenheit angesichts dieser Beugung der Neutralität wird schon von H&H im 2. Quartal 1941 festgestellt: E 27/14902/2, Anhang zum Quartalsbericht.
- 76 BCM 8.10.1942 gibt eine Zusammenfassung der mehr oder weniger geschick-

- ten Zensurmaßnahmen dazu. Die Affäre Karl Barth wird in der Vollmachtenkommission des Nationalrats vom 25.8.1941 (1050.1 I Bd. 2) zur Sprache gebracht.
- 77 HUMBERT-DROZ IV S. 106 f., E 27/9123, vom 27.11.1942 (Zitat). E 27/14876/6, Bericht vom 26.12.1942. Mit fünfzehn Mitangeklagten vor Bundesgericht zitiert wegen Weiterführung ihrer kommunistischen Tätigkeit, verurteilt Nicole und Hofmaier in verschlossenem Umschlag ein Flugblatt, in dem sie sich dagegen verwarfen, die Heimat verraten zu haben (E 27/9142/2).
- 78 E 27/11202, Bericht des Major Barblan.
- 79 E 27/9911, vom 20.9.1941.
- 80 4450/6102.
- 81 TR April 1942 hat das Dokument in französisch herausgegeben.
- 82 E 27/9145/1, aus Oberwangen (BE), 4.10.1942. Schon im Hinblick auf den kantonalen Kongress vom 24.8.1941 verlangten zahlreiche Sektionen eine verstärkte Klassenpolitik (PG 21.8.1941).
- 83 E 5795/328, vom 9.9.1941 (Zitat), E 27/9069/1, Aktenstück 11 vom 2.7.1942, E 27/11202, 14878, 14902, DEONNA-*Activité* untersucht ausführlich die kommunistische Wühlarbeit, siehe auch E 27/11204, Bericht vom 26.7.1941.
- 84 LINDT S. 25.
- 85 LINDT, Ergänzungsbericht über die falschen Gerüchte. In einem Bericht vom 31.12.1942 dagegen schreibt derselbe Lindt Gerüchte der Propaganda und der fünften Kolonne zu, wie jenes vom 50%igen Scheitern einer Mobilmachungübung in der 7. Division im Frühling und dem 100%igen jener der 5. Division (welche nie ausgerufen wurde): E 27/9069/1 Aktenstück 5. Siehe auch E 27/9121, «Gerüchtebekämpfung».
- 86 BCM 22.10.1942. Nach Feldmann waren die Deutschen über die Reaktionen der Presse bis in Regierungskreise hinein beeindruckt (E 5795/333, Brief an den General vom 30.1.1943).
- 87 4450/6108, undatiertes Schriftstück von frühestens Oktober 1941.
- 88 BCM 10j.9., 15.10.1942, 4450/24/1, Bericht vom 3.1.1943.
- 89 E 27/9069/1 Aktenstück 5, Bericht Lindt vom 31.12.1942, WEBER-*Nervenkrieg* S. 216, E 27/9069/2, den Offizieren vorbehalten Bericht von H&H vom Februar 1943.
- 90 4450/24/1, Quartalsbericht der APF, Abteilung Film. Durch einen Korrespondenten von H&H haben wir ein Echo der Auswirkungen, welche eine zu grobe deutsche Einschüchterungs-Propaganda haben konnte: Ein Film über den Landungsversuch bei Dieppe, der nur Leichen von alliierten Soldaten zeigte, löste derartig heftige Proteste im Kinosaal aus, dass die Vorführung unterbrochen werden musste: E 27/9142/2, Brief vom 6.9.1942, aus Zürich. E 27/9121, von Lindt, 9.9.1942 (Zitat).
- 91 4450/24/1, Abteilung Radio, E 27/9142/2, aus Zürich, 31.8.1942.
- 92 BCM 23.7.1942.
- 93 E 5795/128, undatiertes Bericht (Sommer 1942).
- 94 LINDT S. 26, E 27/9069/1 Aktenstück 5, 9243, aus Zürich, 7.7.1942, BCM 17.9.1942.
- 95 HACKHOFER S. 85 f. (Zitat). Dieses Thema ist beliebt genug, dass es ein nationalsozialistischer Propagandist aus der Schweiz auszuschlachten versucht, indem er behauptet, dass die Bauerngemeinschaften alemannischer Abkunft während Jahrhunderten ihre germanische Substanz in den Alpentälern erhalten konnten. Das Nazitum ist ebenfalls germanischen Ursprungs und scheint den

- heutigen Schweizern nur deshalb fremd, weil diese das eigentliche Wesen ihrer Vorfahren verraten haben. Wenn sie es nur verstehen wollten, so würden sie sich ganz natürlich in den Nationalsozialisten wiedererkennen: ZANDER S. 21 f. – JAGGI-*Eidgenossenschaft* S. 14 (Zitat).
- 96 Siehe *SM* passim, *SC* passim, PERRAUDIN, LIVRON, GUYE-*Esquisse*, FRICK, ZBINDEN-*Lage*, BOVET-*Schweizer*, STUDER, JAGGI-*Eidgenossenschaft*.
- 97 *Neue Schweiz*, HARDMEIER S. 167 f., SEILER passim. Einen Ton tiefer, mit unterschiedlichen Schwerpunkten, ohne die Assoziations-Thesen, verflucht WEBER-*Lage* ein ziemlich ähnliches Gewerkschaftsprogramm. – Es gibt in der SPS auch radikale Strömungen, für welche der «Klassenkampf der von der Natur der Sache her gegebene Weg zur Verwirklichung des Sozialismus ist; die Zusammenarbeit in der Unternehmensgemeinschaft ist das Prinzip eines sozialen Kapitalismus» und bringt die Sozialisten auf keinen Fall an die Schalthebel der Wirtschaft im allgemeinen (*RR* Oktober 1942 S. 46).
- 98 KRAMER-*Ende* S. 121 f.
- 99 WALTER S. 260 f.
- 100 Zit.: PICOT-*Suisse* S. 16, 17, 21. Für den ganzen Abschnitt siehe Anm. 95 und *MPK* 5.6.1941, DUCOMMUN-*Données*, BOURQUIN-*Témoignage* und -*Terre*, BOVET-*Credo*, SPRECHER-*Perspektiven*, *Durchhalten*, GASSER-*Economie*, *LS* 1943 S. 76 f. etc.
- 101 «Aufruf» zit. in *TR* Februar 1943, der Bewegung neue Demokratie, welche bereits den offenen Brief an den Bundesrat vom Frühling 1942 verfasst hatte (siehe oben). Obwohl über den Parteien stehend, legt diese Bewegung in diesem Dokument übrigens ausgesprochen linke Tendenzen an den Tag.
- 102 *TR* Juni 1942.
- 103 E 27/9185.
- 104 Zit.: BIAUDET S. 125, Brief vom 5.1.1943 (Zitat).
- 105 DEONNA-*Activité* S. 317.
- 106 3800/1 Bd. 51 Akte «Eingabe ...».

## Kapitel VI

- 1 HUBER-*Rapport* S. 18 f., GUISAN-*Rapport* S. 53 f.
- 2 E 27/14822, 14901, 9142/2, aus Zürich, 21.2.1943, E 5795/128, anonymer Bericht von Mai 1943. Man findet auch die üblichen Klagen gegen den eintönigen, entmutigenden Drill. Siehe z.B. E 27/9237 aus Schuls vom 11.5.1943.
- 3 E 27/14822/29 Bericht des 3. Quartals 1943, E 27/14902/2, Bericht des 2. Halbjahrs 1943. E 27/9130 «Stimmungsberichte politischer Art», STAUB S. 166, FRITSCHI S. 106. Das Zaudern der Asylpolitik des Bundes wurde von den Truppen schlecht aufgenommen: Bericht Frey vom 20.11.1943 in E 27/9130, «Stimmung in Volk und Armee». Lindt selber stellt die Abwesenheit des Antimilitarismus fest, was ihm als sehr günstiges Zeichen erscheint nach vier Jahren Aktivdienst. Im Sinne von H&H, die stets dazu neigt, alle Übel der Propaganda anzulasten, freut er sich auch über den Zusammenbruch jener der Deutschen, welche nun aufhört, jeden Zwischenfall auszunützen, um die Soldaten gegen ihre Offiziere aufzuhetzen (E 27/9126, Protokoll vom 2.9.1943).
- 4 FRITSCHI S. 106.
- 5 E 27/14901, Bericht vom 16.7.1943, E 27/14822/30, Bericht des 4. Quartals



- 1943, E 27/11202, Bericht der Polizeiabteilung des Nachrichtendienstes vom 28.12.1943.
- 6 Siehe z.B. BAF 5.10.1943 und 8.3.1944 (Zitat im Original unterstrichen), E 27/9082, Weisung vom 21.3.1944 an die Offiziere von H&H. Dieses Schreiben bekämpft auch den Defätismus jener, welche glauben, dass der Luftkrieg jeglichen Widerstand sinnlos macht.
- 7 E 27/9069/1, «Sammlung von Exposés», Schriftstück 28 (undatiert, vom Frühjahr 1943), 26 (Anfang Juli 1943), 38 (15.10.1943), E 27/9073, Rundschreiben von H&H vom 22.12.1943, 9069/2, Rundschreiben vom 5.2. und 19.5.1944 (deutsch datiert der Rundbrief vom 5.5.).
- 8 E 27/14901, Bericht der Feldprediger, 9081, Brief vom November 1943 «an den hohen Bundesrat», etc. E 27/14822/29, Bericht des 3. Quartals 1943 (Zitat). In manchen Einheiten ist die Überzeugung, dass die Landesverteidigung für die Reichen da ist, häufig: EPPRECHT III S. 19 (im August 1943).
- 9 HALLER S. 215.
- 10 FRITSCHI S. 107. Ein Bericht des Militärattachés von Ilseman vom 4.1.1944 stimmt das gleiche Lied an, bestätigt von der Abwehr (FINK S. 100). Diente er zur Begründung von Böhmes Meinung?
- 11 RQP 1.—15.2.1943, E 27/9200, aus Olten, 3.4.1943 (Zitat), 9210, aus Schaffhausen, 15.3., 9142, aus Zürich, 7. und 17.2., RQP 30.1.1943.
- 12 E 27/9201/1, aus Basel, 21.2. und 8.3.1943, 11202, aus Zürich, 1.4. EPPRECHT III S. 207, E 27/9246, aus Baden, 14.2., 9177, aus Beromünster, 3.3.1943.
- 13 E 27/9137, aus Horgen, 20.4.1943, 9140, aus Kriesbach-Dübendorf, 24.2., 9144, aus Langenthal, 15.2., E 27/9177 erwähnter Brief, 9200, aus Olten, 3.4., 9163, aus Bellinzona, 18.4., 9268, aus Locarno, 4.4. etc. Ein Brief vom 30.4. aus Lugano (E 27/9267) zeigt dagegen ein allgemeines Gefühl der Sicherheit an.
- 14 FAVEZ-Suisse S. 168 f.
- 15 E 27/9069/1 Aktenstück 88, Lévy S. 170 f., ROUQUETTE S. 60 f., E 27/9130, «Stimmung in Volk und Armee».
- 16 E 27/9145/2, aus Bern, 29.3.1943, IZG, Bestand Lindt, Nr. 73, Protokoll einer Unterredung Etter-Lindt vom 25.5.1943.
- 17 LINDT S. 35 f. (Zitat), IZG, Bestand Lindt, Nr. 19, Rundschreiben vom 16.6. und vom 12.1943, E 27/9245, aus Wiesental (AG), 6.5., 9250, aus Lenzburg, 7.4.1943. Siehe auch Bestand Lindt Nr. 54, Gespräch vom 10.2. zwischen Oberst Fuchs vom Territorialdienst und Dr. Lindt.
- 18 COUCHEPIN, S. 19 f., E 27/9149, aus Saint-Imier, 28.9.1943, 9210 aus Schaffhausen, 26.6.1943 und 8.2.1944 (Zitat), 14902/2 Bericht H&H über die erste Jahreshälfte 1943, NZZ 18.4.1943.
- 19 E 27/9148, aus Burgdorf, 29.6.1943.
- 20 E 27/9174, aus Luzern, 6.6.1943, 9267, aus Lugano, 4.6., 9166, aus Adliswil (BE) 13.5., und aus Spiez 8.7., 9255, aus Arbon, 16.7.1943.
- 21 E 27/14901, Bericht des Feldpredigers der 7. Division.
- 22 KUNZ S. 173 f., BCM 6.8.1943.
- 23 E 27/9130, 9137, aus Wädenswil, 30.9.1943, E 27/11202, aus Zürich, 2.11.1943, LINDT S. 37. — In einer Unterredung mit Etter vom 2.9. schätzt Lindt, dass die Lager der Optimisten und der Pessimisten sich die Waage halten: E 27/9126. Siehe auch E 27/9266, aus Morcote, 16.5., 9121, «Gerüchtebekämpfung», den Bericht von Lindt an den Nachrichtendienst vom 14.9.1943.

- 24 SALIS S. 348, E 27/9268, aus Mendrisio, ohne Datum. Noch am 22.11. erwähnt man Leute aus Reutigen (BE), die glauben, dass der Friede ganz nahe sei, und Kaufleute, welche an einen Preissturz glauben, kaufen nur mit Vorsicht: E 27/9166. – 4450/24/1, Bericht über das Wirken der Zensur, 4. Quartal 1943.
- 25 E 27/9168, aus Thun (Ende März 1943), 9142, aus Zürich, 18.5., 9203, aus Binningen, 11.7. und Arlesheim, 24.10. und 13.11., E 27/9126, 2.9.1943, IZG, Bestand Lindt Nr. 73 vom 3.11. Ein Korrespondent von H&H aus Basel-Stadt behauptet dagegen am 3.11.1943, dass eine breite öffentliche Meinung nur an eine symbolische Verteidigung der Armee gegen die Alliierten glaubt.
- 26 Lindt im erwähnten Schreiben. E 27/14901, Bericht vom 15.7.1943 (Zitat). ERNST-Bereitschaft S. 57 f. Damals haben die Deutschen eine gute Meinung von unserer Armee, ohne deren Schwächen zu übersehen (ebenda S. 66 f.), FUHRER S. 144.
- 27 E 27/9069/2, Rundschreiben vom 19.5.1944.
- 28 E 27/9137, aus Rüschtikon (ZH), 28.11.1943.
- 29 LINDT S. 34. Siehe auch die erwähnte Unterredung vom 2.9.1943 und 4450/7061, Protokoll der Pressekonferenz des Bundes vom 13.9.1943.
- 30 E 27/9142/3, aus Zürich, 29.6. und die Antwort von H&H vom 1.7., E 27/9252, aus Wallach (AG), 15.12.1943.
- 31 BONJOUR-Neutralité V S. 124 f.
- 32 E 27/9126, Protokoll der Unterredung, LINDT S. 38 f.
- 33 E 27/9144, aus Gondiwil, 23.1.1944.
- 34 Zit. in RQP 5.4.1944 S. 7.
- 35 E 27/9132 f., Korrespondenten von H&H. Es gibt keine Westschweizer Aus sagen, da der Dienst von H&H in der französischsprachigen Schweiz schlecht organisiert war.
- 36 SALIS S. 400 f., E 27/14902, Bericht von H&H über das 1. Halbjahr 1944, EPPRECHT III S. 95.
- 37 E 27/9246, aus Baden, 16.2., 9201/3, aus Basel, 22.1.1944.
- 38 E 27/9201/3, aus Basel, 13.2.1944.
- 39 E 27/9201/1, aus Basel, 9.4.1943, ZIEGLER S. 55, LINDT S. 33, E 27/9126, Protokoll vom 2.9.1943, BCM passim. Das Argument der Einbindung der Schweiz in das kontinentale Wirtschaftsganze wird von H&H nicht mehr erwähnt. Es hatte schon Anfang 1943 ausgedient, als man die Wirklichkeit zu gut kannte: E 5795/333 Aktenstück 86, Brief von Feldmann an den General, 30.1.1943. – Man kann die alliierte Radiopropaganda weglassen: Sie hat nicht speziell die Schweiz im Visier, ausser in einigen Fällen. Sie wurde dann viel aggressiver, dank dem Aufstieg der angelsächsischen Militärmacht.
- 40 4450/24/2, Quartalsbericht der APF Nr. 17.
- 41 BCM 12.11.1943. Zit. S. 19 mit der Bemerkung «buchstäblich».
- 42 LINDT S. 34, 39, E 27/9126, Protokoll vom 2.9.1943, E 27/14902/2, Bericht über das zweite Halbjahr 1943, E 27/9142/2, Aus Zürich, 21.2.1943, 9183, aus Buochs (NW), 19.9., 9134, aus Wallisellen (ZH), 2.11., 9184, aus Glarus, 27.10.1943.
- 43 BIAUDET S. 134, Brief von Oberst Plancherel vom 14.10.1943 an den Journalisten Edmond Rossier, 4450/24/2, Quartalsbericht der APF. BCM 19.9.1943 S. 12.
- 44 GASSER-Freiheit S. 143 f., Artikel vom 18.12.1943.
- 45 4450/24/1, Bericht der APF über das 1. Halbjahr 1943, LINDT S. 33, E

- 27/9126, Protokoll vom 2.9.1943 und 20.2.1944, E 27/14902/2, Bericht von H&H über das 2. Halbjahr 1943, *NEB* 20.1.1944.
- 46 E 27/9130 «Stimmungsberichte politischer Art», Zürich, 29.12.1943.
- 47 Der *Demokrat*, der diese Worte zitiert, vergleicht die Wörter von Kobelt mit jenen von Pilet-Golaz von 1940: *RQP* 13.5.1943. Diese Rede wurde von der Linken sehr geschätzt.
- 48 E 27/14902/2, Bericht von H&H über die 2. Jahreshälfte 1943.
- 49 IZG, Bestand Lindt Nr. 73, Protokoll vom 25.5.1943.
- 50 E 27/9226, aus Lichtensteig, 18.10., E 27/9132 f.
- 51 E 27/9210, aus Schaffhausen, 19.10. (Zitat), 9146, aus Biel, 22.10., 9145/2, aus Bern, 25.9.1943 etc.
- 52 LINDT S. 41. ASS 1945 S. 379. E 27/11202, Bericht vom 28.12.1943, *RQP* 25.2.1944 (Waadtländer Kohlengruben), E 27/9245, aus Buchs (AG), 13.3.1944, 9246, aus Frick (AG), 7.2.1944.
- 53 E 27/14902 Bd. 2, Bericht H&H vom 2. Halbjahr 1943.
- 54 ASS passim. OPPRECHT-*Arbeiterschaft* S. 13 zieht die damals bekannten offiziellen Zahlen teilweise in Zweifel. Siehe auch E 27/9185, aus Zug, 10.1.1943. Arbeiter beklagen sich zuweilen, dass die Statistik auf den infolge der Krise gesunkenen Löhnen von 1936 beruht und dass der damalige Rückstand von 20–30 % nie aufgeholt worden sei: E 27/9218, aus Gossau (LU), 23.4.1944.
- 55 E 27/9237, aus Strada (GR), 1.2.1944, führt die praktische Verdopplung der Löhne im Holzsektor an, E 27/9259, aus Bottighofen (TG), 3.2.1943, *RQP* 14.3.1944 zitiert eine Umfrage der *Metallarbeiterzeitung* in Zürich.
- 56 E 27/9142 Bd. 3, aus Zürich, 30.11. und 14.7.1943 (Zitat). 9201, aus Basel, 30.4.1944. *RQP* 25.4.1944 zitiert die *Berner Tagwacht*, welche dieselben Ideen beinahe mit denselben Worten ausdrückt, mit einem ausdrücklicheren Hinweis auf den Klassenkampf. – Die Rolle der bäuerlichen Organisationen der Inner- schweiz und der Jungbauern wird oft erwähnt, z.B. von Lindt (IZG, Bestand Lindt, Akte 73, Protokoll vom 25.5.1943).
- 57 E 27/9142 Bd. 2, aus Zürich, 21.2.1943, 9216, aus Schönenbach-Staad (AI), 22.10.1943, 9184, aus Linthal (GL), 10.12.1943 (langer Brief einer Bäuerin, die ihr Herz ausschüttet; der Empfänger bei H&H hat den Briefkopf mit «wichtig» überschrieben), 9253, aus Reitnau (AG), 25.3.1943, 9155, aus Worb, 28.3.1943.
- 58 *National-Zeitung*, Artikel von E. Laur vom 12.4.1943. Siehe auch E 27/9243, aus Chur, 11.5., 9203, aus Arlesheim (BL), 28.3.1943, *RQP* 9.3.1944 etc.
- 59 E 27/11202, Bericht der Kantonspolizei Schwyz, 5.2.1944.
- 60 E 27/9083, Bericht vom 8.7.1943 S. 5 f. Siehe *RQP* 27.8.1943.
- 61 LINDT S. 41. Die politische Chronik von SC März 1943 S. 239 sollte nicht zögern, von «Auflösung der inneren Front» zu sprechen; für die Westschweiz typischer Pessimismus?
- 62 E 27/9259, aus Ermatingen (TG), 16.12., 9142 Bd. 3, aus Zürich, 12.12., 11202, Bericht vom 14.8.1943, *RQP* 5.1.1944 zitiert den *Schwyzer Demokrat* (sozialistisch), E 27/9130, «Stimmungsberichte wirtschaftlicher Art», am 22.4.1944 etc.
- 63 E 27/11202, Flugblatt-Kopie im Anhang eines Berichts vom 28.5.1943.
- 64 Ebenda, anderes Flugblatt zum 1. Mai 1943.
- 65 E 27/9240, aus Zuoz (GR), 15.5., 9185, aus Zugerberg (ZG), 12.10.1943.
- 66 E 27/9142/3, aus Zürich, 4.4.1944, 14902/2, Bericht H&H über das 1. Halbjahr 1944, 14895, Bericht der Generaladjutantur über die 2. Jahreshälfte 1943.

- 67 NZZ 8.6.1944, E 27/9130 erwähnte Akte, 19.4.1944.
- 68 Meinung aus Basler Kirchenkreisen: E 27/9201/1, vom 11.5.1943. Siehe auch RQP 26.5.1943. Über die Wirkungen dieser Ausschaltung der Kommunistischen Partei siehe E 27/9130 «Stimmungsberichte politischer Art» unter dem 23.12.1943, E 27/15113, Protokoll vom 8.2.1943, 9222, aus St.Gallen, 26.7.1943, RQP 12.2., 27.8.1943 etc.
- 69 BRINGOLF-*Lage* S. 10.
- 70 E 27/9168, Brief aus Thun, erhalten am 30.3.1943.
- 71 E 27/9126, Protokoll vom 2.9.1943 und 29.2.1944.
- 72 LINDT S. 41 f., E 27/9130 «Stimmungsberichte wirtschaftlicher Art».
- 73 NZZ 20.10.1943, E 27/15113, E 27/9123 «Bericht über die Nicole-Bewegung» vom 14.3.1944.
- 74 IZG, Bestand Lindt, Akte 73, Protokoll vom 3.11.1943 (Zitat).
- 75 E 27/9069/3, Rundschreiben von Lalive d'Epinay vom 2.7.1943 und 11.4.1944, 3800 Nr. 1 Bd. 56, Bericht desselben vom 5.2.1944 (Zitat), E 27/9299, Brief von Lindt an Major Privat vom 22.3.1944, Châtenay.
- 76 E 27/9249, aus Herznach (AG), undatiert, 9175, aus Willisau (LU), 24.1., 9262, aus Fimmelsberg (TG), 21.12.1943.
- 77 Siehe z.B. BONJOUR-*Neutralité* V S. 418 f., E 27/9145/2, aus Bern, 9.12. und 9160, aus Thun, 17.2.1943.
- 78 E 5795/333, Aktenstück 86 (Zitat S. 23), Brief an General Guisan vom 30.1.1943. Siehe auch Nr. 87 vom 3.3.1943.
- 79 RQP 1.2.1943, 6.12.1943.
- 80 GASSER-*Gotthard-Bund* S. 126 f. Geschichte und Karikatur von «Jakob Windfährli» illustrieren eine Broschüre vom Herbst 1944, welche in 350 000 Exemplaren in der Deutschschweiz verbreitet wurde, erschienen aber vermutlich schon früher im Jahr im Rahmen der Kampagne «Schweizerisch denken». – Siehe die Korrespondentenberichte von H&H von 1943-1944, einen Artikel von Graber in der *Sentinelle* in RQP 22.3.1944, den Bericht vom 24.11.1943 in E 27/11202 und über das erste Halbjahr 1944 in E 27/14902/2.
- 81 E 27/9130, erwähnte Akte, aus Basel, 30.3.1943, betrifft einen parteilosen fähigen Arbeiter, der von den sowjetischen Siegen beeindruckt ist. Im gleichen Geist: E 27/9222, aus St.Gallen, 18.2., 9145/2, aus Baden, 23.3.1943 etc.
- 82 Siehe Akten der Korrespondenten von H&H. E 27/9201/2, aus Basel, 30.10.1943 (Zitat).
- 83 Zitat: *Seeländer Volksstimme*, zit. in RQP 12.2.1943.
- 84 E 27/9154, aus Unterseen (BE), 15.7.1944 (der Beobachter fügt bei, dass die von ihm erwähnten Eisenbahner sich als gute Schweizer sehen und es bleiben wollen). E 27/9204, aus Liestal, 17.10.1943. Tagwacht zit. in RQP 27.3.1943. – Zur Kennzeichnung des Millenarismus schöpfen wir aus dem Werk von E.J. Hobsbawm: *Les primitifs de la révolte dans l'Europe moderne* (Paris, 1966), S. 73 f. Obwohl der Autor darin im Vergleich zu den Schweizern von 1943 sehr verschiedene Bevölkerungen beschreibt, ist es interessant, darin gewisse Verhaltenskonstanten wiederzufinden.
- 85 RQP 1.11.1943.
- 86 E 27/9222, aus St.Gallen, 6.2.1944, 9266, aus Loco (TI), 26.7.1943, RQP 25.2.1943 zit. den *Demokrat*.
- 87 E 27/9130, erwähnte Akte, aus Liestal etc. Man findet bei DEONNA-*Problem* die antisowjetischen Argumente von 1943.
- 88 E 27/9126, Protokoll der Gespräche Lindt-Etter vom 2.9.1943 und 29.2.1944

- (Zitat), IZG, Bestand Lindt, Nr. 73, Protokoll der Unterredung vom 3.11.1943, LINDT S. 33 f., E 27/14902/2, Tätigkeitsbericht.
- 89 E 27/9252 (Zitat). Im gleichen Sinn siehe schon den Bericht von H&H vom Februar 1943 in E 27/9069/2.
- 90 Zitat: RQP 22.2.1943 zitiert die *Schweizerische Metallarbeiterzeitung*, E 27/9130, erwähnte Akte aus Zürich, 20.10.1943. – Siehe RQP 17.2.1944, E 27/9133, aus Andelfingen (ZH), 10.2.1943, 9142/3, aus Zürich, 4.4.1944, 14895, Bericht vom 31.7.1944, E 5795/333, Aktenstück 87, Brief von Feldmann vom 3.3.1943, der die Äusserungen des sozialistischen Nationalrats Reinhardt erwähnt etc.
- 91 GASSER-*Gotthard-Bund* S. 126 f.
- 92 Siehe DIESBACH zu den Anhängern der neuen Ordnung und einer Demokratie ohne Parteien. Auf der andern Seite: NOBS, GALLIKER, SPRECHER-*Aufgabe*, Böni. Aus dieser Sicht werden die Parteien doch nicht immer geschmäht; siehe SCHMIDT-*Haltung* S. 120 f., z.B.
- 93 R. Bovard in SC Januar 1943 S. 12 und 13, Lindt in E 27/9126, Protokoll vom 29.2.1944.
- 94 GIROUD-*Paix* S. 704.
- 95 IZG, Bestand Lindt, Nr. 73, Protokoll des Gesprächs mit Etter vom 3.11.1943. Siehe *National-Zeitung* 17.–18.4.1943, ein Artikel über die Mittel zur Behebung der Not.
- 96 NEB 20.4.1944.
- 97 Châtenay S. 689 f., LASSERRE-*AVS* S. 321 f., *Volksrecht* zit. in RQP 4.4.1944, E 27/9259, aus Kreuzlingen (TG), 25.2.1944.
- 98 SC Februar 1944 S. 152 f., *National-Zeitung* 3.5.1944.
- 99 E 27/9267, aus Daresco, 9.5., aus Massagno, 21.7., 9137, aus Adliswil (ZH), 28.4., 9155, aus Worb, 28.3.1943, *Paysan* S. 18 f., SCHMUTZ S. 536.
- 100 SCHMITT-*Paysannerie* passim (Zitat S. 95).
- 101 RIGASSI-*Liberalismus*, Rede von Kobelt am Kongress der Jungliberalen vom Mai 1943 in *Jugend* S. 51 ff., Stampfli (Rede an der ETH) im Januar 1944).
- 102 Siehe LINDT S. 35, RQP passim. E 27/9142/2, aus Zürich, 20.2.1943, 9145/2, aus Bern, 21.7.1943, CHATENAY passim. E 27/9130 «Stimmungsberichte politischer Art» aus Zürich 6.12.1943.
- 103 E 27/9248, aus Beinwil (AG), 23.8.1943. Siehe in E 27/9203, aus Binningen (BS), 29.11.1943, die Feststellung, dass in einer Versammlung von 60 Personen viele an den Generalstreik dachten. Die Anspielungen auf 1918 sind bei den Korrespondenten von H&H häufig.
- 104 SC März 1943 S. 240.
- 105 Erwähnte Rede von Stampfli. Siehe SC 1943 S. 447, LG 30.6.1943. – Wir haben das Problem der diplomatischen Beziehungen zwischen der Schweiz und der UdSSR nicht erwähnt, da es die öffentliche Meinung vor 1944 nur mässig interessiert und erst in der zweiten Jahreshälfte zu einem wichtigen Diskussionsthema wird.
- 106 LUDWIG S. 270 f. Nach den offiziellen Zahlen gibt es 1943 3344 Abgewiesene.
- 107 E 27/9130 «Stimmungsschwankungen ...», E 27/9240, aus Ponte Campovasto, 24.1.1943, 9859, aus Kreuzlingen, 4.5.1944, 9245, aus Aarau, 15.12.1943, 9250, aus Rheinfelden, 10.4.1944 etc.
- 108 DOMARUS S. 87, E 27/9130 erwähnte Akten, E 27/9226, Erklärungen von H&H vom 13.5.1944, 1050.1 I Bd. 4, Sitzung vom 1.2.1943 der Vollmachtenkommission des Nationalrats, Stellungnahme von Quartenoud.

- 109 E 27/9146, aus Biel, 10.5.1944, 9180, aus Schwyz, 1.5.1944, 9258, aus Stettfurt (TG), 26.4.1944. Eine banale Angelegenheit empörte bezeichnenderweise die Einwohner von Adelboden: die Gewohnheit der Amerikaner, die gekreuzten Beine auf die Hotelische zu legen, darüber hinaus zerschlugen sie gerne alles um sich herum. Diese Verhaltensweise machte ein Vorsprechen bei der Gesandtschaft nötig (E 27/9142/4, aus Zürich, 3.5.1944 und die Antwort von H&H vom 10.5.).
- 110 E 27/9130 «Stimmungsberichte politischer Art», 5.11.1943, E 27/9213, aus Stein (AG), 17.8.1943.
- 111 LUDWIG S. 301 f.
- 112 Siehe BONJOUR-*Neutralité* V S. 282 f., LUDWIG S. 260 f., E 27/9263, aus Bellinzona, 21.12.1943, 9143, aus Lyss, 23.10.1943, 9130, «Stimmung in Volk und Armee», Bericht von Oberst Frey, 20.11.1943.
- 113 BCM 6.8.1943.
- 114 E 27/9204, aus Liestal, 4.8.1943, 11202, Polizeibericht aus der Region Zürich-Schaffhausen, RQP 4.8.1943, E 27/9196, aus Derendingen (SO), 13.2.1944.
- 115 E 27/11202, Polizeibericht, 24.7.1943. Siehe E 27/9247, aus Windisch (AG), 15.5.1943, 9204, aus Liestal, 13.10.1943, 9137, aus Rüschlikon (ZH), 7.11.1943, 9201/3, aus Basel, 29.6.1943.
- 116 E 27/9183, aus Sarnen, 27.2.1944. Unter den typischsten Schreiben siehe E 27/9266, aus Locarno, 27.4.1944, 9222, aus St.Gallen, 13.1.1943, 9142/2, aus Zürich, 6.3.1943, E 5795/128, aus Basel (Juni 1943), aus Zürich, 16.8.1943.
- 117 E 27/9145/2, aus Bern, 15.1.1943, 9185, aus Zug, 24.3.1943.
- 118 E 27/9201/3, erwähntes Schreiben aus Basel, S. 6 und 8.
- 119 Schon am 17.5.1943 antwortet H&H einem ihrer Korrespondenten, dass das Verhalten gewisser Flüchtlinge den Antisemitismus nicht rechtfertigt und dass «unsere Verfassung jedem die Gewissensfreiheit verbürgt» (E 27/9247). Siehe auch IZG, Bestand Lindt, Akte 19, den Rundbrief von H&H an ihre Korrespondenten vom Januar 1943.
- 120 E 27/9066/2. Siehe 3800 Nr. 1 Bd. 56, den Brief von Steigers vom 27(?)7.1943, und E 5795/128, die Akte betreffend diesen Gesprächsplan. – H&H erhielt auch Zustimmung für ihr Schreiben, besonders aus kirchlichen Kreisen. – Am 26.6.1944 meldet ein Korrespondent aus Zürich, wie schwierig es sei, mit der Vernunft gegen «von Natur aus instinktive und gemeine Einstellungen» zu kämpfen (E 27/9142/4).
- 121 E 27/9066/2 (Sammlung der *Gesprächspläne* und der *Wehrbriefe*), E 5795/128.
- 122 E 27/14902/2, Tätigkeitsbericht vom 1.Halbjahr 1944. In einem Brief vom 10.5.1944 an einen Korrespondenten schreibt H&H den Heimsuchungen der Flüchtlinge das mühsame Verhalten zu, was aber nicht rechtfertige, diese dorthin zurückzuschicken, wo «sie wenn nicht ihr Todesurteil, so doch zumindest ihre Deportation in ein Konzentrationslager erwarten würde» (E 27/9142/4).
- 123 VODOZ passim. Siehe E 5795/529 ein Schreiben vom 22.9.1942, welches dasselbe Thema entwickelt, aber vollständig anonym ist. Handelt es sich um einen Entwurf, der dem General zur Annahme und Unterschrift vorgelegt wurde?
- 124 E 27/9231, aus Latsch, 17.3.1943. In Bonaduz dagegen mag man die Polen nicht, welche herumlungern, reisen und besser essen als die minderbemittelten Einheimischen (E 27/9236, am 15.11.1943).
- 125 E 27/9144, am 5.3.1944. E 27/9130, erwähntes Dossier, gibt für dieselbe Region eine günstigere Meinung vom 21.10.1943 über die Mehrheit von Sympathisanten.

- 126 E 27/9229, aus Sax (SG), 23.2.1943. Die Zensur schätzte diese Art Horrorgeschichten nicht. Am 2.3.1944 mahnt sie beispielsweise die Westschweizer Zeitungen, sich diskreter und vorsichtiger zu erweisen in den Nachrichten, die sie über die Unterdrückung des Maquis und der französischen Résistance verbreitet: «Wenn die Grundsätze der Pressekontrolle dem Schweizervolk das Recht einräumen, informiert zu werden, so verpflichten sie auch die Zeitungen dazu, nicht zu Agenten der ausländischen Propaganda zu werden» (4450/34).
- 127 LINDT S. 40.

## Kapitel VII

- 1 BONJOUR-Neutralité V S. 134 f., HUBER-Rapport S. 53, GUIBAN-Rapport S. 57 f., Rapport-Général S. 488 f.
- 2 E 27/14822/33, Bericht des 3. Quartals 1944 über die Truppenbestände.
- 3 E 27/9054, Bericht von Major Ziegler vom 28.7.1944. H&H erklärt die Mobilmachung durch die Gefahr von Unruhen in Frankreich und Italien, durch die mögliche Ausweitung des Partisanenkriegs und durch die Beweglichkeit der Operationen (Fallschirmjäger vermutlich): E 27/9142/4, vom 30.6.1944. E 5795/129.
- 4 IZG Bestand Lindt, Akte 28, Bericht vom 14.9.1944, E 27/14822/34, Bericht vom 4. Quartal 1944 über die Truppenbestände (Zitat), E 27/9164, Brief vom 10.12.1944, 9180, vom 29.10.1944.
- 5 E 27/9069/1 Aktenstück 103, Liste der von den Abgesandten von H&H behandelten Themen vom 16.11.1944, E 27/14902/2, Tätigkeitsbericht von H&H über das 2. Halbjahr 1944. Als Beispiel für diese Neugier sei jene Einheit erwähnt, in der das grosse Diskussionsthema im Juli 1944 die Preisfrage war, wer zuerst in Berlin sei, wobei immerhin zugegeben wurde, dass man damit bis nächstes Jahr warten müsse (E 27/9142 Bd. 4, vom 11.7.1944). – E 27/9068 enthält die 36 Informations-Bulletins von September 1944 bis September 1945.
- 6 E 27/14901, Bericht vom 20.1.1945.
- 7 LINDT S. 45 f., E 27/9077, Berichte vom 15.11. und 21.12.1944, E 27/9123, vom 17.11.1944, E 5795/129, vom 20.11.1944 und Brief des Generals vom 28.12.1944.
- 8 Berichte verschiedener Korrespondenten von H&H, E 27/9123, Bericht von Lindt, zusammengestellt aus 800 Berichten seiner Korrespondenten betreffend Juni 1944. Die Erklärungen, welche H&H ihren Zuhörern und Agenten geben kann (siehe z.B. E 27/9203, vom 17.11.1944), bleiben in Allgemeinheiten stecken, welche jeglicher Überzeugungskraft entbehren.
- 9 E 5795/129, von einem Industriellen aus Fleurier, 7.11.1944 und von einem Offizier über die Grenzregionen der Waadt und Neuenburgs vom 20.11., verschiedene Korrespondenten von H&H. – Ein Korrespondent aus dem Rheintal meldet die Kritik am General, welcher drei Tage nach dem Aufgebot der Grenztruppen selber Musse hatte, um in Lausanne an einer vom Radio übertragenen olympischen Zeremonie teilzunehmen (E 27/9220, aus Rheineck, 27.3.1945).
- 10 E 27/9213, aus Schönengrund (AR), 11.7., 9200, aus Olten, 9.7., 9299, aus Genf, 10.7., 9210, aus Schaffhausen, 2.7.1944 (die Lage des letzteren Kantons ist ein Sonderfall in seiner Isolierung jenseits des Rheins).

- 12 Siehe E 27/9257, einen Brief aus Diessenhofen (TG), vom 10.7.1944, wo der Autor die gängigen Argumente zur Unterstützung jeder dieser Thesen über die mehr oder weniger grosse Friedensnähe vorstellt. In Zürich sind zwei Korrespondenten gegenteiliger Meinung über den Standpunkt der öffentlichen Meinung zu diesem Thema: E 27/9142/4, 28.6. und ?7.1944.
- 13 IZG, Bestand Lindt, Nr. 28, Bericht vom 14.9.1944, E 27/14902/2, Tätigkeitsbericht von H&H über die 2. Jahreshälfte 1944, E 27/9201/3, aus Basel, 12.9., 9203, aus Aesch (BL), 11.9.1944.
- 14 E 27/9268, aus Chiasso, 15(?)9., 9270, aus Gordevio, 10.9., 9146, aus Biel, 6.9.1944.
- 15 Anekdotenhaft sei jener Protest bei H&H gegen einen Pfarrer von Liestal erwähnt, der in einer Predigt den Wunsch äusserte, die Zerstörungen in Deutschland möchten aufhören, es also wagte, «in der Kirche Propaganda zugunsten Deutschlands zu machen» (E 27/9204, aus Liestal, 17.9.1944). Umgekehrt hatte ein Zürcher Pfarrer von der Kanzel herab gewünscht, dass man im Land darauf verzichte, deutsch zu sprechen: EPPRECHT III S. 153, im Sommer 1944. – 4450/24/2 Aktenstück 20, Bericht der APF über das 4. Quartal 1944 (Zitat). Es war eine der Regeln der Zensur, Zeitungen zu beschlagnahmen, welche Greuelgeschichten enthielten.
- 16 E 27/9131.
- 17 E 27/9201/3, aus Basel, 16.10.1944. Als Antwort erinnerte H&H daran, dass wir selber unsere Unabhängigkeit gegen jeglichen Angriff verteidigen und dass man der alliierten Propaganda nicht glauben soll.
- 18 IZG, Bestand Lindt, Nr. 28, Bericht vom 14.9.1944 (Zitat), E 27/9173/2, aus Luzern, 23.8.1944.
- 19 E 27/9130. «Stimmungsberichte militärischer Art», E 27/9145/3, aus Bern, 15. und 18.1., 9192, aus Balsthal, 23.1.1945.
- 20 E 27/9140, 30.7.1944.
- 21 E 27/9258, aus Frauenfeld, 28.7., 9192, aus Balsthal, 29.7., 9174, aus Wohlhusen (LU), 22.8.1944, 9145/3, aus Bern, 27.1., 9142/4, aus Zürich, 28.1.1945, 9130, «Die Stimmungsschwankungen ...».
- 22 E 27/9255, aus Arbon, 4.3. (Zitat), 9207, aus Neunkirch (SH), 7.4. (Zitat), 9211, aus Schleitheim (SH), 16.3., 9210, aus Schaffhausen, 24.4. etc. Die Bombardierung von Thayngen am 25.12.1944 hatte das Gefühl der Verlassenheit verschärft (E 27/9210, aus Thayngen, 16.1.1945).
- 23 IZG, Bestand Lindt, Nr. 28, E 27/9130, «Die Stimmungsschwankungen ...» (Zitat).
- 24 BONJOUR-*Neutralité* V S. 262 f., VI S. 265 f.
- 25 Lüthy S. 261 (Zitat). Ein Korrespondent von H&H aus Opfershofen (TG) verteidigt am 23.1.1945 den gleichen Standpunkt zur amerikanischen Pressekampagne gegen die Schweiz: E 27/9262. Man kann in der Tat hie und da aus den Korrespondenzen von H&H Verärgerung gegen die Franzosen heraushören, für welche man soviel getan habe und die nun unsere Versorgung nicht erleichterten.
- 26 E 27/9262, aus Opfershofen (TG), 23.1.1945 (der Autor freut sich darüber, dass das anfängliche Verhalten der Amerikaner der blinden Bewunderung ihnen gegenüber ein Ende bereitete), E 27/9122, aus Balsthal, 22.1., 9185, aus Zug, 21.1., 9155, aus Horn (TG), 21.1.1945, 9145/3, aus Bern, 19.4., 9150, aus Delémont, 4.1945, RQP passim.
- 27 BCM 23.2.1945.
- 28 4450/24/2 Bericht der APF über das 4. Quartal.



- 29 BCM 15.9.1944, 12.1.1945 (Zitat), E 27/14902/2, Bericht von H&H über das  
2. Halbjahr 1944 (Zitat), 4450/24/2, Bericht der APF über das 3. Quartal.
- 30 E 27/9145 Bd. 3, aus Bern, 20.1.1945, RQP 13.3.1945.
- 31 E 27/9142/4, aus Zürich, 1.7. (Zitat), 9132 f. etc. E 27/14902/2, Bericht von  
H&H über das 2. Halbjahr 1944, E 27/9236, aus Trin (GR), 4.1.1945 (Zitat).
- 32 ASS 1945 S. 353 und 396 f.
- 33 E 27/14902/2, erwähnter Bericht, E 27/14895, Bericht der Generaladjutantur  
zum 2. Halbjahr 1944, E 27/9274 aus Lausanne 25.5.1945.
- 34 E 27/9146, vom 27.6., 9166, aus Spiez, 7.9., aus Huttwil (BE), 15.11.1944,  
9256, aus Sitterdorf (TG), 7.5.1945, RQP 25.7.1944 und 9.1944 passim, LA-  
LIVE-*Préoccupations* S. 711 f.
- 35 E 27/9255, aus Horn (TG), 21.1.1945, 9135, aus Rümlang (ZH), 20.2.1945.
- 36 E 27/9188, aus Freiburg, 20.4. (Zitat), 9274, aus Lausanne, 3.2.1945, 9142/2,  
aus Zürich, 28.6.1944, 9201/3, aus Basel, 20.1.1945.
- 37 E 27/9231, aus Lenzerheide, 8.7., 9137, aus Thalwil, 1.12.1944.
- 38 NEB 9.11.1944.
- 39 E 27/9222, aus St.Gallen, 12.8., 9210, aus Schaffhausen, 5.10.1944. Die Kriti-  
ken sind im Sommer 1944 besonders häufig, und H&H mahnt zur Vorsicht in  
der Beurteilung, verlangt genaue Tatsachen oder erklärt gewisse angebliche Un-  
regelmässigkeiten.
- 40 Zitat: E 27/9140, aus Uster, 26.11.1944 (der Autor bezieht sich übrigens auf äl-  
tere Karikaturen des *Nebelspalter*), 9130 «Stimmungsschwankungen ...».
- 41 BONJOUR-*Neutralité* VI S. 359, E 27/9141, aus Winterthur, 19.4.1945.
- 42 LINDT S. 44 f., E 27/9130 erwähnte Akte, E 27/9220, aus Rheineck (SG),  
15.2., 9137, aus Adliswil (ZH), 19.2.1945, 9273, von einem Händler aus Aigle  
am 10.2.1945, der feststellt, dass er kein Gehör findet, wenn er erklärt, dass  
das Ausweichen der einen auf die Elektrizität mehr Gas für die andern be-  
deutet.
- 43 E 27/9185, aus Zug, 21.1.1945, 9260, aus Kreuzlingen, 4.7., 9142/4, aus Oer-  
likon, 19.12.1944, 9267, aus Castagnola, 1.1. (Zitat), 9238, aus Davos,  
25.1.1945 (Zitat), 9166, aus Spiez, 8.7.1944, 9261, aus Homburg (TG), 19.2.,  
9141, aus Winterthur, 22.1.1945.
- 44 E 27/9142 Bd. 4, vom 16.1.1945, 11202, Bericht vom 9.1.1945 aus dem Ter-  
ritorialkreis 4, RQP 15.12.1944 zitiert die *Sankt Galler Volksstimme*.
- 45 WEBER-*Lage*, WEBER-*Schweiz*.
- 46 LALIVE-*Préoccupations* passim (Zitat S. 715), WEBER-*Schweiz* S. 18, LINDT S.  
47, E 27/9142 Bd. 4, aus Zürich, 10.7.1944 (Zitat), DUCOMMUN-*Capital* S.  
749 f. (Zitat).
- 47 RQP 3.8.1944 (Zitat), FREY-*Question* S. 784, E 27/9217, aus Schaffhausen,  
29.8.1944.
- 48 RIGASSI-*Suisse*, Artikel vom 15.5.1945 S. 11 (Zitat), RQP 6.2.1945 zitiert die  
*Tribune de Genève*.
- 49 *Volksrecht* zit. in RQP 21.6.1944 (Zitat), E 27/9257, aus Diessenhofen,  
16.7.1944, 11202, Bericht der Heerespolizei des Territorialkreises 5  
(Zürich), SC 1944 S. 840 f.
- 50 E 27/11202, Bericht vom 9.5. und 9.1.1945.
- 51 E 27/14902/2, Bericht von H&H über das 2. Halbjahr 1944, *Was will* S. 26.
- 52 E 27/9130, «Die Stimmungsschwankungen...».
- 53 *Was will* passim, LINDT S. 43, E 27/9145/3, aus Bern, 19.10.1944, 11202, Be-  
richt vom 9.5.1945.

- 54 E 27/9130 «Stimmungsberichte wirtschaftlicher Art» 24.6.1944, E 27/9148, aus Burgdorf, 5.7.1944. Am 31.10.1944 verfügt der Bundesrat eine Steueramnestie als Ausgleich zur Erhöhung verschiedener Steuern. E 27/9198, aus Riedholz (SO), 29.12.9141, aus Winterthur, 1.12., 9146, aus Biel, 27.7.1944 (Zitat).
- 55 E 27/9213, aus Herisau, 21.4., 9142 Bd. 4, aus Zürich, 12.5.1945, E 27/11202, Bericht vom 30.5.1945, E 27/15114, Brief des Justiz- und Polizeidepartements Genf vom 23.9.1944. Ein Korrespondent aus Basel hört einen Eisenbahner-Nachbarn den hohen Preis der Kirschen kritisieren und damit enden, die Russen herbeizuwünschen, damit sie mit all dem aufräumen. Doch will er nicht glauben, dass dieser ausgezeichnete Mann ein Kommunist sei! (E 27/9201/3, vom 30.7.1944).
- 56 E 27/9188, aus Freiburg, 20.4.1945.
- 57 E 27/9142/4, aus Zürich, 21.7., 9154, aus Unterseen (BE), 15.7.1944, 9130 «Stimmungsberichte politischer Art», E 27/9145/3, aus Wabern (BE), 2.5.1944, 9188, aus Freiburg, 25.4.1945 (Zitat), 9203, aus Arlesheim (BL), 9.7.1944, E 27/9130 «Stimmungsberichte wirtschaftlicher Art» aus Winterthur, 3.12.1944 (Zitat), E 27/9259, 26.1.1945 (Zitat).
- 58 E 27/9188, aus Freiburg, 20.4.1945 (Zitat).
- 59 Ebenda (Zitat), E 27/9239, aus Trimmis (GR), 26.1.9196, aus Zuchwil (SO), 20.1., 9142/4, aus Zürich-Oerlikon, 27.2.1945, 9142 Bd. 4 (Zürich) 12.12.1944 (der Autor fügt hinzu, dass die Taubheit der Armeeführer zum Bürgerkrieg führen werde. Sie glauben tatsächlich, dass es genüge, die Bewegten zu unterdrücken, welche sich weigern zu glauben, dass die Schweiz schon alles habe, was die andern Völker verlangen).
- 60 TR 1945 S. 55 (Zitat), E 27/9265, aus Airolo, 2.2., 9270, aus Broglio (TI), 13.2.1945 (Zitat), E 27/9272, aus L'Isle (VD), 29.4.1945 (Zitat).
- 61 E 27/9130 «Die Stimmungsschwankungen ...» S. 9 f. (Zitat), IZG, Bestand LINDT, Bd. 28, Bericht vom 14.9.1944.
- 62 E 27/9130 «Stimmungsberichte politischer Art», 11.12.1944. Zur ganzen Affäre siehe BONJOUR-*Neutralité* V S. 382 f.
- 63 RQP November und Dezember 1944 passim. Einige Westschweizer Journalisten schrieben zudem die beleidigende Absage der UdSSR Nicole zu.
- 64 E 27/9273, aus Olten, 6.11., 9142/4, aus Zürich, 24.11., 9243, aus Chur, 10.12., 9142/4 aus Zürich-Oerlikon, 12.12.1944.
- 65 RQP November und Dezember 1944. E 27/9142/4 (22.11.1944). Sonderbarerweise tadelt man in der Einheit des Autors bei dieser ganzen Affäre Moskauer Einfluss in einem guten Teil der Presse. E 27/9188, aus Freiburg, 20.4.1945 (Zitat).
- 66 LUCHSINGER S. 290 f., E 27/14902/2, Bericht von H&H über das zweite Halbjahr 1944 (Zitat).
- 67 E 27/9142/4, aus Zürich-Oerlikon, 27.2.1945.
- 68 E 27/11202, Bericht des Territorialkreises Zürich vom 30.7.1944 (Zitat), E 27/9142/4, aus Winterthur, 7.7.1944. Zur Anekdote sei jener Bauer aus dem Simmental erwähnt, der von der Verwaltung bloss die Bewilligung zur Tötung der Hälfte seines Schweins erhält: E 27/9167, aus Matten (BE), 14.1.1945. Das Problem des Schlachtens, wo die bürokratische Logik nicht zu jener der Haushaltungen passt, ist eine dauernde Quelle von Konflikten und Verbitterung.
- 69 E 27/9185, aus Zug, 21.1.1945, 9141 von H&H, 11.12.1944.
- 70 1050.1 II Bd. 2, Sitzung vom 25.4.1945 der Vollmachtenkommission des Ständerats, ETTER-*Aufgaben* S. 234 f. Siehe auch SC 1945 S. 70 f., ein Artikel von Alfred Borel.

- 71 E 27/9179, aus Wollerau (SZ), 15.12.1944, 9130 erwähnte «Stimmungsberichte», aus Viège, 22.1.1945, RQP passim, E 27/9142/4, aus Zürich, 21.1.1945 (Zitat), 9223, aus Staad (SG), 24.1.1945, 9260, aus Kreuzlingen, 4.7.1944.
- 72 E 27/9141, aus Winterthur, 21.2.1945, RQP 7.3.1945
- 73 *Gazette de Lausanne* zit. in RQP 15.8.1944, LG 31.12.1944 (Zitat), E 27/9164, aus Zimmerwald, 28.7.1944, 9130, erwähnte Akte.
- 74 MAEDER passim.
- 75 E 27/9173, aus Luzern, 11.5.1945, 9130 erwähnte «Stimmungsberichte».
- 76 E 27/9210, aus Schaffhausen, 29.8.1944.
- 77 Siehe SEILER-Schweizervolk, WICK, ACKERMANN, GUTZWILER, Hätenschwiller etc.
- 78 LINDT S. 47 f. Dieses letzte Problem, dem der General eine grosse Bedeutung beimass, wird in den Berichten häufig gemeldet. Es ist dies ein Faktor, der weitgehend mit den Persönlichkeiten zusammenhängt und schwierig zu ermessen ist. Wir haben ihn in diesem Werk ausgelassen.
- 79 JOST S. 173 (Zitat), LINDT S. 47.
- 80 SM Oktober 1944 S. 150.
- 81 GITTERMANN S. 15 f.
- 82 E 27/9188, aus Freiburg, 25.4.1945, 9260, aus Kreuzlingen, 9.11.1944, 9201/3, aus Basel, 28.2.1945 (Zitat).
- 83 *Voix ouvrière* zit. in RQP 10.3.1945, André Raymond in TR Januar 1945, S. 45.
- 84 LUDWIG passim.
- 85 E 27/9261, aus Steckborn (TG), 13.7.1944.
- 86 E 27/9140, 30.7.1944 auf dem Land.
- 87 E 27/11202, Bericht vom 30.7.1944, E 27/9143, aus Lyss, 17.7.1944 (ein anderer Brief aus Lyss vom 2.7. präzisiert dagegen, dass man die Polen schätzt, aber nicht die Italiener), E 27/9142/4, aus Zürich, 2.5.1945.
- 88 E 27/9267, aus Brissago, 13.9., 9201, aus Basel, 12.7.1944.
- 89 1050.1 I Bd. 5, Antwort vom 17.10.1944 auf eine Interpellation Bringolf. – Siehe NEB 5.10.1944 «Vor dem Grenzübertritt»; eine Karikatur zeigt eine Nazi-Bestie, welche einen unbestimmbaren, bluttriefenden Gegenstand wäscht und sich anschickt, Zivilkleider anzulegen.
- 90 In einer Auskunft vom 11.9.1944 über das Asyl weist H&H den Vorwurf zurück, die Schweiz befolge vom Ausland auferlegte Regeln: Sie trifft ihre Entscheidungen als souveräner Staat (E 27/9069/1 Aktenstück 93).
- 91 Siehe z.B. E 27/9155, aus Grosshöchstetten (BE), 20.9., 9205, aus Liestal, 10.9., 9255, aus Horn (TG), 20.9., 9268, aus Chiasso, 26.9. und 3.10.1944.
- 92 E 27/9142/4, aus Zürich, 5.2., 9141, aus Winterthur, 21.2.1945.
- 93 E 27/9201/3, aus Basel, 11.9.1944.
- 94 E 27/9168, aus Steffisburg (BE), 10.8.1944 (Zitat), LUDWIG S. 302 f, E 27/9224, aus Schmerikon (SG), 12.7.1944.
- 95 E 27/9220, aus Rheineck (SG), 15.2.1945. – Siehe auch im Bundesarchiv, Signatur 4800 (A) 1967/111 Bd. 52, den Brief eines ehemals überzeugten Sympathisanten der Flüchtlinge, der nach fünf Monaten Dienst im Kontakt mit ihnen ihrer überdrüssig war.
- 96 E 27/9246, aus Baden, 27.6.1944, aus Homburg (TG), 20.5., 9142/4, aus Zürich, 2.5.1945.
- 97 E 27/9230, aus Wil (SG), 29.12., 9259, aus Feld (TG), 28.9.1944, 11202, Bericht vom 31.8.1944 aus dem Territorialkreis 5 (AG etc.), RQP 17.2. und 17.4.1945 etc., *Thurgauer Arbeiterzeitung* zit. in RQP 28.5.1945. Die PdA nützt

- im Frühling 1945 Zwischenfälle in den Internierungslagern für Russen aus, welche zu einer sowjetisch-schweizerischen Untersuchung führen.
- 98 E 27/9267, aus Castagnola, 1.1.1945.
- 99 A. Bonnard in TR 1945 S. 10 f. (Zitat).
- 100 E 27/9130 erwähnte Akte, E 27/9255, aus Horn (TG), 21.1.1945 etc. Siehe Näf und WEBER-*Stellung*, zwei Aufsätze, welche versuchen, die Schweiz im künftigen Europa zu sehen, und vor allem die Schwierigkeit zeigen, in der gegenwärtigen Wirklichkeit wieder Fuss zu fassen und einen Platz für das Land zu finden. – Laut der Zeitung *Die Nation* hätte die Zensur die Isolation gefördert, indem sie den Eindruck begünstigte, man könne die vom Krieg erzwungenen grossen Entscheidungen vertagen. Der vom 19. Jh. ererbte Vertrauensvorrat war bei den Völkern Europas aufgebraucht. Von daher rührt die Frage: Sind wir bereit, freiwillig zum Kampf um die Freiheit beizutragen, oder wird man unser Teilnahme von uns erzwingen müssen? (zit. in RQP 18.1.1945).
- 101 Mündliche Aussage von R. Lindt. Siehe LASSERRE-*Frontières*.
- 102 4450/24/2, Quartalsberichte 19–22. Am 24. Mai erwähnt ein Korrespondent aus Granges (SO) eine allgemeine Empörung gegen die Zensur, welche Informationen über die Konzentrationslager verheimlicht hätte. Manche beschuldigten sie sogar der Komplizenschaft, weil sie dadurch verhindert hätte, dass man rechtzeitig eingreife, um sie abzuschaffen (E 27/9179).
- 103 E 27/14822/32, Bericht über das 2. Quartal 1945, E 27/9227 vom 24.4.1945 (Zitat), E 5795/129, Bericht des Majors Ziegler an Divisionär Dollfus vom 23.1.1945.
- 104 E 5795/129 enthält das Dossier der Affäre Lalive, besonders den oben erwähnten Bericht, welcher die Diskussion keineswegs beendete. Der General, der sehr misstrauisch war, sobald man Kommunismus wittern konnte, scheint de Valière besser verstanden zu haben als Ziegler.
- 105 E 27/9055, 11219, E 5795/129.
- 106 E 5795/129, Eingabe vom 22.5.1945.
- 107 PRIVAT-*Armée* S. 66 f. – 3001 (B) 1978/30/82 enthält die Korrespondenzen über die Auflösung und die Aktenübergabe von H&H.

## Schluss

- 1 SCHWARZ-*Presse* S. 289.
- 2 RIGASSI, Vorwort zu *Wüst-Guerre* S. 5.
- 3 SP 15.12.1940 S. 58.
- 4 PITHON S. 271.
- 5 Wir haben diesen Aspekt kaum erwähnt, weil es uns schien, dass die Beziehungen zwischen den Generationen und die Klagen, welche sie auslösten, nicht das gewohnte Ausmass der unvermeidlichen gegenseitigen Missverständnisse überstieg.
- 6 RIGASSI am angeführten Ort.
- 7 Als er 1945 eine Bilanz der Geistigen Landesverteidigung zog, fand Etter bloss einen positiven Aspekt der erzwungenen und provisorischen geistigen Isolierung: die Vertiefung der schweizerischen Werte und die Annäherung der drei Sprachgruppen: 1050.1 II Bd. 2, Sitzung vom 25.4.1945 der Vollmachtenkommission des Ständerats.

## Chronologie / Zeittafel

1938

- 1. Jan. Inkrafttreten der revidierten Militärorganisation; Verstärkung der Armee
- 11.–13. März Einmarsch der deutschen Truppen in Österreich
- 18. März Die Schweiz anerkennt den Anschluss Österreichs
- 9.–14. Mai Der Rat des Völkerbundes anerkennt die Rückkehr der Schweiz zur integralen Neutralität
- 29. Sept. Münchner Abkommen über die tschechische Frage
- 5. Dez. Der Bundesrat beschliesst Massnahmen zum Schutz der Demokratie und zum Kampf gegen staatsgefährdende Umtriebe
- 9. Dez. Botschaft des Bundesrates zur Förderung des geistigen Erbes der Schweiz

1939

- 14.–15. März Annexion der Tschechoslowakei durch Deutschland
- 16. März Rede Bundesrat Obrechts in Basel
- 5. April Schaffung der Pro Helvetia im Anschluss an die Annahme des Projektes vom 9.12.1938
- 6. April Die Bundesversammlung stimmt einem dringlichen Erlass über die Ausdehnung des Kulturlandes zu
- 6. Mai Eröffnung der Landesausstellung (Landi) in Zürich
- 22. Au. Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und der UdSSR
- 30. Aug. Sitzung der ausserordentlichen Bundesversammlung: Beschluss der Vollmachten und Wahl des General Guisan
- 31. Aug. Schweizerische Neutralitätserklärung an 36 Staaten
- 1. Sept. Angriff auf Polen durch deutsche Truppen
- 2. Sept. Allgemeine Mobilmachung der Armee (430 000 Mann)
- 3. Sept. Kriegserklärung Frankreichs und Englands an Deutschland
- 4. Sept. Inkrafttreten der Kriegswirtschaft und der Preiskontrolle
- 8. Sept. «Fundamentalerlass» über die Pressekontrolle und die Zensur
- 20. Sept. Einführung der Filmzensur
- 24. Sept. Erste Kontakte zwischen den französischen und schweizerischen Generalstäben in Kriegszeiten
- 26. Sept. Die Generaladjutantur errichtet die Sektion Heer und Haus
- 27. Sept. Kapitulation Warschau
- 30. Okt. Weisungen des Bundes an die Bevölkerung zum Verhalten im Kriegsfall (private Evakuierungen erlaubt)
- 1. Nov. Einführung der Versorgungskarten
- 30. Nov. Beginn des russisch-finnischen Kriegs
- 20. Dez. Bundesbeschluss zur Errichtung der Ausgleichskassen

1940

- 15. Jan. Inkrafttreten des Bundesbeschlusses über die Einführung der Kriegsgewinnsteuer

- Februar Teil-Demobilmachung (etwa 170 000 Mann mobilisiert)  
 1. März Pilet-Golaz leitet das Eidgenössische politische Departement  
 9. April Operation Weser: Deutscher Einmarsch in Dänemark und Norwegen  
 16. April Ein Erlass des Bundesrats verpflichtet die Kinos dazu, in ihr Programm die Nachrichten der schweizerischen Filmwochenschau aufzunehmen  
 18. April Bundesrat und General veröffentlichen Weisungen über die Pflichten der Aufzubietenden im Falle eines Überraschungsangriffes  
 7. Mai Schaffung der Ortswehren  
 10. Mai Deutsche Offensive im Westen  
 14.–15. Mai Gerüchte über die Invasion der Schweiz durch Deutschland: Panik im Norden und Osten des Landes, Flucht von Bevölkerungsteilen  
 ab 20. Mai Rückkehr von der Flucht  
 28. Mai Kapitulation Belgiens  
 Juni Etwa 450 000 Mann mobilisiert  
 1.–8. Juni Luftgefechte über dem Jura zwischen der Luftwaffe und schweizerischen Fliegern; Proteste des Reichs und entschuldigende Note der Schweiz (1. Juli)  
 3. Juni Ende der Schlacht bei Dünkirchen (seit 28. Mai) — Tagesbefehl und Armeebefehl des Generals zur Stärkung des Widerstandswillens der Zivilbevölkerung und der Soldaten  
 9. Juni Beginn der Affäre Trump  
 10. Juni Italien erklärt Frankreich und England den Krieg  
 11.–12. Juni Bombardierung von Renens und Genf  
 19.–20. Juni 40 000 französische und polnische Soldaten in der Schweiz interniert  
 20. Juni Der General verbietet den spontanen Auszug der Bevölkerung  
 22. Juni Französisch-deutscher Waffenstillstand – Beinahe vollständige Einkreisung der Schweiz  
 25. Juni Ansprache von Bundespräsident Pilet-Golaz an das Schweizervolk  
 6. Juli Teildemobilmachung (mehr als 200 000 Mann im August)  
 12. Juli Der Operationsbefehl Nr. 12 organisiert das Dispositiv des nationalen Réduits  
 21. Juli Gründung des Offizierbundes im Hinblick auf einen Widerstand um jeden Preis gegen eine deutsche Invasion  
 25. Juli General Guisan wendet sich an die auf dem Rütli versammelten höheren Offiziere  
 1. Aug. Pilet-Golaz empfängt eine Delegation der Ligue populaire pour l'indépendance de la Suisse  
 6. Aug. Bundesbeschluss zum Verbot kommunistischer und nationalsozialistischer Umtriebe  
 9. Aug. Deutsch-Schweizerisches Handelsabkommen  
 7. Sept. Gründungssitzung der Aktion Nationaler Widerstand  
 10. Sept. Unterredung von Pilet-Golaz mit den Führern der Fronten, Vertreter der Nationalen Bewegung der Schweiz  
 28. Sept. Italienischer Angriff auf Griechenland  
 Oktober Mehr als 150 000 Mann mobilisiert (bis Juli 1941)  
 11.–12. Okt. Die Konferenz der Westschweizer Gewerkschaften nimmt ein Projekt zur Berufsgemeinschaft an  
 18. Okt. Butter-Rationierung  
 6. Nov. Befehl zur allgemeinen Verdunkelung des Territoriums als Antwort auf die englischen Überflüge  
 15. Nov. Übergabe der Petition der Zweihundert an den Bundesrat – Veröffentlichung des Plans von F.T. Wahlen zur Ausdehnung der Kulturen – Bundesbeschluss über die Bekämpfung falscher Gerüchte

- 19. Nov. Verbot der Nationalen Bewegung der Schweiz
- 26. Nov. Verbot der Kommunistischen Partei
- 1. Dez. Inkrafttreten der Rationierung von Bekleidung, Schuhen, Seife
- 10. Dez. Wahl von Steigers (Justiz- und Polizeidepartement) und Kobelts (Militärdepartement) in den Bundesrat

1941

- 6. April Deutscher Angriff auf Jugoslawien
- 7. April Beginn einer intensiven deutschen Pressekampagne gegen die Schweiz
- 8. April Deutsches Eingreifen in Griechenland
- 5. Mai Oberst O. Frey wird Chef von H&H
- 15. Mai Eingabe Däniker
- 31. Mai Rationierung von Kaffee, Tee und Kakao
- 22. Juni Offensive «Barbarossa»: Hitler greift die UdSSR an
- Anfang Juli Erster Kurs von H&H für Zivilisten
- 18. Juli Neues Handelsabkommen mit Deutschland nach acht Monaten harter Verhandlungen
- November Um die 60 000 bis 95 000 Mann mobilisiert (bis Oktober 1942)
- 7. Dez. Japanischer Überfall auf Pearl Harbour – Kriegseintritt der USA

1942

- 1. März Fleisch-Rationierung
- 31. März Entlassung von Oberst Däniker
- 30. Aug. Rede von Bundesrat von Steiger: Das Boot ist voll
- 4. Sept. Beginn der Schlacht von Stalingrad
- 22. Sept. Unruhen von Steinen (SZ)
- 9. Okt. Erstes Todesurteil für Landesverrat
- 14. Okt. Drohungen Dr. Schmidts in Berlin gegen die Schweizer Journalisten
- 16. Okt. Brot-Rationierung
- 1. Nov. Milch-Rationierung
- 8. Nov. Anglo-amerikanische Landung in Nordafrika
- 11. Nov. Deutsche Besetzung der freien Zone in Frankreich – Die Schweiz ist völlig eingekreist von den Achsenmächten
- Dezember Etwa 160 000 Mann mobilisiert

1943

- Januar Ungefähr 75 000 Mann mobilisiert
- 15. Jan. Infolge des Scheiterns der Wirtschaftsunterhandlungen mit Deutschland Abbruch der vertraglich geregelten Beziehungen
- 25. Jan. Verurteilung von Hofmaier, Nicole und Konsorten durch das Bundesgericht wegen kommunistischer Betätigung
- 2. Feb. Deutsche Kapitulation in Stalingrad
- 12. April Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Deutschland
- 22. April Strenge alliierte Wirtschaftsmassnahmen gegen die Schweiz
- 13. Mai Ende des Feldzugs von Tunesien

- 10. Juni Auflösung der Komintern (III. Internationale)
- 23. Juni Provisorisches Abkommen zwischen der Schweiz und Deutschland
- 10. Juli Alliierte Landung in Sizilien
- 25. Juli Sturz Mussolinis – Regierung Badoglio
- 1. Aug. Rationierungskarten «B»
- September Antifaschistische Flüchtlingswelle im Tessin
- 4. Sept. Alliierte Landung auf dem italienischen Festland
- 8. Sept. Italienischer Waffenstillstand – Deutschland besetzt Italien
- 12. Sept. Teilmobilmachung (etwa 170 000 Mann)
- 1. Okt. Definitives Handelsabkommen zwischen der Schweiz und Deutschland
- 13. Okt. Auflösung der frontistischen Organisationen
- 15. Dez. Wahl des Sozialisten Ernst Nobs in den Bundesrat

#### 1944

- 1. Jan. Der Bundespräsident verkündet die Vorbereitung eines Entwurfs zur AHV
- 9. Jan. Edda Ciano, Tochter Mussolinis, flüchtet in die Schweiz
- 19. März Der Bundesrat erklärt sich bereit, 14 000 jüdische Flüchtlinge aus Ungarn aufzunehmen
- 1. April Bombardierung von Schaffhausen: 40 Tote, 100 Verwundete
- 21. Mai Gründung der Schweizer Partei der Arbeit in Basel
- Juni Aufgabe des nationalen Réduits
- 6. Juni Alliierte Landung in der Normandie – Bedeutende Teilmobilmachung
- 18. Juni Ausschluss von achtzehn Linken aus der Sozialistischen Partei
- 29. Juni Handelsabkommen mit Deutschland
- Juli Um die 190 000 Mann mobilisiert
- 30. Juli Graf Volpi flüchtet in die Schweiz
- 20. Aug. Verhaftung Pétaïns durch die Deutschen – Ende der Vichy-Regierung
- 26. Aug. Die ersten amerikanischen Truppenteile in Saint-Julien
- 28.–29. Aug. Teilmobilmachung
- 30. Aug. Der Bundesrat befiehlt Rückweisung der Gestapo-Mitglieder, die sich in die Schweiz flüchten möchten
- Oktober 220 000 Mann mobilisiert
- 10. Okt. Lancierung der Schweizer Spende, ein Fonds zugunsten der Kriegsoffer in benachbarten Ländern
- den
- 1. Nov. Weigerung der UdSSR, die diplomatischen Beziehungen zur Schweiz wieder aufzunehmen
- 10. Nov. Pilet-Golaz kündigt seinen Rücktritt an
- 23. Nov. Aufruhr in Bulle gegen Bundesfunktionäre der Rationierung
- 14. Dez. Wahl von M. Petitpierre in den Bundesrat

#### 1945

- 7. Feb. Gas-Kontingentierung
- 13. 2.–8.3. Delegation aus Franzosen, Engländern und Amerikanern unter Leitung des Amerikaners Currie in der Schweiz: wirtschaftliche Zusammenarbeit gegen Deutschland
- 22. Feb. Bombardierung von Ortschaften in der Süd- und Ostschweiz, 18 Tote, mehr als 40 Verwundete



27. Feb.	Aufhebung des Verbots extremistischer Parteien
März	Etwa 100 000 Mann mobilisiert
1. März	Aufhebung des Verbots der Kommunistischen Partei
4. März	Alliierte Bombardierungen von Zürich und Basel, fünf Tote und neun Verletzte
19. April	Schliessung der Grenze nach Norden und Osten vor den heranströmenden Flüchtlingen aus Deutschland
7. Mai	Kapitulation Deutschlands
18. Juni	Aufhebung der Zensur
20. Juni	General Guisan unterbreitet der Bundesversammlung seinen Rücktritt
19. Aug.	Der Fahnentag bezeichnet das Ende des Aktivdienstes
20. Aug.	General Guisan beendet seine Tätigkeit
September	Auflösung der Sektion H&H
6. Dez.	Der Bundesrat beschliesst, die Abschaffung der Vollmachten einzuleiten

## Glossar

*Aktion Nationaler Widerstand* Im Sommer 1940 gegründete Bewegung zur Verteidigung der Freiheit und Unabhängigkeit der Schweiz.

*Beveridge-Plan* Anspruchsvolle Projekte der britischen Regierung zur sozialen Sicherheit (1942) und zur Vollbeschäftigung (1944), bestimmt zur Beseitigung der Geisseln von Armut und Arbeitslosigkeit.

*Blutschuldthese* Deutsche These, welche mit militärischer Bestrafung der Schweiz droht wegen sprachlicher Exzesse der Presse, welche ebensoviele Verletzungen der Neutralität darstellten.

*Burgfriede* Gruppierung von Parteien und politischen Richtungen, welche bereit sind, ihre Meinungsverschiedenheiten zu unterdrücken, um angesichts der Kriegsbedrohung die nationale Einheit zu stärken.

*Gemischte pressepolitische Kommission* Gemeinsame Kommission des Schweizerischen Zeitungsverlegervereins und des Vereins der Schweizer Presse, zuständig für Probleme der Pressepolitik und Gesprächspartner der Bundesbehörden in diesem Bereich.

*Forum helveticum* Sammelzentrum verschiedener staatsbürgerlicher Vereine, welches 1936 geschaffen wurde, um die von den Diktaturen bedrohte Demokratie und den vaterländischen Geist zu verstärken.

*Fronten* Oberbegriff, welcher die verschiedenen faschistisch oder nationalsozialistisch beeinflussten Bewegungen bezeichnet, die in den Dreissigjahren blühten. Die Machtergreifung Hitlers 1933 begünstigte den «Fronten-Frühling» ... dem zwei oder drei Jahre später ein rascher Herbst folgte.

*Gotthard-Bund* Im Juni 1940 geschaffene Bewegung für patriotisches Denken und Handeln im Sinne der Geistigen Landesverteidigung.

*Jungbauern* 1935 gebildete antikapitalistische Abspaltung der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei. Ihr Einzugsgebiet beschränkte sich auf einige bäuerliche Regionen der Deutschschweiz. Symptomatisch für das Unbehagen der Kleinbauern, zuweilen in der Nähe der Sozialisten, beobachtete aber auch wohlgefällig gewisse nationalsozialistische Neuerungen.

*Landesring der Unabhängigen* Von G. Duttweiler, dem Schöpfer der Migros, 1936 gegründete und belebte Partei. Ihr Ziel war, die Schweiz zu einer echt Eberalen Wirtschaftsordnung zurückzuführen und einen sozialen Kapitalismus zu fördern.

*Nationale Bewegung (Mouvement national Suisse)* 1940 erfolgte Wiederbelebung der Nationalen Front, nationalsozialistisch geprägte Organisation; geführt von Jakob Schaffner, Max Leo Keller etc., wurde sie im November 1940 verboten.

*Nationale Bewegung der Schweiz* Bewegung schweizerischer Nationalsozialisten, 1940 zur Neuformierung von Splintern aufgelöster Vorgängergruppen geschaffen.

*Neue Helvetische Gesellschaft* Wichtiger staatsbürgerlicher Verein, der während des Ersten Weltkriegs geschaffen wurde, um die damals bedrohte nationale Einheit zu stärken.

*Neue Ordnung* Umstrukturierung Europas und des Denkens, welches Nazi-Deutschland dem Kontinent und seinen Bewohnern aufzwingen wollte. Dieser Ausdruck hatte in der Absicht der Verkünder eine vereinheitlichende, revolutionäre, antidemokratische Stosskraft.

*Richtlinien* Papier vom Oktober 1936 «für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Sicherung der Demokratie»; es gründet auf den Vorarbeiten verschiedener Berufs- und Gewerkschaftsorganisationen und schlägt Massnahmen vor zur Verstärkung der liberalen Demokratie, des wirtschaftlichen Wiederaufschwungs und des sozialen Friedens.

*Schweizerische Filmkammer* Durch Bundesbeschluss vom 28.4.1938 geschaffenes Beratungsorgan zur Förderung des heimischen Filmschaffens und zur Entwicklung von dessen Nationalcharakter.

*Plan Wahlen* Projekt zur Ausdehnung des Kulturlandes, Ende 1940 lanciert mit dem Ziel der Erhöhung der schweizerischen Selbstversorgung, um den starken Rückgang der Agrar-Einfuhren auszugleichen. Von den Bundesbehörden übernommen, wurde der Plan von der Bevölkerung sehr gut akzeptiert, trotz der Opfer, welche er besonders den Bauern auferlegte. Wahlen war Professor an der ETH, wurde später Ständerat, dann Bundesrat.

*Plan Zipfel* Projekt vom April 1942 zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitsbeschaffung für die nächsten fünf bis zehn Jahre. Der Urheber handelte als Delegierter des Bundesrates für Beschäftigungsprobleme.

## Bibliographie

Die handschriftlichen Quellen sind unter ihrer Signatur verzeichnet. Ihr Aufbewahrungsort wird, abgekürzt, nur für jene Dokumente angegeben, welche nicht aus dem Bundesarchiv stammen.

Die Zeitschriften sind unter ihren Initialen oder unter den ersten Buchstaben (in kursiven Grossbuchstaben) ihres Titels angeführt.

Die Werke und Artikel werden unter dem Namen ihres Autors erwähnt, manchmal gefolgt vom kursiv gedruckten Schlagwort ihres Titels.

### I Archivmaterial

Nur die hauptsächlich benutzten Schachteln sind erwähnt.

#### *Bundesarchiv Bern*

Reihe E 27/9048-9318: Heer und Haus

9077-9119: Orientierung und Unterhaltung der Truppen und Internierten.

9121-9301: Informationsdienst für die Bevölkerung.

9130: Auszüge und Zusammenfassungen von Berichten über die Einstellung der Bevölkerung und der Armee.

9131: ebenso über die falschen Gerüchte.

9132-9301: Korrespondenten-Berichte von Heer und Haus über die Kurse und über die Einstellung der Bevölkerung.

Andere Akten aus dem Militärdepartement, Reihe E 27.

11202: Berichte des Sicherheitsdienstes über die staatsfeindlichen Umtriebe in der Armee.

14822 Bd. 1-38: Monats- und Quartalsberichte über den Zustand der Truppe.

14895-14905: Generaladjutantur.

14902 Bd. 1-3: regelmässige Tätigkeitsberichte der Sektion Heer und Haus. 14928-15056: regelmässige Einheitsrapporte über den Aktivdienst.

Reihe E 5795: privater Stab des Generals

Reihe 1050.1 I-II: Vollmachtenkommission der eidgenössischen Räte.

Reihe 2001 (D2): Eidgenössisches Politisches Departement.

117-118: Deutsche Propaganda gegen die Schweiz.

Reihe 3001 (A) und (B): Eidgenössisches Departement des Innern.

Reihe 4450: Abteilung Presse und Funkspruch.

13 Bd. 1-19: Tagesberichte der Abteilung Presse und Funkspruch, *Revue quotidienne de la presse suisse*, 7.1941-6.1945 (Abk. RQP).

14-22: Wochen- und Monatsberichte der Abteilungen der Division.

24: Vierteljährliche Tätigkeitsberichte.

6105: Wochenberichte über die Einstellung der Bevölkerung 5.-9.1940.

7060-7066: Beziehungen zur Presse und zur gemischten Pressekommission.

Persönliche Bestände  
3'800: Philipp Etter.  
F.I.96: Oberst Oscar Frey.  
J.1.108: Rudolf Minger.  
J.1.140: Oberst Alfred Ernst.

#### *Deutsche Archive*

Auswärtiges Amt, Bonn (AAB).  
Bundesarchiv, Koblenz (BAK).  
Militärarchiv, Freiburg (MAF).  
Deutsche Gesandtschaft Bern, National Archives and Record Service (NARS), Washington  
Reihe T 120 (Mikrofilme verfügbar im Institut für Zeitgeschichte).

#### *Archiv für Zeitgeschichte, Zürich (fZG)*

##### Bestand Lindt

13: Schlussbericht von R. Lindt über den Informationsdienst von Heer und Haus zuhanden  
der Zivilbevölkerung (im Hinblick auf seine Bedeutung zitieren wir dieses Dokument  
nur unter dem Namen seines Autors).  
19: Rundschreiben an die Zivilbeauftragten von Heer und Haus.  
28: Meinungen in der Zivilbevölkerung.  
57: Offiziersbund, Aktion Nationaler Widerstand.

##### Bestand Nef

36.1: Bericht des Obersten Robert Moulin über die öffentliche Meinung im März-Juni 1941  
(infolge seiner Bedeutung nur unter seinem Namen erwähntes Dokument).

Bestände Bretscher, Hausamann, Jaggi, Müller, Rings.

#### *Archives cantonales vaudoises (ACV)*

PP 41: Fonds Edmond Rossier.

## **II Zeitschriften**

ASS *Annuaire statistique de la Suisse*. Bern 1891 f.

BAF *Bulletin (d'Armee et Foyer)*. Vervielfältigt. 8.12.1939 f. (Bundesarchiv Bern, E  
27/9067 und 9081).

BCM *Bulletin de la commission mixte presse-politique*. Vervielfältigt. Bern, 8.1940-6.1945  
(Bundesarchiv Bern, 4450/6078/11-18).

BNS *Berichte der Nachrichtensektion*. Vervielfältigt. Generalstab der Armee 15.8.1939 –  
26.2.1945 (unregelmässiges Erscheinen) (Bundesarchiv Bern, E 27/9705).

BPP *Bulletin de propagande politique*. Vervielfältigt. Bern, Eidgenössisches Politisches  
Departement, 10.1939-5.1940.

FF *Feuille fédérale de la Suisse*. Bern 1849 f.

IW *Information der Woche*. Aktion Nationaler Widerstand. Vervielfältigt.  
11.1940-Anfang 1944 (IZG, Bestand Jaggi).

LG *Lettre du Gothard*. Gotthard-Bund. Zürich, 15.1.1941 f.

- LS *La Suisse*. Jahrbuch der Neuen Helvetischen Gesellschaft unter verschiedenen Titeln, 1930 f.
- MPK *Mitteilungsblätter der Pressepolitischen Kommission SZV und VSF*. Vervielfältigt. Bern, 8.1940-6.1945 (Bundesarchiv Bern, 4450/6078/1-10).
- MS *Mois suisse*. Lausanne, 4.1939-10.1940.
- NEB *Der Nebelspalter*. Zürich, dann Rorschach, 1875 f.
- PCEN *Plans de causerie d'éducation nationale* (dann: *Plans de causerie*). Heer und Haus 1940-1945 (Bundesarchiv, E 27/9066/2).
- PG *Presse von gestern*. Durchschlagskopie. Abteilung Presse und Funkspruch. 5.1940-7.1942. (Bundesarchiv, 4450/6076).
- RL *Recueil des lois fédérales*. Bern 1849 f.
- RMS *Revue militaire suisse*. Lausanne, 1856 f.
- RQP (*Revue quotidienne de presse*). Durchschlagskopie. Abteilung Presse und Funkspruch 1941-1945 (Bundesarchiv, 4450/13/1-19).
- RR *Rote Revue*. Zürich, 1921 f.
- SM *Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur*. Zürich, 1921 f.
- SMZ *Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift*. 1948 f.
- SP *Die Schweizer Presse*. Bulletin des Vereins der Schweizer Presse. 1918
- SC *Suisse contemporaine*. Lausanne, 1941-1949.
- TR *Traits*. Lausanne, 1940-1945.
- VA *Volk und Armee*. Solothurn, 10.1943-12.1950.
- WB *Wehrbriefe*. Heer und Haus 1940-1945 (Bundesarchiv, E 27/9066/2).

### III Bücher, Artikel, gedruckte Quellen

- ABT Roman: *Die heutige Lage und die Zukunft der Schweiz*. Ohne Ort, 1940, 32 S.
- ACKERMANN August: *Soziale Frage und katholische Weltanschauung*. Einsiedeln, 1944, 47 S. ADAM Jost: *Die Haltung der Schweiz gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland im Jahre 1940*. Mainz, 1972, 322 S.
- ADJUDANCE *Générale – section Armée et Foyer: Penser suisse*. Genève, 1941, 259 S.
- AEPPLI Heinz: *Die Filmzensur in der Schweiz*. Zürich, 1954 (ergänzt durch ein unveröffentlichtes Dokument im Bundesarchiv, 4450/7056).
- ALBOTH H.: «*Die Aufgaben der psychologischen Abwehr*» SMZ, 1957, S. 339-344.
- ALBRECHT Kurt: *Neutralität und Presse*. Die publizistische Haltung der Schweiz während des Kriegsjahres 1939/1940 und ihre völkerrechtliche Beurteilung. Dresden, 1942, 101 S.
- ALLGÖWER Walther: *Nationaler Widerstand*. Aarau, 1940, 30 S.
- ALLIANCE CULTURELLE ROMANDE: *45 ans plus tard: la Seconde Guerre mondiale en Suisse et ses conséquences vues par diverses générations*. Genève, 1984, 204 S. (Alliance).
- ANET D.: *En campagne, carnets d'un soldat 1939-1940*. La Chaux-de-Fonds, 1941, 83 S.
- ARIES Philippe: «*L'histoire des mentalités*». In *La nouvelle histoire*, Paris, 1978, S. 402-423.
- ATTENHOFER Elsie: *Cabaret Cornichon*. Bern, 1975, 332 S.
- AUBERT Edmond: «*Libres propos d'un chef de service Armée et Foyer*». RMS, 1974, S. 399-412.
- BARBEY Bernard: *Aller et retour. Mon journal pendant et après la «drôle de guerre» 1939-1940*. Neuchâtel, (1967), 179 S. (BARBEY-Aller et retour).
- *PC du général. Journal du chef de l'Etat-major particulier du général Guisan 1940-1945*. Neuchâtel, 1948, 280 S. (BARBEY-PC).
- BARTH Heinrich: *Der Schweizer und sein Staat*. Basel, 1941, 32 S. (BARTH-Schweizer).
- BARTH Karl: *Eine Schweizer Stimme 1938-1945*. Zollikon, 1945, 432 S. (BARTH-Stimme).

- BAUER Eddy: *«Défense spirituelle 1939-1945»*. RMS, 1971, S. 321-330 (BAUER-Défense). – *«Mai-juin 40 au PC 2. Div.»*. RMS, 1962, S. 246-257/288-295 (BAUER-Mai).
- BEGUIN Pierre: *Le balcon sur l'Europe*. Petite histoire de la Suisse pendant la guerre 1939-1945. Neuchâtel, 1950, 268 S.
- Bericht des Regierungsrates über die Abwehr staatsfeindlicher Umtriebe in den Vorkriegs- und Kriegsjahren ...* Basel, 1946, 215 S. (Bericht).
- BERTRAND Pierre: *Certitudes suisses. Une voix genevoise pour la rénovation nationale*. Genève, 1941, 73 S.
- BIAUDET Jean-Charles: *«Edmond Rossier et la censure pendant la Seconde Guerre mondiale»*. Etudes de Lettres, 1968, Nr. 2, S. 72-139.
- BIRCHER Eugen, BÖHLER Eugen: *Die Schweiz vor neuen Aufgaben ...* Zürich, (1940), 56 S.
- Böhler Eugen: *Richtlinien für ein schweizerisches Wiederaufbau-Programm*. Aarau, 1940, 32 S.
- BÖNI Joseph: *Les devoirs actuels de l'homme et du citoyen*. Bern, (1943), 35 S.
- BONJOUR Edgar: *Geschichte der schweizerischen Neutralität*. Dokumente (Bd. VII-IX). Basel, 1947 f. (BONJOUR-Neutralität).
- *Histoire de la neutralité suisse, Bd. IV-VI, Neuchâtel, 1970f.* (BONJOUR-Neutralité).
- BÖSCHENSTEIN Hermann: *Vor unsern Augen*. Aufzeichnungen über das Jahrzehnt 1935-1945. Bern, 1978, 334 S.
- BOURGEOIS Daniel: *«L'image allemande de Pilet-Golaz»*. Etudes et sources, 1978, S. 69-128 (BOURGEOIS-Image).
- *«Documents sur la subversion nazie en Suisse pendant l'été et l'automne 1940»*. Relations internationales, 1975, Nr. 3, S. 107-132 (BOURGEOIS-Subversion).
- *Le troisième Reich et la Suisse, 1933-1941*. Neuchâtel, 1974, 463 S. (BOURGEOIS – 3e Reich).
- BOURQUIN Constant: *Fin d'un monde ...* Genève, 1940, 122 S. (BOURQUIN-Fin).
- *Témoignages à leur date*. Genève, 1945, 94 S. (BOURQUIN-Témoignages).
- *La terre est ronde*. Genève, 1941, 204 S. (BOURQUIN-Terre).
- BOVET Th.: *Credo helvétique*. Neuchâtel, (1942), 62 S. (BOVET-Credo).
- *Schweizer heute!* Kleiner eidgenössischer Katechismus. Bern, 1942, 32 S. (BOVET-Schweizer).
- BRETSCHER Willy: *Neue Zürcher Zeitung 1933-1944*. Zürich, 1945, 204 S.
- BRIDEL Gaston: *«Le rôle de la presse»*. In *Adjulance*, S. 89-96.
- BRINGOLF Walther: *Die politische Lage und die Aufgaben der Partei*. Einheit oder Spaltung? Zürich, 1944, 22 S. (BRINGOLF-Lage).
- *Mein Leben ...* Bern, 1965, 509 S. (BRINGOLF-Leben).
- *Perspektiven der sozialistischen Bewegung der Schweiz*. Schaffhausen, 1940, 26 S. (BRINGOLF-Perspektiven).
- BUCHER Erwin: *«Die Schweiz im Sommer 1940 ...»*. Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, 1979, S. 356-398 (BUCHER-Schweiz).
- *«La Suisse sous l'effet de la défaite française de 1940»*. R. d'histoire de la 2<sup>e</sup> guerre mondiale, 1.1981, S. 83-96 (BUCHER-Suisse).
- BÜHRER Jakob: *Was muss geschehen?* Beitrag zur Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme. Zürich, 1942, 48 S.
- BURGNER Louis: *«1940, un référendum surprenant»*. Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, 1969, S. 182-186.
- (Verschiedene Autoren): *Bürger und Soldat*. Zürich, 1944, 437 S. (Bürger und Soldat).
- CHAPUISAT Edouard: *Le général Guisan*. Lausanne, 1949, 176 S.
- CHATENAY Christian: *«Grandes lignes d'un renouvellement»*. SC, 8.1943, S. 684-693.
- COLLOMB Jean-Daniel: *Tenir sur le front, dans le pays, au village*. Mobilisation de guerre 1939-1945. Lausanne, 1976, 137 S.

- COUCHEPIN Louis: *Le Réduit national*. Genève, (1943), 42 S.
- CREMIEUX-BRILHAC Jean-Louis: «*L'opinion publique française, l'Angleterre et la guerre (9.1939-6.1940)*». In Actes du colloque franco-britannique, Français et Britanniques dans la drôle de guerre. Paris, 1979, S. 1-50.
- DÄNIKER Gustav: *Im Dienste der Schweiz*. Zürich, 1945, 55 S.
- DAVID J(akob): *Der Lebensraum der Familie*. Luzern, 1943, 48 S.
- DELAY Yves: *Lagrande chance de la Suisse, le général Guisan ou l'art de gagner la paix*. Echallens, 1979, 221 S.
- DELHORBE Florian: *Raison d'être de la Suisse*. Lausanne, 1942, 31 S.
- DEONNA Raymond: «*L'activité subversive de l'extrême-gauche en Suisse*». SM, 1942, S. 306-318 (DEONNA-Activité).
- «*Der deutsch-russische Krieg und die revolutionäre Zersetzungsarbeit*». SM, 1.-2.1942, S. 521-536 (DEONNA A-Krieg).
  - «*Das russische Problem und die schweizerische öffentliche Meinung*». SM, 3. 1943, S. 675-690 (DEONNA A-Problem).
- DIESBACH Fred de: *Vérité sur la Suisse*. Genève, 1943, 287 S.
- (DIETSCHI Urs, EGGENBERGER Max): *Rückbesinnung, – Blick nach vorwärts*. St.Gallen, (1944), 24 S.
- (DOLLFUS, etc.): *Bericht des Kommandanten der Flieger- und Fliegerabwehrtruppen, des Generaladjutanten der Armee an den Oberbefehlshaber der Armee über den Aktivdienst 1949-1945*. Bern, 1945, S. 212-322.
- DOMARUS Wolfgang: *Zürich im zweiten Weltkrieg*. Würzburg, 1984, 126 S.
- Dossier SPS-PSS: ... Acculés au mur ... Débat sur les réfugiés au Conseil national, septembre 1942*. Schaffhausen, 1979, multigr., 159 S. (Dossier)
- DRÖGE Franz: *Der zerredete Widerstand*. Soziologie und Publizistik des Gerüchts im 2. Weltkrieg. Düsseldorf, 1970, 158 S.
- DUCOMMUN Charles-Frédéric: «*Le capital irresponsable ...*». SC, 8.1944, S. 746-776 (DUCOMMUN-Capital).
- *Destin national et organisation professionnelle*. Zürich, 1941, 47 S. (DUCOMMUN-Destin).
  - «*Les données du problème ouvrier*». In La Suisse forge son destin, Lausanne, 1942, S. 41-82 (DUCOMMUN-Donées).
  - «*La paix sociale et le mouvement ouvrier*». In Adjudance, S. 175-202 (DUCOMMUN-Paix).
  - «*Reconstruction économique et sociale de la Suisse*». In Pierres d'angle, S. 59-86 (DUCOMMUN-Reconstruction).
- DUDLE Otto: *Die soziale Ordnung nach dem Krieg*. Luzern, 1943, 32 S.
- Durchhalten, aufbauen*. Der Weg der schweizerischen Wirtschaft in die Zukunft. Bern, 1942, 50 S. (Durchhalten).
- DÜRRENMATT Peter *Kleine Geschichte der Schweiz während des '2. Weltkrieges*. Zürich, 1949, 111 S.
- EGLI Gustav, SCHMID Karl: *Zwei zürcherische Schulreden*. Zürich, 1941 (S. 1-28, Egli: «Der Geist der schweizerischen Eidgenossenschaft»).
- EPPRECHT Robert: *Das Wunder von Samedan*. Tagebuch eines Soldaten. Zürich, 1948, 4 Bd.
- ERNST Alfred: «*Die Bereitschaft und Abwehrkraft Norwegens, Dänemarks und der Schweiz in deutscher Sicht*». In Neutrale Kleinstaaten im 2. Weltkrieg. Münsingen, 1973, S. 7-73 (ERNST-Bereitschaft).
- ERNST Fritz: *Die Sendung des Kleinstaates*. Zürich, 1940, 107 S. (ERNST-Sendung).
- ETTER Jann: *Armee und öffentliche Meinung in der Zwischenkriegszeit 1918-1939*. Zürich, 1972.

- ETTER Philipp: «Über die Aufgaben und die bisherige Tätigkeit der «Pro Helvetia»» Jahrbuch der Stiftung Pro Helvetia, Bd. 1, S. 217-235 (ETTER-Aufgaben).
- *Geistige Landesverteidigung*. Immensee, (1937), 16 S. (ETTER-Landesverteidigung).
  - *Reden an das Schweizer Volk gehalten im Jahre 1939*. Zürich, 1939, 96 S. (ETTER-Reden).
- FAVEZ Jean-Claude: «*La Suisse au tournant de la 2e guerre mondiale*». Revue européenne des sciences sociales, 1970, Nr. 22-23, S. 162-174 (FAVEZ-Suisse).
- «*Tu m'as dit d'aimer, j'obéis ...*». In Du Bois Pierre éd.: *Union et division des Suisses ...*, Lausanne, 1983, S. 93-112 (FAVEZ – Tu m'as dit).
- FINK Jürg: *Die Schweiz aus der Sicht des III. Reiches 1933-1945*. Zürich, 1985, 249 S.
- FORBES Thérèse: *La presse lausannoise et la censure*. Une étude des interventions de la DPR auprès des quatre quotidiens lausannois entre 1939 et 1945??
- FREY Constant: «*Question sociale*». SC, 8.1944, S. 784 f. (FREY-Question).
- FREY Oscar: *La situation, de la Suisse en 1941*. Zürich, 1941, 22 S. (FREY-1941).
- *Die Lage der Schweiz im 2. Weltkrieg*. Ohne Ort (1942), 32 S. (FREY-1942).
  - *Die Lage der Schweiz im Frühjahr 1943*. Ohne Ort u. Jahr, 11 S. (FREY-1943).
  - *Die Lage der Schweiz im 5. Kriegsjahre*. (1944) (FREY-1944).
- FRICK Heinrich: «*Selbstbestimmung*». SMZ, 8.1941, S. 439-448.
- FRIEDLÄNDER Saul: «*Mentalité collective*» et «*caractère national*», *une étude systématique est-elle possible?*» Relations internationales, 11.1974, S. 25-35.
- FRISCH Max: *Blätter aus dem Brotsack*. Geschrieben im Grenzdienst 1939. Zürich 1940, 99 S. (Frisch-Blätter).
- *Livret de service*. Lausanne-Zürich, 1977, 115 S. (FRISCH-Livret).
- FRITSCHI Oskar Felix: *Geistige Landesverteidigung während des 2. Weltkrieges*. Der Beitrag der Schweizer Armee zur Aufrechterhaltung des Durchhalte willens. Dietikon, 1972, 226 S.
- FRÖLICHER Hans: *Meine Aufgabe in Berlin*. Wabern-Bern, 1962, 159 S.
- FUHRER Hans Rudolph: *Spionage gegen die Schweiz*. Die geheimen deutschen Nachrichtendienste gegen die Schweiz im 2. Weltkrieg 1939-1945. Frauenfeld, 1982, 184 S.
- GALLIKER Adolf: *Die soziale Schweiz als Friedensziel*. Defensive oder offensive Demokratie? (Zürich), 1944, 26 S.
- GANZONI Werner: *Staatsneutralität und Volksneutralität als Problem der öffentlichen Meinungsbildung im gegenwärtigen Krieg*. Winterthur, 1940, 19 S.
- GASSER Adolf: *Für Freiheit und Recht, 1940-1945*. Bern, 1948, 202 S. (GASSER-Freiheit).
- GASSER Bernard: «*Ciné-journal suisse. Aperçu historique (1923-1945) ...*». Travelling, 1978/1979, 166 S. (GASSER-Ciné-journal).
- GASSER Christian: «*L'économie fédérative*». In *La suisse forge son destin*, Lausanne, 1942, S. 221-250 (GASSER-Economie).
- *Der Gotthard-Bund*. Eine Widerstandsbewegung... Bern, 1984, 161 S. (GASSER-Gotthard-Bund).
- GAUYE Oscar: «*Legénéral Guisan et la diplomatie suisse 1940-1941*». Etudes et sources, 1978, S. 5-68 (GAUYE-Général).
- *Au Rütli, 28. juillet 1940*. Le discours du général Guisan. Nouveaux aspects. Etudes et sources, 1984, S. 5-56 (GAUYE-Rütli).
- GENTIZON Paul: *L'Allemagne en guerre et L'Europe de demain*. Montreux, 1941, 63 S. (GENTIZON-Allemagne).
- *Les Etats-Unis d'Europe*, ohne Ort, 1941, 40 S. (GENTIZON-Etats-Unis).
- GEX Philippe: *Radio et cinéma en Suisse 1936-1942*. Le cas de la suisse romande en période de repli culturel... Mémoire de Lettres, Fribourg, 1982, 295 S.



- GILG Peter: «Die «eidgenössische Gemeinschaft». Entstehung und Wandlung eines Bundes aus dem 2. Weltkrieg». In Festschrift zum 65. Geburtstag von Prof. Dr. Ulrich Im Hof, Bern, 1982, S. 572-597 (GILG-Gemeinschaft).
- GILG Peter, GRUNER Erich: «Nationale Erneuerungsbewegungen in der Schweiz 1925-1940». Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1966, S. 1-25 (GILG-Erneuerungsbewegungen).
- GIROUD Emile: «La communauté professionnelle en théorie et dans les faits». In La Suisse forge son destin, Neuchâtel, 1942, S. 121-158 (GIROUD-Communauté).
- «La paix du travail à la dérive». SC, 1943, S. 694-713 (GIROUD-Paix).
- GITTERMANN Valentin: *Und nach dem Krieg?* Internationale Probleme der Nachkriegszeit. Zürich, 1944, 75 S.
- GLAUS Beat: *Die nationale Front. Eine Schweizer faschistische Bewegung 1930-1940.* Zürich, 1969, 503 S.
- GORGERAT Charles: *En attendant ... «Vordre nouveau»?* Lausanne, 1940, 35 S.
- GRAF Christof: «Die Schweiz in den 1930er Jahren». *Etudes et sources*, 1983, S. 127-142 (GRAF-Schweiz).
- «Innen- und aussenpolitische Aspekte schweizerischer Zensur während des 2. Weltkrieges.» In Festschrift ... Walther Hofer, Bern, 1980, S. 553-569 (GRAF-Zensur).
- GRAUER-FREY L: *Die föderalistische Schweiz als Glied und Vorbild des neuen kontinentalen Europas.* Ohne Ort, 1940, 10 S.
- GROB Rudolf: *An die Jugend von morgen.* An die Herren von gestern. Zürich, 1941, 56 S.
- GRUBER Christian: *Die politischen Parteien der Schweiz im 2. Weltkrieg.* Zürich, 1966.
- GRUNER Erich: «Junge Schweizer erleben den 2. Weltkrieg». *Berner Zeitschrift für Geschichte und Heimatkunde*, 1973, S. 129-175.
- GUGGENBÜHL Adolf: *Der Kampf um die schweizerische Eigenart.* Basel, 1939, 77 S.
- GUISAN Henri: *Entretiens accordés à Raymond Gafner à l'intention des auditeurs de Radio-Lausanne.* Lausanne, 1953, 207 S. (GUISAN-Entretiens).
- *Rapport du général Guisan à l'Assemblée fédérale sur le service actif 1939-1945.* Bern, 1946, 262 S. (GUISAN-Rapport).
- GUT Theodor: *Reden und Schriften.* Zürich, 1954, 247 S.
- GUTZWILER Richard: *Grundlage einer Neuordnung.* Zürich, 1944, 39 S.
- GUYE Pierre: *Esquisse d'une rénovation des institutions politiques de la Confédération suisse.* Lausanne, 1942, 44 S. (GUYE-Esquisse).
- *L'organisation corporative des professions dans la Confédération suisse.* Neuchâtel, 1941, 55 S. (GUYE-Organisation).
- HAAS S.: *Ostwind über Europa.* Aarau, 1944, 16 S.
- HACKHOFER Charles: «La communauté professionnelle». In La Suisse forge son destin, Neuchâtel, 1942, S. 83-120.
- HALLER Albert: *A l'extrême frontière, là où nous avons vécu 1939-1945.* La Chaux-de-Fonds, 1948, 227 S.
- HALTER-SCHMID Ruth: *Schweizer Radio 1939-1945 ...* Stuttgart, 1980, 201 S.
- HARDMEIER Benno: *Geschichte der sozialdemokratischen Ideen in der Schweiz.* Winterthur, 1957, 196 S.
- HARTMANN H.: *The swiss press and foreign affairs in world war II.* Gainesville, 1960, 87 S. (HARTMANN-Swiss press).
- HARTMANN Karl: *Staat und geistige Landesverteidigung.* Aarau, 1967, 218 S. (HARTMANN-Staat).
- HÄSLER Alfred A.: *La suisse terre d'asile? La politique de la Confédération envers les réfugiés de 1933 à 1945.* Lausanne, 1971, 399 S.
- HÄTTENSCHWILLER Alfons: *Grundfragen der Mittelstandspolitik.* Luzern, 1944, 31 S.

- (HERR Gottlieb Heinrich, GESSLER E.A. Herausg.): *Armee und Volk*. 6 Jahre Landesverteidigung. Zürich, 1946, 271 S.
- HEMGARTNER Max: *Mein Schweizerland wach auf!* Was geht in Europa vor? Zürich, 1940, 14 S.
- HERKENRATH Erland: *Die Freiheit des Wortes*. Auseinandersetzungen zwischen Vertretern des schweizerischen Protestantismus und den Zensurbehörden während des 2. Weltkrieges. Zürich, 1972, 231 S.
- (HERZIG Ernst): *Damals im Aktivdienst*. Soldaten erzählen aus den Jahren 1939-1945. Zürich, 1959, 335 S.
- HESSE Kurt: «*Geistige Kriegsführung*». SMZ, 1949, S. 361-370 (HESSE-Kriegsführung).  
 – «*Die deutsche Wehrmachtpropaganda im 2. Weltkrieg*». SMZ, 1950, S. 566-579 (HESSE-Wehrmacht).
- HOFMAIER Karl: *Der Kampf um die Neuorientierung der schweizerischen Innen- und Aussenpolitik*. Zürich, 1945, 63 S.
- HOWARD Constance: «*Switzerland 1939-1946*». In Toynbee Arnold éd.: *The war and the neutrals*, London, 1956, S. 199-230.
- HUBER Hans: «*Die neue Ordnung in der Schweiz*». R. universitaire suisse, 1940, S. 149-157. (HUBER-Ordnung).
- (HUBER Jacob): *Rapport du chef d'état-major général de l'armée au commandant en chef de l'armée sur le service actif 1939-1945*. Bern, 1946, 561 S. (HUBER-Rapport).
- HUBER Max: *Die Schweiz in der Völkergemeinschaft*. Zürich, 1940, 35 S. (HUBER-Schweiz).
- HUMBEL Kurt: *Nationalsozialistische Propaganda in der Schweiz 1931-1939*. Bern, 1976, 295 S.
- HUMBERT-DROZ Jules: *Mémoires*. Bd. I-IV, Neuchâtel, 1969 f.
- HÜNERWADEL Walther: *Über den schweizerischen Staatsgedanken...* Winterthur, 1940, 62 S.
- JAGGI Arnold: *Eidgenössische Besinnung*. Bern, 1941, 32 S. (JAGGI-Besinnung).  
 – *Wir Eidgenossen*. Bern, 1940, 52 S. (JAGGI-Eidgenossen).  
 – *Unsere Eidgenossenschaft gestern und heute*. Bern, 1942, 36 S. (JAGGI-Eidgenossenschaft).  
 – *Bedrohte Schweiz*. Bern, 1978, 227 S. (JAGGI-Schweiz).
- JAHODA Marie: «*La fonction psychologique du préjugé racial*». In Mendras Henri: *Éléments de sociologie, textes*. Paris, 1968, S. 236-271.
- JONG Louis de: *Die deutsche 5. Kolonne im 2. Weltkrieg*. Stuttgart, 1959, 281 S.
- JOST Hans-Ulrich: «*Menace et repliement, 1914-1945*». In *Nouvelle Histoire de la Suisse et des suisses*. Lausanne, 1983, Bd. 3, S. 91-178.
- Jugend voran für Freiheit, Volk und Vaterland*. Solothurn, 1943, 119 S. (Jugend).
- KÄGI Ulrich Herausg.: *Unterwegs zur sozialen Demokratie*. Festschrift zum 75. Geburtstag von Hans Oprecht. Zürich, 1969, 275 S. (KÄGI-Unterwegs).
- KÄGI Werner: «*Gedanken zur kommenden Wahlreform ...*». LS, 1942, S. 55-68 (KÄGI-Gedanken).  
 – «*Auf dem Wege zur Staatsreform*». LS, 1941, S. 191-205 (Kägi-Staatsreform).  
 – «*Die Überwindung des Parteienstaates als Problem der Demokratie*». LS, 1943, S. 48-65 (KÄGI-Überwindung).
- KALT Robert: *Rationierung der Nahrungsmittel und schwarzer Markt in der Kriegswirtschaft*. Freiburg, 1949, 142 S.
- KERN Walther: *Was kümmert uns der Hut?* Ein Frontbericht aus der Schweiz im 2. Weltkrieg. Zürich, 1983, 136 S.
- KOLLER W.: *Die Schweiz 1935-1945*. Tausend Daten aus kritischer Zeit. Zürich, 1970, 190 S.

- KRAMER Hugo: «*Dem Ende des Kapitalismus entgegen*». RR, 12.1941, S. 121-128, (KRAMER-Ende).
- *Was soll werden?* Gedanken zur wirtschaftlichen Erneuerung der Schweiz. Zürich, 1941, 80 S. (KRAMER-Gedanken).
  - *Die Quellen der schweizerischen Demokratie*. Zürich, 1941, 48 S. (KRAMER-Quellen).
- KREIS Georg: «*General Guisan, Minister Frölicher und die Mission Burckhardt 1940*». Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, 1977, S. 99-121 (KREIS-General).
- *Juli 1940*. Die Aktion Trumpf. Basel, 1973, 111 S. (KREIS-Juli).
  - «*Neutralität und Kriegspropaganda der Schweiz zwischen Engagement und Abstention in den Jahren der nationalsozialistischen Bedrohung*». In *La propagande pendant la 2e guerre mondiale*, Bucarest, 1980, S. 103-126 (KREIS-Neutralität).
  - *Zensur und Selbstzensur*. Die schweizerische Pressepolitik im 2. Weltkrieg. Frauenfeld, 1973, 471 S. (KREIS-Zensur).
- KUNZ Theodor: *Die deutschschweizerische Presse und das faschistische Italien 1922-1943*. Zürich, 1975, 281 S.
- KURZ Hans Rudolf: *Dokumente des Aktivdienstes*. Frauenfeld, 1965, 205 S. (KURZ-Dokumente).
- «*Legénéral Guisan et les belligérants*». In *Le général Guisan et la guerre mondiale 1939-1945*, Lausanne, 1974, S. 41-109 (KURZ-Général).
  - *Nachrichtenzentrum Schweiz*. Die Schweiz im Nachrichtendienst des 2. Weltkrieges. Frauenfeld, 1972, 131 S. (KURZ-Nachrichtenzentrum).
  - *Die Schweiz im 2. Weltkrieg*. Thun, 1959, 400 S. (KURZ-Schweiz).
- LALIVE D'EPINAY René: «*Une expérience de défense spirituelle. Armée et Foyer pendant la guerre*». LS, 1946, S. 94-98 (LALIVE-Expérience).
- «*Quelques préoccupations des ouvriers romands*». SC, 8.1944, S. 706-719 (LALIVE-Préoccupations).
- LASSERRE André: «*L'institution de l'assurance-vieillesse et survivants (1889-1947)*». In Ruffieux Roland éd.: *La démocratie référendaire en Suisse au XXe s.*, Bd. I, Freiburg, 1972, S. 259-326 (LASSERRE-AVS).
- «*En Suisse, aux frontières de la politique et du militaire: «Armée et Foyer» 1939-1945*». R. d'histoire de la 2e guerre mondiale, 1983, S. 78-89 (LASSERRE-Frontières).
- LAUR Ernst: *Die Zukunft der schweizerischen Wirtschaft*. Brugg, 1940, 38 S.
- LEVY A.: *Psychologie sociale*. Textes fondamentaux anglais et américains. Paris, 1965, 565 S.
- LEYVRAZ René: *Principes d'un ordre nouveau*. Lausanne, (1940), 77 S.
- LINDT August Rudolf: (*Sektion Heer und Haus, Aufklärungsdienst*) *Schlussbericht*. (1945), multigr., 48 S. (IZG, Bestand Lindt Nr. 13).
- LIVRON Henri: *La crise et la Suisse*. Genève, 1942, 31 S.
- LUCHSINGER Fred: *Die Neue Zürcher Zeitung im Zeitalter des 2. Weltkrieges 1930-1955*. Zürich, 1955, 350 S.
- LUDWIG Karl: *Die Flüchtlingspolitik der Schweiz seit 1933 bis zur Gegenwart (1957)*. Bern, 1966, 416 S.
- LÜÖND Karl: *Spionage und Landesverrat in der Schweiz*. Zürich, 1977, 2 Bd.
- LÜTHY Herbert: *Bis zur Neige*. Epilog des 2. Weltkrieges 1944-1945. St.Gallen, 1945, 403 S.
- MAEDER Robert: *Wenn die Kommunisten kommen*. Basel, 1945, 36 S.
- MAETZKE Ernst Otto: *Die deutsch-schweizerische Presse zu einigen Problemen des 2. Weltkrieges*. Tübingen, 1955, 109 S.
- MATT Alfons: *Zwischen allen Fronten*. Der 2. Weltkrieg aus der Sicht des Büros HA. Frauenfeld, 1969, 329 S.

- «*Message du Conseil fédéral à l'assemblée fédérale concernant les moyens de maintenir et défaire connaître le patrimoine spirituel de la Confédération*». FF, 1939, Bd. II, S. 1001-1048 (Message 1938).
- MESTRAL DE: «*L'état intellectuel, moral et spirituel de la troupe*». In *Adjudance*, S. 53-7Ç.
- METRAUX Peter: *Die Karikatur als publizistische Ausdrucksform untersucht am Kampf des «Nebenspalters» gegen den Nationalsozialismus 1933-1945*. Berlin, 1966, 221 S.
- MEURANT Jacques: *La presse et l'opinion de la Suisse romande face à l'Europe en guerre 1939-1941*. Neuchâtel, 1976, 765 S.
- MEYER Alice: *Anpassung oder Widerstand*. Frauenfeld, 1965, 227 S: (MEYER-Anpassung).
- MEYER Werner: *Die Schweiz in Europa*. Zürich, (1941), 19 S. (MEYER-Schweiz).
- MEYLAN Louis: *Le patriotisme suisse*. Lausanne, 1941, 71 S.
- Mitarbeit, die beste Landesverteidigung*. Winterthur, 1939, 20 S. (Mitarbeit).
- MÖCKLI Werner: *Das schweizerische Selbstverständnis beim Ausbruch des 2. Weltkrieges*. Zürich, 1973, 172 S.
- MOLNOS Angela von: «*L'image suisse de l'Allemagne*». R. de psychologie des peuples, 1962, S. 314-340.
- MORGENTHAUER W.: *Persönliche Neutralität und geistige Wehrkraft*. Bern, 1941, 52 S.
- MOTTU Philippe: «*Fondement spirituel d'un renouveau national*». In *Pierres d'angle*, S. 40-58.
- MOULIN Robert: *De l'état de l'opinion et des moyens de la former et de l'éclairer (fins mars-fin juin 1941)*. 1941, multigr., 99 S. (IZG Bestand Nef, Nr. 36.1).
- MUSY Jean-M.: *La Suisse devant son destin*. Montreux, 1941, 132 S.
- MYSYROWICZ Ladislav: «*Le dr. Rothmund et le problème juif (février 1942)*». Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, 1982, S. 348-355.
- et F AVEZ Jean-Claude: «*Refuge et représentation d'Etats étrangers*». R. d'hist. de la 2e guerre mondiale, 1981, S. 109-120 (MYSYROWICZ-Refuge).
- NÄF Karl J.: *Die Schweiz – Das Herz Europas*. Zürich, 1945, 151 S.
- Die Neue Schweiz*. Zürich, 1942, 16 S. (Neue Schweiz).
- NICOLE Léon: *Ce que le peuple suisse doit savoir*. Branlebas de renouveau. (Genève, 1940), 48 S. (NICOLE-Branlebas).
- *La défense des libertés*. Une interdiction ... (Genève, 1940), 21 S. (NICOLE-Défense).
- NICOLE Pierre: *Les peuples veulent vivre*. D'une guerre à l'autre. Genève, 1940, 20 S. (NICOLE-Peuples).
- NOBS Emst: *Helvetische Erneuerung*. Zürich, 1943, 132 S.
- OPRECHT Hans: *Die Arbeiterschaft der Schweiz im 2. Weltkrieg*. Zürich, (1943), 28 S. (OPRECHT – Arbeiterschaft).
- *Der 2. Weltkrieg und die schweizerische Arbeiterschaft*. (Zürich, 1941), 31 S. (OPRECHT-Weltkrieg).
- Paysan choisis!* Genève, 1943, 115 S. (Paysan).
- PERRAUDIN Louis: *Jeunesse du pays*. Neuchâtel, 1941, 154 S.
- PETER K.: *Das grosse Los der Schweiz*. Zürich, (1943), 115 S.
- PFÄNDLER Otto: *Peuple suisse, Lis! Juge! Agis!* Une proposition urgente pour la réorganisation du Conseil national. Lausanne, 1940, 24 S.
- PICOT Albert: *Mots d'ordre*. Neuchâtel, 1941, 105 S. (PICOT-Mots d'ordre).
- *La Suisse et le problème social pendant la guerre*. Zürich, 1942, 27 S. (PICOT-Suisse).
- PIEKALKIEWICZ Janusz: *Schweiz 1939-1945*. Krieg in einem neutralen Land. Stuttgart, 1978, 362 S.
- (Verschiedene Autoren): *Pierres d'angle de la reconstruction nationale*. Neuchâtel, 1941, 87 S. (Pierres d'angle).

- PITHON Rémy: «*Cinéma suisse et «défense nationale spirituelle» dans la Confédération helvétique (1939-1945)*». R. d'hist. moderne et contemporaine, 1986, S. 254-279.
- POINTET Pierre-Jean: *La neutralité de la Suisse et la liberté de la presse*. Zürich, 1945, 206 S. (Verschiedene Autoren): *Pouvoir et travail*. Neuchâtel, 1944, 256 S. (Pouvoir).
- PRIVAT Emilie: «*Armée et Foyer*». RMS, 1964, S. 65-73 (PRIVAT-Armée).
- «*Notes d'un commandant de troupes genevoises 1939-1945*». RMS, 1977, S. 516-548, 566-592 (PRIVAT-Notes).
- PÜNTER Otto: *Wie es war*. Erinnerungen eines Journalisten 1919-1977. Bern, 1977, 155 S.
- «*Rapport concernant le rapport du général sur le service actif de 1939 à 1945*».  
FF, 23.1.1947, S. 461-564 (Rapport-Général).
- «*du Conseil fédéral à l'Assemblée fédérale sur le régime de la presse en Suisse avant et pendant la guerre de 1939 à 1945*». FF, 16.1.1947, S. 109-432 (Rapport-Presse).
- REYNOLD Gonzague DE: *Conscience de la Suisse*. Neuchâtel, 1939, 302 S. (REYNOLD-Conscience).
- «*Qu'est-ce que l'Europe?*» (suivi de) «*La révolution européenne*». In *Adjudance*, S. 7-36, 37-46 (REYNOLD-Europe).
- *Mes mémoires*. Bd. III, Genève, 1963, 754 S. (REYNOLD-Mémoires).
- *En 1941 comme en 1291, la Suisse est devant son destin*. Genève, 1941, 131 S. (REYNOLD-1941).
- *La Suisse de toujours et les événements d'aujourd'hui*. Ohne Ort, (1940), 32 S. (REYNOLD – Suisse).
- RIEDMATTEN Chantal DE: *Général Henri Guisan, autorité et démocratie*. Mémoire de licence, multigr., Freiburg, 1983, 230 S.
- RIGASSI Georges: «*Ende des Liberalismus?*» SM, 2.1943, S. 596-607 (RIGASSI-Liberalismus).
- *La Suisse et le destin de l'Europe*. Lausanne, 1946, 377 S. (RIGASSI-Suisse).
- RILLIET Jean: *Valeur et dangers du libéralisme*. Dardagny, (1940), 21 S.
- RIEMENSBERGER E.F.: *Was kommt nach dem Krieg?* Zürich, 1942, 63 S.
- RINGS Werner: *La Suisse et la guerre 1933-1945 ...* Lausanne, 1975, 405 S. (RINGS-Suisse).
- *Vivre avec l'ennemi*. Paris, 1981, 329 S (RINGS-Vivre).
- ROSENBERG Martin: *Was war Anpassung, wo war Widerstand?* Bern, 1966, 40 S. (ROSENBERG-Anpassung) .
- *Wer machte in Anpassung*. Ohne Ort, 1945, 27 S. (ROSENBERG-Wer machte).
- ROUGEMONT Denis DE: *Journal d'une époque, 1926-1946*. Paris, 1968, 596 S. (ROUGEMONT – Epoque).
- *Journal des deux mondes*. Lausanne, 1946, 251 S. (ROUGEMONT-Journal).
- *Mission ou démission de la Suisse*. Neuchâtel, 1940, 215 S. (ROUGEMONT-Mission).
- ROUQUETTE Michel-Louis: *Les rumeurs*. Paris, 1975, 128 S.
- RUFFIEUX Roland: «*Y a-t-il eu un fossé en Suisse au lendemain de la 2e guerre mondiale?*»  
In *Union et division des Suisses ...*, Lausanne, 1983, S. 113-134 (RUFFIEUX-Fossé).
- «*De l'ordre nouveau' à de nouvelles préoccupations: le débat idéologique en Suisse romande*». R. d'hist. de la 2e guerre mondiale, 1.1981, S. 97-107 (RUFFIEUX-Ordre).
- *La Suisse de l'entre-deux-guerres*. Lausanne, 1974, 446 S. (RUFFIEUX-Suisse).
- SALIS, J.R. von: *Weltchronik 1939-1945*. Zürich, 1966, 556 S.
- SAUVY Alfred: *L'opinion publique*. Paris, 1967, 127 S.
- SCHEITLIN Otto: «*Der Aktivdienst 1939 bis 1945*». SMZ, 1964, S. 563-570. (SCHEITLIN-Aktivdienst).
- «*Gedanken zur geistigen Landesverteidigung*». SMZ, 1959, S. 483-491 (SCHEITLIN-Gedanken).

- SCHMID Arthur: *Geistige Abwehr, ein Stück Verteidigung des Landes*. RR, 12. 1939, S. 129-134. (SCHMID-Abwehr).
- SCHMID Karl: *Psychologische Aspekte des totalen Krieges*. SMZ, 1960, S. 87-96, 173-182 (SCHMID-Aspekte).
- SCHMID-AMMANN Paul: *Mahnrufe in die Zeit*. Vier bewegte Jahrzehnte schweizerischer Politik, 1930-1970. Zürich, 1971, 265 S. (SCHMID-Mahnrufe).
- *Unterwegs von der politischen zur sozialen Demokratie*. Lebenserinnerungen. Zürich, 1978, 303 S. (SCHMID-Unterwegs).
- SCHMIDT Franz: *Die Jugend unseres Landes*. RR, 12.1940, S. 139-146 (SCHMIDT-Jugend).
- SCHMIDT Georg C.L.: *Haltung. Gedankengänge durch das öffentliche Leben*. Basel, 1944, 367 S. (SCHMIDT-Haltung).
- «*Mai 1940 in der Schweiz*». Neue Zürich Zeitung, 1950, Nr. 982, 991, 1000 (SCHMIDT-Mai).
- SCHMITT R., Boson M.: *La paysannerie et Véconomie suisse*. Basel, 1944, 103 S. (SCHMITT-Paysannerie).
- SCHMUTZ R.: «*Die Lage der Landwirtschaft, ihre Probleme und ihre Ansprüche*». SM, 1.1943, S. 531-536.
- SCHÜMPERLI Rudolf: *Eidgenössisches Manifest*. Zürich, 1940, 15 S.
- SCHÜRCH Emst: *Bemerkungen zum Tage*. Bern, 1942, 236 S. (SCHÜRCH-Bemerkungen).
- *Als die Freiheit in Frage stand*. Bern, 1946, 46 S. (SCHÜRCH-Freiheit).
- SCHWARZ Hans: *Kampf um Helvetien*. Bern, 1945, 104 S. (SCHWARZ-Kampf).
- SCHWARZ Urs: *The eye of the hurricane*. Switzerland in World War 2. Boulder, 1980, 169 S. (SCHWARZ-The eye).
- «*Die Presse als Glied der Landesverteidigung*». In Bürger und Soldat, S. 289-311 (SCHWARZ-Presse).
- SEBES Albert R.: *Die schweizerische Wirtschaft von morgen*. Demokratisch und doch Planung. Zürich, 1941, 56 S.
- SEILER Edouard: *Le Mouvement socialiste en Suisse*. Zürich, 1943, 16 S. (SEILER-Mouvement).
- *Das Schweizervolk und seine Wirtschaft*. Ohne Ort, (1944), 176 S. (SEILER-Schweizer-volk).
- SONDEREGGER René: *Napoleon I, Adolf Hitler und die Schweiz*. Zürich, 1940, 47 S.
- SPRECHER Jann von: «*Die stolze Aufgabe*». SM, 8.1943, S. 233-243 (SPRECHER-Aufgabe).
- «*Die Schweiz zu Beginn des 3. Kriegsjahres*». SM, 9+10.1941, S. 257-267, 321-334 (SPRECHER-Beginn).
- «*Perspektiven eidgenössischer Politik*». SM, 1-2.1942, S. 505-521 (SPRECHER-Perspektiven).
- «*Standort der Schweiz*». SM, 3.1942, S. 593-600 (SPRECHER-Standort).
- STAMPFLI Walter: *Wirtschaftliche und soziale Probleme der Nachkriegszeit*. Zürich, 1944, 20 S.
- STAUB Paul, Herausg.: *34er-Buch*. Aktivdienst Gebirgsfusilier Bataillon 34, 1939-1945. Bern, ohne Jahr, 299 S.
- STERNHELL Zeev: «*E. Mounier et la contestation de la démocratie libérale*». R. française de science politique, 1984, S. 1141-1180.
- STOCKER Werner: «*Geistige Landesverteidigung*». RR, 12.1938, S. 113-117.
- STOETZEL Jean: *La psychologie sociale*. Paris, 1963, 316 S. (STOETZEL-Psychologie).
- *Théorie des opinions*. Paris, 1943, 445 S. (STOETZEL-Théorie).
- STOKAR Willy: *Die Schweiz im Weltgewitter*. 40 Soldatenbriefe von der inneren an die äussere Front. Elgg, 1940, 142 S.
- STUDER Charles: *Der Wandel des modernen Staatsgedanken*. Solothurn, 1942, 28 S.
- (Verschiedene Autoren): *La Suisse forge son destin*. Lausanne, 1942, 342 S. (La Suisse forge son destin).

- Tenir, von 6 Soldaten. Genève, 1941, 40 S. (Tenir).
- THÜRER Georg: «Innere Straffung». LS, 1940-1941, S. 9-17.
- TRÜMPY Hans: *Mensch und Bürger*. Glarus 1944, 90 S.
- VALLIERE T. DE: «Coeur à coeur. Le peuple suisse et son général». RMS, 1951, S. 184-199 (Rezension des Folgenden).
- VALLOTTON Benjamin: *Coeur à coeur. Le peuple suisse et son général*. Lausanne, 1950, 221 S. (VALLOTTON-Coeur à coeur).
- VALLOTTON Henry: *La Suisse de demain*. Lausanne, 1940, 70 S. (VALLOTTON-Suisse).
- VETSCH Christian: *Aufmarsch gegen die Schweiz*. Olten, 1973, 224 S.
- VODOZ Antoine: *La Suisse et le problème des réfugiés*. Zürich, 1944, 22 S.
- VOLKOFF Vladimir: *La désinformation, arme de guerre*. Paris-Lausanne, 1986, 275 S.
- WÄGER Gerhart: *Die Sündenböcke der Schweiz*. Die 200 im Urteil der geschichtlichen Dokumente 1940-1946. Olten, 1971, 288 S.
- WAHLEN F.T.: *L'ambassade permanente*. Lausanne, 1966, 192 S.
- WAIBEL Max: «Moral als militärischer Faktor». SMZ, 1955, S. 414-423.
- WALTER Emil J.: «Der Weg zum Sozialismus». RR, 4.1942, S. 257-261.
- WANNER Philipp: *Oberst Oscar Frey und der schweizerische Widerstandswille*. Münsingen, 1974, 221 S.
- WARTENWEILER Fritz: *Ein Jahr mobilisiert*. Zürich, (1940), 148 S.  
*Was will die Partei der Arbeit*. Zürich, 1945, 95 S. (Was will).
- WEBER Karl: *Die Schweiz im Nervenkrieg*. Aufgabe und Haltung der Schweizer Presse in der Krisen- und Kriegszeit. Bern, 1948, 316 S. (WEBER-Nervenkrieg).
- WEBER Max: *Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Gewerkschaften*. Zürich, 1942, 28 S. (WEBER-Lage).
- *Die Schweiz heute und morgen und die Gewerkschaften*. Zürich, 1944, 24 S. (WEBER-Schweiz).
  - *Die Stellung der Arbeiterschaft zu den wirtschaftlichen und sozialen Nachkriegsproblemen*. Zürich, 1944, 28 S. (WEBER-Stellung).
- WEGELIN Peter: «Historiker und geistige Landesverteidigung ...». Schweizer Beiträge zur allgemeinen Geschichte, 1960-1961, S. 43-108.  
*Vom Wesen der Eidgenossenschaft*. Zürich, 1941, 47 S. (Wesen).
- WICK Karl: «Möglichkeiten und Grenzen der Sozialpolitik». SM, 9.1944, S. 333-340.  
*Wir dienen (Stab Motor Haubitze Rgt 21 ...)*. Bern, 1946 (Wir dienen).
- WOLF Walter: *Faschismus in der Schweiz*. Die Geschichte der Frontenbewegungen in der deutschen Schweiz. Zürich, 1969, 530 S.
- WÜST René-Henri: *Alerte en pays neutre*. La Suisse en 1940. Lausanne, 1966, 159 S. (WÜST-Alerte).
- *La guerre psychologique*. Lausanne, 1954, 162 S. (WÜST-Guerre).
  - «*La presse en temps de guerre*». RMS, 1941, S. 25-35 (WÜST-Presse).
- ZANDER Alfred: *Eidgenossenschaft und Reich*. Berlin, 1942, 140 S.
- ZBINDEN Hans: *Geistige Aufgaben unseres Landes*. Bern, 1942, 44 S. (ZBINDEN-Aufgaben).
- *Die politische und geistige Lage der Schweiz 1939-1942*. Olten, 1942, 31 S. (ZBINDEN-Lage).
- Z'GRAGGEN Yvette: *Les années silencieuses*. Lausanne, 1982, 228 S.
- ZIEGLER (Hans): *Histoire de la section Armée et Foyer 1939-1945*. Bern, 1945, multigr., 72 S.
- ZIMMERMANN Horst: *Die Schweiz und Grossdeutschland ...* München, 1980, 795 S.

# Personenregister

- Abt, Roman 40, 178, 179  
Alfieri, Dino 349  
Allgöwer, Walther 207  
Anliker, Ernst 60  
Aubert, Théodore 391,425
- Badoglio, Pietro 284, 293, 304  
Barbey, Bernard 108, 128  
Barth, Karl 35, 205, 258, 264, 269  
Baumann, Johannes 184  
Béguin, Pierre 38, 147  
Belmont, Louis Oskar 36, 115  
Bertrand, Pierre 207, 213  
Beveridge, William Henry, Sir 337, 386  
Bezençon, Marcel 151  
Bibra, Sigismund von 143, 144  
Bircher, Eugen 203, 415  
Bloch, Marc 13  
Böhler 211  
Böhme, Hermann 288  
Bonjour, Edgar 20, 384  
Bonnard, André 419  
Borel, Alfred 217  
Bourgeois, Daniel 17, 148  
Bovard, René 336, 387  
Bretscher, Willi 21, 125, 144, 197, 199  
Bringolf, Walther 69, 323  
Brunner, Adolf 196  
Bucher, Erwin 110, 114  
Burri, Franz 307, 329
- Carrard, Alfred 52  
Celio, Enrico 110  
Chable, Jacques-Edouard 140  
Chastonay, O. de 225
- Churchill Winston, Sir 291, 300  
Ciano, Edda 349, 414, 415  
Couchepin, Louis 153, 293  
Currie, Laughlin 368, 372, 382, 384
- Daniel, Charles 55  
Däniker, Gustav 60, 81, 168, 169, 194, 195, 231, 232, 238  
Delay, Yves 153  
Deonna, Raymond 281  
Dollfus, Roger 49, 59, 62, 76, 117, 138, 169, 172, 425, 426  
Düby 211  
Ducommun, Charles-Frédéric 196, 211, 212, 213, 338, 342, 386, 387, 388  
Duttweiler, Gottlieb 140, 269
- Emst, Alfred 55, 113, 133, 135  
Etter, Philipp 9, 23, 24, 27, 37, 38, 39,40, 44, 49, 56, 60, 109, 159, 207, 208, 298, 300, 304, 352, 403, 453
- Famer, G.A. 52  
Feldmann, Markus 40, 60, 144, 145, 182, 430  
Frey, Arthur 35  
Frey, Constant 387  
Frey, Oscar 9, 50, 53, 55, 59, 60, 131, 169, 179, 194, 195, 196, 239, 276, 425  
Frick, Hans 92, 105, 106  
Frick, Heinrich 231  
Frick, Robert 50, 53, 55, 56, 189, 193  
Frisch, Max 26, 93  
Fritschi, Oskar Felix 20, 285  
Frölicher, Hans 144



- Fueter, E. 43, 101  
 Fueter, Rudolf 37  
 Furet, François 22, 27
- Galliker, Adolf 336  
 Ganzoni, Werner 67  
 Gasser, Adolf 197, 199, 307  
 Gasser, Christian 196  
 Gaulle, Charles de 386  
 Gentizon, Paul 202  
 Gilliard, Edmond 218  
 Giroud, Emile 269, 337  
 Goebbels, Joseph Paul 47, 143, 170, 196, 399, 401  
 Gourd, Emilie 269  
 Grimm, Robert 404, 428  
 Guisan, Henri 9, 46, 47, 48, 53, 60, 77, 86, 109, 120, 130, 135, 136, 137, 139, 140, 152, 155, 160, 161, 162, 163, 168, 169, 172, 184, 192, 195, 232, 235, 238, 267, 293, 354, 358, 363, 390, 414, 424, 425, 429  
 Gut, Theodor 38, 39, 183, 210  
 Guye, Pierre 213
- Haas, Samuel 37  
 Häberli 54  
 Hacha, Emil 23  
 Hasler, Eugen 31, 33  
 Hausamann, Hans 25, 36, 41, 55, 60, 120, 126, 135, 137, 141, 169, 175, 184, 189, 193  
 Hitler, Adolf 20, 29, 69, 72, 103, 163, 202, 205, 224, 233, 256, 259, 298, 308, 330, 350, 429, 432  
 Hofmaier, Karl 81, 320, 324, 345, 390, 391, 404  
 Hofmann, Ernst 121  
 Huber, Jakob 267  
 Huber, Max 20, 21  
 Humbert-Droz, Jules 80, 265  
 Hünerwadel, Walther 74
- Jaggi, Arnold 205, 206, 207  
 Jong, Louis de 150  
 Jost, Hans-Ulrich 15, 409, 410  
 Jucker, Ernst 196
- Keller, Max Leo 121  
 Keller, Willy 43
- Klöti, Emil 79  
 Kobelt, Karl 60, 171, 172, 183, 192, 195, 238, 292, 309, 343  
 Köcher, Otto 66, 70, 82, 143, 218, 227, 235, 418  
 Kramer, Hugo 210  
 Kreis, Georg 161  
 Kurz, Gertrud 261  
 Kurz, Hans Rudolf 152
- Laharpe, Frédéric-César de 194  
 Lalive d'Épinay, René 63, 318, 326, 380, 386, 424, 426  
 Lardelli, Renzo 81  
 Lartéguy, Jean  
 (Jean-Pierre Lucien Osty) 132  
 Lasserre, David 20  
 Lattre de Tassigny,  
 Jean-Marie Gabriel de 358  
 Laur, Ernst 26, 211, 316, 380  
 Leeb, Wilhelm von 89  
 Lenin, (Vladimir Iljitsch Uljanow) 281  
 Leonhardt, Ernst 307  
 Leopold II 100  
 Lieb, Fritz 226  
 Lindt, August Rudolf 17, 42, 50, 54, 56, 253, 254, 266, 272, 276, 277, 282, 298, 300, 304, 313, 319, 324, 326, 336, 391, 408, 421  
 Lindtberg, Leopold 25, 217  
 Luchsinger, Fred 198  
 Lüdi, Rudolf 144  
 Lüthy, Herbert 161, 180, 372
- Maeder, Robert 407  
 Martin, Jean 268  
 Martin, William 20  
 Marx, Karl 281  
 Masson, Roger 31, 68, 69, 101  
 Meurant, Jacques 107, 223  
 Meyer, Alice 155  
 Meyer, Karl 20  
 Miescher, (Karl) Rudolf 152, 169  
 Minger, Rudolf 78, 122, 184  
 Motta, Giuseppe 30  
 Mottu, Philippe 50  
 Moulin, Robert 175, 176, 181, 184, 192, 224  
 Mounier, Emmanuel 219  
 Müllener, Fritz 49, 51

- Müller, Johannes von 20  
Muller, Philippe 196  
Mussolini, Benito Amilcare Andrea 104,  
202, 293, 294, 295, 349, 350  
Musy, Jean-Marie 202, 203
- Nabholz, Hans 20, 22  
Naef, Max 40  
Näf, Werner 20  
Nef 74  
Nicole, Léon 63, 70, 209, 224, 320, 324,  
325, 345, 393, 404, 424, 429  
Nobs, Emst 327
- Obrecht, Hermann 23, 119  
Ochs, Peter 194  
Oeri, Albert 21, 119, 144  
Oprecht, Emil 261  
Oprecht, Hans 113
- Paxton, Robert O. 209  
Perret, D. 55  
Perrier, Victor 31, 34, 110  
Pessina, Plinio 55  
Pétain, Philippe 113, 124, 127, 130, 159,  
202, 218  
Pfandler, Otto 183, 208, 269  
Pfyffer von Altishofen, Leodegar 49  
Picot, Albert 114, 279  
Pierlot, Hubert 100  
Pilet-Golaz, Marcel 41, 56, 96, 109, 110,  
113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120,  
123, 125, 129, 132, 136, 142, 144, 154,  
155, 156, 157, 158, 160, 161, 163, 172,  
184, 195, 249, 264, 321, 328, 329, 390,  
398, 399, 400, 401, 411, 430  
Pithon, Rémy 431  
Plancherel, Michel 31, 306  
Privat, Edmond 55, 269
- Quisling, Vidkun 93
- Ragaz, Leonhard 35, 269  
Rauschnig, Hermann 163  
Raymond, Marcel 226, 268  
Reichel, Daniel 17  
Reynold, Gonzague de 20, 21, 22, 23, 49,  
72, 73, 85, 199, 200, 201, 205, 206  
Ribbentrop, Joachim von 144  
Rigassi, Georges 230, 343, 430, 433
- Roosevelt, Franklin Delano 300  
Rosenberg, Martin 155  
Rossier, Edmond 281  
Rougemont, Denis de 51, 75, 120  
Rubattel, Jean 31
- Salis, Jean-Rodolphe von 302  
Sauckel, Fritz 195  
Sauvy, Alfred 13  
Schaffner, Jakob 121  
Schenk, Emst von 42, 43, 111, 112  
Schenker 41  
Schmid-Amann, Paul 269  
Schmid, Hans-Rudolf 107  
Schmidt, Paul K. 235, 272  
Schüpbach, Rudolf 49, 54  
Schürch, Emst 21, 65, 144, 145, 163, 197,  
215  
Schuschnigg, Kurt von 23  
Schwarz 54  
Schwarz, Hans 151  
Sonderegger, René 205  
Sprecher, Jann von 94, 227, 409  
Spühler, E. 215  
Stalin (Joseph Wissaijanowitsch  
Dschugaschwili) 69, 72, 296, 307, 308,  
331, 333, 391, 399, 406, 432  
Stampfli, Walter 119, 343, 346, 377  
Steiger, Eduard von 44, 183, 258, 354,  
399, 415, 416  
Sternhell, Zeev 219  
Stoetzel, Jean 12, 13
- Thürer, Georg 26, 206  
Tito (Josip Broz) 370  
Traz, Robert de 132, 133, 134, 135, 177  
Treyvaud, Otto 268  
Trump, Georg 144, 145, 161, 179
- Urner, Klaus 17
- Vallière, Paul de 47, 424  
Villard, Jean, genannt Gilles 175, 176  
Vinassa, Walter 51  
Vinet, Alexandre Rodolphe 343  
Vodoz, Antoine 355  
Volkart 276  
Volpi, Giuseppe 414, 416

Waeger, Gerhart 180  
Wahlen, Friedrich Traugott 186, 221,  
237, 239, 248, 252, 257, 263, 380, 416  
Waibel, Max 55, 135  
Wartenweiler, Fritz 49, 51, 54, 135  
Weber 38  
Weber, Max 386  
Weizsäcker, Ernst von 235  
Wetter, Ernst 327  
Wille, Ulrich, Krps Kdt 89, 228  
Wille, Ulrich, General 241  
Woog, Edgar 265  
Wüst, René-Henri 139

Zbinden, Hans 64, 85, 217  
Z'graggen, Yvette 357  
Ziegler, Hans 49, 59, 193, 359, 424  
Zipfel, O. 312, 381  
Zumbrunn, Oskar 80, 85



Manuel Eisner/Beat Fux

# Politische Sprache in der Schweiz

Konflikt und Konsens  
326 Seiten, mit vielen Grafiken

Mit diesem Buch ist es erstmals gelungen,  
aktuelle Arbeiten aus den Bereichen Soziologie,  
Politologie, Geschichte, Philosophie  
und Germanistik zu einem Überblick über das  
Thema "Politische Sprache in der Schweiz"  
zu vereinigen.

Der Band wird zu einer unentbehrlichen  
Orientierungshilfe für Forschungen in diesem Gebiet.

**Orell Füssli**